

Geschäftsbericht 2013



Jahresbericht des Regierungsrates						
Anträge	5	1736	Fachmittelschule Zug	112		
Vorwort des Landammanns	6	1740	Amt für gemeindliche Schulen	115		
Gesamtwürdigung	7	1777	Amt für Berufsberatung	120		
Strategie 2010–2018	8	1780	Amt für Sport	124		
Gesamtübersicht Legislaturziele	9	1790	Amt für Kultur	128		
Nachhaltige Entwicklung Cercle Indicateurs	12	20	Volkswirtschaftsdirektion	133		
Aussenbeziehungen	13	2000	Direktionssekretariat	135		
Geschäftsübersicht Kantonsrat	15	2011	Amt für Berufsbildung	139		
Wahlen und Abstimmungen	16	2012	Amt für Brückenangebote	142		
		2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	145		
		2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	151		
		2018	Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege	155		
		2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	156		
		2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	160		
Jahresrechnung						
Bericht	21	2031	Arbeitslosenkasse	164		
Detailinformationen		2035	Amt für öffentlichen Verkehr	168		
Geldflussrechnung	35	2040	Sozialversicherungen	172		
Kennzahlen	36	2050	Landwirtschaftsam	174		
Laufende Rechnung		2065	Amt für Wohnungswesen	178		
- Total pro Direktion	38	2067	Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	181		
- Saldo pro Amt	39	2070	Handelsregisteramt	182		
- Artengliederung	42	2071	Konkursamt	185		
Investitionsrechnung		30	Baudirektion	189		
- Total pro Direktion	46	3000	Direktionssekretariat	191		
- Saldo pro Amt	47	3020	Tiefbauamt	195		
- Artengliederung	49	3023	Strassenunterhalt	200		
5-Jahresvergleiche	51	3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	203		
		3031	Kantonsstrassen	204		
		3032	Nationalstrassen	206		
Institutionelle Gliederung		3050	Amt für Umweltschutz	207		
10 Gesetzgebende Behörden		3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	212		
1000 Kantonsrat	53	3060	Hochbauamt	213		
11 Allgemeine Verwaltung		3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	220		
1100 Regierungsrat	55	3080	Amt für Raumplanung	221		
1120 Staatskanzlei	56					
1128 Ombudsstelle	57					
1129 Datenschutz	61	35	Sicherheitsdirektion	225		
	62	3500	Direktionssekretariat	227		
		3515	Schätzungskommission	231		
15 Direktion des Innern		3540	Amt für Zivilschutz und Militär	232		
1500 Direktionssekretariat	63	3541	Stabsstelle Notorganisation	236		
1515 Grundbuch- und Vermessungsamt	65	3581	Strassenverkehrsamt	239		
1530 Amt für Wald und Wild	69	3587	Amt für Feuerschutz	243		
1550 Sozialamt	74	3590	Zuger Polizei	244		
1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	80	3592	Amt für Migration	250		
1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie	86	3595	Strafanstalt	253		
		3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	256		
17 Direktion für Bildung und Kultur	95					
1700 Direktionssekretariat	97	40	Gesundheitsdirektion	259		
1730 Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	101	4000	Direktionssekretariat	261		
1733 Kantonsschule Zug	105	4005	Amt für Verbraucherschutz	265		
1734 Kantonales Gymnasium Menzingen	109	4021	Rettungsdienst	270		

Inhaltsverzeichnis

4030	Spitäler	274	6106	Strafgericht: Verwaltung	328
4055	Gesundheitsamt	276	6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	329
4060	Medizinalamt	280	6111	Obergericht: Verwaltung	330
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	284	6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	331
			6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	332
50	Finanzdirektion	289	6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	333
5000	Direktionssekretariat	291	6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	334
5001	Finanzkontrolle	295	6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	335
5010	Personalamt	298	6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	336
5011	Allgemeiner Personalaufwand	302	6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	337
5020	Finanzverwaltung	303	6183	Schätzungskommission	338
5022	Allgemeiner Finanzbereich	307			
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	309	Bilanz		341
5050	Amt für Informatik und Organisation	310			
5060	Steuerverwaltung	316	Anhang zur Jahresrechnung		349
5065	Kantonssteuern	322			
5068	Bundessteuern	323	Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten		
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	324	Pädagogische Hochschule Zug		367
			Interkantonale Strafanstalt Bostadel		371
61	Richterliche Behörden	325	Gebäudeversicherung Zug		373
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	326			
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	327	Separatfonds		377

Verwendete Abkürzungen

Abs.	Absatz	IR	Investitionsrechnung
Abw.	Abweichung	IT	Informationstechnologie
BD	Baudirektion	KR	Kantonsrat
BGS	Bereinigte Gesetzesammlung (des Kantons Zug)	KRB	Kantonsratsbeschluss
Bst.	Buchstabe	LR	Laufende Rechnung
DBK	Direktion für Bildung und Kultur	Mio.	Millionen
DI	Direktion des Innern	OR	Obligationenrecht
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	PE	Personaleinheit
EG	Einführungsgesetz	RR	Regierungsrat
FD	Finanzdirektion	RRB	Regierungsratsbeschluss
FHG	Finanzaushaltsgesetz (BGS 611.1)	SD	Sicherheitsdirektion
Fr.	Franken	SKA	Staatskanzlei
GD	Gesundheitsdirektion	SR	Systematische Rechtssammlung (des Bundes)
GEVER	Geschäftsverwaltungsprogramm	Stv.	Stellvertreterin/Stellvertreter
HRM	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und die Gemeinden	VD	Volkswirtschaftsdirektion
		ZGB	Zivilgesetzbuch

Publiziert auch im Internet:

www.zg.ch > Behörden > Regierungsrat > Finanzen und Geschäftsberichte

Jahresbericht des Regierungsrates

Anträge

Vorwort des Landammanns

Gesamtwürdigung

Strategie 2010–2018

Gesamtübersicht Legislaturziele

Nachhaltige Entwicklung Cercle Indicateurs

Aussenbeziehungen

Geschäftsübersicht Kantonsrat

Wahlen und Abstimmungen

Jahresbericht des Regierungsrates

Anträge

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf §§ 41 Bst. g sowie 47 Abs. 1 Bst. f der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 7 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1), §§ 23 und 35 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sowie § 63 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit den Geschäftsbericht 2013 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

1. auf den Geschäftsbericht 2013, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, einzutreten und ihn zu genehmigen;
2. die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
3. die Jahresrechnung 2013 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

Zug, 18. März 2014

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Beat Villiger
Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir haben ein bewegendes Jahr mit zentralen Entscheidungen erlebt. Die Zugerinnen und Zuger haben jahrzehntealte Wahlsysteme des Kantons und der Gemeinden neu bestimmt. Mit dem Mehrheitswahlrecht für die Exekutiven schloss sich der Kanton Zug aus freiem Willen dem in der Schweiz verbreiteten System an. Der Anstoss zum neuen Proporzwahlrecht für die Legislative hingegen kam vom Bundesgericht. Nicht wenige empfanden das neue Wahlrecht darum als von oben diktiert und standen ihm skeptisch gegenüber.

Tatsächlich ruft heute der Geist der Zeit vermehrt und vielerorts nach Einheitslösungen. Die Civilisationsdynamik ist beschleunigt, der Wandel rasant und konstant. Im Vordergrund steht oft der Wunsch nach Effizienz und Kosteneinsparung. Das ist unbestritten und fordert von den Behörden angepasste Lösungen. Die heutige Problemlage benötigt aber nicht immer Einheitslösungen oder Zentralisierung. Denn gesamtschweizerische Einheitslösungen erkennen zuweilen das Subsidiaritätsprinzip, das subtile föderative Netzwerk, und sie missachten das Direkt-demokratische sowie die feine Korrelation von Kompetenz und Verantwortung als Basis unseres demokratischen und rechtsstaatlichen Systems.

Der Schweizer Föderalismus verlangt verstärkte Kooperation innerhalb der Regionen; er fordert eine unkomplizierte und unbürokratische Zusammenarbeit und Koordination. Der Kanton Zug ist in diesem Zusammenwirken – beispielsweise in den verschiedenen interkantonalen Konferenzen – sehr gut aufgestellt und bestens vertreten. Das stärkt uns nicht nur als Kleinkanton, sondern auch als Geber im nationalen Finanzausgleich. Wir haben hier etwas zu sagen und wir werden auch wahrgenommen. Das beweist auch das Berichtsjahr.

Wir brauchen diese konstruktive Zusammenarbeit aber nicht nur unter den Kantonen, sondern auch innerhalb der Verwaltung, im Zusammenwirken zwischen Kantonsrat und Regierung und nicht zuletzt mit der Bevölkerung. Eine wirksame Zusammenarbeit funktioniert nur auf der Basis von Transparenz, Vertrauen und Hilfsbereitschaft. Dieser Geschäftsbericht soll wesentlich zur Transparenz beitragen. Er gilt als Leistungsausweis der behördlichen Arbeit. Jedes Amt und jede Direktion hat das Recht und die Pflicht, über ihre Tätigkeiten, über Erfolge und Stolpersteine des vergangenen Jahres getreu Auskunft zu geben. Wir sind dies den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

In diesem Sinne danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit und ihren Einsatz für einen erfolgreichen Kanton Zug.

Beat Villiger

Landammann 2013/2014

In Kürze

Der Kanton Zug steht weiterhin im Wettbewerb der Regionen sowohl innerhalb der Schweiz als auch weltweit. Ziele sämtlicher Bestrebungen des Regierungsrats sind die Bewahrung der Lebensqualität unserer Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Standortattraktivität für Unternehmungen.

Wie in den Vorjahren legte der Regierungsrat grossen Wert auf die Vernetzung seiner Mitglieder und der Kadermitarbeitenden der Verwaltung. Zahlreiche Engagements in innerkantonalen, regionalen, interkantonalen und nationalen Gremien ergaben die Möglichkeit zur Begleitung von Projekten, die dem Kanton Zug mit seiner internationalen Ausstrahlung dienen.

Strategie als bewährte Richtschnur

Die regierungsrätliche Strategie 2010–2018 erlaubte es dem Regierungsrat und der Verwaltung, sich nebst vielfältigen Aufgaben des Tagesgeschäfts auch fokussiert längerfristigen Projekten zu widmen. Die Legislaturziele 2010–2014 konnten erfolgreich weiterverfolgt werden.

Der Regierungsrat wird im Jahr 2014 auf der Basis der Erfahrungen die Strategie und die Legislaturziele für die Jahre 2015–2018 formulieren.

Hohe Lebensqualität als Standortfaktor

Die Attraktivität des Kantons Zug für die Bevölkerung und die Unternehmungen zu erhalten, bleibt weiter im Fokus der Regierung. Nebst den wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen sind verschiedene Aspekte in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Gesellschaft wichtig, um die hohe Lebensqualität in unserem Kanton zu gewährleisten:

- Anpassungen im kantonalen Richtplan sichern dem Kanton eine geordnete und langfristige Entwicklung.
- Projekte wie die Sanierung von Uferbereichen und Gewässerläufen legten den Grundstein für den Erhalt unserer Landschaft.
- Mit Planungsarbeiten und politischen Beschlüssen betreffend Umfahrungen (Umfahrung Cham-Hünenberg, Umfahrung Zug-Baar, Stadttunnel), kantonale Schulen (Mittelschulplanung; Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug GIBZ) und den Verwaltungsstandort (Verwaltungszentrum 3 mit Hauptstützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe) wurden Infrastrukturprojekte weiterverfolgt.
- Die Pädagogische Hochschule Zug nahm im August ihren Betrieb auf. Der Zulauf von Studierenden belegt die Nachfrage nach qualitativ hoch stehenden Bildungsangeboten.
- Die Fachhochschule Zentralschweiz wird ein neues Departement Informatik im Kanton Zug angehen.
- Den gestiegenen Sicherheits- und Ordnungsbedürfnissen der Bevölkerung wurde Rechnung getragen, nicht zuletzt durch strengere Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen sowie mit dem Erlass eines neuen Übertretungsstrafgesetzes.
- Eine Änderung des Gemeindegesetzes klärte Fragen der Organisation der Gemeinden.

Finanzen weiterhin ein zentraler Faktor

Bei den Kantssteuererträgen zeigt sich ein durchzogenes Bild. Die Budgetwerte konnten bei den juristischen Personen übertroffen werden, während sie bei den natürlichen Personen deutlich tiefer ausfielen. Die Belastung des Zuger Finanzhaushalts durch den Nationalen Finanzausgleich ist weiterhin zu hoch. Daher bleiben die Anstrengungen der Konferenz der Geberkantone zur Erreichung von Korrekturen des Systems zentral. Ebenso entscheidend wird für den Kanton Zug die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III sein. Mit dem Erlass eines Wirtschaftspflegegesetzes legte der Kanton ein Bekenntnis ab als Wirtschaftsstandort. Die Neuordnung der Zuger Pensionskasse erlaubt es dem Kanton, die berufliche Vorsorge der Versicherten und Rentenbeziehenden in eine sichere Zukunft zu führen.

Bürgernahe Verwaltung – Kurze Wege

Ein kompetenter und bürgernaher «Service public» ist das Aushängeschild jeder Verwaltung. Die Interessen der Kundschaft stehen dabei im Zentrum der Bemühungen. Der Regierungsrat hat die Verwaltung nach Optimierungspotential überprüft und verschiedene Einzelheiten angepasst, um weiterhin «kurze Wege» sicherzustellen. Die Mitarbeitenden wurden in diesem Sinne sensibilisiert.

Neuerungen im Wahlrecht

Das Zuger Stimmvolk hat am 9. Juni für die Exekutivwahlen auf Kantons- und Gemeindeebene nach über 100 Jahren das Majorzverfahren als anwendbar erklärt. In der Volksabstimmung vom 22. September haben sich die Zuger Stimmberchtigten für die Einführung der doppelt-proportionalen Sitzzuteilungsmethode für die Wahl der Kantonsratsmitglieder ausgesprochen.

Neue Geschäftsordnung des Regierungsrats

Die aus dem Jahr 1949 stammende Geschäftsordnung des Regierungsrats erwies sich als revisionsbedürftig. Um auch in Zukunft eine effiziente Organisation der kantonalen Exekutive sicherzustellen, erliess der Kantonsrat in enger Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat eine neue Geschäftsordnung. Diese ist am 21. Dezember in Kraft getreten.

Strategieprüfung

Der Regierungsrat führte per Ende März des Berichtsjahres erneut eine Erfolgskontrolle über die Erreichung der Legislaturziele durch.

Der Regierungsrat präsentierte im Frühling 2010 mit der Strategie für die Periode 2010–2018, den Legislaturzielen und dem Leitbild seine Visionen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen. Der Leitsatz «Mit Zug einen Schritt voraus» zeigt die eingeschlagene Richtung auf. Die im März 2012 durchgeführte Erfolgskontrolle kam zum Ergebnis, dass der Kanton Zug damals bereits einen Viertel der Legislaturziele erreicht hat und somit die Strategie 2010–2018 erfolgreich umgesetzt wird.

Per Ende März galt es, erneut eine Erfolgskontrolle durchzuführen. Diese Überprüfung ergab folgendes Bild:

- 10 Legislaturziele wurden erfüllt und aus der Legislaturzielplanung gestrichen
- 13 Legislaturziele sind noch in Umsetzung und werden nach aktuellem Planungsstand bis Ende 2014 umgesetzt und damit erfüllt sein
- 15 Legislaturziele sind in Umsetzung, werden bis Ende 2014 nicht vollständig erfüllt sein und, wo sinnvoll, in die Legislaturplanung 2015–2018 übertragen
- 4 Legislaturziele sind in Umsetzung, werden bis Ende 2014 nicht erfüllt sein und nicht in die Legislaturplanung 2015–2018 übertragen

Zusammengefasst gibt die Legislaturzielüberprüfung folgendes Bild:

- 25 Legislaturziele sind bei den Überprüfungen per Februar 2012/2013 erfüllt und daher gestrichen worden
- 13 Legislaturziele sind in Umsetzung und werden bis Ende 2014 vollständig erfüllt sein
- 15 Legislaturziele sind in Umsetzung, werden bis Ende 2014 nicht vollständig erfüllt sein und deshalb in die Legislaturplanung 2015–2018 übertragen
- 4 Legislaturziele sind (teilweise) in Umsetzung, werden bis Ende 2014 nicht vollständig erfüllt sein und in die Legislaturplanung 2015–2018 nicht übertragen

Die vier Legislaturziele, welche nicht in die Legislaturplanung 2015–2018 übertragen werden, betreffen folgende vier Projekte:

- Neubau Wirtschafts- und Fachmittelschule (Aufgrund der geänderten Mittelschulplanung muss auf die neue Legislaturplanung hin das Legislaturziel angepasst oder allenfalls aufgeteilt werden)
- Optimierung Nahtstellen Schule-Arbeitswelt (Umsetzung wird ohne Bezug zur Legislaturplanung erfolgen)
- Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu aktuellen Themen (Aufgrund mangelnden Bezugs zur Staatskanzlei wird dieses Legislaturziel bei Bedarf durch die einzelnen Direktionen erfüllt)
- Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren (Die meisten Teilprojekte werden bis Ende 2014 zum Entscheid vorliegen bzw. angegangen sein, weshalb eine Übertragung derselben in die neue Legislaturplanung keinen Sinn macht)

Der Regierungsrat betraute im September die bereits eingesetzte Projektgruppe mit dem Prozess der Erarbeitung und Bewirtschaftung der Legislaturziele 2015–2018. Diese sind eng mit den Leistungsaufträgen der Ämter verbunden und werden deshalb so weit wie möglich in den bestehenden Prozess Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht eingebunden. Per Ende des Jahres erarbeiten die Direktionen ihre Legislaturziele, die sowohl die Weiterführung bisheriger oder die Formulierung neuer Ziele einschliessen dürfen, welche sodann durch den Regierungsrat im ersten Quartal 2014 verabschiedet werden.

Kommentar Legislaturziele

Nachfolgende Liste führt alle Legislaturziele des Zeitraums 2010 bis 2014 auf. Zu jedem Ziel wird die federführende Direktion angezeigt. Legislaturziele, die im Budget 2014 nicht mehr aktiv aufgeführt sind, werden mit «Erledigt» bezeichnet.

Legislatur 2010–2014		Federführende Direktion	Status
Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen			
1	Der Kanton Zug strebt ein Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum an, das kleiner als bisher ist		
L1	Überarbeitung kantonaler Richtplan mit geringeren Wachstumszahlen	Baudirektion	Erledigt
2	Der Kanton Zug ermöglicht eine gute Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet		
L2	Neudefinition Dichte baulicher Nutzungen für sparsameren Landverbrauch im kantonalen Richtplan	Baudirektion	Erledigt
3	Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften		
L3	Ausbau Mobilitätsmanagement für kantonale Verwaltung	Baudirektion	Erledigt
L4	Konzept Vielfältige und vernetzte Landschaft	Baudirektion	In Bearbeitung
L5a	Förderprogramm Energie im Gebäude	Baudirektion	Erledigt
L5b	Ökologisierung Motorfahrzeugsteuer	Sicherheitsdirektion	Erledigt
L5c	Überarbeitung Energieleitbild	Baudirektion	Erledigt
L6	Beteiligung am Weiterbildungsinstitut Energie- und Rohstoffrückgewinnung Zug	Volkswirtschaftsdirektion	Erledigt
L7	Projekt «Zuger Chriesi»	Baudirektion	In Bearbeitung
Spitzenposition im Standortwettbewerb			
4	Der Kanton investiert gezielt und wirksam in Schlüsselinfrastrukturen		
L9a	Umbau Obergericht	Baudirektion	Erledigt
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3	Baudirektion	In Bearbeitung
L10	Beteiligung an Neubau Kunsthaus Zug	Baudirektion	In Bearbeitung
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	Baudirektion	In Bearbeitung
L11b	Ausbau kantonales Gymnasium Menzingen	Baudirektion	In Bearbeitung
L11c	Neubau Wirtschafts- und Fachmittelschule	Baudirektion	In Bearbeitung
L11d	Um- bzw. Neubau Brückenangebote	Volkswirtschaftsdirektion	In Bearbeitung
5	Der Kanton Zug sichert eine gute Erschliessung		
L8	Ausbau Businfrastruktur mit teilweise Eigentrasse	Volkswirtschaftsdirektion	In Bearbeitung
L12a	Stadtunnel Zug	Baudirektion	In Bearbeitung
L12b	Umfahrung Unterägeri	Baudirektion	In Bearbeitung
L12c	Förderung Langsamverkehr Ägerital	Baudirektion	In Bearbeitung
L13	Leistungssteigerung Bahnlinie Thalwil/Zug durch Bahntechnik	Volkswirtschaftsdirektion	In Bearbeitung
6	Der Kanton Zug hat Steuern, die für natürliche und juristische Personen zu den tiefsten der Schweiz gehören und im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind		
L15	Senkung Unternehmenssteuer	Finanzdirektion	Erledigt
7	Der Kanton Zug verfolgt eine berechenbare und stabile Steuerpolitik		
8	Der Kanton Zug erhebt angemessene Gebühren		
L14	Revision Gebührenrecht mit mehr Transparenz	Finanzdirektion	Erledigt

Legislatur 2010-2014		Federführende Direktion	Status
9	Der Kanton Zug hat einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt		
L16	Verhinderung langfristiger Defizite durch Überarbeitung Finanzstrategie	Finanzdirektion	Erlledigt
L17	Begrenzung NFA-Belastung für Geberkantone	Finanzdirektion	In Bearbeitung
10	Der Kanton Zug sorgt dafür, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung hoch ist		
L18	Optimierung Nahtstellen Schule-Arbeitswelt	Direktion für Bildung und Kultur	In Bearbeitung
L19	Pionierprojekt Innovationsschule Zug	Direktion für Bildung und Kultur	Erlledigt
11	Der Kanton Zug richtet sein Berufsbildungsangebot auf die Wirtschaft der Region aus		
L20	Ausbau ergänzende Berufsbildung für Erwachsene	Volkswirtschaftsdirektion	In Bearbeitung
L21	Unterstützung Bildungsangebote internationale Schulen	Volkswirtschaftsdirektion	Erlledigt
Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft			
12	Der Kanton Zug bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern Perspektiven, die sie nutzen und in deren Rahmen sie sich engagieren, weiterentwickeln und austauschen		
L22	Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus	Direktion für Bildung und Kultur	In Bearbeitung
13	Der Kanton Zug fördert Toleranz und Respekt und gewährleistet die Sicherheit		
L23	Unterstützung Initiativen zur Vermeidung sozialer Brennpunkte für Jugend, Alter, Familie, Migration	Direktion des Innern	In Bearbeitung
L24	Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	Sicherheitsdirektion	In Bearbeitung
L25	Bessere Einbindung Ausländerinnen und Ausländer durch neues Integrationsgesetz	Direktion des Innern	Erlledigt
L26	Entwicklung interkulturelle Weiterbildung an Berufsfachschulen	Volkswirtschaftsdirektion	Erlledigt
14	Der Kanton Zug beteiligt Bevölkerung und Unternehmen aktiv an der Weiterentwicklung des hiesigen Lebens- und Wirtschaftsraums		
L27	Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu aktuellen Themen		Erlledigt
L28	Ausbau e-Government-Angebote	Finanzdirektion	In Bearbeitung
L30	Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/Verwaltung in Energiefragen	Baudirektion	In Bearbeitung
15	Der Kanton Zug fördert private Bestrebungen zur Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsraums		
L29	Förderung Freiwilligenarbeit	Direktion des Innern	In Bearbeitung
Attraktiver Wohn- und Lebensraum			
16	Der Kanton Zug schafft Rahmenbedingungen, die breiten Bevölkerungskreisen angemessenes Wohnen und sinnvolle Freizeitaktivitäten ermöglichen		
L31a	Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen	Baudirektion	Erlledigt
L31b	Revision Wohnraumförderungsgesetz	Volkswirtschaftsdirektion	Erlledigt
L32	Kostenlose Nutzung kantonaler Sportanlagen für Zuger Vereine	Direktion für Bildung und Kultur	In Bearbeitung
17	Der Kanton Zug fördert einen vielfältigen und wertschöpfungsintensiven Arbeitsmarkt sowie ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen		
18	Der Kanton Zug schafft gute Rahmenbedingungen für verschiedene Familienformen		
L33	Schaffung Rahmenbedingungen für bessere Kinderbetreuungsangebote	Direktion des Innern	Erlledigt
L34	Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Direktion des Innern	In Bearbeitung
L35a	Stärkung Gesundheit der Familien mit Kindern durch Beratung	Gesundheitsdirektion	In Bearbeitung
L35b	Stärkung Gesundheit der Familien mit Kindern durch Krisenintervention	Gesundheitsdirektion	In Bearbeitung

Legislatur 2010–2014		Federführende Direktion	Status
19	Der Kanton Zug geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft proaktiv an		
L36	Impulse für Gesundheitsförderung im Alter	Gesundheitsdirektion	Erledigt
L37	Unterstützung neuer Wohnformen im Alter	Volkswirtschaftsdirektion	In Bearbeitung
20	Der Kanton Zug ermöglicht den Austausch unter den Generationen und nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung		

Aktive Kooperation

21	Der Kanton Zug beteiligt sich aktiv an überkantonalen, nationalen und internationalen Kooperationen, hauptsächlich mit den Räumen Zürich und Zentralschweiz		
L38	Beitritt Konkordat polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz	Sicherheitsdirektion	Erledigt
L39	Sicherung zukunftsfähige Pädagogische Hochschule Zug durch neue Kooperation	Direktion für Bildung und Kultur	Erledigt
L40	Federführung bei mindestens einem Projekt des Aktionsprogramms der Metropolitankonferenz Zürich	Volkswirtschaftsdirektion	Erledigt
L41	Stärkung Allianzen für verbesserte Angebote im öffentlichen Verkehr in den Räumen Zürich und Zentralschweiz	Volkswirtschaftsdirektion	In Bearbeitung
L43	Beitritt neues Konkordat Fachhochschule Zentralschweiz	Volkswirtschaftsdirektion	Erledigt
22	Der Kanton pflegt eine aktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Austausch mit den Einwohnergemeinden		
L42	Engere Zusammenarbeit mit den Gemeinden (Synergiepotenzial, Schulungs- und Weiterbildungsangebote)	Direktion des Innern	Erledigt

Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung

23	Der Kanton Zug pflegt die kurzen Wege zur leistungsfähigen Verwaltung mit einem hohen Service public und sehr guten Dienstleistungen		
L45	Umsetzung Projekt Pragma für wirkungsorientierte Verwaltung	Finanzdirektion	In Bearbeitung
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Sicherheitsdirektion	In Bearbeitung
L46b	Ermöglichung kurzer Wege im Baubewilligungsverfahren	Baudirektion	Erledigt
24	Der Kanton Zug ist ein attraktiver Arbeitgeber, der das Potenzial seiner Mitarbeitenden nutzt und fördert		
L44	Revision Personalrecht mit Kompetenzverschiebung an Regierungsrat und Flexibilisierung der Anstellungsbedingungen	Finanzdirektion	In Bearbeitung

In Kürze

Der Kanton Zug beteiligt sich dieses Jahr zum zweiten Mal an der Erhebung zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Kantonen und Städten. Der sogenannte «Cercle Indicateurs» ist eine nationale Plattform unter Leitung der Bundesämter für Raumentwicklung und Statistik. Ihm gehören 20 Kantone und 18 Städte an. Erhoben werden rund 30 Indikatoren aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ergebnisse für den Kanton Zug sind erfreulich. Er weist in allen drei Bereichen grosse Stärken auf. Damit belegt er erneut den Spaltenplatz unter den beteiligten Kantonen.

Ergebnisse im Bereich Umwelt

Der Kanton Zug erhält gute Noten in Sachen Umweltschutz. In keinem anderen Kanton gibt es, bezogen auf die Kantonsfläche, so viele geschützte Naturräume wie im Kanton Zug. Diesen Spaltenplatz verdankt der Kanton nicht nur der Lage in den Voralpen mit besonders vielen bundesrechtlich geschützten Mooren, sondern insbesondere seiner rund 30-jährigen Tradition, Schutzgebiete raumplanerisch zu sichern und grundeigentümerverbindlich zu schützen. Dank der frühen Einführung der Kehrichtsackgebühr, den komfortablen Ökohöfen und gut etablierten Sammelrouten ist die Abfallwirtschaft auf einem hohen Niveau. Das gilt auch für das Entwässerungssystem. Grosse Teile des Kantons werden heute im Trennsystem entwässert, der Anteil Fremdwasser ist gering. Der Bodenverbrauch im Kanton Zug ist vergleichsweise gering, was auf die konsequente Anwendung der Siedlungsbegrenzungslinien und auf verdichtetes Bauen zurückzuführen ist. Anpassungen im Richtplan sollen diese Tendenz noch verstärken. In anderen Bereichen, beispielsweise beim Ressourcenverbrauch, der Luftbelastung oder insbesondere beim – in dieser Erhebung nicht erfassten – CO₂-Ausstoss sind noch zusätzliche Anstrengungen nötig.

Ergebnisse im Bereich Wirtschaft

Der Wirtschaftsstandort Zug ist attraktiv und verfügt über gute Rahmenbedingungen. Die Zuger Wirtschaft hat sich stark in Richtung wertschöpfungsintensive Industrien und Dienstleistungen entwickelt. In keinem anderen Kanton gibt es prozentual so viele Beschäftigte in Branchen mit hoher Arbeitsproduktivität. Der Kanton Zug hat das zweithöchste kantonale BIP und die zweitiefste Steuerausschöpfung aller Kantone, was auf die hohen Einkommens- und Produktionswerte, die dynamische Bevölkerungsentwicklung sowie auf die gesunden Kantonsfinanzen zurückzuführen ist. Auch bei der Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte sowie bei der Arbeitslosenquote erreicht der Kanton Zug gute Werte. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch hohe Immobilienpreise und Mietzinse zur Folge, obwohl die Bautätigkeit ungebrochen gross ist. Die Mietzinse im Kanton Zug bewegen sich auf ähnlich hohem Niveau wie in anderen wirtschaftlich ebenfalls sehr attraktiven Standorten, beispielsweise Zürich und Genf.

Ergebnisse im Bereich Gesellschaft

Auch hier zeigt sich ein erfreuliches Bild. Der Kanton Zug weist im Vergleich mit den teilnehmenden Kantonen überdurchschnittliche Werte bezüglich Gesundheit, Einkommens- und Vermögensverteilung sowie soziale Unterstützung auf. Die Zugerinnen und Zuger nehmen aktiv am politischen Geschehen teil: der Kanton Zug weist schweizweit die dritthöchste Stimm- und Wahlbeteiligung auf. In anderen Bereichen besteht noch Verbesserungspotenzial. So ist beispielsweise der Frauenanteil in Kaderpositionen im international orientierten Wirtschaftsstandort Zug nur gerade durchschnittlich. Nicht alle Verbesserungspotenziale sind aber realisierbar. Die verhältnismässig kleine Kulturszene des Kantons Zug beispielsweise ist auch auf seine Lage zwischen den kulturellen Zentren Zürich und Luzern zurückzuführen, welche sowohl Kulturschaffende als auch Publikum aus dem Kanton Zug anziehen.

Fazit

Eine nachhaltige Entwicklung sichert langfristig die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität. Die Erhebung des «Cercle Indicateurs» bestätigt, dass der Kanton Zug auf dem richtigen Weg ist. Für die Zuger Regierung sind die guten Resultate Ansporn, das hohe Niveau zu halten und Schwachstellen gezielt anzugehen. Der Kanton Zug wird sich 2015 wiederum an der Erhebung des «Cercle Indicateurs» beteiligen.

Weitere Informationen: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/04/01.html>

Starkes Engagement in den interkantonalen Regierungskonferenzen

Der Austausch zu anderen Regionen, Kantonen und dem Bund war eng und vielfältig. Der Kanton Zug als Binnenkanton ist insbesondere auf seine Vernetzung mit anderen Kantonen, primär den Nachbarkantonen, angewiesen. Alle Regierungsmitsglieder sind zunehmend in der interkantonalen Zusammenarbeit aktiv und engagieren sich in Präsidien und Führungsgremien interkantonaler Konferenzen. Sie arbeiten an gesamtschweizerischen Lösungen mit und bringen die Interessen des Kantons Zug ein. Dieses Jahr standen wichtige Finanz- und Steuerfragen, die Neustrukturierung des Asylwesens sowie verschiedene nationale Abstimmungen wie die Revision des Raumplanungsgesetzes, das Epidemiengesetz, die Finanzierung und der Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), die Masseneinwanderungs- oder die 1:12-Iniative im Fokus der Diskussionen.

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die KdK feierte im Berichtsjahr ihr 20-Jahr-Jubiläum. Sie führte fünf Plenarversammlungen durch. Der Kanton konnte in mehreren Geschäften an gemeinsamen Stellungnahmen der Kantonsregierungen gegenüber dem Bund mitarbeiten, unter anderem zu folgenden Themen: Innerstaatliche Reformen im Rahmen der Europapolitik des Bundes, Revision des Zinsbesteuerungsabkommens Schweiz-EU, institutionelle Fragen Schweiz-EU, Vereinheitlichung der Allgemeinen Datenschutzgesetzgebung, Unternehmenssteuerreform III, Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes sowie Energiestrategie 2050. Der Volkswirtschaftsdirektor wirkte zudem intensiv am Europadialog der Kantone mit dem Bundesrat mit.

Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

Die Zentralschweizer Kantonsregierungen tagten am 13. Juni in der Morgartenhütte und am 22. November im Zuger Kantonspital in Baar.

Die acht ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen sowie die Zentralschweizer Staatsschreiberkonferenz traten mindestens einmal zusammen. Sie behandelten insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch.

Im Bereich der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) arbeiteten die Zentralschweizer Kantone ebenfalls auf der Basis der neuen Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung eng zusammen. Im Dezember entschied der Konkordatsrat den Aufbau eines neuen Departements Informatik, welches seinen Standort im Kanton Zug haben wird.

Vereidigung der Päpstlichen Schweizergarde

Der Kanton Zug war am 6. Mai Ehrenkanton an der Vereidigung der Päpstlichen Schweizergarde. Der Regierungsrat vertrat den Stand Zug in der Vatikanstadt; begleitet wurde er von den Cantori Contenti Zug und der Zuger Polizeimusik. An den Anlass eingeladen waren die Kantonsratsmitglieder, die Präsidien von Obergericht und Verwaltungsgericht sowie Delegationen der Gemeinderäte der Einwohnergemeinden. Über eine Verlosung unter notarieller Aufsicht gelangten zudem zahlreiche Einwohnerinnen und Einwohner an die Veranstaltung. Diese «Rom»-Fahrt löste ein spürbares Zusammenghörigkeitsgefühl im Kanton aus.

Zusammenarbeit im Metropolitanraum Zürich

Der Verein Metropolitanraum Zürich umfasst zurzeit acht Kantone (ZH, LU, SZ, ZG, AG, SG, TG, SH). 124 Städte und Gemeinden, darunter die 35 grössten Städte in der Region sowie alle Zuger Gemeinden sowie zehn assoziierte Mitglieder (darunter drei weitere Kantone und grössere Städte wie St. Gallen und Konstanz).

Es fanden wiederum zwei Metropolitankonferenzen in Schwyz und Aarau statt. An der Metropolitankonferenz in Schwyz wurde der Fachbericht «Immigration» mit 53 konkreten Massnahmen zum Umgang mit der Herausforderung betreffend Immigration und Bevölkerungswachstum diskutiert und politisch gewürdigt. Der Bericht wurde in eine Vernehmlassung bei den Mitgliedern gegeben. Dabei wurde klar, dass der Metropolitanraum Zürich in wirtschaftlicher Hinsicht von der Zuwanderung profitiert, aber sich den Herausforderungen stellen muss, so beispielsweise den steigenden Druck auf die Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung. Zwei weitere Projekte wurden abgeschlossen: Beim Projekt «Mehrwert durch Verdichtung» sind auf der Basis von zehn kantonalen und kommunalen Beispielen Empfehlungen für der zweckmässigen Umgang mit der Mehrwertabschöpfung bei Neu-, Auf- und Umzonungen präsentiert worden. Das Projekt «Vom Rauschen zur Stille» zeigt auf, wie der Erlebniswert eines besonderen Landschaftsraums am Beispiel des Rheins zwischen Stein am Rhein und Rheinau erhöht werden kann. Als konkretes Produkt liegt die sehr informative Karte «Landschaftserlebnis am Rhein» vor. Beim Projekt «Nutzerfinanzierung Verkehr» wurden verschiedene Lösungsansätze konkretisiert und werden diese weiter vertieft.

Bei der Metropolitankonferenz in Aarau stand das Projekt «Nutzerfinanzierung Verkehr» im Mittelpunkt. Es wurden fünf mögliche Lösungsansätze präsentiert, wie die künftige Nutzerfinanzierung ausgestaltet werden könnte. Diese wurden von den Vereinsmitgliedern bewertet. Diese Bewertung fiel deutlich aus. Die Lösungsansätze «Bund: Bestehende Ansätze erhöhen» und «Mobility Pricing» werden bis zur nächsten Metropolitankonferenz in Wil im Frühling 2014 weiter verfolgt und bearbeitet. Des Weiteren wurden die Ergebnisse des Projektes «Immigration» vorgestellt.

Nach durchgeföhrter Vernehmlassung werden zwölf Massnahmen auf Stufe Metropolitankonferenz weiter geprüft. Zudem nahmen die Vereinsmitglieder eine positive Haltung gegenüber der Personenfreizügigkeit ein und verabschiedeten ein Positionspapier betreffend Zuwanderung und Personenfreizügigkeit. Die Lobbying- und Kommunikationsmassnahmen betreffend die «Finanzierung grosser Bahninfrastrukturen (FABI)» wurden fortgeführt. In diesem Bereich arbeitet die Metropolitankonferenz eng mit der Bahnallianz der Deutschschweizer Kantone und der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV), welche vom Zuger Volkswirtschaftsdirektor präsidiert wird, zusammen. Diese koordinierten ihren Positionsbezug im Vorfeld der Abstimmung vom 9. Februar 2014 zu FABI. Das «Green Region» Projekt für die Gewinnung von weiteren Energiestädten im Metropolitanraum wurde per Ende des Berichtsjahres abgeschlossen. Das Ziel, neue Energiestädte zu gewinnen, wurde erreicht. Beim KMU-Modell zur Förderung der Energieeffizienz in Unternehmen wird die Zusammenarbeit mit der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) um ein Jahr verlängert.

Der Metropolitanrat sprach sich darüber hinaus für eine Zustimmung zur Volksabstimmung über die Erhöhung des Vignettenpreises, von welchem mehrere Strassenprojekte im Metropolitanraum profitiert hätten, ein, welcher in der Volksabstimmung jedoch abgelehnt wurde.

Im Bereich der Medien werden die Aktivitäten der Metropolitankonferenz vermehrt wahrgenommen und die Medienkontakte nahmen deutlich zu.

Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich

Die Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich agierte im Wesentlichen als Kantonskammer der Metropolitankonferenz Zürich.

Sie setzte sich vor allem für eine Fokussierung der Aktivitäten innerhalb der Metropolitankonferenz ein.

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Der Kanton Zug vertritt die Zentralschweizer Regierungskonferenz in der Tripartiten Agglomerationskonferenz. An den zwei Sitzungen hat sich diese Konferenz mit der zukünftigen Ausrichtung der Agglomerationspolitik, der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure der Metropolitanräume sowie dem Einbezug des ländlichen Raums in die tripartite Zusammenarbeit befasst. Im Weiteren wurde die Ausländer- und Integrationspolitik sowie das gesamtschweizerische Präventionsprogramm «Jugend und Gewalt» beraten.

**Jahresbericht des Regierungsrates
Geschäftsübersicht Kantonsrat**

Laufende Rechnung

Bereich	Anhängige Geschäfte von 2012	Neue Geschäfte 2013
Verfassung	1	0
Verfassungsinitiative	1	0
Gesetzesinitiative	0	0
Standesinitiative	0	0
Konkordate	1	0
Gesetze	13	8
Kantonsratsbeschlüsse	6	23
Motionen	25	24
Postulate	6	12
Interpellationen	16	34
Kleine Anfragen	0	8
Petitionen	1	0
Aufsichtsbeschwerden	1	4
Wahlen	0	7
Verschiedenes: Kantonsrat	0	1

Erheblich erklärte, noch nicht umgesetzte Motionen und Postulate: 48 (2012: 45)

Eine detaillierte Liste ist im Internet unter www.zg.ch/kantonsrat zu finden.

Eidgenössische Volksabstimmungen

Ergebnisse des Kantons Zug	Ja	Nein	Stimmbeteiligung %
03. März			
- BB vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik	17'703	19'570	51,73
- Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei»	21'737	15'599	51,92
- Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung	26'520	10'620	51,73
09. Juni			
- Volksinitiative vom 07. Juli 2011 «Volks-Wahl des Bundesrates»	7'432	25'256	45,05
- Änderung vom 28. Sept. 2012 des Asylgesetzes	27'514	4'693	44,77
22. September			
- Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»	7'877	28'904	50,70
- Bundesgesetz für die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Ep, G)	20'811	15'449	50,35
- Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, Arg; Öffnungszeiten der Tankstellenshops)	23'170	13'121	50,31
24. November			
- Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 - für gerechte Löhne»	10'134	34'004	60,91
- Volksinitiative vom 12. Juli 2011 - «Familieninitiative»	19'246	24'643	60,71
- Änderung vom 22. März 2013 des Nationalstrassengesetzes	19'922	23'979	60,63

Eidgenössische Wahlen

Keine

Kantonale Wahlen

Keine

Jahresbericht des Regierungsrates
Wahlen und Abstimmungen

Kantonsrat

Infolge Rücktritt von André Wicki, Zug, auf Ende Juli, wurde Manfred Wenger, Zug, gewählt. In Baar sind Daniel Eichenberger auf den 25. Februar 2013 und Anna Lustenberger-Seitz auf den 30. Oktober zurückgetreten. Beide wurden ersetzt durch Gloria Isler und Andreas Lustenberger. In Risch trat Dominik Lehner auf Ende September zurück. Seine Nachfolgerin wurde Bernadette Flach.

Richterliche Behörden

Für die auf den 9. Februar 2014 angesetzte Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsgerichtes wurde innert Frist ein einziger Wahlvorschlag eingereicht. Lic. iur. Philipp Salm wurde für den Rest der Amtszeit 2013–2018 in stiller Wahl als Kantonsrichter für gewählt erklärt.

Kantonale Volksabstimmungen

	Ja	Nein	Stimmbeteiligung %
09. Juni			
- «Ja zu Personenwahlen» (Majorzinitiative)	19'420	11'498	43,97
22. September			
- Verfassungsänderung betreffend «neue Sitzzuteilung für den Kantonsrat»	26'497	6'392	47,65
- Verfassungsänderung zur «Unvereinbarkeit bei Verwandten und Verschwägerten»	27'756	5'282	47,65
- Verfassungsänderung zur «Unvereinbarkeit für Regierungsratsmitglieder»	27'908	5'112	47,75
- Volksreferendum vom 03. Mai 2013 Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung	15'648	18'649	48,90
- Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	27'155	6'380	48,96

Jahresrechnung

Bericht des Regierungsrates

1 In Kürze

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 20,5 Millionen Franken ab und somit um 4,3 Millionen Franken besser als budgetiert. Sowohl der Aufwand als auch die Erträge lagen unter dem Budget.

Erster Aufwandüberschuss seit 2003

Der Kanton Zug hat zum letzten Mal im Jahr 2003 einen Aufwandüberschuss von 15,5 Millionen Franken ausgewiesen. Beim diesjährigen Defizit ist zu beachten, dass die Steuerausgleichsreserve von 47,5 Millionen Franken aufgelöst worden ist. Durch die Reservenentnahme konnte der Rückgang bei den Kantonssteuererträgen der natürlichen Personen zum Teil kompensiert werden. Bei den juristischen Personen wurden die budgetierten Steuererträge leicht überschritten.

Weniger Investitionen als vorgesehen

Die Investitionstätigkeit ist um 29,2 Prozent unter dem Budget geblieben. Die Nettoinvestitionen betragen 77,0 Millionen Franken und lagen somit ungefähr auf der Höhe des Vorjahrs (80,6 Millionen Franken). Als Folge des Aufwandüberschusses und unter Berücksichtigung der Reservenentnahme ist der Selbstfinanzierungsgrad auf 13,9 Prozent gesunken. Dies bedeutet, dass die Investitionen nicht mit den im Berichtsjahr erwirtschafteten Mitteln finanziert werden konnten.

Haushälterischer Umgang mit den Ressourcen

Auf der Aufwandseite wurden die budgetierten Beträge um insgesamt 39,9 Millionen Franken unterschritten. Dazu haben sowohl der geringere Personalaufwand als auch der tiefere Sachaufwand beigetragen. Auch bei den Dienstleistungen Dritter wurde das Budget nicht ausgeschöpft. Das zeigt, dass die Kantonale Verwaltung kostenbewusst arbeitet und mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen haushälterisch umgeht.

Ausgleichszahlungen an andere Kantone verharren auf hohem Niveau

Der Anteil des Kantons Zug am Nationalen Finanzausgleich kann nicht beeinflusst werden und ist wie budgetiert auf 276,5 Millionen Franken angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 14,4 Millionen Franken. Die Gemeinden haben sich mit 39,3 Millionen Franken beteiligt.

Weiterhin hohes Eigenkapital

Nach der Auflösung der Steuerausgleichsreserve verbleiben noch 380,0 Millionen Franken in der NFA-Ressourcenausgleichsreserve. Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 4,1 Millionen Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 201,5 Millionen Franken. Das gesamte Eigenkapital des Kantons Zug beläuft sich auf 1,13 Milliarden Franken.

Finanzzahlen

2 Änderungen in der Berichterstattung

Analog zum Budget 2014 ist vor der Gesamtwürdigung der Direktionen eine Direktionsübersicht eingefügt worden, welche die Saldi der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung aller Ämter enthält. Im Weiteren wird der Jahresbericht des Regierungsrates durch die Resultate der Erhebung des Cercle Indicateurs ergänzt, die nach der «Gesamtübersicht Legislaturziele» eingefügt sind. Ansonsten ist der Geschäftsbericht gleich aufgebaut wie im letzten Jahr.

Die Staatswirtschaftskommission hatte gefordert, dass die Bilanz kommentiert werden soll. Dies ist jetzt umgesetzt. Inhaltlich überarbeitet und erweitert wurde auch der Anhang zur Jahresrechnung.

3 Übersicht Ergebnis Laufende Rechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'328.3	-1'431.6	-1'391.6	39.9	-2.8
Total Ertrag	1'334.4	1'406.7	1'371.1	-35.6	-2.5
Ertrags-/Aufwandüberschuss	6.0	-24.8	-20.5	4.3	

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 20,5 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Defizit von 24,8 Millionen. Dabei gilt es zu beachten, dass die Steuerausgleichsreserve von 47,5 Millionen Franken aufgelöst worden ist, wie es im Budget vorgesehen war.

Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite wurden die budgetierten Werte insgesamt unterschritten. Die wichtigsten Positionen zeigen folgendes Bild:

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Personalaufwand	-295.9	-310.2	-303.7	6.5	-2.1
Dienstleistungen Dritter und Honorare	-65.4	-70.1	-63.2	6.9	-9.8
Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-262.1	-276.5	-276.5	0.0	0.0
Fiskalertrag	641.3	685.3	646.9	-38.4	-5.6
Kantonsanteil an Erträgen des Bundes	291.9	245.2	242.9	-2.3	-0.9
Nettoinvestitionen	-80.6	-108.8	-77.0	31.8	-29.2
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-58.4	-68.1	-64.4	3.7	-5.5

4 Informationen zu den wichtigsten Positionen

4.1 Personalaufwand

Der Personalaufwand wurde gegenüber dem Budget um 6,5 Millionen Franken oder 2,1 Prozent unterschritten. Zur Budgetunterschreitung haben alle Direktionen beigetragen.

Die Rückstellungen für aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben haben um 416 000 Franken zugenommen und belaufen sich jetzt auf insgesamt 10,1 Millionen Franken. Diese sind auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Bei mehr Personal steigt auch der Saldo in absoluten Zahlen tendenziell an. Die Veränderung wurde in diesem Jahr nicht mehr zentral, sondern bei den einzelnen Ämtern verbucht. Dadurch ist das Bewusstsein geweckt, dass die Amtsleitenden diese Werte beeinflussen können. Es wird angestrebt, dass diese Salde tendenziell abnehmen. Das ist eine Führungsaufgabe, die selbstverständlich von den zu erfüllenden Aufgaben und den zu erreichenden Zielen abhängt.

Finanzzahlen

Die Hilfskräfte, die Aushilfen, das Fachpersonal und das Personal in Ausbildung sind in nachfolgender Tabelle aufgelistet. Da hier viele Personen in befristeten Teilzeitpensen und mit ganz verschiedenen Löhnen und grösstenteils im Stundenlohn arbeiten, wäre eine Umrechnung auf Personalstellen mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Aus diesem Grund folgt eine Zusammenstellung mit dem effektiven Lohnaufwand:

Konto	Lohnaufwand in Franken	Budget 2013	Rechnung 2013	Differenz
3010.20	Aushilfspersonal	-62'000	-835'800	-773'800
3010.21	Hilfskräfte ohne Reinigungspersonal	-3'057'700	-2'877'700	180'000
3010.25	Reinigungspersonal	-2'473'500	-2'366'600	106'900
3010.26	Reinigungspersonal Schüler/innen	-30'000	-12'800	17'200
3010.30	Personal in Ausbildung	-2'575'500	-2'391'000	184'500
3010.40	Fachpersonal	-794'400	-1'681'900	-887'500
Total		-8'993'100	-10'165'800	1'172'700

Das Konto 3010.20 beinhaltet den Aufwand für Aushilfseinsätze, die normalerweise nicht budgetiert werden können, wie z. B. bei vorübergehenden Ausfällen wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaft, bezahltem/unbezahltem Urlaub oder Militärdienst.

Das Konto 3010.21 weist die Kosten für Hilfskräfte aus, die zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalles eingesetzt werden.

Beim Personal in Ausbildung, Konto 3010.30, wurden weniger Praktikumsstellen besetzt als budgetiert waren.

Die Abweichung beim Fachpersonal, Konto 3010.40, stammt vor allem vom Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit 754 000 Franken, die als Sachaufwand budgetiert waren.

4.2 Dienstleistungen Dritter und Honorare

In der Finanzstrategie wurde festgelegt, dass unter diesem Titel folgende drei Kontengruppen zusammengefasst werden:

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
313 Dienstleistungen und Honorare	-33.2	-36.1	-31.7	4.3	-12.0
314 Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-22.8	-23.1	-21.9	1.2	-5.2
315 Unterhalt Mobilien	-9.3	-10.9	-9.5	1.4	-12.6
Total	-65.4	-70.1	-63.2	6.9	-9.8

Das Budget wurde insgesamt um 6,9 Millionen Franken oder 9,8 Prozent unterschritten. Dazu haben sämtliche Direktionen beigetragen. Das ist erfreulich, denn es zeigt, dass die Ämter mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen haushälterisch umgehen.

4.3 Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) hat gegenüber dem Vorjahr wiederum markant zugenommen, und zwar um 14,4 Millionen Franken oder 5,5 Prozent auf insgesamt 276,5 Millionen Franken. Die Gemeinden haben sich daran mit 39,3 Millionen Franken beteiligt.

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Ressourcenausgleich	-260.4	-274.9	-274.9	0.0	0.0
Härteausgleich	-1.7	-1.6	-1.6	0.0	0.0
Total	-262.1	-276.5	-276.5	0.0	0.0
Anteil der Gemeinden		33.5	39.3	0.0	0.0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Finanzzahlen

Das System des NFA wird derzeit zum zweiten Mal überprüft. Die NFA-Geberkantone haben dazu im September ihre Positionen bekannt gemacht (www.fairer-nfa.ch) und vertreten diese aktiv gegenüber Bund und Kantonen. Die Geberkantone fordern unter anderem die Verminderung der Solidarhaftung der Geber- und Nehmerkantone, die Erhöhung der Wirksamkeit des Ressourcenausgleichs, eine Anpassung der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage, eine Reduktion des Ressourcenausgleichs bei Steuerdumping, die Aufhebung des Härteausgleichs sowie die Berücksichtigung der Wasserzinsen als Einkommensquelle.

4.4 Fiskalertrag

Bei den Kantonssteuererträgen zeigt sich ein durchzogenes Bild. Während die budgetierten Erträge bei den juristischen Personen dank unerwartet positiven Unternehmensabschlüssen übertroffen werden konnten, fielen die Erträge bei den natürlichen Personen deutlich unter den Erwartungen aus. Anders als in früheren Jahren sind substanzelle Einmaleffekte bei den natürlichen Personen weitgehend ausgeblieben. Zudem konnten die bei der Erstellung des Budgets zugrunde gelegten Wachstumsraten trotz weiterer Bevölkerungszunahme nicht erreicht werden.

Wir weisen darauf hin, dass die Auflösung der Steuerausgleichsreserve von 47,5 Millionen Franken keine Auswirkung auf den Fiskalertrag hat. Es handelt sich um eine ausserordentliche Buchung und erscheint deshalb in der Position 48 «Ausserordentlicher Ertrag».

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Einkommenssteuern	318.5	333.5	302.0	-31.5	-9.4
Vermögenssteuern	63.2	81.0	76.0	-5.0	-6.2
Quellensteuern	29.8	35.5	20.5	-15.0	-42.2
Total direkte Steuern natürliche Personen	411.5	450.0	398.5	-51.5	-11.4
Gewinnsteuern	179.0	184.5	189.8	5.3	2.9
Kapitalsteuern	18.8	20.4	22.2	1.8	8.8
Total direkte Steuern juristische Personen	197.8	204.9	212.0	7.1	3.4
Übrige direkte Steuern (Nachsteuern und Steuerstrafen)	3.1	2.0	6.9	4.9	246.1
Total direkte Steuern	612.3	656.9	617.4	-39.5	-6.0
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	29.0	28.4	29.5	1.1	3.8
Total	641.3	685.3	646.9	-38.4	-5.6

4.5 Kantonsanteile an Erträgen des Bundes

Beim Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer liegen die Erträge leicht unter den Erwartungen und deutlich unter den Vorjahreszahlen. Allerdings war das Bild im Jahr 2012 bei den natürlichen Personen noch von substanzellen Einmaleffekten geprägt.

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Anteil an direkter Bundessteuer	285.6	238.5	234.9	-3.6	-1.5
Anteil an Verrechnungssteuer	6.2	6.5	7.7	1.3	19.4
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0.2	0.2	0.2	0.0	-17.8
Total	291.9	245.2	242.9	-2.3	-0.9

Finanzzahlen

4.6 Investitionen, Abschreibungen und Selbstfinanzierungsgrad

Die Nettoinvestitionen betrugen 77,0 Millionen Franken. Sie sind um 31,8 Millionen Franken oder 29,2 Prozent tiefer ausgefallen als budgetiert. Die tieferen Investitionen haben zur Folge, dass auch der Abschreibungsaufwand für die Sachanlagen tiefer ausgefallen ist, und zwar um 8,7 Millionen Franken. Demgegenüber wurde zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau mehr investiert. Da hier die Investitionen jeweils zu 100 Prozent abgeschrieben werden, hat sich der Aufwand um 5,0 Millionen Franken erhöht, wie folgende Aufstellung zeigt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen ¹ In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Sachanlagen	-34.8	-42.6	-33.9	8.7	-20.4
Spezialfinanzierung Strassenbau	-23.6	-25.5	-30.5	-5.0	19.6
Total	-58.4	-68.1	-64.4	3.7	-5.5

Die Nettoinvestitionen von 77,0 Millionen Franken konnten lediglich mit einem Finanzierungsbeitrag aus der laufenden Rechnung von 10,7 Millionen Franken finanziert werden. Dies führt zu einem ausserordentlich tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 13,9 Prozent. Nachfolgende Tabelle zeigt, dass der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad mittelfristig, das heisst über die letzten fünf Jahre, über 100 Prozent liegt. Rückblickend betrachtet konnte somit die finanzstrategische Vorgabe eingehalten werden:

Selbstfinanzierungsgrad In %	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Mehrjahresbetrachtung	215.3%	110.1%	159.2%	105.5%	13.9%
Mittelwert über die letzten fünf Jahre					120.8%

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

5 Bilanz

Die Struktur der Bilanz per 31. Dezember 2013 zeigt sich in Tabelle 11. Gegenüber dem Vorjahr hat das Finanzvermögen abgenommen, was neben der Abnahme des Steuerabrechnungskontos auch auf den Finanzierungsfehlbetrag zurückzuführen ist. Das Verwaltungsvermögen hat ebenfalls abgenommen, da die Abschreibungen höher waren als die Nettoinvestitionen. Auf der Passivseite wirkt sich beim Fremdkapital vor allem die Abnahme der Steuerabrechnungskonten aus, und zwar gleichlaufend mit der Entwicklung beim Finanzvermögen. Ansonsten sind lediglich die laufenden Verbindlichkeiten leicht zurückgegangen. Das Eigenkapital hat aufgrund der Auflösung der Steuerausgleichsreserve und wegen des Aufwandüberschusses abgenommen. Insgesamt zeigt sich weiterhin eine solide Bilanzstruktur. Das Finanzvermögen beläuft sich auf 1,31 Milliarden Franken und macht 75,1 Prozent der Bilanzsumme aus. Das Eigenkapital beträgt 1,13 Milliarden Franken, was 64,7 Prozent der Bilanzsumme entspricht. Die Details der Bilanz finden sich am Schluss des Geschäftsberichtes. Dort sind neu Kommentare zu den wichtigsten Abweichungen formuliert, wie das von der Staatswirtschaftskommission gefordert worden war.

6 Anhang zur Jahresrechnung

Der Anhang wurde inhaltlich überarbeitet und erweitert. Er ist gemäss den Empfehlungen von HRM2² aufgebaut. Die Abweichungen sind begründet und resultieren vor allem aus übergeordnetem Recht. Neu sind zum Beispiel in Ziffer 4 die Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung für alle Bilanzpositionen kurz beschrieben und erklärt. Ebenfalls im Anhang finden sich Informationen zum Stand der vom Kantonsrat bewilligten Verpflichtungskredite. Die als abgeschlossen bezeichneten Kredite sind vom Kantonsrat zusammen mit dem Geschäftsbericht zu genehmigen. Allfällige Kredite über 10 Millionen Franken werden dem Kantonsrat gemäss den Bestimmungen des Finanzaushaltsgesetzes jeweils mit einem separaten Bericht und Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

1 Es handelt sich hier um die Kontengruppe 33. Der Abschreibungsaufwand der Investitionsbeiträge ist in der Kontengruppe 36 verbucht; die zusätzlichen Abschreibungen in der Kontengruppe 38.

2 Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2, herausgegeben von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Finanzzahlen

7 Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

7.1 Pädagogische Hochschule Zug

Es handelt sich um den ersten Abschluss der Pädagogischen Hochschule Zug als öffentlich-rechtliche Anstalt. Die Jahresrechnung umfasst den Zeitraum seit dem 1. August 2013. Der ausgewiesene Ertragsüberschuss beläuft sich auf 225 000 Franken.

7.2 Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Die Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1,0 Million Franken. Der Anteil des Kantons Zug beträgt einen Fünftel oder 205 436 Franken und ist beim Vollzugs- und Bewährungsdienst als Ertrag verbucht. Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (siehe Anhang zu BGS 332.31) haben die Parlamente beider Kantone die Jahresrechnung zu genehmigen. Aus diesem Grund stellt der Regierungsrat einen entsprechenden separaten Antrag.

7.3 Gebäudeversicherung Zug

Die Gebäudeversicherung Zug weist einen Gewinn von 1,4 Millionen Franken aus. Der separate Geschäftsbericht 2013 der Gebäudeversicherung kann bei der Geschäftsstelle verlangt oder unter www.gvzg.ch eingesehen werden. Die Gebäudeversicherung beansprucht keine öffentlichen Gelder. Gestützt auf § 23 Abs. 1 Bst. i des Finanzaushaltsgesetzes (BGS 611.1) ist ihr Jahresabschluss Teil der Jahresrechnung des Kantons und wird als solcher vom Kantonsrat implizit genehmigt.

8 Separatfonds

Die Separatfonds sind gemäss § 9 des Finanzaushaltsgesetzes (BGS 611.1) formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbindung. Das Verfügungsrecht obliegt dem Regierungsrat. Die Bewirtschaftung der Fondsvermögen wird durch die Finanzverwaltung wahrgenommen.

Es gibt insgesamt sieben Separatfonds. Die wichtigsten sind der Lotteriefonds (Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke) mit einem Vermögen von 11,7 Millionen Franken und der Sport-Toto-Fonds, der Ende Jahr 3,1 Millionen Franken aufweist. Das gesamte Fondsvermögen beläuft sich auf 20,0 Millionen Franken. Im Fonds-Eigenkapital von 15,8 Millionen Franken sind die Kursreserven sowie die Überschüsse aus der Bewirtschaftung verbucht.

Der Jahresabschluss der Separatfonds ist in der Jahresrechnung des Kantons separat auszuweisen, weshalb sie ganz am Schluss des Geschäftsberichtes publiziert werden.

9 Aufwandüberschuss

Der Aufwandüberschuss ist gemäss § 19 des Finanzaushaltsgesetzes (BGS 611.1) dem freien Eigenkapital belastet worden.

10 Tabellen

Die nachfolgenden Tabellen 1–11 enthalten die wichtigsten Zahlen und Fakten für einen raschen und umfassenden Überblick über die Jahresrechnung 2013. Weiterführende Informationen finden sich in der institutionellen Gliederung bei den einzelnen Direktionen und Ämtern. Dort sind die wichtigsten Entwicklungen und die wesentlichsten Abweichungen zum Budget kommentiert.

Jahresrechnung
Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 1: Laufende Rechnung – Überblick

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'328.3	-1'431.6	-1'391.6	39.9	-2.8
Total Ertrag	1'334.4	1'406.7	1'371.1	-35.6	-2.5
Ertrags-/Aufwandüberschuss	6.0	-24.8	-20.5	4.3	-17.5

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2013 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 29. November 2012 und 31. Januar 2013 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2013	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrates	-1'432.8	1'406.9	-25.9
Änderung durch KR	1.2	-0.2	1.1
Durch KR beschlossenes Budget	-1'431.6	1'406.7	-24.8

Tabelle 2: Laufende Rechnung – Gestufter Erfolgsausweis

Konto	In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
30	Personalaufwand	-295.9	-310.2	-303.7	6.5	-2.1
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-110.7	-115.7	-107.0	8.6	-7.5
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-58.4	-68.1	-64.4	3.7	-5.5
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-10.2	-8.5	-4.5	4.0	-47.4
36	Transferaufwand	-757.7	-824.3	-806.8	17.5	-2.1
37	Durchlaufende Beiträge	-77.5	-79.5	-80.7	-1.2	1.5
39	Interne Verrechnungen	-3.1	-4.1	-3.9	0.2	-5.6
	Total betrieblicher Aufwand	-1'313.6	-1'410.5	-1'371.0	39.5	-2.8
40	Fiskalertrag	641.3	685.3	646.9	-38.4	-5.6
41	Regalien und Konzessionen	11.6	11.6	11.9	0.3	2.5
42	Entgelte	64.8	65.5	66.5	1.0	1.5
43	Verschiedene Erträge	6.0	6.4	6.2	-0.2	-3.1
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					
46	Transferertrag	478.5	451.7	452.1	0.5	0.1
47	Durchlaufende Beiträge	77.5	79.5	80.7	1.2	1.5
49	Interne Verrechnungen	3.1	4.1	3.9	-0.2	-5.6
	Total betrieblicher Ertrag	1'282.8	1'304.1	1'268.1	-35.9	-2.8
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-30.7	-106.4	-102.8	3.6	-3.4
34	Finanzaufwand	-11.1	-12.2	-11.7	0.5	-4.0
44	Finanzertrag	48.0	46.2	46.2	-0.0	-0.1
	Ergebnis aus Finanzierung	36.8	34.1	34.6	0.5	1.4
	Operatives Ergebnis	6.1	-72.3	-68.3	4.0	-5.6
38	Ausserordentlicher Aufwand	-3.6	-8.9	-9.0	-0.0	0.5
48	Ausserordentlicher Ertrag	3.6	56.4	56.7	0.3	0.6
	Ausserordentliches Ergebnis	-0.1	47.5	47.8	0.3	0.6
	Ertrags-/Aufwandüberschuss	6.0	-24.8	-20.5	4.3	-17.5

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 3: Laufende Rechnung - Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

In Mio. Franken	Budget 2013	In % vom Total	Rechnung 2013	In % vom Total
Personalaufwand	-310.2	21.7	-303.7	21.8
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-115.7	8.1	-107.0	7.7
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-68.1	4.8	-64.4	4.6
Finanzaufwand	-12.2	0.8	-11.7	0.8
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-8.5	0.6	-4.5	0.3
Transferaufwand	-824.3	57.6	-806.8	58.0
Durchlaufende Beiträge	-79.5	5.6	-80.7	5.8
Ausserordentlicher Aufwand	-8.9	0.6	-9.0	0.6
Interne Verrechnungen	-4.1	0.3	-3.9	0.3
Total Aufwand	-1'431.6	100.0	-1'391.6	100.0

Tabelle 4: Laufende Rechnung - Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-310.2	-303.7	6.5	-2.1	Siehe Kapitel «Personalaufwand»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-115.7	-107.0	8.6	-7.5	Abnahmen: Material- und Warenaufwand 1.1 Mio. Franken, Nicht aktivierbare Anlagen 1.2 Mio. Franken, Dienstleistungen und Honorare 4.3 Mio. Franken, Baulicher Unterhalt Grundstücke VV 1.2 Mio. Franken, Unterhalt Mobilien 1.4 Mio. Franken
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-68.1	-64.4	3.7	-5.5	Zunahme: Spezialfinanzierung Strassenbau 5.0 Mio. Franken Abnahmen: Hochbauten 3.4 Mio. Franken, Mobilien VV 3.5 Mio. Franken, Informatik (Hard- und Software) 2.1 Mio. Franken
Finanzaufwand	-12.2	-11.7	0.5	-4.0	Abnahme: Liegenschaftenaufwand FV 0.5 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-8.5	-4.5	4.0	-47.4	Abnahme: Spezialfinanzierung Strassenbau 4.2 Mio. Franken
Transferaufwand	-824.3	-806.8	17.5	-2.1	Zunahme: Entschädigung an Gemeinwesen 1.4 Mio. Franken Abnahmen: Beiträge an Gemeinwesen und Dritte 17.8 Mio. Franken (davon 12.2 Mio. Franken Spitäler), Abschreibungen Investitionsbeiträge 1.1 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	-79.5	-80.7	-1.2	1.5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-8.9	-9.0	-0.0	0.5	Keine wesentlichen Abweichungen
Interne Verrechnungen	-4.1	-3.9	0.2	-5.6	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Interne Verrechnungen)

Jahresrechnung
Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 5: Laufende Rechnung - Prozentuale Aufteilung des Ertrages

In Mio. Franken	Budget 2013	In % vom Total	Rechnung 2013	In % vom Total
Fiskalertrag	685.3	48.7	646.9	47.2
Regalien und Konzessionen	11.6	0.8	11.9	0.9
Entgelte	65.5	4.7	66.5	4.8
Verschiedene Erträge	6.4	0.5	6.2	0.5
Finanzertrag	46.2	3.3	46.2	3.4
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen		0.0		0.0
Transferertrag	451.7	32.1	452.1	33.0
Durchlaufende Beiträge	79.5	5.7	80.7	5.9
Ausserordentlicher Ertrag	56.4	4.0	56.7	4.1
Interne Verrechnungen	4.1	0.3	3.9	0.3
Total Ertrag	1'406.7	100.0	1'371.1	100.0

Tabelle 6: Laufende Rechnung - Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	685.3	646.9	-38.4	-5.6	Zunahmen: Direkte Steuern juristische Steuern 7.1 Mio. Franken, Übrige direkte Steuern 4.9 Mio. Franken, Motorfahrzeugsteuern 1.1 Mio. Franken Abnahme: Direkte Steuern natürliche Personen 51.5 Mio. Franken
Regalien und Konzessionen	11.6	11.9	0.3	2.5	Zunahme: Anteil am Reingewinn der SNB 0.1 Mio. Franken
Entgelte	65.5	66.5	1.0	1.5	Zunahmen: Rückerstattungen Dritter und Versicherungen 1.2 Mio. Franken, Übrige Entgelte 0.6 Mio. Franken, Abnahme: Gebühren für Amtshandlungen 1.2 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6.4	6.2	-0.2	-3.1	Keine wesentlichen Abweichungen
Finanzertrag	46.2	46.2	-0.0	-0.1	Zunahme: Liegenschaftenertrag VV 0.2 Mio. Franken Abnahme: Zinsertrag 0.2 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					Keine Entnahme getätigt
Transferertrag	451.7	452.1	0.5	0.1	Zunahmen: Entschädigungen vom Bund 0.8 Mio. Franken, Beiträge vom Bund 1.5 Mio. Franken Abnahme: Anteil an Direkter Bundessteuer 2.9 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	79.5	80.7	1.2	1.5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	56.4	56.7	0.3	0.6	Zunahme: Auflösung Reserve Betriebshilfedarlehen, Anteil Kanton 0.6 Mio. Franken Abnahme: Reserve für Konjunkturförderung 0.2 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	4.1	3.9	-0.2	-5.6	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 7: Investitionsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Investitionsausgaben	-107.0	-128.2	-89.3	38.9	-30.3
Investitionseinnahmen	26.4	19.4	12.3	-7.1	-36.6
Nettoinvestitionen	-80.6	-108.8	-77.0	31.8	-29.2

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2013 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 29. November 2012 und 31. Januar 2013 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2013	Ausgaben	Einnahmen	Netto
Antrag des Regierungsrates	-128.4	19.4	-109.0
Änderung durch KR	0.2	0.0	0.2
Durch KR beschlossenes Budget	-128.2	19.4	-108.8

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte

In Mio. Franken	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	
Projekte Rechnung 2013 > 1 Mio. Franken					
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-25.5	-30.5	-5.0	19.6
ÖV Feinverteiler	Unterführung Sumpf	-4.6	-8.7	-4.1	89.4
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-8.4	-2.9	5.5	-65.5
Museum in der Burg	Umbau	-2.5	-2.8	-0.3	10.9
Zuger Polizei	Polycom, Ersatz Funksystem	-11.8	-2.3	9.5	-80.3
Investitionskredite Landwirtschaft	Aus- und Rückzahlungen		-2.2	-2.2	
Radwegbauten	Bauausführungen	-2.3	-1.9	0.4	-16.6
Energiebeiträge	Anschlussprogramm	-1.4	-1.9	-0.5	38.1
Lorze Baar, Spinnerei	Renaturierung	-0.1	-1.5	-1.4	1'394.3
Busbevorzugung	Bauausführungen	-1.5	-1.4	0.1	-4.0
Lüssihaus Zugerstrasse 42, Baar	Bau	-1.2	-1.4	-0.2	13.9
Aktien ZVB AG	Erwerb		-1.3	-1.3	
VZ3/ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus	-7.0	-1.2	5.8	-82.4
Steinhausen Rigiblick	S-Bahnhaltestelle		-1.2	-1.2	
Polizeidienststelle Cham	Mieterausbau		-1.1	-1.1	
Stadtgarten Zug	Bauausführungen	-3.2	-1.1	2.1	-65.2
Brücke Städtlerwald	Lebensraumvernetzungsbrücke	-0.9	-1.1	-0.2	18.7
Projekte Budget 2013 > 1 Mio. Franken					
Kantonschule Zug	Provisorien und Turnhalle	-13.0		13.0	-100.0
Artherstrasse 25, Zug	Sanierung / Umbau	-5.0		5.0	-100.0
Bahnprojekte	Planung und Projektierung	-1.6		1.6	-100.0
Landwirtschaftsamt	Strukturverbesserungen	-1.5	-0.5	1.0	-66.3
Gewässerschutzbauten im Wald	Neu- und Ausbau	-1.5	-0.6	0.9	-57.7
Wohnbauförderung WFG 10	Darlehen	-1.4		1.4	-100.0
ZUWEBE	Umbau Werkstätte Bösch	-1.3		1.3	-100.0
KGM Menzingen	Provisorien			1.0	-100.0

Jahresrechnung
Bericht

Finanzzahlen

In Mio. Franken	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total wesentlichste Investitionsprojekte	-96.6	-65.7	31.0	-32.0
Übrige Investitionen	-12.2	-11.4	0.8	-6.7
Nettoinvestitionen	-108.8	-77.0	31.8	-29.2

Tabelle 9: Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'328.3	-1'431.6	-1'391.6	39.9	-2.8
Total Ertrag	1'334.4	1'406.7	1'371.1	-35.6	-2.5
Ertrags-/Aufwandüberschuss	6.0	-24.8	-20.5	4.3	-17.5
Zuzüglich Abschreibungen	72.1	87.8	83.0	-4.8	-5.4
Veränderung Spezialfinanzierungen	10.2	8.5	4.5	-4.0	-47.4
Veränderung Reserven	-3.3	-56.0	-56.3	-0.3	0.5
Finanzierungsbeitrag	85.1	15.5	10.7	-4.8	-30.9
Abzüglich Nettoinvestitionen	-80.6	-108.8	-77.0	31.8	-29.2
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	4.5	-93.4	-66.4	27.0	-28.9

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

In Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %
Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)					
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-34.8	-42.6	-33.9	8.7	-20.4
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10.4	-11.1	-10.0	1.1	-9.8
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-23.6	-25.5	-30.5	-5.0	19.6
Wertberichtigungen Darlehen	-0.0		-0.0	-0.0	0.0
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen	-3.3	-8.5	-8.5	0.0	0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen					
Total Abschreibungen und Wertberichtigungen	-72.1	-87.8	-83.0	4.8	-5.4

Spezialfinanzierungen im Eigenkapital

Einlagen in Spezialfinanzierungen	-10.2	-8.5	-4.5	4.0	-47.4
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					
Veränderung Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-10.2	-8.5	-4.5	4.0	-47.4

Reserven

Einlagen in Reserven	-0.3	-0.4	-0.4	-0.0	10.3
Entnahmen aus Reserven	3.6	56.4	56.7	0.3	0.6
Veränderung Reserven	3.3	56.0	56.3	0.3	0.5

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Jahresrechnung
Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 11: Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2012	Anteil in %	Per 31.12.2013	Anteil in %	Abw. in Mio.	Abw. in %
Aktiven						
Finanzvermögen (FV)	1'483.5	77.0	1'314.6	75.1	-168.8	-12.8
Verwaltungsvermögen (VV)	442.4	23.0	436.5	24.9	-5.9	-1.4
Total Aktiven	1'925.9	100.0	1'751.1	100.0	-174.8	-10.0
Passiven						
Fremdkapital (FK)	721.9	37.5	617.5	35.3	-104.4	-16.9
Eigenkapital (EK)	1'204.0	62.5	1'133.6	64.7	-70.4	-6.2
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	198.6	10.3	203.1	11.6	4.5	2.2
Reserven	490.0	25.4	436.0	24.9	-54.0	-12.4
Freies Eigenkapital	515.4	26.8	494.6	28.2	-20.8	-4.2
Total Passiven	1'925.9	100.0	1'751.1	100.0	-174.8	-10.0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Kennzahlen

Laufende Rechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Investitionsrechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

5-Jahresvergleiche

Detailinformationen
Geldflussrechnung

Direkte Methode

Fonds «Geld»; Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit			
+ Liquiditätswirksame Erträge	3'402'003'757	3'489'843'469	3'598'881'789
davon Steuererträge brutto	3'097'868'988	3'171'984'262	3'224'128'319
davon übrige Erträge	304'134'769	317'859'207	374'753'470
- Liquiditätswirksame Aufwände	-3'229'469'974	-3'385'476'077	-3'748'695'801
davon Personalaufwand	-297'316'734	-287'783'400	-307'343'025
davon Steuerrückerstattungen und -ablieferungen brutto (Steuerpflichtige/Gemeinden/Bund)	-2'057'775'635	-2'207'209'699	-2'467'436'656
davon übrige Aufwände	-874'377'605	-890'482'978	-973'916'120
= Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit	172'533'783	104'367'392	-149'814'012
Cash Flow aus Investitionstätigkeit			
+ Liquiditätswirksame Einnahmen der Investitionsrechnung	20'591'063	18'753'790	7'557'917
- Liquiditätswirksame Ausgaben der Investitionsrechnung	-109'096'514	-77'557'155	-92'136'396
= Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-88'505'451	-58'803'366	-84'578'479
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit			
+ Finanzeinnahmen (Zinserträge, Rückzahlung Festgelder > 3 Mt.)	703'319'440	353'643'906	273'792'810
- Finanzausgaben (Anlage Festgelder > 3 Mt., Zinszahlungen)	-623'539'667	-346'364'500	-329'441'399
= Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	79'779'773	7'279'406	-55'648'589
Geldfluss Fonds «Geld» plus = Zunahme Liquidität, minus = Abnahme Liquidität	163'808'105	52'843'433	-290'041'080

Nachweis Bilanz

Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate per 1. Januar	444'876'030	608'684'135	661'527'568
Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate per 31. Dezember	608'684'135	661'527'568	371'486'488
Veränderung Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate	163'808'105	52'843'433	-290'041'080

Zusatzinformation

Veränderung Festgelder > 3 Monate	0	50'000'000	110'000'000
Cash Flow Kanton Zug inkl. Festgelder > 3 Monate	163'808'105	102'843'433	-180'041'080

Die Rechnung zeigt den effektiven Brutto-Geldfluss auf. So sind z.B. bei den Steuererträgen alle Zahlungen der Steuerpflichtigen sowie bei den Steuerrückerstattungen und -ablieferungen alle Zahlungen an die Steuerpflichtigen, Gemeinden und Bund aufgeführt. Die Abweichungen zu der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sind durch nicht liquiditätswirksame Buchungen und zeitliche Abgrenzungen zu begründen.

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Kennzahlen

Nettoschuld I in Franken pro Einwohner	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Nettoschulden I Einwohner des Kantons Zug per 31.12.	-6'171	-6'127	-6'473	-6'393	-5'778

Richtwerte:

< 0 Fr. = Nettovermögen, 0-1'000 Fr. = geringe Verschuldung, 1'001-2'500 Fr. = mittlere Verschuldung

Aussage:

Werte kleiner Null zeigen ein Nettovermögen auf.

Bemerkung:

Einwohnerzahl = wirtschaftliche Wohnbevölkerung

Bruttoverschuldungsanteil	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Bruttoschulden x 100 Laufender Ertrag	37.9%	46.6%	49.7%	52.6%	44.4%

Richtwerte:

< 50% = sehr gut, 50-100% = gut, 100-150% = mittel, 150-200% = schlecht, > 200% = kritisch

Aussage:

Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zum laufenden Ertrag steht.

Nettoverschuldungsquotient	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Nettoschulden I Fiskalertrag	-109.3%	-117.9%	-107.9%	-118.7%	-107.8%

Richtwerte:

< 100% = gut, 100-150% = genügend, > 150% = schlecht

Aussage:

Welcher Anteil der Fiskalerträge wäre erforderlich, um die Nettoschuld abzutragen.

Selbstfinanzierungsgrad	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Selbstfinanzierung x 100 Nettoinvestitionen	215.3%	110.1%	159.2%	105.5%	13.9%

Richtwerte:

100% = anzustrebende Zielgrösse, > 100% = Zunahme der liquiden Mittel, < 100% = Abnahme der liquiden Mittel

Aussage:

Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Selbstfinanzierung x 100 Laufender Ertrag	17.4%	8.7%	14.6%	6.8%	0.9%

Richtwerte:

> 20% = gut, 10-20% = mittel, < 10% = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Nettoinvestitionen aufwenden kann.

Detailinformationen

Kennzahlen

Investitionsanteil	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Bruttoinvestitionen x 100 Gesamtausgaben	11.5%	9.5%	10.7%	8.2%	6.6%

Richtwerte:

< 7.5% = schwache Investitionstätigkeit, > 7.5% = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

Aussage:

Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

Zinsbelastungsanteil	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Nettozinsaufwand x 100 Laufender Ertrag	-0.8%	-0.3%	0.0%	-0.7%	-0.6%

Richtwerte:

bis 4% = gut, 4-9% = genügend, > 9% = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist.

Kapitaldienstanteil	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Kapitaldienst x 100 Laufender Ertrag	4.0%	4.3%	4.4%	4.8%	5.5%

Richtwerte:

bis 5% = geringe Belastung, 5-15% = tragbare Belastung, > 15% = hohe Belastung

Aussage:

Mass für die Belastung des Finanzhaushaltes durch den Nettozinsaufwand und die Abschreibungen.

Die Kennzahlen ab Rechnung 2012 sind gemäss der überarbeiteten HRM2-Fachempfehlung 18 (Ausgabe 2013) berechnet. Damit ergeben sich Abweichungen gegenüber früher publizierten Zahlen.

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr-	Abw. in %
10	Gesetzgebende Behörden					
	Aufwand	-920'817.57	-1'104'800	-1'094'598.00	10'202.00	-0.9
	Ertrag					
	Saldo	-920'817.57	-1'104'800	-1'094'598.00	10'202.00	-0.9
11	Allgemeine Verwaltung					
	Aufwand	-13'825'515.92	-14'589'750	-14'355'429.39	234'320.61	-1.6
	Ertrag	2'873'242.60	2'782'600	3'264'380.40	481'780.40	17.3
	Saldo	-10'952'273.32	-11'807'150	-11'091'048.99	716'101.01	-6.1
15	Direktion des Innern					
	Aufwand	-84'466'305.57	-91'753'440	-89'202'315.78	2'551'124.22	-2.8
	Ertrag	22'713'799.31	22'774'000	23'324'405.13	550'405.13	2.4
	Saldo	-61'752'506.26	-68'979'440	-65'877'910.65	3'101'529.35	-4.5
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Aufwand	-222'275'119.36	-222'866'630	-221'722'259.41	1'144'370.59	-0.5
	Ertrag	17'611'097.52	16'725'600	18'731'655.32	2'006'055.32	12.0
	Saldo	-204'664'021.84	-206'141'030	-202'990'604.09	3'150'425.91	-1.5
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Aufwand	-213'018'834.43	-229'197'260	-223'904'212.46	5'293'047.54	-2.3
	Ertrag	98'416'188.73	97'145'535	97'303'248.11	157'713.49	0.2
	Saldo	-114'602'645.70	-132'051'725	-126'600'964.35	5'450'761.03	-4.1
30	Baudirektion					
	Aufwand	-108'654'808.93	-110'593'063	-107'382'924.71	3'210'138.29	-2.9
	Ertrag	54'256'858.23	53'900'967	55'265'920.67	1'364'953.67	2.5
	Saldo	-54'397'950.70	-56'692'096	-52'117'004.04	4'575'091.96	-8.1
35	Sicherheitsdirektion					
	Aufwand	-73'968'191.53	-77'622'000	-76'376'402.67	1'245'597.33	-1.6
	Ertrag	20'114'068.77	20'576'880	20'407'901.89	-168'978.11	-0.8
	Saldo	-53'854'122.76	-57'045'120	-55'968'500.78	1'076'619.22	-1.9
40	Gesundheitsdirektion					
	Aufwand	-144'369'234.73	-167'361'750	-152'497'585.69	14'864'164.31	-8.9
	Ertrag	37'403'648.35	38'248'500	38'193'953.00	-54'547.00	-0.1
	Saldo	-106'965'586.38	-129'113'250	-114'303'632.69	14'809'617.31	-11.5
50	Finanzdirektion					
	Aufwand	-439'150'930.91	-488'209'200	-474'384'158.15	13'825'041.85	-2.8
	Ertrag	1'072'184'021.39	1'146'150'345	1'105'258'549.38	-40'891'795.62	-3.6
	Saldo	633'033'090.48	657'941'145	630'874'391.23	-27'066'753.77	-4.1
61	Richterliche Behörden					
	Aufwand	-27'692'083.49	-28'258'040	-30'687'610.67	-2'429'570.67	8.6
	Ertrag	8'806'574.79	8'407'800	9'353'447.17	945'647.17	11.2
	Saldo	-18'885'508.70	-19'850'240	-21'334'163.50	-1'483'923.50	7.5
Total Kanton						
	Aufwand	-1'328'341'842.44	-1'431'555'933	-1'391'607'496.93	39'948'436.07	-2.8
	Ertrag	1'334'379'499.69	1'406'712'227	1'371'103'461.07	-35'608'765.55	-2.5
	Saldo	6'037'657.25	-24'843'706	-20'504'035.86	4'339'670.52	-17.5

Detailinformationen

Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kantonsrat	-920'817.57	-1'104'800	-1'094'598.00	10'202.00	-0.9
10	Gesetzgebende Behörden	-920'817.57	-1'104'800	-1'094'598.00	10'202.00	-0.9
1100	Regierungsrat	-3'471'682.15	-3'528'100	-3'445'571.84	82'528.16	-2.3
1120	Staatskanzlei	-6'716'476.57	-7'473'400	-6'950'269.00	523'131.00	-7.0
1128	Ombudsstelle	-309'255.48	-352'650	-299'237.38	53'412.62	-15.1
1129	Datenschutz	-454'859.12	-453'000	-395'970.77	57'029.23	-12.6
11	Allgemeine Verwaltung	-10'952'273.32	-11'807'150	-11'091'048.99	716'101.01	-6.1
1500	Direktionssekretariat	-2'790'564.40	-3'084'500	-2'738'448.01	346'051.99	-11.2
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'113'741.03	-1'098'500	-1'456'743.96	-358'243.96	32.6
1530	Amt für Wald und Wild	-4'238'731.82	-4'793'200	-4'318'452.66	474'747.34	-9.9
1550	Sozialamt	-45'516'123.46	-48'662'840	-45'168'126.82	3'494'713.18	-7.2
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-1'090'120.79	-4'339'100	-5'599'504.42	-1'260'404.42	29.0
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-7'003'224.76	-7'001'300	-6'596'634.78	404'665.22	-5.8
15	Direktion des Innern	-61'752'506.26	-68'979'440	-65'877'910.65	3'101'529.35	-4.5
1700	Direktionssekretariat	-40'502'091.04	-37'333'000	-36'099'529.20	1'233'470.80	-3.3
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-857'584.20	-4'326'450	-4'026'825.09	299'624.91	-6.9
1733	Kantonsschule Zug	-38'483'887.14	-38'698'930	-38'077'947.55	620'982.45	-1.6
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-7'695'587.83	-7'859'200	-7'681'702.98	177'497.02	-2.3
1736	Fachmittelschule	-4'069'165.94	-4'944'200	-4'433'072.93	511'127.07	-10.3
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-102'676'997.79	-102'327'300	-102'450'482.57	-123'182.57	0.1
1777	Amt für Berufsberatung	-1'945'384.01	-2'020'900	-1'956'482.69	64'417.31	-3.2
1780	Amt für Sport	-1'366'763.96	-1'418'750	-1'410'018.94	8'731.06	-0.6
1790	Amt für Kultur	-7'066'559.93	-7'212'300	-6'854'542.14	357'757.86	-5.0
17	Direktion für Bildung und Kultur	-204'664'021.84	-206'141'030	-202'990'604.09	3'150'425.91	-1.5
2000	Direktionssekretariat	-1'645'496.77	-1'859'850	-1'802'051.59	57'798.41	-3.1
2011	Amt für Berufsbildung	-15'576'979.21	-17'954'400	-16'252'277.75	1'702'122.25	-9.5
2012	Amt für Brückenangebote	-4'782'930.71	-4'897'800	-4'683'173.32	214'626.68	-4.4
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-18'405'839.57	-19'977'880	-19'168'271.98	809'608.02	-4.1
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'009'113.74	-1'986'150	-2'049'279.24	-63'129.24	3.2
2018	Berufsschule für Gesundheit- und Krankenpflege	-33'125.40				
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-11'732'784.38	-12'302'500	-11'372'453.99	930'046.01	-7.6
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'264'782.92	-4'796'535	-4'651'830.54	144'704.84	-3.0
2031	Arbeitslosenkasse	2'019'257.63	-1'348'500	-1'212'922.60	135'577.40	-10.1
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-26'324'104.41	-30'243'320	-30'265'161.88	-21'841.88	0.1
2040	Sozialversicherungen	-28'696'539.77	-33'370'000	-31'243'091.98	2'126'908.02	-6.4
2050	Landwirtschaftsamt	-2'598'224.25	-3'066'900	-2'667'478.09	399'421.91	-13.0
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'105'846.45	-2'201'590	-2'743'295.30	-541'705.30	24.6
2070	Handelsregisteramt	2'444'220.89	2'905'030	2'382'569.09	-522'460.91	-18.0
2071	Konkursamt	-890'356.64	-951'330	-872'245.18	79'084.82	-8.3
20	Volkswirtschaftsdirektion	-114'602'645.70	-132'051'725	-126'600'964.35	5'450'761.03	-4.1
3000	Direktionssekretariat	-2'216'639.45	-2'508'700	-2'400'381.86	108'318.14	-4.3
3020	Tiefbauamt	-2'907'184.97	-3'422'300	-3'072'608.49	349'691.51	-10.2
3023	Strassenunterhalt	-13'102'932.46	-13'657'800	-13'060'925.71	596'874.29	-4.4
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-3'635'168.15	-3'918'300	-3'892'775.89	25'524.11	-0.7
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-27'284'985.25	-27'587'296	-24'736'479.38	2'850'816.62	-10.3
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3080	Amt für Raumplanung	-5'251'040.42	-5'597'700	-4'953'832.71	643'867.29	-11.5
30	Baudirektion	-54'397'950.70	-56'692'096	-52'117'004.04	4'575'091.96	-8.1

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
3500	Direktionssekretariat	-2'012'297.32	-2'417'700	-2'088'289.78	329'410.22	-13.6
3515	Schätzungskommission	-133'485.06				
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'161'401.10	-2'362'600	-2'054'632.38	307'967.62	-13.0
3541	Stabsstelle Notorganisation	-51'769.35	-186'700	-85'889.78	100'810.22	-54.0
3581	Strassenverkehrsamt	2'617'499.57	2'424'580	1'575'162.84	-849'417.16	-35.0
3587	Amt für Feuerschutz	-259'656.65	-183'400	-231'136.40	-47'736.40	26.0
3590	Zuger Polizei	-43'334'943.61	-45'091'000	-44'322'562.79	768'437.21	-1.7
3592	Amt für Migration	-1'354'657.53	-1'618'400	-1'266'113.71	352'286.29	-21.8
3595	Strafanstalt	-2'339'579.60	-2'532'950	-2'488'775.28	44'174.72	-1.7
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'823'832.11	-5'076'950	-5'006'263.50	70'686.50	-1.4
35	Sicherheitsdirektion	-53'854'122.76	-57'045'120	-55'968'500.78	1'076'619.22	-1.9
4000	Direktionssekretariat	-23'092'800.77	-25'248'750	-23'172'224.25	2'076'525.75	-8.2
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'674'615.59	-2'812'300	-2'720'776.39	91'523.61	-3.3
4021	Rettungsdienst	-1'940'402.34	-2'287'400	-2'115'944.77	171'455.23	-7.5
4030	Spitäler	-72'706'110.45	-92'097'000	-79'796'403.29	12'300'596.71	-13.4
4055	Gesundheitsamt	-2'999'846.36	-2'982'300	-2'815'796.28	166'503.72	-5.6
4060	Medizinalamt	-1'887'323.69	-2'074'100	-2'016'676.19	57'423.81	-2.8
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'664'487.18	-1'611'400	-1'665'811.52	-54'411.52	3.4
40	Gesundheitsdirektion	-106'965'586.38	-129'113'250	-114'303'632.69	14'809'617.31	-11.5
5000	Direktionssekretariat	-1'879'037.81	-1'987'900	-1'983'027.08	4'872.92	-0.2
5001	Finanzkontrolle	-638'838.30	-673'900	-621'292.33	52'607.67	-7.8
5010	Personalamt	-1'358'571.37	-1'292'900	-1'225'185.33	67'714.67	-5.2
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-5'127'693.42	-5'426'600	-4'897'246.60	529'353.40	-9.8
5020	Finanzverwaltung	-1'438'438.25	-1'676'500	-1'534'133.12	142'366.88	-8.5
5022	Allgemeiner Finanzbereich	3'572'516.58	41'895'545	54'281'517.21	12'385'972.21	29.6
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-228'532'444.00	-237'188'000	-237'157'230.00	30'770.00	-0.0
5050	Amt für Informatik und Organisation	-8'218'308.37	-9'332'000	-8'709'524.23	622'475.77	-6.7
5060	Steuerverwaltung	-15'048'204.71	-15'207'600	-14'192'067.64	1'015'532.36	-6.7
5065	Kantonssteuern	599'765'316.28	643'660'000	604'058'766.57	-39'601'233.43	-6.2
5068	Bundessteuern	291'936'793.85	245'171'000	242'853'813.78	-2'317'186.22	-0.9
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	0.00	0.00	
50	Finanzdirektion	633'033'090.48	657'941'145	630'874'391.23	-27'066'753.77	-4.1
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'139'661.88	-5'215'700	-5'197'528.95	18'171.05	-0.3
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'633'290.00	2'497'500	2'312'244.70	-185'255.30	-7.4
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'887'067.11	-1'940'400	-1'884'885.97	55'514.03	-2.9
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-694'451.05	-559'000	-1'104'751.38	-545'751.38	97.6
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'539'448.01	-4'964'340	-4'755'664.63	208'675.37	-4.2
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	449'067.50	289'000	481'428.70	192'428.70	66.6
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-148'871.35	-239'000	-739'748.90	-500'748.90	209.5
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	53'865.15	72'000	58'358.95	-13'641.05	-18.9
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-7'827'249.34	-8'136'900	-8'156'582.55	-19'682.55	0.2
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	650'865.14	1'155'000	168'775.83	-986'224.17	-85.4
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'485'546.55	-2'578'000	-2'417'411.07	160'588.93	-6.2
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	49'698.80	37'000	-8'387.95	-45'387.95	-122.7
6183	Schätzungskommission		-267'400	-90'010.28	177'389.72	-66.3
61	Richterliche Behörden	-18'885'508.70	-19'850'240	-21'334'163.50	-1'483'923.50	7.5
Total Kanton		6'037'657.25	-24'843'706	-20'504'035.86	4'339'670.52	-17.5

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung zum Budget 2013 in Fr.	Abweichung zum Budget 2013 in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-8'416'826.50	-8'741'700	-8'561'789.37	179'910.63	-2.1
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-165'116'183.05	-175'008'155	-171'801'118.43	3'207'036.57	-1.8
302	Löhne Lehrpersonal	-66'568'426.65	-68'871'500	-67'489'101.35	1'382'398.65	-2.0
304	Zulagen	-3'147'791.95	-3'368'100	-3'265'178.61	102'921.39	-3.1
305	Arbeitgeberbeiträge	-47'096'679.00	-48'381'545	-46'972'576.50	1'408'968.50	-2.9
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-1'094'175.80	-991'000	-1'284'556.70	-293'556.70	29.6
309	Übriger Personalaufwand	-4'446'609.32	-4'818'710	-4'277'224.12	541'485.88	-11.2
30	Personalaufwand	-295'886'692.27	-310'180'710	-303'651'545.08	6'529'164.92	-2.1
310	Material- und Warenaufwand	-10'888'400.24	-12'305'720	-11'178'715.40	1'127'004.60	-9.2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-7'472'187.33	-7'658'710	-6'452'796.03	1'205'913.97	-15.7
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-3'584'013.33	-3'895'140	-3'905'363.94	-10'223.94	0.3
313	Dienstleistungen und Honorare	-33'226'637.63	-36'056'592	-31'716'931.02	4'339'660.98	-12.0
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-22'849'808.00	-23'138'150	-21'944'409.07	1'193'740.93	-5.2
315	Unterhalt Mobilien	-9'285'546.28	-10'887'190	-9'519'389.83	1'367'800.17	-12.6
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'149'992.13	-10'315'069	-10'461'874.30	-146'805.30	1.4
317	Spesenentschädigungen	-2'156'799.87	-2'425'600	-2'400'833.53	24'766.47	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-7'038'550.73	-4'548'000	-4'847'201.49	-299'201.49	6.6
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'075'915.94	-4'435'900	-4'607'563.79	-171'663.79	3.9
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-110'727'851.48	-115'666'071	-107'035'078.40	8'630'992.60	-7.5
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-58'415'346.55	-68'133'000	-64'405'381.19	3'727'618.81	-5.5
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-58'415'346.55	-68'133'000	-64'405'381.19	3'727'618.81	-5.5
340	Zinsaufwand	-33'654.50	-42'000	-27'803.15	14'196.85	-33.8
341	Realisierte Kursverluste	-7'513.20		-96'549.33	-96'549.33	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-1'414'199.19	-1'372'715	-917'134.90	455'580.10	-33.2
349	Verschiedener Finanzaufwand	-9'684'559.60	-10'740'000	-10'621'290.66	118'709.34	-1.1
34	Finanzaufwand FV	-11'139'926.49	-12'154'715	-11'662'778.04	491'936.96	-4.0
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-10'168'445.74	-8'528'787	-4'487'495.11	4'041'291.89	-47.4
35	Einlagen Spezialfinanzierungen	-10'168'445.74	-8'528'787	-4'487'495.11	4'041'291.89	-47.4
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-8'588'913.79	-8'508'200	-9'862'659.45	-1'354'459.45	15.9
362	Finanz- und Lastenausgleich	-333'405'794.00	-366'781'000	-366'749'892.00	31'108.00	0.0
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-405'331'944.22	-437'906'940	-420'124'588.28	17'782'351.72	-4.1
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-10'000.00		-36'889.00	-36'889.00	
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-5'000.00	-4'000	-4'000.00		
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10'362'253.49	-11'096'000	-10'010'277.82	1'085'722.18	-9.8
36	Transferaufwand	-757'703'905.50	-824'296'140	-806'788'306.55	17'507'833.45	-2.1

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung zum Budget 2013 in Fr.	Abweichung zum Budget 2013 in %
370	Durchlaufende Beiträge	-77'529'916.40	-79'549'800	-80'720'513.00	-1'170'713.00	1.5
37	Durchlaufende Beiträge	-77'529'916.40	-79'549'800	-80'720'513.00	-1'170'713.00	1.5
383	Zusätzliche Abschreibungen	-3'330'000.00	-8'529'000	-8'529'000.00		
389	Einlagen in das Eigenkapital	-312'132.80	-402'900	-444'263.14	-41'363.14	10.3
38	Ausserordentlicher Aufwand	-3'642'132.80	-8'931'900	-8'973'263.14	-41'363.14	0.5
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'211'013.85	-1'186'480	-1'229'701.53	-43'221.53	3.6
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	-33'671.20	-32'500	-33'603.40	-1'103.40	3.4
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-86'195.63		-806'853.20	-806'853.20	
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-983'672.33	-2'028'830	-1'028'910.18	999'919.82	-49.3
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-494'000.00	-507'000	-445'374.31	61'625.69	-12.2
399	Übrige Interne Verrechnungen	-319'072.20	-360'000	-338'693.80	21'306.20	-5.9
39	Interne Verrechnungen	-3'127'625.21	-4'114'810	-3'883'136.42	231'673.58	-5.6
3	Aufwand	-1'328'341'842.44	-1'431'555'933	-1'391'607'496.93	39'948'436.07	-2.8

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung zum Budget 2013 in Fr.	Abweichung zum Budget 2013 in %
400	Direkte Steuern natürliche Personen	411'469'294.31	450'000'000	398'541'506.90	-51'458'493.10	-11.4
401	Direkte Steuern juristische Personen	197'760'606.80	204'900'000	211'960'252.35	7'060'252.35	3.4
402	Übrige direkte Steuern	3'064'882.74	2'000'000	6'922'060.10	4'922'060.10	246.1
403	Besitz- und Aufwandsteuern	29'025'346.60	28'412'000	29'492'538.20	1'080'538.20	3.8
40	Fiskalertrag	641'320'130.45	685'312'000	646'916'357.55	-38'395'642.45	-5.6
410	Regalien	290'954.45	290'900	302'692.70	11'792.70	4.1
411	Schweiz. Nationalbank	9'471'448.00	9'471'000	9'613'984.00	142'984.00	1.5
412	Konzessionen	1'810'111.75	1'742'400	1'881'688.85	139'288.85	8.0
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten	52'921.65	53'000	52'541.00	-459.00	-0.9
41	Regalien und Konzessionen	11'625'435.85	11'557'300	11'850'906.55	293'606.55	2.5
420	Ersatzabgaben	1'062'126.00	1'035'000	1'010'169.00	-24'831.00	-2.4
421	Gebühren für Amtshandlungen	27'591'163.10	29'074'500	27'884'448.02	-1'190'051.98	-4.1
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	779'393.83	820'000	998'626.99	178'626.99	21.8
423	Schul- und Kursgelder	6'431'256.85	6'161'800	6'229'934.07	68'134.07	1.1
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	7'929'900.63	8'127'600	8'538'803.05	411'203.05	5.1
425	Erlös aus Verkäufen	2'962'315.81	2'783'600	2'734'465.72	-49'134.28	-1.8
426	Rückerstattungen	9'865'972.23	9'042'100	10'207'443.49	1'165'343.49	12.9
427	Bussen	5'935'696.00	6'881'000	6'752'258.88	-128'741.12	-1.9
429	Übrige Entgelte	2'202'686.20	1'549'600	2'110'711.20	561'111.20	36.2
42	Entgelte	64'760'510.65	65'475'200	66'466'860.42	991'660.42	1.5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	47'539.19	45'000	132'400.13	87'400.13	194.2
431	Aktivierung Eigenleistungen	5'921'000.00	6'318'000	5'968'000.00	-350'000.00	-5.5
432	Bestandesveränderungen	-4'950.00	-2'000	4'950.00	6'950.00	-347.5
439	Übriger Ertrag	18'287.50	14'000	70'568.16	56'568.16	404.1
43	Verschiedene Erträge	5'981'876.69	6'375'000	6'175'918.29	-199'081.71	-3.1
440	Zinsertrag	8'907'690.66	7'643'400	7'449'104.95	-194'295.05	-2.5
441	Realisierte Gewinne FV	351'587.25		36'544.00	36'544.00	
442	Beteiligungsertrag FV	713'000.00	713'000	738'000.00	25'000.00	3.5
443	Liegenschaftenertrag FV	1'661'205.15	1'097'110	1'107'174.25	10'064.25	0.9
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'560'974.70	28'626'715	28'527'568.15	-99'146.85	-0.3
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	6'000.00	6'000	6'000.00		
447	Liegenschaftenertrag VV	7'197'411.79	7'592'042	7'780'785.29	188'743.29	2.5
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften	589'653.10	568'300	569'987.05	1'687.05	0.3
44	Finanzertrag	47'987'522.65	46'246'567	46'215'163.69	-31'403.31	-0.1
460	Ertragsanteile	302'301'251.86	255'616'315	253'733'238.37	-1'883'076.63	-0.7
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	20'032'111.63	15'512'700	16'322'972.70	810'272.70	5.2
462	Finanz- und Lastenausgleich	104'873'350.00	129'593'000	129'592'662.00	-338.00	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	51'158'422.25	50'807'170	52'439'098.46	1'631'928.46	3.2
469	Verschiedener Transferertrag	114'456.05	154'000	45'243.15	-108'756.85	-70.6
46	Transferertrag	478'479'591.79	451'683'185	452'133'214.68	450'029.68	0.1

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung zum Budget 2013 in Fr.	Abweichung zum Budget 2013 in %
470	Durchlaufende Beiträge	77'529'916.40	79'549'800	80'720'513.00	1'170'713.00	1.5
47	Durchlaufende Beiträge	77'529'916.40	79'549'800	80'720'513.00	1'170'713.00	1.5
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	3'566'890.00	56'398'365	56'741'390.47	343'025.47	0.6
48	Ausserordentlicher Ertrag	3'566'890.00	56'398'365	56'741'390.47	343'025.47	0.6
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1'211'013.85	1'186'480	1'229'701.53	43'221.53	3.6
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	33'671.20	32'500	33'603.40	1'103.40	3.4
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	86'195.63		806'853.20	806'853.20	
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	983'672.33	2'028'830	1'028'910.18	-999'919.82	-49.3
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	494'000.00	507'000	445'374.31	-61'625.69	-12.2
499	Übrige Interne Verrechnungen	319'072.20	360'000	338'693.80	-21'306.20	-5.9
49	Interne Verrechnungen	3'127'625.21	4'114'810	3'883'136.42	-231'673.58	-5.6
4	Ertrag	1'334'379'499.69	1'406'712'227	1'371'103'461.07	-35'608'765.93	-2.5

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
11	Allgemeine Verwaltung					
	Ausgaben	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5
	Einnahmen					
	Saldo	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5
15	Direktion des Innern					
	Ausgaben	-7'671'678.17	-4'873'000	-2'248'007.08	2'624'992.92	-53.9
	Einnahmen	645'519.30	1'317'500	1'454'891.80	137'391.80	10.4
	Saldo	-7'026'158.87	-3'555'500	-793'115.28	2'762'384.72	-77.7
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Ausgaben	-2'852'873.55	-1'477'000	-854'884.75	622'115.25	-42.1
	Einnahmen	392'900.00	400'000	350'719.35	-49'280.65	-12.3
	Saldo	-2'459'973.55	-1'077'000	-504'165.40	572'834.60	-53.2
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Ausgaben	-23'401'935.65	-12'141'000	-10'365'534.49	1'775'465.51	-14.6
	Einnahmen	4'497'768.50	4'800'000	3'614'776.50	-1'185'223.50	-24.7
	Saldo	-18'904'167.15	-7'341'000	-6'750'757.99	590'242.01	-8.0
30	Baudirektion					
	Ausgaben	-62'758'083.90	-87'968'000	-67'894'516.28	20'073'483.72	-22.8
	Einnahmen	13'853'900.10	12'133'000	6'070'475.96	-6'062'524.04	-50.0
	Saldo	-48'904'183.80	-75'835'000	-61'824'040.32	14'010'959.68	-18.5
35	Sicherheitsdirektion					
	Ausgaben	-1'377'762.94	-14'719'200	-4'242'744.65	10'476'455.35	-71.2
	Einnahmen		705'000	578'643.85	-126'356.15	-17.9
	Saldo	-1'377'762.94	-14'014'200	-3'664'100.80	10'350'099.20	-73.9
40	Gesundheitsdirektion					
	Ausgaben	-599'132.75	-1'149'600	-1'083'396.08	66'203.92	-5.8
	Einnahmen	6'687'832.70	5'000		-5'000.00	-100.0
	Saldo	6'088'699.95	-1'144'600	-1'083'396.08	61'203.92	-5.3
50	Finanzdirektion					
	Ausgaben	-7'194'545.56	-5'597'000	-2'582'350.69	3'014'649.31	-53.9
	Einnahmen	329'090.30		212'974.60	212'974.60	
	Saldo	-6'865'455.26	-5'597'000	-2'369'376.09	3'227'623.91	-57.7
	Total Kanton					
	Ausgaben	-107'019'964.14	-128'174'800	-89'320'137.00	38'854'663.38	-30.3
	Einnahmen	26'407'010.90	19'360'500	12'282'482.00	-7'078'017.94	-36.6
	Saldo	-80'612'953.24	-108'814'300	-77'037'655.00	31'776'645.44	-29.2

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5
11	Allgemeine Verwaltung	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5
1500	Direktionsssekretariat	-1'680'254.87	238'000	546'789.95	308'789.95	129.7
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-5'326.20	-130'000	160'590.02	290'590.02	-223.5
1530	Amt für Wald und Wild	-810'079.42	-1'583'500	-681'228.90	902'271.10	-57.0
1550	Sozialamt	-4'237'880.85	-2'020'000	-792'251.35	1'227'748.65	-60.8
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-171'492.90		12'960.00	12'960.00	
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-121'124.63	-60'000	-39'975.00	20'025.00	-33.4
15	Direktion des Innern	-7'026'158.87	-3'555'500	-793'115.28	2'762'384.72	-77.7
1700	Direktionsssekretariat	212'900.00	200'000	7'719.35	-192'280.65	-96.1
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule		-500'000	-42'023.49	457'976.51	-91.6
1733	Kantonschule Zug	-151'748.30	-727'000	-422'508.31	304'491.69	-41.9
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-68'418.40	-50'000	-47'352.95	2'647.05	-5.3
1736	Fachmittelschule	-171'756.50				
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-2'046'580.85				
1780	Amt für Sport	-29'008.80				
1790	Amt für Kultur	-205'360.70				
17	Direktion für Bildung und Kultur	-2'459'973.55	-1'077'000	-504'165.40	572'834.60	-53.2
2000	Direktionsssekretariat		-500'000	-53'305.90	446'694.10	-89.3
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-230'181.55	-767'000	-558'574.59	208'425.41	-27.2
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum		-78'000	-73'429.20	4'570.80	-5.9
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-17'595'630.40	-2'950'000	-3'162'207.80	-212'207.80	7.2
2050	Landwirtschaftsamt	-1'077'315.50	-1'546'000	-2'663'240.50	-1'117'240.50	72.3
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'500'000	-240'000.00	1'260'000.00	-84.0
2070	Handelsregisteramt	-1'039.70				
20	Volkswirtschaftsdirektion	-18'904'167.15	-7'341'000	-6'750'757.99	590'242.01	-8.0
3000	Direktionsssekretariat	-2'564'633.35	-1'350'000	-1'854'667.90	-504'667.90	37.4
3020	Tiefbauamt	-10'501'948.55	-11'400'000	-16'487'330.10	-5'087'330.10	44.6
3031	Kantonsstrassen	-24'890'953.94	-25'478'000	-30'478'003.14	-5'000'003.14	19.6
3032	Nationalstrassen	1'256'575.25	-10'000	-925.44	9'074.56	-90.7
3050	Amt für Umweltschutz	-957'589.10	-915'000	-1'175'521.35	-260'521.35	28.5
3060	Hochbauamt	-11'209'100.76	-36'225'000	-11'801'298.23	24'423'701.77	-67.4
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung		-330'000	-3'374.31	326'625.69	-99.0
3080	Amt für Raumplanung	-36'533.35	-127'000	-22'919.85	104'080.15	-82.0
30	Baudirektion	-48'904'183.80	-75'835'000	-61'824'040.32	14'010'959.68	-18.5
3581	Strassenverkehrsamt	-72'882.70	-80'000	18'643.85	98'643.85	-123.3
3587	Amt für Feuerschutz		-109'200	-100'824.15	8'375.85	-7.7
3590	Zuger Polizei	-1'304'880.24	-13'825'000	-3'581'920.50	10'243'079.50	-74.1
35	Sicherheitsdirektion	-1'377'762.94	-14'014'200	-3'664'100.80	10'350'099.20	-73.9
4000	Direktionsssekretariat		-70'000		70'000.00	-100.0
4005	Amt für Verbraucherschutz	-335'284.70	-145'000	-142'972.43	2'027.57	-1.4
4021	Rettungsdienst	-248'333.70	-375'000	-516'222.85	-141'222.85	37.7
4030	Spitäler	6'672'318.35	-554'600	-424'200.80	130'399.20	-23.5
40	Gesundheitsdirektion	6'088'699.95	-1'144'600	-1'083'396.08	61'203.92	-5.3
5000	Direktionsssekretariat	-202'353.25	-50'000	-28'545.20	21'454.80	-42.9
5010	Personalamt	-44'487.60	-200'000	-173'754.96	26'245.04	-13.1
5020	Finanzverwaltung	-241'707.45	-195'000	-50'982.35	144'017.65	-73.9
5022	Allgemeiner Finanzbereich	105'677.30		7'095.60	7'095.60	
5050	Amt für Informatik und Organisation	-6'020'093.01	-3'292'000	-1'343'844.90	1'948'155.10	-59.2
5060	Steuerverwaltung	-462'491.25	-1'860'000	-779'344.28	1'080'655.72	-58.1
50	Finanzdirektion	-6'865'455.26	-5'597'000	-2'369'376.09	3'227'623.91	-57.7
61	Richterliche Behörden					
	Total Kanton	-80'612'953.24	-108'814'300	-77'037'654.56	31'776'645.44	-29.2

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung zum Budget 2013 in Fr.	Abweichung zum Budget 2013 in %
500	Grundstücke unbebaut	-35'600.00		-1'536.20	-1'536.20	
501	Strassen / Verkehrswände	-40'394'821.99	-44'158'000	-43'957'303.64	200'696.36	-0.5
502	Wasserbau	-1'766'451.92	-2'510'000	-3'596'892.50	-1'086'892.50	43.3
503	Übriger Tiefbau	-1'517'185.95	-1'800'000	-2'294'687.75	-494'687.75	27.5
504	Hochbauten	-13'186'549.26	-36'705'000	-13'555'253.14	23'149'746.86	-63.1
505	Waldungen		-30'000		30'000.00	-100.0
506	Mobilien	-13'183'640.32	-24'033'200	-8'922'500.19	15'110'699.81	-62.9
50	Sachanlagen	-70'084'249.44	-109'236'200	-72'328'173.42	36'908'026.58	-33.8
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-900'000		900'000.00	-100.0
545	Darlehen private Unternehmungen	-2'968'600.00	-3'350'000	-4'958'400.00	-1'608'400.00	48.0
547	Darlehen private Haushalte	-180'000.00	-200'000	-343'000.00	-143'000.00	71.5
54	Darlehen	-3'148'600.00	-4'450'000	-5'301'400.00	-851'400.00	19.1
554	Beteiligungen öffentliche Unternehmungen	-1.00		-1'308'001.00	-1'308'001.00	
55	Beteiligungen und Grundkapitalien	-1.00		-1'308'001.00	-1'308'001.00	
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	-2'992'433.35	-975'000	-680'598.05	294'401.95	-30.2
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	-18'435'673.00	-3'600'000	-2'251'415.20	1'348'584.80	-37.5
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	-1'035'762.70	-2'293'600	-973'414.10	1'320'185.90	-57.6
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck	-4'184'302.30	-2'020'000	-792'251.35	1'227'748.65	-60.8
567	Investitionsbeiträge private Haushalte	-3'314'633.35	-1'500'000	-2'238'667.90	-738'667.90	49.2
56	Eigene Investitionsbeiträge	-29'962'804.70	-10'388'600	-6'936'346.60	3'452'253.40	-33.2
570	Bund	-199'000.00	-200'000	-200'000.00		
572	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	-64'000.00	-500'000	-444'248.00	55'752.00	-11.2
575	Private Unternehmungen	-890'099.00	-1'700'000	-617'432.60	1'082'567.40	-63.7
577	Private Haushalte	-2'671'210.00	-1'700'000	-2'184'535.00	-484'535.00	28.5
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3'824'309.00	-4'100'000	-3'446'215.60	653'784.40	-15.9
5	Investitionsausgaben	-107'019'964.14	-128'174'800	-89'320'136.62	38'854'663.38	-30.3

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abweichung zum Budget 2013 in Fr.	Abweichung zum Budget 2013 in %
606	Übertragung Mobilien	12'338.70	5'000	242'268.00	237'268.00	4'745.4
60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	12'338.70	5'000	242'268.00	237'268.00	4'745.4
611	Rückerstattungen Strassen			19'782.35	19'782.35	
61	Rückerstattungen			19'782.35	19'782.35	
630	Investitionsbeiträge Bund	5'365'782.55	8'742'500	-556'806.49	-9'299'306.49	-106.4
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	6'361'365.35	3'093'000	5'348'997.30	2'255'997.30	72.9
634	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	2'438.35		18'643.85	18'643.85	
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	1'059'035.15	270'000	838'976.00	568'976.00	210.7
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	12'788'621.40	12'105'500	5'649'810.66	-6'455'689.34	-53.3
644	Darlehen öffentliche Unternehmungen	2'057'994.00				
645	Darlehen private Unternehmungen	7'230'846.80	2'750'000	2'573'686.10	-176'313.90	-6.4
646	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	100'000.00				
647	Darlehen private Haushalte	392'900.00	400'000	350'719.35	-49'280.65	-12.3
64	Rückzahlung von Darlehen	9'781'740.80	3'150'000	2'924'405.45	-225'594.55	-7.2
655	Beteiligungen private Unternehmungen	1.00				
65	Übertragung von Beteiligungen	1.00				
670	Bund	3'625'309.00	3'900'000	3'246'215.60	-653'784.40	-16.8
675	Private Unternehmungen	199'000.00	200'000	200'000.00		
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge	3'824'309.00	4'100'000	3'446'215.60	-653'784.40	-15.9
6	Investitionseinnahmen	26'407'010.90	19'360'500	12'282'482.06	-7'078'017.94	-36.6

Detailinformationen
5-Jahresvergleiche

Nettoinvestitionen

In Mio. Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Grundstücke VV unüberbaut	-0.1	-0.2	-0.0		
Tiefbauten	-22.9	-24.0	-25.5	-35.3	-48.1
Hochbauten	-22.3	-9.3	-25.2	-11.1	-8.8
Waldungen	-0.0	-0.3	-0.1		
Mobilien VV	-1.7	-1.8	-3.3	-1.5	-6.6
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	-8.5	-4.8	-4.5	-11.1	-2.9
Total Sachgüter	-55.4	-40.5	-58.7	-59.1	-66.5
Darlehen und Beteiligungen	-0.0	-10.1	-31.2	-6.0	-3.7
Investitionsbeiträge	-31.8	-30.5	-16.5	-15.6	-6.9
Total Nettoinvestitionen	-87.2	-81.2	-106.4	-80.6	-77.0

Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Aufwand	-1'301.9	-1'264.3	-1'297.2	-1'328.3	-1'391.6
Ertrag	1'303.3	1'264.7	1'382.0	1'334.4	1'371.1
Ertrags-/Aufwandüberschuss	1.4	0.4	84.8	6.0	-20.5
Zuzüglich Abschreibungen	111.0	73.3	73.9	72.1	83.0
Veränderung Spezialfinanzierungen	14.7	15.2	13.9	10.2	4.5
Veränderung Reserven	60.5	0.4	-3.3	-3.3	-56.3
Selbstfinanzierung	187.6	89.4	169.4	85.1	10.7
Abzüglich Nettoinvestitionen	-87.2	-81.2	-106.4	-80.6	-77.0
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	100.5	8.2	63.0	4.5	-66.4

Selbstfinanzierungsgrad siehe Detailinformationen, Kennzahlen

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

5-Jahresvergleiche

Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2009	Per 31.12.2010	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013
Aktiven					
Flüssige Mittel, Forderungen, kurzfristige Finanzanlagen, Aktive Rechnungsabgrenzung	1'029.7	1'114.4	1'276.8	1'362.6	1'142.2
Vorräte, Finanzanlagen und Sachanlagen FV	134.2	130.5	126.7	120.9	172.4
Finanzvermögen	1'164.0	1'244.9	1'403.5	1'483.5	1'314.6
Sachgüter	261.7	237.3	240.2	237.5	231.0
Darlehen und Beteiligungen	67.6	68.7	99.1	111.7	115.4
Investitionsbeiträge	53.2	88.7	94.6	93.2	90.1
Verwaltungsvermögen	382.5	394.7	433.9	442.4	436.5
Total Aktiven	1'546.5	1'639.6	1'837.5	1'925.9	1'751.1
Passiven					
Laufende Verbindlichkeiten, Passive Rechnungsabgrenzung	433.4	512.5	609.5	701.1	596.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten und Rückstellungen	22.6	22.7	31.5	20.8	21.5
Fremdkapital	456.1	535.2	641.0	721.9	617.5
Eigenkapital (EK)	1'090.4	1'104.4	1'196.5	1'204.0	1'133.6
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	159.3	174.5	188.4	198.6	203.1
Reserven	505.6	504.6	498.0	490.0	436.0
Freies Eigenkapital ¹⁾	425.5	425.2	510.0	515.4	494.6
Total Passiven	1'546.5	1'639.6	1'837.5	1'925.9	1'751.1

¹⁾ Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres ist jeweils im Freien Eigenkapital eingerechnet.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Institutionelle Gliederung

Direktionsübersicht

Gesamtwürdigung Direktion

Gesamtwürdigung Amt

Leistungsauftrag

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-660'138.20	-750'000	-794'796.00	-44'796.00	6.0
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-21'500.20	-21'500	-15'899.95	5'600.05	-26.0
305	Arbeitgeberbeiträge	-40'638.15	-61'600	-49'398.60	12'201.40	-19.8
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000	-24'852.60	25'147.40	-50.3
315	Unterhalt Mobilien		-30'000		30'000.00	-100.0
317	Spesenentschädigungen	-8'054.05	-5'000	-5'280.60	-280.60	5.6
319	Übriger Betriebsaufwand	-137'986.97	-134'200	-151'870.25	-17'670.25	13.2
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-52'500.00	-52'500	-52'500.00	0.00	0.0
Total Aufwand		-920'817.57	-1'104'800	-1'094'598.00	10'202.00	-0.9
Saldo		-920'817.57	-1'104'800	-1'094'598.00	10'202.00	-0.9

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Institutionelle Gliederung

Allgemeine Verwaltung

Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1100	Regierungsrat	-3'471'682.15	-3'528'100	-3'445'571.84	82'528.16	-2.3
1120	Staatskanzlei	-6'716'476.57	-7'473'400	-6'950'269.00	523'131.00	-7.0
1128	Ombudsstelle	-309'255.48	-352'650	-299'237.38	53'412.62	-15.1
1129	Datenschutz	-454'859.12	-453'000	-395'970.77	57'029.23	-12.6
11	Allgemeine Verwaltung	-10'952'273.32	-11'807'150	-11'091'048.99	716'101.01	-6.1

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5
11	Allgemeine Verwaltung	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'003'554.60	-2'009'400	-2'002'954.75	6'445.25	-0.3
305	Arbeitgeberbeiträge	-704'897.20	-713'100	-674'901.70	38'198.30	-5.4
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-240'616.35	-91'000	-99'236.10	-8'236.10	9.1
313	Dienstleistungen und Honorare	-26'425.75	-30'000	-41'060.30	-11'060.30	36.9
317	Spesenentschädigungen	-232'024.66	-223'000	-338'906.07	-115'906.07	52.0
319	Übriger Betriebsaufwand	-140'249.94	-140'600	-128'549.12	12'050.88	-8.6
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-230'000.00	-400'000	-300'000.00	100'000.00	-25.0
Total Aufwand		-3'577'768.50	-3'607'100	-3'585'608.04	21'491.96	-0.6
426	Rückerstattungen	106'086.35	79'000	140'036.20	61'036.20	77.3
Total Ertrag		106'086.35	79'000	140'036.20	61'036.20	77.3
Saldo		-3'471'682.15	-3'528'100	-3'445'571.84	82'528.16	-2.3

Kommentar Rechnung

ad 313: Erweiterung «Erfassungtool» mit den Legislaturzielen
 ad 317: Mehraufwendungen für «Sacco di Roma» (Vereidigung Schweizergarde), Geschenkflaschen der Glasi Hergiswil und Apéro des Regierungsrates
 ad 363: Keine Inlandspenden
 ad 426: Nachzahlungen Entschädigung 2003–2012 für VR ZKB, Mehrertrag Axpo, Rom-Reisen von Privaten

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Staatskanzlei stellte sich erfolgreich ihrer Kernaufgabe als Bindeglied zwischen internen wie auch externen Personen und Stellen und sorgte wiederum für den intensiven Austausch und Wissenstransfer zu verschiedenen Verfahrensfragen und -abläufen unter den Direktionen. Wesentlicher Beitrag dazu war der Abschluss des Projekts OpenGever durch das Staatsarchiv.

Staatskanzlei

Wiederum galt es die interne Vernetzung und Führung zu stärken, was insbesondere mit der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre und der Fachgruppe Kommunikation gelang und durch den Amtsleitendenanlass zum Thema «Das Führungsverständnis des Kantons Zug» akzentuiert wurde. Im Auftrag des Regierungsrats organisierte die Staatskanzlei diesen Workshop, der zum einen als wichtige Vernetzungsplattform für neueintretende Amtsleitende zu ihren erfahreneren Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen wird. Andererseits brachte das gewählte Thema, welches durch den Bezug einer Referentin aus der Privatwirtschaft wie eines Referenten aus der politischen Welt einen spannenden Anfang fand, für alle Anwesenden interessante Selbst- wie auch Drittreflexionen. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Resümees des Anlasses sorgt für die Weiterführung und Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse.

Die Einführung von Lexwork, einer Informatik-Lösung für professionelle und zeitgemäße Erlassverwaltung, brachte eine einheitliche, direktionsübergreifende Gesetzgebungserarbeitung.

Auf Einladung der Päpstlichen Schweizer Garde zur jährlich stattfindenden Vereidigung organisierte die Staatskanzlei für den Kanton Zug und seine Bevölkerung einen unvergesslichen Besuch in der Vatikanstadt.

Fachgruppen

Die Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre (KGS) behandelte an sieben Sitzungen verwaltungstechnische und rechtliche Geschäfte von direktionsübergreifender Bedeutung. Es fand eine KGS spéciale zum Thema «Teilrevision Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG): elektronische Übermittlung» statt. Der Regierungsrat traf die KGS zu einem Gedankenaustausch; erörtert wurden dabei namentlich die verschiedenen Möglichkeiten für eine papierärmere Verwaltung. Die Fachgruppe Kommunikation betreute verschiedene Projekte, wie beispielsweise den Wissensaustausch zu den verschiedenen Social Medias und den Weiterausbau der fremdsprachigen Internetseiten.

Staatsarchiv

Die zwei Schwerpunktvorhaben – Projekt OpenGever und Büroflächenoptimierung – konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Verwaltung verfügt nun über eine in die kantonale elektronische Arbeitsoberfläche eingebettete Geschäftsverwaltung. Die Bürofläche des Staatsarchivs kann seit dem Umbau dank Orientierung an Tätigkeiten und Prozessen optimal genutzt werden.

Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 28. November das Globalbudget des Staatsarchivs um den Betrag zur Besetzung einer beantragten Stelle für GEVER- und Aktenerschliessungsarbeiten gekürzt. Dies hat insbesondere eine Verzögerung bei der Ausbreitung von GEVER und Erschliessungsrückstände zur Folge.

Aktenführung, -ablieferung und -erschliessung

Mit der Übernahme von 265 m Akten, wovon rund 230 m auf Verwaltungsstellen entfielen, dem Abschluss zweier umfangreicher Archivierungsvereinbarungen mit dem Zuger Kantonsspital und dem Hochbauamt sowie der Begleitung sechs historischer Archiverschliessungsprojekte – Einwohnergemeinden Neuheim, Menzingen, Baar und Hünenberg; Bürgergemeinden Menzingen und Oberägeri – konnte das Staatsarchiv einmal mehr seiner Scharnierfunktion zwischen Vergangenheit und Gegenwart gerecht werden. Diese spannende Schlüsselfunktion kam durch das grosse Interesse an Archivführungen, der Beantwortung von breitgefächerten Anfragen und der Betreuung zahlreichen Benutzenden des Lesesaals zum Tragen.

Restaurierung und Digitalisierung

Das Projekt «Restaurierung der Zuger Handschriftensammlung» wurde konzipiert und die Testphase erfolgreich abgeschlossen. 101 Bände mit verschiedenen Schadensbildern wurden restauriert und für den Langzeiterhalt gesichert. Mit der Realisierung des Pilotprojekts «Digitalisierung Bauernblatt 1923» wurden wichtige erste praktische Erfahrungen für digitale Ablieferungen und digitale Langzeitarchivierung gesammelt.

Archivnutzung, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen:

Das Staatsarchiv führte fünf Archivführungen für insgesamt 88 Personen durch. Es wurden 369 schriftliche Anfragen beantwortet und 267 Benutzer/innen im Lesesaal betreut. Diese konsultierten knapp 2500 Dossiers sowie die um 300 Titel gewachsene Archivbibliothek. Die vom Staatsarchiv gepflegte Amtsträgerdatenbank wurde um 150 Personen- und rund 200 Funktioneneinträge ergänzt.

Gemeindliche Archivbetreuung

Die sechs von den Gemeindearchivaren des Staatsarchivs betreuten Archive übernahmen aus ihren Verwaltungen insgesamt 42 Ablieferungen. Auf der Archivdatenbank wurden 46 Bestände neu erfasst. Diese Bestände sind mit diesen Massnahmen für die Langzeitüberlieferung gesichert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle von Kantonsrat, Büro des Kantonsrates und Regierungsrat. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung und betreibt das Ausweisbüro. Das Staatsarchiv ist zuständig für die authentische Überlieferung und fachgerechte Langzeitarchivierung von administrativ, wirtschaftlich, historisch, sozial oder kulturell relevanten Unterlagen. Es gewährleistet die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns und bietet die Grundlagen für die geschichtliche Aufarbeitung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterstützung Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte			
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den KR	Keine für Dritte relevanten Fehler	●
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler	●
3	Koordination und Unterstützung der Direktionen in Gesetzestechnik, formellen und Rechtsfragen, insbesondere bei KR- und RR-Geschäften	Keine Reklamation	●
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	100 % innert Frist	●
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmungen und Wahlen	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	●
Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung			
6	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Pro Antrag max. 80 Min.	●
7	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	○ Durch die Umstellung auf eine neue Statistiksoftware liegen die Standardwerte leicht über 30 Sek.
Leistungsgruppe 3: Staatsarchiv			
8	Übernahme und Erschliessung archiwürdiger Unterlagen der Verwaltung	Ablieferung an Archiv innerhalb 6 Wochen ab Anbietung Amt. Es werden mindestens gleichviele Laufmeter auf Stufe Amt er-schlossen wie abgeliefert (mind. 200 Laufmeter)	●
A	GEVER-Einführung verwaltungsweit	Ein standardisierter Ausbreitungsprozess für die Einführung von GEVER (bei Stellen ohne Geschäftsverwaltung) ist erfolgreich erprobt und etabliert. Bei mindestens 15 ausbreitungsbereiten Stellen ist GEVER per Ende 2013 eingeführt. Bei allen nicht ausbreitungsbereiten Stellen ist der Einführungstermin vereinbart	○ Bei sieben Mandanten ist GEVER operatio-nell, bei vier weiteren steht die Einführung kurz bevor. Fehlende Ressourcen verzögerten die weitere Einführung bei ausbreitungswilligen Ämtern

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Übrige Aufgaben			
9	Hohe Verfügbarkeit von www.zug.ch	Systemverfügbarkeit mind. 99 %	●
10	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24h, Stichproben/Kundenbefragung	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
KR-/RR-Vorlagen	Stück	264/1'109	400/1'100	321/1'232
KR-Sitzungen	Halbtage	17	24	24
Wahlen/Abstimmungen	Stück	2/5	2/4	2/4
Ausweisanträge	Stück	12'351	13'000	14'458
Bewertete Akten (Archiv)	Laufmeter	405	mind. 200	265
Apostillen/Beglaubigungen	Stück	17'562	18'000	18'056

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-9'483'632.82	-10'177'000	-10'074'613.20	102'386.80	-1.0
Total Ertrag	2'767'156.25	2'703'600	3'124'344.20	420'744.20	15.6
Saldo	-6'716'476.57	-7'473'400	-6'950'269.00	523'131.00	-7.0

Kommentar Rechnung

Für nicht budgetierte Ausweise steht dem Mehraufwand von 262'000 Franken ein Gebührenmehrertrag von 560'000 Franken gegenüber.
Der Konzessionsertrag beim Amtsblatt fiel um 126'000 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
AL1120.0004 Aufsicht-Scanner					
Ausbaben	-128'392.90				
Einnahmen					
IT1120.0002 Ausbreitung elektronische Geschäftsverwaltung					
Ausbaben	-1'035'558.72	-250'000	-15'460.20	234'539.80	-93.8
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1120.0003 «Doppelter Pukelsheim»			-33'242.40	-33'242.40	
Ausgaben					
Einnahmen					
Total Budgetkredite			-48'702.60	201'297.40	-80.5
Ausgaben	-1'163'951.62	-250'000			
Einnahmen					
Saldo	-1'163'951.62	-250'000	-48'702.60	201'297.40	-80.5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

ad IT1120.0002: Das Projekt OpenGever wurde per 31. März erfolgreich abgeschlossen. Ursprünglich für 2013 geplante Implementierungsaufwände zur Systemstabilisierung und Erhöhung der Benutzerakzeptanz wurden auf 2012 vorgezogen und waren bereits in jenem Jahr rechnungsaktiv.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen			1'433.00	1'433.00	
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-230'820.70	-254'400	-235'761.15	18'638.85	-7.3
305	Arbeitgeberbeiträge	-45'523.25	-48'100	-44'914.45	3'185.55	-6.6
309	Übriger Personalaufwand	-2'390.00	-4'950	-2'319.60	2'630.40	-53.1
310	Material- und Warenaufwand	-21'206.67	-17'100	-8'930.15	8'169.85	-47.8
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-506.50	-800		800.00	-100.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-12'000		12'000.00	-100.0
315	Unterhalt Mobilien	-6'313.35	-10'000	-3'912.50	6'087.50	-60.9
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-1'645.81	-1'800	-1'624.58	175.42	-9.7
317	Spesenentschädigungen	-19.80	-1'800	-1'940.80	-140.80	7.8
319	Übriger Betriebsaufwand	-829.40	-1'700	-1'267.15	432.85	-25.5
Total Aufwand		-309'255.48	-352'650	-299'237.38	53'412.62	-15.1
Saldo		-309'255.48	-352'650	-299'237.38	53'412.62	-15.1

Kommentar Rechnung

Die Abweichungen zum Budget von 15,1 % erklären sich vor allem durch die Personalkosten, die für 1,7 Vollzeitstellen budgetiert sind. Die Ombudsstelle arbeitet zurzeit mit lediglich 1,55 Vollzeitstellen, was eine Differenz von Fr. 18'638.85 zuzüglich Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen ergibt. Eine weitere grössere Abweichung ergibt sich bei den Honoraren für externe Gutachten und Expertisen im Betrag von 12'000 Franken. Dieser Betrag musste im Jahr 2012 nicht in Anspruch genommen werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-323'787.10	-318'000	-296'209.00	21'791.00	-6.9
305	Arbeitgeberbeiträge	-69'241.75	-61'200	-62'684.85	-1'484.85	2.4
309	Übriger Personalaufwand	-2'211.65	-5'100	-1'269.15	3'830.85	-75.1
310	Material- und Warenaufwand	-13'095.97	-17'900	-21'358.22	-3'458.22	19.3
313	Dienstleistungen und Honorare	-40'582.75	-37'200	-1'744.90	35'455.10	-95.3
315	Unterhalt Mobilien	-1'292.15	-8'600	-8'835.15	-235.15	2.7
317	Spesenentschädigungen	-997.00	-1'500	-493.00	1'007.00	-67.1
319	Übriger Betriebsaufwand	-3'650.75	-3'500	-3'376.50	123.50	-3.5
Total Aufwand		-454'859.12	-453'000	-395'970.77	57'029.23	-12.6
Saldo		-454'859.12	-453'000	-395'970.77	57'029.23	-12.6

Kommentar Rechnung

Hinweis zu 301: Vakanz bei der Praktikantenstelle

Hinweis zu 313: Überprüfungen/Kontrollen mussten aus technischen/organisatorischen Gründen verschoben werden

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Direktion des Innern

Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1500	Direktionssekretariat	-2'790'564.40	-3'084'500	-2'738'448.01	346'051.99	-11.2
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'113'741.03	-1'098'500	-1'456'743.96	-358'243.96	32.6
1530	Amt für Wald und Wild	-4'238'731.82	-4'793'200	-4'318'452.66	474'747.34	-9.9
1550	Sozialamt	-45'516'123.46	-48'662'840	-45'168'126.82	3'494'713.18	-7.2
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-1'090'120.79	-4'339'100	-5'599'504.42	-1'260'404.42	29.0
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-7'003'224.76	-7'001'300	-6'596'634.78	404'665.22	-5.8
15	Direktion des Innern	-61'752'506.26	-68'979'440	-65'877'910.65	3'101'529.35	-4.5

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1500	Direktionssekretariat	-1'680'254.87	238'000	546'789.95	308'789.95	129.7
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-5'326.20	-130'000	160'590.02	290'590.02	-223.5
1530	Amt für Wald und Wild	-810'079.42	-1'583'500	-681'228.90	902'271.10	-57.0
1550	Sozialamt	-4'237'880.85	-2'020'000	-792'251.35	1'227'748.65	-60.8
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-171'492.90		12'960.00	12'960.00	
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-121'124.63	-60'000	-39'975.00	20'025.00	-33.4
15	Direktion des Innern	-7'026'158.87	-3'555'500	-793'115.28	2'762'384.72	-77.7

Gesamtwürdigung

In Kürze

Eine besondere Herausforderung stellten die verschiedenen Änderungen auf Verfassungs- und Gesetzesebene im Bereich des Wahlverfahrens für Exekutiven und für die Sitzzuteilung im Kantonsrat dar. Die Direktion des Innern war mit vielfältigen und sehr anspruchsvollen rechtlichen und kommunikativen Fragestellungen konfrontiert. Sie hat die ihr obliegenden Aufgaben rechtzeitig und vorausschauend erledigt.

Verfassungs- und Gesetzgebung

In der Volksabstimmung vom 9. Juni wurde die Verfassungsänderung über den Wechsel vom Proporz- zum Majorzwahlverfahren für die kantonalen und gemeindlichen Exekutiven angenommen. Die vom Kantonsrat am 29. August verabschiedete Anpassung im Wahl- und Abstimmungsgesetz (Gestaltung der Wahlzettel bei Majorzwahlen) wurde von der Regierung auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Der Beschluss des Kantonsrats vom 2. Mai, den Stimmberchtigten zum Verfahren über die Sitzzuteilung im Kantonsrat zwei Varianten zu unterbreiten, wurde mit Entscheid des Bundesgerichts vom 10. Juli aufgehoben. Am 22. September kam nur die verfassungskonforme Variante zur Abstimmung und wurde vom Volk deutlich angenommen. Die beiden Verfassungsänderungen über Unvereinbarkeiten blieben am 22. September unbestritten. Ebenfalls am 22. September wurde das Referendum zum Integrationsgesetz angenommen. Die Vereinbarung zum kantonalen Integrationsprogramm war davon lediglich in zeitlicher Hinsicht betroffen. Sie war von der Direktion des Innern rechtzeitig vorbereitet worden, so dass sie nach der Verabschiedung durch den Regierungsrat im Dezember mit dem Bund abgeschlossen werden konnte.

Die Änderung des Gemeindegesetzes wurde am 3. August in Kraft gesetzt. Der Entwurf zum Beurkundungsgesetz wurde am 3. Dezember dem Kantonsrat überwiesen.

Rechtsprechung

Die Abstimmungsbeschwerde vom 3. September gegen die Abstimmungserläuterungen des Regierungsrats betreffend die Vorlage über die Sitzzuteilung für den Kantonsrat wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen. Ebenfalls abgewiesen wurden vom Verwaltungsgericht Beschwerden im Bereich des Kinderschutzrechts, zur Frage eines Waldabstandes und zur Frage der unentgeltlichen Rechtpflege. Der Regierungsrat hat am 9. Juli der Unterschutzstellung des Gebäudes Rigistrasse 6/Gartenstrasse 7 zugestimmt und die dagegen erhobene Beschwerde abgewiesen. Damit hat der Regierungsrat einmal mehr seinen Willen manifestiert, besonders wichtige Zeitleugen unter Schutz zu stellen. Diesem Entscheid gingen umfangreiche Abklärungen voraus. Der Beschluss des Regierungsrats ist in Rechtskraft erwachsen.

Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz ist operativ

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz hat am 1. Januar seine Arbeit aufgenommen und übt seine Tätigkeit weisungsunabhängig aus. Die Direktion des Innern unterstützte den Aufbau des Amtes und die neue Organisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes. Der Kantonsrat bewilligte im Dezember die dringend benötigten Ressourcen.

Temporäre Unterkunft für Asylsuchende Gubel

Im Frühling wurde der Kanton Zug vom Bund informiert, dass die Truppenunterkunft im Gubel ab Frühjahr 2015 temporär als Bundesunterkunft für Asylsuchende genutzt wird. Die Direktion des Innern sorgt für die Koordination zwischen Bund, kantonalen Stellen und der betroffenen Gemeinde. Neben der Information der Öffentlichkeit beteiligte sie sich auch an einem Informationsanlass in der Gemeinde.

Software für die Einwohnerkontrollen (ISOV EK V5)

Am 29. Januar stoppte der Regierungsrat in Absprache mit den Gemeinden das Informatikprojekt für die Einwohnerkontrollen (ISOV EK V5). Die Finanzkontrolle prüfte die Projektkreditschlussabrechnung und stellte in ihrem Bericht vom 14. August deren Ordnungsmässigkeit fest. Am 20. August nahm der Regierungsrat Kenntnis vom Projektabschlussbericht der Direktion des Innern.

Gleichstellung von Frau und Mann

Der Regierungsrat setzte am 9. April die Fachgruppe Gleichstellung von Frau und Mann ein, welche von der Direktion des Innern geleitet wird. In einem weiteren gleichentags gefassten Beschluss verabschiedete der Regierungsrat die Eckpunkte des Mandats der Fachgruppe, klärte die Finanzierung und beauftragte die Direktion des Innern mit der Ausarbeitung notwendiger gesetzlicher Grundlagen.

Weitere Bereiche

Die Ämter der Direktion des Innern haben die ihnen übertragenen Aufgaben rechtzeitig und in qualitativ hochstehender Form wahrgenommen. Dazu gehören etwa die Planung der Angebote für Menschen mit Behinderungen (Sozialamt), die Mitwirkung des Amtes für Wald und Wild bei der Umsetzung des neuen Übertretungsstrafrechts, die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes im Grundbuch- und Vermessungsamt oder die Fortführung der Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler im Amt für Denkmalpflege und Archäologie.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat hat die komplexen gesetzgeberischen Aufgaben betreffend dem Wechsel vom Proporz- zum Majorzwahlsystem für die Exekutiven sowie die Ausgestaltung eines bundesrechtskonformen Wahlverfahrens für den Kantonsrat erfolgreich umgesetzt. Auch zahlreiche Erlasse und Beschwerden wurden bearbeitet sowie zahlreiche Geschäfte für den Regierungsrat vorbereitet. In rechtlichen und kommunikativen Fragen hat es die Direktionsvorsteherin und die Ämter beraten und begleitet. Das Direktionssekretariat führte zielgerichtet die Inspektionen in den Gemeinden durch.

Wahlrecht für den Kanton Zug

Der Beschluss des Kantonsrats vom 2. Mai, den Stimmberchtigten zum Verfahren über die Sitzzuteilung im Kantonsrat zwei Varianten zu unterbreiten, warf grundsätzliche rechtliche Fragen auf. Das Direktionssekretariat erarbeitete mehrere Aussprachepapiere zum weiteren Vorgehen, nahm die Abklärung rechtlicher Fragen vor und erstellte die Inhalte der diversen Entwürfe für die Abstimmungserläuterungen. Um für alle Fälle gewappnet zu sein, wurden überdies sogenannte vorbereitete Erlasse erarbeitet, die je nach Ausgang der Abstimmung rechtzeitig in Kraft gesetzt worden wären. Das Direktionssekretariat reichte die Vernehmlassung im Verfahren vor dem Bundesgericht und im Verfahren zur Abstimmungsbeschwerde vom 5. September vor dem Verwaltungsgericht ein. Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 22. September erarbeitete es die Inhalte der Abstimmungserläuterungen zu den Vorlagen.

Weitere Kantonsrats-, Regierungsrats- und Direktionsgeschäfte

Das Direktionssekretariat begleitete weitere Gesetzgebungsvorhaben. Es unterstützte die Kommission des Kantonsrats bei den Arbeiten zur Revision des Gemeindegesetzes und sorgte für dessen rechtzeitige Inkraftsetzung. Die Vorarbeiten zum Beurkundungsgesetz konnten abgeschlossen werden.

Aufgrund der politischen Sensibilität wurde dem Direktionssekretariat die Federführung im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für die Nutzung der Truppenunterkunft Gubel als temporäre Asylunterkunft zugewiesen.

Unterstützung der Ämter

Das Direktionssekretariat hat 171 Anträge an den Regierungsrat erarbeitet, davon waren 15 Beantwortungen von parlamentarischen Vorstössen und 16 Beschwerdeinstruktionen. Zahlreiche Leistungs- und Subventionsvereinbarungen für die Jahre 2014-2016 konnten dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet werden.

Zu Fragen des Gemeinderechts wurden die Zuger Gemeinden beraten. Die im Zusammenhang mit den Änderungen des Gemeindegesetzes stehenden Vorarbeiten zu einer Mustergemeindeordnung wurden weiter vorangetrieben und es wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen des Kantons und der Gemeinden, eingesetzt.

Software für die Einwohnerkontrollen (ISOV EK V5)

Die Unterlagen zum Projekt ISOV EK V5 wurden im Direktionssekretariat zuhanden der vom Kantonsrat eingesetzten Kommission aufbereitet. Der Kommission wurde im verlangten Umfang Einsicht gewährt und sie wurde durch die Direktionsvorsteherin sowie durch einen Co-Generalsekretär zusätzlich mündlich orientiert.

Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

Im Frühling besuchten 170 Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber den staatsbürgerlichen Kurs. Als Referentin konnte wie im Vorjahr alt Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz gewonnen werden. Die Bürgergemeinden wurden im jährlichen Workshop in Fragen der Durchführung von Einbürgerungsverfahren unterstützt. Im Zivilstandsdienst wurden die ordentlichen Inspektionen durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Zivilstandämter des Kantons Zug ihre Aufgaben mit grösster Sorgfalt und Professionalität wahrnehmen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Das Direktionssekretariat erhielt vom Regierungsrat am 9. April die Leitung der Fachgruppe Gleichstellung von Frau und Mann. Im Zusammenhang mit den damit verbundenen Arbeiten wurde mit der Hochschule Luzern Soziale Arbeit eine Zusammenarbeit eingegangen. Erste Eckpunkte sind von der Fachgruppe diskutiert worden.

Grundbuch- und Notariatsinspektorat

Der Grundbuch- und Notariatsinspektor hat die Inspektionen beim Grundbuchamt und den gemeindlichen Notariaten durchgeführt. Der Entwurf zum Beurkundungsgesetz wurde im Lichte der Ergebnisse der Vernehmlassung in enger Zusammenarbeit mit dem Obergericht überarbeitet. Am 3. Dezember verabschiedete der Regierungsrat den Entwurf zum Beurkundungsgesetz zuhanden des Kantonsrats.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Das Direktionssekretariat unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlausicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen, die Registerharmonisierung und die Volkszählung sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte			
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
2	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	80 % innert vier Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	<input type="radio"/> Erfüllungsgrad 70 % statt 80 %. Gründe: - Fehlende Ressourcen - Unfallbedingter Ausfall eines Mitarbeitenden
3	Fristgerechte Erstellung der Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstößen	100 % innert Frist	<input type="radio"/> Für einen von zwölf parlamentarischen Vorstößen wurde etwas mehr Zeit benötigt. Grund: Komplexität der Materie
B	Revision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes	KR-Beschluss liegt vor	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst			
5	Kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Einfache Anfragen innert 48 Stunden, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>
6	Aufsicht bei Abstimmungen	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Gemeinderesultate innert 30 Minuten nach Prüfungsabschluss	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Registerharmonisierung/Volkszählung			
7	Lieferung Volkszählungsdaten an Bundesamt für Statistik	100 % innert Frist (vierteljährlich)	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling			
8	Erstellung Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
9	Fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 5: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst			
10	Fachgerechte Inspektion der Zivilstandsämter (alle zwei Jahre)	Inspektion aller Zivilstandsämter durchgeführt	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
11	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	●
12	Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Workshop Mitglieder Bürgergemeinden durchgeführt	●
13	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	●
Leistungsgruppe 6: Grundbuch- und Notariatsinspektorat			
14	Inspektion gemeindliche Urkundspersonen und des Grundbuch- und Vermessungsamtes (alle drei Jahre)	Inspektion in allen elf Gemeinden durchgeführt	●
15	Weiterbildung Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	●
Leistungsgruppe 7: Stabsdienstleistungen			
16	Aktive Information über aktuelle Themen aus der Direktion des Innern	Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien. Gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Beschwerden	Beschwerdeentscheide	31	20 – 30	16
Parlamentarische Vorstöße	RRA zu parlamentarischen Vorstößen	13	8 – 12	12
Rechnungswesen	Jahresrechnungen und Budgets Gemeinden	66	66	66
Bürgerrechtserteilung	Einbürgerungsgesuche	347	350 – 400	240
Namensänderungen	Namensänderungsgesuche	59	80 – 90	91

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Die Anzahl der eingegangenen Beschwerden verminderte sich, weil seit 1. Januar Beschwerden im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (früher Vormundschaftsrecht) beim Verwaltungsgericht und nicht mehr beim Regierungsrat einzureichen sind. Die Zahl der Einbürgerungsgesuche ist im vergangenen Jahr stark gesunken, nachdem deren Anzahl schon in den vorangegangenen Jahren stark schwankend war.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'245'916.10	-3'613'500	-3'265'826.11	347'673.89	-9.6
Total Ertrag	455'351.70	529'000	527'378.10	-1'621.90	-0.3
Saldo	-2'790'564.40	-3'084'500	-2'738'448.01	346'051.99	-11.2

Kommentar Rechnung

Die grössten Abweichungen sind wie folgt begründet:

- Der Personalaufwand liegt wegen einer Rückerstattung der Unfallversicherung sowie Vakanzen und Rotationsgewinnen bei Personalwechsel tiefer;
- Aufgrund des Stopps des Projektes «Neue Einwohnerkontrolle ISOV EK V5» konnte beim Aufwand für Unterhalt Informatik statt der teureren Wartung für die ISOV EK V5 die günstigere Wartung für die ISOV EK V4 beibehalten werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung			Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1500.0001	Neue Einwohnerkontrolle						
		Ausgaben	-1'615'379.87	-350'000	-18'148.90	331'851.10	-94.8
		Einnahmen		588'000	564'938.85	-23'061.15	-3.9
IT1500.0003	Anpassen der statistischen Auswertungen						
		Ausgaben	-10'000.00				
		Einnahmen					
IT1500.0006	Neue Version Assentis-Server						
		Ausgaben	-54'875.00				
		Einnahmen					
Total Budgetkredite							
		Ausgaben	-1'680'254.87	-350'000	-18'148.90	331'851.10	-94.8
		Einnahmen		588'000	564'938.85	-23'061.15	-3.9
		Saldo	-1'680'254.87	238'000	546'789.95	308'789.95	129.7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Infolge des vom Regierungsrat am 29. Januar beschlossenen Stopps des Projektes «Neue Einwohnerkontrolle ISOV EK V5» wurde die neue Software nicht mehr fertig entwickelt. Auch die Rückerstattungen der Gemeinden für die Jahre 2011 bis 2013 fielen dementsprechend etwas tiefer aus.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) hat mit seinen drei Abteilungen (Vermessung, Grundbuch und GIS-Fachstelle) die gesetzlichen Aufgaben vollständig erfüllt. Die Ziele gemäss Leistungsauftrag wurden weitgehend erreicht. In der Abteilung Grundbuch befasste man sich zusätzlich mit der Beschaffung der neuen Grundbuchsoftware. In der Abteilung Vermessung und in der GIS-Fachstelle (Geo-Informationsystem) wurde als Schwerpunkt das Geoinformationsgesetz umgesetzt.

Amtliche Vermessung

Die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung wurde vom Nachführungsgeometer gemäss Vorgaben durchgeführt und durch das GVA verifiziert. Die Verrechnung dieser Nachführungen war problemlos. Das Pilotprojekt für die periodische Nachführung in der Gemeinde Risch wurde vorangetrieben und steht kurz vor dem Abschluss. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden in die weiteren Arbeiten einfließen. Mittels der modernen Methode des Laserscannings aus der Luft wurde ein hochgenaues Höhenmodell über den gesamten Kanton erstellt. Daraus wurde auch ein Schattenrelief (Hillshade) und neue Höhenkurven mit 1 m Äquidistanz generiert.

In der Gemeinde Menzingen bestehen ausserhalb der Bauzonen teilweise Grenzpunkte mit ungenügender Lagegenauigkeit. Soweit möglich wurden diese Punkte neu vermessen. Für die Einführung des neuen Lagebezugsrahmens LV95 wurde zusammen mit dem Nachführungsgeometer eine detaillierte Ablaufplanung erstellt und die technische Machbarkeit anhand einer Testgemeinde überprüft. Nutzerinnen und Nutzer und Betroffene wurden an verschiedenen gut besuchten Veranstaltungen über die Auswirkungen der Einführung von LV95 informiert. Die eidgenössischen Identifikatoren für Grundstücke (E-GRID), Gebäude (EGID) und Gebäudeeingänge (EDID) wurden erfolgreich in die Daten der amtlichen Vermessung aufgenommen.

Grundbuch

Das neue Erwachsenenschutzrecht wurde erfolgreich in die Praxis umgesetzt. Entgegen der Ankündigungen von Finanzinstituten wurden Papier-Schuldbriefe nicht im erwarteten Ausmass in Register-Schuldbriefe umgewandelt, weshalb weniger Grundbuchanmeldungen zu verzeichnen sind als angenommen wurde.

Erneuerung Grundbuchsoftware

Der Werkvertrag «ISOV-Grundbuch Version 6» zwischen den Kantonen Luzern, Schaffhausen, Solothurn, Zürich und Zug sowie der Stadt Chur mit der IBM wurde rückabgewickelt. Seitens des Kantons Zug wurde der Vergleich durch die Direktion des Innern unterzeichnet. Das Evaluationsprojekt für eine neue Grundbuchsoftware wurde erfolgreich gestartet.

Geo-Informationssystem Zug

Auf der Grundlage des anfangs Jahr in Kraft getretenen Geoinformationsrechts (GeolG-ZG und GeolV-ZG) wurde die Koordination für die Umsetzung aufgebaut. Ebenso konnten die Ansprechpersonen in den Gemeinden für GIS-Belange bestimmt werden.

ZugMap.ch wurde kontinuierlich verbessert, mit neuen Themen bestückt und ist nun dank einer nachlesbaren Versions-Historie näher bei der Anwenderin und beim Anwender. Die Kartendienste des GVA sind an prominenter Stelle auf www.zg.ch eingebunden und werden auch für andere kantonale Webseiten verwendet.

Die GIS-Fachstelle aktualisiert laufend alle Geodaten in enger Zusammenarbeit mit den Fachämtern der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden.

Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit

Die jährliche Tagung mit den gemeindlichen Urkundspersonen fand am 25. Januar statt.

Zum Thema «Geodaten in neuen Rahmen» fand am 19. November die GIS-Tagung statt. 150 interessierte Personen haben sich zu den Schwerpunktthemen: Geoinformationsrechts, ZugMap-Familie sowie zu GIS-nahen Projekten informieren lassen.

Innerhalb der Koordination Objektdaten wurde eine Arbeitsgruppe Objektdaten aufgebaut, welche für den Ausbau des objektbezogenen Datenaustausches innerhalb der Fachabteilungen des Kantons und der Gemeinden Lösungen erarbeitet und deren Umsetzung projektiert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer und dinglichen Rechte verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums erhebt und zur Verfügung stellt. Schliesslich koordiniert es die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug (Geo-Informationssystem) und im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen den Interessierten zur Verfügung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Betreuen des Vermessungswerks			
1	Geoinformationsgrundlagen sind aktuell	Zeitraum der Aktualisierung	●
2	Jährliche Leistungsvereinbarung Amtliche Vermessung mit Bund erfüllt	Erfüllungsgrad 100 %	●
3	Materielle Richtigkeit der Vermessungsarbeiten kontrollieren	> 6 Kontrollprüfungen	● Infolge unfallbedingter Abwesenheit eines Mitarbeiters konnten nur 6 Kontrollprüfungen durchgeführt werden
4	Baukontrolle und Sondervermessungen sind termintreu erfüllt	Innerhalb vereinbarter Frist	●
Leistungsgruppe 2: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs			
5	Die Prüfung einer Grundbuchanmeldung erfolgt fehlerfrei und rechtmässig	Innert 30 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	●
6	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen erteilt	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert zwei Tagen seit Eingang	●
7	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert zwei Tagen nach Bestellung zugestellt	●
8	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen. Keine Abweisung nicht veränderter vorgeprührter Grundbuchgeschäfte	●
A	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	Im EDV-Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	●
B	Rechtmässige und fehlerfreie Umarbeitung von Papierschuldbriefen in Registerschuldbriefe	Durchschnittlich innert 45 Tagen nach Anmeldung	●
C	Evaluation, Beschaffung und Integration neue EDV-Grundbuch-Lösung	Evaluation und Beschaffungsentscheid sind erfolgt, Fachkonzept und Implementierung sind in Arbeit	● Die Erarbeitung des Pflichtenheftes nahm mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant. Aufgrund der schlechten Erfahrung im gescheiterten Projekt ISOV GB V5 wurde das Pflichtenheft mit akribischer Sorgfalt ausgearbeitet. Die Infrastruktur und die Verantwortung für den Betrieb zwischen Betreiber und Lieferantin wurden klar abgegrenzt

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Beurkundung und Beglaubigung			
9	Schnelle und flexible Beurkundung von Pfandrechtsgeschäften	Die öffentliche Beurkundung ist innerst 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug			
10	Geodatenaktualisierung erfolgt automatisierter	Aktualisierung läuft terminiert	<input checked="" type="radio"/> Aufgrund neuer, unerwarteter Erkenntnisse aus der technischen Entwicklung (ZUGIS-Tools) konnte die Spezialsoftware noch nicht beschafft werden
11	Geodienste (WMS/WFS/embedded ZugMap) werden ausgebaut	Nutzungsintensität erhöht	<input checked="" type="radio"/>
12	Erarbeiten und Ergänzen der Datenmodelle nach kantonalem Recht	Grundkonzept für Erarbeitung und Ergänzung liegt vor	<input checked="" type="radio"/> Das Grundkonzept ist in Erarbeitung. Die technischen Hilfsmittel zur Umsetzung der vorgegebenen nationalen Normen fehlen von Seite Systemhersteller (unterschiedliche Paradigmen [Relational/Objekt-orientiert])
D	ZUGIS (Spezialwerkzeuge) ist auf die neue Softwareplattform migriert	Migration zu 75 % erfolgt	<input type="radio"/> Das Ziel kann nicht erreicht werden und musste aus technischen Gründen aufgegeben werden. Infolge neuer Erkenntnisse und technischer Entwicklungen wurde die ursprüngliche Zielsetzung in die an die veränderten Verhältnisse angepasste Zielsetzung «ZUGIS-Tools sind auf die neue Softwareplattform migriert» überführt
Leistungsgruppe 5: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)			
13	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	3 Newsletter, 1 Urkundspersonentagung, regelmässige GIS-Tagung	<input checked="" type="radio"/>
14	Weiterbildung soll die Amtstätigkeit vereinfachen	Je eine Weiterbildungsveranstaltung zu Fragen des Grundbuchs und zu Fragen des GIS Zug ist durchgeführt	<input checked="" type="radio"/>
15	Aktive Interessenvertretung in Fachverbänden	Eine Interessenvertretung. Intern abgesprochene Interessen sind eingebracht	<input checked="" type="radio"/>
F	Der Datenaustausch von Objektdaten ist koordiniert	Eindeutige Schlüsselsysteme für relevante Objektdaten liegen vor	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 6: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)			
16	Unterstützen der Fachstellen des Kantons und der Gemeinden bei der Erstellung der Daten- und der Darstellungsmodelle für Geobasisdaten	Unterstützung ist fristgerecht erfolgt	<input checked="" type="radio"/>
G	Vorbereiten Aufbau des ÖREB-Katasters	Vorbereitungsarbeiten für Einführung des ÖREB-Katasters sind abgeschlossen	<input checked="" type="radio"/> Der Bund hat aufgrund von Verzögerungen in den Projekten der Pilotkantone den Terminplan revidiert und die Fristen erstreckt. Somit liegen für den Kanton Zug die Grundlagen noch nicht vor

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Anzahl Grundbuchanmeldungen	Anzahl	5'833	10'000	6256
Verwaltete Grundstücke	Anzahl	75'909	77'500	72'777
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl	17'097	23'000	11'403
Ausdrucke aus ZugMap.ch	Anzahl Kartausschnitte	30'000	23'000	49'000

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Grundbuchanmeldungen: Wie schon im Vorjahr wurden wesentlich weniger Papier-Schulbriefe in Register-Schuldbriefe umgewandelt als erwartet. Dies führte dazu, dass die Anzahl der Grundbuchanmeldungen ungefähr im Rahmen der Vorjahre blieb.

Ausdrucke aus ZUGIS (Intranet) und ZugMap.ch (Internet): Da die Nutzerinnen und Nutzer vermehrt auf den neuen Kartendienst ZugMap.ch gewechselt haben, wurden entsprechend aus ZugMap.ch mehr Ausdrucke und aus ZUGIS weniger Ausdrucke aufbereitet. Die budgetierte Summe der Ausdrucke (46'000) wurde übertroffen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'453'263.42	-6'243'000	-5'254'283.91	988'716.09	-15.8
Total Ertrag	4'339'522.39	5'144'500	3'797'539.95	-1'346'960.05	-26.2
Saldo	-1'113'741.03	-1'098'500	-1'456'743.96	-358'243.96	32.6

Kommentar Rechnung

Entgegen der damaligen Ankündigungen von Finanzinstituten wurden (wie bereits im letzten Jahr) nicht im erwarteten Ausmass Papier-Schuldbrief im Register-Schuldbriefe umgewandelt. Dies führte einerseits zu einem Minderaufwand bei den Personalkosten und andererseits fiel der Gebührenertrag tiefer aus.

Der Aufbau einer Notfallwartung für das «ISOV-Grundbuch Version 5» zusammen mit dem Kanton Luzern fiel günstiger aus als erwartet. Zudem konnte in Anbetracht der notwendigen Ablösung von «ISOV-Grundbuch Version 5» auf Wartungsarbeiten und Weiterentwicklungen verzichtet werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1515.0091 ISOV-Grundbuch					
Ausgaben	-5'326.20		-3'021.05	-3'021.05	
Einnahmen			242'268.00	242'268.00	
IT1515.0094 Strategie Objektdaten					
Ausgaben		-30'000	-17'426.33	12'573.67	-41.9
Einnahmen					
IT1515.0095 Neue Grundbuchsoftware					
Ausgaben		-100'000	-61'230.60	38'769.40	-38.8
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-5'326.20	-130'000	-81'677.98	48'322.02	-37.2
Einnahmen			242'268.00	242'268.00	
	Saldo	-5'326.20	-130'000	160'590.02	-223.5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT1515.0091: Die Ausgaben setzen sich aus den Rechtsberatungskosten für die Rückabwicklung des Werkvertrages «ISOV GB V6» zwischen dem Kanton Zug und weiteren

Partnerinnen und Partnern und der IBM zusammen. Die Einnahmen resultieren aus dem aus den Vertragsverhandlungen entstandenen Vergleich.

IT1515.0095: Durch Verzögerungen (Kommentar Leistungsziel C) konnten nicht alle geplanten Arbeiten ausgeführt werden, weshalb der Kreditrahmen nicht ausgeschöpft wurde.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Am 1. Oktober ist das neue Übertretungsstrafgesetz in Kraft getreten. Damit wurde für die Organe der Forst-, Fischerei- und Jagdpolizei das Ordnungsbussenverfahren für geringfügige Übertretungsstrafbestände etabliert. Die damit verbundenen Vorbereitungen und Schulungen der Förster, Wildhüter und Fischereiaufseher sind rechtzeitig erfolgt. Dem qualitativen und quantitativen Erhalt des Zuger Waldes wird nach wie vor grosse Beachtung geschenkt. Im Bereich der Fischerei ist die umfassende Untersuchung der Fischbestände im Zugersee durch das nationale Wasserforschungsinstitut EAWAG ein Höhepunkt. Die im langjährigen Vergleich hohen Bestände an Schalenwild (Hirsch- und Rehwild) tangieren örtlich die gewünschte Verjüngung des Waldes; entsprechend gross fielen die Reduktionseingriffe durch die Zuger Jagd aus.

Wald

Die Zuger Wälder, welche der Gesellschaft diverse Leistungen erbringen, namentlich in den Bereichen Schutz vor Naturgefahren, Raum zur Erholung, Natur- und Landschaftsschutz sowie Bereitstellung von Baustoff und Energieträger, wurden nachhaltig gepflegt. Das Waldareal blieb erhalten, denn für alle bewilligten Rodungen wurden flächengleiche Ersatzaufforstungen gefordert. Die umfassende Erhaltung des Zuger Waldes ist wegen grossem Bau- und Freizeitdruck eine Herausforderung. Wegen unbefriedigenden Holzpreisen resultieren häufig finanzielle Defizite bei den Arbeiten zur Erhaltung der unterschiedlichen Funktionen des Waldes. Deshalb werden die betroffenen Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer mit öffentlichen Geldern entschädigt. Solange sich die Holzpreise nicht erhöhen, reduzieren sich die öffentlichen Beiträge an besondere Waldleistungen nicht. Das umfangreiche Projekt der baurechtlichen Kontrolle aller in den Wäldern des Kantons Zug vorhandenen Hütten kann bald abgeschlossen werden. Als Umsetzung des Waldentwicklungsplans wurden für zwei weitere Korporationen Waldwirtschaftspläne erstellt. Beträchtliche Zwangsnutzungen von Waldbäumen waren wegen Schneedruckschäden und Gewitterstürmen notwendig. Ein sich weiträumig ausbreitender Pilz reduziert die Vitalität der Eschen massiv.

Fischerei

Im Frühjahr offerierte die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz EAWAG dem Kanton Zug eine umfassende Bestandenserhebung der Fische im Zugersee. Unter Mitarbeit der kantonalen Fischereiaufsicht wurde der Zugersee während einer Woche im August mit Netzen, Reusen, Elektrofangeräten und Hydrosonar untersucht. Die für Sommer 2014 erwarteten Resultate sollen das Wissen und Verständnis um die Gemeinschaft von Fischarten im Zugersee deutlich verbessern. Üblicherweise stehen der Fachstelle für Fischerei nur die Fangdaten für die fischereilich genutzten Arten zur Verfügung, nicht aber Angaben zu allen rund 25 Fischarten im Zugersee.

Jagd

In den letzten zehn Jahren haben sich Hirsche und Gämsen in den höher gelegenen Gebieten des Kantons Zug räumlich ausgebreitet. Beim Hirschwild haben Bestände klar zugenommen. Gleichzeitig sind die Rehwildbestände flächendeckend stabil hoch.

In den Lagen ab 900 m ist durch den Wildverbiss die Tannenverjüngung lokal beeinträchtigt. Entsprechend hoch wurden die Abschussquoten für die betreffenden Teilgebiete angesetzt und im Rahmen einer sehr intensiven Rehwildjagd auch erfüllt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wald und Wild ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Neben dem forst-, fischerei- und jagdwirtschaftlichen Management gehören die Beratung, Schulung und Aufsicht sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu den Kernaufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Lebensräume und der Artenvielfalt ihrer Lebensgemeinschaften	Vergleich der Rehwild- und Feldhasen-Bestände in definierten Zählgebieten mit den Bestandesmittelwerten	●
Leistungsgruppe 1: Wald			
2	Waldbauliche Beratung und Holzanzeichnung durch AFW-Förster/innen	22'000 m ³ Holz gezeichnet	○ Wegen unbefriedigenden Holzpreisen und sehr schlechter Laubholznachfrage wurden nur 18'046 m ³ Holz angezeichnet
3	Pflege von Schutzwald sicherstellen	140 ha Schutzwald gepflegt	●
4	Ausführung von Jungwaldpflege sicherstellen	110 ha Jungwald gepflegt	●
5	Sicherstellung der nachhaltigen Holznutzung	50'000 bis 80'000 m ³ Holznutzung	●
6	Waldnaturenschutzgebiete und besondere Lebensräume aufwerten	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Alt-holzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet	○ Erreicht wurden 101,64 ha (88 %). Begründung: Ereignisbedingte Zwangsnutzungen (Schneedruck, Sturm, Käfer) hatten Priorität und haben Forstdienste ausgelastet
7	Pflege von kantonalen Ufergehölzen	6,1 km Uferlänge gepflegt	●
8	Fortführung des Wald-Wild-Monitoring	Situationsbericht bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin	●
A	Verfassen von Waldwirtschaftsplänen	Weitere zwei Waldwirtschaftspläne bis 31. Dezember erstellt	●
C	Erarbeitung Waldnaturenschutz-Detailprojekte	Bis 30. November zwei neue Wald-naturenschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt. Meilenstein: Erstes Projekt bis 31. August	●
Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd			
9	Erhalt der Lokalform Zuger Rötel durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	250'000 Vorsömmelings-Besatzäquivalente	●
10	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Ägerisee gewinnen	Bruterfolg 95 % der eingelegten Eier. Sicherstellung der Seeforellenrekrutierung in der Oberen Lorze im Zeitraum der Gewässerbeeinträchtigung durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	●

Leistungsauftrag

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
11	Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	400 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	● 321 verkauft Patente (Vorjahr 308). Die Nachfrage blieb unter den Erwartungen
12	Maximalaufwand der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Aufwand unter 1100 h	●
13	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Jagdliche Nutzung mind. 400 Rehe oder mind. 35 % des Frühjahrsbestandes	●
14	Verkauf Niederwildjagdpatente	225 verkauft Patente	●
15	Schilf- und Uferschutzintervention	Reaktionszeit unter 24 h für Beginn Schwemmholzbergung nach Ereignis (Vorbehalt: Befahrbarkeit See verantwortbar)	●
D	eGov-Projekt Fischfangstatistik	100 % der Patentnehmenden werden beim Patenterhalt über die Online-Eingabemöglichkeit der Statistik informiert. Medienmitteilung versandt bis 30. April	● Ab September wurden 100 % der Patentbezügerinnen und -bezüger direkt informiert. Medienmitteilung wurde nicht gemacht. Begründung: Die Online-Dienstleistungen für die Patentbezüge konnte erst mit einem halben Jahr Verzögerung funktionsfähig fertiggestellt werden. Die Komplexität der Anwendung wurde unterschätzt
Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung			
16	Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	100 % innert Frist	●
17	Ausarbeitung von Verwaltungsentwürfen, Vorbereiten von Erlassen	100 % innert Frist	●
18	Direktionsübergreifende Stellungnahmen	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	● Von total 64 direktionsübergreifenden Stellungnahmen konnten 91 % fristgerecht bearbeitet werden; sechs Vernehmlassungen (9 %) konnten wegen Arbeitsbelastung nicht fristgerecht behandelt werden
19	Erlass von Amts-Bewilligungen und Verfügungen	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	●
F	Zusammenstellung, Analyse und Massnahmenplanung der kritischen Geschäftsprozesse	Bis 31. Oktober Bericht erstellt. Meilenstein: interner Workshop abgehalten bis 30. Juni	●
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information			
20	Planung und Durchführung der Aufsichts- und Kontrollaufgaben während der Jagd	Mind. 1 Kontrollgang der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagtag und insgesamt mind. 300 h Jagdaufsicht	●
21	Kontrolle von Bauten und Anlagen im Wald durch Forstdienst	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	●
22	Einsatzbereitschaft bei Wildunfällen	Bei 95 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert max. 15 Min. nach Erhalt Aufgebot zum Zielort unterwegs (Journalführung)	●
23	Aus- und Weiterbildung des Zuger Forstpersonals	50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden durch Zuger Forstdienst	●
24	Ausbildung und Prüfung angehender Jägerinnen und Jäger	3 Kursangebote und Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
25	Information und Ausbildung von Schülerinnen und Schülern über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser	60 Führungen, Exkursionen und/oder Vorträgen durch Förster/innen, Wildhüter/innen oder Fischereiaufseher/innen	
H	Organisation und Durchführung Forum-Wild-Veranstaltung zum Thema Fledermäuse im Wald	Veranstaltung durchgeführt bis 31. Oktober	Am 25. November Vortragsveranstaltung Forum Wild zur Fisch-Artenvielfalt im Zugersee. Begründung: Biodiversitäts-Thema bekam Priorität gegenüber ursprünglich geplantem Thema
I	Tag der offenen Tür Brutanlage Walchwil	Veranstaltung durchgeführt bis 30. Juni	
Leistungsgruppe 5: Diverse			
26	Führen des Sekretariat der Natur- und Landschaftsschutzkommission	Erarbeiten von 95 % der unterschriftenfertigen Stellungnahmen innert Wochenfrist zuhanden des Kommissionspräsidenten/der Kommissionspräsidentin	
27	Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)	Teilnahme an 80 % der vom SC KFS bezeichneten Veranstaltungen (Rapporte, Übungen, Weiterbildungen, Konferenzen usw.)	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Auftrag zur Erarbeitung von Entwürfen von DI-Verfügungen	Anzahl	28	20	28
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen zuhanden der Koordinationsstelle oder für Bauanfragen Dritter	Anzahl	51	45	61
Beitragsgesuche von Waldeigentumsberechtigten (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.) prüfen und bewilligen	Anzahl	363	310	347
Holz zeichnen durch AFW-Förster für Waldeigentumsberechtigte	m ³	18'772	22'000	18'046
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer für Koordinationsstelle oder Bauherrschaften	Anzahl	56	50	58
Abnahme und Streifen der Laichtiere aus der Netzfischerei	Stunden	133	110	104
Bergung von Fall- und Unfallwild bei Wildunfällen sowie Wildunfallbescheinigung	Stunden	940	800	646
Beratung Wildschadenprävention für Land- und Forstwirtschaft	Stunden	325	180	308
Baustellen- und Notabfischungen bei Eingriffen in die Gewässer	Stunden	247	120	191
Einsatz Seereinigungsboot zugunsten Freibäder Zugersee, Bootsstationierungsanlagen und Schilf- und Uferschutz	Stunden	159	75	141
Fliessgewässer-Unterhalt zur Gefahrenabwehr und -prävention	Laufmeter	1'140	800	910

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Waldabstandsunterschreitungen: Der grosse Baudruck führt zu hohen, steigenden Waldabstandsunterschreitungen, die zu beurteilen sind.
- Holzzeichnung durch Förster: Wegen mässigen Holzpreisen und schlechter Nachfrage beim Laubholz zeichneten die AFW-Förster weniger Holz.
- Wildschadenprävention: Wildverbiss im Wald durch Reh-, Gams- und Hirschwild erreicht bei der Tanne in höheren Lagen kritische Werte. Mehr Aufwand für Planungen, Beratungen und Präventionsmassnahmen.
- Seereinigungsboot: Ohne ereignisbedingte Einsätze (nicht planbar) wäre genau der Zielwert erreicht worden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'755'360.04	-6'116'800	-5'618'429.65	498'370.35	-8.1
Total Ertrag	1'516'628.22	1'323'600	1'299'976.99	-23'623.01	-1.8
Saldo	-4'238'731.82	-4'793'200	-4'318'452.66	474'747.34	-9.9

Kommentar Rechnung

Bei der Wald- und Wildplanung, bei Arbeitsleistungen durch Dritte sowie beim Bachunterhalt wurden weniger Mittel gebraucht als budgetiert waren. Wegen primär mehr Eigenleistungen und weniger Leistungen durch Dritte konnten die budgetierten Planungskosten um 150'000 Franken und die Arbeitsleistungen Dritter um 70'000 Franken unterschritten werden. Beim Bachunterhalt waren weniger Arbeiten erforderlich als geplant, was zu Minderausgaben von 40'000 Franken führte. Das Budget beim Betriebs-/Verbrauchsmaterial wurde um 70'000 Franken unterschritten. Zudem wurden 100'000 Franken weniger forstliche Beiträge beansprucht als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1530.0001 Anschaffung Fahrzeuge, Maschinen, Einrichtungen					
Ausgaben	-14'100.00				
Einnahmen					
DI1530.0002 Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald					
Ausgaben	-650'257.52	-1'670'000	-711'880.60	958'119.40	-57.4
Einnahmen	35'107.80	152'000	70'184.95	-81'815.05	-53.8
DI1530.0031 Erwerb von Waldungen					
Ausgaben		-30'000		30'000.00	-100.0
Einnahmen					
DI1530.0033 Neu-/Ausbau/Erneuerung Erschliessung.+Schutzbauten					
Ausgaben	-95'083.65	-80'000	-68'878.70	11'121.30	-13.9
Einnahmen	3'213.00				
DI1530.0034 Sanierung Strasse Innerblack - Hintermangeli					
Ausgaben	-7'466.15				
Einnahmen					
DI1530.0061 Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten					
Ausgaben	-392'049.65	-240'000	-344'751.05	-104'751.05	43.6
Einnahmen					
DI1530.0062 Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten					
Ausgaben	-66'943.25	-93'000	-3'403.50	89'596.50	-96.3
Einnahmen					
DI1530.0063 Bundesbeitrag Programmvereinbarung SchutzbautenWaG					
Ausgaben					
Einnahmen	377'500.00	377'500	377'500.00	0.00	0.0
DI1530.0064 Durchlauf. Investitionsbeiträge für/an Waldeigent.					
Ausgaben	-199'000.00	-200'000	-200'000.00	0.00	0.0
Einnahmen	199'000.00	200'000	200'000.00	0.00	0.0
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-1'424'900.22	-2'313'000	-1'328'913.85	984'086.15	-42.5
Einnahmen	614'820.80	729'500	647'684.95	-81'815.05	-11.2
Saldo	-810'079.42	-1'583'500	-681'228.90	902'271.10	-57.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Beim Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten wurden weniger Massnahmen realisiert als geplant, denn vier Projekte sind noch nicht baureif, und zwei Projekte wurden aufgrund der Detailbeurteilungen nicht weitergeführt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Zu den Schwerpunkten des Jahres gehörten die Planung der Angebote von Organisationen für Menschen mit Behinderung, der Abschluss einer Programmvereinbarung Integrationsförderung mit dem Bund sowie die Volksabstimmung zum kantonalen Integrationsgesetz.

Planung im Bereich der Behinderteneinrichtungen

Gestützt auf eine Bedarfsanalyse verabschiedete der Regierungsrat die Angebotsplanung 2014–2016 der Organisationen für Menschen mit Behinderung. Die Planung sieht die Erweiterung der Wohnheime, Werk- und Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung um 40 Plätze vor. Im Sinne des Grundsatzes «ambulant vor stationär» fördert der Kanton auch weiterhin Angebote, welche dazu beitragen, dass ein stationäres Angebot nicht oder allenfalls später beansprucht wird. Der Regierungsrat reagiert damit auf den weiterhin steigenden Bedarf, der insbesondere aus dem medizinischen Fortschritt und der steigenden Lebenserwartung resultiert. Im Berichtsjahr wurden sechs Leistungs- und fünf Subventionsvereinbarungen abgeschlossen.

Bereich Integration

Auf der Grundlage einer Voreingabe wurde das kantonale Integrationsprogramm 2014–2017 in Zusammenarbeit mit den Direktionen, Gemeinden und Privaten fertiggestellt und Ende Juni beim Bund eingereicht. Das Zuger Integrationsgesetz wurde am 22. September vom Volk abgelehnt, dennoch ist gemäss Bundesgesetz auch der Kanton Zug zu bestimmten Fördermassnahmen der Integration verpflichtet und erhält dafür finanzielle Unterstützung des Bundes. Der Bund und der Kanton Zug haben die gemeinsame Programmvereinbarung 2014–2017 Ende Dezember unterzeichnet. Der Bund fördert damit während vier Jahren die Integration im Kanton Zug und übernimmt 50 Prozent der anfallenden Kosten in den Bereichen «Information und Beratung», «Arbeit und Bildung» sowie «Verständigung und gesellschaftliche Integration».

Asylzahlen auf hohem Niveau

Die Zahlen im Asylbereich stagnierten auf hohem Niveau. Ende Jahr lebten im Kanton Zug 883 Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Davon waren 643 Personen durch den Kanton unterzubringen. Das dezentrale Unterbringungskonzept vereinfacht das friedliche Zusammenleben und führt zur Akzeptanz sowohl der Asylsuchenden als auch der Unterkünfte bei der Zuger Bevölkerung. Im Vergleich zum Jahr 2012 nahmen die Asylzahlen um total 18 Personen (+ 2 Prozent) zu. Dank Akquisition auf dem Liegenschaftsmarkt und guter Zusammenarbeit mit den Gemeinden konnten genügend Unterkünfte bereitgestellt werden. Die Unterbringung der Asylsuchenden in den Gemeinden ist heute ausgeglichener als in der Vergangenheit. Dennoch besteht Handlungsbedarf. Eine grössere Unterkunft, die von Privaten erstellte Unterkunft am Lorzenweg in Zug mit 60 Plätzen, konnte Anfang Jahr in Betrieb genommen werden. Ende Jahr lief die auf zwei Jahre befristete Nutzung des ehemaligen Altersheims Waldheim in Zug mit 60 Plätzen aus.

Wechsel in der Amtsleitung

Nach achtjähriger Tätigkeit hat der Leiter des Sozialamts Ende November eine neue berufliche Herausforderung angenommen. Der Regierungsrat hat die Nachfolgerin per 1. Januar 2014 gewählt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen soziale Einrichtungen, Asyl, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl			
1	Regelmässige Beratungen	Anzahl Beratungsgespräche/Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70 %	<input checked="" type="radio"/>
2	Durchführung von Integrationsmassnahmen	Anzahl Leistungsempfangende mit einer beruflichen Integrationsmassnahme: 40 % Anzahl Leistungsempfangende mit einer sprachlichen Integrationsmassnahme: 50 %	<input checked="" type="radio"/>
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	<input checked="" type="radio"/>
4	Korrekte Reportings und Abrechnungen gegenüber dem Bund	100 % innert Frist gemäss Vorgaben BFM und BFS	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen			
5	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Anzahl Controllinggespräche: 17 Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 10	<input checked="" type="radio"/> 16 Controllinggespräche, da zwei Vereinbarungen zusammengeführt wurden 10 Neuverhandlungen durchgeführt
6	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Anerkennungsvoraussetzungen	Anzahl Überprüfungen: 13	<input checked="" type="radio"/>
B	Bedarfsplanung 2014–2016	Genehmigung RRB bis Mitte 2013	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte			
7	Fachgerechte und fristgemäss Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	95 % innert 2 Monaten (ab publiziertem Eingangstermin bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf)	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte			
8	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 5: Information, Koordination und Vernetzung			
9	Aktuelle Kinderbetreuungsbroschüre und Reporting zum Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zug	Broschüre: aktualisiert und versandt im Mai, Reporting durchgeführt	Reporting konnte aufgrund technischer Verzögerungen noch nicht realisiert werden. Das Reservationssystem ist aufgeschaltet, hat aber noch nicht den gewünschten IT-Reifegrad. Das Reservationssystem muss mindestens ein Jahr in Betrieb sein, um ein aussagekräftiges Reporting zu ermöglichen
10	Fördergelder des Bundes durch Kompetenzzentrum Integration eingeholt und Zielvorgaben des Bundes in den zentralen Leistungsbereichen erreicht	Gelder eingeholt: 100 % Mindestzielvorgaben des Bundes erfüllt	
C	Entwicklung und Umsetzung des Sprach- und Bildungsangebots und innerkantonale Koordination	Zielvorgaben gemäss Programmvereinbarung mit Bund sind zu 80 % umgesetzt. Gelder eingeholt: 80 %	
D	Planung von Massnahmen und Umsetzung des kantonalen Integrationsprogramms (KIP)	Unterzeichnung der Programmvereinbarung mit dem Bund	
E	Kinderbetreuungsindex 2013 (Update von 2009)	Veröffentlichung bis Oktober	Da Fertigstellung des Betreuungsindexes im Oktober erfolgte, wurde die Medienmitteilung erst im November veröffentlicht
Leistungsgruppe 6: Übrige Aufgaben			
12	Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissionssitzungen	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 7 Jährliche Sitzungsgeldabrechnung	
13	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	100 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe ZUG/Sozialhilfegesetz	
G	Pilotprojekt «Frühe Förderung in Kitas»	Durchführung 1. Projektphase, Planung 2. Projektphase	1. Projektphase läuft noch bis Frühling 2015
H	Umsetzung Postulat Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache	Antrag an Kantonsrat	Beantwortung des Postulats bis zum Vorliegen eines Berichtes zur sozialen Lage im Kanton Zug sistiert (RR Aussprachepapier vom 17. September 2013)
L23	Koordination und Umsetzung der Massnahmen zur Familienpolitik der DI	Entscheid RR über Fortsetzung/Weiterentwicklung des Massnahmenplans	
L34	Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Konzept durch RR verabschiedet, Start der Umsetzung bis Oktober	RRB vom 10. September 2013; Umsetzungsplanung ab Januar 2014

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
RR-Anträge (KSA)	Anzahl	40	50	40
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	19	20	18
Lotteriefondsgesuche	Anzahl	33	40	40
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl	25	30	29
Beitragsgesuche Integration	Anzahl	42	50	48
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl	865	900	883
- Asylsuchende N		33	290	298
- Nothilfe		70	70	63
- Vorläufig Aufgenommene F		148	160	149
- Vorläufig Aufgenommene F7+		114	140	108
- Anerkannte Flüchtlinge B		134	170	145
- Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F		59	60	84
- Aufenthaltsstatus C		8	10	37
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl	865	900	883
- Durchgangsstation		94	90	95
- Dezentrale Unterkunft		512	530	512
- Nothilfe-Unterkunft		21	30	35
- Private Unterkunft		216	230	229
- Andere Unterbringung		22	20	12
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze			
- Wohnen		34	38	38
- Wohnen mit Beschäftigung		166	170	166
- Wohnen mit geschütztem Arbeitsplatz		65	65	67
- Geschützte Arbeitsplätze		217	228	234
- Beschäftigung		38	35	38
Kostenübernahmegarantien (KÜG)	Anzahl behandelte Gesuche	305	350	327
Durch KÜG finanzierte Platzierungen	Anzahl Betreute Total		198	198
- davon ausserkantonal	Anzahl Betreute		172	166
- davon innerkantonal	Anzahl Betreute		26	32
Unterstützung: Zuger Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Anzahl Dossier	68	75	56
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Anzahl Dossier	103	95	110

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Leistungs- und Subventionsvereinbarungen: zwei Leistungsvereinbarungen mit der Gemeinnützigen Gesellschaft Zug (GGZ) wurden in eine Leistungsvereinbarung zusammengeführt, eine geplante Subventionsvereinbarung wurde nicht abgeschlossen

Soziale Einrichtungen, Platzangebot: Günstige Betriebsentwicklungen ermöglichten die Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen, was der steigenden Nachfrage entspricht. Zwischen den Angeboten und Angebotskombinationen kommt es aufgrund sich ändernder Bedürfnisse und Ressourcen der Klientinnen und Klienten immer wieder zu kleinen Verschiebungen (aktuell zwischen Wohnen mit Beschäftigung/Arbeit).

Kostenübernahmegarantien: Aufgrund der in einigen Kantonen neu eingeführten Einstufung nach dem individuellen Betreuungsbedarf wurden mehr Gesuche erwartet; die Steigerung war jedoch geringer als erwartet. Leichte Verschiebung von ausserkantonalen zu innerkantonalen Platzierungen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-61'690'571.01	-63'917'840	-61'492'804.41	2'425'035.59	-3.8
Total Ertrag	16'174'447.55	15'255'000	16'324'677.59	1'069'677.59	7.0
Saldo	-45'516'123.46	-48'662'840	-45'168'126.82	3'494'713.18	-7.2

Kommentar Rechnung

Die Gründe für die Budgetabweichung von rund 3'500'000 Franken sind folgende:

Die Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck (Leistungs- und Subventionsvereinbarungen) sind aufgrund von Rückzahlungen und Minderaufwendungen rund 1'800'000 Franken unter Budget.

Die Aufwendungen für die sozialen Dienste Asyl sind rund 1'500'000 Franken unter Budget. Es sind einerseits Minderaufwendungen von rund 850'000 Franken (Personal, Einrichtung und Sozialhilfe) und andererseits Mehrerträge von rund 650'000 Franken (Rückerstattungen und Beitrag Bund).

Die innerkantonalen Kostenabgeltungen gemäss Zuständigkeits- und Sozialhilfegesetz sind rund 160'000 Franken unter Budget.

Die Kostenübernahmegarantien für Zuger Bewohnerinnen und Bewohner in ausserkantonalen sozialen Einrichtungen sind rund 230'000 Franken über Budget.

Weitere kleinere Budgetunterschreitungen in diversen Bereichen ergeben zusätzlich insgesamt 270'000 Franken.

Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Minderung des Aufwands gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0024 Wohn- u. Werkheim Schmetterling					
Ausgaben		-500'000		500'000.00	-100.0
Einnahmen					
DI1550.0027 ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch					
Ausgaben		-1'300'000		1'300'000.00	-100.0
Einnahmen					
DI1550.0029 Sicherheitsmassnahmen LV					
Ausgaben	-231'880.85				
Einnahmen					
DI1550.0032 Stiftung Phönix: Kauf und Umbau Tageszentrum					
Ausgaben	-2'200'000.00	-220'000		220'000.00	-100.0
Einnahmen					
DI1550.0033 Beitrag ConSol Wäscherei Ibelweg					
Ausgaben	-516'000.00				
Einnahmen					
DI1550.0034 ZUWEBE: Beitrag Umbau/Sanierung Wohnhaus Ried					
Ausgaben			-792'000.00	-792'000.00	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-2'947'880.85	-2'020'000	-792'000.00	1'228'000.00	-60.8
Einnahmen					
			-792'000.00	1'228'000.00	-60.8

Institutionelle Gliederung

Direktion des Innern

1550 – Sozialamt

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0022 Stiftung Maihof Ausbau und Sanierungen	Ausgaben	-1'290'000.00		-251.35	-251.35	
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite	Ausgaben	-1'290'000.00		-251.35	-251.35	
	Einnahmen					
	Saldo	-1'290'000.00		-251.35	-251.35	

Kommentar Rechnung

- DI 1550.0024 Wohn- und Werkheim Schmetterling: Das Gesamtprojekt Sanierung des bestehenden Wohnhauses und Neubau der benachbarten Liegenschaft musste aufgrund der veränderten Ausgangslage aufgeteilt und neu geplant werden. Die Sanierung des bestehenden Wohnhauses kann erst 2014 starten.
- DI 1550.0027 ZUWEBE: Der Umbau der Werkstätte Bösch ist aufgrund von Planungsverzögerungen der Zuwebe neu für die Jahre 2014 und 2015 vorgesehen.
- DI 1550.0032 Stiftung Phönix: Die Schlussabrechnung wurde erstellt und genehmigt. Die budgetierte Schlusszahlung wurde bereits im Jahr 2012 transitorisch gebucht.
- DI 1550.0033 Stiftung ConSol: Die Schlussabrechnung wurde erstellt und genehmigt. Die budgetierte Schlusszahlung wurde bereits im Jahr 2012 transitorisch gebucht.
- DI 1550.0034 ZUWEBE: Der Umbau und die Sanierung des Wohnhauses Ried wurde dem Projekt Bösch vorgezogen und war deshalb nicht budgetiert. Es war geplant, dass die Arbeiten per Ende Jahr abgeschlossen sein werden. Es konnten bis jetzt jedoch nur rund 80 % des bewilligten Kantonsbeitrags von 1'000'000 Franken ausbezahlt werden.
- DI 1550.0022 Stiftung Maihof: Die Schlussabrechnung wurde erstellt und genehmigt. Die Schlusszahlung wurde im Jahr 2012 transitorisch gebucht, hier handelt es sich um einen Restbetrag.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das neue Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) ist seit 1. Januar operativ. Der Start des neuen Amtes ist dank des grossen Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Unterstützung durch das Direktionssekretariat geglückt. Besondere Herausforderungen sind die unerwartet hohe Anzahl neuer Fälle und die knappen Ressourcen.

Fallzahlen und Entscheide

Der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) lagen am 1. Januar bereits 1405 Fälle (2009: 973 Massnahmen bei den Gemeinden) vor, die von den Einwohner- und Bürgergemeinden übernommen wurden und nach dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) zu bearbeiten waren. In den ersten drei Monaten des Jahres gingen bei der KESB weitere 142 Gefährdungsmeldungen plus 83 Anträge für die Genehmigung von Unterhaltsverträgen (UHV) und gemeinsamer elterlicher Sorge (GeS) ein. Gesamthaft sind im Berichtsjahr 446 Gefährdungsmeldungen und 294 UHV/GeS eingegangen, welche neben den bereits laufenden Massnahmen neu bearbeitet werden mussten.

Eine weitere Herausforderung stellte die Revision der Berichts- und Rechnungsablage für das Jahr 2012 dar. Per Ende Berichtsjahr standen 830 Fälle zur Revision an. Für die Revisionsarbeiten standen dem KES anfänglich lediglich 90 Stellenprozente zur Verfügung, was eine starke Verzögerung der Bearbeitung zur Folge hatte. Insbesondere bei den privaten Mandatstragenden führte dies zu einer verständlichen Unzufriedenheit. Die privaten Mandatstragenden betreuen rund 470 Personen, was 40 Prozent der gesamten Dossiers ausmacht. Es ist gelungen, die Anzahl privater Mandatspersonen sogar noch zu erhöhen. Mit ihrem Engagement leisten sie einen wertvollen Beitrag an die Gesellschaft. Die KESB fällte 1653 Entscheide. Nur in drei Fällen wurde eine Beschwerde wegen Rechtsverzögerung beim Verwaltungsgericht eingereicht. Alle Mandate wurden formal korrekt geführt und an die jeweiligen Bedürfnisse der Person angepasst.

Organisation und Aufbau

Mit hoher Professionalität konnten die Kernprozesse und die zentralen Abläufe zum Aufbau der Organisation definiert werden.

Die von den Gemeinden übernommenen elektronischen Daten mussten anhand der physischen Dossiers einzeln überprüft und angepasst werden, damit statistische Auswertungen erfolgen konnten. Parallel dazu wurde der Prozess eines Qualitätsmanagements mit allen Berufsbeiständinnen und -beiständen aufgenommen.

Personelle Ressourcen

Die auf Anfang Jahr zur Verfügung gestellten, personellen Ressourcen wurden auf der Grundlage von 973 Fällen berechnet. Es zeigte sich, dass diese bewilligten personellen Ressourcen zu knapp berechnet waren. Dies hatte starke Auswirkungen auf die Arbeit des KES und auf die Bearbeitung der Fälle. Dank ausserordentlich grossem Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KES konnten die Aufgaben überhaupt bewältigt werden, so dass das Wohl der Schutzbedürftigen gewährleistet werden konnte.

Die Betreuung und Begleitung der rund 400 privaten Mandatstragenden konnte wegen der hohen Arbeitsbelastung nicht im gewünschten Umfang erfüllt werden.

Das Mandatzentrum (MaZ) bearbeitete rund 400 Fälle. Weil das MaZ keine zusätzlichen Fälle mehr annehmen konnte, wurde eine zielbringende Zusammenarbeit mit externen Fachstellen aufgebaut. So wurden neue Kindesschutz- und Erwachsenenschutzmandate für Kinder und für Personen ab 65 Jahren von der KESB hauptsächlich an die Fachstellen punkto Jugend und Kind Zug, Kinder und Jugendberatung Zug und die Pro Senectute Zug übergeben.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die sie unterstützenden Dienste, das Revisorat und das Mandatsführungszentrum sind die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Inbetriebnahme des Amtes			
A	Inbetriebnahme des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz	Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde erledigt ihre Aufträge gemäss dem neuen Kindes- u. Erwachsenenschutzrecht (KESR), insbesondere ZGB, EG ZGB, VRG, ZPO, VBVV, GesG, PAVO	●
C	Aufbau Bibliothek (Fachdatenbank)	Die Fachbibliothek umfasst die wichtigen Neuerscheinungen, wird laufend aufgebaut und der Zugang zur Onlinedatenbank ist bewirtschaftet	●
E	Die Überführung der bestehenden Massnahmen ins KESR ist gewährleistet	Ein Drittel der bestehenden Massnahmen sind überführt	● Aufgrund der Ressourcenknappheit ist erst eine Übertragung von 10 % altrechtlichen Massnahmen ins neue Recht erfolgt
Leistungsgruppe 2: Meldestelle für Gefährdungsmeldungen, Verfahrensleitung, Anordnung von Massnahmen			
1	Meldestelle für Gefährdungsmeldungen ist innert nützlicher Frist erreichbar	Die Gefährdungsmeldungen sind rechtzeitig und ordnungsgemäss entgegengenommen und geprüft	●
2	Die erforderlichen Abklärungen sind eingeleitet	Die Abklärungen sind entsprechend den Aufträgen der Kindes- u. Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sichergestellt und überwacht	●
3	Verfahrensleitung wird wahrgenommen	Die Verfahren werden unter Wahrung der Partierechte rechtlich korrekt durchgeführt	●
4	Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Die festgelegten Standards und Abläufe sind eingehalten	● Kernprozesse festgelegt und eingehalten. Abläufe aus Ressourcengründen noch in Bearbeitung
Leistungsgruppe 3: Instruktion, Begleitung und Aufsicht sämtlicher Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (Berufsbeistandspersonen des Amtes und von Fachstellen, Privatpersonen)			
5	Die privaten Mandatsträger/innen (PriMas) sind rekrutiert und abgeklärt betreffend fachlicher und persönlicher Eignung	Die Öffentlichkeit wird über die Arbeit von PriMas informiert. Die privaten Mandatsträger/innen sind über ihre Aufgaben informiert und wissen, ob sie dafür geeignet sind	●
6	Die Berufsbeistandspersonen erfüllen ihren Auftrag engagiert und qualitativ hochstehend	Ihre Arbeit ist sorgfältig geprüft. Regelmässige Informationsveranstaltungen sind erfolgt. Eine regionale Zuständigkeit der Berufsbeiständinnen/Berufsbeistände ist geprüft	●
7	Die Zusammenarbeit mit den Fachstellen ist gewährleistet	Ein regelmässiger Austausch/Vernetzung mit den Fachstellen ist erfolgt	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
8	Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Die festgelegten Standards und Abläufe im Umgang mit den Mandatsträger/innen und Fachstellen sind eingehalten	● Mangels Ressourcen Qualitätsmanagement Mandatsführung in Bearbeitung. Festgelegte Standards eingehalten
Leistungsgruppe 4: Aufgaben nach Errichtung der Massnahme			
9	Die notwendigen Schritte zur Abwicklung der Mitwirkungsgeschäfte sind eingeleitet	Die Anträge der Mitwirkungsgeschäfte sind innert nützlicher Frist bearbeitet und die notwendigen Entscheidungen gefällt	●
10	Gegenüber Dritten, Gerichten und Amtsstellen ist die Informations- sowie die Mitwirkungspflicht gewahrt	Alle Anfragen sind rechtmässig und innert nützlicher Frist beantwortet	●
Leistungsgruppe 5: Aufsicht und Beschwerden			
11	Fälle gemäss Art. 419 ZGB sind geprüft und beantwortet	Die Fälle sind fachgerecht und gesetzeskonform geklärt	●
12	Die Aufsicht ist gewährleistet	Die Vermögensverwahrung ist korrekt getätig. Die Geschäftskontrolle ist durchgeführt. Die Daten sind bearbeitet und das Verzeichnis der Massnahmen erstellt. Die Statistik ist laufend nachgeführt. Berichts- und Rechnungsprüfung sind erfolgt	● Vermögensverwahrung gemäss Konzept korrekt getätig. Die Geschäftskontrolle durchgeführt. Daten Massnahme erstellt und Statistik nachgeführt. Berichts- und Rechnungsprüfung aufgrund Ressourcenknappheit verzögert
Leistungsgruppe 6: Nicht mandatsgebundene Aufgaben, Kinderbelange im Eheschutz, Aufgaben bei der eigenen Vorsorge			
13	Die relevanten Gesetzesbestimmungen (insbesondere Neuerungen) sind bekannt und sind inhaltlich, formal und fachlich korrekt angewendet	Die daraus resultierenden Aufgaben unter Wahrung der Interdisziplinarität sind wahrgenommen und in der Praxis adaptiert	●
Leistungsgruppe 7: Kompetenzzentrumsfunktionen			
14	Die KESB ist mit den Gemeinden, Sozialdiensten und anderen Ämtern wie auch Fachstellen und sozialen Institutionen gut vernetzt	Ein gegenseitiger regelmässiger Informationsaustausch ist erfolgt	●
Leistungsgruppe 8: Inbetriebnahme des Mandatszentrums			
15	Die Berufsbeiständinnen/Berufsbeistände arbeiten nach einheitlichen und überprüfbar fachlichen Kriterien Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Die Qualitätsstandards sind definiert und überprüft. Die Arbeitsabläufe zur Sicherstellung einer einheitlichen Anwendung sind definiert	● Kernprozesse definiert. Mangels Ressourcen Abläufe noch in Bearbeitung
16	Die privaten Mandatsträger/innen sind geschult und in ihrer Arbeit unterstützt	Die PriMas erhalten eine Einführung in ihre Arbeit und werden laufend fachlich unterstützt	● Mangels personellen Ressourcen PriMas nur in Einzelfällen unterstützt und begleitend. Grobkonzept Betreuung erstellt, Umsetzung teilweise erfolgt
F	Das Mandatzentrum hat seinen Betrieb aufgenommen	Die Mitarbeitenden führen die ihnen zugewiesenen Mandate entsprechend dem Auftrag und den festgelegten Standards	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Aufgrund der sehr knappen personellen Ressourcen wurden 5 von 20 Zielen, insbesondere diejenigen, die den Neuaufbau der Organisation betreffen, nur teilweise erreicht.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Laufende Massnahmen	Fall	1308	1141	1196
Neu angeordnete Massnahmen	Fall	262	316	173
Umwandlung der bestehenden Beirat- und Beistandschaften in das neue Massnahmensystem	Fall		1/3 der laufenden Massnahmen: 375	85
Anzahl durch das Mandatszentrum geführte Mandate	Mandat		550	400

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Neu angeordnete Massnahmen: Die bereinigte KOKES-Statistik (Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz) 2012 wies 216 neu angeordnete Massnahmen aus. Die für 2012 angegebenen 262 neu angeordneten Massnahmen wurden von den Daten der Gemeinden übernommen und mussten bereinigt werden. Durch die Bereinigung der Daten wurde ersichtlich, dass die angegebene Anzahl neu angeordneter Massnahmen 2012 zu hoch war. Zurzeit der Budgetierung 2013 waren diese Zahlen nicht bekannt.

Umwandlung der bestehenden Massnahmen: Aufgrund der Ressourcenknappheit konnten nur rund 10 % der Fälle ins neue Recht umgewandelt werden.

Anzahl Mandate Mandatszentrum: Dem Mandatszentrum konnte aufgrund der Ressourcenknappheit keine neuen Kindesschutzfälle und Personen im AHV-Alter zugewiesen werden. Bestehende Kindesschutzfälle und Erwachsenenschutzfälle von Personen ab 65 Jahren sowie alle neuen Mandate in diesen Kategorien mussten den Fachstellen zugewiesen werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'266'870.19	-4'739'100	-6'459'698.72	-1'720'598.72	36.3
Total Ertrag	176'749.40	400'000	860'194.30	460'194.30	115.0
Saldo	-1'090'120.79	-4'339'100	-5'599'504.42	-1'260'404.42	29.0

Kommentar Rechnung

An seiner Sitzung vom 28. November 2012 setzte der Kantonsrat das Budget 2013 auf die im Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 5. April 2011 erwähnten finanziellen Auswirkungen zurück. In diesem Bericht wurden lediglich die Personalkosten Fachbehörde und unterstützenden Dienste, die Kosten für Abklärungen, Gutachten und unentgeltliche Rechtspflege, die Personalkosten der Abteilung Mandatszentrum und die Kosten für die Mandatsführung für 157 Fälle durch die Fachstellen und Privatpersonen berücksichtigt. Die Regierung wies schon damals darauf hin, dass sich die detaillierten Kosten nicht aus den verfügbaren Daten erheben lassen. Per 31. Dezember führten die Fachstellen total 325 Mandate und Privatpersonen rund 470 Mandate. Die restlichen Betriebskosten wurden in den Angaben vom 5. April 2011 ebenfalls nicht berücksichtigt.

Grosse Abweichungen treten bei folgenden Konti auf:

- Löhne Fachpersonen: Bei den Entschädigungen für die privaten Mandatsträger (PriMas) müssen Sozialversicherungsleistungen abgerechnet werden. Aus diesem Grunde werden die Auszahlungen vom Personalamt vorgenommen und belasten neu dieses Konto. Dass die Sozialversicherungsleistungen durch das Personalamt abgerechnet werden müssen und dadurch ein anderes Konto belasten, war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt.
- Dienstleistung Dritter Diverse: Ursprünglich war vorgesehen, dass die Entschädigungen PriMas auf diesem Konto verbucht werden sollten. Der Aufwand für die Entschädigungen PriMas wird jedoch neu dem Konto 3010.40 belastet.
- Honorare externe Berater/innen, Gutachter/innen, Fachexperteninnen/Fachexperten: Aufgrund Mangel an personellen Ressourcen mussten Rechnungen zur Revision an eine auswärtige Revisionsstelle vergeben werden. Die Aushilfe für die vakante Stelle in der Behörde musste diesem Konto belastet werden, da die betroffene Person nicht im Angestellten- sondern im Auftragsverhältnis abrechnete. Die Gründe, welche zur Budgetüberschreitung führen, konnten zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht berücksichtigt werden.
- Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: Im Bericht und Antrag vom 5. April 2011 wurde mit 157 Mandaten gerechnet. Per 31. Dezember führten die Fachstellen total 325 Mandate (punktoo Jugend und Kind 177; Kinder und Jugendberatung 75 und Pro Senectute 73 Mandate).
- Gebühren für Amtshandlungen: Im Budget 2013 wurden Gebühren und Entschädigungen berücksichtigt. Entschädigungsrückzahlungen durch das Klientel werden jedoch auf Konto 4240.10 verbucht.
- Dienstleistungen: Rückzahlungen von Entschädigungen durch die Klientel.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1552.0001	Kostenberücksichtigung Fallführungs-Software			12'960.00	12'960.00	
	Ausgaben	-202'191.40				
	Einnahmen	30'698.50				
Total Budgetkredite				12'960.00	12'960.00	
	Ausgaben	-202'191.40				
	Einnahmen	30'698.50				
	Saldo	-171'492.90		12'960.00	12'960.00	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Rückvergütung betreffend EDV-Lizenz von der Firma Diartis AG, Lenzburg, war im Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Bau- und Planungstätigkeit im Kanton blieb auf hohem Niveau; die Denkmalpflege begleitete entsprechend viele Vorhaben. Die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde fortgeführt. Verschiedene Bauvorhaben machten archäologische Rettungseinsätze notwendig und führten immer wieder zu bemerkenswerten Entdeckungen. Wichtige Auswertungsprojekte konnten abgeschlossen werden. Das Interesse an Publikationen, Vorträgen und Grabungsführungen war gross.

Reorganisation

Das bisher aus zwei Abteilungen bestehende Amt wurde reorganisiert und setzt sich neu aus vier Abteilungen zusammen: Bauforschung und Mittelalterarchäologie, Denkmalpflege und Bauberatung, Inventare und Funde, Ur- und frühgeschichtliche Archäologie.

Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung

Eine Herausforderung bildete die Beurteilung von energetisch wirksamen Massnahmen – Wärmedämmung, Sonnenkollektoren und photovoltaiksche Anlagen – an Baudenkälern. Hier gilt es, gemeinsam Lösungen zu finden, die zugleich ökologischen, denkmalpflegerischen und ökonomischen Anliegen gerecht werden.

Archäologische Untersuchungen und Auswertungen

Besondere Entdeckungen kamen in Cham zu Vorschein, darunter ein keltisches Grab auf der Klostermatt und Reste bronzezeitlicher Pfahlbaudörfer an der Zugerstrasse. In Baar konnte ein Münzschatz aus römischer Zeit sichergestellt werden. Im Zugersee stiessen Taucher auf einen mittelalterlichen Einbaum. In Zug, Baar, Menzingen, Oberägeri und Walchwil wurden von Abbruch oder Umbau betroffene historische Bauten untersucht. Verschiedene wissenschaftliche Auswertungen konnten abgeschlossen werden.

Unterschutzstellungen und Beiträge

Die kantonale Denkmalkommission hat an sieben Sitzungen über die Aufnahme von Denkmälern ins Inventar der schützenswerten Objekte oder ins Verzeichnis der geschützten Denkmäler bzw. über die Entlastung aus diesen beiden Registern sowie über finanzielle Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler beraten.

Dokumentation, Inventare und Konservierung

Es wurde ein neues archäologisches Informationssystem implementiert. Die systematische und flächendeckende Bestandesaufnahme von historischen Bauten und die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurden in der Gemeinde Neuheim abgeschlossen und in drei Gemeinden sowie bei den militärhistorischen Bauten fortgeführt. Weiter wurden Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen und Feuerwehr-Einsatzpläne für die Zivilschutzorganisation, Feuerwehr, Polizei und Eigentümerschaften erstellt.

Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

Das Interesse an Vorträgen, Führungen auf Grabungen und durch den Betrieb ist ungebrochen gross. Mit Unterstützung des Amtes veröffentlichte der SJW-Verlag ein Taschenbuch über die «Pfahlbauer am Zugersee». Der Europäische Tag des Denkmals bot ein vielseitiges Programm mit einer Kulturgüterschutz-Einsatzübung der Zivilschutzorganisationen und der Feuerwehr bei der Kapelle St. Andreas sowie Führungen auf dem Areal der Papierfabrik Cham.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung			
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	<input checked="" type="radio"/>
2	Fachkundige Beratung von Bauherrschaf-ten, Planenden und Behörden	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	<input checked="" type="radio"/>
3	Einholen externer Berichte und Nutzungs-studien	100 % Auftragerteilung innert Monatsfrist	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Archäologische Untersuchungen und Auswertung			
4	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	<input checked="" type="radio"/>
5	Kleine bis mittelgrosse Objekte sach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	80 % innerhalb mit Bauherrschaft verein-bartem Termin	<input checked="" type="radio"/>
6	Komplette Aufarbeitung der Dokumentation zur Archivreife innert 24 Monaten	80 % der Objekte	<input checked="" type="radio"/>
A	Wissenschaftliche Auswertungen durch-führen (Projektmanagement): - Pfahlbauten Cham-Alpenblick - Historische Holzbauten - Malereien Baar, Leihgasse 39/41 - Hünenberg, Burg - Zug, Oberaltstadt 3, Töpferei	- Pfahlbauten: Keramikaufnahme und Vorstudie Datierung abgeschlossen - Holzbauten: Auswertung abgeschlossen - Malereien: Auswertung abgeschlossen - Hünenberg Burg: Auswertungskonzept erstellt - Zug, Töpferei: Auswertung abgeschlossen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)			
8	Kunden- und objektgerechte Behandlung der Unterschutzstellungs- und Beitrags-gesuche	80 % der neuen Gesuche werden an der nächsten Sitzung der Denkmalkommission behandelt, vorausgesetzt Gesuche treffen drei Wochen vor Sitzung ein	<input checked="" type="radio"/>
9	Fundierte Vorlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit erstellen	80 % im Sitzungsrhythmus der Denkmal-kommission	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung			
10	Aktualisierung des Verzeichnisses der ge-schützten Baudenkmäler und des Inventars der schützenswerten Baudenkmäler	Vierteljährlich auf Internet	<input checked="" type="radio"/>
11	Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank und der archäologischen Fundstellendatenbank	Vierteljährlich auf Internet	<input checked="" type="radio"/>
12	Erstellen der Kulturgüterschutz-Sicher-stellungs-Dokumentation für Einsatzpläne Feuerwehr	80 % gemäss Planung	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
13	Erfassen Neueingänge archäologischer Funde und Einleitung vorsorglicher Konserverungsmassnahmen innert 24 Monaten	90 % innert Frist	
B	Bestandesaufnahme historischer Bauten/ Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Gemeinde Zug: Detailaufnahme abgeschlossen. Zwei neue Gemeinden begonnen	
Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit			
14	Wissenschaftliche Berichterstattung Jahrbuch Archäologie Schweiz per 15. Januar und Tugium per 31. Mai	Innert Frist	
15	Vorträge, Führungen, Öffentlichkeitsanlässe	10 Anlässe	
16	Europäischer Denkmaltag	Denkmaltag durchgeführt	
C	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Band 1 gedruckt. Band 2 Redaktion abgeschlossen	Bd. 1: Ziel erreicht Bd. 2: leichte Projektverzögerung aufgrund anderer dringender Projekte (u.a. Behebung Schimmelbefall Funddepot)
D	Monographie Kirche St. Oswald Zug	Redaktion und Druck abgeschlossen	
E	Historische Holzbauten, 2 Bände	Manuskripte an Redaktion übergeben	Projekt gut auf Kurs, mit leichter Akzentverschiebung: Bd. 1 bereits gedruckt, Bd. 2 in Manuskriptüberarbeitung. Für das Projektende entsteht keine Verzögerung
F	Prähistorische Siedlungsgruben Zug Rothuswiese	Artikel gedruckt	
G	GV Archäologie Schweiz und Zeitschrift-Sondernummer «Kanton Zug» Zeitschrift	GV durchgeführt. Sondernummer «Kanton Zug» Zeitschrift gedruckt	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ein grosser Teil des Geschäftsgangs ist abhängig von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Unterschutzstellungen	Anzahl	8	8	16
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl	30	100	160
Denkmalpflege: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	260	370	308
Denkmalpflege: Stellungnahmen in Bezug auf ISOS (BGer Entscheid Rüti)	Anzahl	123	120	73
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl	13	10	10
Archäologie: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	95	50	90
Archäologie Feldarbeit I: Ausgrabung, Bauuntersuchung	Anzahl	23	18	22
Archäologie Feldarbeit II: Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl	42	48	43

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrössen sind abhängig von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton, werden mehrheitlich von externen Faktoren bestimmt und waren zum Zeitpunkt der Budgetierung teilweise schwer abschätzbar. Die höhere Zahl von Unterschutzstellungen liegt im üblichen jährlichen Schwankungsbereich. Der Zuwachs an Objekten beim Inventar der schützenswerten Denkmäler ist Ergebnis der laufenden Revision. Mit wachsender Zahl steigt die Rechtssicherheit für Hauseigentümerschaften, Baubehörden und Planende. Die Anzahl der denkmalpflegerischen Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden hat gegenüber dem Vorjahr zwar nicht im erwarteten Ausmass zugenommen; sie entspricht dennoch dem zweithöchsten je erreichten Wert. Auch die Anzahl Stellungnahmen in Bezug auf archäologische Funderwartungsgebiete verharrte wegen der hohen Bau- und Planungstätigkeit auf einem sehr hohen Niveau.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'054'324.81	-7'123'200	-7'111'272.98	11'927.02	-0.2
Total Ertrag	51'100.05	121'900	514'638.20	392'738.20	322.2
Saldo	-7'003'224.76	-7'001'300	-6'596'634.78	404'665.22	-5.8

Kommentar Rechnung

Aufwand: Die Kosten für archäologische Rettungsgrabungen und die Höhe der zweckgebundenen Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler (offene Beitragsverfügungen und erwartete Beitragsgesuche) sind jeweils nur annähernd prognostizierbar. Die Rechnung bewegt sich im üblichen jährlichen Schwankungsbereich.

Ertrag: Zum Zeitpunkt der Budgetierung war die Durchführung der Rettungsgrabungen in Cham an der Zugerstrasse 112 sowie das Ausmass der Rettungsgrabung in Cham-Oberwil, Hof nicht bekannt. Im Rahmen der Programmvereinbarung 2012–15 mit dem Bund konnten für diese beiden Untersuchungen wesentlich mehr Finanzhilfen des Bundes in Anspruch genommen werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1580.0001 Ersatz für Fachanwendung SPATZ					
Ausgaben	-121'124.63	-60'000	-39'975.00	20'025.00	-33.4
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-121'124.63	-60'000	-39'975.00	20'025.00	-33.4
Einnahmen					
Saldo	-121'124.63	-60'000	-39'975.00	20'025.00	-33.4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Ersatz archäologisches Informationssystem SPATZ durch neue Datenbank IMDAS-PRO. Die Umsetzung verlief schneller als geplant. Die im Rechnungsjahr 2012 vorgezogene Investition von 21'124.63 Franken wurde im Rechnungsjahr 2013 kompensiert.

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1700	Direktionssekretariat	-40'502'091.04	-37'333'000	-36'099'529.20	1'233'470.80	-3.3
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-857'584.20	-4'326'450	-4'026'825.09	299'624.91	-6.9
1733	Kantonsschule Zug	-38'483'887.14	-38'698'930	-38'077'947.55	620'982.45	-1.6
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-7'695'587.83	-7'859'200	-7'681'702.98	177'497.02	-2.3
1736	Fachmittelschule Zug	-4'069'165.94	-4'944'200	-4'433'072.93	511'127.07	-10.3
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-102'676'997.79	-102'327'300	-102'450'482.57	-123'182.57	0.1
1777	Amt für Berufsberatung	-1'945'384.01	-2'020'900	-1'956'482.69	64'417.31	-3.2
1780	Amt für Sport	-1'366'763.96	-1'418'750	-1'410'018.94	8'731.06	-0.6
1790	Amt für Kultur	-7'066'559.93	-7'212'300	-6'854'542.14	357'757.86	-5.0
17	Direktion für Bildung und Kultur	-204'664'021.84	-206'141'030	-202'990'604.09	3'150'425.91	-1.5

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1700	Direktionssekretariat	212'900.00	200'000	7'719.35	-192'280.65	-96.1
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule		-500'000	-42'023.49	457'976.51	-91.6
1733	Kantonsschule Zug	-151'748.30	-727'000	-422'508.31	304'491.69	-41.9
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-68'418.40	-50'000	-47'352.95	2'647.05	-5.3
1736	Fachmittelschule Zug	-171'756.50				
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-2'046'580.85				
1780	Amt für Sport	-29'008.80				
1790	Amt für Kultur	-205'360.70				
17	Direktion für Bildung und Kultur	-2'459'973.55	-1'077'000	-504'165.40	572'834.60	-53.2

Gesamtwürdigung

In Kürze

2013 konnten wichtige Entscheide für die Zuger Mittelschullandschaft der nächsten Generation herbeigeführt werden. Der Kanton Zug begrüsste den Lehrplan 21 im Rahmen der Konsultation mit einem freundigen össischen «Ja, aber». Im August wurde die Pädagogische Hochschule Zug feierlich eröffnet. Mit dreissig halbtägigen Schulbesuchen legte der Bildungsdirektor ein Schwerpunkt auf den persönlichen Austausch mit den Schulleitungen und Lehrpersonen der Zuger Schulen.

Volksschule und Demokratie

Schulleitungen und Lehrpersonen brauchen Freiheiten und Handlungsräume, damit eine vielfältige und lebendige Schule entstehen kann. Die demokratische Kontrolle durch die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter und den Souverän selbst ist das grundlegende Wesensmerkmal der Volksschule und ein wichtiges Mittel im Kampf um diese Freiräume. In diesem Sinne forderte der Bildungsdirektor im März die Mitglieder der gemeindlichen Schulkommissionen auf, sich aktiv in die Gestaltung des Schulwesens vor Ort einzubringen. Der Bildungsdirektor begrüßt vor diesem Hintergrund auch das Engagement der Bildungskommission des Kantonsrats sowie aller Zugerinnen und Zuger für ein vielfältiges und freiheitliches Schulwesen.

Für unsere Lehrerinnen und Lehrer

Positive Schulerfahrungen stellen sich dort ein, wo gute Lehrpersonen am Werk sind. Das politische Bekenntnis zur Pädagogischen Hochschule im Kanton Zug ist Ausdruck dieser Auffassung. Bei der Eröffnung der PH Zug im August kam zum Ausdruck, dass eine gute Lehrperson mehr ist als eine Fachperson, dass Lehrpersonenbildung auch Persönlichkeitsbildung ist und dass der Beruf eine spezielle Verantwortung für die Gemeinschaft mit sich bringt. Dieser Geist hat Tradition in der Zuger Lehrpersonenbildung, und diesem Zuger Geist fühlt sich auch der Hochschulrat, verantwortlich für die strategische Ausrichtung der PH Zug, verpflichtet. Die Zuger Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen stehen auch im Zentrum der beabsichtigten Änderung des Lehrpersonalgesetzes. Ihr wöchentliches Unterrichtspensum soll an die Gegebenheiten in den umliegenden Kantonen angepasst werden. Damit sollen auch die Zuger Gemeinden im Wettbewerb um die besten Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden.

Rasche Umsetzung der Noteninitiative

Innerhalb eines guten Jahres erarbeitete die Direktion für Bildung und Kultur ein Ausführungsgesetz zur Umsetzung der im Frühling 2012 angenommenen Noteninitiative. Die Gesetzesänderung trat im August in Kraft. Noten sollen im Kanton Zug wieder eine wichtigere Rolle spielen und ab der 2. Klasse erteilt werden.

Angleichung Übertritte

Die Angleichung des Übertritts II (Sek I-Sek II) an den prüfungsfreien Übertritt I (Primarstufe-Sek I) ist Teil des Vorhabens, den Weg über die Oberstufe der gemeindlichen Schulen zu stärken und das Langzeitgymnasium zu entlasten. Gleiche Übertrittsbedingungen an diesen beiden Schnittstellen verbessern die Durchlässigkeit unserer Bildungswege weiter. Attraktive gemeindliche Oberstufen sind für alle Schülerinnen und Schüler eine Chance, aber auch für das Gewerbe sehr wichtig, weil dort – im Gegensatz zum Langzeitgymnasium – die Berufswahlvorbereitung stattfindet.

Bauprojekte Mittelschulen

Im Oktober hat der Kantonsrat mit der Anpassung des kantonalen Richtplans die Weichen für die Ausgestaltung der künftigen Zuger Mittelschullandschaft gestellt. Damit wurde Cham als weiterer Mittelschulstandort festgelegt. Gleichzeitig haben die Bauvorhaben zur Entlastung und Weiterentwicklung der bestehenden Mittelschulstandorte in Zug und Menzingen eine wichtige Hürde auf dem Weg zur Umsetzung genommen.

1. Zuger Sportnacht

Im November wurden Spitzenleistungen hiesiger Athletinnen und Athleten erstmals mit einer speziellen Feier geehrt. Die erste Zuger Sportnacht wurde durch viel Freiwilligenarbeit und das Amt für Sport möglich gemacht. Mit Hilfe eines privaten Sponsors konnte die kantonale Sportkommission die Beachvolleyballerinnen Nina Betschart und Nicole Eiholzer als Zuger Sportlerinnen des Jahres auszeichnen.

Beiträge an Kulturlastenausgleich sinken

Im Berichtsjahr konnte die erste Abrechnungsperiode des Kulturlastenausgleichs abgeschlossen werden. Aufgrund einer verbesserten Methodik zur Erhebung der kantonalen Herkunft der Zuschauer wurden die Beiträge für die nächste Abrechnungsperiode bis 2015 festgelegt. Der jährliche Beitrag des Kantons Zug reduziert sich von 2,8 auf 2,6 Millionen Franken.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Schulrecht wird in einem mehrjährigen Prozess neuen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst. Die erste Etappe wurde vom Kantonsrat im Rahmen der Revision des Schulgesetzes verabschiedet. Zwei weitere Revisionen (Lehrpersonalgesetz, Schulgesetz) befinden sich in der Vernehmlassung. Die Aufgaben der Rechnungsführung (Controlling) und der Stipendienstelle wurden im Hinblick auf die organisatorische Eingliederung der Stipendienstelle in das Amt für Berufsberatung entflochten.

Schulrecht

Nach der erfolgreichen Verabschiedung des ersten Teils der Revision des Schulgesetzes mit im Wesentlichen formalen Änderungen durch den Kantonsrat wurde im Herbst der zweite Teil mit materiellen Änderungsvorschlägen in die Vernehmlassung geschickt. Mit diesem Revisionsvorhaben gehen auch Änderungen des Lehrpersonalgesetzes einher. Auch dieses wurde im Herbst in die Vernehmlassung gegeben.

Publikationen

Ziel der Direktion ist es, die Inhalte der Publikationen kohärent zu den Erlassen nachzuführen. Hierbei wurde – wenn immer möglich – anstelle der Druckfassung die Internetversion gewählt. Die «Schulinfo Zug» wurde im Dezember letztmals in einer Druck-Fassung publiziert. Künftig erscheint die Zeitschrift für die Zuger Lehrpersonen ausschliesslich in elektronischer Form.

Organisatorisches

Der Rechtsdienst wurde personell verstärkt, um den steigenden qualitativen Anforderungen an die Bearbeitung von Beschwerden und Vorlagen gerecht werden zu können. Eine Personalfluktuation wurde genutzt, die Stellenprozente künftigen Bedürfnissen anzupassen und bestimmte Aufgabenteile (wie Kommunikation) personell zusammenzuführen mit dem Ziel, Synergien zu erreichen. Es wurden die Voraussetzungen geschaffen, um ab 2015 eine durchgehende Kosten-Leistungs-Rechnung einzuführen. Die Installierung und Nutzung des elektronischen Zeiterfassungs-tools erfolgte bei allen Mitarbeitenden der Direktion und der Schulverwaltung der kantonalen Schulen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (DBKS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und die kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DBKS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK. Im Weiteren gehört die Stipendienstelle zum DBKS.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte			
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse	100 % innert Frist	Zwei Vorstösse nicht fristgerecht erledigt
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung			
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
6	Fach- und fristgerechte Prüfung sowie Genehmigung der Schul- und Disziplinar-Ordnungen der gemeindlichen Schulen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst			
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten. Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	<input checked="" type="radio"/>
8	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommission kantonaler Schulen	100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
A	Teilrevision Schulgesetz	Überweisung an Kantonsrat	<input checked="" type="radio"/>
B	PH-Gesetz	Beschluss Kantonsrat	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission			
9	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Einladungen 10 Tage vor Sitzung, Protokollentwurf und Berichte 7 Arbeitstage nach Sitzung	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 5: Beitragswesen			
10	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Stipendien und Darlehensgewährung	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
11	Fristgerechte Bearbeitung von Beitrags-gesuchen (Lotteriefonds)	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	●
12	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeits-tagen nach Vorliegen der Rechnung	●

Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen			
14	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	●
15	Fachgerechte Auskunftserteilung der gemeindlichen Rektorate zu Fragen des Schulrechts	Mündlich 100 % innert 2 Arbeitstagen, schriftlich innert 10 Arbeitstagen	●
16	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	100 % innert vereinbarter Frist	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Stipendien/Studiendarlehen	Gesuche	743	630	708
PHZ Zentralschweiz	Studierende	218	230	227
Hoch-/Fachhochschulen	Studierende		1'359	1'510
Zugerische Privatschulen	Schüler/innen	924	1'100	995
Beschwerdewesen	Einsprachen und Beschwerden		12	18

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 PHZ Zentralschweiz: Zur Vergleichbarkeit wurden analog zu den Vorjahren die (ehemaligen) Teilschulen Luzern und Schwyz in den Studierendenzahlen miteinbezogen.
 Hoch-/Fachhochschulen: + 10 an privater Hochschule Thim Van der Laan; + 65 an Schulen gemäss Regionalem Schulabkommen Zentralschweiz; + 17 an weiterführenden Schulen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-40'903'846.14	-37'731'000	-36'498'267.00	1'232'733.00	-3.3
Total Ertrag	401'755.10	398'000	398'737.80	737.80	0.2
Saldo	-40'502'091.04	-37'333'000	-36'099'529.20	1'233'470.80	-3.3

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1700.0004	Auszahlung Studiendarlehen					
	Ausgaben	-180'000.00	-200'000	-343'000.00	-143'000.00	71.5
	Einnahmen					
DB1700.0005	Rückzahlung Studiendarlehen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	392'900.00	400'000	350'719.35	-49'280.65	-12.3
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-180'000.00	-200'000	-343'000.00	-143'000.00	71.5
	Einnahmen	392'900.00	400'000	350'719.35	-49'280.65	-12.3
	Saldo	212'900.00	200'000	7'719.35	-192'280.65	-96.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

2013 war auch ein Jahr der strategischen Führungselemente. Einerseits wurden die beiden Schulkommissionen der Fachmittelschule sowie der beiden kantonalen Schulen in Zug und Menzingen zusammengelegt. Andererseits wurde der Hochschulrat der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) erstmalig einberufen. Der Start der PH Zug bescherte dem Amt für Mittelschulen zudem eine neue Bezeichnung, nämlich Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (AMH).

Zukunftsweisende Mittelschulplanung

Mit der Anpassung des kantonalen Richtplans durch den Kantonsrat sind im Oktober die Weichen für die Zuger Mittelschulen entscheidend gestellt worden. Mit der Richtplananpassung wurde die Basis für zwei Kantonsratsbeschlüsse gelegt, welche zu einem Um- und Neubau des Kantonalen Gymnasiums Menzingen (Bauphase 2015 bis 2018) sowie zum Bau von Provisorien und zweier Sporthallen an der Kantonschule Zug (Bezug per Beginn des Schuljahres 2015/16) führen sollen. Überdies ist nun Cham als weiterer Mittelschulstandort definiert.

Neues Übertrittsverfahren

Per Schuljahr 2013/14 ist der Übertritt von den Sekundarschulen an die kantonalen Mittelschulen neu gestaltet worden: Im kommenden Frühling treten Sekundarschülerinnen und -schüler erstmals prüfungsfrei, auf der Basis einer Empfehlung ihrer Klassenlehrpersonen, in die Mittelschulen ein. Die Massnahme steht im Kontext der Verlagerungsstrategie, mit welcher die Bildungsdirektion das Ziel verfolgt, den schulischen Weg über die Sekundarschule zu stärken.

Gemeinsame IT-Konzepte

Die kantonalen Schulen haben sich auf mehrere IT-Projekte geeinigt, welche in der Zukunft zu mehr Koordination und Kooperation im IT-Bereich zwischen den einzelnen Schulen führen werden. Nach der Genehmigung der Umsetzungsplanung durch den Regierungsrat steht im kommenden Jahr die Ausarbeitung der Konzepte (z. B. in den Bereichen Umsetzung Datenschutzrichtlinien und gemeinsame Internetnutzung) an.

Erfolgreicher Start der PH Zug

Per 1. August ist die PH Zug (www.phzg.ch), als Nachfolgeinstitution der PHZ Zug, erfolgreich in eine neue Ära gestartet. Nach einem intensiven Change-Prozess, welcher die Erarbeitung neuer Rechtsgrundlagen sowie die Integration der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PHZ Zug ins kantonale Personalrecht bedingte, beginnen sich die neu aufgebauten Strukturen zu festigen. Dazu gehört auch die Etablierung des Hochschulrats der PH Zug, welcher im Sommer seine Arbeit aufgenommen hat und sich nun intensiv mit strategischen Fragen rund um die Zukunft der Hochschule auseinandersetzt.

Förderung der Elternbildung

2013 ist die Pilotphase für die Koordinationsstelle Elternbildung (www.elternbildungzug.ch) zu Ende gegangen. Die Stelle, welche Anbieterinnen und Anbieter im Bereich der Elternbildung koordiniert, vernetzt und beratend unterstützt, ist im Hinblick auf das Ende der Pilotphase evaluiert worden. Die Ergebnisse erweisen sich als sehr erfreulich, weshalb der Regierungsrat eine Fortsetzung der Unterstützung in den nächsten drei Jahren beschlossen hat. In dieser Phase wird die Frage nach einer definitiven Führung der Koordinationsstelle zu klären sein.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Mittelschulen ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen sowie für deren Qualitätsaufsicht. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung, koordiniert die Aufgaben zwischen der Pädagogischen Hochschule Zug und der kantonalen Verwaltung und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen			
1	Ausbildungsqualität sicherstellen	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten Die Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen liegt bei mindestens 95 %	<input checked="" type="radio"/>
4	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	<input checked="" type="radio"/>
5	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Rektor/innen Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	<input checked="" type="radio"/>
6	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug (Broschüren der Schulen, DVD, Broschüre zur Aufnahmeprüfung, Inserate)	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen	<input checked="" type="radio"/>
A	Kantonale Schulraumplanung Mittelschulen	1. Hälfte 2013: Planungsarbeiten voraussichtlich Mitte 2013: Standort-Entscheid kantonale Mittelschulen durch KR 2. Hälfte 2013: Planungs-/Realisierungsarbeiten	<input checked="" type="radio"/> Weiterführung Planungsarbeiten Kantonschule Zug erst nach KRB zu Provisorien und Sporthallen im Jahr 2014
Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung			
7	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Vorgaben zu 100 % eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
8	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Weiterbildung	Organisation von 2 Netzwerktreffen Programm zur Elternbildung im Kanton	<input checked="" type="radio"/> Nur ein Netzwerktreffen

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug			
9	Aufsicht/Controlling (ab 1. August 2013)	Standards zum Qualitätsmanagement-Konzept erfüllt	QM-Konzept aufgrund Change-Prozess sowie Entwicklungen in Bezug auf Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) in Überarbeitung. Aussagen zur Qualitätssicherung sind aktuell in einzelnen Leistungsbereichen möglich
B	Neuausrichtung der PHZ aufgrund Auflösung des Konkordats per 1. August 2013	1. Quartal 2013: Beratung PH-Gesetz in Kantonsrat Abschluss der Projektarbeiten per 31. Juli Start PH Zug als eigenständige öffentl.-rechtl. Anstalt per 1. August	
Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen			
10	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die Vorgaben zur Klassengröße (Zielsetzung 2) sind im Durchschnitt über alle Mittelschulen hinweg erreicht.

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Franken	298'134	315'000	260'000
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl	105	108	105
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl	1'906	2'050	1'916

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

In der Allgemeinen Weiterbildung wurden nur wenige Gesuche eingereicht. Damit liegt der Aufwand im Bereich der Projektbeiträge deutlich tiefer als budgetiert. Bei der Budgetierung der Schüler/innen-Zahlen 2013 wurde bei den erwarteten Klassen (108 Kl.) mit einer durchschnittlichen Klassengröße von 19 Schülerinnen und Schülern gerechnet. – In der Rechnung werden die effektiven Schüler/innen-Zahlen ausgewiesen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-869'813.55	-4'341'450	-4'034'546.74	306'903.26	-7.1
Total Ertrag	12'229.35	15'000	7'721.65	-7'278.35	-48.5
Saldo	-857'584.20	-4'326'450	-4'026'825.09	299'624.91	-6.9

Kommentar Rechnung

Der gegenüber dem Budget tiefere Rechnungsaufwand ist hauptsächlich wie folgt begründet: 0.4 Personaleinheiten vakant; tieferer Aufwand für Entschädigung Hochschulrat sowie für Dienstleistungen Dritter (u. a. fallen Kosten für Überarbeitung DVD zu Bildungswegen sowie Strategieerarbeitung der Mittelschulen schwergewichtig erst 2014 an); weniger Gesuche für Projektbeiträge im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung und für Beiträge Fremdsprachenaufenthalt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1730.0001 Beitrag Übernahme betr. Infrastruktur PH Zug					
Ausgaben		-500'000	-42'023.49	457'976.51	-91.6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-500'000	-42'023.49	457'976.51	-91.6
Einnahmen					
	Saldo	-500'000	-42'023.49	457'976.51	-91.6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Bewertung der Sachanlagen per 31. Dezember 2012 der PHZ Zug hat nicht der Anlagerichtlinie des Konkordats über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 3. Dezember 2007, angepasst 3. November 2008, entsprochen. Bei Anwendung der Anlagerichtlinien PHZ verringert sich der Buchwert der Mobilien per 31. Dezember 2012 auf 42'023.50 Franken. Durch diese Bewertungsanpassung entstehen höhere Kosten in der Erfolgsrechnung der PHZ Zug per 31. Juli 2013 in Umfang von 401'224.15 Franken. Um diesen Betrag erhöht sich der Kantonsbeitrag, welcher an die PH Zug ausgerichtet wird, und verringert sich gleichzeitig der budgetierte Investitionsbeitrag an die PH Zug.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Kantonsschule Zug (KSZ) präsentiert sich in ihrem 152. Bestehensjahr als sehr grosse, attraktive, im Kanton solide verankerte Schule mit hohen Qualitätsansprüchen und breiter Ausstrahlung, die sich als Organisation aber an der obersten Grenze des Wachstums befindet. 2013 wurden die in schulinternen Strategiekonferenzen bezeichneten und in den Mehrjahreszielen aufgeführten Ziele zu den unten stehenden Bereichen umgesetzt. Die grossen strukturellen und pädagogischen Handlungsfelder «Zeitorganisation an der KSZ», «Beurteilungskultur» und «Lernförderliches Klima» wurden je von Schulentwicklungsgruppen und vom Kollegium bearbeitet. Die Prozesse rund um das Handlungsfeld «Qualität im Unterricht» wurden von der Schulleitung initiiert und gesteuert, die Arbeiten im Bereich «Wachstum und Schulraumplanung» fanden mit der Provisorienplanung ihre Fortsetzung.

Schulentwicklung

Die Rekrutierungs- und Wahlprozesse zur neuen Schulleitungsstruktur wurden definiert und umgesetzt, die Stellen intern ausgeschrieben, die Nachfolgewahl für den Rektor Gymnasium Mittelstufe durchgeführt.

Das Thema «Lernförderliches Unterrichtsklima» wurde anlässlich der Herbstkonferenz unter Einbezug der Schülerschaft bearbeitet. Der daraus folgende Bericht legt Rechenschaft über die im schulinternen Qualitätsleitbild beschriebenen Ansprüche zum Thema Lernförderliches Unterrichtsklima ab. Der Prozess zur Beurteilungskultur wurde zum Abschluss vorbereitet, die Integration in den schulischen Alltag geplant und umgesetzt. Im Zusammenhang mit dem Projekt «Promotionsordnung Zuger Gymnasien» wirkte die KSZ in der kantonalen Arbeitsgruppe mit und informierte die Lehrerschaft regelmässig über den Stand der Arbeiten und die Möglichkeiten zur Mitwirkung.

Unterrichtsentwicklung

Die externe Evaluation zu den Wahlbereichen der Unterstufenfächer wurde gemäss dem internen Evaluationskonzept der KSZ durchgeführt, die Ergebnisse zusammen mit den betroffenen Fachschaften diskutiert, Handlungsfelder festgelegt und Massnahmen abgeleitet. Das Angebot im Bereich des Immersionsunterricht wurde im Sinne einer Standortbestimmung in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen evaluiert. Schliesslich überprüften die Schulleitung und die Fachschaft Sport auf dem Hintergrund von Wachstum und Machbarkeit Ziele, Angebote und Ausgestaltung des Sporttags.

Personalentwicklung

Die Schulleitung entwickelte unter Berücksichtigung des kantonalen Rahmens in Absprache mit den Fachvorständen ein Konzept zur Personalplanung für die Jahre 2013–2016. Darüber hinaus erarbeitete die Schulleitung zusammen mit einer Begleitgruppe ein Konzept zur Laufbahn von Lehrpersonen an der KSZ (Laufbahnkonzept).

Für die Klassenlehrpersonen der Mittelstufe wurde unter der Leitung des zuständigen Rektors erstmals eine gemeinsame, stufenspezifische Weiterbildung durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit der Schülerorganisation und dem Stufenforum wird mit dem Projekt Schülerforum verstärkt, die Kommunikation mit der Schülerschaft mit einem spezifischen Newsletter optimiert.

Qualitätsentwicklung

Die Beauftragten für Qualitätsentwicklung bereiteten die Überarbeitung des Konzeptes Feedback KSZ vor, dies im Zusammenhang mit dem kantonalen Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II. Die Beauftragten für Qualitätsentwicklung planten und begleiteten zudem die schulinternen Evaluationen.

Die KSZ unternahm, ausgehend vom internen Qualitätsentwicklungs-Leitbild, erste Schritte zur Gestaltung eines externen Leitbildes.

Infrastruktur

Die Arbeitsgruppe ICT KSZ (Informations- und Kommunikationstechnologie) nimmt als pädagogisch-technisches Fachgremium und als Bindeglied zwischen Lehrerschaft, IT-Abteilung und kantonalen Ansprechpartnern ihre Arbeit auf und betreut die anfallenden Projekte.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht			
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 + 2 des QE erfüllt	<input checked="" type="radio"/>
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Angestrebter Zielwert: > 80 % bewerteten Schulklima als gut	<input checked="" type="radio"/>
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	Planung KSZ 2020 Planung Provisorien	<input checked="" type="radio"/> Der Planungsprozess der Provisorien ist noch nicht abgeschlossen
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung			
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten			
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Anzahl Ausleihen/Benutzende: 25 Wöchentliche Öffnungszeiten (Std.): 45 Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	<input checked="" type="radio"/>
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	> 80 % bewerteten Dienstleistungen als gut	<input checked="" type="radio"/>
A	Installation und Einführung von RFID (Selbstverbuchungstechnik mittels Radio-Frequenz-Identifikation) in der Mediothek	Sämtliche Medien werden mit einem RFID Tag ausgerüstet, eine vollständige Inventur wird gemacht und die Mediothek für die Selbstausleihe vorbereitet	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation			
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen. Jährlich aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Klassenzahl	Anzahl	85	min. 84, max. 86	83
Anzahl Schüler/innen	Anzahl	1'581	min. 1'600, max. 1'640	1'534
Anzahl Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	162,94	162,12	158,30

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Auf Beginn des Schuljahres traten erstmals 14 1. Klassen ein. Durch die Zusammenlegung von oberen Klassen reduzierte sich die Gesamtklassenzahl. Dadurch und wegen des Wahlverhaltens bei den Freifächern reduzierte sich auch die Anzahl Vollzeitstellen bei den Lehrpersonen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-39'220'085.16	-39'403'430	-38'819'057.97	584'372.03	-1.5
Total Ertrag	736'198.02	704'500	741'110.42	36'610.42	5.2
Saldo	-38'483'887.14	-38'698'930	-38'077'947.55	620'982.45	-1.6

Kommentar Rechnung

Der gegenüber dem Budget tiefere Aufwand ist durch mehrere Faktoren begründet (im Schuljahr 2013/14 eine Klasse weniger geführt [Klassenzusammenlegung]; neue Lehrpersonen tiefer eingestuft; weniger Freifachkurse; weniger externe Dienstleistungen [v. a. im Bereich Pflanzenpflege sowie Prozessbegleitungen], geringerer übriger Betriebsaufwand, v. a. im Bereich Theater sowie Zertifikatsprüfungen WMS).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Projekte und Bezeichnung						
DB1733.0003	Kantonsschule Luegeten: Sonderanschaffungen					
	Ausgaben	-104'501.95	-200'000	-24'393.75	175'606.25	-87.8
	Einnahmen					
IT1733.0003	Firewall					
	Ausgaben	-47'246.35				
	Einnahmen					
IT1733.0007	Aktualisierung Infrastruktur Clients					
	Ausgaben		-187'000	-104'366.16	82'633.84	-44.2
	Einnahmen					
IT1733.0008	Erneuerung Netzwerkverkabelung Trakt 6 + 7					
	Ausgaben		-50'000	-42'730.40	7'269.60	-14.5
	Einnahmen					
IT1733.0009	Aktualisierung zentrale Infrastruktur					
	Ausgaben		-165'000	-165'519.00	-519.00	0.3
	Einnahmen					
IT1733.0010	Selbstverbuchungsservice Bibliothek					
	Ausgaben		-125'000	-85'499.00	39'501.00	-31.6
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-151'748.30	-727'000	-422'508.31	304'491.69	-41.9
Einnahmen					
Saldo	-151'748.30	-727'000	-422'508.31	304'491.69	-41.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT1733.0007: Teilprojekt Drucker/Kopierer noch ausstehend, wird bis Ende 2. Quartal 2014 abgeschlossen

IT1733.0008: Trakt 7 noch ausstehend, wird bis Ende 3. Quartal 2014 abgeschlossen

IT1733.0009: Projekt abgeschlossen

IT1733.0010: Zweites RFID-Gate aufgrund baulicher Einschränkungen nicht machbar; Projekt abgeschlossen

Gesamtwürdigung

In Kürze

In drei zentralen Zielbereichen der Schulentwicklung am Kantonalen Gymnasium Menzingen (kgm) konnte 2013 kontinuierlich weitergearbeitet werden: Das 2012/13 erweiterte Angebot an Schwerpunktfächern wurde in den neuen 1. Klassen weitergeführt, der Anstieg der Anmeldezahlen wurde 2013/14 bestätigt und die Konzeptentwicklung für das Langzeitgymnasium, welches 2015/16 in Menzingen eingeführt wird, konnte wieder in Angriff genommen werden. Für die Weiterführung des vierten Zielbereichs, dem Neu- und Umbau des kgm, steht 2014 der entsprechende Kantonsratsbeschluss bevor.

Anmeldezahlen für die 1. Klassen

Die erfreuliche Trendwende bei den Anmeldezahlen, welche 2012/13 mit der Einführung der neuen Schwerpunktfächer einhergegangen war, bestätigte sich im Schuljahr 2013/14. Es konnten 65 neue Schülerinnen und Schüler in die drei neuen 1. Klassen eingeteilt werden. Zum Vergleich: In den Jahren 2009 bis 2011 traten 30 bis 40 Schülerinnen und Schüler ins kgm ein, im Schuljahr 2012/13 waren es 61 Schülerinnen und Schüler.

Konzeptentwicklung für das Langzeitgymnasium

Die 2012 wegen des baulichen Moratoriums unterbrochene Konzeptentwicklung für das Langzeitgymnasium, welches im Schuljahr 2015/16 zusätzlich zum Kurzzeitgymnasium in Menzingen eröffnet wird, wurde mit voller Kraft wieder in Angriff genommen. Das komplexe, insgesamt 19 Teilprojekte umfassende Schulentwicklungsprojekt – Stundentafel, Fachlehrpläne, Studienwochenkonzepte, Katalog der Ergänzungsfächer, Promotionsordnung, Öffentlichkeitsarbeit usw. – wird bis Sommer 2014 abgeschlossen sein.

Neu- und Umbauprojekt

Ausgehend von den Empfehlungen der Workshops zu den zukünftigen Mittelschulstandorten entschied der Regierungsrat anfangs Berichtsjahr, die Schultypen an ihren bisherigen Standorten Zug Lüssiweg (Langzeitgymnasium und Wirtschaftsmittelschule), Zug Hofstrasse (Fachmittelschule) und Menzingen (Kurzzeitgymnasium) zu belassen und das Angebot mit einem Langzeitgymnasium in Cham zu ergänzen. Menzingen wurde somit als Standort für ein Kurzzeitgymnasium bestätigt. Darüber hinaus wurde entschieden, in Menzingen ab 2015/16 ein Langzeitgymnasium mit voraussichtlich zwei Klassen pro Jahrgang einzuführen.

Ende Oktober 2013 folgte der Kantonsrat den Regierungsratsentscheiden und passte den Richtplan entsprechend an. Sollte der Kantonsrat anfangs 2014 den Objektkredit für den Landerwerb und die Realisierung von Neu- und Umbauten für das kgm beschliessen, kann das Neu- und Umbauprojekt umgesetzt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Kantonale Gymnasium kgm ist ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessendes Gymnasium mit musisch-neusprachlichem Profil. Das Bildungsziel des kgm ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht			
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	<input checked="" type="radio"/>
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Angestrebter Zielwert: > 80 % bewerteten Schulklima als gut	<input checked="" type="radio"/>
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	<input checked="" type="radio"/> Dank der Trendwende bei den Neuanmeldungen stieg die durchschnittliche Klassengrösse von 15.5 S./Klasse im Schuljahr 2012/13 auf 17.45 S./Klasse im Schuljahr 2013/14 an (Richtgrösse: 18 S./Klasse). Auch bei den Schwerpunktfächern wurde die Zielgrösse noch nicht ganz erreicht (8.48 statt 9 S./Kurs). Die andern Richtgrössen wurden erreicht
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Erstmalige Umsetzung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht	<input checked="" type="radio"/>
L11b	Planung und Koordination Neubau kgm	Abschluss Provisorienplanung	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung			
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmen- und 7 des QE	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten			
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Anzahl Ausleihen/ausleihbarer Bestand: 1,5 Wöchentliche Öffnungszeit (Std.): 31	<input checked="" type="radio"/>
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	> 80 % bewerteten Dienstleistungen als gut	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation			
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen, jährliche aktualisierte Informationsmaterialien, laufende Aktualisierung der Homepage	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Klassenzahl	Anzahl	10	11	11
Schüler/innen	Anzahl	155	220	185
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	24,76	25,42	25,34

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Trendwende bei der Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen erfolgte mit der Einführung der neuen Schwerpunktfächer im Schuljahr 2012/13. Sie wurde mit 65 neu eintretenden 1.-Klässlern im Schuljahr 2013/14 bestätigt. Mit der Einführung des Langzeitgymnasiums wird das Wachstum der Schule zusätzlich verstärkt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'803'692.63	-7'953'600	-7'751'469.18	202'130.82	-2.5
Total Ertrag	108'104.80	94'400	69'766.20	-24'633.80	-26.1
Saldo	-7'695'587.83	-7'859'200	-7'681'702.98	177'497.02	-2.3

Kommentar Rechnung

Verschiedene Positionen sind tiefer als budgetiert ausgefallen (insbesondere wesentlich günstigere Durchführung der schulischen Spezialwochen; keine aufwendigen Reparaturen im Bereich Maschinen und Geräte; tiefere Beiträge an Musikschulen; Verzicht auf IT-Hardware-Beschaffung im Hinblick auf Um-/Neubau)

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1734.0095 Erneuerung der Informatikanlage					
Ausgaben	-68'418.40	-50'000	-47'352.95	2'647.05	-5.3
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-68'418.40	-50'000	-47'352.95	2'647.05	-5.3
Einnahmen					
Saldo	-68'418.40	-50'000	-47'352.95	2'647.05	-5.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fachmittelschule Kanton Zug (FMS) ging 2013 eine Reihe von organisationalen Entwicklungsschritten systematisch an und reagierte pragmatisch auf unvorhersehbare Herausforderungen bei der Standortplanung. Die personellen Veränderungen bei Prorektorat und Betriebsmanagement konnten optimal bewerkstelligt werden. Das EDK-Anerkennungsverfahren (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) für die Fachmaturität Gesundheit ist auf Kurs, die Visitationen der Schulkommission und des Bildungsdirektors verliefen erfolgreich. Bei der Reorganisation des IT-Supports und der Optimierung der Schuljahreszeitstruktur konnten die gesteckten Ziele erreicht werden. Der Entscheid der Regierung und des Kantonsrats zur Mittelschul-Standortplanung schuf eine neue Herausforderung, die mit einer revidierten Planung und pragmatischen Einzelprojekten angegangen wird.

Personelle Entwicklung Schulleitung und Betriebsmanagement

Der neue Rektor konnte per Ende Juli sein erstes Amtsjahr erfolgreich abschliessen. Der amtierende Prorektor kündigte per Ende Juli 2014 nach langjähriger Tätigkeit seinen Rücktritt an. Die Nachfolgeregelung wurde von der Leitung des Amts für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule und dem Rektor frühzeitig angegangen und mit einer innovativen Jobsharing-Option ausgestaltet. Das Rekrutierungsverfahren konnte im November mit der Anstellung eines neuen Prorektors (intern) und einer neuen Prorektorin (extern) abgeschlossen werden. Per April nahm die neue Leitung Betriebsmanagement ihre Arbeit auf. Gemeinsam mit der Leitung Administration verantwortet sie die Zentralen Dienste.

Fachmaturität Gesundheit im EDK-Anerkennungsverfahren

Die Fachmaturität Gesundheit setzt als neues Ausbildungsmodell mit zwei Subvarianten Schwerpunkte in Mathematik/Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Basiskompetenzen Gesundheitsberufe und Praktika. Neben einer guten Allgemeinbildung werden berufsfeldspezifische Kompetenzen in Theorie und Praxis vermittelt. Das Anerkennungsverfahren des neuen Lehrgangs wurde im Mai mit der Einreichung des umfangreichen Dossiers bei der EDK eröffnet. Der Abschluss des Verfahrens steht per Ende 2014 in Aussicht.

Besuche der Schulkommission der Mittelschulen im Kanton Zug und des Bildungsdirektors

Als erste der Zuger Mittelschulen wurde die FMS im September von der neuen Schulkommission im Rahmen einer halbtägigen Visitation besucht, an die sich eine gute Woche später ein Halbtag mit Unterrichtsbesuchen des Bildungsdirektors anschloss. Die beiden Besuchsanlässe boten ein dichtes Programm mit Lektionsbesuchen, Gesprächsmöglichkeiten mit Lehrerschaft, Schülerschaft und Leitung sowie Projektpräsentationen. Die Begegnungen waren beiderseits von Interesse und Wertschätzung geprägt.

IT-Support in Kooperation mit S-B-A, externer Firma und interner Support-Technikerin

Die bewährte Zusammenarbeit im Bereich IT-Support mit dem Schulischen Brückenangebot (S-B-A) sowie einer externen Partnerfirma konnte weiterentwickelt und durch die Neuanstellung einer internen Support-Technikerin optimal ergänzt werden. Dabei wurden moderate Kosten einsparungen vorgenommen.

Optimierung der Schuljahreszeitstruktur

Neben Regelunterricht findet an der FMS auch Unterricht in Spezialgefassen statt. Im Laufe der Jahre hat sich eine ganze Reihe von Sonderwochen, Praktika, Spezialtagen und Phasen mit Epochenunterricht entwickelt. Dabei zeigte sich in zunehmendem Masse, dass Regelunterricht, Spezialgefässe und Erfordernisse der Stundenplanung und des Vermeidens von Unterrichtsausfällen in einem Spannungsverhältnis zueinander standen. Gestützt auf eine externe Evaluation des Epochenunterrichts durch die Pädagogische Hochschule (PH Zug) sowie auf interne Arbeitsprozesse im Lehrerkonvent wurde eine umfassende Optimierung der Schuljahreszeitstruktur realisiert. Durch zeitplanerische und konzeptionelle Anpassungen konnten eine deutliche Verbesserung der Stundenplanbarkeit und ein Abbau von Stundenausfällen erreicht werden, ohne die Vielfalt der Unterrichtskultur preisgeben zu müssen.

Revidierte Bauplanung Standort Hofstrasse

Regierungsrat und Kantonsrat haben sich dafür ausgesprochen, auf die vorgesehene Zusammenführung von FMS und WMS am Standort Hofstrasse zu verzichten und den geplanten Neubau nicht zu realisieren. Gleichzeitig wurde der Entscheid bekräftigt, am Schulstandort Hofstrasse für die FMS festzuhalten und die dringenden baulichen Erfordernisse der teilweise nicht mehr zeitgemässen Schulinfrastruktur in einer redimensionierten Planung anzugehen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Fachmittelschule schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulausweis, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht			
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	<input checked="" type="radio"/>
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Angestrebter Zielwert: > 80 % bewerten Schulklima als gut	<input checked="" type="radio"/>
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
L11c	Schulraumplanung Mittelschulen	Abschluss Standortbestimmung 2013	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung			
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmen- und 7 des QE	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten			
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	> 80 % bewerten Dienstleistungen als gut	<input type="radio"/> Evaluation erst zu einem späteren Zeitpunkt
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation			
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen. Aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Klassenzahl	Anzahl	11	11	11
Schüler/innen	Anzahl	187	199	197
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	22,13	24,13	22,30

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Da die Pensen von Monat zu Monat schwanken resp. teilweise auf Prognosen beruhen, ist es schwierig, eine exakte Lehrpersonen-Anzahl (Vollzeitstellen) zu ermitteln. Der angegebene Budget-Wert basiert auf prognostischen Annahmen des Personalamts.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'640'749.49	-5'404'000	-4'882'361.63	521'638.37	-9.7
Total Ertrag	571'583.55	459'800	449'288.70	-10'511.30	-2.3
Saldo	-4'069'165.94	-4'944'200	-4'433'072.93	511'127.07	-10.3

Kommentar Rechnung

Die Differenz zwischen Budget und tiefer ausgefallener Rechnung lässt sich dadurch erklären, dass ca. zwei Vollzeit-Lehrpersonenstellen weniger benötigt wurden als budgetiert (die Budgetwerte basieren teilweise auf Prognosen).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1736.0095 Teil-Ersatz Computer Schulen Athene					
Ausgaben	-171'756.50				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-171'756.50				
Einnahmen					
Saldo	-171'756.50				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Erbringung von wichtigen Dienstleistungen und die Erarbeitung von vielfältigen Produkten prägten das Berichtsjahr. Der Support der gemeindlichen Schulen wurde dabei immer bedeutungsvoller. Die Projekte «Neugestaltung des 9. Schuljahres» und «Lehrplan 21» nahmen einen grossen Stellenwert ein.

Neue Verfahren in den Bereichen Promotion und Übertritte

Die von der kantonalen Schulaufsicht geleiteten Projekte im Zusammenhang mit den umfassenden Änderungen am Promotions- und Übertrittsreglement konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Ab Schuljahr 2013/14 wird u. a. ein neues Übertrittsverfahren von den Sekundarschulen in die kantonalen Mittelschulen bzw. lehrbegleitenden Berufsmaturitätsschulen gelten und es werden neu auch Zeugnisnoten ab der 2. Primarklasse erteilt.

Support der gemeindlichen und privaten Schulen

Mit diversen Produkten unterstützte die Schulaufsicht die Prozesse in den gemeindlichen und privaten Schulen bei der Umsetzung von kantonalen Vorgaben. Nebst den Elternbriefen, Info-Bulletins, Powerpoint-Präsentationen und Schulungsangeboten wurde eine Internet-Plattform erarbeitet, welche die nötigen Informationen für die Erstellung der zugerischen Zeugnisse auf der Primarstufe und Sekundarstufe I beinhaltet.

Richtlinien Besondere Förderung

Die kantonale Schulentwicklung erarbeitete für alle Lehrpersonen Richtlinien für die besondere Förderung und eine Orientierungshilfe für die gemeindlichen Schulen zur Umsetzung der integrativen Förderung.

Lehrplan 21

Die Konsultation zum Lehrplan 21 wurde durch die Schulentwicklung vorbereitet und ausgewertet. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren ähnlich wie jene der umliegenden Kantone: Der Lehrplan 21 erfuhr grundsätzlich breite Zustimmung. Vorbehalte wurden in den Bereichen Umfang und Struktur der überfachlichen Themen angebracht.

Neugestaltung 9. Schuljahr

Die Schulentwicklung hat das Konzept zur Neugestaltung des 9. Schuljahres überarbeitet. Dabei wurden Standards formuliert, welche von den Schulen im Rahmen der Umsetzung erfüllt werden müssen. Die strategischen Entscheide zur Umsetzung der Neugestaltung des 9. Schuljahres werden im Sommer 2014 gefällt. Die Umsetzung ist für die Schuljahre 2015/16–2020/21 vorgesehen.

Schwerpunkt Beratungstätigkeit

Die Abklärungs- und Beratungstätigkeit des Schulpsychologischen Dienstes in den allgemeinbildenden Schulen (Gymnasien, Wirtschafts- und Fachmittelschule) und den berufsbildenden Schulen (Berufsschulen, Brückenangebote, Einstieg in die Berufswelt) hat an Bedeutung gewonnen. Die Anmeldungen erfolgten mehrheitlich über das Amt für Berufsbildung, das Bildungsnetz Zug (inkl. dem Case Management Berufsbildung) und die Brückenangebote.

In der obligatorischen Schule bilden die beiden Arbeitsfelder Abklärung und Beratung im Hinblick auf Sonderschulmassnahmen sowie Abklärung und Beratung im Bereich der besonderen Förderung vor Ort die beiden zentralen Tätigkeitsfelder.

Neue Konzepte in der Externen Schulevaluation

Die Externe Schulevaluation startet im 2014 den zweiten Zyklus (2014–2018) in der Evaluation der gemeindlichen und privaten Schulen. Dazu wurde das geltende Konzept überarbeitet. Ebenfalls für den zweiten Zyklus wurde ein Referenzrahmen für die Unterrichts- und Schulqualität entwickelt, welcher die Grundlage für künftige interne wie auch externe Evaluationen bildet.

Grosser Stellenwert der sonderpädagogischen Massnahmen

Im Bereich der Sonderpädagogik wurden 131 Finanzierungsanträge und 234 Mitfinanzierungsanträge geprüft und positive Entscheide gefällt. Die Anzahl der Massnahmen ist somit konstant geblieben. Anlässlich der jährlichen Controllinggespräche mit den Zuger Anbietern von Sonderschulung wurde die Einhaltung der Standards bezüglich Qualität und Finanzen geprüft und das aktuelle Angebot und der zu erwartende Bedarf an Sonderschulplätzen ermittelt.

Dienstleistungen des Didaktischen Zentrums

Die Dienstleistungen im Didaktischen Zentrum bewegten sich auf unverändert hohem Niveau. Die Ausleihzahlen sind leicht gesunken. Im Geschäftsjahr wurden alle Videokassetten entsorgt. Ein Schwerpunkt des Medienerwerbs waren neue DVD-Videos.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt fördert die Entwicklung und Koordination im Schulwesen, plant und koordiniert die Qualitätsentwicklung im Rahmen der obligatorischen Schulzeit, führt die kantonalen Schulentwicklungsprojekte, ist zuständig für die externe Evaluation der Schulen, unterstützt und berät die gemeindlichen Schulen, beschliesst die Lehrmittel und stellt diese bereit, kann befristete Lehrbewilligungen erteilen und prüft die Umsetzung der Schulgesetzgebung. Es bietet schulpsychologische Abklärung und Beratung für Schülerinnen und Schüler sowie für Lernende auf der Sekundarstufe II an. Es führt eine Dokumentations-/Verleihstelle für schulische Medien und koordiniert die Erhebungen der Bildungsstatistik für die obligatorische Schulzeit.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung			
1	Bei der Partizipation nehmen die Fachgruppen ihre Aufgaben gemäss Aufgabenbeschreibung wahr und werden im Sinne von Qualitätssicherung begleitet	Die Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele	<input checked="" type="radio"/>
C	Die Sekundarstufe I ist attraktiv und leistungsstark strukturiert, damit die Schülerinnen und Schüler optimal gefördert und angemessen auf die Sekundarstufe II vorbereitet sind	Die Vorarbeiten zur Umsetzung des Pilot Neugestaltung 9. Schuljahr sind fertiggestellt. Die strategischen Entscheide sind gefällt. Gesetzliche Anpassungen sind initiiert	<input type="radio"/> Konzept wurde gemäss Beschluss des Bildungsrats vom März 2013 überarbeitet und Standards formuliert. Die strategischen Entscheide fallen 2014
E	Im Sinne der Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule sind die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Anpassung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und Schulleitungen geprüft und entsprechend umgesetzt	Expertise mit Lehrpersonen und Schulleitungsbefragung sowie Arbeitszeiterhebung bei allen Lehrpersonen-Berufsgruppen liegen vor	<input type="radio"/> Die Anpassung des Lehrpersonalgesetzes wurde vorrangig bearbeitet. Expertise mit Lehrpersonen und Schulleitungsbefragung folgen 2014
F	Aufgrund der angenommenen Noteninitiative vom März 2011 werden ab Schuljahr 2013/14 ab der 2. Primarklasse Noten erteilt	Die gesetzlichen Grundlagen und die Zeugnisformulare sind bis Ende Schuljahr 2012/13 angepasst	<input checked="" type="radio"/>
G	Der Lehrplan 21 dient als Lehrplan der Deutschschweiz über die ganze obligatorische Schulzeit und legt fest, was die Schülerinnen und Schüler wissen und können müssen	Rückmeldungen der kantonalen Fachgruppen sind für die Entwicklung berücksichtigt, Bedürfnisse des Kantons Zug integriert, Weiterbildungsangebote für kompetenzorientiertem Unterricht initiiert und Informationsveranstaltungen sind durchgeführt	<input type="radio"/> Informationsveranstaltungen werden ab 2014 durchgeführt
H	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen- Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Weiterbildungen für Schulleitungen, Unterrichtsteamleitungen und Fachgruppenleitungen sind angeboten	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht			
2	Schulaufsicht hält sich bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen an definierte Grundsätze	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
3	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule innerhalb von 6 Wochen, erste Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	●
4	Schulaufsicht leitet das Übertrittsverfahren transparent und begleitet die Lehrpersonen unterstützend. Die Entscheide der Übertrittskommission erfahren eine hohe Akzeptanz	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert, neuen Lehrpersonen wird ein Weiterbildungskurs angeboten, keine gutgeheissenen Beschwerden wegen Verfahrensmängeln	●
J	Das Übertrittsverfahren von der Sekundarschule in die angrenzenden Maturitätsschulen ist dem Übertrittsverfahren der Primarstufe angepasst worden	Das neue Verfahren ist entwickelt und wird vernehmlassst. Die Vernehmlassung ist ausgewertet. Die neuen gesetzlichen Grundlagen liegen dem Bildungsrat zum Beschluss vor. Unterstützende Instrumente (Elterninformationsbroschüre usw.) liegen vor	●
K	Das Promotionsreglement ist den Entwicklungen (Noteninitiative, Übertrittsverfahren) angepasst und überarbeitet	Die 5 Teilprojekte sind koordiniert und konsolidiert. Das überarbeitete Promotionsreglement wird vernehmlassst. Die Vernehmlassung wird ausgewertet. Die gesetzlichen Änderungen werden dem Bildungsrat vorgelegt	●
Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst			
5	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	78 % der geleisteten Arbeitszeit	●
6	Die Anmeldungen so rasch als möglich bearbeitet	1. Kontakt innerhalb von 3 Wochen	●
7	Anträge für laufbahnbestimmende und verstärkte Massnahmen sind termingerecht gestellt	Versand der Anträge bis Ende Juni	● Einzelne Verzögerungen durch verspätete Anmeldungen
Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation			
8	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	●
9	Evaluation gemeindlicher Schulen	Verfahren für den 2. Durchgang (inkl. Führungsebene) ist erstellt. Pilotprojekt mit Schule für 2014 vereinbart	●
M	Evaluation von Sonderschulen und von Privatschulen	Verfahren Evaluation Privatschulen bzw. Sonderschulen sind entwickelt	● Verfahren Privatschulen entwickelt, Konzept Evaluation Sonderschulen im Jahr 2014 vorgesehen
Leistungsgruppe 5: Lehrmittelzentrale und didaktisches Zentrum			
10	Lehrmittel werden rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	●
11	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler maximal 120 Franken	●
12	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmedien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Bestandespflege: mindestens 2000 ältere Medien ausscheiden und durch neue, aktuelle ersetzen	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
13	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich der Ausleihe sowie Beratung und Einführung der Benutzerinnen und Benutzer	Mindestens 31'000 Ausleihen	
Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik			
14	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept	
15	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen 2012–14 und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept	
16	Anerkennung der Sonderschulen als Privatschulen und Aufsicht	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	Die zur Anerkennung notwendigen Rahmenkonzepte der Einrichtungen liegen noch nicht vor
N	Erarbeitung der Richtlinien Integrative Sonderschulung (IS) für alle Behinderungen	Umsetzung der Richtlinien	
O	Richtlinien «Besondere Förderung» implementieren	Umsetzung der Richtlinien	
Leistungsgruppe 7: Beitragswesen			
17	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Normpauschalen und Jahreswochenstunden-Pauschalen	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstage nach Vorliegen der Rechnung	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Schüler/innen obligatorische Schulzeit	Anzahl	10'931	11'000	10'975
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl	823	810	801
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote	2,63 %	2,85 %	2,84 %
Fälle am Schulpsychologischen Dienst	Anzahl		900	765

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-117'806'301.69	-116'753'200	-118'833'057.82	-2'079'857.82	1.8
Total Ertrag	15'129'303.90	14'425'900	16'382'575.25	1'956'675.25	13.6
Saldo	-102'676'997.79	-102'327'300	-102'450'482.57	-123'182.57	0.1

Kommentar Rechnung

Infolge Zunahme der Sonderschüler und komplexeren Fällen mit sozialen Indikationen fiel der Aufwand für Sonderschulung rund 4 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Verschiedene andere Budgetposten wurden leicht unterschritten. Durch die Weiterverrechnung der Sonderschulkosten an die Gemeinden ist der Ertrag rund 2 Mio. Franken über Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1740.0001	Invest. Beitrag an Gde für Schulneu- und Umbauten					
	Ausgaben	-2'046'580.85				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-2'046'580.85				
	Einnahmen					
	Saldo	-2'046'580.85				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeitsbelastung im vergangenen Jahr war sehr hoch. Einerseits wurden hundert Einzelberatungen mehr als 2012 durchgeführt. Andererseits waren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine Reihe von Projekten eingebunden: Kampagne My Top Job, Integration der Stipendienstelle, Neustrukturierung der Weiterbildungsunterlagen in der Infothek, Zunahme der Laufbahnseminare. Doch positive Rückmeldungen von Seiten der Ratsuchenden, der Lehrpersonen an den Berufsfachschulen oder auch von Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft bestärken uns in unserer Arbeit.

Berufs- und Studienwahlvorbereitung, Laufbahnplanung

Die klassenweise Vorbereitung auf die Berufs- oder Studienwahl hat sich im Kanton auf einem hohen Niveau etabliert und bewährt. Trotzdem ergeben sich immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten wie der neu eingeführte Newsletter für Eltern, welche Jugendliche im Berufswahlalter haben, oder die Unterstützung der Lehrpersonen durch Ausbildnerinnen und Ausbildner bzw. Unternehmerinnen und Unternehmer, welche bei Rent-a-Boss mitwirken.

Neu sind die Laufbahnseminare in der Kaufmännischen Berufsschule hinzugekommen, in welchen die Lernenden gegen Ende der Beruflichen Grundbildung (Lehre) erfahren, welche vielfältigen Möglichkeiten das Schweizer Bildungssystem ihnen nach dem Abschluss bietet. Zudem erhalten sie Unterstützung bei der Recherche eigener Ideen und Auskünfte von Fachleuten bei Fragen. Ein Angebot, das aus unserer Sicht dem Fachkräftemangel entgegenwirkt.

Spezifische Angebote und Projekte für Zugezogene aus dem Ausland

Die Zahl der Einzelberatungen ist trotz guter Konjunktur und hohem Lehrstellenangebot gestiegen. Auch suchten vermehrt ausländische Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons die Beratungsstelle auf (22 Prozent oder 417 von 1889 Personen). Etwa neunzig dieser Beratungen wurden auf Englisch geführt, weitere mit Hilfe von Übersetzenden aus dem Verwandtenkreis.

Zudem fanden auch wieder Anlässe in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration statt, um Ausländerinnen und Ausländern die Eigenheiten des Schweizer Bildungssystems zu erläutern.

Neustrukturierung Infothek abgeschlossen

Mit der Neugestaltung der für den Kanton Zug aufbereiteten Informationen zu Berufsausbildungen, berufspraktischen Weiterbildungen, Lehrgängen an höheren Fachschulen und Fachhochschulen sowie einer spezifischen Zusammenstellung für Kurse, Kurz- und Teilzeitausbildungen pro Berufsfeld bietet die Infothek optimales Weiterbildungswissen. Mit der räumlichen Umstellung der Regale wurde ein sehr umfassendes Projekt zur Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit abgeschlossen.

Qualitätssicherung 2013: Befragung der Ausbildungsbetriebe zum Service des BIZ beim Lehrstellennachweis LENA

Seit vielen Jahren bewirtschaftet das BIZ die offenen Lehrstellen im Kanton Zug. Die Meldungen der Betriebe werden dabei systematisch erhoben und im Internet unter LENAZUG.CH veröffentlicht, bzw. mutiert. Wir wollten wissen, ob die Betriebe mit unserem Service zufrieden sind, ob sie die neuen Möglichkeiten zur Selbstmutation nutzen und wie wichtig der LENA für sie ist, um ihre Lehrstellen zu besetzen.

Von den ca. 1100 angeschriebenen Betrieben antworteten 386 (35 Prozent). Auf einer fünfstufigen Skala meldeten rund 80 Prozent der Betriebe, dass der Support durch das BIZ gut oder sehr gut sei, 3 Prozent waren nicht zufrieden. Nur ein Drittel der Antwortenden nutzt das Tool, um selber Lehrstellen zu veröffentlichen, bzw. zu ändern. Die anderen kennen es und es ist ihnen zu umständlich oder sie kennen es gar nicht. 70 Prozent gaben auch an, dass für sie LENA wichtig sei zur Besetzung der Lehrstelle. Aber gerade grössere Betriebe aus dem Dienstleistungsbereich meldeten auch, dass sie bereits im Juni oder Juli ihre Ausbildungsplätze ausschreiben und die Aufschaltung des LENA nach den Sommerferien für sie zu spät sei.

Eine umfassende Evaluation der Ergebnisse der Umfrage mit eventuellen Konsequenzen wird im ersten Halbjahr 2014 stattfinden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	Einsatz von Social Media für das BlZ Zug ist geprüft und Konzept für das weitere Vorgehen erstellt	<input checked="" type="radio"/>
2	Das Amt für Berufsberatung vernetzt sich auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene	8 % der zeitlichen Ressourcen	<input checked="" type="radio"/>
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Dienstleistungen der Administration sind bei internen und externen Kunden evaluiert und Verbesserungen umgesetzt	<input checked="" type="radio"/>
A	Integration der Stipendienstelle ins Amt für Berufsberatung per 1. Januar 2014	Raum und Infrastruktur vorbereitet, neue Mitarbeitende Stipendienstelle selektiert und eingearbeitet, Integration in die bestehenden Team- und Sitzungsgefässer vollzogen, Archive geziigelt. Leistungen der Stipendienstelle werden während der Übergangszeit auftragsgemäß erbracht	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Berufswahl, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung			
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BlZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten. Alle Schüler/innen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner	<input checked="" type="radio"/>
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmäßig erfasst und intensiv begleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut. Statistik fristgerecht weitergeleitet	<input checked="" type="radio"/>
7	Mittelschülerinnen und Mittelschüler befähigen, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt	<input checked="" type="radio"/>
8	Berufslernende befähigen, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	18 Workshops haben im GIBZ stattgefunden und sind evaluiert. Für das KBZ sind angepasste Formen für die Laufbahnseminare entwickelt und angewandt	<input checked="" type="radio"/>
9	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell». 2 Weiterbildungsveranstaltungen. Organisation «Rent a Stift»	<input checked="" type="radio"/>
L18	Aktion: Geschlechtsspezifische Stereotype in Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Kampagne läuft, Pilot durchgeführt, mindestens 40 Klassen haben am Theater teilgenommen	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen			
10	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand. Eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	●
11	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Berufswahlordner jährlich aktualisiert Der Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert Neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	●
12	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	Das BIZ Zug organisiert/koordiniert 120 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	●
13	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	●
C	Anpassung der Infothek an veränderte Bildungslandschaft und Kundenbedürfnisse	Erweiterung der Dokumentation um alle FH Studiengänge abgeschlossen Neugestaltung der Ordner nach Sek II, Tertiär A und Tertiär B ermöglicht den Kunden einen einfacheren Zugang zu den Informationen	●
Leistungsgruppe 3: Studien- und Laufbahnberatung			
14	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche 1950 Einzelberatungen	● Nicht ganz so hoch, wie 2012 geschätzt, doch mit 1'889 Fällen deutlich höher als 1'789 im Jahr 2012
15	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Das Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt Mindestens 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
2. Oberstufe	Klassen	70	55	68
3. Oberstufe	Schüler/innen	870	860	826
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Jugendliche	April 2012: 96	Im April ca. 100	146
Brückenangebote	Lernende	178 inkl. EiB	160	190
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschlussklassen	28	25	42*
Gymnasien	Klassen	20	15	20
Besuchende Infothek	Anzahl	9'500	8'000	9'500
Einzelberatungen	Anzahl	1'789	1'950	1'889

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
RAV Beratungen	Anzahl	163	150	178
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1'421	1'200	1'333
WAB Weiterbildungsangebote	Anzahl	891	900	699
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	260	300	291

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

* inkl. Laufbahnworkshop WMS

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'038'388.46	-2'118'900	-2'067'335.39	51'564.61	-2.4
Total Ertrag	93'004.45	98'000	110'852.70	12'852.70	13.1
Saldo	-1'945'384.01	-2'020'900	-1'956'482.69	64'417.31	-3.2

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1777.0001 Auszahlung Studiendarlehen					
DB1777.0002 Rückzahlung Studiendarlehen					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das erstmals durch das Amt für Sport organisierte polysportive Angebot für fünf- bis sechsjährige Kinder fand in der Pilotgemeinde Hünenberg grossen Anklang. Das Schnuppern in verschiedenen Sportarten soll diesen Schuleinsteigern den Eintritt in einen örtlichen Sportverein und den freiwilligen Schulsport ihrer Gemeinde ebnen. Ebenfalls zum ersten Mal veranstaltete das Amt die Zuger Sportnacht. National und international erfolgreiche Zugerinnen und Zuger genossen diese Würdigung ihrer hervorragenden Leistungen. Auch konnte an diesem Anlass die Auszeichnung «Zuger Sportler des Jahres» verliehen werden.

Wir bewegten

Um dem Bewegungsmangel bereits im Kindergartenalter entgegenzuwirken und potenziellen Sporttalenten früh eine breite Basis an Bewegungserfahrungen zu vermitteln, organisiert das Sportamt seit Herbst 2013 in der Pilotgemeinde Hünenberg polysportive Grundlagentrainings mit diversen sportartspezifischen Schnuppertrainings. Die Schulen Hünenberg stellten die notwendige Infrastruktur kostenlos zur Verfügung und informierten ihre fünf- bis sechsjährigen Schulkinder. Aufgrund der grossen Nachfrage wurde mit zwei Gruppen gestartet. Der Wunsch der Eltern nach Weiterführung des Pilotprojekts beziehungsweise Erweiterung des Angebotes wird geprüft.

Wir feierten und vernetzten

Am 23. November organisierte das Sportamt in Hünenberg die 1. Zuger Sportnacht. 90 Athletinnen und Athleten feierten im Beisein ehemaliger Olympiamedaillengewinner, jetziger EM-Gewinner, WM-Siegerinnen und Gian Gilli, Leiter der Schweizer Olympiatelegation in Sotschi. Mit der Zuger Sportnacht will der Regierungsrat diese hervorragenden Leistungen gebührend wertschätzen. Das Zusammentreffen von Top-athletinnen und -athleten aus verschiedenen Sportarten und Alterskategorien ermöglicht den Erfahrungsaustausch und die wichtige kantonsinterne Vernetzung. Aus acht Nominierungen wählte die kantonale Sportkommission das Beachvolley-Duo Nina Betschart und Nicole Eiholzer zu «Zugs Sportlerinnen 2013».

Wir unterstützten und bildeten aus

Die Mittel des Sport-Toto-Reservefonds ermöglichen der stetig wachsenden Anzahl der Gesuche gerecht zu werden. Zudem übernahmen bereits 82 Sportvereine die Commitments der vom Sportamt propagierten nationalen Präventionskampagne «Cool & Clean». In der Weiterbildung für Zuger Lehrpersonen stand der Aspekt Sicherheit im Zentrum: fünf Kurse BLS-AED (Reanimation) und Kindernotfälle wurden vom Amt für Sport organisiert. Mit den Besuchen von J+S Kursen in den Sportvereinen erfüllten die Mitarbeitenden des Sportamtes den Bundesauftrag des BASPO. Neben der Qualitätsförderung stand dabei v. a. die Wertschätzung der Freiwilligenarbeit im Vordergrund. Alle J+S Aus- und Weiterbildungskurse, die polysportiven Jugendlager in Tenero und die Angebote von Sport am Mittag wurden mittels Kundenumfrage evaluiert. Die hohe Kundenzufriedenheit zeigt, dass die Dienstleistungen des Sportamtes den Bedürfnissen der Zuger Bevölkerung entsprechen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Sport (AfS) fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polsportive Jugendsportlager durch.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Sicherstellen einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit bei Administration und Dienstleistungen des AfS	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback. Kritikpunkte werden aufgenommen, um eine Zufriedenheit über 80 % zu erreichen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)			
2	Organisation der J+S Kaderbildung gewährleisten	Umsetzen der Zuger Bedürfnisse, Leitung Kursplanung Z-CH	<input checked="" type="radio"/>
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote der Vereine und Schulen mittels Beratungsgesprächen	Mittels Angeboten werden > 10'000 Kinder und Jugendliche bewegt	<input checked="" type="radio"/>
4	Durchführung des polsportiven Lagers in Tenero stetig weiter entwickeln	Mittels Umfrage Angebot optimieren	<input checked="" type="radio"/>
5	Auf- und Ausbau der J+S-Kidskurse intensivieren, Qualitätssicherung aller J+S Kidsangebote sicherstellen	3 Kaderkurse organisieren, mindestens 10 Kursbesuche vor Ort	<input checked="" type="radio"/>
6	Angebote und Vorgaben des J+S Erwachsenensports ESA des BASPO bekannt machen	Zusammenarbeit mit 2 Institutionen prüfen und umsetzen	<input checked="" type="radio"/> Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Pro Senectute
Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport			
7	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften an Zuger Sportvereine übergeben	Konstante Teilnehmerzahl, Treffen mit Schulsportverantwortlichen der Gemeinden institutionalisieren	<input checked="" type="radio"/>
8	Nachhaltige Unterstützung der Zuger Nachwuchssportler/Nachwuchssportlerinnen (NWS)	90 % aller Zuger NWS mit Swiss Olympic Talent Cards regional, national, international sind kontaktiert und beraten	<input checked="" type="radio"/>
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Über 400 Teilnehmende, acht externe Partnerfirmen und 20 Sportangebote	<input checked="" type="radio"/>
A	Aufbau lokales Bewegungs- und Sportnetz (LBS)	Zusätzliche 2 Gemeinden beginnen aktiv mit dem Aufbau eines LBS gemäss Vorgaben des BASPO	<input type="radio"/> Zu wenig personelle Ressourcen seitens des Amtes für Sport, keine Priorität für die Gemeinden
B	Erarbeitung einer Nachfolgeregelung für Kunst & Sport-Klasse Cham auf Sek.-Stufe II	Erfolgreiche Umsetzung des Konzepts	<input type="radio"/> Sportkommission hat Grundlagepapier für Nachfolgeregelung erarbeitet, weitere Gespräche mit Kantonsschule Zug folgen 2014

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
C	Initiierung eines regelmässigen, polypsor- tiven Angebotes für 5–6 jährige Zuger Kinder	In mindestens 2 Zuger Gemeinden wird mit den lokalen Sportvereinen zusammen ein polypsoritives Ergänzungstraining koordiniert	●
D	Ehrung von erfolgreichen Zuger Sportle- rinnen und Sportler	RRB vom 18. September 2001 gemäss Auftrag des Bildungsdirektors anpassen	●

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen	
F	Aufgaben der neuen Sportkommission konkretisieren
G	Sport-Toto-Verordnung (BGS 417.16) überarbeiten
L32	Der gegenseitige Gebührenverzicht für die Nutzung von Sportinfrastrukturen von Stadt und Kanton Zug ist sichergestellt
L32	Der Kanton stellt seine Sportanlagen allen privaten, gemeinnützigen sportbetriebs- orientierten Trägerschaften mit Sitz im Kanton Zug kostenlos zur Verfügung

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Infolge personeller Vakanzen mussten einige Zielsetzungen auf 2014 verschoben werden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Ausbildete Sportleiter/innen	Personen	766	1'000	761
Betreute J+S Angebote	Kurse/10- bis 20-jährige Jugendliche	908/11'138	800/11'500	1'087/11'646
Betreute J+S-Kids Kurse	Kurse/5- bis 10-jährige Kinder	96/1'377	80/900	166/2'324
Firmsport am Mittag	Angebote pro Woche/Personen	22/550	20/450	23/570
Locales Bewegungs- und Sportnetz	Zuger Gemeinden	0	2	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 2013 wurden im Kanton Zug im Rahmen von J+S bedeutend mehr Kinder und Jugendliche bewegt als 2012. Dementsprechend konnte den Zuger Sportvereinen mehr J+S Bundesbeiträge überwiesen werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'840'973.61	-1'861'750	-1'900'872.39	-39'122.39	2.1
Total Ertrag	474'209.65	443'000	490'853.45	47'853.45	10.8
Saldo	-1'366'763.96	-1'418'750	-1'410'018.94	8'731.06	-0.6

Kommentar Rechnung

Mehrreinnahmen dank zusätzlicher Teilnehmende am Firmensportangebot «Sport am Mittag» und erhöhter Bundesbeiträge.
 Weniger Ausgaben aufgrund geringerer Anzahl Schülermeisterschaften und Zuger Nachwuchstalenten in Institutionen zur Koordination von Sport und Schule.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1780.0001 Onlinereservationssystem Sportinfrastruktur					
Ausgaben	-29'008.80				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-29'008.80				
Einnahmen					
Saldo	-29'008.80				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Weichen für eine gestärkte Zentralschweizer Filmförderung sind gestellt. Im Berichtsjahr wurden die Kulturinstitutionen im Kanton mit 3 810 000 Franken unterstützt. Mit dem Atelier Flex wurde ein neuartiges Reisestipendium für Künstlerinnen und Künstler geschaffen.

Zentralschweizer Filmförderung

Die sechs Zentralschweizer Kantone wollen die Filmförderung stärken. Die Grundlagen dazu sind in allen Kantonen gelegt, die Umsetzung erfolgt 2014.

Hofstrasse: Kulturwerkstatt im Theilerhaus, Zwischennutzung Shedhalle

Die Umsetzung der Kulturwerkstatt und die Planung zur Erweiterung des Kantonalen Museums für Urgeschichte(n) konnten wegen der Schulraumplanung nicht realisiert werden. Die kulturelle Zwischennutzung der Shedhalle mit Atelier und Veranstaltungsraum wurde zunächst bis Ende 2014 verlängert.

Kulturinstitutionen

Die Beiträge an den Burgbachkeller, die Chollerhalle und die Galvanik wurden für die kommenden vier Jahre in gleichbleibender Höhe verlängert. Eine Subventionserhöhung für die Jahre 2013/14 und 2015/16 wurden den beiden Tanzschulen Voice Steps und tdc dance company gewährt. Subventionen für den Betrieb 2013 erhielten zudem: Ballettschule Zug, Fischereimuseum, IG Kultur, Kinder- und Jugendtheater Zug, Kunsthaus Zug, Museum in der Burg Zug, Theater Casino Zug. Es wurden 400 000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

Tätigkeiten der Kulturrekommision

Die Kommission bearbeitete 230 Gesuche. Die ausgerichteten Beiträge zulasten des Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke beliefen sich auf insgesamt 2 250 000 Franken. Die Kulturausgaben zulasten der Laufenden Rechnung betrugen 6 840 000 Franken. Dreizehn Zuger Kunstschaaffende erhielten Förderbeiträge von insgesamt 152 000 Franken und vier Zuger Kunstschaaffende beziehen die Wohnateliers in Berlin und New York im Jahr 2015.

Neues Förderinstrument Atelier Flex

Durch das mit je maximal 20 000 Franken dotiertem Atelier Flex Stipendium können zwei Kunstschaaffende 2014 erstmals ein mit einer Reise oder einem Auslandaufenthalt verbundenes künstlerisches Projekt realisieren.

Kulturlastenausgleich

Der Leistungseinkauf für Zuger Besucherinnen und Besucher von Luzerner und Zürcher Kulturinstitutionen betrug 2 600 000 Franken.

Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

Erstmals wurden die bedeutendsten Münzfunde aus dem Kanton Zug in einer Gesamtschau präsentiert. Im Rahmen des Forschungsprojektes «Cham-Hagendorf» organisierte das Museum zusammen mit der Kantonsarchäologie eine internationale Tagung. Die Besucherzahlen erreichten mit 11 127 Einritten beinahe das Rekordjahr 2007 (11 364 Eintritte). 260 Schulklassen nutzten das didaktische Vermittlungsangebot des Museums.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Kulturförderung			
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Bestätigung über Erhalt innerhalb einer Woche	●
2	Termingerechte Abwicklung des Wettbewerbs Förderbeiträge und der Zuger Werkjahre/Ausrichtung des Zuger Anerkennungspreises	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	●
3	Wirtschaftliche Belegung und termin-gerechte Abwicklung der Ateliers	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	●
5	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	●
6	Kunstsammlungen der Verwaltung/Öffentlichkeit zugänglich machen	Mindestens zwei Leihtermine/Evaluation einer öffentlichen Ausstellung über die Ankäufe der letzten 10/20 Jahre	●
A	Richtlinien der visarte zu Kunst am Bau werden eingehalten	Mitwirkung bei der Planung Kunst am Bau. Theilerhaus sowie Amt für Verbraucherschutz (Neubau Steinhausen)	○ Theilerhaus: Konnte wegen der Schulraumplanung nicht realisiert werden. Amt für Verbraucherschutz: Ablehnung Kunst am Bau durch KR am 30. Januar 2014
Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen			
8	Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/LU/SZ/UR/AG	Sicherstellen der korrekten Abwicklung	●
B	Ausbau Filmförderung im Zentralschweizer Verband	Anpassung der Vergaberichtlinien	○ Weichen gestellt, definitive Ausgestaltung in Bearbeitung
C	Neukonzeption der Kulturvermittlung an Schulen	Entwicklung und Aufbau des Projektes/Start 2013/2014	○ Abgelehnt durch RR DBK
L22	Kulturwerkstatt Theilerhaus	Umsetzung Nutzungskonzept: Konkretisierung des Betriebskonzeptes und der Organisationsstruktur, Begleitung der Arbeiten auf baulicher Ebene	○ Konnte wegen der Schulraumplanung nicht realisiert werden
L10	Neubau Kunsthause Zug	Mitwirkung während Projektierungsphase: Teilnahme an den Sitzungen/Jury	○ Projektverzögerung
Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen			
9	Professionelle Bewirtschaftung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Jährliches Controlling, BBK Neuverhandlung Leistungsvereinbarung ab Frühjahr 2013	●
D	Umbau Burg Zug	Abschluss	●
E	Zwischennutzung Shedhalle	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)			
10	Regelmässige Durchführung Sonderausstellung/Planung Umbau/Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	Eine Sonderausstellung jährlich/Umbau/Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	<input checked="" type="radio"/>
F	Grabung Cham/Hagendorf	Veröffentlichung Publikation	<input checked="" type="radio"/>
G	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Koordination Museumsplaner/Planung Wiedereröffnung	<input type="radio"/> Konnte wegen der Schulraumplanung nicht realisiert werden

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Beitragsgesuche	Anzahl	228	200	230
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl	2	2	2
Preise und Auszeichnungen	Anzahl	1	1	13
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl	13	30	29
Besucher KMUZ	Anzahl	9'510	10'000	11'127
Anmeldungen Schulklassen KMUZ	Anzahl	240	230	260

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'151'268.63	-7'299'300	-6'935'291.29	364'008.71	-5.0
Total Ertrag	84'708.70	87'000	80'749.15	-6'250.85	-7.2
Saldo	-7'066'559.93	-7'212'300	-6'854'542.14	357'757.86	-5.0

Kommentar Rechnung

Konto Dienstleistungen Dritter 3130.10

- Es wurden keine grösseren Projekte mit Dritten realisiert und die Kosten für die Strategieerarbeitung Theilerhaus waren geringer als budgetiert.
 - Da der Schulhausneubau WMS/FMS nicht auf dem Areal Hofstrasse realisiert wird, wurde auch nicht mehr am Feinkonzept Museumsgestaltung gearbeitet (Sistierung).
- Konto Beiträge an Kantone und Konkordate 3631.10
- Im Berichtsjahr wurde eine neue Vereinbarung zum Kulturlastenausgleich unterzeichnet. Die neue Vereinbarung für die Jahre 2013–2015 beinhaltet geringe Beiträge des Kantons Zug an die Kantone Luzern und Zürich. Der geringere Gesamtbeitrag beläuft sich auf 208 655 Franken.

Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Minderung des Aufwands gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1790.0003 Beitrag Umbau Stadt- und Kantonsbibliothek					
Ausgaben	-205'360.70				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-205'360.70				
Einnahmen					
Saldo	-205'360.70				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
Keine Bemerkungen



Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
2000	Direktionssekretariat	-1'645'496.77	-1'859'850	-1'802'051.59	57'798.41	-3.1
2011	Amt für Berufsbildung	-15'576'979.21	-17'954'400	-16'252'277.75	1'702'122.25	-9.5
2012	Amt für Brückenangebote	-4'782'930.71	-4'897'800	-4'683'173.32	214'626.68	-4.4
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-18'405'839.57	-19'977'880	-19'168'271.98	809'608.02	-4.1
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'009'113.74	-1'986'150	-2'049'279.24	-63'129.24	3.2
2018	Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege	-33'125.40				
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-11'732'784.38	-12'302'500	-11'372'453.99	930'046.01	-7.6
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'264'782.92	-4'796'535	-4'651'830.54	144'704.84	-3.0
2031	Arbeitslosenkasse	2'019'257.63	-1'348'500	-1'212'922.60	135'577.40	-10.1
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-26'324'104.41	-30'243'320	-30'265'161.88	-21'841.88	0.1
2040	Sozialversicherungen	-28'696'539.77	-33'370'000	-31'243'091.98	2'126'908.02	-6.4
2050	Landwirtschaftsamt	-2'598'224.25	-3'066'900	-2'667'478.09	399'421.91	-13.0
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'105'846.45	-2'201'590	-2'743'295.30	-541'705.30	24.6
2070	Handelsregisteramt	2'444'220.89	2'905'030	2'382'569.09	-522'460.91	-18.0
2071	Konkursamt	-890'356.64	-951'330	-872'245.18	79'084.82	-8.3
20	Volkswirtschaftsdirektion	-114'602'645.70	-132'051'725	-126'600'964.35	5'450'761.03	-4.1

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
2000	Direktionssekretariat		-500'000	-53'305.90	446'694.10	-89.3
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-230'181.55	-767'000	-558'574.59	208'425.41	-27.2
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum		-78'000	-73'429.20	4'570.80	-5.9
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-17'595'630.40	-2'950'000	-3'162'207.80	-212'207.80	7.2
2050	Landwirtschaftsamt	-1'077'315.50	-1'546'000	-2'663'240.50	-1'117'240.50	72.3
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'500'000	-240'000.00	1'260'000.00	-84.0
2070	Handelsregisteramt	-1'039.70				
20	Volkswirtschaftsdirektion	-18'904'167.15	-7'341'000	-6'750'757.99	590'242.01	-8.0

Gesamtwürdigung

In Kürze

Trotz moderatem Wirtschaftswachstum in der Schweiz und im Kanton Zug entwickelte sich die Zuger Wirtschaft weiterhin positiv. Im Vordergrund standen bei der Volkswirtschaftsdirektion der Ausbau der Infrastrukturen im Bildungs- und Verkehrsbereich. Die interkantonalen Beziehungen zur Zentralschweiz und zum Grossraum Zürich wurden intensiviert.

Zuger Wirtschaft

Trotz Andauerns der Eurokrise und des weiterhin starken Frankens wuchs die Zuger Wirtschaft erneut. Gemäss einer im Dezember durchgeführten Befragung des Technologie Forums Zug bei den Unternehmen im 2. Sektor stuft eine grosse Mehrheit der Befragten das Umsatz- bzw. Ertragsniveau weiterhin als gut und damit besser als im Vorjahr ein. Die Arbeitslosenzahlen stiegen nur leicht an und lagen deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Es wurde wiederum eine hohe Zahl von neuen Lehrverhältnissen abgeschlossen. Beim Handelsregister zeigte sich eine Abschwächung der Zunahme des Bestandes an eingetragenen Firmen, da die Nettozahl wiederum tiefer liegt als in den Vorjahren.

Neues Wirtschaftspflegegesetz

Das neue Wirtschaftspflegegesetz trat in Kraft, welches die bisherigen Tätigkeiten der Kontaktstelle Wirtschaft auflistet. Nach wie vor liegt der Hauptfokus der «Zuger Wirtschaftsförderung» in der Pflege der bereits im Kanton Zug ansässigen Unternehmen, die jährlich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Wichtige Entscheide im öffentlichen Verkehr

Auf den Fahrplanwechsel war ein weiterer Ausbau des Zuger Busnetzes möglich. Der Kantonsrat gab zudem grünes Licht zur Festsetzung der NEAT-Zubringerstrecke im Raum Zugersee Ost und den damit verbundenen Ausbauten im Raum Rotkreuz. Diese werden vollumfänglich vom Bund finanziert und garantieren, dass auch ab 2018 der regionale Bahnverkehr neben dem stark zunehmenden Fernverkehr pünktlich und in guter Qualität abgewickelt werden kann. Das aktive Einbringen unseres Kantons in den Verein Metropolitanraum Zürich zeigte erneut Früchte: Ausgehend von Vorarbeiten der Metropolitankonferenz Zürich fanden sich 15 Kantone zur «Allianz Bahnausbau» zusammen, die Anfang 2014 zur Zustimmung des Schweizer Stimmvolks zur FAB1-Vorlage aktiv beitrug.

Neue Infrastrukturen für Berufsfachschulen

Der Kantonsrat beschloss einen neuen sechsgeschossigen Trakt am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug (GIBZ), der die aktuelle Raumnot beheben soll, sowie einen Umbau für das Kombinierte-Brücken-Angebot am GIBZ. Es zeichnet sich auch eine Lösung für die räumliche Zukunft des Integrations-Brücken-Angebots ab. Ebenfalls beschloss der Kantonsrat, den Landwirtschafts- und Forschungsbetrieb Chamau in Hünenberg von der ETH zu erwerben und dort den Gutsbetrieb des landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrums Schluechthof einzurichten. Dies wird nur möglich, wenn der Zürcher Kantonsrat einem Neubau der landwirtschaftlichen Schule Strickhof zustimmt, was noch offen ist.

Neues Departement Informatik der FHZ mit Standort im Kanton Zug

Im Dezember entschied der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) als erste schweizerische Fachhochschule ein Departement (Teilschule) Informatik. Der Kanton Zug hatte sich aufgrund einer Wertschöpfungsstudie der Universität St. Gallen als Departementsstandort beworben und erhielt den Zuschlag. Die Bewerbung erfolgte im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 der FHZ, welchen der Kantonsrat im Januar 2014 zur Kenntnis nahm.

Neue Geschäftsordnung des Regierungsrats

Die Volkswirtschaftsdirektion erarbeitete für den Regierungsrat dessen neue Geschäftsordnung, welche der Kantonsrat in der Folge verabschiedete. Sie regelt die Abläufe im Regierungsrat zeitgemäß.

Kommunikation

Das Jahresmotto der Direktion «Mit Zug einen Schritt voraus» wurde mit drei internen Veranstaltungen vertieft. Wiederum wurden mehrere Treffen mit anderen Direktionen für den Austausch im Rahmen gemeinsamer Projekte durchgeführt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat befasste sich schwergewichtig mit neuen zentralen Instrumenten der Qualitätssicherung und der Informatik.
Zudem verzeichnete es im Gesetzesvollzug einen weiteren Anstieg der Gesuche bei der Lex Koller.

Mehrere grosse Projekte

Ressourcen benötigte die Lancierung eines neuen Qualitätssicherungssystems «VICTOR» (Informations- und Controlling-Tool für Organisationsregeln). Zudem war ein neuer Direktionsrechnungsführer einzuarbeiten. Das Direktionssekretariat bearbeitete weiter die grossen Informatikprojekte «IT an kantonalen Schulen» zur Harmonisierung der IT-Strukturen und das Projekt «Ablösung EDUC+», einer Schuldatenerfassungssoftware für mehrere grosse kantonale Schulen. Die Arbeiten verlaufen weitgehend im Zeitplan.

Anstieg der Lex-Koller-Gesuche

Aufgrund der anhaltend hohen Immobilitätigkeit und des Zuzugs von ausländischen Personen stieg die Zahl der Feststellungsverfahren zum Bundesgesetz über den Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller) weiter an. Häufig mussten zusätzliche Abklärungen bei natürlichen Personen vorgenommen werden und es wurden zahlreiche Auskünfte an Dritte erteilt.

Charta Berufschance Zug und Zuger Innovationspreis

Im Rahmen der jährlichen Umfrage «Charta Berufschance Zug» wurden rund 3000 Unternehmen, die Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten bzw. Trainees ausbilden, zum Thema «Attraktivität der Berufslehre in Unternehmen» befragt. Rund 370 Unternehmen machten mit, erachteten die Attraktivität des dualen Berufsbildungssystems als hoch und verfügten über verbesserte Kenntnis von Ausbildungen im Verbund. Erneut wurde die Verleihung des Zuger Innovationspreises organisiert. Es bewarben sich 18 Unternehmen aus dem Kanton Zug. Gewinnerin wurde die Rittmeyer AG für Entwicklung und Implementierung des Softwareprodukts Retune®.

Auftritt des Kantons Zug an der Zuger Messe

Nach erfolgreicher Präsentation an der LUGA in Luzern, der MUBA in Basel und der OLMA in St. Gallen wurde das interaktive Filmpanorama über den Kanton Zug unter dem Titel «Üse Kanton» letztmals einem breiten Publikum in Zug gezeigt. Die Reaktionen waren sehr positiv. Mit dem definitiven Abschluss des Ausstellungsprojekts endet eine langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit mit Projektleiter Marco Schneider und Gestalter Daniel Christen.

Gute Zusammenarbeit mit Drittpartnern

Das Direktionssekretariat übernahm die Abwicklung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Zug Tourismus. Zudem stellte es die Abwicklung weiterer Leistungsvereinbarungen und Beitragsverfügungen der Ämter der Direktion sicher.

Engagement in Arbeitsgruppen

Verschiedene Mitarbeitende des Direktionssekretariats engagierten sich in kantonalen und überkantonalen Arbeits-, Steuer-, Projekt- und Usergruppen bzw. hatten Einsatz in den Vorständen privater Dritter, welche für den Kanton Leistungen erbringen oder mit dem Kanton zusammenarbeiten. Damit tragen sie aktiv dazu bei, dass der Kanton Zug weiterhin «Mit Zug einen Schritt voraus» sein kann.

Aussenpolitische Geschäfte

Das Sekretariat erarbeitete diverse technische und rechtliche Grundlagen für die Positionierung des Kantons Zug in den Räumen Zentralschweiz und Zürich, insbesondere das Projekt «Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz mit Standort Zug» und das Projekt «Immigration» der Metropolitankonferenz Zürich.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und deren Ämter in den Bereichen Rechtsdienst, Personalwesen, Finanzen, Kommunikation, Informatik und Infrastruktur. Das Direktionssekretariat unterstützt den Volkswirtschaftsdirektor administrativ und berät ihn fachlich. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen			
1	Wahrnehmung der Drehscheibenfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	<input checked="" type="radio"/>
2	Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
3	Gewährleistung des Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte, > 4 direktionsübergreifende Treffen, > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	<input checked="" type="radio"/>
4	Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag, Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitag Mittag	<input checked="" type="radio"/>
B	Durchführung Charta Berufschance	30 neue Unterzeichnende der Charta	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Sachgeschäfte der Direktion			
5	Anträge der Direktion	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
6	Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
7	Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	100 % innert Frist	<input type="radio"/> Ein Mitbericht wegen Ferienabwesenheit wenige Tage verspätet
8	Verfügungen der Direktion	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst			
9	Erarbeitung Beschwerdeentscheide	Innert 3 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	<input checked="" type="radio"/>
10	Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Verbindliche Aushandlung bis Ende November	<input checked="" type="radio"/>
11	Vergabe Zuger Innovationspreis	10 Bewerbungen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Vollzug Gesetzgebung			
12	Überprüfungen Lex Koller	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	<input checked="" type="radio"/>
13	Bewilligungen Konsumkredit	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
14	Führen Sekretariat landwirtschaftliche Pacht	Vermittlungsquote > 50 %	<input type="radio"/> Keine Verhandlungen

Leistungsgruppe 5: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen			
15	Schaffung von Entscheidgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums, Sitzungsteilnahmequote: 80 %	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plandgrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Anträge der Direktion	Anzahl	44	100	76
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	11	10	10
Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Anzahl	76	100	103
Verfügungen der Direktion	Anzahl	67	100	89
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl	5	5	3
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl	2	2	0
Überprüfungen Lex Koller	Anzahl	65	120	78
Gesuche Konsumkredit	Anzahl	3	3	2
Schllichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl	0	4	0

Kommentar Einfluss-/Plandgrössen

Da die vom Grundbuch- und Vermessungsamt vorgesehene Praxisänderung auf Intervention des Direktionssekretariats nicht umgesetzt wurde, trat die befürchtete und budgetierte grosse Zunahme der Lex-Koller-Verfahren nicht ein. Trotzdem stieg die Zahl der Lex-Koller-Verfahren weiter an.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'666'896.77	-1'911'850	-1'826'601.59	85'248.41	-4.5
Total Ertrag	21'400.00	52'000	24'550.00	-27'450.00	-52.8
Saldo	-1'645'496.77	-1'859'850	-1'802'051.59	57'798.41	-3.1

Kommentar Rechnung

0,5 budgetierte Personalstellen mussten vorläufig nicht besetzt werden, da eine Praxisänderung bei der Lex Koller nicht umgesetzt werden musste. Deshalb resultierte weniger Ertrag.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2000.0001	Ablösung EDUC+					
	Ausgaben		-500'000	-53'305.90	446'694.10	-89.3
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-500'000	-53'305.90	446'694.10	-89.3
	Einnahmen					
	Saldo		-500'000	-53'305.90	446'694.10	-89.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Da sowohl die Projektleitung für die Submission als auch die Gesamtprojektleitung jeweils separat submissioniert werden mussten, ergab sich eine leichte Verzögerung des Projekts EDUC+, weshalb die budgetierten Mittel nicht ausgeschöpft wurden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Berufsbildung im Kanton Zug positioniert sich erfreulich. Im Bereich der beruflichen Grundbildung kann mit rund 1200 Verträgen das hohe Niveau an neu bewilligten Lehrverträgen gehalten werden. Ebenso hat sich die Anzahl der aktiven Lehrbetriebe auf 1390 erhöht. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht ein grosses Interesse von Zugerinnen und Zugern an diesen Ausbildungsgängen.

Lehrstellensituation

Die Lehrstellensituation ist ausserordentlich positiv und wirkt über die Kantongrenzen hinaus, da im Kanton Zug über 30 Prozent der Lehrstellen an Jugendliche vergeben werden, die nicht im Kanton Zug wohnen. Die Betriebe engagieren sich im Kanton Zug für junge Berufsleute und bieten Lehrstellen an. Dank Anstrengungen mit gezielten Marketingmassnahmen, die Berufe in der zweijährigen Grundbildung mit Attest bekannter zu machen, konnte die Zahl der Lehrverhältnisse in diesem Bereich gesteigert werden.

Erhalt und Pflege der aktiven Lehrbetriebe

Da mit der demografischen Entwicklung gesamthaft der Bedarf an Lehrstellen gedeckt ist und keine namhafte Steigerung an weiteren Lehrstellen erwartet wird, setzt sich das Amt für Berufsbildung schwergewichtig im Bereich Erhalt und Pflege von Lehrbetrieben ein. In diesem Zusammenhang wurden über 100 zusätzliche Betriebsbesuche durchgeführt. Ebenfalls wurden im Bereich Öffentlichkeitsarbeit diverse Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel, die duale Berufsbildung zu positionieren und zu stärken.

Partnerschaftliche Weiterentwicklung der Berufsbildung

Die Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Berufsbildungsämtern und den regionalen und lokalen Berufsbildungspartnern wird weiterhin aktiv gepflegt.

Reformprozess in der Berufsbildung

Seit mehreren Jahren befindet sich die Berufsbildung in einem Reformprozess. Die Ausbildungsvorschriften für mehr als 200 vom Bund reglementierter Berufe müssen weiterhin überarbeitet und angepasst werden. Im laufenden Jahr wurden neu elf Berufe angepasst. Somit sind gesamthaft rund 180 Berufe neu reglementiert.

Attraktivität dank Zusatzangeboten

Diverse Projekte wie «Case Management Berufsbildung», «Fachkundige individuelle Begleitung», «KV-Business Englisch» oder «way-up-plus» sind Zusatzangebote der Zuger Berufsbildung, welche ein breites Spektrum abdecken und zu einer hohen Attraktivität beitragen.

Mit Zug einen Schritt voraus

Mit dem innovativen Projekt «Berufsbildung International Zug» wird in der schweizerischen Berufsbildungslandschaft Neuland betreten, indem eine englischsprachige Lehre in Zusammenarbeit mit der Zuger Wirtschaft entwickelt wird. Vorgesehen sind Pilotklassen in den Bereichen KV und Informatik.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für alle Berufsbildungsfragen mit dem Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung			
1	Fristgerechte Bearbeitung Bildungsbewilligungsgesuche	95 % < 30 Tage	<input checked="" type="radio"/>
2	Sicherstellung der Ausbildungsqualität	Besuch von 100 Lehrbetrieben	<input checked="" type="radio"/>
3	Fristgerechte Eröffnung Prüfungsresultate	Innerhalb von zwei Arbeitstagen nach vollständigem Erhalt der Ergebnisse	<input checked="" type="radio"/>
4	Sicherstellung Kursangebot für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner	Durchführung von 12 Kursen	<input checked="" type="radio"/>
B	Sicherstellung Lernortkooperation	80 % der Qualitätssicherungsgruppen sind gebildet	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung			
5	Fristgerechte Überprüfung Zugangsberechtigung	95 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
6	Qualitätssicherung HF-Bildungsgänge	Prüfung mindestens einer Schule	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Berufsbildungsentwicklung und Steuerung			
7	Kooperation mit Akteuren der Berufsbildung	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)	<input checked="" type="radio"/>
8	Gewährleistung externe Kommunikation	5 e-Bulletin, 8 Informationsanlässe	<input checked="" type="radio"/>
C	Umsetzung Berufsreformen	Start reformierte Bildungen per August	<input checked="" type="radio"/>
D	Berufsbildungsmarketing Attest und way-up plus	8 % der Lehrverträge im Bereich Attest, 10 neue way-up plus Lehrverträge	<input checked="" type="radio"/> 7,4 % der Lehrverträge im Bereich Attest, da Lehrstellenmarkt noch zu klein

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zu Ziel D: Das Angebot genügender zweijähriger Attestausbildungen erweist sich weiterhin als eine grosse Herausforderung, da der Lehrstellenmarkt noch zu klein ist und intensiv bewirtschaftet werden muss. Die Anzahl Lehrstellen im Attestbereich konnte gegenüber dem Vorjahr dank intensiven Marketingmassnahmen bei den Betrieben gesteigert werden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Lernende in der Grundbildung	Anzahl	3'603	3'550	3'633
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl	1'167	1'200	1'275
Lehrbetriebe	Anzahl	1'387	1'380	1'390
Berufe im Kanton Zug	Anzahl	133	186	132
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	325	280	306
Qualifikationsverfahren	Anzahl	1'696	1'800	1'674
Einsichtnahmen bei der Lehrabschlussprüfung	Anzahl	45	50	50
Prüfungsexperten/innen	Anzahl	878	850	888

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Berufe im Kanton Zug: Im Budget 2013 wurden alle angebotenen Berufe aufgeführt. Im Geschäftsbericht sind nur diejenigen Berufe ausgewiesen, in welchen effektiv Lehrverhältnisse bestehen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-27'714'318.11	-29'913'900	-28'730'492.90	1'183'407.10	-4.0
Total Ertrag	12'137'338.90	11'959'500	12'478'215.15	518'715.15	4.3
Saldo	-15'576'979.21	-17'954'400	-16'252'277.75	1'702'122.25	-9.5

Kommentar Rechnung

Der Beitrag des Kantons Zug an die Fachhochschule Zentralschweiz fiel um rund 1,2 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Dies begründet sich durch nachträgliche Budgetkürzungen durch den Kanton Luzern bei gleichzeitiger Lohnwachstumsreduktion, daraus resultierende weitere Sparmassnahmen der Hochschulleitung, verbessertes Kostenmanagement, nicht budgetierte Entnahme aus Eigenmitteln sowie Zunahme bei den nicht aus der Zentralschweiz stammenden Studierenden.

Die Mehreinnahmen resultieren vorwiegend durch höhere Bundesbeiträge. Diese werden auf der Basis der Lernenden in der beruflichen Grundbildung an die Kantone ausgerichtet. Die Zahl der Lernenden hat sich im Kanton Zug im Vergleich zu den anderen Kantonen besser entwickelt als im Budget vorgesehen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit für ihren Berufswahl- oder Entwicklungsprozess noch ein Jahr Zeit brauchen, besuchen eines der drei Brückenangebote. Am Ende des Angebotsjahres konnten über 97 Prozent der Lernenden eine Lehre, eine allgemeinbildende Schule beginnen bzw. eine andere nachhaltige Lösung finden. Die Leistungsziele des Grundauftrags wurden damit übertroffen.

Lernplan

Der Zentralschweizer Rahmenlehrplan für Brückenangebote war die Basis für die Ausarbeitung eines Lernplans, der für alle drei Brückenangebote gilt. Er berücksichtigt sowohl die Heterogenität der Lernenden als auch die Bildungsziele. Der Lernplan umfasst vier Teile: eine Einleitung zur Handhabung und zum gemeinsamen Lernverständnis, einen Referenzrahmen zu den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, Beispiele von angebotsspezifischen Kompetenzrastern und eine Aufzählung von Kriterien, um die überfachlichen Kompetenzen zu fördern. Einzelne Elemente des ABA-Lernplanes sind nun in der Versuchsphase.

Raum- und Standortfragen

Im Rahmen des Erweiterungsbau am GIBZ konnte für einen nachhaltigen Standort des Kombinierten-Brücken-Angebots eine Lösung gefunden werden. Dank einem Beschluss des Kantonsrates wird nun der Kopfbau des Traktes I des GIBZ für die neuen Bedürfnisse umgebaut. Die Standortfrage für das Integrations-Brücken-Angebot konnte noch nicht definitiv gelöst werden.

Schulisches Brücken-Angebot S-B-A

Der Fokus der Qualitätsentwicklung lag beim S-B-A im Schaffen und Implementieren eines Beratungskonzepts, um eine Professionalisierung und Effektivitätssteigerung des Coachings durch die Lehrpersonen zu erreichen. Das als Basis gewählte Modell der «lösungsorientierten Kurzzeitberatung» lenkt die Aufmerksamkeit konsequent auf die Lösungsebene statt auf Probleme, Ursachen und Schwierigkeiten. Das geschaffene Konzept dient als Orientierungshilfe für aktuelle und künftige Lernbegleiterinnen/Lernbegleiter und hat verbindlichen Charakter.

Kombiniertes-Brücken-Angebot K-B-A

Mit dem K-B-A besteht ein Angebot von wöchentlich drei Tagen Praktikum und zwei Tagen Unterricht. Der Schwerpunkt bei der Qualitätsentwicklung lag bei der Förderung der Selbstkompetenzen der Lernenden. Die kollegiale Unterrichtsentwicklung wurde mit Hospitationen und Intervisionen erfolgreich umgesetzt.

Integrations-Brücken-Angebot I-B-A

Das Angebotsjahr wurde im I-B-A mit Lernenden aus 27 Nationen gestartet. Die verschiedene Herkunft mit unterschiedlichen Mentalitäten und Bildungshintergründen ergibt eine grosse Heterogenität, was eine hohe Flexibilität der Lernbegleitung und der Organisation erfordert. Im Auftrag des Amts für gemeindliche Schulen führt das I-B-A zusätzlich für 26 junge Lernende auf der Sekundarstufe I die Zweitsprachförderung durch. Lernende mit Anschlusslösungen werden nach Abschluss des Aufbaujahrs je nach Bedarf in einem Übergangscoaching betreut. Der Fokus der Angebotsentwicklung liegt schwerpunktmässig auf der Einführung mehrerer Elemente der Qualitätsentwicklung.

Sicherheit

Alle Brückenangebote sind punkto Sicherheit auf den aktuellsten Stand gebracht worden. Dazu dienten eine obligatorische Weiterbildung für alle Lehrpersonen, die Broschüre «Vorbereitet für den Notfall», ein Audit und eine Objektschulung vor Ort. Ziel war, dass in einem Ernstfall professionell gehandelt werden kann.

Mit Zug einen Schritt voraus

Brückenangebote leisten einen namhaften Beitrag zur Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie, zur Stärkung des Bildungsangebots und damit der Erhaltung guter Standortbedingungen. Außerdem unterstützen Brückenangebote die Erreichung der politischen Forderung, 95 Prozent der Jugendlichen zu einem Berufsabschluss zu führen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Brückenangebote stellt sicher, dass Jugendliche, welche nach der obligatorischen Schule keinen direkten Anschluss haben, in einem der drei Brückenangebote in ihren Übergangs-, Handlungs- und berufsrelevanten Schlüsselkompetenzen gefördert und zu einer nachhaltigen Lösung geführt werden.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Umsetzung Rahmenkonzept des Kantons zur Qualitätsentwicklung Sek II	Zwei weitere Q-Elemente sind eingeführt (insgesamt sechs von acht)	●
2	Vernetzung und Mitwirkung in kantonalen und interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen	Sitzungsteilnahmequote 80 %	●
C	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Neuer Lehrplan kommt in Versuchphase	● Die inhaltlichen Abstimmungen innerhalb der drei Brückenangebote sind zeitaufwändiger als erwartet
L11d	Lösung der Platz- und Standortprobleme des I-B-A und K-B-A	Die weitere Detailplanung nach dem politischen Entscheid ist erfolgt	● K-B-A: Ziel erreicht I-B-A: Prozess verzögert sich wegen der kantonalen Mittelschulplanung
Leistungsgruppe 1: Schulisches Brücken-Angebot (S-B-A)			
3	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	> 90 % erreichen Anschlusslösung, > 70 % kommen in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	●
E	Standardisierung Coaching sicherstellen	Beratungskonzept liegt vor	●
Leistungsgruppe 2: Kombiniertes-Brücken-Angebot (K-B-A)			
4	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	> 80 % erreichen Anschlusslösung	●
5	Kontakt- und Imagepflege zu Praktikumsstellen	Pro Lernenden finden mindestens zwei Besuche im Betrieb statt	●
H	Gezielte Förderung der Selbstkompetenzen	Eine Materialsammlung für die Arbeit liegt vor	●
Leistungsgruppe 3: Integrations-Brücken-Angebot (I-B-A)			
6	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	> 70 % erreichen Anschlusslösung	●
I	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem Schulentwicklungs-Projekt Beurteilen und Fördern	Neuer Beurteilungszyklus ist umgesetzt	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Lernende S-B-A	Anzahl	76	75	68
Lernende K-B-A	Anzahl	57	60	60
Lernende I-B-A	Anzahl	57	70	69

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Mit der Umsetzung eines neuen Angebots für junge Erwachsene (I-B-A ü20) im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms wird die Anzahl Lernende im I-B-A steigen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'146'990.71	-5'212'400	-5'077'490.82	134'909.18	-2.6
Total Ertrag	364'060.00	314'600	394'317.50	79'717.50	25.3
Saldo	-4'782'930.71	-4'897'800	-4'683'173.32	214'626.68	-4.4

Kommentar Rechnung

Die tatsächlichen Aufwendungen für die IT inkl. Support sind um rund 24'000 Franken geringer ausgefallen als erwartet, dies vor allem, da weniger Geld für den Einkauf von Hardware ausgegeben wurde. Ebenfalls sind dank strikter Kostenkontrolle die allgemeinen Sachaufwände wie Büromaterial, Druckkosten, Reisekosten sowie Dienstleistungen Dritter und Kosten für den Schulbetrieb um rund 74'000 Franken geringer ausgefallen als bei der Budgetierung angenommen. Bei den Mieten konnten rund 30'000 Franken eingespart werden, da weniger Kosten für Schulräume in Rechnung gestellt wurden.

Der Ertrag aus den Schulgeldern ist um rund 80'000 Franken höher ausgefallen, da in diesem Angebotsjahr überdurchschnittlich viele Schülerinnen/Schüler das I-B-A aus der gemeindlichen Sekundarstufe I besuchten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das GIBZ befasste sich im Rahmen des sich wandelnden Bildungsbegriffs mit den Herausforderungen im globalisierten Informationszeitalter. Wissen und Mobilität stehen damit im Zentrum und bilden die Grundlage für die internationale Anerkennung. Um dem Fachkräftemangel besser entgegenzuwirken, fördert das GIBZ den gezielten Aufbau einer Praktikerelite.

BM-Studiengang «Gesundheit & Soziales»

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI hat dem GIBZ die eidgenössische Anerkennung für den Berufsmaturitäts-Lehrgang «Gesundheit & Soziales», gestützt auf verschiedene Begutachtungen vor Ort, ohne Auflagen ausgesprochen.

Lernortkooperation

Die Lernortkooperation wurde erfolgreich eingeführt. Es besteht ein Forum aus den Verantwortlichen der drei Lernorte: Lehrbetrieb, GIBZ als Berufsfachschule und überbetriebliche Kurszentren. Die Kooperation bietet Hand für den regelmässigen Austausch unter den Bildungspartnern und unterstützt damit die erfolgreiche Ausbildung der Lernenden. Dadurch werden Problemstellungen frühzeitig erkannt, Projektarbeiten von allen Partnern unterstützt, Zielvereinbarungen allseitig gefördert und gefordert.

Mobilitätsprojekt «Leonardo da Vinci» im Rahmen von ALSKA

«Leonardo da Vinci» ist ein europaweiter Austausch für Lernende von zwei und mehr Wochen am Ende des 2. oder Anfang des 3. Lehrjahres. Am GIBZ wird dieses Projekt ALSKA (Arbeiten – Lernen – Sprache – Kultur im Ausland, <http://mobil.gibz.ch>) genannt. Das GIBZ steht aktuell mit drei Berufsschulen aus dem Ausland in vertraglicher Zusammenarbeit für Mobilitätsprojekte für Berufslernende und für Lehrpersonen. Seit dem Projektstart haben vier Lernende des Lehrberufs Zeichner der Fachrichtung Architektur und drei Lernende des Lehrberufs Schreiner der Fachrichtung Möbel und Innenausbau je einen Aufenthalt von zwei bzw. drei Wochen absolviert. Aus Weiden (DE) konnte das GIBZ bisher drei Lernende des Lehrberufs Bauzeichner Fachrichtung Architektur zu je einem Praktikum und Schulbesuch begrüssen. Der Austausch von weiteren Berufsgruppen ist geplant.

www.gibz-blog.ch

Als mit der Wirtschaft vernetztes Bildungszentrum hat sich das GIBZ entschieden, auch die Social Media Kanäle zu bedienen, da viele Lehrfirmen diese bereits heute vermehrt einsetzen. So wurde im Sommer ein eigener Blog nach den kantonalen Richtlinien lanciert und mit der Facebook Seite des GIBZ verlinkt. Der Blog entspricht einem modernen Tagebuch. Es werden sowohl Arbeiten, Anlässe und Würdigungen festgehalten, wie auch schulinterne Neuigkeiten angekündigt. Anfänglich haben sich nur wenige Lehrpersonen mit Beiträgen gemeldet. Dies hat sich mittlerweile aber stark geändert und immer mehr nutzen den Blog als Informationsplattform.

Projekt «Bring your own Device»

Nicht nur Social Media Plattformen, sondern auch eigene Endgeräte wie Tablets oder Smartphones werden von den Schülerinnen und Schüler häufiger mitgebracht. Entsprechend hat sich das GIBZ auch dieses Trends angenommen und die Arbeitsplätze mit den nötigen Anschlüssen versehen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Schulräume und ausgewählte öffentliche Zonen am GIBZ mit einem WLAN-Zutritt versehen. Für die Lernenden hat die Möglichkeit der Nutzung eigener Geräte mehrere Vorteile: Sie haben das Erarbeitete sofort und immer verfügbar und sie werden als Nutzerinnen/Nutzer sensibilisiert, was kritische Onlineinhalte anbetrifft. Die Lernenden haben sich an die Richtlinien und die Nutzungsbedingungen der Informatikbenutzerordnung des GIBZ zu halten. Diese Benutzerordnung haben sämtliche Lernende des GIBZ mittels Unterschrift akzeptiert.

Signaletik

Mit der geplanten baulichen Erweiterung des GIBZ wird auch die bestehende Signaletik neu konzipiert und gestaltet. Als erste Massnahme wurden im August dieses Jahres die vier Pylonen vor dem Haupteingang ersetzt.

Mit Zug einen Schritt voraus

Im Rahmen des Direktionsmottos «mit Zug einen Schritt voraus» hat das GIBZ die Begabtenförderung ins Zentrum gestellt. Das Verfahren, wie die lernstarken Jugendlichen fortan gefördert werden können, wurde definiert und entwickelt, nun folgt die Umsetzung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das GIBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in gewerblichen und industriellen Berufen, Allgemeinbildung, Berufsmaturität (BM) und für Sport. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Die Schnittstellen-Aufgaben: praktische Grundbildung, überbetriebliche Kursaktivitäten, höhere Berufsbildung, Dienstleistungen im Sinne der vereinbarten Lernortkooperation pro-aktiv pflegen	Umsetzung der Kriterien der Lernortkooperation im Kanton Zug vom 2. März 2011	<input checked="" type="radio"/>
2	Qualitätsevaluationen im Rahmen des 360-Grad-Feedbacks durchführen, auswerten und Entwicklungsbedarfe aufzeigen	80%-ige Zufriedenheit bei den relevanten Anspruchsgruppen	<input checked="" type="radio"/>
B	Raumnotstand am GIBZ durch umfassende Analysen und tragfähige Optimierungsmassnahmen minimieren	Ausreichende Unterrichts- und Vorbereitungszimmer für die neuen Klassenzüge bereitstellen	<input checked="" type="radio"/>
C	Umfassendes Konzept für die Anpassung der Signaletik umsetzen	Korrekte Aussen- und Innenanschriften nach den Vorgaben des Kantons	<input checked="" type="radio"/> Umsetzung der Brandschutzworschriften hinsichtlich Materialisierung komplexer als angenommen
D	Die Vernetzung der Bildungsprozesse durch Installation eines flächendeckenden Wireless sicherstellen	Störungsfreie Positionierung der notwendigen Wireless Adapter	<input checked="" type="radio"/>
E	Die administrativen Prozesse durch ein systematisches, multifunktionales Personal-, Lernenden- und Studierendenausweis durch die Installation eines elektronischen Zahlungssystems (Logic-Karte) optimieren	Flächendeckend für die Bereiche Mediathek, Mensa, Parkanlage, Kopierwesen und Verpflegungsautomaten	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung			
3	Pflichtunterricht in Berufskunde, Allgemeinbildung und Sport im gewerblichen, industriellen und gesundheitsspezifischen Sektor nach den einschlägigen Berufsstandards sicherstellen	Umsetzung der Schullehrpläne von 27 Lehrberufen	<input checked="" type="radio"/>
4	Pflichtunterricht für die bisherigen Studiengänge «technische Berufsmatura» sowie für den neuen Studiengang «Gesundheit & Soziales» nach eidg. Richtlinien sicherstellen	Umsetzung der Schullehrpläne. Realisierung der Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren für den neuen Studiengang «Gesundheit&Soziales»	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
5	Neu gestaltete Bildungsverordnungen nach den Standards der Verbundpartner der Berufsbildung für die schulischen Prozesse aufarbeiten	2 neu gestaltete Lehrberufe, vollständige Aktualisierung der Bildungspläne in fachlicher und zeitlicher Hinsicht	●
6	Qualifikationsverfahren in der Allgemeinbildung, Berufsmatura und für Informatiker/innen nach den einschlägigen Standards durchführen	Erfüllungsgrad: 100 %. Aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren	●
7	Notwendige IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht gemäss kantonalem IT-Konzept bereitstellen	90 % Verfügbarkeit, Sicherstellung des First- und Second Level Supports	●
8	Angebot der Lernförderung und Lernbegleitung gemäss GIBZ-Konzept sicherstellen	0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grundbildung für Stütz- und Freikurse sowie Coachings	●
9	Angebot der Mediation sicherstellen	Zeitnahe, umgehende Betreuung der Notfälle	●
10	Relevante Informationsmittel für die Aus- und Weiterbildung in der Mediathek und Digithek bereitstellen	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot	●
F	PR-Massnahmen für die Berufsbildung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen umsetzen	Wirkungsvolle Sensibilisierungsmassnahmen für die Oberstufenklassen Sek I im Kanton Zug	●
G	Mobilitätskultur gemäss GIBZ-Konzept im Rahmen des EU-Förderprogramm «Leonardo da Vinci» pflegen	Feinabstimmung des Austauschprogramms, verbunden mit dem weiteren Aufbau eines Netzwerks in Europa	●
H	Bedarfsnachweis für den Einbezug von persönlichen Notebooks/Laptops in den Unterrichtsprozessen abklären	Angebot für die Nutzung der persönlichen Notebooks/Laptops anstelle der standardgemäss zur Verfügung gestellten IT-Ressourcen	●
L20	Vollzeit-BM-Studiengang in Gesundheit und Soziales für ausgelernte Berufsleute entwickeln und umsetzen	Vollständige Grundlagen für das eidg. Anerkennungsverfahren	●
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung			
11	Berufsbegleitende, modulare Weiterbildungskurse nach den einschlägigen Branchenstandards durchführen	Total Teilnehmerlektionen: 48'000	● Wegen Reformprozessen einzelner Prüfungsordnungen konnten entsprechende Module nicht durchgeführt werden
12	Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung nach einschlägigen Standards durchführen	Umsetzung der Massnahmen gemäss kantonaler Weiterbildungsstrategie, Absolvierende finden eine entsprechende Arbeitsstelle auf HF-Niveau, 2 Vollzeit-HF-Klassenzüge, Total Teilnehmerlektionen: 36'000	●
13	Berufsbegleitende Kurse im Rahmen der berufsorientierten Weiterbildung und der ergänzenden Bildung für Spätanfragende im Gesundheits- und Gastrobereich nach einschlägigen Standards durchführen	Total Teilnehmerlektionen: 128'000	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
14	Kompetenzbilanzierungen und Expertisen im Rahmen der ergänzende Bildung im Gesundheitswesen nach einschlägigen Standards durchführen	Umsetzung der Massnahmen nach der Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz, Total Teilnehmerlektionen für die Dossiererstellung und Expertise: 4'800	
15	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben einhalten	100 % Erfüllung des Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85 % (Deckungsbeitrag 1)	
I	Die Prozesse «Validieren von Bildungsleistungen» in Verbindung mit der «Ergänzenden Bildung» gemäss Richtlinien des Bundes, der Kantone und den Organisationen der Arbeitswelt sicherstellen	Umsetzung gemäss Richtlinien der SBBK	

Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen

16	Kommunikationsplattform «Knowledge Factory» für verschiedene Bildungsprojekte in den Bereichen Hybridunterricht, Kompetenzbilanzierungen, Qualitätsevaluationen und integrierende Bildungsmassnahmen einsetzen	825 Einsatzstunden der Knowledge Factory, 120 verrechenbare Arbeitsstunden, 14 verrechenbare Vermietungen der Knowledge Factory	
17	Entwicklungsprojekte rund um die Berufsbildung durchführen	250 verrechenbare Stunden	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Grundbildung	Klassen	142	138	138
	Lernende	1'812	1'840	1'832
	Lektionen	67'780	67'000	67'434
Berufsmatura	Klassen	34	34	34
	Lernende	457	450	448
	Lektionen	20'493	22'000	21'853
IT-Infrastruktur	PC-Stationen	635	640	660
	User	2'610	2'800	2'810
	Softwarepakete	100	100	100
Mediathek und Digithek	Ausleihen	11'498	21'200	11'369
	Artikel	19'578	20'000	19'578
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module	39	45	41
	Teilnehmende	690	820	750
	Lektionen	1'742	3'400	3'105
HF-Vollzeit-Studium	Klassen	2	2	2
	Studierende	28	30	28
	Lektionen	3'250	2'600	3'453

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2013 – Gewerblich-industrielles Bildungszentrum

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten	116	115	111
	Teilnehmende	2'011	2'250	1'967
	Lektionen	6'018	9'200	7'682
Individuelle Kompetenzbilanzierungen	Module	20	25	18
	Berufslernende	250	300	220
	Lektionen	380	400	360

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Bei Mediathek/Digithek wurden ursprünglich auch die virtuellen Medien einbezogen. Die Korrektur auf reale Ausleihen konnte erst nach der Budgetphase 2013 vorgenommen werden. Die Differenz ergibt sich daraus.

HF-Vollzeit-Studium: Der Budgetwert von 2600 Lektionen entspricht dem Umfang der reinen Hauptstudienrichtungen und wurde noch vor der vollständigen Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung am GIBZ erfasst. Mit der Berücksichtigung der punktuell durchgeführten Ergänzungskursen und der personalrechtlich festgelegten Entlastungslektionen für berechtigte Lehrpersonen an der HFTG ergibt sich die Differenz zur Rechnung 2013 nach Umsetzung der Kosten-/Leistungsrechnung.

Bei den individuellen Kompetenzbilanzierungen konnten mehrere angemeldete Lerngruppen aufgrund ihrer Vorbildung im allgemeinen Standard bilanziert werden. Damit wurden die individuellen Supportmassnahmen reduziert.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-24'394'537.52	-25'633'850	-24'904'588.28	729'261.72	-2.8
Total Ertrag	5'988'697.95	5'655'970	5'736'316.30	80'346.30	1.4
Saldo	-18'405'839.57	-19'977'880	-19'168'271.98	809'608.02	-4.1

Kommentar Rechnung

Hauptsächliche Abweichungsgründe (nebst strikter Kostenkontrolle): Synergien bei der Beschaffung von Lehr- und Sachmitteln ausgenutzt, Neubeschaffung von Geräten zurückgestellt, da diese noch nicht den verlangten Anforderungen entsprechen, vorsichtige Wartungspolitik bei vorhandenen Geräten. Zudem wurden vermehrt Dienstleistungen für Dritte erbracht, z.B. die Vermietung der «Knowledge Factory» an andere Schulen, was den Ertrag erhöhte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2013.0003 PC Ersatz- und Neuanschaffungen 2012-2013					
Ausbaben	-230'181.55	-140'000	-139'661.55	338.45	-0.2
Einnahmen					
IT2013.0004 Netzwerk Ersatz- und Neuanschaffungen					
Ausbaben		-90'000		90'000.00	-100.0
Einnahmen					
VD2013.0002 Aufbau einer WLAN-Infrastruktur am GIBZ					
Ausbaben		-237'000	-214'881.44	22'118.56	-9.3
Einnahmen					
VD2013.0003 Lernenden- und Personalausweis mit Legicfunktion					
Ausbaben		-180'000	-140'037.45	39'962.55	-22.2
Einnahmen					
VD2013.0004 Gebäude signaletik In- und Outdoor					
Ausbaben		-120'000	-63'994.15	56'005.85	-46.7
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-230'181.55	-767'000	-558'574.59	208'425.41	-27.2
Einnahmen					
Saldo	-230'181.55	-767'000	-558'574.59	208'425.41	-27.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Das IT-Projekt «Netzwerk Ersatz- und Neuanschaffung» musste nicht realisiert werden, da die erforderlichen Synergien aufgrund der neuen Glasfaserverkabelung ohne Zusatz-IT realisiert werden konnten.

Das Projekt «Gebäudesignaletik In- und Outdoor» konnte noch nicht abgeschlossen werden, da die Einhaltung der Brandschutzbauvorschriften mehr Zeit in Anspruch nahm.

Gesamtürdigung

In Kürze

Das Jahr war geprägt durch den Abschluss des Pilotlehrgangs Agro-Technikerin/Agro-Techniker. Ende Jahr bekam das LBBZ von der Bundesbehörde die offizielle Anerkennung für den Lehrgang. Das landwirtschaftliche Jahr war geprägt durch einen zu nassen Frühling, die bevorstehende Agrarpolitik 2014–2017 sowie eine Erholung im Milch- und im Schweinemarkt. Insgesamt besuchten 135 Lernende einen Lehrgang am LBBZ Schluechthof.

Grosse Nachfrage in der Grundbildung

In der landwirtschaftlichen Grundbildung war die Nachfrage nach Lehrbetrieben im Kanton Zug gross. Nach wie vor gibt es mehr Lernende, welche im Kanton Zug eine Lehrstelle suchen, als es Lehrbetriebe gibt. Insgesamt besuchten 49 Lernende eine der drei Klassen der landwirtschaftlichen Grundbildung, welche mit dem Fähigkeitszeugnis abschliesst.

Weiterbildung: Agro-Technikerin/Agro-Techniker HF auf Erfolgskurs

Im dritten Lehrgang zur Agro-Technikerin/zum Agro-Techniker HF starteten 20 neue Studierende. Erstmals war der Lehrgang komplett ausgebucht. In der Pilotklasse, welche im Juni den Abschluss feiern konnte, durfte das LBBZ acht Absolventen und einer Absolventin das Diplom überreichen. Ende Jahr bekam das LBBZ Schluechthof für den Lehrgang die offizielle Anerkennung des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation.

Dieses Jahr fand wieder ein Lehrgang zur Berufsprüfung Baumpflege-Spezialist statt. Der Lehrgang war sehr gut besucht und durch den Berufsverband «Bund Baumpflege Schweiz» erfolgreich organisiert.

Der Lehrgang zur Berufsprüfung Landwirt und zur Meisterprüfung verzeichnete leicht rückläufige Teilnehmerzahlen, sie bewegen sich nach überdurchschnittlicher Auslastung in den Vorjahren nun im erwarteten Durchschnitt. Bei diesem Lehrgang startete im Herbst eine Reform. Damit sind innerhalb von sechs Jahren alle Lehrgänge, welche am LBBZ Schluechthof angeboten werden, neu gestaltet worden.

Neue Agrarpolitik spielt wesentliche Rolle in der Beratung

Die neue Agrarpolitik, welche ab dem Januar 2014 greift, prägte die Beratung stark. Viele Betriebe interessieren sich dafür, was die Neuerungen auf ihrem Betrieb für Auswirkungen haben werden. Die übrigen Beratungen verliefen im normalen Rahmen.

Bereich Unterstützung: Rekordzahlen bei der Verpflegung

Durch die hohe Auslastung des Internats durch die neuen Lehrgänge und die sehr gute Nutzung der Infrastruktur durch die Verwaltung und teilweise durch Dritte ergaben sich Rekordzahlen bei der Verpflegung. Insgesamt wurden knapp 20'000 Mahlzeiten ausgegeben. Dies sind rund 25 Prozent mehr als im Durchschnitt der Vorjahre.

Landwirtschaftsbetrieb: Geprägt durch den geplanten Kauf der Chamaus

Die produktionstechnischen Zahlen auf dem Landwirtschaftsbetrieb waren besser als im Vorjahr. Verbunden mit der verbesserten Marktsituation bei der Milch und den Schweinen, konnte ein kleiner Gewinn auf dem Betrieb erzielt werden. Für die Weiterentwicklung des Betriebes wurde mit dem positiven Kantonsratsentscheid zum Kauf und zur Erweiterung des ETH-Versuchsbetriebs Chamaus ein grosser Schritt gemacht, auch wenn abzuwarten bleibt, ob der Zürcher Kantonsrat seinen Ausbauentscheid für den Neubau der landwirtschaftlichen Schule Strickhof im Kanton Zürich ebenfalls fällt, welcher Voraussetzung für die definitive Übernahme der Chamaus durch den Kanton Zug bildet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet – wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit – die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Vertiefung und praktische Umsetzung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentralschweiz, Aargau und Zürich)	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen, Austausch von Lehrpersonen, überregionales Wahlfachangebot	<input checked="" type="radio"/>
2	Förderung des Verständnisses für Zusammenhänge innerhalb der Landwirtschaft (im Sinne der Nachhaltigkeit)	Öffentlichkeitsarbeit: Mindestens 10 Publikationen zu landwirtschaftlichen Themen (Presse), ausgelöst durch LBBZ. Mindestens 1 öffentliche Veranstaltung für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung. Mindestens 5 Besuche von Schulklassen auf dem Gutsbetrieb	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung			
3	Durchführung des Schulunterrichts zum Landwirt EFZ nach den geltenden rechtlichen Standards	Je eine Klasse pro Lehrjahr	<input checked="" type="radio"/>
5	Qualifikationsverfahren nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausbildung zum Landwirt/in EFZ durchführen	Durchführung eines aktuellen, validierten und chancengleichen Qualifikationsverfahren nach den Vorgaben des Amtes für Berufsbildung	<input checked="" type="radio"/>
A	Unterstützung der Branche beim Ausbau der Lehrbetriebe	Herbst 2013 mindestens 48 Lehrstellen auf Lehrbetrieben im Kanton Zug	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung			
6	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Mindestens 12 Lernende, Qualifikation über den CH-Durchschnitt	<input checked="" type="radio"/>
7	Führen einer Betriebsleiterschule II zur Vorbereitung Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Mindestens 10 Lernende, Qualifikationen über dem CH-Durchschnitt	<input checked="" type="radio"/>
8	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpflege-Spezialist BP» nach den Vorgaben der Branche	Start im Frühling mit einer Klasse mit mindestens 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	<input checked="" type="radio"/>
9	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/ Agrotechniker HF» gemäss den Grundlagen des Rahmenlehrplans	Führen einer zweiten Klasse mit mindestens 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
10	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85 % (Deckungsbeitrag 1)	●
11	Wissensvermittlung bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 12/13, 1'200 Teilnehmerlektionen	●
12	Herausgabe des Weiterbildungsprogramms (in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Organisationen)	Durchführung von mindestens 30 Kursen, 80 % der Kurse mindestens 10 Personen	●
13	Erhöhung des Bildungsangebot für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung im Bereich Natur, Garten und Ernährung	Mindestens 4 Angebote	●
Leistungsgruppe 3: Beratung			
14	Unterstützung und rasche Hilfestellung in produktionstechnischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen (Kurzberatungen)	Maximale Reaktionszeit: 2 Arbeitstage	●
15	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheidfindung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	35 grössere Beratungsfälle (> 1.5 h), Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	●
16	Bildung einer Schnittstelle zur Landwirtschaft für andere kantonale Ämter und Gemeinden, konstruktive Begleitung und Beratung der Zuger Landwirtschaft bei raumplanerischen und umweltrelevanten Themen. Kompetente Geschäftsführung LEK Cham gemäss Leistungsvereinbarung	Qualitativ hochstehende, praxisrelevante Gutachten innert der vereinbarten Frist erledigt, 80 % positive Feedback	●
Leistungsgruppe 4: Hotellerie			
17	Angebot von Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen	Mindestens 20 Vermietungen, Kundenzufriedenheit > 90 %	●
18	Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an die Gebäudekosten, nach Abzug der Sachkosten und der Personalkosten von mindestens 70'000 Franken > 90 % Kundenzufriedenheit	●
Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb			
19	Führen eines vielseitigen, vorbildlichen Versuchs- und Demonstrationsbetriebs nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen	Jahresgewinn von > 15'000 Franken, mindestens 10 Betriebszweige (Kulturen), mindestens 1 Auszubildende/r, mindestens 5 Demonstrationsversuche	● Jahresgewinn von rund 5'000 Franken erwirtschaftet, die Vorgaben bei den Betriebszweigen und Demonstrationsversuchen wurden erreicht
20	Gestaltung eines offenen, ansprechenden Landwirtschaftsbetriebes für die Bevölkerung als Erlebnisumfeld	> 15 Besuchende/Tag	●
21	Führen eines kundengerechten Hofladens mit eigenen Produkten	> 10'000 Franken Direktverkaufseinnahmen/Monat	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Grundbildung	Klassen	4	3	3
	Lernende	51	48	49
Höhere Berufsbildung	Klassen	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)
	Lernende	61	55	60
Beratung	Anzahl grössere Fälle	46	35	60

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Beratungstätigkeit wegen der bevorstehenden Agrarpolitik 2014–2017 höher als in den Vorjahren.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'697'288.40	-3'457'150	-4'091'187.85	-634'037.85	18.3
Total Ertrag	1'688'174.66	1'471'000	2'041'908.61	570'908.61	38.8
Saldo	-2'009'113.74	-1'986'150	-2'049'279.24	-63'129.24	3.2

Kommentar Rechnung

Die sehr hohe Auslastung der Infrastruktur führte zu höheren Einnahmen, aber auch zu höheren Personalkosten und Einkäufen von Lebensmitteln. Die gute Nachfrage der Lehrgänge der höheren Berufsbildung führte zu höheren Prüfungsaufwänden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-28'803.55				
305	Arbeitgeberbeiträge	-3'672.50				
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-649.35				
	Total Aufwand	-33'125.40				
	Saldo	-33'125.40				

Kommentar Rechnung

Die Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege wurde per Ende November 2011 eingestellt. 2012 fielen noch Liquidationskosten an.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

In der Grundbildung standen hauptsächlich die Umsetzung der neuen Bildungsverordnung der Kaufleute und der Start des Unterrichts in Laptop-Klassen im Rahmen des Projekts «Lernen und neue Medien» im Vordergrund. In der Weiterbildung wurde der neue Lehrgang «Höheres Wirtschaftsdiplom» mit Erfolg ins Angebot aufgenommen. Der grosse Umbau der Höheren Fachschule für Wirtschaft mit der Einführung des neuen Rahmenlehrplans ist auf gutem Weg.

Innovative Grundbildung

Multimedia und Internet bieten grosse Chancen, das Lernen und Lehren zu optimieren und weiterzuentwickeln. Im Rahmen des Projekts «Lernen und Neue Medien» entstand ein Konzept für einen ambitionierten Pilotversuch mit Laptop-Klassen. Die Projektergebnisse werden laufend evaluiert.

Leicht rückläufige Schülerzahlen

Leider starteten im Schuljahr 2013/2014 nur so viele neue Lernende wie letztmals 2007, was einem leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr entspricht. Demographische Aspekte und geringfügige Veränderungen in der Berufswahl könnten mögliche Gründe dafür sein.

Weiterbildung mit erfreulichen Aspekten

Die Gesamtzahl der Teilnehmenden blieb auch im vergangenen Jahr auf hohem Niveau stabil, die Angebotspalette der Lehrgänge wurde weiter ausgebaut. Der neue Lehrgang «Höheres Wirtschaftsdiplom HWD edupool.ch» konnte schweizweit einzigartig mit einer vollen Klasse im Herbst starten. Zudem konnte auch der neu konzipierte Edupool Lehrgang «Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Steuern» erfolgreich lanciert werden.

Die Erfolgsquote der KBZ-Abschlüsse war auch im letzten Jahr erfreulich und die Teilnehmerzufriedenheit im Rahmen der besuchten Kurse und Lehrgänge beträgt gemäss standardisiertem schriftlichem Feedback wiederum über 90 Prozent.

Projekte im Bereich Schulentwicklung

Im Bereich der Schulentwicklung nahmen sich drei Projektgruppen erfolgreich den Themen «360°Feedback», «Qualifizierungsprozesse» und «Kollegiale Hospitation» an. Diese Inhalte werden im Laufe des Jahres 2014 umgesetzt und später deren Ergebnisse evaluiert.

Neuer Rahmenlehrplan der HFW

Der neue Rahmenlehrplan der Höheren Fachschule für Wirtschaft (HFW) wurde für die Studierenden des ersten und zweiten Studienjahrs operativ. Das Anerkennungsverfahren wird im Jahr 2014 abgeschlossen.

Mit Zug einen Schritt voraus

Der Facebook-Auftritt des KBZ entwickelt sich zu einem wichtigen Kommunikations- und Marketinginstrument. Der Zuspruch des Publikums liegt deutlich über den Erwartungen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das KBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule Wirtschaft.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
A	Website KBZ erneuern	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen	●
B	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts (Details aktuell in Planung)	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen	●
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung			
1	In den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität	Umsetzung der Schullehrpläne in den sechs Berufen des KBZ	●
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen (Lehrabschlussprüfung)	60 Kursangebote	●
3	Beratung und Mediation gemäss KBZ-Konzept umsetzen	45 Beratungsgespräche pro Semester	●
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen gemäss einschlägigen Vorgaben und KBZ-Konzept umsetzen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbereicht	●
C	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (Promotionsverfahren, neues Fach Vertiefen und Vernetzen, Modalitäten des Qualifikationsverfahrens)	●
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung			
5	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbereicht	●
6	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels gemäss den einschlägigen Standards der einzelnen Angebote umsetzen	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone – zirka 3,9 Mio., Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1), überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	●
J	Einführung neuer Rahmenlehrplan HFW	Umsetzung für Folgejahr	●
K	Ergebnisse der Schulentwicklung sind evaluiert	Ergebnisse liegen vor; allfällige Korrekturmaßnahmen sind eingeleitet	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Grundbildung ohne BMS II	Klassen	60.5	61	60
	Lernende	1'020	1'025	999
	Standard-Wochenlektionen*	915	965	883
Grundbildung BMS II	Klassen	4	3	3
	Lernende	67	55	52
	Standard-Wochenlektionen	95	90	95
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende	104	90	85
	Klassen	6	6	5
	Standard-Wochenlektionen	80	85	85
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatzvolumen**	2,55 Mio.	2,65 Mio.	2,78 Mio.
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatzvolumen**	0,24 Mio.	0,24 Mio.	0,24 Mio.

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

* «Standard-Wochenlektionen»: Diese Masszahl ist die wesentliche Planungsgrösse, von der dann wiederum zahlreiche andere kostenrelevante Grössen abhängen.
 Standard-Wochenlektionen = durchschnittliche Anzahl ordentliche Wochenlektionen gemäss den Lektionentafeln der Lehrgänge, jedoch ohne Funktions- und Altersentlastungen, ohne Stütz-/Förderkurse, ohne Entschädigungen für Abschlussarbeiten usw.

** «Umsatzvolumen»: Teilnehmer- und Prüfungsgebühren, inkl. Teilnehmerzahl abhängige Abgeltung von anderen Kantonen. Das Umsatzvolumen ist ausserordentlich schwierig zu berechnen, weil die Art und Zahl der durchgeführten Lehrgänge und Kurse sich laufend verändern (nachfragebedingt). Weil aber grundsätzlich nur kostendeckende Kurse und Lehrgänge durchgeführt werden, entwickeln sich Umsatz und Kosten grossmehrheitlich parallel.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-16'728'447.98	-17'390'900	-16'082'046.34	1'308'853.66	-7.5
Total Ertrag	4'995'663.60	5'088'400	4'709'592.35	-378'807.65	-7.4
Saldo	-11'732'784.38	-12'302'500	-11'372'453.99	930'046.01	-7.6

Kommentar Rechnung

Hauptsächliche Abweichungsgründe (nebst strikter Kostenkontrolle): Die Klassenzahlen und der Lektionenbedarf in der Grund- und Weiterbildung wurden zu hoch budgetiert. Die Lehrmittel der Lernenden wurden zu einem grossen Teil nicht mehr durch das KBZ bestellt und weiterverkauft; die Lernenden bestellen direkt beim Lehrmittellieferanten via Online-Shop. Dies vermindert sowohl Aufwand wie Ertrag.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2019.0003 Ersatzbeschaffung PC	Ausgaben	-78'000	-73'429.20	4'570.80	-5.9
	Einnahmen				
Total Budgetkredite	Ausgaben	-78'000	-73'429.20	4'570.80	-5.9
	Einnahmen				
	Saldo	-78'000	-73'429.20	4'570.80	-5.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Vollzugstätigkeit des Amtes wird durch Bundesgesetze vorgegeben und von der Konjunkturlage beeinflusst. Die Umfrage des Technologie Forums Zug bei den Mitgliedfirmen zeigt eine gute wirtschaftliche Situation und auch für die nahe Zukunft eine positive Einschätzung. Zum ersten Mal seit der Krise 2008 sind die Aussagen relativ einheitlich, was auf weniger Unsicherheiten im Markt schliessen lässt.

Solide Wirtschaftsentwicklung

Die vielen Firmenbesuche zeigen die Zufriedenheit mit der Standortqualität. Am Ist-Zustand muss weiter gearbeitet werden, um im harten Standortwettbewerb erfolgreich zu bleiben. Vermehrt wird die anstehende Unternehmenssteuerreform III thematisiert und die Unternehmen wünschen sich Planungssicherheit. Dennoch zeigen die ansässigen Unternehmen Vertrauen in das jahrzehntelange Bestreben der Zuger Politik nach Stabilität, Verlässlichkeit und kompetitive Standortqualitäten. Dieses Vertrauen muss bei Neuansiedlungen erst aufgebaut werden. Diese diskutieren daher die Fragen zur fiskalpolitischen Zukunft intensiver, weshalb Unsicherheiten im politischen Umfeld negativ für die Standortattraktivität sein können. Obwohl der Zuwachs der Firmen im Handelsregister kleiner war und die Anzahl der Ansiedlungsprojekte der Kontaktstelle Wirtschaft eher stagniert, konnte diese mehr Firmen bei der definitiven Ansiedlung im Kanton unterstützen als in den Jahren zuvor. Die Substanz dieser Projekte ist beachtlich. Gleicher bestätigen ansässige Banken. Dies zeigt, dass der Kanton Zug nach wie vor attraktiv ist, dass aber Entscheide auf nationaler Ebene diese Ausgangslage ändern können.

Stabile Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt

Trotz guter Konjunktur und entgegen der Budgetierung waren kaum mehr Arbeitsbewilligungen für Personen ausserhalb der EU/EFTA notwendig als im Vorjahr. Die Arbeitslosenzahl ist von 2,0 auf 2,4 Prozent bis Ende Jahr angestiegen. Die Anzahl arbeitsloser Jugendlicher (jünger als 25) ist dennoch leicht rückläufig. Hingegen sind die über 50-jährigen Personen leicht stärker betroffen. Grund dafür mag der Anpassungsdruck bei den Firmen sein, welche vermehrt interne Reorganisationen durchgeführt haben. Entsprechend wurden vermehrt Konsultationen für eine Massenentlassung gemeldet. Bei solchen Prozessen sind ältere Mitarbeitende stärker betroffen. Trotz allem ist die Suche nach geeigneten, qualifizierten Fachkräften nicht einfacher geworden. Ein Indiz dafür sind auch die stetig wachsenden Pendlerströme.

Etablierte, erfolgreiche Zusammenarbeit mit Dritten

Der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen baute das Projekt «Fokus Arbeit» für Personen mit erhöhtem Risiko einer Langzeitarbeitslosigkeit erfolgreich auf. Verstärkte Arbeitgeberkontakte haben die Meldung offener Stellen an das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum erhöht und die Anzahl erfolgreicher Stellenvermittlungen positiv beeinflusst. Der Verein für die Beratung ausländischer Arbeitskräfte, konkret die Fachstelle Migration Zug, war inhaltlich durch das vom Zuger Stimmvolk abgelehnte Integrationsgesetz und durch das Kantonale Integrationsprogramm des Bundes gefordert. Es wurde u.a. eine Kostenträgerrechnung eingeführt. Ein gutes Potenzial haben die Integrationsangebote «Grüezi Switzerland» und «In Zug zuhause». Mit den übrigen Partnern – Technologie Forum Zug, ProArbeit, Businesspark und Jobbörse der GGZ@WORK – besteht ein reger Austausch. Ausgebaut wurde das Labornetzwerk für Neuunternehmen (neu drei Labore von etablierten Unternehmen).

Überregionale Vernetzung wird wichtiger

Die zunehmende Vernetzung der Gesellschaft innerhalb des funktionalen Raums schlägt sich auch in einer vertieften, regionalen Zusammenarbeit zwecks Ökonomisierung der Ressourcen nieder. So konnten im Rahmen der Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug und Zürich (AMOSA) schon viele gemeinsame Erkenntnisse nutzbringend im Kanton umgesetzt werden. Zurzeit fokussiert AMOSA auf das Thema «Fachkräftemangel und Mobilität». Das Amt organisiert für ältere arbeitslose Personen aus mehreren Kantonen das Programm «Energy45+», welches vom Bund rückfinanziert wird. Der überregionale Ansatz optimiert die eingesetzten Mittel, vergrössert gleichzeitig auch das Netzwerk und dessen Potenzial für die Betroffenen. Im gleichen Sinn stellt das Amt auch einen Kurs «Arbeitsmarktstrategien für Führungskräfte» zur Verfügung. Die Agentur für eine gemeinsame Standortpromotion im Grossraum Zürich, die Greater Zurich Area AG (GZA), fasst zunehmend besser Tritt und die Zusammenarbeit unter den Mitgliedkantonen ist professioneller geworden.

Gesetzlicher Vollzug trotz Neuerungen wie gewohnt

Nebst vielen Neuerungen in den Bundesgesetzen, deren Umsetzung zu den nicht zu unterschätzenden Alltagsaufgaben zählt, galt es das neue Bundesgesetz über Risikoaktivitäten vorzubereiten. Der Bund forciert das Systemaudit «Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz» bei den Unternehmen, um so die Gesundheitsvorsorge und die Unfallpräventionen zu stärken. Neu wird ein starker Fokus auf die psychosozialen Stressfaktoren gelegt. Entsprechend sind die kantonalen Arbeitsinspektorate zusätzlich zu den baulichen Begutachtungen und Genehmigungen gefordert.

Mit Zug einen Schritt voraus

Parallel zum neuen Wirtschaftspflegegesetz wurde die Kundenpflege durch die Kontaktstelle Wirtschaft weiter professionalisiert und die strategischen Partner im Bereich der Ansiedlung besser eingebunden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsmarkt			
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem Seco	100 Kontrollen FLAM	●
2	Rechtsgleiche und rechtssichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländer	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt, < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	●
3	Fristgerechte Bewilligungen zur Markt-zulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihaagenturen (AV) und für Handelsreisende (HR)	> 80 % AV innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier, > 80 % HR innert 3 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	●
Leistungsgruppe 2: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsbedingungen			
4	Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	System-Audit Seco erfüllen	●
5	Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutach-tungen (PB), Prüfung korrekte Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	> 80 % PB innert 2 Arbeitswochen ab Vollständigkeit Dossier bearbeitet, 20 ASA-Kontrollen	●
Leistungsgruppe 3: Vollzug Bundesgesetze betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit			
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	Führungs-kennzahlen des Seco mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen, nächstes Audit Seco 2015	●
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Ver-fügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits-(KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlas-gesuche	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt, 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtlichem Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	●
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der arbeitsmarktlichen Massnahmen	Mindestens 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs, > 80 % positive Rückmeldun-gen der Kursbesuchenden	●
10	Rasches und juristisch stichfestes Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	> 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten ab Vollständigkeit Dossier, < 10 % Ein-sprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten	● Mehr Einsprachen, 78,6 % konnten innert 2 Monaten abgearbeitet werden

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Standortförderung			
11	Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	130 Firmenbesuche im Kanton Zug, 40 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	●
12	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	3 Zielmärkte, > 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	●
13	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	3 Newsletter, 1 Neuunternehmerapéro	●
Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben			
14	Fristgerechte Mitwirkung bei Rechtssetzung: Vernehmlassung, Mitbericht, Anhörung, Stellungnahme	100 % fristgerechte Eingaben	●
15	Wahrung der Interessen des Kantons Zug nach Aussen (Verbandstätigkeit, Repräsentation, Kommissionen)	Sitzungsteilnahmequote: 80 % (Input-Indikator)	●
16	Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» zwei Mal jährlich aktualisieren	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Stellensuchende	Personen	2'121	2'400	2'353
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Bewilligungen	453	620	462
Arbeitszeitbewilligungen	Bewilligungen	141	120	161
Planbegutachtungen	Anzahl	135	140	160
Total AVG-Betriebsbewilligungen	Anzahl	395	390	434

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Das Wirtschaftswachstum hat sich weniger stark auf die Rekrutierung von Drittstaatsangehörigen ausgewirkt als geplant.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-15'255'040.85	-15'635'900	-16'073'771.98	-437'871.98	2.8
Total Ertrag	10'990'257.93	10'839'365	11'421'941.44	582'576.82	5.4
Saldo	-4'264'782.92	-4'796'535	-4'651'830.54	144'704.84	-3.0

Kommentar Rechnung

Die im Vergleich zum Budget höheren Aufwendungen stammen von Aktivitäten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese werden aber zu rund 99 Prozent vom Bund rückfinanziert, was den Anstieg auf der Ertragsseite um die gleiche Grössenordnung erklärt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeitslosenkasse beschäftigte sich hauptsächlich mit der Bewältigung der steigenden Gesuchszahlen in den Leistungsbereichen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Insolvenz. Mit der Umstellung der Dokumentenverwaltung im Bereich Arbeitslosenschädigungen auf ein vom Bund vorgegebenes elektronisches Dokumenten-Management-System konnte ein aufwändiges Projekt abgeschlossen werden. Die Anpassungen der Funktionen und Arbeitsabläufe sind erfolgreich verlaufen. Der zeitliche Aufwand für die Bearbeitung der Anträge hat nach ersten Erfahrungen zugenommen. Im Bereich des internen Kontrollsystems sind die Kontrolltätigkeiten erhöht worden. Der Personalaufwand blieb trotz des Anstiegs der Leistungen und des Bearbeitungsaufwands dank einer Effizienzsteigerung konstant.

Arbeitslosenschädigungen

Im Jahresdurchschnitt nahm die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger leicht zu. Bei den Neuanmeldungen konnte trotz dieser Zunahme ein Rückgang verzeichnet werden. Die total geleisteten Arbeitslosenschädigungen überstiegen die Grenze von 60 Millionen Franken.

Arbeitslosenhilfe

Entgegen dem Trend bei den bundesrechtlichen Leistungen blieb die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger konstant. Den Gemeinden sind für die ausgerichteten Leistungen und den Vollzug rund 1,64 Millionen Franken in Rechnung gestellt worden. Rund 40 Prozent der Beziehenden haben sämtliche Leistungen der bundesrechtlichen Arbeitslosenversicherung und der Kantonalen Arbeitslosenhilfe erhalten und sind ausgesteuert worden.

Rückgang der Entschädigungen bei Insolvenz, Kurzarbeit und Schlechtwetter

Deutlich weniger Arbeitnehmende waren von Insolvenz des Arbeitgebers betroffen. Die Entschädigungen sanken von 3 800 000 Franken auf 2 200 000 Franken. Im Kurzarbeits- und Schlechtwetterbereich verminderten sich die Leistungen um 400 000 Franken.

Mutterschaftsbeiträge

Die Beitragsgesuche blieben im Jahresvergleich konstant. Die Zunahme der komplexen Anspruchsabklärungen sowie die erschwerte sprachliche Verständigung bei fremdsprachigen Müttern führten zu einem administrativen Mehraufwand.

Hohe Abweisungsquote bei Einspracheverfahren

Der Rechtsdienst beurteilte aussergewöhnlich häufig Sachverhalte im Bereich fehlender Nachweis der Arbeitsbemühungen vor und während der Arbeitslosigkeit. Von den behandelten Einsprachen wies der Rechtsdienst über 75 Prozent der Fälle ab, wovon rund 10 Prozent an das Verwaltungsgericht weitergezogen wurden.

Einführung Dokumenten Management System (DMS)

Mit der Einführung des DMS sind Funktionen, Zugriffssysteme und Hardware den veränderten Verhältnissen angepasst worden. Die umfangreichen Arbeiten führten zu keinen Verzögerungen bei der Auszahlung der Leistungen. Das interne Kontrollsyste ist auf die neuen Bedürfnisse ausgerichtet und verstärkt worden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG). Im Auftrag der Gemeinden richtet sie Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Entschädigungen AVIG			
1	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	●
2	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des Seco	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	●
3	Termingerechte Durchführung der Zahlungsverarbeitungen	Einhaltung der Valutavorgaben der Banken	●
4	Sicherstellen der Liquidität	100 % Vorgaben eingehalten	●
5	Lückenloses Durchführen des internen Kontrollsystems	100 % Vorgaben des Seco eingehalten	●
6	Fristgerechtes Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	100 % Vorgaben des Seco eingehalten	●
Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen			
7	Fristgerechte Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	●
8	Fristgerechte Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	●
9	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	●
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst			
10	Fristgerechte Ausarbeitung fundierte Einspracheentscheide	Innert 3 Monaten (Durchschnitt) nach Einreichung der Einsprache	●
11	Fristgerechte Ausarbeitung von Vernehmlassungen	95 % innert Frist	●
12	Effiziente, einwandfreie juristische Beratung	< 5 Reklamationen wegen Fehlinformation	●
13	Sicherstellen/Umsetzung rechtsgleicher Vollzug	< 10 % Abweichung zum gesamtschweizerischen Durchschnitt	●
14	Unterstützung bei juristisch komplexen Fragestellungen	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen für Dritte			
15	Fristgerechte Ausarbeitung Einspracheentscheide für AWA/RAV	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	● Mehr Einsprachen, 78,6 % konnten innert 2 Monaten abgearbeitet werden
16	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	●
17	Praxisgerechte Referententätigkeit bei RAV-Grundinformationskursen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG, 90 % positive Rückmeldungen	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Bezüger/innen Arbeitslosenschädigung (ALE)	Anzahl	3'246	3'700	3'421
Bezüger/innen Arbeitslosenhilfe (ALH)	Anzahl	228	600	228
Abrechnungen Entschädigungen	Anzahl	15'907	20'000	18'325
Mutterschaftsanträge	Anzahl	80	85	71
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl	49	70	21
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl	316	320	283
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl	298	300	303
jur. Beratung Sachbearbeitung	Std.	991	3'200	2'100
jur. Beratung Arbeitsrecht	Std.	825	1'100	782
jur. Bearbeitung RAV	Std.	1'813	1'700	1'875
Grundinformationskurse beim RAV	Anzahl	69	80	55

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Rückgang der jur. Beratungen bei der Sachbearbeitung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'045'924.22	-6'758'500	-5'865'072.68	893'427.32	-13.2
Total Ertrag	8'065'181.85	5'410'000	4'652'150.08	-757'849.92	-14.0
Saldo	2'019'257.63	-1'348'500	-1'212'922.60	135'577.40	-10.1

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand bei den Personalkosten von rund 110'000 Franken ist auf die Zunahme der Bezügerzahlen zurückzuführen. Der Budgetabweichung steht eine entsprechende Unterschreitung beim Amt für Wohnungswesen gegenüber.

Die Mutterschaftsbeiträge sind rund 145'000 Franken unter Budget aufgrund Abnahme der durchschnittlichen Bezugsdauer und Beiträge pro beziehende Mutter. Weniger Beziehende von Arbeitslosenhilfe führten zu rund 865'000 Franken tieferen Beitragszahlungen (Aufwand) und entsprechend tieferen Rückerstattungen der Gemeinden (Ertrag).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Zwei Fahrplanwechsel wurden vorbereitet und im Dezember wurde das Busnetz im Ennetseegebiet erheblich ausgebaut, es mussten aber auch Buslinien eingestellt werden. Diverse Bahnausbauten rund um den Zugersee stehen im Zusammenhang mit der Eröffnung des Gotthard Basistunnels an. Deren Vorbereitung verläuft plangemäss.

Bei 80 Prozent aller Linien sind Änderungen im Fahrplan geplant

Es wurde im Dezember ein Fahrplan umgesetzt, welcher ein halbes Jahr später erneut grossen Änderungen unterworfen sein wird. Ein unterjähriger Fahrplanwechsel wird notwendig, weil zwei zentrale Infrastruktureinrichtungen in Betrieb gehen werden. Im Kanton Zug betrifft dies das neue Bustrasse mit der Unterführung Sumpf in der Lorzenebene. Im Bahnbereich wird Mitte Juni 2014 die erste Etappe der Durchmesserlinie Zürich mit dem Tiefbahnhof Löwenstrasse in der Stadt Zürich in Betrieb genommen. Dies hat zusammen mit Angebotsausbauten Auswirkungen auf 21 Bus- und drei Bahnlinien im Kanton, wofür umfassende neue Fahrpläne erarbeitet wurden. Dem neuen Bundesrecht entsprechend wurde für diesen Fahrplan auch erstmals das zweijährige Fahrplan- und Bestellverfahren angewendet. Danach wurde mit den Transportunternehmungen das Angebot für die nächsten zwei Jahre zum Voraus verbindlich geregelt und teilweise bestellt.

Busangebot im Ennetseegebiet ist ausgebaut

Im Ennetseegebiet wurde im Dezember als dreijähriger Versuchsbetrieb die neue Linie 44 eingeführt, welche den nördlichen Teil der Gemeinde Hünenberg mit der Stadtbahnhaltstelle Zythus verbindet. Auch in Rotkreuz gibt es eine neue Buslinie: die Linie 28 wird von der Auto AG Schwyz betrieben und führt zur Hauptverkehrszeit von den Luzerner Riggemeinden und dem Bezirk Küssnacht via Autobahn direkt in das Industriegebiet Blegi und danach an den Bahnhof Rotkreuz. Am Bahnhof Rotkreuz wurden zudem die Linien 8 von Cham und 52 von Küntwil neu zur Haltestelle Bahnhof Nord geführt.

Angebotsabbau wegen ungenügender Nachfrage

Die ZVB-Linie 46 zwischen Cham und Sins sowie der Linienabschnitt Bostadel – Schindellegi – Feusisberg der PostAuto-Linie 661 mussten wegen ungenügender Nachfrage eingestellt werden. Weil sich die Erwartungen für die S-Bahn-Verbindung S32 zwischen Arth-Goldau und Rotkreuz nicht erfüllt haben, hat sich der Kanton Zug aus der Mitfinanzierung dieser S-Bahn-Linie zurückgezogen. Das Angebot bleibt ab Immensee bestehen und wird nur noch durch den Kanton Schwyz finanziert.

Bahnausbau am Zugersee

Der Kantonsrat hat der Festsetzung im Richtplan für eine insgesamt 2,4 Kilometer lange Doppelspurinsel in Walchwil zugestimmt. Dieser Entscheid kam nach aufwändiger Variantenevaluation und längerer Beratung zustande. Da die SBB beabsichtigt, gleichzeitig mit dem Bau der Doppelspurinsel die ganze Strecke zwischen Zug und Arth-Goldau vollständig zu erneuern und auf dem Abschnitt Oberwil bis Arth-Goldau während anderthalb Jahren zu sperren, gab es auch politische Vorstösse gegen dieses Vorhaben in verschiedenen Nachbarkantonen und auf Bundesebene im Ständerat.

Damit die Gotthardzüge im Jahr 2016 nach der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels am Zugersee umgeleitet werden können, muss im Ennetsee vorgängig die Doppelspurlücke zwischen Freudenberg und Rotkreuz ausgebaut werden. Im Rahmen des eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens wurden die Projektpläne öffentlich aufgelegt.

Neue Finanzierung der künftigen Bahnausbauten

Die Bahnplanung stand unter dem Einfluss der künftig zu erwartenden neuen Zuständigkeiten und Finanzierungsmechanismen. Die Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur), welche vom Bundesparlament beschlossen wurde, wurde Anfang 2014 dem Schweizer Stimmvolk unterbreitet und von diesem angenommen. Mit einem Fonds, welcher Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur langfristig finanziert, kann die Bahninfrastruktur dauerhaft erhalten und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Künftig werden die Kantone in Planungsregionen das regionale Bahnangebot gemeinsam planen. Es sollen alle vier bis acht Jahre grössere Ausbauschritte dem Parlament unterbreitet werden. In einem ersten Ausbauschritt ist unter anderem ein Projektierungskredit enthalten, mit welchem der Ausbau der Strecke Zürich-Zug-Luzern geplant werden kann.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr und setzt sich für eine attraktive überregionale Anbindung ein.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Sicherstellung nachfrageorientiertes öV-Angebot			
1	Rechtzeitiger Angebotsprozess	RRB im August, Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	● Angebotsvereinbarungen mit SBB ausstehend, da der Zürcher Verkehrsverbund nochmals nachverhandeln wird. Abschluss erst danach möglich
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kostendeckungsgrad > 40 %	●
3	Hohe Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	90 % der Umfrageteilnehmenden zufrieden, nächste Befragung 2014	●
Leistungsgruppe 2: Sicherstellung öV-Verkehrsinfrastruktur			
4	Keine Kostenüberschreitungen	Halbjährliche Reportings von SBB und Tiefbauamt	●
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren	98 % fristgerecht bearbeitet	●
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	295 Haltestellen und Bahnhöfe	●
A	Planung, Projektierung und Bauaufsicht von Bahnprojekten	Leistungssteigerung Zug-Thalwil im Bau. Auflageprojekt Doppelspur Freudenberg-Rotkreuz liegt auf Auflageprojekt Doppelspurinsel Walchwil in Bearbeitung Vorprojekt Stadtbahn Zug, 2. Teilergänzung in Bearbeitung	●
L13	Mehrheitsfähige (Mit-)Finanzierung von regionalen und kantonalen öV-Projekten	Durchstich Bustrasse Sumpf im Bau	●
Leistungsgruppe 3: Sicherstellung öffentliche Schifffahrt			
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kostendeckungsgrad > 60 %	●
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Aufgaben			
9	Rechtzeitige Mitwirkung bei Rechtssetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen	100 % fristgerechte Eingaben	
L41	Wahrung Interessen des Kantons nach aussen; Stärkung der Allianzen	Teilnahme an mind. 30 Sitzungen mit anderen Kantonen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien	34	34	34
Bahn- und Buslinien	Länge in km	227	227	227
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl	293	295	295
Kursangebot	Kurskilometer	6,4 Mio.	6,8 Mio.	6,8 Mio.
ÖV-Tarife	Tariferhöhung in %	5,2 %	ca. 5 %	ca. 5 %

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 ÖV-Tarife: Aufgrund des neuen Zonensystems kann kein genauer Wert über die prozentuale Tariferhöhung ausgewiesen werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-33'765'832.41	-37'743'320	-37'653'828.88	89'491.12	-0.2
Total Ertrag	7'441'728.00	7'500'000	7'388'667.00	-111'333.00	-1.5
Saldo	-26'324'104.41	-30'243'320	-30'265'161.88	-21'841.88	0.1

Kommentar Rechnung
 Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0027 Erwerb von Aktien der ZVB AG					
Ausgaben			-1'308'000.00	-1'308'000.00	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben			-1'308'000.00	-1'308'000.00	
Einnahmen					
Saldo			-1'308'000.00	-1'308'000.00	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0001	öV-Feinverteiler Planung					
	Ausgaben	-12'874.85	-100'000	-52'792.60	47'207.40	-47.2
	Einnahmen					
VD2035.0007	Projektierung Stadtbahn 1. Teilergänzung					
	Ausgaben	749'797.10				
	Einnahmen					
VD2035.0009	1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)					
	Ausgaben	-1'368'248.60		-379.20	-379.20	
	Einnahmen					
VD2035.0015	öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe					
	Ausgaben	-18'541.00	-100'000		100'000.00	-100.0
	Einnahmen					
VD2035.0020	Bahnprojekte (Planung und Projektierung)					
	Ausgaben	-221'731.50	-1'600'000		1'600'000.00	-100.0
	Einnahmen					
VD2035.0022	Bahnprojekte (Bau)					
	Ausgaben		-500'000		500'000.00	-100.0
	Einnahmen					
VD2035.0023	Darlehen Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich					
	Ausgaben	-12'600'000.00				
	Einnahmen					
VD2035.0025	Zugfolgezeit Litti-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)					
	Ausgaben	-335'000.00	-1'000'000	-598'596.00	401'404.00	-40.1
	Einnahmen		350'000		-350'000.00	-100.0
VD2035.0026	S-Bahnhaltestelle Steinhausen Righblick					
	Ausgaben	-4'789'031.55		-1'652'440.00	-1'652'440.00	
	Einnahmen	1'000'000.00		450'000.00	450'000.00	
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-18'595'630.40	-3'300'000	-2'304'207.80	995'792.20	-30.2
	Einnahmen	1'000'000.00	350'000	450'000.00	100'000.00	28.6
	Saldo	-17'595'630.40	-2'950'000	-1'854'207.80	1'095'792.20	-37.1

Kommentar Rechnung

Das Projekt 0027 erfolgte gemäss RRB vom 29. Januar. Die ZVB-Aktien der Stadt Zug konnten kurzfristig erworben werden, weshalb kein Betrag budgetiert werden konnte. Die Phase der Projektierung des Projekts 0020 konnte nicht ausgelöst werden, da das zukünftige Angebot noch nicht abschliessend geklärt ist. Für das Projekt 0022 mussten keine Erneuerungen und Ergänzungen an den Bahnanlagen vorgenommen werden. Beim Projekt 0025 erfolgten die Zahlungen von Bund und Kantone direkt an die SBB (netto, d.h. keine Vorfinanzierung der Bundesbeiträge). Beim Projekt 0026 erfolgte die Rechnungstellung für einen Teil der Ausführungskosten der SBB im Jahr 2013 anstatt im Jahr 2012. Demzufolge konnte auch die Verrechnung mit der Gemeinde Steinhausen erst im Jahr 2013 anstatt im Jahr 2012 erfolgen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fallzahlen bei den Ergänzungsleistungen stagnierten erstmals seit Jahren. Trotzdem nahmen die Ausgaben wegen einer allgemeinen Rentenerhöhung, welche auch die Höhe der Ergänzungsleistungen bestimmt, deutlich zu.

Ergänzungsleistungen

Erstmals seit Jahren stagnierten die Fallzahlen bei den Ergänzungsleistungen: es wurden an genau gleich viele Bezügerinnen und Bezüger Ergänzungsleistungen ausgerichtet wie im Vorjahr (2066 Fälle). Der steigenden Zahl von Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung aus demographischen Gründen steht eine leichte Abnahme bei den Ergänzungsleistungen zur Invalidenversicherung (IV) gegenüber. Der Rückgang ist auf die sinkende Zahl von IV-Renten zurückzuführen. Trotz dieser Entwicklung sind die Kosten gegenüber 2012 aus folgenden Gründen erneut gestiegen: auf den 1. Januar erfolgte eine allgemeine Rentenerhöhung; deren Eckwerte bestimmen auch die Leistungshöhe bei den EL.

Der Regierungsrat beschloss per 1. Januar eine Anpassung der Tagestaxen bei einem Aufenthalt in einem Behindertenwohnheim. Die Mehrkosten bei den Ergänzungsleistungen werden in gleichem Masse durch Minderausgaben bei der Direktion des Innern kompensiert. Hier handelt es sich somit nur um eine Umlagerung.

Die vom Regierungsrat jährlich festgelegten Heimtaxen für die gemeindlichen Heime steigen seit der Einführung des eidgenössischen Pflegefinanzierungsgesetzes überdurchschnittlich an.

Familienzulagen für Nichterwerbstätige

Der Kanton Zug finanziert seit der Einführung des eidgenössischen Familienzugangsgesetzes im Jahr 2009 die Leistungen für die Nichterwerbstätigen. Der Aufwand ist von Jahr zu Jahr stark schwankend, dies aufgrund der wechselnden Gesuchszahlen und im Gesetz vorgesehenen Nachzahlungen an die Gemeinden innerhalb der letzten fünf Jahre. So wurden 119 Gesuche für 199 Kinder- bzw. Ausbildungszulagen genehmigt, was deutlich über den Vorjahreszahlen liegt. Der finanzielle Aufwand betrug mit rund 918 000 Franken fast doppelt so viel wie im Vorjahr mit 466 000 Franken. 60 Prozent der Anspruchsberechtigten beziehen wirtschaftliche Sozialhilfe. Um diesen Teil werden die Gemeinden somit finanziell entlastet.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'554'133.50	-1'600'000	-1'324'795.96	275'204.04	-17.2
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-37'628'025.27	-42'770'000	-41'548'792.02	1'221'207.98	-2.9
	Total Aufwand	-39'182'158.77	-44'370'000	-42'873'587.98	1'496'412.02	-3.4
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	10'485'619.00	11'000'000	11'630'496.00	630'496.00	5.7
	Total Ertrag	10'485'619.00	11'000'000	11'630'496.00	630'496.00	5.7
	Saldo	-28'696'539.77	-33'370'000	-31'243'091.98	2'126'908.02	-6.4

Kommentar Rechnung

Wir verweisen auf die Erläuterungen in der Gesamtwürdigung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das anhaltend nasse Frühjahr wirkte sich negativ auf die Futterqualität und damit auf die Milchleistung aus. Aufgrund der Lage auf den internationalen Märkten hat der Milchpreis leicht angezogen. Die Vorbereitungsarbeiten auf die Agrarpolitik 2014–2017 konnten termingerecht vorangetrieben werden. So gelang es den sechs Zentralschweizer Kantonen, ein gemeinsames Landschaftsqualitätsprojekt aufzubauen und beim Bund einzureichen. Das Landwirtschaftsamt hat sich bei interkantonalen und nationalen Plattformen intensiv eingebracht und sich für eine praktikable Umsetzung des eidgenössischen Gewässerraumes eingesetzt.

Strukturdaten weitgehend unverändert

Die jährliche landwirtschaftliche Datenerhebung umfasst ca. 600 Betriebe, 300 Hobbybetriebe und 260 Bienenhaltungsstandorte. Sie wird vollständig über das nationale Webportal www.agate.ch abgewickelt. Die Landwirte erfassen die Daten selber, teilweise unterstützt von den Ackerbaustellenleitung. Dieses Vorgehen läuft inzwischen weitgehend unproblematisch ab. Hingegen muss das Landwirtschaftsamt der Mehrheit der Hobbybetriebe nachgehen, da sie sich nicht um die Datenerhebung kümmern. Tendenziell sinkt die Anzahl Landwirtschaftsbetriebe weiterhin leicht. Darunter sind immer wieder auch grössere Betriebe, auf denen die Arbeitslast die personellen Ressourcen der jeweiligen Bauernfamilie übersteigt, das erzielte Einkommen jedoch keine Angestellten gestattet.

Kontrolltätigkeit im bisherigen Rahmen

Die Regionalstelle Zug des akkreditierten Kontrolldienstes Schwyz, Nidwalden, Zug (KDSNZ) führte auf 44 Prozent der ÖLN-Betriebe Kontrollen durch, was im bisherigen Rahmen liegt. Die Biobetriebe wurden durch die Biokontrollorganisationen kontrolliert. Insgesamt mussten bei rund 15 Prozent der Betriebe Mängel festgestellt werden. Häufigste Mängel waren wiederum unvollständige Aufzeichnungsunterlagen und fehlende Bodenproben, Wasseranalysen, Weide-/Auslauftage sowie Mängel beim qualitativen Tierschutz und zu früh geschnittene Öko-Flächen. Nach Ablauf der Übergangsfrist sind im baulichen Tierschutz vereinzelt Masse noch nicht angepasst worden. In einem Fall war der Stall teilweise überbelegt. Ein besonderes Augenmerk galt der Nährstoffbilanz der im Seeeinzugsgebiet gelegenen Betriebe, welche Hofdünger abgeben. Vereinzelt mussten Betriebe zur Reduktion ihres Nährstoffumsatzes angehalten werden.

Strukturverbesserung ohne Kreditausfälle

Die Anzahl bewilligter Kredite blieb stabil. Zugenommen hat die Kreditsumme pro Fall, weil grössere Einheiten gebaut werden. Das kann als Zeichen des Strukturwandels, der damit einhergehenden Spezialisierung und der Zuversicht der Landwirte in die Zukunft gesehen werden. Kreditausfälle waren keine zu verzeichnen.

Agrarpolitik 2014–2017 und Landschaftsqualität

Die Agrarpolitik 2014–2017 baut das Direktzahlungssystem für die Landwirtschaftsbetriebe völlig um. Verwaltungsseitig schreibt der Bund den Kantonen Abläufe und einzelne Schritte genauer vor. Das Landwirtschaftsamt konnte sich fristgerecht auf diese neue Situation einstellen, die Anpassung seiner EDV-Werkzeuge angehen und die internen Prozesse klären sowie einen Masterplan für die Arbeiten 2014 erarbeiten. Ohne modernste und leistungsfähige EDV ist die heutige Agrarverwaltung nicht mehr rationell zu bewerkstelligen.

Zusammen erarbeiteten die sechs Zentralschweizer Kantone die Grundlagen für das neue Instrument der Landschaftsqualitätsbeiträge.

Der Projektbericht als Basis für die freiwillige Mitwirkung der Landwirte und der Ausrichtung der Beiträge, konnte dem Bund im Januar 2014 eingereicht werden. Träger des Zuger Landschaftsqualitätsprojektes ist der Zuger Bauernverband.

Mit Zug einen Schritt voraus: Regionalentwicklungsprojekt «Zuger und Rigi Chriesi»

Das Amt unterstützt das Projekt zur regionalen Entwicklung mit dem Titel «Zuger und Rigi Chriesi» via die Strukturverbesserung. Umgesetzt wird das Projekt von der zuger-rigi-chriesi AG.

Die bisherigen Investitionen in Produkteentwicklung und Erschliessung neuer Absatzkanäle machten sich bezahlt. Die relativ kleine Ernte konnte problemlos und zu guten Konditionen verkauft werden. Die Nachfrage nach Brenn- und Konservenkirschen von Hochstammbäumen hat erfreulich angezogen. Die zuger-rigi-chriesi AG konnte rollend gefrorene Zuger und Rigi Chriesi ins Sortiment eines Grossverteilers bringen. Das Angebot wurde mit der Pflanzung von rund 800 Kirschenbäumen langfristig erweitert. Für 2013 erwartet die zuger-rigi-chriesi AG ein solides Geschäftsergebnis.

Ein wichtiger Erfolg war die Erteilung der Appellation d'Origine Protégée (AOP) für den Zuger und Rigi Kirsch.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Landwirtschaftsamt vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, primär im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
A	Das Landwirtschaftsamt pflegt aktiv ein gutes Einvernehmen mit den Ämtern, die ebenfalls von Landwirtschaftsfragen betroffen sind	Keine strittigen inhaltlichen und organisatorische Fragen vor dem Regierungsrat	●
Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion			
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli, 100 % Hauptzahlungen bis 10. Dezember, 95 % aller Betriebe sind mit der Hauptzahlung korrekt abgerechnet	●
2	Zertifizierung ISO/IEC 17020	Wiederholungsaudit bestanden	○ Die Schweizerische Akkreditierungsstelle hat den Termin auf den 25.–26. März 2015 verschoben
3	Kontrollkoordination für die Programme ÖLN, HyMp, blaue Kontrollen, Primärproduktion, Ammoniakprojekt (ausgenommen Bio, Verdachtsfälle, Nachkontrollen und Labels)	1 koordinierte Kontrolle pro Landwirtschaftsbetrieb, sofern keine Beanstandungen erfolgen	●
D	Periodische Kontrolle von Flächen und Elementen nach Ökoqualitätsverordnung	Alle Obstgärten und Flächen mit Qualität, die kontrolliert werden müssen, sind kontrolliert	●
E	Agrarpolitik 2014–17: Vorbereitung auf die mögliche Einführung von Landschaftsqualitätsbeiträgen	Bis Dezember sind die Grundzüge eines Umsetzungskonzepts festgelegt und mit den wichtigsten mitbetroffenen Ämtern und dem Zuger Bauernverband abgesprochen	●
L28	Förderung E-Government im Bereich Landwirtschaft	Durchführung von mindestens 2 Schulungshalbtagen	○ Keine Nachfrage
Leistungsgruppe 2: Strukturverbesserung			
4	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Liegt bis 15. Januar vor	●
5	Stand Betriebskapital (IK, BH) fristgerecht melden	Meldung bis 15. Juli	●
6	Kreditrisiken tief halten	100 % Rückzahlungsquote	●
H	Publikation der Drainagepläne der Bodenverbesserungen Rotkreuzer-Forren, Tobelbach, Wuhrgraben, Auletenried auf ZugMap	Ausgeführt bis 30. November	○ Die Pläne sind digitalisiert, aber wegen anderer Prioritäten und offener Fragen noch nicht publiziert

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht			
7	Gesuche zum BGGB speditiv und rechtsgleich behandeln	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen, keine gutgeheissenen Beschwerden	● Bearbeitungsdauer eingehalten; 1 offene Beschwerde
J	Vorbereitung auf die Umsetzung der Agrarpolitik 2014–17 und Erbringung der notwendigen Vorleistungen	Bis November sind der verwaltungsinterne Anpassungsbedarf evaluiert und erste Anpassungsschritte eingeleitet	●
Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft			
8	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr, mindestens 1 aktuelle Informationsbroschüre	●
9	Führen des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz (Kolas) speditiv und initiativ	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen, Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	●
L	Vernetzungsprojekte Lorzenebene: Hilfe bei Aufbau Trägerschaft und Projektgesuch	Die Arbeitsgruppe hat das Projekt bis 31. Dezember eingereicht	●
L7	Regionalentwicklungsprojekt Zuger & Rigi Chriesi: Umsetzung begleiten	Umsetzung Teilprojekte 3 und 4 hat begonnen	●
Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben			
10	Aktive Vernetzung auf nationalen, regionalen und kantonalen Fachtagungen sowie auf kantonalen Generalversammlungen	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	●
11	Aktive Beteiligung an den Arbeitsgruppen des Bundes zum Aufbau der Agrarsektoradministration (ASA 2011)	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	●
12	Mitwirkung bei Rechtssetzung, insbesondere bei Planungsverfahren, Mitberichten, Stellungnahmen	100 % fristgerechte Eingaben an Direktion, 90 % fristgerechte Eingaben bei Fachstellenverfahren	● Kurzfristige Verschiebung der amtsinternen Prioritäten

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Im Pachtrecht sind weniger Verfügungen für Kooperationen angefallen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Verfügung Direktzahlungen	Anzahl	512	500	500
Verfügung Strukturverbesserung	Anzahl	26	20	23
Verfügung bäuerliches Bodenrecht	Anzahl	105	95	114
Verfügung landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl	54	50	36
Verfügung Landwirtschaftsgesetz	Anzahl	19	12	15

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-32'837'241.70	-34'369'500	-33'546'023.19	823'476.81	-2.4
Total Ertrag	30'239'017.45	31'302'600	30'878'545.10	-424'054.90	-1.4
Saldo	-2'598'224.25	-3'066'900	-2'667'478.09	399'421.91	-13.0

Kommentar Rechnung

Es wurden rund 700'000 Franken weniger Direktzahlungen (Durchlaufposten) ausgerichtet. Die Landwirte beteiligten sich stärker am Ammoniakprojekt. Die Rückerstattung des Bundes fiel entsprechend höher aus. Dank interkantonaler Zusammenarbeit und mehr Eigenleistungen kam die Vorbereitung auf die Agrarpolitik 2014–2017 günstiger zu stehen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2050.0007 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen					
Ausgaben	-1'606'484.00	-3'246'000	-1'109'617.00	2'136'383.00	-65.8
Einnahmen	890'099.00	1'700'000	598'187.00	-1'101'813.00	-64.8
VD2050.0008 Investitionskredite LwG; Aus- und Rückzahlungen					
Ausgaben	-2'968'600.00	-2'600'000	-4'718'400.00	-2'118'400.00	81.5
Einnahmen	2'534'819.50	2'600'000	2'493'739.50	-106'260.50	-4.1
VD2050.0009 Betriebshilfedarlehen LwG; Aus- und Rückzahlungen					
Ausgaben		-150'000		150'000.00	-100.0
Einnahmen	72'850.00	150'000	72'850.00	-77'150.00	-51.4
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-4'575'084.00	-5'996'000	-5'828'017.00	167'983.00	-2.8
Einnahmen	3'497'768.50	4'450'000	3'164'776.50	-1'285'223.50	-28.9
Saldo	-1'077'315.50	-1'546'000	-2'663'240.50	-1'117'240.50	72.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Ein Beitragsprojekt wurde von den Gesuchstellenden definitiv zurückgezogen. Das Regionalentwicklungsprojekt «Zuger & Rigi Chriesi» (Zielsetzung L7) erforderte weniger Beiträge. Mehr und grössere Projekte wurden mit Investitionskrediten unterstützt. Die Gewährung von Betriebshilfen war nicht nötig.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Wohnungswesen befasste sich hauptsächlich mit der Umsetzung der Instrumente zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Gemeinden und gemeinnützige Bauträger sind bei der Realisierung von preisgünstigen Wohnbauprojekten beraten worden. Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht erzielte eine hohe Vermittlungsquote bei den Schlichtungsverfahren.

Wohnraumförderungsgesetz

Seit Einführung der Wohnraumförderungsgesetze im Jahr 1992 konnten 1765 preisgünstige Wohnungen gefördert werden. Drei Projekte mit 82 preisgünstigen Wohnungen sind beraten und gefördert worden. Bei zwei bestehenden Projekten konnten 22 Wohnungen mit Leistungsvereinbarungen dem erschwinglichen Wohnraum erhalten werden. Weitere sieben Bauvorhaben mit mehr als 300 Wohnungen wurden beratend begleitet. Von den laufenden Krediten von rund 49 Millionen Franken sind 18 Millionen Franken abgerechnet worden.

Neue Förderungsinstrumente

Zwei Gemeinden sind über die Möglichkeiten der Darlehensgewährung im Rahmen konkreter Bauprojekte durch den Kanton beraten worden. Bisher konnte noch kein entsprechendes Projekt gefördert werden. Bei einem Bauvorhaben mit Gemeindebeteiligung konnte ein einmaliges Projektdarlehen an den gemeinnützigen Bauträger gewährt werden.

Mietzinskontrolle

Die Überprüfung der Mietzinse bei geförderten Objekten bestätigte im Ergebnis, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger die Mieten nach den Grundsätzen der Kostenmiete berechnet haben. Die veränderten Einkommensverhältnisse führten bei verschiedenen Mietenden zum Wegfall der Anspruchsberechtigung auf Mietzinsbeiträge.

Tiefer Leerwohnungsbestand

Die Erhebung der Leerwohnungen weist mit 183 leerstehenden Wohnungen eine leicht höhere Zahl als im Vorjahr aus. Der Leerwohnungsbestand verharret mit 0,3 Prozent auf sehr tiefem Niveau. Besonders wenig leerstehende Wohnungen waren in den Gemeinden Zug, Unterägeri und Baar zu verzeichnen.

Hohe Schlichtungsquote

Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht befasste sich besonders häufig mit Herabsetzungsbegehren infolge tieferem Referenzzinssatz sowie Kündigungen und Forderungen aus dem Mietvertrag. In mehr als 78 Prozent der Verfahren konnte eine Einigung erzielt werden.

Mieterberatung

Die Senkung des Referenzzinssatzes führte zu einem markanten Anstieg bei den Beratungen zur Mietzinshöhe.

Mit Zug einen Schritt voraus

Zwei Projekte mit neuen Wohnformen im Alter sind in Abklärung. Bei den laufenden Projekten wird die Realisierung von altersgerechtem Wohnraum angestrebt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnbauförderungsgesetzgebungen. Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung			
1	Fristgerechtes Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	<input checked="" type="radio"/>
2	Vollständige technische Beurteilung der Gesuche	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	<input checked="" type="radio"/>
3	Fristgerechtes Erarbeiten der Semesterzahllisten	Innert 30 Tagen nach Semesterende	<input checked="" type="radio"/>
4	Fristgerechtes Abklären der Ansprüche auf Beiträge	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung	<input checked="" type="radio"/>
5	Fristgerechtes Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
L37	Umsetzung/Unterstützung der alternativen Wohnformen im Alter	Förderung von mindestens einem konkreten Projekt	<input type="radio"/> Projekt mit gemischter Wohnform (Alterswohnungen) in Vorbereitung, Entscheid: Frühjahr 2014
Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung			
6	Fristgerechtes Entscheiden der Gesuche um Bausparbeiträge	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>
7	Vollständige technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen. 100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	<input type="radio"/> Fehlende Gesuche
8	Fristgerechte Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	100 % Einhaltung der vorgegebenen Termine	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde			
9	Fristgerechtes Ausarbeiten der Schlüchtungentscheide	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	<input checked="" type="radio"/>
10	Fristgerechtes Planen/Durchführen der Verhandlungen	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	<input checked="" type="radio"/>
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Genehmigung innert 2 Wochen	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl	347	430	430
Wohnbauprojekte	Anzahl	12	10	11
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl	167	150	170
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl	615	620	692
Bauspargesuche	Anzahl	2	6	1
Schlichtungsverfahren	Anzahl	288	220	277

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Rückgang der Bauspargesuche aufgrund des Wegfalls des Extrazinses bei Bausparmodellen einer Bank.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'117'728.45	-2'214'590	-2'744'795.30	-530'205.30	23.9
Total Ertrag	11'882.00	13'000	1'500.00	-11'500.00	-88.5
Saldo	-2'105'846.45	-2'201'590	-2'743'295.30	-541'705.30	24.6

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand im Bereich Beiträge für Wohnraumförderung ist auf die Abrechnung von zwei grösseren Bauprojekten zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2065.0001 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 03/10 (VD0002R)					
Ausgaben		-100'000	-240'000.00	-140'000.00	140.0
Einnahmen					
VD2065.0002 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 10 (VD0003R)					
Ausgaben		-1'400'000		1'400'000.00	-100.0
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben		-1'500'000	-240'000.00	1'260'000.00	-84.0
Einnahmen					
	Saldo	-1'500'000	-240'000.00	1'260'000.00	-84.0

Kommentar Rechnung

Höhere Vorfinanzierung (Rahmenkredit VD0002R) wegen der Grösse des Bauvorhabens.

Mangels Objekten mit geeignetem Bauland konnten keine Projekte mit Darlehen (Rahmenkredit VD0003R) für die Finanzierung des Baulandes gefördert werden.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

Kommentar Rechnung
Das Amt ist derzeit inaktiv.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Sowohl die Zahl der im Handelsregister vorgenommenen Eintragungen als auch die Anzahl eingetragener Firmen haben gegenüber dem Vorjahr geringfügig zugenommen. Die grosse Zahl von Gesellschaften, welche einen Organisationsmangel aufweisen oder keine oder eine unkorrekte Adresse eingetragen haben, führt zu zahlreichen amtlichen Aufforderungsverfahren sowie zu Auflösungen und Löschungen. Da viele der daraus resultierenden Eintragungen unentgeltlich vorzunehmen sind, ist auch der Gebührenertrag für die Eintragungen nochmals leicht zurückgegangen.

Praktisch gleich viele Eintragungen und Gesellschaften wie im Vorjahr

Die Anzahl der Anmeldungen für Eintragungen in das Handelsregister ist gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert geblieben. Auch die Zahl der im Handelsregister des Kantons Zug insgesamt eingetragenen Gesellschaften hat nur marginal zugenommen. Dieses Ergebnis wider spiegelt das nach wie vor anspruchsvolle wirtschaftliche Umfeld, in welchem sich auch der Kanton Zug im vergangenen Jahr immer noch befunden hat.

Gesellschaften ohne Organe und Firmen ohne Adresse

Wie schon im Vorjahr, befasste sich das Handelsregisteramt intensiv mit jenen Gesellschaften und Einzelunternehmen, die nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprachen. Gesellschaften mit einer mangelhaften Organisation hinsichtlich Verwaltung, Vertretung oder Revision, welche diesen Mangel trotz entsprechender Aufforderung durch das Handelsregisteramt nicht beheben, werden an das Kantonsgericht überwiesen und von diesem notfalls aufgelöst. Diese Gesellschaften werden in der Folge vom Konkursamt nach den Vorschriften über den Konkurs liquidiert. Dagegen werden Gesellschaften, welche keine korrekte Adresse mehr aufweisen, vom Handelsregister aufgelöst, sofern sie den Mangel nicht beheben. Auch bei den Einzelunternehmen wurde im Zuge eines Bereinigungsverfahrens festgestellt, dass diverse Eintragungen nicht mehr aktuell sind. Als Folge davon mussten zahlreiche Einzelunternehmen von Amtes wegen gelöscht werden, da sie keine Adresse mehr hatten oder ihre Inhaberinnen und Inhaber verstorben oder weggezogen waren.

So wünschenswert diese amtlichen Liquidationen und Löschungen für die Bereinigung des Handelsregisters sind, so bedauerlich sind gewisse Auswirkungen dieser Regelung. So kommt es immer häufiger vor, dass sich die letzten eingetragenen Personen auf eigenes Begehr loschen lassen, statt eine ordentliche Liquidation durchzuführen oder im Falle der Überschuldung die Bilanz beim Richter zu deponieren.

Einführung der elektronischen Anmeldung per 1. Januar 2013

Seit dem vergangenen Jahr können die Belege für eine Eintragung im Handelsregister elektronisch eingereicht werden. Dies gilt nicht nur für einfache Dokumente, sondern auch für öffentliche Urkunden. Damit diese Belege gleichwertig mit den Originalbelegen auf Papier sind, müssen sie digital signiert, das heisst elektronisch unterzeichnet sein. Auch wenn sich dieses Vorgehen noch nicht breitflächig durchgesetzt hat, verwenden immer mehr Gesuchsteller diese Möglichkeit regelmässig.

Einführung der Unternehmens-Identifikationsnummer

Kurz vor dem Jahresende wurden die bisherigen Registernummern der im Handelsregister eingetragenen Firmen durch die Unternehmens-Identifikationsnummern (UID) ersetzt. Diese ermöglicht es den Unternehmen, sich bei allen Behördenkontakten mit einer und derselben Nummer zu identifizieren. Dank der UID wird die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung einfacher und effizienter.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt erfasst rechtlich relevante Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Rechtseinheiten (im Folgenden Unternehmen genannt), legt diese offen und erbringt weitere damit verbundene Dienstleistungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Registerführung			
1	Erbringung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen	Maximal 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister	<input checked="" type="radio"/>
2	Effiziente Prüfung der eingereichten Belege	80 % innert 5 Arbeitstagen	<input type="radio"/> Wegen Verzögerungen während der Spitzenzeiten zu 75 % erreicht
3	Zeitnahe Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	95 % innert 2 Arbeitstagen	<input checked="" type="radio"/>
4	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	<input checked="" type="radio"/>
5	Rasche und effiziente Aufforderungen an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	<input checked="" type="radio"/>
6	Fristgerechter Erlass von Amtsverfügungen/Anträgen an das Kantonsgericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	<input checked="" type="radio"/>
7	Fristgerechte Anmahnung pendenter und unvollständiger Anmeldungen und Zurücksendung bei ausbleibender Reaktion	80 % der Mahnungen nach 4 Monaten versandt, Rücksendung der Akten nach Ablauf der in der Mahnung gesetzten Frist	<input type="radio"/> Ziel zu 75 % erreicht. Oft wird nur ein Teil der angeforderten Unterlagen eingereicht
8	Rasche Auskunftserteilung	90 % innert 1 Arbeitstag	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben			
9	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	90 % Sitzungs-Teilnahmequote	<input checked="" type="radio"/>
10	Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen	100 % fristgerechte Eingaben	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl	16'982	19'000	17'082
Eingetragene Firmen	Anzahl	30'312	31'100	30'397
Ausgestellte Registerauszüge, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl	15'500	16'500	15'700
Juristische Vorprüfungen	Anzahl	600	600	800
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl	980	900	950
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl	1'150	900	1'270
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl	300	150	330
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl	110	140	165
Telefonische Auskünfte	Anzahl		21'000	22'000

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Es wurden aufgrund des weiterhin anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfelds weniger Eintragungen als budgetiert angemeldet. Die Verrichtungen im Zusammenhang mit Organisationsmängeln und fehlenden Adressen haben zugenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'474'594.94	-2'534'070	-2'483'272.71	50'797.29	-2.0
Total Ertrag	4'918'815.83	5'439'100	4'865'841.80	-573'258.20	-10.5
Saldo	2'444'220.89	2'905'030	2'382'569.09	-522'460.91	-18.0

Kommentar Rechnung

Die Gebühreneinnahmen waren zu hoch budgetiert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Abweichung bescheiden (-2.5 Prozent). Die zahlreichen amtlichen Eintragungen, welche unentgeltlich erfolgen, haben zu Mindererträgen bei den eidgenössischen Gebühren geführt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2070.0097 Elektronische Anmeldung und Belege					
Ausgaben	-1'039.70				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-1'039.70				
Einnahmen					
Saldo	-1'039.70				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zahl neu eröffneter Konkurse ist nochmals leicht zurückgegangen. Genau die Hälfte der eröffneten Verfahren ist auf einen Organisationsmangel zurückzuführen. Dank einer nach wie vor hohen Erledigungsquote hat die Anzahl pendenter Verfahren per Ende Jahr wiederum abgenommen. Erneut konnten auch einige ältere Verfahren abgeschlossen werden, weshalb die Verfahren im Durchschnitt weniger lang pendent bleiben.

Leichter Rückgang der Konkureröffnungen

Trotz des nach wie vor anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfelds ist die Zahl der neu eröffneten Konkursverfahren nochmals leicht zurückgegangen. Dafür mussten Verfahren, welche in früheren Jahren mangels Aktiven eingestellt worden sind, nochmals eröffnet werden, da nachträglich neues Vermögen aufgetaucht ist. Während für die eine Hälfte der eröffneten Verfahren der Grund im SchKG liegt, bildet für die andere Hälfte ein Organisationsmangel die Ursache für die Anordnung der konkursamtlichen Liquidation. Obwohl weniger Verfahren abgeschlossen wurden als im Vorjahr, sind dank der Erledigung mehrerer älterer Verfahren im Durchschnitt die Verfahren weniger lang pendent. Es mussten deshalb weniger pendente Verfahren auf das neue Jahr übertragen werden als im Vorjahr.

Ausbau der internen Wissensdatenbank

Die für den internen Gebrauch eingerichtete Wissensdatenbank wurde auch im Berichtsjahr ständig erweitert. Sie erlaubt den Mitarbeitenden, Informationen zu Verfahrensfragen abzurufen. So werden interne rechtliche Abklärungen, Gerichtsentscheide, wissenschaftliche Abhandlungen usw. darin aufgenommen. Dadurch kann nebst den regelmässigen Sitzungen der interne Wissenstransfer besser gewährleistet werden.

Abgabe der Kompetenz für Betreibungen gegen öffentlich-rechtliche Körperschaften

Bisher war das Konkursamt zuständig für die wenigen Betreibungen gegen den Kanton Zug, die zugerischen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts. Da für die weitere Ausübung dieser Tätigkeit eine neue EDV-Anwendung hätte angeschafft werden müssen, wurde diese Funktion durch eine Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs auf das Betreibungsamt Zug übertragen. Sofern sich allfällige Betreibungen gegen die Einwohnergemeinde Zug richten sollten, wird diese Funktion ausnahmsweise vom Betreibungsamt Baar ausgeübt. Diese Gesetzesänderung trat am 13. Juli 2013 in Kraft.

Elektronische Übermittlung von Dokumenten an das Konkursamt

Beim Konkursamt besteht ein Briefkasten zur elektronischen Übermittlung von Eingaben und Dokumenten an das Konkursamt. Die Eingabe muss digital qualifiziert unterschrieben sein. Obwohl diese Möglichkeit schon seit einiger Zeit dem Publikum zur Verfügung steht, wird diese nicht genutzt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren			
1	Beförderliche Erledigung der Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Mindestens 80 % der Verfahren sind innert <12 Monaten erledigt Höchstens 20 % der Verfahren dauern länger als 1 Jahr Davon sind 90 % der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt. Fristerstreckungsgesuche an Aufsichtsbehörde bei 100 % der Verfahren > 12 Monate	<input checked="" type="radio"/>
2	Erfolgreiche Erledigung der Klage- und Beschwerdeverfahren	Maximal 1 Gutheissung pro 5 Verfahren	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben			
3	Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	99 % innert eines Jahres	<input checked="" type="radio"/>
4	Betreibungsbegehren, Bestätigungen, Auskünften	99 % innert gesetzlicher bzw. vereinbarter Frist	<input checked="" type="radio"/>
5	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	90 % Sitzungsteilnahmequote	<input checked="" type="radio"/>
6	Mitwirkung bei Rechtssetzung, Mitberichten und Vernehmlassungen	100 % fristgerechte Eingaben	<input checked="" type="radio"/>
7	Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten	100 % fristgerechte Reaktion	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl	240	230	223
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl	211	260	223
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl	28	35	33
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl	4	1	0
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl	4	8	9
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl	450	400	550
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen	Anzahl	60	50	80
Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts nach Art. 10 EG SchKG	Anzahl	2	3	1
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG	Anzahl	15'000	15'000	14'000
Spezialliquidationen	Anzahl	3	3	2

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrosse «Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts» wird wegen der Übertragung der entsprechenden Kompetenz an das Betreibungsamt Zug künftig wegfallen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'958'708.20	-2'051'330	-1'951'451.96	99'878.04	-4.9
Total Ertrag	1'068'351.56	1'100'000	1'079'206.78	-20'793.22	-1.9
Saldo	-890'356.64	-951'330	-872'245.18	79'084.82	-8.3

Kommentar Rechnung

IT Kauf Fachanwendung Software: Der nur vorsorglich budgetierte Kauf des WIN Beam (Betreibungsamt-Software) musste nicht realisiert werden, da der Kantonsrat der Revision des EG SchKG zugestimmt hat.
 Uneinbringliche Verfahrenskosten/Bussen/Geldstrafen Debitorenverluste: Es wurden weniger Verfahren ohne Kostenträger abgeschlossen und abgerechnet. Die Anzahl dieser Verfahren ist schwierig zu budgetieren.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-2'216'639.45	-2'508'700	-2'400'381.86	108'318.14	-4.3
3020	Tiefbauamt	-2'907'184.97	-3'422'300	-3'072'608.49	349'691.51	-10.2
3023	Strassenunterhalt	-13'102'932.46	-13'657'800	-13'060'925.71	596'874.29	-4.4
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-3'635'168.15	-3'918'300	-3'892'775.89	25'524.11	-0.7
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-27'284'985.25	-27'587'296	-24'736'479.38	2'850'816.62	-10.3
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3080	Amt für Raumplanung	-5'251'040.42	-5'597'700	-4'953'832.71	643'867.29	-11.5
30	Baudirektion	-54'397'950.70	-56'692'096	-52'117'004.04	4'575'091.96	-8.1

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-2'564'633.35	-1'350'000	-1'854'667.90	-504'667.90	37.4
3020	Tiefbauamt	-10'501'948.55	-11'400'000	-16'487'330.10	-5'087'330.10	44.6
3031	Kantonsstrassen	-24'890'953.94	-25'478'000	-30'478'003.14	-5'000'003.14	19.6
3032	Nationalstrassen	1'256'575.25	-10'000	-925.44	9'074.56	-90.7
3050	Amt für Umweltschutz	-957'589.10	-915'000	-1'175'521.35	-260'521.35	28.5
3060	Hochbauamt	-11'209'100.76	-36'225'000	-11'801'298.23	24'423'701.77	-67.4
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung		-330'000	-3'374.31	326'625.69	-99.0
3080	Amt für Raumplanung	-36'533.35	-127'000	-22'919.85	104'080.15	-82.0
30	Baudirektion	-48'904'183.80	-75'835'000	-61'824'040.32	14'010'959.68	-18.5

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Baudirektion verfolgt weiterhin grosse und weit in die Zukunft weisende Infrastrukturprojekte sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Entsprechende Kredite stehen bereit. Die Planung der Mittelschulen steht richtplanmässig auf einem neuen Fundament und erste Kreditbegehren für deren Umsetzung sind beantragt. Damit die Baudirektion diese und weitere Vorhaben umsetzen kann, sucht sie in strategischen Zwischenschritten die Unterstützung der Bevölkerung und in den Bewilligungsverfahren einvernehmliche Lösungen.

Rechtsetzung

Die Umsetzung des bundesrechtlichen Gewässerraums und die damit einhergehende Teilrevision des kantonalen Gewässergesetzes sind aufgrund der divergenten Vernehmlassung gestoppt worden. Vorerst beobachtet die Baudirektion die Entwicklung auf Bundesebene weiter. Die Anpassungen des eidgenössischen Raumplanungsrechts münden dereinst in eine Teilrevision des kantonalen Planungs- und Baurechts. Mit einer breit abgestützten Arbeitsgruppe lotet die Baudirektion den Handlungsbedarf aus.

Tiefbau

Bei der Tangente Zug/Baar kam es nach der Projektauflage im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens und beim Stadttunnel nach der Auflage der Baulinien zu zahlreichen Einsprachen. Die damit einhergehenden Verhandlungen fordern die Baudirektion und das Tiefbauamt. Die Suche nach einem Konsens von Behörden und Bevölkerung bei den flankierenden Massnahmen der Umfahrung Cham-Hünenberg schreitet voran. Die neu eröffnete Kantonsstrasse zwischen Grindel und Bibersee entlastet Teile der Gemeinden Steinhausen und Cham. Das Tiefbauamt hat im Weiteren Renaturierungen beim Tobelbach in Cham sowie wasserbauliche Massnahmen beim Littibach in Baar zur Baubewilligungsreife gebracht. Die Kreditbewilligungen liegen vor und die Umsetzung steht an.

Hochbau

Das Hochbauamt treibt die Projektierung des Verwaltungszentrums an der Aa und des neuen ZVB-Stützpunkts voran. Es hat die Kreditvorlagen für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) in Steinhausen, für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm) sowie für die Planung und Realisierung von zwei Turnhallen und eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ) erarbeitet. Der Umbau des Museums Burg und die Anlage des Stadtgartens auf dem Zeughausareal runden die Projekte des Hochbauamts ab.

Raumplanung

Das Amt für Raumplanung bereitete diverse Richtplananpassungen vor. So wurden namentlich Cham als weiterer Mittelschulstandort in den Richtplan aufgenommen, die angestrebte Drosselung des Wachstums im Kanton Zug mit raumwirksamen Massnahmen unterstützt und die Landschaft vor Zersiedelung geschützt. Dazu kommt die Förderung von preisgünstigem Wohnraum mit Massnahmen der Richt- und Nutzungsplanung. Ausserdem zeigte eine Untersuchung, dass im Kanton Zug zwar weiterhin viel Kies abgebaut wird, dass jedoch die im Richtplan gesicherten Reserven noch für 14 bis 17 Jahre reichen. Mit der Fachstelle Statistik koordiniert das Amt für Raumplanung die statistische Tätigkeit im Kanton Zug sowie gegen aussen.

Energie

Die Energiefachstelle ist nach der Pensionierung des bisherigen Leiters neu organisiert und ausgebaut worden. Der Kanton Zug nimmt im Rahmen der Energiewende seine Verantwortung wahr und unterstützt Gesamtsanierungen der Gebäudehüllen, Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen weiterhin. Ausserdem ist ein neuer Erlass zur Nutzung des tiefen Untergrunds in Ausarbeitung.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3000 – Direktionssekretariat

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat hat wiederum an der Erneuerung von Rechtserlassen des Kantons Zug mitgewirkt. Eine Teilrevision des Planungs- und Baurechts aufgrund der Vorgaben des Bundesrechts ist am Laufen. Die Schaffung neuer Erlasse in den Bereichen Nutzung des tiefen Untergrunds sowie Statistik sind eingeleitet. Die Sekretariatsführung für kantonsrätliche Kommissionen und die Behandlung parlamentarischer Vorstösse nahmen weiter an Umfang zu. Mit dem Kompetenzzentrum Submission steht der gesamten Verwaltung und den Gemeinden eine Anlauf- und Auskunftsstelle zur Verfügung. Dieses Angebot wird rege genutzt. Die Zielsetzungen konnten weitestgehend erreicht werden.

Verwaltungsinterne Justiz und Rechtsdienst

Im Berichtsjahr gingen 34 neue Verwaltungsbeschwerden ein, während 36 Fälle abgeschlossen werden konnten. In einigen Fällen konnte dank Vermittlung oder günstiger Umstände eine Abschreibung der Verfahren ohne Sachentscheid herbeigeführt werden. Oft waren aber auch bei diesen Verfahren umfangreiche Abklärungen erforderlich. Die bauliche Dichte im Kanton Zug macht sich auch insofern bemerkbar, als der Rechtsdienst vermehrt für Beratungen in Anspruch genommen wurde, sei dies von privater Seite oder sei dies von Gemeinden und kantonalen Dienststellen. Der Kanton Zug und die Gemeinden müssen nach Submissionsgesetz ihre Arbeitsvergaben nach strengen Regeln gestalten. Dabei sind die Dienste des neu geschaffenen Kompetenzzentrums Submission gefragt.

Landerwerb/Immobiliengeschäfte

Die Objektkredite für die Umfahrung Cham-Hünenberg und für die Tangente Zug/Baar sind schon längst rechtskräftig. Der für die Realisierung dieser Vorhaben notwendige Land- und Rechtserwerb läuft. Beim Stadttunnel Zug sowie bei weiteren Projekten, namentlich auch im Bereich Wasserbau, geht es um die Sicherung des künftigen Land- und Rechtserwerbs mit Hilfe von Vorverträgen und Entschädigungsvereinbarungen. Die Fachstelle für Landerwerb/Immobiliengeschäfte konnte diese Arbeiten nur unter Bezug von externen Fachkräften erfüllen.

Organisation/Kommunikation

Die Baudirektion besorgt mit ihren Infrastrukturaufgaben weit in die Zukunft weisende Geschäfte, die die Bevölkerung aufmerksam verfolgt. Insgesamt 64 Medienmitteilungen wurden verfasst und elf Medienkonferenzen sowie zahlreiche Orientierungsveranstaltungen organisiert. Mit diesen Informationen ist die Bevölkerung in der Lage, grosse Vorhaben, wie namentlich den Stadttunnel und die Umfahrung Cham-Hünenberg, in ihren Dimensionen zu erfassen.

Energiefachstelle

Seit Mai 2012 verfügt die Energiefachstelle über einen weiteren Kreditbeschluss für Beiträge an die Gesamtsanierung der Gebäudehülle, an Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen, diesmal im Umfang von 10 Millionen Franken. In rascher Folge gingen im Berichtsjahr gesamthaft 103 Gesuche ein. Der Vollzug des neuen Förderprogramms läuft problemlos. Die Energiefachstelle führte außerdem an der Zuger Messe eine Sonderschau für Solaranlagen durch.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3000 – Direktionssekretariat

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Baudirektion. Sie unterstützt den Baudirektor administrativ und in fachlicher Hinsicht. Das Direktionssekretariat erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste, auch solche im IT-Bereich und im Rechnungswesen sowie in der externen Kommunikation, und es berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Kanton Zug in fachlicher Hinsicht, namentlich im Bereich des Planungs- und Baurechts, des Umwelt- und Energierechts. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Dritten zusammen, die im Leistungsauftrag Aufgaben des Kantons wahrnehmen. Es besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte			
1	Formal richtige Anträge der BD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
2	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % der Vorstösse sind innert Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen	100 % der Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen sind innert Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst			
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide innert drei Monaten seit Abschluss des Schriftenwechsels gefällt	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/> Fristüberschreitung in 3 Fällen; Pensionierung eines langjährigen und Einarbeitung eines neuen Mitarbeiters
C	Teilrevision Energiegesetz abschliessen	Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten	<input checked="" type="radio"/> 2. Lesung im Kantonsrat offen
Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle			
5	Die Bevölkerung kennt und nutzt die vom Kanton finanzierte Energieberatung	100 Beratungen	<input checked="" type="radio"/>
E	Die Bevölkerung für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	Auftritt an der Zuger Messe	<input checked="" type="radio"/>
L30	Die strategischen Zielsetzungen der Energiepolitik sind mit Behörden und Wirtschaft abgestimmt	Mindestens zwei Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben			
6	Konsensorientierte, erfolgreiche Landesvertragsverhandlungen	Maximal eine vollzogene Enteignung pro Jahr	<input checked="" type="radio"/>
7	Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	80 Medienmitteilungen, 12 Medienkonferenzen	<input checked="" type="radio"/> 64 Medienmitteilungen und 11 Medienkonferenzen; natürliche Schwankungen; Vorgabe ist eher hoch gegriffen

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ziel 2: 12 Beantwortungen von parlamentarischen Vorstössen

Ziel 3: 124 Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Anträge BD an RR	Anzahl	177	180	155
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	17	16	16
Eingang Verwaltungsbeschwerden	Anzahl	53	50	34
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl	15	15	18
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl	51	120	107
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl	147	150	103

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der Rückgang der eingegangenen Verwaltungsbeschwerden bewegt sich im ordentlichen Schwankungsbereich.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'268'222.60	-2'509'200	-2'505'063.36	4'136.64	-0.2
Total Ertrag	51'583.15	500	104'681.50	104'181.50	20836.3
Saldo	-2'216'639.45	-2'508'700	-2'400'381.86	108'318.14	-4.3

Kommentar Rechnung

Beiträge der Gemeinden und der Zentralschweizer Energiefachstellenkonferenz zum Auftritt der Energiefachstelle an der Zuger Messe sind der Hauptgrund für den gegenüber dem Budget höheren Ertrag.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0005 Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO ₂ -Abgabe					
Ausgaben	-2'671'210.00	-1'700'000	-2'184'535.00	-484'535.00	28.5
Einnahmen	2'671'210.00	1'700'000	2'184'535.00	484'535.00	28.5
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-2'671'210.00	-1'700'000	-2'184'535.00	-484'535.00	28.5
Einnahmen	2'671'210.00	1'700'000	2'184'535.00	484'535.00	28.5
Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0001 Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf					
Ausgaben	150'587.20		9'241.35	9'241.35	
Einnahmen	375'000.00				
BD3000.0003 Anschlussprogramm Energiebeiträge					
Ausgaben	-3'465'220.55	-1'500'000	-2'247'909.25	-747'909.25	49.9
Einnahmen	375'000.00	150'000	384'000.00	234'000.00	156.0

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Verpflichtungskredite						
Ausgaben	-3'314'633.35	-1'500'000	-2'238'667.90	-738'667.90	49.2	
Einnahmen	750'000.00	150'000	384'000.00	234'000.00	156.0	
Saldo	-2'564'633.35	-1'350'000	-1'854'667.90	-504'667.90	37.4	

Kommentar Rechnung

- Beim Projekt Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf sind die Kreditmittel bereits weitestgehend in den Vorjahren verpflichtet worden. Die Differenz bei den Ausgaben entsteht, weil einzelne verbindlich zugesicherte Förderbeiträge entfallen, nachdem die privaten Sanierungsmassnahmen nicht realisiert wurden.
- Beim Projekt Anschlussprogramm Energiebeiträge sind in den Ausgaben 2012 und 2013 rund 2,7 Millionen Franken verbindlich zugesicherte Förderbeiträge enthalten, welche erst in den Folgejahren zur Auszahlung kommen.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3020 – Tiefbauamt

Gesamtwürdigung

In Kürze

Frühzeitiges Einbinden der Betroffenen in das Planen und Realisieren der Strassen-, Radweg- und Wasserbauprojekte ist wesentlich und trägt zum Erfolg bei.

Mitwirkungsprozess

Das öffentliche Interesse bei grossen und mit erheblichen Auswirkungen verbundenen Infrastrukturprojekten ist immens. Die öffentliche Meinung hierzu abzuholen ist äusserst wichtig und bildet die Basis zum Erfolg. Diese muss frühzeitig im Sinne einer Mitwirkung berücksichtigt werden. Die positiven Erfahrungen des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens beim «Stadtunnel Zug mit ZentrumPlus» bestätigen das Vorgehen. Sogenannte Begleitgremien wurden für die Projekte «Flankierende Massnahmen zur Umfahrung Cham-Hünenberg», «Ausbau und Sanierung der Kantonsstrasse Lorzentobelbrücke bis Schmittli» und «Sanierung Reussdamm zwischen Rüssihalden und Zollhus» eingerichtet.

Stadtunnel Zug mit ZentrumPlus

Das Generelle Projekt wurde im Frühling fertiggestellt und dem Kantonsrat zur Beratung überwiesen. Parallel wurden die Einspracheverhandlungen zum Baulinienverfahren – der Raumfreihaltung für den Stadtunnel – erfolgreich weitergeführt und konnten bereits grösstenteils abgeschlossen werden.

Strassenbauprojekte

Bei der «Tangente Zug/Baar» wurden die zahlreichen Einspracheverhandlungen weitestgehend abgeschlossen und die Ingenieurleistungen für die Realisierung öffentlich ausgeschrieben.

Im Projekt «Umfahrung Cham-Hünenberg» zeigten die Beratungen im Begleitgremium und im Verkehrsforum erste positive Ergebnisse, welche nun für die definitiven Entscheidungen genutzt werden.

Auf der grossen Baustelle zwischen der Kreuzung Alpenblick in Cham und der neuen «Unterführung Sumpf» in Steinhausen konnte dank optimalen Verkehrsführungen und des milden Winters bis in den Dezember unter Verkehr gearbeitet werden.

Die Sicherung des Hangrutsches vom Oktober 2012 auf der Verbindung von Sihlbrugg bis Neuheim war in vollem Gange, als in unmittelbarer Nähe ein weiterer Murgang die Sperrung der Strasse für knapp eine Woche nötig machte. Das löste umfangreiche Untersuchungen, Überwachungen und Studien zur Gewährleistung der Sicherheit aus.

Im November konnte die neue Verbindung zwischen dem Kreisel Grindel und Bibersee dem Verkehr übergeben und die alte Kantonsstrasse geschlossen werden.

Strassenbauprogramm

Das aktuelle Strassenbauprogramm 2004–2014 läuft bald aus. Darin werden die strategischen Ausrichtungen mit den Prioritäten und die entsprechende Finanzierung für den Strassenbau geregelt. Damit die anstehenden Strassen- und Radwegprojekte auch danach noch weiter umgesetzt werden können, wurde das neue Strassenbauprogramm 2014–2022 dem Kantonsrat Ende Jahr eingereicht.

Wasserbauprojekte

Im Wasserbau wurden die Vorlagen zum Hochwasserschutzprojekt «Littibach» und zu den Renaturierungsprojekten «Tobelbach» und «Dürrbach» vom Kantonsrat genehmigt. Die Baubewilligungen konnten erteilt und die Realisierung ausgeschrieben und vergeben werden.

Spezielles

Mit den Änderungen im Strassenverkehrsrecht kamen neue Aufgaben auf das Tiefbauamt und die Zuger Polizei zu. Das Tiefbauamt übernahm neu die Funktion des Sicherheitsbeauftragten im Verkehrsbereich. Das Amt führte für die Strassenprojekte bereits erste Audits durch und wird zusammen mit der Polizei das bestehende Netz regelmässig analysieren. Ebenso wurden die Beleuchtungen im Bereich der Fussgängerstreifen überprüft und vorläufig abgeschlossen. Zusammen mit weiteren Kantonen beteiligte sich das Tiefbauamt an einer Kampagne zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmenden für mehr Sicherheit im Bereich von Baustellen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau und die Erneuerung des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen. Das Tiefbauamt ist außerdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen sowie die generelle Aufsicht an den öffentlichen Gewässern sowie an privaten Gewässern, sofern sie ausserhalb der Bauzonen liegen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Fortlaufende Umsetzung des Strassenbau- programms 2004–2014	Realisierungsgrad der Projekte 80 %	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Planung, Bau und Erneuerung von Strassen und Radwegen			
2	Kredit- und Termineinhaltung bei Aus- führungsprojekten	80 % der Projekte ohne Beanstandung	<input checked="" type="radio"/>
A	Umfahrung Cham-Hünenberg	Baubewilligungsverfahren	<input type="radio"/> Für flankierende Massnahmen weitere Planungsrunde mit einem Mitwirkungsver- fahren
B	Ausbau Grindel-Bibersee	Realisierung	<input checked="" type="radio"/>
C	Tangente Zug/Baar	Baubewilligungsverfahren	<input checked="" type="radio"/>
E	Brücke Gibelfeld	Bestandteil von A) Umfahrung Cham-Hünenberg	<input type="radio"/> Siehe oben, Umfahrung Cham-Hünenberg
F	Sihlbrugg-Neuheim 1. Etappe	Realisierung	<input checked="" type="radio"/> Verzögerungen wegen komplexer geologi- scher Situation und Abklärungen zur Kostensenkung und Projektoptimierung
L8	Bus-Unterführung Sumpf, Steinhausen	Realisierung	<input checked="" type="radio"/>
L8	Hinterbergstrasse Steinhausen	Realisierung	<input checked="" type="radio"/>
L12a	Stadtunnel Zug	Kreditvorlage und Genehmigung Gene- relles Projekt im 1. Quartal, politischer Prozess	<input checked="" type="radio"/>
L12b	Umfahrung Unterägeri	Eintrag Richtplan überprüfen	<input checked="" type="radio"/>
L12c	Ausbau Ägeristrasse mit Radstreifen, Lorzentobelbrücke bis Schmittli	Auflageprojekt	<input type="radio"/> Verzögerungen infolge Überprüfung des Projekts hinsichtlich Bauabläufe und Kosten-Nutzen
L12c	Rad-/Fussweg, Lutisbachweg bis Mitteldorfstrasse, Oberägeri	Projektabschluss	<input checked="" type="radio"/>
L12c	Ausbau Kantonsstrasse mit Rad-/Fussweg, Chilematt bis Teufi, Oberägeri	Auflageprojekt	<input type="radio"/> Verzögerungen infolge Abstimmung mit Vernehmlassungsresultaten und vielen Landerwerbsverhandlungen
Leistungsgruppe 2: Wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen und privaten Gewässern			
3	Schilfschutzmassnahmen	Realisierung gemäss Budgetvorgabe	<input checked="" type="radio"/>
G	Renaturierungsprojekt Lorze, Spinnerei Baar	Projektabschluss	<input checked="" type="radio"/>

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3020 – Tiefbauamt

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen und hoheitliche Entscheide			
4	Gesuche an Kantonstrassen (Einmündungsbewilligungen, Benutzung von kantonalen Grundstücken usw.)	Keine Reklamationen betr. termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 4	●
5	Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Keine Reklamationen betreffend termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 1	●
6	Unterstützung der Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Termingerechte Unterlagenerarbeitung für Baudirektion; mind. 90 %	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Kantonsstrassennetz	km	137	137	137
Kunstbautenobjekte	Anzahl	450	482	487
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km	80	80	80
Länge privater Gewässer (ausserhalb Wald und Bauzonen)	km	71	100	100
Behandelte Gesuche an Kantonstrassen	Anzahl	71	90	57
Verbuchte Kreditorenbücher	Anzahl	2'233	1'900	2'060

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'861'302.02	-6'021'300	-5'819'878.34	201'421.66	-3.3
Total Ertrag	2'954'117.05	2'599'000	2'747'269.85	148'269.85	5.7
Saldo	-2'907'184.97	-3'422'300	-3'072'608.49	349'691.51	-10.2

Kommentar Rechnung

Minderaufwand Personal, da eine bewilligte Personalstelle noch nicht besetzt wurde.

Mehraufwand Unterhalt Wasserbau infolge Bruttobelastung Schlammausbaggerung Dorfbach Steinhausen (Rückerrstattung siehe 4260.10) und Mehraufwand Lorze Berg. Mehrertrag Wasserzins Etzelwerk (Sihlsee), da nach effektiv turbinierter Wassermenge.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3020 – Tiefbauamt

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3020.0001	Einführung MISTRA					
	Ausgaben	-158'292.05	-100'000	-53'183.70	46'816.30	-46.8
	Einnahmen					
TB3020.0003	Sanierung alte Lorzentobelbrücke					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100.0
	Einnahmen					
TB3020.0006	Strassenbeleuchtungen					
	Ausgaben	-340'090.30	-750'000	-373'739.55	376'260.45	-50.2
	Einnahmen					
TB3020.0018	Beitrag Reussdammsanierung Risch					
	Ausgaben		-150'000	-150'000.00	0.00	0.0
	Einnahmen					
TB3020.0019	Beitrag Ausbau Mülibach Zug					
	Ausgaben		-200'000	-216'124.95	-16'124.95	8.1
	Einnahmen					
TB3020.0021	Ausbau Lorze Schwelli, Unterägeri					
	Ausgaben		-200'000	-200'000.00	0.00	0.0
	Einnahmen					
TB3020.0023	Studien, Vor- und Bauprojekte Wasserbau					
	Ausgaben		-300'000	-183'172.00	116'828.00	-38.9
	Einnahmen			30'000.00	30'000.00	
TB3020.0044	Bauliche Massnahmen Suizidprävention Oberwil					
	Ausgaben	-28'653.55				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-527'035.90	-1'750'000	-1'176'220.20	573'779.80	-32.8
	Einnahmen			30'000.00	30'000.00	
	Saldo	-527'035.90	-1'750'000	-1'146'220.20	603'779.80	-34.5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0002	Busbevorzugung					
	Ausgaben	-1'468'522.85	-1'500'000	-1'439'801.50	60'198.50	-4.0
	Einnahmen					
TB3020.0004	Radwegbauten					
	Ausgaben	-4'613'872.70	-2'500'000	-1'863'119.45	636'880.55	-25.5
	Einnahmen	333'552.80	200'000	-54'860.05	-254'860.05	-127.4
TB3020.0012	Renaturierung Lorze Baar, Spinnerei					
	Ausgaben	-1'318'600.25	-150'000	-1'550'539.15	-1'400'539.15	933.7
	Einnahmen	808'103.65	50'000	56'213.10	6'213.10	12.4

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3020 – Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0015	Bau einer Kiesinsel im Zugersee					
	Ausgaben	-137'397.60				
	Einnahmen					
TB3020.0016	Tobelbach Cham					
	Ausgaben		-161'844.00	-161'844.00		
	Einnahmen		193'956.30	193'956.30		
TB3020.0017	Littibach Baar					
	Ausgaben		-583'926.75	-583'926.75		
	Einnahmen					
TB3020.0020	Diverser Landerwerb 11-16					
	Ausgaben	-250'000	-155'471.90	94'528.10		-37.8
	Einnahmen					
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald					
	Ausgaben	-444'029.15	-1'000'000	-1'068'430.75	-68'430.75	6.8
	Einnahmen		100'000		-100'000.00	-100.0
TB3020.0045	ÖV Feinverteiler UF Sumpf					
	Ausgaben	-3'194'146.55	-9'000'000	-8'888'781.65	111'218.35	-1.2
	Einnahmen	60'000.00	4'400'000	175'495.90	-4'224'504.10	-96.0
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-11'176'569.10	-14'400'000	-15'711'915.15	-1'311'915.15	9.1
	Einnahmen	1'201'656.45	4'750'000	370'805.25	-4'379'194.75	-92.2
	Saldo	-9'974'912.65	-9'650'000	-15'341'109.90	-5'691'109.90	59.0

Kommentar Rechnung

Mehrausgaben im Wasserbau: Landerwerb konnte abgeschlossen werden.

Mindereinnahmen: Agglobeiträge liegen auf dem Transferkonto und werden im 2014 auf die Projekte verteilt.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3023 – Strassenunterhalt

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes ist zuständig für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen.

Der betriebliche Unterhalt umfasst Massnahmen zur Gewährleistung einer möglichst dauernden Betriebsbereitschaft sowie einen umweltgerechten Winterdienst.

Der bauliche Unterhalt umfasst alle baulichen Massnahmen zur Werterhaltung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Betriebssicheres Strassennetz sicherstellen	Anzahl berechtigte Werkhaftungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	●
2	Werterhaltung des Strassennetzes sicherstellen	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2,2	●
Leistungsgruppe 1: Betrieb			
3	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Anzahl berechtigte Werkhaftungsklagen infolge mangelhaftem Winterdienst max. 2	●
4	Ständige Einsatzbereitschaft im Pikettspiel	Einsatz im Winterdienst nach Aufgebot durch Pikettchef innerhalb von 30 Minuten in mind. 95 % der Fälle	●
5	Fach- und termingerechte Reinigung sicherstellen	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Reinigung max. 10. Abweichung der Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20 %	●
6	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Der Sicherheitsgrünschnitt (1 m ab Strassenrand) ist bis Ende Juli ausgeführt. Abweichung der Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20 %	●
7	Fach- und termingerechten Unfalldienst sicherstellen	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt	●
8	Fach- und termingerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Reparaturen max. 10. Abweichung der Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20 %	● Infolge milden Herbsts vermehrt Reparaturen im Eigenaufwand + Fr. 140'000 (+ 50 %)
9	Umsetzung Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Ausfalltage wegen Betriebsunfällen max. 20 Tage	●

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3023 – Strassenunterhalt

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 2: Strassenerhaltung			
10	Kostenschätzungen oder -voranschläge der Erhaltungsprojekte einhalten	Kostenschätzung oder -voranschlag der einzelnen Projekte mit max. ± 20 % Abweichung	<input checked="" type="radio"/> Minderaufwand > 20 % bei einem Projekt wegen günstigem Unternehmerangebot
11	Reparatur Winterschäden	Schäden bis Ende Oktober behoben	<input checked="" type="radio"/> Einzelne Reparaturen erst im November, um Verkehrsbehinderungen wegen Kreiselneubau zu verhindern
12	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchsgesuche	Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von zehn Arbeitstagen in mind. 95 % der Fälle bearbeitet	<input checked="" type="radio"/>
D	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4; Sanierung Kreisel Lättich, Baar	Projekt ausgeführt	<input checked="" type="radio"/>
E	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4b; Sanierung Baarerstrasse, Gubelstrasse-Metalli, Zug	Projekt ausgeführt	<input checked="" type="radio"/> Ausführung im 2014 zeitgleich mit Errichtung der neuen Bushaltestelle Metalli
F	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 381; Sanierung Zugerstrasse, Aufgang Kirche-Lidostrasse, Unterägeri	Projekt ausgeführt	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Elektrotechnik			
13	Fachgerechten Betrieb sicherstellen: Strassenbeleuchtung	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 5	<input checked="" type="radio"/>
14	Fachgerechten Betrieb sicherstellen: Lichtsignalanlagen	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträge bei Totalausfall (Anlage dunkel) bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Strassennetz	km	136,9	136,5	136,5
Entwässerungsleitungen	km	113	113	113
Grünflächen	m ²	337'000	337'000	337'000
Lichtsignalanlagen	Anzahl	37	38	39
Beleuchtungskandelaber	Anzahl	2'571	2'570	2'619
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl	27	27	27
Grabenaufbrüche	Anzahl	107	100	136
Drittschäden im Strassenraum	Anzahl	129	130	125

Kommentar Einfluss-/Plangrößen
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3023 – Strassenunterhalt

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-18'347'320.56	-19'016'800	-18'339'614.01	677'185.99	-3.6
Total Ertrag	5'244'388.10	5'359'000	5'278'688.30	-80'311.70	-1.5
Saldo	-13'102'932.46	-13'657'800	-13'060'925.71	596'874.29	-4.4

Kommentar Rechnung

Minderaufwand Personal infolge verzögerter Anstellungen, Rückerstattung Sozial- und Unfallversicherungen und bei den Zulagen für ausserordentliche Inanspruchnahme 220'000 Franken

Minderaufwand für materialtechnische Voruntersuchungen und externer Berater 120'000 Franken

Minderaufwand baulicher Unterhalt Strassen bei den Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen sowie Brückensanierungen 620'000 Franken

Mehraufwand betrieblicher Unterhalt Strassen aufgrund Behebung Unwetterschäden 250'000 Franken

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-23'634'378.69	-25'488'000	-30'478'928.58	-4'990'928.58	19.6
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-9'668'431.36	-8'305'235	-4'096'550.82	4'208'684.18	-50.7
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'161'013.85	-1'136'480	-1'179'701.53	-43'221.53	3.8
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-86'195.63		-188'344.25	-188'344.25	
	Total Aufwand	-34'550'019.53	-34'929'715	-35'943'525.18	-1'013'810.18	2.9
403	Besitz- und Aufwandsteuern	29'025'346.60	28'412'000	29'492'538.20	1'080'538.20	3.8
460	Ertragsanteile	4'585'846.10	4'558'715	4'845'309.05	286'594.05	6.3
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten			618'508.95	618'508.95	
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	938'826.83	1'959'000	987'168.98	-971'831.02	-49.6
	Total Ertrag	34'550'019.53	34'929'715	35'943'525.18	1'013'810.18	2.9
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3031 – Kantonsstrassen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3031.0015	Eigenleistung Tiefbauamt und Strassenunterhalt					
	Ausgaben	-5'921'000.00	-6'318'000	-5'968'000.00	350'000.00	-5.5
	Einnahmen					
TB3031.0046	Globalbeiträge Hauptstrassen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	600'000.00	600'000	700'000.00	100'000.00	16.7
TB3031.0054	Fertigstellungskredit Nordzufahrt					
	Ausgaben			-350'136.00	-350'136.00	
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-5'921'000.00	-6'318'000	-6'318'136.00	-136.00	
	Einnahmen	600'000.00	600'000	700'000.00	100'000.00	16.7
	Saldo	-5'321'000.00	-5'718'000	-5'618'136.00	99'864.00	-1.7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3031.0013	Nordzufahrt Zug/Baar					
	Ausgaben	-696'413.00		-681'596.75	-681'596.75	
	Einnahmen	335'243.00		-3'198'749.20	-3'198'749.20	
TB3031.0014	Neueinr. u. Erweiter. von Verkehrsregelungsanlagen					
	Ausgaben	-576'375.30	-500'000	-340'369.00	159'631.00	-31.9
	Einnahmen					
TB3031.0016	Zug/Bundesplatz-Walchwil/St. Adrian					
	Ausgaben	-9'710.65				
	Einnahmen					
TB3031.0020	Lokale Korrekturen					
	Ausgaben	-2'043'982.80	-5'000'000	-4'961'944.37	38'055.63	-0.8
	Einnahmen	1'845'136.45	2'350'000	1'578'787.50	-771'212.50	-32.8
TB3031.0026	Sihlbrugg-Neuheim-Edlibach-Schmittli/Neuägeri					
	Ausgaben	-427'341.10	-400'000	-2'319'927.40	-1'919'927.40	480.0
	Einnahmen					
TB3031.0030	Kunstbautensanierungen					
	Ausgaben	-58'089.15	-1'600'000	-85'935.55	1'514'064.45	-94.6
	Einnahmen					
TB3031.0031	Lärmschutzmassnahmen					
	Ausgaben	-510'921.70	-1'000'000	-102'624.40	897'375.60	-89.7
	Einnahmen	403'375.00	400'000	403'375.00	3'375.00	0.8

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3031 – Kantonstrassen

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3031.0037	Nachtragsrechnungen aus Strassenbauprogrammen					
	Ausgaben	-36'939.60	-40'000	-59'140.30	-19'140.30	47.9
	Einnahmen					
TB3031.0039	Umfahrung Cham-Hünenberg					
	Ausgaben	-3'966'904.35	-4'600'000	-3'550'144.13	1'049'855.87	-22.8
	Einnahmen					
TB3031.0041	Grindel Bibersee (Realisierung)					
	Ausgaben	-6'625'280.00	-4'700'000	-6'434'533.65	-1'734'533.65	36.9
	Einnahmen	1'000'000.00		19'782.35	19'782.35	
TB3031.0042	Technische Einrichtungen					
	Ausgaben	-349'264.90	-450'000	-166'644.10	283'355.90	-63.0
	Einnahmen					
TB3031.0044	Strasse N, Lättich-Baarburgank					
	Ausgaben	-471'221.36	-270'000	-124'939.35	145'060.65	-53.7
	Einnahmen					
TB3031.0045	Strasse C, Cham-Hünenberg					
	Ausgaben	-4'058.80				
	Einnahmen					
TB3031.0047	Tangente Zug/Baar					
	Ausgaben	-1'785'046.30	-900'000	-1'585'819.90	-685'819.90	76.2
	Einnahmen					
TB3031.0050	Landerwerb Strassenbau Spezialfinanzierung 11-16					
	Ausgaben	-35'600.00	-50'000	-1'536.20	48'463.80	-96.9
	Einnahmen					
TB3031.0051	Studien-, Vor- und Bauprojekte Strassenbau					
	Ausgaben	-2'176'577.06	-2'200'000	-2'044'353.84	155'646.16	-7.1
	Einnahmen	116'000.00		-38.20	-38.20	
TB3031.0052	Stadtunnel Zug, Generelles Projekt					
	Ausgaben	-3'495'982.32	-800'000	-1'203'515.65	-403'515.65	50.4
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-23'269'708.39	-22'510'000	-23'663'024.59	-1'153'024.59	5.1
	Einnahmen	3'699'754.45	2'750'000	-1'196'842.55	-3'946'842.55	-143.5
	Saldo	-19'569'953.94	-19'760'000	-24'859'867.14	-5'099'867.14	25.8

Kommentar Rechnung

Bei den Ausgaben: Die Ausführung vor allem der Projekte Tangente Zug/Baar, Grindel-Bibersee, Sihlbrugg-Sand AG und Nordzufahrt Zug/Baar hat zu höheren Kosten geführt als budgetiert.

Bei den Einnahmen: Es mussten zu viel bezahlte Subventionen des Bundes an das Projekt Nordzufahrt Zug/Baar zurückvergütet werden. Dies hat zu einer negativen Abweichung von knapp 4 Millionen Franken geführt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3032.0022	Nationalstrassenbau					
	Ausgaben	-104'320.00	-50'000	-5'784.00	44'216.00	-88.4
	Einnahmen	87'628.80	40'000	4'858.56	-35'141.44	-87.9
TB3032.0040	Nationalstrassenbau (100 %)					
	Ausgaben	-912'112.85	-150'000	99'715.80	249'715.80	-166.5
	Einnahmen	2'185'379.30	150'000	-99'715.80	-249'715.80	-166.5
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-1'016'432.85	-200'000	93'931.80	293'931.80	-147.0
	Einnahmen	2'273'008.10	190'000	-94'857.24	-284'857.24	-149.9
	Saldo	1'256'575.25	-10'000	-925.44	9'074.56	-90.7

Kommentar Rechnung

Die Abweichungen resultieren aus Rückerstattungen zuviel erhaltener Subventionen des Bundes.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben dem Tagesgeschäft waren die Neuformierung und Einarbeitung der Teams eine besondere Herausforderung, die das Amt für Umweltschutz (AfU) im Berichtsjahr zu bewältigen hatte. Die Tatsache, dass die gesteckten Ziele weitestgehend erfüllt und das Budget eingehalten werden konnten, zeigt, dass dieser Schritt erfolgreich verlaufen ist.

Amtsleitung

Ein wichtiger Schritt konnte mit der Neuorganisation der Energiefachstelle innerhalb der Baudirektion gemacht werden. Diese Fachstelle ist neu in einen fachtechnischen Teil (AfU) und einen administrativ/juristischen Teil (Direktionssekretariat) gegliedert. Damit können einerseits die gestiegenen fachlichen Anforderungen an diese Stelle wie auch die zeitliche Verfügbarkeit besser abgedeckt werden. Zudem konnte eine erste allgemeine Studie zum Themenkreis der tiefen Geothermie abgeschlossen werden.

Der Aufwand für die Bereiche «Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz» (LG1) und «Information/Koordination» (LG3) war im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Hingegen hat der Aufwand für den Bereich «Umweltbeobachtung» (LG2) zugenommen. Diese Steigerung ist insbesondere auf die ursprünglich nicht vorgesehenen Abklärungen zur Eignung des Kantons Zug für die Nutzung der tiefen Geothermie zurückzuführen. Sehr stark gestiegen ist auch die Anzahl der Stellungnahmen zu Gesuchen für Bauten ausserhalb der Bauzone. Insgesamt führte der gestiegene Arbeitsanfall dazu, dass das Amt an die Grenzen seiner personellen Ressourcen stiess.

Abteilung Boden

Die hohe Bautätigkeit im Kanton Zug führt zu grossen Mengen an Aushub und mineralischen Bauabfällen, die nur zum Teil zu neuen Baustoffen aufgearbeitet werden können. Daher hat das AfU die Deponieplanung für Aushub und Inertstoffe aktualisiert. Das Projekt wurde durch eine breit abgestützte Gruppe mit Vertretungen der Verwaltung, der Wirtschaft und von Umweltschutzorganisationen begleitet. Die Ergebnisse werden Anfang 2014 publiziert.

Die Sanierung der Schiessanlagen kommt im Kanton Zug zügig voran. Insgesamt wurde bereits über 600 000 Franken an die Sanierung von Schiessanlagen ausbezahlt. Die Sanierung der grössten Schiessanlage im Kanton – die Schiessanlage Chollermüli in Zug – konnte erfolgreich abgeschlossen werden. An den Sanierungskosten von insgesamt mehr als einer Million Franken haben sich der Bund mit rund 445 000 Franken und der Kanton mit rund 335 000 Franken beteiligt.

Abteilung Wasser

Das Grundwasservorkommen im Baarerbecken zwischen Zug und Baar dient einerseits der Trinkwasserversorgung und andererseits zunehmend auch für thermische Zwecke (Heiz- und Warmwasseraufbereitung). Aus diesem Grund wurde für das Baarerbecken ein numerisches 3D-Grundwassermodell entwickelt, das es erlaubt, künftige Nutzungen zu beurteilen und das verbleibende Wärmepotenzial zu erkennen. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass das Grundwasservorkommen im Baarerbecken langfristig thermisch nicht übernutzt wird. Immer wieder gefährden Schadenereignisse Mensch und Umwelt. Rund ein Drittel der gemeldeten Schadensfälle sind auf die gestiegene Anzahl Tanküberfüllungen und Strassenverkehrsunfälle zurückzuführen. In der Rangliste der bekannten Hauptursachen folgen die Unfälle mit Baustellenabwasser mit einem Anteil von rund 20 Prozent, gefolgt von Havarien mit Gülle und Mist von etwas mehr als 10 Prozent. Die gestiegene Anzahl von Tanküberfüllungen zeigt auf, dass die Eigenverantwortung zum Teil nur mangelhaft wahrgenommen wird und Tankanlagen befüllt werden, obschon anhand der vorhandenen Vignette klar erkenntlich ist, dass die fällige Kontrolle nicht gemacht wurde. Den Öl-Lieferanten wurde bereits angekündigt, dass in diesem Jahr vermehrt Stichprobenkontrollen durchgeführt werden.

Im Kanton Zug dürfte es jedoch heute nicht häufiger akute Gewässerverschmutzungen geben als noch in den 90er Jahren. Diese werden dank der zunehmenden Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit sowie durch die erhöhte Aufmerksamkeit der Fachverantwortlichen eher bemerkt und systematischer registriert.

Abteilung Luft

Im Kanton Zug lebt knapp ein Drittel der Bevölkerung in Gebieten mit übermässigen Luftschaadstoffimmissionen. Insbesondere die Belastung mit Feinstaub aus Holzfeuerungen und Dieselmotoren hat hohe gesundheitliche Auswirkungen, wie eine interkantonale Gesundheitsstudie mit Zuger Beteiligung bestätigt. Es wurden 112 Industrie- und Gewerbebetriebe überprüft, 74 grosse Feuerungsanlagen kontrolliert und falls notwendig in Stand gestellt. Mit 36 Haltern und Halterinnen von Maschinen und Fahrzeugen im stationären Einsatz und zwölf Tankstellen wurden Sanierungsvereinbarungen abgeschlossen.

12 000 Zugerinnen und Zuger sind einer hohen Strassenlärmbelastung von über 65 dB(A) ausgesetzt. Der im Berichtsjahr aktualisierte und öffentlich zugängliche Lärmkataster stellt ein wichtiges Instrument für Bauherrschaften und Architekturfachleute bei der Planung von Wohnnutzungen an lärmigen Lagen dar und zeigt auf, welche Strassenabschnitte innerhalb der vom Bund festgesetzten Frist bis 2018 zu sanieren sind.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei, indem es die Umweltqualität überwacht, die Bevölkerung über den Zustand der Umwelt orientiert, Massnahmen zum Schutze der Umwelt erarbeitet, den Entscheidungsgremien unterbreitet und umsetzt, soweit es selbst zuständig ist. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Organisationen der Wirtschaft und Privaten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Umweltqualität bleibt erhalten oder verbessert sich	Anzahl Schadensfälle (Gewässer-, Bodenverschmutzungen, Luftverunreinigungen) höchstens auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Phosphorgehalt im Zugersee kleiner als im Vorjahr. Ein belasteter Zufluss des Zugersees wird untersucht. Spezifische Luftschaadstoffemissionen kleiner als im Vorjahr	<input checked="" type="radio"/> 39 (20 im Vorjahr) gemeldete Schadeneignisse mit Mineralölen, Treibstoffen, Hofdünger, Chemikalien (13 Tanküberfüllungen resp. Strassenverkehrsunfälle, Baustellenabwasser 7 und Hofdünger 5). 77 mg P/l im 2013 gegenüber 80 mg P/l im 2012; als belastetes Einzugsgebiet wurde der Tobelbach mit insgesamt 13 Messungen an 13 verschiedenen Stellen untersucht. Die Veränderungen bei den Luftschaadstoffemissionen liegen im Unschärfebereich der Erfassungsmethodik
Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz			
2	Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	80 % der Voruntersuchungen sind innerhalb von 30 Tagen beurteilt 80 % der Hauptuntersuchungen sind innerhalb von 90 Tagen beurteilt	<input checked="" type="radio"/> 1 Voruntersuchung wegen Stellungnahme der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission verzögert
4	Überprüfung von Betrieben respektive Anlagen anhand eidgenössischer und kantonaler Vorschriften	95 % der unten stehenden Betriebsanlagen sind im Rahmen von Branchenlösungen fristgerecht überprüft: <ul style="list-style-type: none">- Garagenbetriebe- Tankstellen- Malerbetriebe- Chemische Reinigungen- Kompostieranlagen- Kiesgruben- Bauabfallanlagen Landwirtschaftsbetriebe in einer Gemeinde für Entwässerungsplan aufgefordert 80 % der eingereichten Pläne bearbeitet. Bei 90 % der nicht konformen Anlagen werden Massnahmen eingeleitet	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
5	Erteilen von Bewilligungen	90 % der Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsonden sind innerhalb von drei Wochen erteilt 95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	●
7	Vollzug der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung NISV	Der fristgerechte Eingang (Ziel 95 %) der Kontrollberichte des Mobilfunk QS-Systems der Betreibenden wird überprüft Mindestens eine Stichprobenkontrolle pro Jahr pro massgebenden Anbietenden wird durchgeführt Überschreitungen der Betriebs- von den Bewilligungsdaten werden mittels QS-System erkannt und rapportiert (für Anlagen > 6 W ERP)	●
A	Sanierung Deponie Baarburg	Sanierung der Entwässerung und der Gasdrainage abgeschlossen	●
B	Umsetzung Bodenschutzkonzept	KABO-Zentralschweiz: Jahresbericht erstellt	●
C	Umsetzung des revidierten EG USG	Die Kontrolle der Partikelfilterpflicht ist in Zusammenarbeit mit dem STVA eingeführt (§ 7b [neu] V EG USG)	●
Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung			
8	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung (vgl. 1.1 Grundauftrag)	Daten des Vorjahres (soweit jährlich erhoben) im ersten Halbjahr ausgewertet und publiziert Bei ungenügender Umweltqualität werden gegebenenfalls Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen Erkennen von Abweichungen der gesetzlich vorgegebenen Qualitätsziele 95 % der geplanten Messungen durchgeführt Homepage wird von Leistungsempfänger und -empfängerinnen benutzt und die Fachstelle als Auskunftsdiest entlastet	●
D	Wärmemonitoring Grundwasser	Erste Messdaten im Baarerbecken liegen vor	●
Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination			
9	Orientierung über den Zustand der Umwelt gemäss Art. 6 USG (vgl. 1.1 Grundauftrag) sowie Beratung	Ereignisorientierte Berichterstattung (inklusive zweimalige Herausgabe von «Umwelt Zug»)	●
10	Öffentlichkeitsarbeit	Mindestens ein grösserer Event zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltanliegen	●
11	Stellungnahmen zu Geschäften	90 % der Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb von Bauzonen erfolgen innert zwei Wochen	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
12	Unterstützung der Gemeinden im Vollzug, Verbesserung des Informationsflusses an Gemeinden über relevante Probleme / Aufgaben	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe. Mindestens drei Info- bzw. Schulungsanlässe	
13	Koordination nach kantonalem Umsetzungsplan «Invasive Organismen»	Zwei Info-Anlässe der kantonalen Plattform	
E	Zusammenarbeit mit Gemeinden im Bereich Entwässerung	Begleitung der Gemeinden bei der Nachführung der generellen Entwässerungsplanung	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ziel Nr. 5 NIS: 100 % entsprechen 18 Kontrollberichten (3 Anbieter reichen je 6 Kontrollberichte ein)

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	4	2-3	2
Eingereichte Gesuche für Erdsonden	Anzahl	118	160-180	121
Eingereichte Gesuche für Tankanlagen	Anzahl		20-30	16
Stellungnahmen zu Geschäften ausserhalb Bauzonen	Anzahl		240-260	340
Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen	Anzahl		320	312

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl behandelter Gesuche für Bauten ausserhalb der Bauzone hat von 276 (2012) auf 340 (2013) stark (+23 %) zugenommen.
 Die Anzahl der Gesuche für Erdsonden scheint sich zu stabilisieren.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'159'261.80	-4'505'300	-4'343'724.34	161'575.66	-3.6
Total Ertrag	524'093.65	587'000	450'948.45	-136'051.55	-23.2
Saldo	-3'635'168.15	-3'918'300	-3'892'775.89	25'524.11	-0.7

Kommentar Rechnung

Die Lärmsanierung der SBB-Strecken wird neu über die Investitionsrechnung abgewickelt. Aufwand und Ertrag sind daher tiefer als budgetiert. Da diese Lärmsanierungen für den Kanton kostenneutral erfolgen, wirkt sich die Änderung nicht auf den Saldo aus.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0002	Sanierung Kehrichtdeponie Baarburg					
	Ausgaben	-1'517'185.95	-1'800'000	-2'294'687.75	-494'687.75	27.5
	Einnahmen	568'235.55	1'260'000	1'455'013.40	195'013.40	15.5
BD3050.0007	Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen					
	Ausgaben	-64'000.00	-500'000	-444'248.00	55'752.00	-11.2
	Einnahmen	64'000.00	500'000	444'248.00	-55'752.00	-11.2
BD3050.0008	BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Baar					
	Ausgaben			-19'245.60	-19'245.60	
	Einnahmen			19'245.60	19'245.60	
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'581'185.95	-2'300'000	-2'758'181.35	-458'181.35	19.9
	Einnahmen	632'235.55	1'760'000	1'918'507.00	158'507.00	9.0
	Saldo	-948'950.40	-540'000	-839'674.35	-299'674.35	55.5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0005	Sanierung Schiessanlagen					
	Ausgaben	-8'638.70	-375'000	-335'847.00	39'153.00	-10.4
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-8'638.70	-375'000	-335'847.00	39'153.00	-10.4
	Einnahmen					
	Saldo	-8'638.70	-375'000	-335'847.00	39'153.00	-10.4

Kommentar Rechnung

Die Sanierung der Deponie Baarburg verläuft plangemäss und sollte im Verlauf des Jahres 2014 abgeschlossen werden können.

Die Sanierung der Schiessanlagen im Kanton verläuft wie vorgesehen, eine genaue Budgetierung ist jedoch nicht möglich, da die Gemeinden den Zeitpunkt der Sanierung selbst bestimmen können. Sie wurden jedoch nochmals auf das Auslaufen der Unterstützung per Ende 2017 aufmerksam gemacht.

Der Auftrag des BAV an den Kanton zur Lärmsanierung SBB in Baar wurde im Verlauf des Jahres erteilt. Die Realisierung hat innerhalb von zwei Jahren zu erfolgen. Das Projekt liegt bisher im vorgegebenen zeitlichen Rahmen.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3051 – Deponienachsorge Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-62'226.50	-56'000	-49'090.20	6'909.80	-12.3
	Total Aufwand	-62'226.50	-56'000	-49'090.20	6'909.80	-12.3
420	Ersatzabgaben	42'571.00	35'000	27'879.00	-7'121.00	-20.3
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	19'655.50	21'000	21'211.20	211.20	1.0
	Total Ertrag	62'226.50	56'000	49'090.20	-6'909.80	-12.3
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Die Budgetzahlen basieren auf Schätzungen der in den Deponien Tännlimoos und Alznach abgelagerten Mengen. Diese schwanken je nach Konjunktur, grösseren Bauvorhaben, Sanierung von Altlasten usw. stark und waren daher schwierig zu prognostizieren.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3060 – Hochbauamt

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Berichtsjahr bewegten sich die Investitionen in Neu- oder Umbauten auf eher tiefem Niveau. Zahlreiche kleinere Bauprojekte konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Planungsarbeiten für die Grossvorhaben in den nächsten Jahren sind auf Kurs.

Planung von Bauten

Nachdem der Kantonsrat 2012 dem Projektierungskredit «Fokus» in der Höhe von 33,5 Millionen Franken zugestimmt hatte, stand im laufenden Jahr ganz im Zeichen der Generalplanerwettbewerbe. Für die beiden Teilprojekte «Neubauten für Verwaltung und Gerichte» und «Neubau des ZVB-Hauptstützpunktes» wurden in anonymen zweistufigen Verfahren die besten Teams ausgewählt. Die Jury hat Ende Jahr entschieden, welche beiden Siegerteams die Projekte weiterplanen können.

Nach dem Standortentscheid bezüglich Zuger Mittelschulen Ende 2012 wurden die Objektkredite «Realisierung von Neu- und Umbauten für das Kantonale Gymnasium in Menzingen (kgm)» und «Planung und Realisierung von zwei Turnhallen und eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ)» durch das Hochbauamt weiter bearbeitet. Nach der Zustimmung des Regierungsrates zu beiden Vorlagen wurden diese Geschäfte für die weitere Behandlung an den Kantonsrat überwiesen.

Das Bauprojekt für das neue Gebäude des Amtes für Verbraucherschutz in Steinhausen konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen und die Objektkreditvorlage für den Kantonsrat erstellt werden. Der Regierungsrat und die Kommission für Hochbauten haben der Kantonsratsvorlage zugestimmt. Das Baugesuch wurde eingereicht.

Realisierung von Bauten

In sehr kurzer Zeit konnte das sogenannte Lüssihaus in Baar gebaut werden. Das neue Domizil der betreuten Wohneinrichtung für Menschen mit Sucht- und psychischen Erkrankungen wurde im preisgünstigen Elementbau realisiert.

Auf dem Zeughausareal ist in rund 15 Monaten ein stimmungsvoller Stadtgarten entstanden. Mit diesem Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Kanton Zug wird der öffentliche Raum zwischen Stadt- und Kantonsbibliothek und der Studienbibliothek im ehemaligen Zeughaus optimal aufgewertet.

Neue Infrastruktur für Polizeidienststellen (PDS)

Aufgrund des Bevölkerungswachstums wurden die Personalstellen der Zuger Polizei kontinuierlich aufgestockt. In Cham konnte an der Luzernerstrasse 9 ein idealer neuer Standort gefunden werden. Hier sind die Raumanforderungen auf längere Frist abgedeckt. Das Mietobjekt wurde in verschiedener Hinsicht (Sicherheit, Garderoben, Abstandszelle) für die Bedürfnisse der Zuger Polizei umgebaut.

In Zug konnten weitere Räumlichkeiten am Standort Kolinplatz von der Stadt hinzugemietet werden. Mit den notwendigen baulichen Anpassungen wurde im Herbst begonnen. Per 1. Juli wurde ein Dienstleistungsvertrag zwischen Stadt und Kanton bezüglich Hauswartung der Objekte Kolinplatz 4 und 14 abgeschlossen.

Betrieb der Gebäude und Sicherheit

Die Einführung der ergebnisorientierten Reinigung wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Dabei wird der Reinigungsaufwand mittels Flächen erfassung, Richtleistungen und Reinigungsintervallen entsprechend der Nutzungsart ermittelt. Das gesamte Raumpflegepersonal arbeitet gemäss Tourenplänen und wird aufgrund der Leistung, der Qualität und der Umsetzung aller Vorgaben kontrolliert. Somit wird nun in allen vom Hochbauamt bewirtschafteten Gebäuden nach diesen einheitlichen Methoden und mit ökologischen Reinigungsmitteln gereinigt. Weitere Bestandteile des Projekts waren die Organisation der Ver- und Entsorgung, die Wäscheaufbereitung, die Beschaffung von Berufsbekleidung, die Umsetzung der Arbeitssicherheit und die Durchführung von Schulungen in diversen Bereichen für das gesamte Raumpflegepersonal.

Die Fachstelle Sicherheit hat unter Bezug aller Regierungsmitglieder und weiteren rund 50 Personen aus allen Direktionen ein Konzept erarbeitet, welches die Sicherheit von Behörden, Verwaltung, Gerichten und Leistungserbringenden weiter verbessert. Im neuen Sicherheitskonzept sind die Organisation der betrieblichen Sicherheit sowie die minimalen Sicherheitsstandards klar definiert. Damit ist sichergestellt, dass nebst den Risiken auch der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismässigkeit Rechnung getragen wird.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und Realisierung von Neubauten sowie die Sicherung der langfristigen Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der Hochbauten und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist zudem verantwortlich für die gemieteten Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (z.B. Sicherheit, Telekommunikation, Postdienst, Restaurant usw.).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	Durchführung von zwei internen Audits Durchführung eines externen Audits	●
Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomangement			
D	Aufbau der neuen Abteilung Portfolio-management	Ist abgeschlossen	●
Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten			
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Investitionskrediten	100 %	●
3	Zufriedenheitsgrad der Leistungsnahmenden von Neubauten/Umbauten mit Status gut/ sehr gut	90 %	●
E	Erweiterung Kantonsschule, Zug	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	●
F	Neubau ZVB-Hauptstützpunkt, Zug	Projektwettbewerb abgeschlossen	●
G	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	KRB von Regierungsrat überwiesen	●
H	Aufstockung Gewerblich-industrielles Bildungszentrum und Kombiniertes-Brücken-Angebot, Zug	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	●
I	Integrations-Brücken-Angebot Zugerbergstrasse 22, Zug	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	●
K	Kantonsspital-Areal, Zug	Bebauungsplan ist genehmigt	● Aufgrund der Komplexität verlängerter Planungsprozess
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3 (VZ3), Zug	Projektwettbewerb abgeschlossen	●
L11b	Erweiterung Kantonales Gymnasium, Menzingen	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	●
L11c	Erweiterung Wirtschaftsmittel- und Fachmittelschule, Zug	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	●
Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur (EN-Norm 15221)			
4	Angemessener Anteil des jährlichen Unterhalts (Instandhaltung und Instandsetzung) am Gebäudeversicherungswert	1,25 %	● Erreichter Wert 1,19 %; diverse Instandsetzungsmassnahmen verschoben; andererseits einige nicht budgetierte dringliche Sanierungen und Mieterausbauten (u. a. Polizeidienststellen) ausgeführt

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
5	Zufriedenheitsgrad von Leistungsabnehmende im Bereich von Mieterausbauten mit Status gut/ sehr gut	90 %	
6	Der Gebäudepark ist in gutem Zustand, der durchschnittliche Zustandswert zu Neuwert (nach Stratus)	89 %	Wert beträgt per Ende 2013 87 %, womit der Zustand des Gebäudeparks als gut beurteilt werden kann
7	Umstellung auf ergebnisorientierte Reinigung	Alle 40 Objekte sind umgestellt	
8	Energieverbrauch Standort an der Aa tief halten: Elektrizität Wärme (klimabereinigt) CO ₂ -Belastung	98 kWh/m ² pro Jahr (Elektro) 34 kWh/m ² pro Jahr (Wärme) 50 CO ₂ /t pro Jahr	99 kWh/m ² Elektro; 37 kWh/m ² Wärme; 49 CO ₂ /t CO ₂ -Ausstoss; Grund: weniger Sonnenstunden und kalte Monate April bis Juni
9	Vermietungsquote Objekte Liegenschaften des FV (ohne Zugerbergstrasse 22, Zug, und Artherstrasse 25–27, Zug/ehemaliges Kantonsspital)	100 %	

Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation (EN-Norm 15221)

10	Hohe Auslastung des Restaurants Aabächli (Anzahl verkaufte Hauptmahlzeiten)	53'000	● 49'500; Hauptgrund: Wegfall der Berufsbildnerkurse im VG 1; FIBU-Budget wurde erreicht
11	Durchschnittsbewertung Sicherheitskurse auf einer Skala von 1–4 (1=ungenügend; 2=genügend; 3=gut; 4=sehr gut)	> 3,5	●
L	Aufbau Sicherheitsmanagementsystem	Aufbau Sicherheitsmanagementsystem ist abgeschlossen	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Staatseigene Objekte VV	Anzahl	103	106	104
Staatseigene Objekte FV	Anzahl	17	18	17
Fläche staatseigene Objekte VV (HNF)	m ²	138'000	153'600	153'600
Fläche staatseigene Objekte FV (HNF)	m ²	19'000	19'000	19'000
Gemietete Objekte	Anzahl	40	41	41
Fläche gemietete Objekte Hauptnutzfläche (HNF)	m ²	19'900	21'900	21'900
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Franken	990	990	999
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl	4'135	4'300	4'470
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl	2'000	2'000	2'026
Mobility-Nutzung	Stunden	16'100	9'200	10'250
Durchgeführte Sicherheitskurse	Anzahl	38	16	16
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	6'491	7'000	7'192

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Fläche staatseigene Objekte VV (HNF): In der Rechnung 2013 inkl. Fläche neues Kantonsspital.
Staatseigene Objekte VV: Neues Objekt Zugerstrasse 42, Baar (Lüssihaus).
Gemietete Objekte: Neues Mietobjekt Chollerstrasse 28, Zug (Lagerhalle).

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3060 – Hochbauamt

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-35'565'357.75	-35'411'048	-32'786'290.73	2'624'757.27	-7.4
Total Ertrag	8'280'372.50	7'823'752	8'049'811.35	226'059.35	2.9
Saldo	-27'284'985.25	-27'587'296	-24'736'479.38	2'850'816.62	-10.3

Kommentar Rechnung

Die grössten Abweichungen mit Minderkosten betreffen folgende Leistungen:

- Planung und Realisierung von Neubauten und Umbauten: Tiefer Kosten (rund 0,6 Millionen Franken) im Bereich Planung über die Laufende Rechnung. Eine vakante Projektleiterstelle wurde wegen Verzögerung bei der Schulraumplanung später besetzt als geplant.
- Bauliche und technische Instandsetzung und Mieterausbauten der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Diverse grössere Massnahmen mussten verschoben werden, wie beispielsweise an der Hofstrasse 18-22, Zug (Schulhaus Athene) für rund 0,5 Millionen Franken oder an der Bergackerstr. 42, Cham (LBBZ Schluecht) für zirka 0,75 Millionen Franken. Einige Projekte konnten günstiger als geplant realisiert werden.
- Bewirtschaftung der Liegenschaften des Finanzvermögens: Die Leistung konnte insbesondere wegen Minderkosten für die Bewirtschaftung des alten Kantonsspitalareals zu rund 0,6 Millionen erbracht werden.
- Die Leistungen im Bereich Festnetzkommunikation und Mobiltelefonie konnten für rund 0,4 Millionen Franken günstiger erbracht werden als geplant. Demgegenüber entstanden Mehrkosten für zusätzliche Mietflächen, die zum Budgetierungszeitpunkt noch nicht bekannt waren, womit auch die Kosten für Reinigung und Ver- und Entsorgung höher ausfielen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0015 Rückstellungen Zentralspital/Pflegezentrum					
Ausgaben					
Einnahmen	2'438.35				
HB3060.0088 Umbau Cafeteria Aabächli					
Ausgaben	-745'453.36		1'453.50	1'453.50	
Einnahmen					
HB3060.0099 Kant. Zeughaus: Umgebungsgestaltung					
Ausgaben	-40'505.95		1'881.60	1'881.60	
Einnahmen	110'679.80				
HB3060.0107 Strategie Raumbedarf An der Aa 4, Zug					
Ausgaben	-14'076.05				
Einnahmen					
HB3060.0108 Storenersatz Aabachstrasse, Zug					
Ausgaben	-391'824.05				
Einnahmen					
HB3060.0112 Folgemassnahmen Auszug Obergericht Aabachstr. 3					
Ausgaben	-34'370.85				
Einnahmen					
HB3060.0114 Umbau und Mobiliar Baarerstr. 53, Zug					
Ausgaben	-49'753.70				
Einnahmen	350'000.00				
HB3060.0116 Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach					
Ausgaben	-692'960.00		-224'522.80	-224'522.80	
Einnahmen			58'080.00	58'080.00	

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3060 – Hochbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0118	Museum Burg, Lagerräume Lorzenweg 30, Zug					
	Ausgaben	-43'278.75	-900'000	-679'898.65	220'101.35	-24.5
	Einnahmen		200'000		-200'000.00	-100.0
HB3060.0124	Erneuerungsbeitrag Sporthalle Zug					
	Ausgaben		-205'000		205'000.00	-100.0
	Einnahmen					
HB3060.0125	Ersatz Heizanlage LBBZ Schluecht					
	Ausgaben		-620'000	-877'302.57	-257'302.57	41.5
	Einnahmen					
HB3060.0127	Fertigstellung kant. Zeughaus Umbau Obergericht					
	Ausgaben	-152'134.55	-650'000	-117'453.50	532'546.50	-81.9
	Einnahmen					
HB3060.0129	Kantonsschule Zug, Trennsystem Kanalisation					
HB3060.0130	Integration Gebäudetechnik GIBZ					
	Ausgaben		-550'000	-499'600.79	50'399.21	-9.2
	Einnahmen					
HB3060.0132	Mieterausbau PDS, Luzernerstr. 9, Cham					
	Ausgaben			-1'117'081.55	-1'117'081.55	
	Einnahmen					
HB3060.0133	Mieterausbau PDS, Kolinplatz 4 + 14, Zug					
	Ausgaben			-424'521.80	-424'521.80	
	Einnahmen					
IT3060.0003	FM-Zusatzmodul, Instandhaltungsmanagement					
	Ausgaben	-30'320.40				
	Einnahmen					
IT3060.0005	Modul Belegungsplanung					
	Ausgaben		-50'000	-12'287.95	37'712.05	-75.4
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-2'194'677.66	-2'975'000	-3'949'334.51	-974'334.51	32.8
	Einnahmen	463'118.15	200'000	58'080.00	-141'920.00	-71.0
	Saldo	-1'731'559.51	-2'775'000	-3'891'254.51	-1'116'254.51	40.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau					
	Ausgaben	-170'607.85	-2'500'000	-2'773'296.15	-273'296.15	10.9
	Einnahmen					
HB3060.0082	WMS/FMS, Hofstrasse Zug, Projektierung					
	Ausgaben	-3'461'533.00		-9'000.00	-9'000.00	
	Einnahmen					
HB3060.0085	Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht					
	Ausgaben	-1'387'042.35		-40'935.00	-40'935.00	
	Einnahmen			89'548.00	89'548.00	

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3060 – Hochbauamt

Projekte und Bezeichnung			Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0087	KGM Menzingen, Projektierung	Ausgaben	-3'024'995.85		-48'270.05	-48'270.05	
		Einnahmen					
HB3060.0092	Umplatzierung AFS und AZM	Ausgaben	-46'876.20				
		Einnahmen					
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb	Ausgaben	-1'215'818.40		-934'529.50	-934'529.50	
		Einnahmen					
HB3060.0100	Kant. Zeughaus: Ausbau Studienbibliothek	Ausgaben	-747'250.80				
		Einnahmen	1'544'650.75		115'240.55	115'240.55	
HB3060.0101	Kulturwerkstatt Theilerhaus						
HB3060.0103	Kantonsschule Zug: Machbarkeitsstudie (Erweiterung)						
HB3060.0104	WMS/FMS Hofstrasse Zug: Bauausführung						
HB3060.0106	KGM Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb						
HB3060.0109	Umbau Artherstrasse 25 für SPD	Ausgaben	-6'309.75				
		Einnahmen					
HB3060.0110	Brückenangebot IBA, Umbau Zugerbergstr. 22, Zug						
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	Ausgaben	-550'187.15	-7'000'000	-1'232'595.37	5'767'404.63	-82.4
		Einnahmen					
HB3060.0117	Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5, Zug						
HB3060.0119	Kantonsschule Zug, Provisorien und Turnhalle	Ausgaben		-13'000'000		13'000'000.00	-100.0
		Einnahmen					
HB3060.0120	Kantonsschule Zug, Planung Neubau Süd						
HB3060.0121	Brückenangebot KBA, Aufstockung Trakt 1 GIBZ						
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung	Ausgaben	-409'838.25	-3'150'000	-2'595'306.50	554'693.50	-17.6
		Einnahmen			1'500'000.00	1'500'000.00	
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar	Ausgaben	-1'732.40	-1'200'000	-1'366'754.95	-166'754.95	13.9
		Einnahmen					
HB3060.0126	Sanierung/Umbau Artherstr. 25, Zug	Ausgaben		-5'000'000		5'000'000.00	-100.0
		Einnahmen					
HB3060.0128	Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei Bostadel	Ausgaben		-600'000	-600'000.00	0.00	0.0
		Einnahmen					
HB3060.0131	Provisorien KGM	Ausgaben		-1'000'000		1'000'000.00	-100.0
		Einnahmen					

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3060 – Hochbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0137	Instandsetzung AZ Schönau: Planungskredit					
	Ausgaben			-14'144.75	-14'144.75	
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-11'022'192.00	-33'450'000	-9'614'832.27	23'835'167.73	-71.3
	Einnahmen	1'544'650.75		1'704'788.55	1'704'788.55	
	Saldo	-9'477'541.25	-33'450'000	-7'910'043.72	25'539'956.28	-76.4

Kommentar Rechnung

Grössere Abweichungen bei den Budgetkrediten:

Mieterausbauten Polizeidienststellen in Cham und Zug: Beide Projekte waren zum Budgetierungszeitpunkt nicht bekannt und wurden vom Regierungsrat als gebundene Ausgabe bewilligt. Die Projekte belasten die Investitionsrechnung der Jahre 2013 und 2014. Die vom Regierungsrat bewilligten Kredite betragen für die Polizeidienststelle Cham 1,46 Millionen Franken und für die Polizeidienststelle Zug rund 1,82 Millionen Franken.

Mehrkosten für den Ersatz der Heizanlage Landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum Schlucht: Im Laufe der Detailplanung zeigte sich, dass diverse zusätzliche Arbeiten notwendig waren (zusätzlicher Gasanschluss, Erneuerung Unterstationen und Verteilung, Installation MSRL). Das Projekt konnte per Ende 2013 nicht vollständig abgerechnet werden. Es wird mit Gesamtkosten von rund 930 000 Franken gerechnet.

Grössere Abweichungen bei den Investitionskrediten:

Hauptgrund für die Abweichung war die Zurückstellung der Provisorien und Turnhallen für die Kantonsschule Zug aufgrund der übergeordneten Mittelschulplanung. Des Weiteren sind im Jahr 2013 weniger Planungskosten für das Projekt Fokus angefallen als ursprünglich geplant.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3061 – Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
310	Material- und Warenaufwand	-16'147.32	-2'000	-11'180.05	-9'180.05	459.0
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-24'630.11	-36'600	-34'557.64	2'042.36	-5.6
313	Dienstleistungen und Honorare	-191'203.50	-243'550	-210'781.31	32'768.69	-13.5
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-94'348.85	-239'000	-211'685.91	27'314.09	-11.4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-304'060.94	-305'468	-333'261.28	-27'793.28	9.1
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-437'787.88	-167'552	-341'854.09	-174'302.09	104.0
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-50'000.00	-50'000	-50'000.00	0.00	0.0
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-25'190.00	-48'830	-20'530.00	28'300.00	-58.0
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-494'000.00	-507'000	-445'374.31	61'625.69	-12.2
Total Aufwand		-1'637'368.60	-1'600'000	-1'659'224.59	-59'224.59	3.7
426	Rückerstattungen			5'492.60	5'492.60	
429	Übrige Entgelte	800.00		2'040.00	2'040.00	
447	Liegenschaftenertrag VV	1'636'568.60	1'600'000	1'651'691.99	51'691.99	3.2
Total Ertrag		1'637'368.60	1'600'000	1'659'224.59	59'224.59	3.7
Saldo		0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungsauftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten. Die Spezialfinanzierung Parking schneidet wegen Mehreinnahmen und tieferen Kosten besser ab als budgetiert.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3061.0022 Parkleitsystem Zug					
Ausgaben		-330'000	-3'374.31	326'625.69	-99.0
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben		-330'000	-3'374.31	326'625.69	-99.0
Einnahmen					
Saldo		-330'000	-3'374.31	326'625.69	-99.0

Kommentar Rechnung

Die baulichen Massnahmen für das Parkleitsystem werden erst im Jahr 2014 umgesetzt.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3080 – Amt für Raumplanung

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Raumplanung erfüllte praktisch alle gesteckten Ziele zeit- und budgetgerecht. Die Koordinationsstelle Baugesuche erfüllte die Fristen nicht zu 100 Prozent aufgrund der überdurchschnittlichen Zahl von Baugesuchen, Bebauungsplänen und Zonenplananpassungen. Es zeigten sich Personalengpässe.

Richtplan

Der Kantonsrat beschloss die Anpassung des Richtplans an das strategische Ziel «Wachstum mit Grenzen». Tiefere Einwohnerprognosen, Entwicklung nach innen, Ausscheiden von Verdichtungsgebieten, Stärken des preisgünstigen Wohnungsbaus, Freihalten der Lorzenebene für die Landwirtschaft und Erholung und Natur sind die Stichworte dazu. Neben dieser Anpassung beschäftigte sich der Kantonsrat mit der Festsetzung der Mittelschulstandorte im Kanton. Das Amt für Raumplanung erarbeitete zu diesen Anpassungen die Grundlagen und führte breit abgestützte Workshops zu den Mittelschulen und zur Planung Lorzenebene durch. In den Fokus kamen auch die Hochspannungsleitungen: Verschiedene Leitungen sind mittel- bis langfristig in den Boden zu verlegen. Für die notwendigen Entscheidungsprozesse erarbeitete das Amt für Raumplanung die notwendigen Studien und Grundlagen.

Agglomerationsprogramm

Der Bund prüfte das Zuger Agglomerationsprogramm. Es schneidet gut ab. Der Bund – vorbehältlich der Genehmigung durch das Bundesparlament – unterstützt das 2. Agglomerationsprogramm des Kantons mit einem Finanzierungssatz von 35 Prozent. Dies entspricht rund 40 Millionen Franken.

Elektronische Baubewilligung

Die elektronische Baubewilligung mit den Zuger Einwohnergemeinden hat sich im Alltag bewährt. Die Koordinationsstelle Baugesuche behandelte rund 550 Baugesuche und 46 Bebauungspläne und Zonenplananpassungen, weit mehr als budgetiert. Aufgrund des knappen Personalbestandes konnten die Fristen nicht vollständig eingehalten werden. Dazu führten nicht nur die grosse Anzahl der Gesuche, sondern auch die Komplexität der Gesuche und Planungen. Das Planen und Bauen im Bestand ist komplexer als der Neubau auf der grünen Wiese und braucht mehr Ressourcen. Zudem führt das Amt für Raumplanung bei heiklen Baugesuchen wenn immer möglich einen Augenschein mit den zuständigen Fachstellen, der Gemeinde und den Bauherrschaften durch. Dies ist zeit- und personalintensiv, entspricht aber der Kundenorientierung der Koordinationsstelle.

Kantonales Verkehrsmodell

Die Überarbeitung des Verkehrsmodells startete mit Verzögerung, da es noch Abstimmungen mit dem Kanton Zürich und der Schweizerischen Bundesbahn (SBB) brauchte.

Fachstelle für Statistik

Die Fachstelle für Statistik etablierte sich. Sie erteilte rund 370 mündliche und schriftliche Auskünfte. Nebst dem Gemeinschaftswerk «Zug in Zahlen 2013» mit der Zuger Kantonalbank erstellte die Fachstelle auch verschiedene Analysen und Auswertungen für Hochschulen, Medien und kantonale Fachstellen – zum Beispiel Pendlerstatistik, Betriebsstatistik, statistische Analyse zum geplanten Zweitwohnungsgesetz. Mit dem Immobiliencockpit liegen nun aktuelle Quartalszahlen für die Wohnungsmieten im Kanton Zug vor.

Natur und Landschaft

Das Amt für Raumplanung setzte Teile der Erholungsplanung Zugerberg um (Loipenarrondierung, Wanderwege). Im Auftrag des Amtes regenrierten Korporationen und Bauunternehmungen fünf Zuger Moore. Im Zuger Chriesiprojekt wurden Neupflanzungen unterstützt. Neben diesen Projekten arbeitet das Amt für Raumplanung auch mit den Zuger Bauern und Bäuerinnen auf verschiedenen Ebenen zusammen: Pflege der Naturschutzgebiete, Beiträge für die landschaftsprägenden Hochstammobstbäume und Einzelbäume oder Aufwertungen in Vernetzungsprojekten (Neuansaaten, Weiher). Als kantonale Gartendenkmalpflege unterstützt das Amt Gemeinden und Bauherrschaften in der Weiterentwicklung ihrer historischen Parkanlagen wie die des Klosters Heiligkreuz und der Villa Solitude in Cham, Langrütli in Hünenberg oder des Instituts Montana, Zugerberg.

Diverse Projekte

Es landeten diverse Geschäfte auf den Pulten der Mitarbeitenden des Amtes, die nicht budgetiert waren. Erwähnt sei die intensive Begleitung der Umsetzung der 1. Teilrevision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG), die Erstellung eines landschaftlichen Gesamtkonzepts für die Chamau in Cham, die landschaftspflegerische Begleitplanung zur SBB-Doppelpur in Walchwil oder ein Konzept für die raumplanerische Verteilung von Asylunterkünften im Kanton Zug.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und koordiniert die kantonale Statistik.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Richtplanung und Sachpläne			
1	Termingerechtes Abwickeln der Richtplananpassungen	Bericht und Antrag an den Regierungsrat spätestens sechs Wochen nach Eingang der Stellungnahmen	<input checked="" type="radio"/> Fristverlängerung für das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) – Verzögerung
2	Fördern der grenzüberschreitenden, interkantonalen Zusammenarbeit	Mindestens ein Treffen mit den interessierten Nachbarkantonen	<input checked="" type="radio"/>
3	Termingerechtes Bearbeiten von Stellungnahmen zu Sachplänen, Konzepten, Projekten, Gesetzen und Verordnungen des Bundes	Fristen werden zu 100 % eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
L1	Anpassen der Bevölkerungsprognosen im kantonalen Richtplan	Richtplananpassung bis Ende Jahr abgeschlossen	<input checked="" type="radio"/>
L2	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung Verdichtungsschwerpunkte	Richtplananpassung bis Ende Jahr abgeschlossen	<input checked="" type="radio"/>
L31a	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung Schaffung von preisgünstigem Wohnraum	Richtplananpassung bis Ende Jahr abgeschlossen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Verkehrsplanung und Agglomerationsprogramm			
4	Erarbeiten von Grundlagen für die Verkehrsplanung, Mobilität	Fristgerechte Abwicklung	<input checked="" type="radio"/>
5	Durchführen und Auswerten von Verkehrs-erhebungen	Mindestens 70 Verkehrserhebungen pro Jahr mit sofortiger Auswertung. Auf mindestens 95 % aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innerhalb 24 Stunden reagieren	<input checked="" type="radio"/>
6	Aufsicht über die kantonalen Wanderwege und deren Signalisation	Umsetzung Wanderweg-Route-Konzept	<input checked="" type="radio"/> Netz wird überprüft – Umsetzung folgt mittels Richtplananpassung frühestens Mitte 2014
7	Aufsicht über die kantonalen Radstrecken und die allgemeinen Belange des Zweirad-verkehrs	Laufende Projektüberprüfungen aus Sicht des Zweiradverkehrs in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt	<input checked="" type="radio"/>
A	Umsetzung Agglomerationsprogramm 1. und 2. Generation	Vorbereitungsarbeiten für die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung nach den Vorgaben vom Bund	<input checked="" type="radio"/>
L3	Einführen des Mobilitätsmanagements in der kantonalen Verwaltung	Weitere Umsetzung der Massnahmen	<input checked="" type="radio"/> Zeitliche Verzögerung aufgrund Abstimmung mit Projekt Fokus
Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft			
8	Aufsicht, Koordination und Abgeltung von Pflege und Unterhalt der kantonalen Naturschutzgebiete	Fristgerechte Auszahlung der Beiträge bis Ende 2013	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
9	Moorregenerationen in Mooren von nationaler Bedeutung	Umsetzen in mindestens fünf Mooren	
10	Koordinieren und Umsetzen von Arten-schutz- und Fördermassnahmen	Bestandeserhebung Reptilien ist abgeschlossen	
11	Umsetzen des Entwicklungsleitbildes Zuger-/Walchwiler-/Rossberg	Besucherlenkungskonzept Zuger-, Walchwilerberg liegt vor, erste Massnahmen sind umgesetzt	Konzept liegt vor, bauliche Massnahmen sollen koordiniert 2014 realisiert werden
L4	Umsetzen des Legislaturzieles vielfältige und vernetzte Zuger Landschaft	Konzept in Erarbeitung	
L7	Umsetzen des Legislaturzieles Zuger Chriesi	Umsetzung Regionalentwicklungsprojekt läuft. Teilprojekt Landschaft ist gestartet	

Leistungsgruppe 4: Ortsplanung, Baugesuche, Konzessionen, Kiesabbau und Deponien

12	Termingerechtes Vorprüfen und Genehmigen von Ortsplanungen und Bebauungsplänen	Drei Monate bei Gesamtrevisionen und neuen Bebauungsplänen. Zwei Monate bei Teilerevisionen	● Bedeutend mehr Vorprüfungen und Genehmigungen eingereicht als budgetiert; dies führte zu Personalengpässen
13	Termingerechtes Behandeln von Bauanfragen und Baugesuchen (ausserhalb der Bauzone, innerhalb des Gewässerabstandes, Starkstromanlagen)	Fristen: Innert einem Monat Schreiben beziehungsweise Verfügen. Bauanzeigen innert zehn Tagen	● Gesuche unvollständig, Augenscheine nötig, Einsprachen; bedeutend mehr Baugesuche eingereicht als budgetiert; dies führte zu Personalengpässen
14	Termingerechtes Behandeln von Gesuchen für den Kiesabbau und Deponien	Fristgerechte Abwicklung	●
15	Termingerechtes Erteilen von Konzessionen	Fristen: Innert zwei Monaten Schreiben beziehungsweise Verfügung. Bei neuen Konzessionsgesuchen vier Monate	● Gesuche unvollständig, Augenscheine nötig, Einsprachen
L28	Entwickeln des Konzeptes für die Einführung der elektronischen Baubewilligung	Begleiten der Umsetzung des Konzeptes. Abschluss des Konzeptes bis Ende 2013	●
L46b	Führen der Koordinationsstelle für Baugesuche innerhalb der Bauzone	Fristgerechte Abwicklung	●

Leistungsgruppe 5: Statistik und Raumbeobachtung

16	Termingerechtes Umsetzen des kantonalen Statistikkonzeptes	Die im Statistikkonzept gesetzten Fristen werden zu 100 % erfüllt	●
17	Erbringen von statistischen Dienstleistungen und Auskünften für die Verwaltung und die Öffentlichkeit	Auf mindestens 95 % aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innert 24 Stunden reagieren	●
18	Verfassen von statistischen Medienmitteilungen und Analysen	Mindestens drei Publikationen (Medienmitteilungen, Analysen) pro Jahr	●
19	Überwachen der Bauzonenreserven-Entwicklung	Aktualisieren der unbebauten Bauzonen in allen Gemeinden per Ende Jahr	●
B	Erarbeiten der statistischen Grundlagen für die Raumbeobachtung	Grundlagen sind bis Ende Jahr aktualisiert	●
C	Produktion «Kanton Zug in Zahlen» in Zusammenarbeit mit der Zuger Kantonalbank	Print-Publikation «Zug in Zahlen» bis September des Jahres	● Print-Publikation erschien erst im Oktober
D	Koordinieren der Bildungsstatistik für Volkswirtschaftsdirektion und Direktion für Bildung und Kultur	Termingerechte Datenlieferung aller Schulen ans Bundesamt für Statistik	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die Ziele wurden grossmehrheitlich erfüllt. Das Problem mit den Fristen hat sich aufgrund der stark gestiegenen Gesuchszahlen verschärft. Für nächstes Jahr gehen wir von einer Normalisierung aus.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Baugesuche und Anfragen innerhalb und ausserhalb der Bauzone	Anzahl	439	400	557
Bebauungspläne (Vorprüfungen und Genehmigungen)	Anzahl	23	25	46

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Es gab eine markante Erhöhung der Anzahl Baugesuche und Bebauungspläne. Dies ist ein Zeichen der guten Baukonjunktur. Beim Amt für Raumplanung führte dies zu Engpässen und die Fristen konnten mit den vorhandenen Personalstellen nicht vollständig eingehalten werden. Es kam aber nicht zu grossen Fristüberschreitungen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'203'729.57	-6'543'700	-5'936'513.96	607'186.04	-9.3
Total Ertrag	952'689.15	946'000	982'681.25	36'681.25	3.9
Saldo	-5'251'040.42	-5'597'700	-4'953'832.71	643'867.29	-11.5

Kommentar Rechnung

Die Rechnung schliesst bedeutend besser ab als budgetiert. Dazu beigetragen haben folgende Faktoren: Zeitliche Verschiebung von Projekten (Kantonales Verkehrsmodell), Grundlagen, die nicht dem Budget Amt für Raumplanung belastet wurden (Mittelschulstandorte, Studien betreffend Hochspannungsleitungen), Verzicht auf Planung NEAT Zugersee mit den Kantonen Uri, Schwyz, Zug und Zürich sowie der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), mehr Bundessubventionen im Natur- und Landschaftsschutz.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3080.0001 GemDat Raum					
Ausgaben		-60'000		60'000.00	-100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-60'000		60'000.00	-100.0
Einnahmen					
Saldo		-60'000		60'000.00	-100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3080.0006 Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz					
Ausgaben	-54'800.00	-100'000	-34'379.80	65'620.20	-65.6
Einnahmen	18'266.65	33'000	11'459.95	-21'540.05	-65.3
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-54'800.00	-100'000	-34'379.80	65'620.20	-65.6
Einnahmen	18'266.65	33'000	11'459.95	-21'540.05	-65.3
Saldo	-36'533.35	-67'000	-22'919.85	44'080.15	-65.8

Kommentar Rechnung

Vom Verpflichtungskredit konnten nicht Projekte für 100 000 Franken unterstützt werden. Der Kredit dürfte somit zeitlich erstreckt werden.

Institutionelle Gliederung

Sicherheitsdirektion

Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
3500	Direktionssekretariat	-2'012'297.32	-2'417'700	-2'088'289.78	329'410.22	-13.6
3515	Schätzungskommission	-133'485.06				
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'161'401.10	-2'362'600	-2'054'632.38	307'967.62	-13.0
3541	Stabsstelle Notorganisation	-51'769.35	-186'700	-85'889.78	100'810.22	-54.0
3581	Strassenverkehrsamt	2'617'499.57	2'424'580	1'575'162.84	-849'417.16	-35.0
3587	Amt für Feuerschutz	-259'656.65	-183'400	-231'136.40	-47'736.40	26.0
3590	Zuger Polizei	-43'334'943.61	-45'091'000	-44'322'562.79	768'437.21	-1.7
3592	Amt für Migration	-1'354'657.53	-1'618'400	-1'266'113.71	352'286.29	-21.8
3595	Strafanstalt	-2'339'579.60	-2'532'950	-2'488'775.28	44'174.72	-1.7
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'823'832.11	-5'076'950	-5'006'263.50	70'686.50	-1.4
35	Sicherheitsdirektion	-53'854'122.76	-57'045'120	-55'968'500.78	1'076'619.22	-1.9

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
3581	Strassenverkehrsamt	-72'882.70	-80'000	18'643.85	98'643.85	-123.3
3587	Amt für Feuerschutz		-109'200	-100'824.15	8'375.85	-7.7
3590	Zuger Polizei	-1'304'880.24	-13'825'000	-3'581'920.50	10'243'079.50	-74.1
35	Sicherheitsdirektion	-1'377'762.94	-14'014'200	-3'664'100.80	10'350'099.20	-73.9

Gesamtwürdigung

In Kürze

Wichtige Sicherheitsfragen von landesweiter Tragweite und ein ausserordentliches Ereignis prägten das Berichtsjahr. Zwei tragische Straftaten in der Westschweiz und der Fall «Carlos» sowie der Hungerstreik mit Todesfolge im Kanton Zug rückten den Straf- und Massnahmenvollzug ins Zentrum der Öffentlichkeit. Die im Vorjahr eingeleitete Neustrukturierung des Asylbereichs zur Beschleunigung der Verfahren nahm die nationalen politischen Hürden, begleitet durch die aktive Mitarbeit der Sicherheitsdirektion. Dank einem deutlichen Zugerischen Volksentscheid konnte ein wichtiges Signal für die schweizweite Bekämpfung von Hooliganismus gesetzt werden. Das Littering-Problem im Kanton Zug wurde in diesem Jahr aktiv angegangen. Das Sicherheitsgefühl der Zuger Bevölkerung bleibt wie in früheren Jahren hoch.

Straf- und Massnahmenvollzug im Fokus der Öffentlichkeit

Zwei tragische Straftaten in der Westschweiz und der Fall «Carlos» rückten den Straf- und Massnahmenvollzug ins Zentrum der Aufmerksamkeit und beschäftigten die Strafvollzugskonkordate in der Schweiz. Auch die Sicherheitsdirektion setzte sich innerhalb des Strafvollzugskonkordats sowie aufgrund parlamentarischer Vorstösse mit den Fragen um Fussfesseln (Electronic Monitoring) und Vollzugskosten auseinander.

Im Berichtsjahr verstarb erstmalig in der Schweiz ein Häftling im Massnahmenvollzug nach einem Hungerstreik, mit dem er seine Freilassung bewirken wollte. Neben der Sicherheitsdirektion waren in den Fall mehrere Behörden involviert. Alle bemühten sich vergeblich, den Betroffenen von seinem Handeln abzubringen. Dank gesetzlichen Regelungen in der Zuger Rechtsordnung bestanden klare Grundlagen für den behördenseitigen Umgang mit dieser anspruchsvollen Situation. Im Kontakt mit Angehörigen und der Öffentlichkeit musste dabei stets das Gleichgewicht von Recht und Ethik austariert werden. Gleichzeitig galt es, die Pietät zu wahren und die Würde des Verstorbenen zu respektieren.

Asylwesen in der Schweiz neu strukturiert

Die im Vorjahr eingeleitete Neustrukturierung des Asylbereichs zur Beschleunigung der Verfahren nahm die nationalen politischen Hürden. Die Sicherheitsdirektion begleitete diesen Prozess im Rahmen der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren aktiv.

Deutlicher Volksentscheid über das Hooligan-Konkordat

Die Revision des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen bringt neben strengeren Sanktionen wichtige Zusatzinstrumente für die Behörden im Umgang mit den Veranstalterinnen und Veranstaltern. Im Zuger Kantonsrat erwies sich die Vorlage als sehr umstritten und die Begleitung der Parlamentsdebatten gestaltete sich unerwartet intensiv. Nur knapp trat der Kantonsrat auf die Vorlage ein und die Ratsminderheit ergriff nach der Schlussabstimmung das Behördenreferendum. So kam es landesweit zur zweiten Volksabstimmung über die Konkordatsrevision. An Podien und mit intensiver Medienarbeit musste die Öffentlichkeit von den Vorteilen der Vorlage überzeugt werden. Mit einem deutlichen Ja-Anteil von 81 Prozent stimmte die Zuger Bevölkerung der Vorlage schliesslich zu. Im Verbund mit den anderen Kantonen können die negativen Auswirkungen von Gewalt im Zusammenhang mit Sportanlässen nun gezielter und nachhaltiger angegangen werden.

Koordinierte Massnahmen gegen Littering im Kanton Zug

Zur Bekämpfung von Littering lancierte die Sicherheitsdirektion in Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt Zug, mit Zuger Gemeinden und dem Abfallverband Zeba eine breite Präventionskampagne. Sie informierte gleichzeitig über die Ordnungsbussen, die mit dem Übertretungsstrafrecht geschaffen wurden. Die Kampagne löste bei der Bevölkerung positives Echo aus. An einigen öffentlichen Orten war eine abnehmende Verschmutzung unmittelbar spürbar. Die Kommunikationsmassnahmen sind Teil einer dreijährigen Gesamtstrategie, die im Vorjahr zusammen mit den Partnern ins Leben gerufen worden ist.

Zugerinnen und Zuger fühlen sich sicher

Im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die die Sicherheitsdirektion in der Berichtsperiode zum dritten Mal nach 2005 und 2009 durchführen liess, äusserte sich die Bevölkerung sehr positiv zur öffentlichen Sicherheit im Kanton Zug. Wie schon in den früheren Umfragen fühlen sich die Zugerinnen und Zuger in ihrer Wohngemeinde sehr sicher. Für die aktuellen Vorhaben zur Bekämpfung von Littering, zur Schaffung von Regeln für die Videoüberwachung und zum Umgang mit gefährlichen Hunden bestand zudem grosser Zuspruch.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Berichtsjahr konnten wichtige Sicherheitsanliegen realisiert werden. So traten verschiedene Gesetzesvorlagen in Kraft, weitere kamen im Gesetzgebungsprozess mit grossen Schritten voran. Das Direktionssekretariat begleitete die Beratungen der parlamentarischen Kommissionen sowie des Kantonsratsplenums erfolgreich. Die parlamentarischen Gremien waren von den regierungsrätlichen Gesetzesentwürfen grundsätzlich überzeugt. Neben den Sicherheitsvorlagen soll unter anderem die Verwaltungsarbeit transparenter gemacht und die Unabhängigkeit der Datenschutzstelle gestärkt werden.

Übertretungen können rascher und einfacher gebüsst werden

Das Übertretungsstrafgesetz schaffte die Rechtsgrundlage für ein kantonales Ordnungsbussenverfahren sowie für eine neue Strafnorm gegen Littering. Die Vorlage ersetzte das kantonale Strafrecht von 1981 und passte dieses an das Unrechtsverständnis der heutigen Gesellschaft an. Mit der Möglichkeit, Übertretungen mit Ordnungsbussen statt mit Anzeigen zu verfolgen, wurde ein einfaches und effektives Sanktionsinstrument eingeführt. Davon profitieren sowohl die Bürgerin und der Bürger als auch die Verwaltung und die Justiz. Nach detailreichen, vom Direktionssekretariat eng begleiteten Beratungen genehmigte der Kantonsrat das Gesetz. Es trat nach unbenutzter Referendumsfrist am 1. Oktober in Kraft.

Auf dem Weg zu mehr Sicherheit mit Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Mit der Videoüberwachungstechnik erhalten die Behörden ein wichtiges Instrument für die Sicherheit im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum. Die entsprechende Gesetzesvorlage war Gegenstand parlamentarischer Beratungen in den Kommissionen und im Ratsplenum. Der Kantonsrat begrüsste den regierungsrätlichen Entwurf in der ersten Lesung grossmehrheitlich. Die Frage, wer die Bildaufnahmen auswerten darf, war jedoch umstritten. Der Rat beauftragte die Kommission in der Folge, diese Frage vertieft zu prüfen. Das Ergebnis dieser Beratung wird im ersten Quartal 2014 erwartet.

Zuger Verwaltung soll transparenter werden

Das Öffentlichkeitsgesetz regelt den Zugang für die Bevölkerung zu Dokumenten der Verwaltung und läutet damit einen Paradigmenwechsel ein. Der Regierungsrat möchte sich mit dem Gesetz dem landesweiten Trend zur grundsätzlichen Transparenz der Verwaltungsarbeit anschliessen. Die vorberatende Kommission setzte sich vertieft mit dieser Materie auseinander und beantragte die Zustimmung zur Vorlage mit den Änderungen der Kommission. Das Ratsplenum beriet diese gegen Ende Jahr in erster Lesung. Parallel dazu werden im Direktionssekretariat die praktischen Umsetzungshilfen erarbeitet.

Unabhängigkeit der Datenschutzstelle gestärkt

Mit den Gesetzesanpassungen aufgrund der EU-Rahmenbeschlüsse 2008 über den Schutz personenbezogener Daten wird das Datenschutzgesetz teilrevidiert. Zentraler Punkt der Vorlage ist die Wahl der oder des Datenschutzbeauftragten durch den Kantonsrat, um die Unabhängigkeit von der Regierung und Verwaltung zu stärken. Gleichzeitig wird das Polizeirecht in verschiedenen Bereichen angepasst. Im November beriet der Kantonsrat die Vorlage in erster Lesung, nachdem sich die erweiterte Justizprüfungskommission und die Staatswirtschaftskommission sich vertieft mit den beantragten Gesetzesänderungen auseinandergesetzt hatten. Die zweite Lesung des Kantonsrats ist im Januar 2014 angesetzt.

Neue Richtlinien für Aufträge an Übersetzerinnen und Übersetzer

Regierungsrat, Obergericht und Verwaltungsgericht vereinheitlichten das kantonale Übersetzungswesen und legten in einer Verordnung gemeinsame Richtlinien fest. Die Übersetzungsverordnung dient der Verbesserung und der Sicherung der Qualität. Im Zentrum stehen Zulassungsvoraussetzung für Übersetzerinnen und Übersetzer in fachlicher und persönlicher Hinsicht, das Führen eines zentralen Registers sowie einheitliche Vergütungen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (SDS) erfüllt Stabs-, Planungs-, Koordinations- und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion (SD). Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
A	Effiziente und nachhaltige Arbeits-erledigung	Evaluation der Prozesse und Einführung eines jährlichen Überprüfungsprozesses	●
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst			
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	●
2	Umgehende Einleitung von Verfahrensschritten den Rechtsdienst des Regierungsrates betreffend	Verfahrensleitende Schritte werden innert vier Arbeitstagen eingeleitet	●
3	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Vorverfahren sind innert 6 Monaten abgeschlossen. Die Fristen des Gerichts sind eingehalten	●
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Die Ist-Situation sowie der Soll-Wert sind analysiert; ein entsprechendes Delta ist erkannt. Massnahmen zur allfälligen Verbesserung sind vom Regierungsrat verabschiedet	●
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte			
4	Hohe Qualität der Anträge der SD an den RR	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	●
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Die gesetzlichen Fristen sind eingehalten	● 90 % Zielerreichung. Eine Motion aufgrund Komplexität und Abhängigkeit Bund nicht fristgerecht erledigt
6	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Die Fristen sind eingehalten	●
B	Gesetzesanpassungen aufgrund EU Rahmenbeschlüsse 2008 über den Schutz personenbezogener Daten	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen	● 90 % Zielerreichung. Parlamentarisches Verfahren nicht durch SDS beeinflussbar
C	Totalrevision Filmgesetz	Der Regierungsrat hat das Gesetz dem Kantonsrat überwiesen	● 80 % Zielerreichung. Überweisung im März 2014
D	Öffentlichkeitsgesetz	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen	● 80 % Zielerreichung. Parlamentarisches Verfahren nicht durch SDS beeinflussbar
E	Erledigung der Motion Übelhart und Wicky zur Aufhebung der Feuerwehrpflicht und Ersatzabgabe	Der Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	● 95 % Zielerreichung. Überweisung im Januar 2014

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
F	Erledigung des Postulats Hürlimann zur Revision der Strassensignalisationsverordnung	Der Regierungsrat hat die externe Vernehmlassung eröffnet	
L24	Video-Überwachungsgesetz	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen	70 % Zielerreichung. Parlamentarisches Verfahren nicht durch SDS beeinflussbar
L24	Übertretungsstrafrecht	Das Gesetz ist in Kraft. Eine Informationskampagne ist durchgeführt	
Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben			
7	Beförderliche Bearbeitung der eingehenden Gesuche betreffend Verkehrsanordnungen	90 % der Gesuche sind innert 3 Wochen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	
9	Rasche Bearbeitung eingehender Gesuche im Lotteriewesen	Gesuche sind innert 14 Tagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	
10	Rasche Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche aus dem Lotteriefonds	Gesuche unter 10'000 Franken sind innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	
Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen			
11	Gewährleistung des internen Informationsflusses	12 Amtsleitersitzungen; 12 Teamsitzungen des Direktionssekretariats; 1 Klausurtagung Amtsleitende	
12	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	12 Vorträge/50 Medienkontakte/2 Medienkonferenzen	
13	Fristgerechte und korrekte Direktionsrechnungsführung	Fristen der Finanzdirektion sind eingehalten. Keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	
Leistungsgruppe 5: Opferhilfe			
14	Rasche Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	90 % der Verfügungen innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	
15	Rasche Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	90 % der Verfügungen innert 3 Wochen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	
16	Beförderliche und fachgerechte Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genugtuungen	90 % der Verfügungen innert 2 Monaten nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	80 % Zielerreichung. Längere Rechtsabklärungen bei grossen und komplexen Fällen notwendig
17	Sicherstellung der Aufsicht/Controlling Opferberatungsstellen	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen	
Leistungsgruppe 6: Eichamt			
18	Messmittel sind gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	1'350 Messmittel geeicht	90 % Zielerreichung. 1'250 Messmittel geeicht
19	Effektive Füllmengenkontrollen nach DVO	30 Hersteller von Fertig- und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	
20	Vorgaben des Bundesamts für Metrologie Metas sind erfüllt	Jahresziele Metas sind erreicht	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl	51	50	21
Staatshaftung	Anzahl	14	12	10
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl	3	5	7
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	7	10	12
Vernehmlassungen des Bundes	Anzahl	20	20	41
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl	79	90	93
Verkehrsanordnungen	Anzahl	97	90	71
Gesuche Opferhilfe	Anzahl	144	140	103
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl	2'845	2'800	2'690
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl	70	65	70

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die gewonnenen Ressourcen aufgrund der geringeren Anzahl Beschwerden und Opferhilfegesuchen wurde durch die doppelte Anzahl an Vernehmlassungen des Bundes kompensiert. Diese Einfluss-/Plangrössen werden extern gesteuert und können nicht durch das SDS beeinflusst werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'201'763.07	-2'568'900	-2'257'067.93	311'832.07	-12.1
Total Ertrag	189'465.75	151'200	168'778.15	17'578.15	11.6
Saldo	-2'012'297.32	-2'417'700	-2'088'289.78	329'410.22	-13.6

Kommentar Rechnung

Aufgrund der reduzierten Anzahl eingereichter Opferhilfegesuche wurden rund 120'000 Franken weniger als budgetiert an die Opfer ausbezahlt. Der von den Opferhilfestellen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen verrechnete Betrag lag um rund 80'000 Franken tiefer als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-90'271.00				
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-90'520.40				
305	Arbeitgeberbeiträge	-23'153.10				
309	Übriger Personalaufwand	-2'384.00				
310	Material- und Warenaufwand	-3'732.36				
313	Dienstleistungen und Honorare	-36'241.40				
315	Unterhalt Mobilien	-322.20				
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-1'324.50				
317	Spesenentschädigungen	-2'768.90				
319	Übriger Betriebsaufwand	-5'591.10				
	Total Aufwand	-256'308.96				
421	Gebühren für Amtshandlungen	122'823.90				
	Total Ertrag	122'823.90				
	Saldo	-133'485.06				

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Per 1. Januar übernahm das Amt für Zivilschutz und Militär den Vorsitz der Arbeitsgruppe Innerschweiz (LU, UR, SZ, NW, OW, GL, ZG) und deren Fachgruppen Ausbildung, baulicher Zivilschutz, Material und Zivilschutzstellen. Die Mitwirkung bei den Projekten «Erweiterung und Sanierung Ausbildungszentrum Schönau», «Strategie Bevölkerungsschutz 2015+», «Strategie Zivilschutz 2015+», «Weiterentwicklung der Armee» sowie das 50-Jahr-Jubiläum Schweizer Zivilschutz prägten das Jahr.

Erweiterung und Sanierung Ausbildungszentrum Schönau

Die Grundlagen für das Projekt Erweiterung und Sanierung Ausbildungszentrum Schönau wurden erarbeitet. Das Konzept beinhaltet eine neue Materialhalle, ein Restaurant für 110 Personen, eine Küche im Erdgeschoss, eine Liftanlage sowie die Sanierung der Gebäudehülle und der Haustechnik. Der Kantonsrat hat den Projektierungskredit am 29. August genehmigt.

Schutzanlagen

Das Konzept der Schutzanlagen im Kanton wurde überprüft. Dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz wurde beantragt, dass mehrere Schutzanlagen aufgehoben und einzelne in öffentliche Schutzzräume umgenutzt werden können. Mit der Aufhebung dieser Schutzanlagen können künftig die Betriebskosten reduziert werden.

50 Jahre Schweizer Zivilschutz

Am 25. November wurde in Hünenberg anlässlich des Jahresrapportes der Zivilschutzorganisation (ZSO) das 50-Jahr-Jubiläum des Schweizer Zivilschutzes gefeiert. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz finanzierte im Jubiläumsjahr in jedem Kanton eine Baumpflanzung. Im Guggi in Zug konnte die Patenschaft für einen Kirschbaum der Aktion «Zuger Chriesi» finanziert werden.

Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Die Zivilschutzorganisation leistete Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft beim Schweizer Jugendmusikfest in Zug und TixiTaxi Fahrauftrag.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung			
1	Stellt aktuellen Datenbestand des militärischen Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	●
2	Führt Orientierungstage für alle 18-jährigen Schweizer durch und bietet zur Rekrutierung auf	10 Orientierungstage	●
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert zwei Wochen bearbeitet	●
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe korrekt und vollständig	100 % bewirtschaftet, Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	●
5	Kontrolliert die korrekte Erfüllung der Schiesspflicht der Angehörigen der Armee	Im Januar kontrolliert	●
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	●
7	Betreibt eine Retablierungsstelle gemäss Leistungsauftrag VBS	3 Tage pro Woche geöffnet	●
Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung			
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Innert zwei Wochen	●
10	Stellt die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzräume sicher	1 Überarbeitung	●
11	Führt die periodische Schutzraumkontrolle gemäss Checkliste durch inkl. Nachkontrolle bei Mängeln	350 Objekte	●
A	Erneuert die Sirenen	1 Sirene	●
C	Überprüfung Software-Ersatz Baulicher Zivilschutz	Entscheid neue Software Baulicher Zivilschutz	●
Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation			
12	Stellt den aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	●
13	Stellt die Einsatzbereitschaft und die Qualität der Ausbildung sicher	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	●
14	Unterstützt TixiTaxi mit Fahrern	700 Einsatztage	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
15	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert einer Woche	
16	Leistet Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft gemäss Gesuche	800 Einsatztage	
17	Stellt den Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Periodische Kontrollen und jährliche Kontrolle des Inventars	

Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben	
18	Bearbeitet Gesuche des Winkelriedfonds
19	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Stellungspflichtige	Pflichtige	487	550	560
Meldepflichtige Armee	Pflichtige	7'380	7'500	7'252
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige	2'048	2'100	2'048
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige	3'203	3'000	3'136
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche	169	150	160
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche	1'034	1'300	966
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche	438	400	442
Kunden Retablierungsstelle	Kunden	1'442	2'000	1'347
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage	8'059	7'500	8'367

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'376'131.81	-4'428'100	-4'171'803.42	256'296.58	-5.8
Total Ertrag	2'214'730.71	2'065'500	2'117'171.04	51'671.04	2.5
Saldo	-2'161'401.10	-2'362'600	-2'054'632.38	307'967.62	-13.0

Kommentar Rechnung
 Unerwartete Wehrpflichtersatzabgaben haben zu Mehreinnahmen von 60'000 Franken geführt. Durch den Einsatz eigener Instruktoren und weniger Teilnehmer aus der Rekrutierung reduzierte sich der Aufwand um 100'000 Franken und der Ertrag um 40'000 Franken. Der Teilarückbau der Zivilschutzanlage Röhrliberg verursachte einen Aufwand von 50'000 Franken und einen entsprechende Entschädigung vom Bund in gleicher Höhe. Die Realisierung der Schnittstelle OM Bauten-Zupla und Gem Dat wurde zurückgestellt, somit wurde der budgetierte Betrag von 30'000 Franken nicht ausgeschöpft.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Stabstelle Notorganisation koordinierte die Arbeiten betreffend Revision Bevölkerungsschutzgesetz und die Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe und dem kantonalen Führungsstab. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) wurde eine Stabsübung mit dem kantonalen Führungsstab zum Thema Strommangellage durchgeführt.

Revision Bevölkerungsschutzgesetz

Der kantonale Führungsstab erarbeitete Grundlagen für die Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes, speziell wurde das Thema Begriffe und Zuständigkeiten beraten.

Kantonaler Führungsstab

Der kantonale Führungsstab (KFS) bearbeitete die Sachgeschäfte POLYCOM, KFS Organigramm, Checklisten zum Konzept betriebliche Sicherheit Verwaltung und Gerichte, ABC-Schutz Schweiz, Ausbildung und Budget sowie die Erarbeitung von Grundlagen der Revision Bevölkerungsschutzgesetz. Die Fachbereiche Information, Technische Dienste, Zivilschutz und Verwaltung und Gerichte absolvierten je an einem Tag eine Ausbildung in der Stabsarbeit. Unter der Leitung des BABS absolvierte der kantonale Führungsstab eine Stabsübung zum Thema Strommangellage. Die Stabsassistenten des Zivilschutzes und der Polizei wurden im Bereich Führungsunterstützung an vier Tagen ausgebildet.

Gemeindeführungsstäbe

Die Stabschef der Gemeindeführungsstäbe wurden am 6. März zum GFS Rapport eingeladen, an welchem verschiedene aktuelle Themen wie die Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes, Strategie Bevölkerungsschutz 2015+, Strategie Zivilschutz 2015+, POLYCOM, Alarmsystem, Steuerung Schutzraumbau und die Ausbildung besprochen wurden. Mit den GFS Zug, Steinhausen, Risch, Hünenberg und Neuheim wurde eine Ausbildung durchgeführt.

Katastrophenorganisation

Die Arbeitsgruppe Katastrophenplan verabschiedete verschiedene Sachgeschäfte wie Einsatzkonzepte, Alarmierung, Budget, Ausbildung und das Material. Die ABC Koordinatoren der Zentralschweiz bearbeiteten an zwei Sitzungen das Thema ABC-Schutz Schweiz. Die ABC-Massnahmenlisten der Zentralschweiz und des Kantons Zug wurden weiter bearbeitet. Das Personal der mobilen Sanitätshilfsstelle wurde unter der Leitung des Rettungsdienstes Zug an drei Abenden ausgebildet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Stabstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Notorganisation			
1	Stellt den reibungslosen Betrieb des Alarmierungssystems sicher	Pro Organisation 4 Probealarme	●
2	Koordiniert die Arbeiten und die Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes, des Katastrophenstabes, der Arbeitsgruppe Katastrophenplan und der Partner/innen der Notorganisation	Führt mindestens 2 Informations- und Planungsrapporte durch. Kontrolliert die Pendenzenliste	●
3	Unterstützt die Gemeindeführungsstäbe bei ihrer Ausbildungstätigkeit	4 Übungen	●
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der Sanitäts-hilfsstelle sicher	Kontrolliert den Mittelbedarf, den Ausbil-dungsstand und bearbeitet die adminis-trativen Arbeiten für das San Hist Personal	●
A	Koordiniert die Umsetzung der Massnah-men des Projektes ABC-Schutz	Umsetzung Pendenzen gemäss Schluss-bericht	●
B	Koordiniert das Projekt «Zusammenarbeit Bund und Kantone bei Naturgefahren»	Umsetzung Pendenzen gemäss OWARNA-Bericht des Bundesrates	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Führungsstäbe	Kantonaler Führungsstab (KFS)		1	1
Führungsstäbe	Gemeinde Führungsstab (GFS)		11	11
San Hist	Angehörige	200		157

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-186'610.85	-314'400	-215'602.48	98'797.52	-31.4
Total Ertrag	134'841.50	127'700	129'712.70	2'012.70	1.6
Saldo	-51'769.35	-186'700	-85'889.78	100'810.22	-54.0

Kommentar Rechnung

Das Budget wurde um 50'000 Franken unterschritten, weil die KFS Luftaufklärungs- und die Triage-Ärzteausbildung nicht durchgeführt wurden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Fahrzeugwachstum entsprach wieder dem Durchschnitt von 1,6 Prozent der vergangenen Jahre. Die Anpassung der Gebühren im Strassenverkehr zum Jahresbeginn führten wie erwartet bei den Ausweisen zu ca. 10 Prozent weniger Einnahmen. Die Erhöhung der Gebühren bei den Fahrzeugprüfungen konnten diese Mindereinnahmen nicht kompensieren, da drei Verkehrsexperten längerfristig, d. h. über 440 Arbeitstage, krankheitsbedingt ausfielen. Der Leistungsauftrag bez. einer ausgeglichenen Betriebsrechnung wurde nach Auswertung der Kosten- und Leistungsrechnung um 188 344 Franken knapp nicht erreicht (Kostendeckungsgrad 98 Prozent).

Personelles

Im April ging der Stellvertreter des Amtsleiters in Pension. Sein Nachfolger aus dem internen Kadernachwuchs konnte frühzeitig eingeführt werden. So konnte ein nahtloser Führungswechsel sichergestellt werden. Die langfristigen, krankheitsbedingten Fehlzeiten bei den Verkehrsexperten wurden teilweise mit der Einstellung und Ausbildung eines Ersatzverkehrsexperten kompensiert.

Verschiedene Projekte realisiert

Nebst dem intensiven Tagesgeschäft war das Jahr geprägt von verschiedenen kleinen Projekten und Highlights. Die Anbindung der Maha-Bremsprüfstände an die Computerunterstützte Fahrzeugprüfung (CUFA) konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Infrastrukturell wurden ein Scherenlift und die Bremsrollen auf zwei Bahnen ersetzt. Ebenfalls konnte im Sinne einer Ersatzbeschaffung nach zehn Jahren Betriebszeit der Drucker für die Führerausweise im Kreditkartenformat ausgetauscht werden. Die Erfassung von verkehrsmedizinischen Berichten und der Eintrag der Auflage 178 «Halterwechsel verboten» werden neu elektronisch verarbeitet. Die Fachanwendung «eMedko» ermöglicht den gut-achtenden Arztpersonen die direkte Erfassung der verkehrsmedizinischen Berichte in der Fachapplikation Viacar. Die Auflage 178 wird seit dem 18. November durch die Leasingfirmen via Clearingstelle bei der Zentralstelle für Kreditinformation (ZEK) erfasst und beim Ausdruck eines Fahrzeugausweises übernommen. Beide Lösungen erleichtern die Arbeit und verbessern die Rechtssicherheit.

Positive Ergebnisse bei den Qualitätssicherungen

Die Qualitätssicherung erfolgte auf verschiedenen Ebenen. Die Finanzkontrolle führte im Frühjahr eine Amtsrevision durch. Es wurden keine Auflagen festgelegt und nur wenige Empfehlungen abgegeben, die in der Zwischenzeit bereits umgesetzt wurden. Im Herbst wurden die Rezertifizierung nach ISO 9001:2008 über das ganze Amt und die Reakkreditierung der Prüfbahnen erfolgreich und ohne Empfehlungen oder Auflagen bestanden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt setzt das Strassenverkehrsgesetz (SVG) des Bundes um, vollzieht das Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG), die internationalen Vereinbarungen und die Ausführungsvorschriften, erhebt die Steuern der Motorfahrzeuge im Strassenverkehr und trägt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern bei.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und SAS-Akkreditierung	Periodisches Audit durch die SQS und SAS	<input checked="" type="radio"/>
2	Deckungsgrad durch Gebühreneinnahme nach Kosten und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinanzierung	100 %	<input checked="" type="radio"/> 98 % Zielerreichung: Krankheitsbedingter Ausfall von drei Verkehrsexperten
Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen			
3	Fahrzeugprüfungen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen durchführen	31'500 Motorfahrzeuge	<input checked="" type="radio"/> 26'271 Fahrzeugprüfungen: Krankheitsbedingter Ausfall von drei Verkehrsexperten
4	Hohe Auslastung Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)	Prüfungen im Durchschnitt zu 90 % ausgelastet	<input checked="" type="radio"/> 83 % Zielerreichung: Kurzfristig abgesagte Führerprüfungstermine wurden in Theorieprüfungstermine umgewandelt, die nicht mehr zu 100 % ausgelastet werden konnten
5	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)	Keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>
6	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Schiffsführerprüfungen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>
A	Überprüfung der Bewilligungen «Werk-interner Verkehr»	Die restlichen 50 % aller Betriebe	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Führer- und Fahrzeugausweise			
7	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Keine gutgeheissenen Beschwerden, Tages à jour in der Fahrzeugzulassung, 5 Arbeitstage in der Führerzulassung	<input checked="" type="radio"/> Zwei teilweise gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden (1x inkorrekt ausgestellter Fahrzeugausweis; 1x aufgehobene Verweigerung eines 4. Lernfahrausweises)
8	Rasche Bearbeitung und Erteilung von Sonder- und Spezialbewilligungen	Durchlaufzeit max. 24 Stunden	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben			
D	Ersatz der PDA für die Computerunterstützte Fahrzeugabnahme (CUFA) und Ablösung des Betriebssystems Windows CE	Einführung/Ersatz	<input type="radio"/> Fehlende Technologie auf dem Markt. Beschaffung wurde auf 2015 verschoben

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht			
11	Kurze Durchlaufzeit von Verwarnungen (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	Max. 8 Wochen	
12	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweisentzügen (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	Max. 8 Wochen	
13	Kurze Durchlaufzeit von sonstigen Verfügungen: Versand von vorsorglichen Entzug seit Feststellung der Zweifel an Fahreignung	Innerhalb 1 Arbeitstag	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Lernfahrausweise	Stück	2'349	2'300	2'384
Führerausweise im Kreditkartenformat	Stück	8'000	8'500	7'983
Fahrzeugausweise	Stück	30'880	26'500	31'188
Kontrollschilder Paare	Stück	7'512	7'500	7'443
Kontrollschilder Einzel	Stück	2'162	2'400	2'257
Schiffsausweise	Stück	318	300	322
Schiffsführerausweise	Stück	297	250	273
Provision aus Verkauf Autobahnvignetten	Franken	90'379	93'000	91'024
Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe	Franken		155'000	148'070
Erhebung Fahrzeugsteuern	Franken		28'412'000	29'492'538

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Diese Kennzahlen werden mit dem Budget/Geschäftsbericht 2013 neu ausgewiesen:

- Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe
- Erhebung Fahrzeugsteuern

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'588'361.58	-6'959'900	-7'232'216.91	-272'316.91	3.9
Total Ertrag	9'205'861.15	9'384'480	8'807'379.75	-577'100.25	-6.1
Saldo	2'617'499.57	2'424'580	1'575'162.84	-849'417.16	-35.0

Kommentar Rechnung

- Der Mehraufwand resultiert vor allem aus der Belastung des im Jahr 2012 erwirtschafteten Ertragsüberschusses von 618'509 Franken, der ab dem Jahr 2014 neu periodengerecht verbucht werden.
- Der geringere Ertrag gegenüber den budgetierten Einnahmen ist auf den krankheitsbedingten Ausfall von drei Verkehrsexperten sowie die Gebührensenkung der Fahrzeug- und Führerausweise zurückzuführen.
- Beim ausgewiesenen Saldo handelt es sich nicht um den Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes. Dieser Betrag wird durch die internen Verrechnungen (Kosten- und Leistungsrechnung) konsumiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3581.0101	CUFA Phase 2					
	Ausgaben	-72'882.70				
	Einnahmen					
IT3581.0102	CUFA Endgeräte					
	Ausgaben		-80'000		80'000.00	-100.0
	Einnahmen					
IT3581.0105	Rückzahlung CUFA-Softwareentwicklung 2009					
	Ausgaben					
	Einnahmen			18'643.85	18'643.85	
Total Budgetkredite		Ausgaben	-72'882.70	-80'000	80'000.00	-100.0
	Einnahmen			18'643.85	18'643.85	
	Saldo	-72'882.70	-80'000	18'643.85	98'643.85	-123.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

- IT3581.0102 – CUFA-Endgeräte: Die Nichtrealisierung des Projekts ist dahingehend zu begründen, dass der Markt keine der Technologie entsprechenden, geeigneten Endgeräte anbieten konnte. Es ist geplant, die neuen Geräte im Jahr 2015 zu beschaffen.
- IT3581.0105 – Rückzahlung CUFA-Softwareentwicklung 2009: Aus dem im Jahr 2009 durchgeföhrten Projekt CUFA (Computerunterstützte Fahrzeugprüfung) wurde dem Strassenverkehrsamt ein Teil der Software-Entwicklungskosten zurückgestattet (18'643.85 Franken).

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-42'606.15	-20'800	-25'525.10	-4'725.10	22.7
319	Übriger Betriebsaufwand	-14'450.50		-11'079.20	-11'079.20	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-202'600.00	-202'600	-202'600.00	0.00	0.0
	Total Aufwand	-259'656.65	-223'400	-239'204.30	-15'804.30	7.1
426	Rückerstattungen		40'000	8'067.90	-31'932.10	-79.8
	Total Ertrag		40'000	8'067.90	-31'932.10	-79.8
	Saldo	-259'656.65	-183'400	-231'136.40	-47'736.40	26.0

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3587.0001 Ersatz Messfahrzeug					
Ausgaben	-109'200	-100'824.15	8'375.85		-7.7
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-109'200	-100'824.15	8'375.85		-7.7
Einnahmen					
	Saldo	-109'200	-100'824.15	8'375.85	-7.7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zuger Polizei hat die Ziele in ihren vier Leistungsgruppen fast vollumfänglich erfüllt. Die verstärkte sichtbare Präsenz hat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls beigetragen. Positiv ist die Entwicklung bei der Verkehrs- und Kriminalstatistik. Herausfordernd waren zeitaufwändige Ermittlungen in drei Kriminalfällen sowie die starke Zunahme der Gefangenentransporte.

Gesamtwürdigung Kommandant

Die Zielvorgaben haben auch im zweiten Jahr der Führung mit den Leistungsaufträgen dazu geführt, dass die Wirkung in den einzelnen Leistungsgruppen erhöht werden konnte. Die personelle Verstärkung wirkt sich dabei sehr positiv aus. Im Kanton Zug ging die Zahl der angezeigten Strafgesetzbuch-Delikte gegenüber dem Vorjahr um rund drei Prozent zurück. Auch die Zahl der Verkehrsunfälle hat um rund sieben Prozent abgenommen. Dabei kam eine Person ums Leben (Vorjahr vier). Bei Sportanlässen mussten keine Ordnungsdienststunden geleistet werden. Dazu trugen wesentlich die Revision des Polizei-Organisationsgesetzes mit der konsequenten Verrechnung der polizeilichen Ordnungsdienstleistungen und die wirksamen Massnahmen seitens der Anlassverantwortlichen bei. Um rund 12,5 Prozent auf 2220 zugenommen haben die Transporte von Gefangenen und auszuschaffenden Personen. Sowohl im Rahmen des Zentralschweizer Polizeikonkordats als auch auf schweizerischer Ebene konnten verschiedene Kooperationsprojekte weitergeführt werden. Zwar erfordern die entsprechenden Vorhaben einen erheblichen Abstimmungsaufwand, durch die enge Zusammenarbeit der Polizeikorps verbessert sich aber die Sicherheit der Bevölkerung. Zudem können mittel- und langfristig Kostensteigerungen aufgefangen und auch Einsparungen erzielt werden.

Sicherheit

Mit wenigen Ausnahmen wurden im Bereich Sicherheit die hohen Zielsetzungen erfüllt. Die im Frühjahr durchgeföhrte Bevölkerungsumfrage zum Sicherheitsgefühl und weiteren Sicherheitsaspekten zeigten durchwegs gute Resultate. Die verstärkte sichtbare Präsenz hat wesentlich zu dieser positiven Bilanz beigetragen. Mit dem per 1. Oktober in Kraft getretenen Übertretungsstrafgesetz und der dazugehörenden Ordnungsbussenverordnung können nun auch im Litteringbereich Ordnungsbussen ausgestellt werden. Das trug im letzten Quartal bereits zu einer noch besseren Ordnung im öffentlichen Raum bei. Im vergangenen Jahr war die Anzahl Einsätze zwischen 11.00–19.00 Uhr sehr hoch. An den Wochenenden verschoben sie sich ins Zeitfenster von 18.00–2.00 Uhr. Diesen Umständen werden im Jahr 2014 Rechnung getragen. Bei der Sicherheitspolizei wird in den vorerwähnten Zeiträumen ein sechster Bereitschaftszug eingesetzt. Damit wird, nebst der Bewältigung der Einsätze, auch die sichtbare Präsenz nochmals erhöht.

Ermittlungen

Die Leistungsziele konnten fast vollumfänglich erreicht werden. Die Anforderung der Rapportierung innerhalb eines Monats an die Jugendanwaltschaft lag 12 Prozent unter dem Leistungsziel von 95 Prozent. Massnahmen zur Verbesserung wurden eingeleitet. Die stetig steigende Anzahl Firmen im Kanton sowie Rechtshilfeersuchen aus dem In- und Ausland, insbesondere im Bereich Wirtschaftsdelikte, binden viele Ressourcen. Mit der Staatsanwaltschaft besteht eine enge Zusammenarbeit. Diese delegiert eine konstant hohe Anzahl Ermittlungshandlungen an die Polizei. Die Sicherung und Auswertung elektronischer Spuren zu Ermittlungszwecken ist zentral und erfordert zunehmend personelle Ressourcen. Operationell hatten insbesondere eine Vermisstensuche, eine Brandserie in Oberwil bei Zug sowie die Verhaftung einer international agierenden Gruppe im Betäubungsmittelhandel personalintensive und zeitaufwändige Ermittlungen zur Folge. In allen drei Fällen wurden Sonderkommissionen eingesetzt.

Spezialeinsätze

Fast alle Leistungsziele konnten erfüllt werden. Dank der konsequenten Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen in der neuen Bossard-Arena musste bei keinem EVZ-Spiel polizeilicher Ordnungsdienst geleistet werden. Das Hooligankonkordat wurde von 81 Prozent des Zuger Stimmvolks deutlich angenommen und soll im Verlaufe des Jahres 2014 umgesetzt werden.

Dienstleistungen

Im Projekt POLYCOM ist die Zuger Polizei trotz Anpassungen des Zeitplans aufgrund politischer Entscheide auf Kurs. Mit einer Ausnahme liegen alle Baubewilligungen für die Antennenstandorte vor. Im Waffenwesen konnte eine Konsolidierung auf hohem fachlichem Niveau erreicht werden. Wegen personeller Ausfälle und der starken Zunahme von Gefangenentransporten konnten die geplanten Kontrolltätigkeiten im Waffenwesen nur zum Teil erfüllt werden. Die Aktion der «freiwilligen Waffenabgabe» wurde rege genutzt und es war eine Zunahme um 43 Prozent auf 415 abgegebene Waffen zu verzeichnen. Die neue Informationsbroschüre «Von Fall zu Fall» informiert über die vielfältigen Aufgaben der Zuger Polizei. Zusammen mit dem Film «Hellwach» dient sie der Personalrekrutierung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht das Ordnungsbussenwesen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
A	Intensivierung der interkantonalen Polizeizusammenarbeit	Umsetzung erster Elemente der Strategie und Architektur HPI (Referenz-Architektur KKJPD), sowie Pilotbetrieb «Begleitung Ausnahmetransporte», Initialisierung Zusammenarbeitsvorhaben der Kriminalpolizei SZ und ZG, Operationalisierung ARGE AVANTI, Bildung ARGE neues Raportsystem mit Kapo SZ	●
L24	Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards	Straftaten und Unfallaufkommen entwickeln sich gegenüber dem Mittel der vorangegangenen vier Jahre positiv. Bevölkerungs umfrage	●
Leistungsgruppe 1: Sicherheit			
1	Sicherstellung einer hohen Community Policing (CP) Tätigkeit und sichtbarer Präsenz	11'500 CP- und 5'000 Präsenz-Stunden durch Mitarbeitende der Sicherheits- und Kriminalpolizei	●
2	Kurze Interventionszeiten	Eintreffen vor Ort bei dringenden Einsätzen: 80 % in max. 10 Min., nicht mehr als 1 % über 15 Min. Eintreffen vor Ort bei nicht dringenden Einsätzen: 80 % in maximal 15 Min., max. 2 % über 20 Min.	●
3	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Inflagrantfestnahmen	6 vorläufige Festnahmen von Einbrechern oder Dieben durch Ertappen auf frischer Tat oder unmittelbar danach	●
4	Hohe Erfolgsquote bei der Auffindung von Vermissten und der Ergreifung von ausgeschriebenen Personen	10'000 Std. Personenfahndung. Anhaltung von 24 ausgeschriebenen Personen, exklusiv wegen Personenstatus negativer Asylentscheid (NAE) oder (Nichteintretentscheid (NEE))	●
5	Vermeidung einer offenen Drogenszene, Sicherstellungen von Drogen, gestohlenen Fahrzeugen und Gegenständen	Sicherstellungen von: Drogen 65, Motorfahrzeugen 8, Fahrräder 50, Beutlen 12	● 39 Fahrräder sichergestellt
6	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	Kontrolltätigkeit: 3'000 Std. Fahrtauglichkeit/Fahrzeugzustand, 750 Std. Radar/Laser, 700 Std. ViDistA, mind. 3 % der Arbeitstage von ARV 1 unterstehenden Fahrzeugführenden (mind. 30 % davon bei Strassenverkehrskontrollen und mind. 50 % bei Betriebskontrollen)	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
7	Effiziente Bearbeitung von Rechtshilfesuchen	75 % der Ersuche innert 30 Tagen erledigt, max. 2 % in mehr als 6 Monaten	60,5 % der Ersuche innert 30 Tagen erledigt, keine länger als 6 Monate
8	Sicherstellung der Ordnung und Sicherheit auf und um den zugerischen Gewässern	300 Std. Gewässerpolizei-Patrouillendienst	
9	Hohe Aufklärungsrate bei Umweltdelikten	Aufklärung von 50 % der angezeigten Umweltdelikte	
10	Bei Sicherheitsdienstleistungen für Dritte hohe Zufriedenheit bei den Leistungsempfangenden	90 % gute Zufriedenheit, 80 % der Gesuche in 15 Arbeitstagen beantwortet	
11	Einführung von Verkehrsinstruktion an anerkannten Privatschulen	Umsetzung Schulgesetzgebung zur Durchführung von Verkehrsinstruktion an anerkannten Privatschulen	Gesetzesänderung trat erst Ende 2013 in Kraft

Leistungsgruppe 2: Ermittlungen

12	Hohe Erfolgsquote bei der Aufklärung strafbarer Handlungen	Über dem schweizerischen Mittel liegende Aufklärungsquote, Leib- und Leben-Delikte Aufklärungsquote von 90 %	
13	Beschleunigte polizeiliche Bearbeitung der Jugenddelikte	In 98 % der meldepflichtigen Fälle die Jugendstaatsanwaltschaft innert 24 h informiert. 95 % der Rapportakten bei normalen Ermittlungen sind innert einem Monat der Jugendstaatsanwaltschaft überwiesen	Die Frist von einem Monat wurde zu 83 % erreicht
14	Speditive Erledigung der Rechts- und Amtshilfe	Fristgerechte Erledigung von 95 % der Aufträge und Anfragen	
15	Schnelle Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	80 % des Arbeitsanfalles wird innert 3 Arbeitstagen dem NDB beantwortet	
16	Sicherstellung der Qualität bei Kriminaltechnischen Untersuchungen	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020. Jederzeitige Nachprüfbarkeit der Beweissicherung und -auswertung ist gewährleistet	
17	Termingerechte Erstellung der Polizeikriminalstatistik (PKS)	Abschluss der PKS bis 31. Dezember 2012 und Aufbereitung bis 15. April 2013	
C	Einführung Übertretungsstraf- und Ordnungsbussengesetz	Operationelle Umsetzung ÜStG	

Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze

18	Ordnungsdiensteinsätze: Vermeidung von Schäden bei Veranstaltungen und Anlässen	Weniger als 5 Personen und 15 Sachschäden	
19	Reduktion des personellen Aufwandes im Ordnungsdienst für Sportanlässe	5 % weniger OD Einsatzstunden gegenüber dem Jahr 2012	
20	Gewährleistung Personenschutz	Keine verletzten VIP	
21	Sicherstellung des Schutzes von Opfern und Dritten bei Interventionen mit erhöhter Gefährdung	Keine Prüfungsergebnisse und Urteile mit der Aussage: unverhältnismässige Risiken für Opfer und Dritte	
22	Unmittelbare Verfügbarkeit der Diensthunde im Aussendienst	Diensthunde leisten 2'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Aussendienst	
D	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Vereinbarung Intervention und Ordnungsdienst	Die Technische Leitung der Bereiche OD und Intervention sind konsolidiert	

Institutionelle Gliederung

Sicherheitsdirektion

3590 – Zuger Polizei

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
E	Sicherheitskonzept Bossard-Arena	Das Bewilligungswesen bei Sportanlässen, aufgrund der Revision des Hooligan-Konkordats ist konsolidiert	Hooligan-Konkordat noch nicht in Kraft gesetzt, Bewilligungen sind aber vorbereitet
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen			
23	Präzise Entgegennahme von Notrufen und Alarmierungen sowie zeitverzugsloses Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	Bei 99 % der Notrufe sind bis 2 Min. nach Meldungseingang die erforderlichen Einsatzmittel aufgeboten. In weniger als 1 Promille der Einsatzabwicklungen reklamierte Mängel	
24	Anforderungsgerechte Erfüllung der Transportaufträge	90 % der Aufträge innert einverlangten Fristen abgewickelt. Keine Entweichungen ab Transport	
25	Wirkungsvoller Vollzug der Waffen- und Sprengstoffgesetzgebung	Kontrollen: 50 % der Waffenhändler, 33 % der Seriefeuerwaffenbesitzer, 33 % der Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	Waffenhändler und Sprengstoffbewilligungen aufgrund von Personalvakanz nur zum Teil kontrolliert
26	Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Ab Befragung 90 % der Aufträge innert einem Monat erledigt	
27	Ereignisbezogene Information der Öffentlichkeit	260 Medienmitteilungen, 3 Messen, 2 Informationsschwerpunkte, 3 Medienkonferenzen, 50 Vorträge/Führungen, 200'000 Zugriffe auf unsere Internetseite	
F	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/ Teilnetz Zug (Polycom)	Realisierung der Infrastruktur und Bestellung der Technik	Anpassung Projektzeitplan wegen politischer Entscheide, Funktechnik ist bestellt
G	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Einsatzleitzentrale	Durchführung Pilot bezüglich «Notrufüberlauf» und «Redundanz» sowie Auswertung (Abhängig vom Entscheid der ZPDK Februar 2012)	Start Pilot «Notrufüberlauf» erst im Mai 2014
H	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Logistik	Evaluation/Konkretisierung der Beschaffung von Kleidung und Schutzausrüstung im Bereich OD	
L28	Projekt: E-Government	Inbetriebnahme von zwei Online-Formularen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Wirtschaftliche Bevölkerung	Anzahl	120'000	121'000	120'652
Immatrikulierte Fahrzeuge	Anzahl	89'897	90'000	91'360
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl	30'300	31'200	30'397
Verkehrsunfälle	Anzahl	900	1'000	869
Erfasste Straftaten	Anzahl	8'700	9'000	8'223
Einsatzstunden Ordnungsdienst, Interventionen, Personen- und Objektschutz	Stunden	7'221	8'500	4'338
Telefonanrufe Einsatzleitzentrale	Anzahl	111'659	114'000	111'289

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Immatrikulierte Fahrzeuge: Stand jeweils 30.9.2013

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-48'702'132.96	-51'173'000	-50'109'357.87	1'063'642.13	-2.1
Total Ertrag	5'367'189.35	6'082'000	5'786'795.08	-295'204.92	-4.9
Saldo	-43'334'943.61	-45'091'000	-44'322'562.79	768'437.21	-1.7

Kommentar Rechnung

Personalaufwand:

- Nicht alle neu bewilligten und zu ersetzenenden Stellen konnten zeitgerecht besetzt werden, 346'500 Franken
- Rückstellung für Überzeit-, Mehrarbeitszeit- und Feriensaldi wird nicht budgetiert, -272'900 Franken
- Rückerstattungen der Sozial- und Unfallversicherungen werden nicht budgetiert, 200'700 Franken
- Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen geringer als budgetiert, 377'700 Franken

Sachaufwand:

- Tiefer Kosten beim Material- und Warenaufwand, 102'400 Franken
- IT: Tiefer Kosten bei Fachsupport und Weiterentwicklung von Fachanwendungen sowie bei Wartung und Betrieb, 161'700 Franken
- Tiefer Kosten beim Unterhalt Maschinen, Gerätschaften, Apparate und Fahrzeuge, 110'400 Franken

Ertrag:

- Geringerer Bussenertrag als budgetiert, -155'000 Franken
- Weniger Ordnungsdiensteinsätze, -90'000 Franken

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3590.0165 Projekte aus SIP ZUPO					
Ausgaben	-101'460.75	-150'000	-134'154.85	15'845.15	-10.6
Einnahmen					
IT3590.0166 Polizei XXI					
Ausgaben	-18'907.00	-270'000	-20'162.10	249'837.90	-92.5
Einnahmen					
IT3590.0170 Erweiterung Einsatzleitsystem AVANTI					
Ausgaben	-199'675.13	-250'000	-163'888.56	86'111.44	-34.4
Einnahmen					
IT3590.0171 ePolice					
Ausgaben	-35'109.10		-71'318.95	-71'318.95	
Einnahmen					
IT3590.0173 Speichermanagement Fachanwendung					
Ausgaben		-200'000	-6'048.00	193'952.00	-97.0
Einnahmen					
SD3590.0030 Vorprojekt Polycom (Ersatz für heutiges Funknetz)					
Ausgaben	-92'057.25				
Einnahmen					
SD3590.0048 Ersatz pers. Dienstwaffe					
Ausgaben	-322'887.14		-5'225.40	-5'225.40	
Einnahmen					
SD3590.0056 Säle 062/063 Gesamterneuerung Audio/Video					
Ausgaben	-37'360.62				
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung

Sicherheitsdirektion

3590 – Zuger Polizei

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3590.0061	Techn. Erneuerung Sitzungszimmer & Führungsräume					
	Ausgaben	-124'280.20				
	Einnahmen					
SD3590.0062	Ersatz mobile Geschwindigkeitsmessgeräte					
	Ausgaben	-400'000	-226'926.72	173'073.28	-43.3	
	Einnahmen					
SD3590.0063	Öffentliche Videoüberwachung					
	Ausgaben	-88'333.20	-30'000	-31'438.80	-1'438.80	4.8
	Einnahmen					
SD3590.0066	Smartphone, Ersatz Pager/Fachapplikation					
	Ausgaben	-200'000	-198'070.30	1'929.70	-1.0	
	Einnahmen					
SD3590.0067	Digitalisierung Akten					
	Ausgaben	-120'000	-43'200.00	76'800.00	-64.0	
	Einnahmen					
SD3590.0069	GMS-Telefonserver					
	Ausgaben	-160'000	-108'024.75	51'975.25	-32.5	
	Einnahmen					
SD3590.0070	Schiesskeller, Erneuerung Kugelfänge					
	Ausgaben	-250'000	-249'762.35	237.65	-0.1	
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'020'070.39	-2'030'000	-1'258'220.78	771'779.22	-38.0
	Einnahmen					
	Saldo	-1'020'070.39	-2'030'000	-1'258'220.78	771'779.22	-38.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3590.0044	Polycom, Umsetzung					
	Ausgaben	-284'809.85	-12'500'000	-2'883'699.72	9'616'300.28	-76.9
	Einnahmen		705'000	560'000.00	-145'000.00	-20.6
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-284'809.85	-12'500'000	-2'883'699.72	9'616'300.28	-76.9
	Einnahmen		705'000	560'000.00	-145'000.00	-20.6
	Saldo	-284'809.85	-11'795'000	-2'323'699.72	9'471'300.28	-80.3

Kommentar Rechnung

- IT3590.0166 Polizei XXI: Verzögerung Realisierung Lichtwellenleiter nach Schwyz wegen gesamtschweizerischer Koordination
- IT3590.0170 Erweiterung Einsatzleitsystem AVANTI: Projekt abgeschlossen, Mehrausgaben aus dem Vorjahr kompensiert
- IT3590.0171 ePolice: Projekt abgeschlossen, Minderausgaben aus dem Vorjahr kompensiert
- IT3590.0173 Speichermanagement Fachanwendung: Verzögerung der Realisierung
- SD3590.0044 Polycom, Umsetzung: Verzögerung wegen politischem Prozess (KR Spezialkommission)
- SD3590.0062 Ersatz mobile Geschwindigkeitsmessgeräte: Projekt wird im Jahr 2014 abgeschlossen
- SD3590.0067 Digitalisierung Akten: Verzögerung bei der Lieferung
- SD3590.0069 Projekt abgeschlossen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr war wiederum gekennzeichnet durch eine anhaltend hohe Geschäftslast aufgrund stetig steigender Ausländerzahlen. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung (Niedergelassene, Aufenthalter und überjährige Kurzaufenthalter) nahm um 3,63 Prozent zu und betrug Ende Jahr im Kanton Zug 30 425 Personen. Im Massnahmenbereich erhöhte sich die Zahl der Ausschaffungen innerhalb drei Jahren um rund 50 Prozent.

Einreise/Aufenthalt

Das Berichtsjahr war geprägt von einer teilweise massiven Zunahme von Gesuchen. So verlängerte das Amt für Migration insgesamt 4046 Niederlassungsbewilligungen, was einer Zunahme von 170 Prozent gegenüber dem Vorjahr (1497 Verlängerungen) entspricht. Demzufolge stieg auch die Zahl der Erfassungen biometrischer Daten um 68 Prozent von 1496 auf 2518. Wegzüge waren rund 10 Prozent mehr zu verzeichnen. Der grosse Arbeitsanfall konnte dank flexibel einsetzbarer Mitarbeitenden bewältigt werden. Dabei blieben Effizienz und Kundenfreundlichkeit auf hohem Niveau bestehen.

Asyl/Massnahmen

Das Amt für Migration erteilte der Zuger Polizei im Berichtsjahr insgesamt 410 Verzeigungs-, Ausschaffungs- und Erhebungsaufträge. Die Zahl der Ausschaffungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 18 zu und betrug 124. Zur Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs ordnete das Amt für Migration 137 Ausschaffungshaften an, 18 mehr als im Vorjahr. Nach wie vor schwierig gestaltet sich die Rückführung abgewiesener Asylsuchender in Länder, mit denen kein Rückübernahmeabkommen besteht oder in Staaten, welche bestehende Abkommen mit der Schweiz nicht umsetzen. Die Sicherheitsdirektion hat in dieser Angelegenheit mehrmals beim Bund interveniert. Mit 228 Asylsuchenden war die Zahl der Personen, welche vom Bund dem Kanton Zug zugeteilt wurden, rückläufig.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer- und Asylrecht	Keine berechtigten Reklamationen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt			
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	80 % innerhalb 10 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	<input checked="" type="radio"/>
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	100 %	<input checked="" type="radio"/>
4	Umgehende Ausstellung von Visa	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	<input checked="" type="radio"/>
5	Telefonische Erreichbarkeit sicherstellen	Uneingeschränkt während der Schalteröffnungszeiten	<input checked="" type="radio"/> Leichte Einschränkung der telefonischen Erreichbarkeit; temporäre Massnahme zugunsten der effizienten Gesuchsbearbeitung beim Eingang ausserordentlich vieler schriftlicher Gesuche
Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise			
6	Beförderliche Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Berichtgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	<input checked="" type="radio"/>
7	Durchführung der Ausreisegespräche	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	<input checked="" type="radio"/>
8	Unverzügliche Vornahme der Abschlussmeldungen an das Bundesamt für Migration	Meldung innert 14 Tagen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen			
9	Konsequenter Vollzug der technisch möglichen, zulässigen und zumutbaren Wegweisungen	100 %	<input checked="" type="radio"/>
10	Umgehende Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Gesuch innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	<input checked="" type="radio"/>
11	Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der Fristen	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden, schriftliche Begründung innert 72 Stunden	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	29'358	30'000	30'425
Bestand nichtständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	1'274	1'250	1'475
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen	680	730	651

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'880'925.78	-3'118'400	-3'043'442.41	74'957.59	-2.4
Total Ertrag	1'526'268.25	1'500'000	1'777'328.70	277'328.70	18.5
Saldo	-1'354'657.53	-1'618'400	-1'266'113.71	352'286.29	-21.8

Kommentar Rechnung

Mehreinnahmen von 282'870 Franken bei der Gebührenrechnung aufgrund zahlreicher Kontrollfristverlängerungen bei Niederlassungsbewilligungen. Minderausgaben im Bereich IT wegen Rückstellung eines Wartungsintervalls, welches sinnvollerweise erst nach Abschluss entsprechender Gesetzesrevisionen durchgeführt wird.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Sicherheitsdirektion

3595 – Strafanstalt

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Geschäftsjahr war für die Strafanstalt Zug durch eine kontinuierlich hohe Anzahl an Einritten und Belegungstagen gekennzeichnet. Auffallend war die deutliche Zunahme der Belegung im vorzeitigen Strafvollzug.

Eintritte und Belegungstage

Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 525 Eintritte und 12 800 Belegungstage. Diese bewegen sich damit im Rahmen des Vorjahres. Die Auslastung im Strafvollzug jedoch erreichte die Kapazitätsgrenzen der Strafanstalt. Das führte dazu, dass Gefangene, welchen der vorzeitige Strafvollzug gewährt wurde, nicht in die Vollzugsabteilung verlegt werden konnten und auf der Abteilung der Untersuchungshaft warten mussten. Da sich die angespannte Situation im Strafvollzug in der ganzen Schweiz bemerkbar macht und insbesondere im geschlossenen Bereich Plätze fehlen, konnten die Gefangenen auch kaum in eine andere Anstalt verlegt werden.

Nachtdienst

Auf den 1. Januar hin wurde ein Nachtdienst eingeführt. Die Erfahrungen und Auswertungen des ersten Jahres machen deutlich, wie positiv sich die Nachpräsenz sowohl für die Gefangenen als auch für die Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei erwiesen hat. Die Interventionszeiten bei kritischen Ereignissen (z.B. medizinische Notfälle) konnten massiv reduziert werden.

Administrativhaft

Für die konsequente Durchsetzung des Ausländerrechts – im Sinne der Anordnung von Administrativhaften – bestehen in mehreren Kantonen zu wenige Haftplätze. Die Kantone des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz (AG, BE, BL, BS, LU, NW, OW, SO, SZ, UR, ZG) haben einen Bedarf von insgesamt 290 bis 320 Administrativhaftplätzen ausgewiesen. Die kleineren Anstalten und Gefängnisse sind ungeeignet für den Vollzug von Administrativhaften und benötigen dringend Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen.

Das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz hat deshalb im Jahr 2012 auf Anregung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug eine Arbeitsgruppe «Administrativhaft» eingesetzt. Der Amtsleiter der Strafanstalt Zug vertritt darin die Interessen des Kantons. Kooperationspartner sind die Kantone Aargau, Schwyz und Luzern. In einer interkantonalen Lösung soll im Raum Mittelland eine genügend grosse Anstalt für den Vollzug von Administrativhaften erstellt werden.

Es ist damit zu rechnen, dass der Bund sich maßgeblich sowohl an den Bau- wie auch an den Betriebskosten beteiligen wird. Die definitive prozentuale Beteiligung ist noch nicht definiert. Die interkantonale Arbeitsgruppe steht in engem Kontakt mit dem Bund – Bundesamt für Migration und Bundesamt für Justiz – und koordiniert die Planung.

Besondere Vorkommnisse

Erfreulicherweise waren auch dieses Jahr im Bereich der Gefangenen keine schwerwiegenden Ereignisse wie beispielsweise Suizide oder Gewalttaten an Mitgefangenen oder gegen das Personal zu verzeichnen. Auch Ausbrüche fanden – wie bereits im Vorjahr – keine statt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die kantonale Strafanstalt zählt zum Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie dient einerseits der Unterbringung von Personen, die in Untersuchungs-, Polizei-, Sicherheits-, Auslieferungs- oder in ausländerrechtliche Administrativhaft versetzt worden sind. Andererseits dient die Anstalt dem geschlossenen und offenen Vollzug von Freiheitsstrafen von in der Regel jeweils höchstens einem Jahr, die von Gerichten aus den Kantonen des Konkordates ausgesprochen sind.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
A	Betriebsanalyse	Massnahmen umgesetzt	<input checked="" type="radio"/> Teilweise erreicht ist die Auslagerung der Administrativhaft. Siehe auch unter Gesamtwürdigung – Administrativhaft
Leistungsgruppe 1: Aufsicht			
1	Sicherheit gewährleisten (gemäß Betriebshandbücher)	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	<input checked="" type="radio"/>
2	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten (gemäß Betriebshandbücher)	Keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>
3	Nachtdienst: Zielgröße 5 Min. Interventionszeit	100 % erfüllt	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste			
4	Ärztliche Grundversorgung gemäß medizinisch-ethischen Richtlinien sichergestellt	Pro Woche zwei ärztliche und/oder psychiatrische Visiten	<input checked="" type="radio"/>
5	Vollzugsplanung, Urlaubswesen und Vermögensverwaltung der Gefangenen gemäß Konkordats- und STGB-Vorgaben	Keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Verpflegung			
6	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Keine Kostensteigerung gegenüber Vorjahr	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/Gewerbearbeitsplätze			
7	Beschäftigungsangebote gemäß Vorgaben STGB und Konkordat	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
8	Wirtschaftlicher Holzverkauf	Erlös mind. 160'000 Franken	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 5: Schulung und Sport			
9	Schulungs- und Sportangebote gemäß Vorgaben STGB und Konkordat	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten (Angebot an 46 Halbtagen)	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Eintritte	Anzahl	525	400	524
Belegungstage	Anzahl	13'300	12'000	12'806
Piketteinsätze	Anzahl	15 (telefonisch) 63 (vor Ort)	21 (telefonisch) 45 (vor Ort)	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Auf den 1. Januar wurde ein Nachtdienst vor Ort eingeführt. Die Piketteinsätze entfallen dadurch.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'347'856.71	-3'682'950	-3'633'255.88	49'694.12	-1.3
Total Ertrag	1'008'277.11	1'150'000	1'144'480.60	-5'519.40	-0.5
Saldo	-2'339'579.60	-2'532'950	-2'488'775.28	44'174.72	-1.7

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der geschlossene Strafvollzug war insbesondere durch die fehlende Anzahl von Haftplätzen geprägt. Im April hat sich ein Häftling im Massnahmenvollzug mit dem Ziel einer Haftentlassung zu Tode gehungert.

Strafvollzug

Die Platzierung von Häftlingen im geschlossenen Strafvollzug gestaltete sich sowohl innerhalb wie ausserhalb des Strafvollzugskonkordates ausserordentlich schwierig. Der Grund liegt bei den schweizweit fehlenden Vollzugsplätzen; die Wartefristen für Aufnahmen in geschlossene Anstalten – z. B. Interkantonale Strafanstalt Bostadel und Anstalten Thorberg – betragen bis zu einem Jahr. Die Folge davon waren ein grosser Rückstau mit Zwischenplatzierungen in der Strafanstalt Zug.

Massnahmenvollzug

Im April hat sich ein Häftling zur Erreichung seiner Haftentlassung im Zuger Kantonsspital zu Tode gehungert. Die Amtsleitung versuchte mit Unterstützung des Sicherheitsdirektors den Hungerstreikenden von seinem Vorhaben abzuhalten. Dass dies nicht gelang, brachte für alle Mitarbeitenden eine grosse Belastung mit sich. Auch das mit dem Todesfall verbundene grosse mediale Interesse stellte das Amt vor neue Herausforderungen.

Bewährungsdienst

Die Bewährungshilfe war insbesondere bei den strafrechtlich angeordneten Weisungen gefordert. Inhaltlich betrafen die Weisungen vor allem die Überwachung der Alkoholabstinenz sowie die Organisierung und Kontrolle von Antiaggressionstrainings. Weiter war die Bewährungshilfe in der gesetzlich vorgeschriebenen sozialen Betreuung gefordert. Anhand von Beratungsgesprächen wurde den Betroffenen Unterstützung zur Bewältigung des Alltags geleistet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Der Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD) ist im Erwachsenenstrafrecht verantwortlich für die Planung, das Aufgebot, die Platzierung und Kontrolle von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen, Weisungen sowie sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Effiziente und korrekte Vollzugsdurchführung	Keine Beanstandungen in den Kontrollberichten der SD und JPK	<input checked="" type="radio"/>
A	Administrative Effizienzsteigerung mit dem Obergericht (OG)	Schaffung einer EDV-Schnittstelle VBD-OG, Projektabschluss	<input type="radio"/> Projektabbruch auf Grund von zu hohen Kosten für Schnittstelle
B	Einführung des Electronic Monitoring (EM)	Einsatz Geräte/Praxiserprobung, Projektabschluss	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Strafvollzug			
2	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch das Verwaltungsgericht	<input checked="" type="radio"/>
3	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % der Fälle mindestens 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug			
4	Formell und materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch das Verwaltungsgericht	<input checked="" type="radio"/>
5	Formelle und materielle Überprüfung der stationären Massnahmen und ambulanten Behandlungen	Jährliche Überprüfung ist fristgerecht erfolgt	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst			
6	Beförderliche Sicherstellung der Betreuung	Nach der Fälleröffnung ist das Erstgespräch innerhalb eines Monats erfolgt	<input checked="" type="radio"/>
7	Konsequente periodische Überprüfung der Weisungen	Die Weisungen sind alle 6 Monate überprüft	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Vollzugstage	Anzahl	20'566	20'000	20'448
Urteilseingänge	Anzahl	1'329	1'400	1'200
Vollzugsaufträge	Anzahl	327	380	299
Verfügungen	Anzahl	88	80	62
Überprüfungen Massnahmen/Weisungen	Anzahl	33	22	17
Vollzugsgespräche	Anzahl	118	80	150

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Aufwändiger Fäle führen zu einer höheren Anzahl Vollzugsgespräche.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'168'443.16	-5'152'950	-5'474'451.47	-321'501.47	6.2
Total Ertrag	344'611.05	76'000	468'187.97	392'187.97	516.0
Saldo	-4'823'832.11	-5'076'950	-5'006'263.50	70'686.50	-1.4

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand ist auf Mehrkosten bei den Strafvollzügen zurückzuführen.

Der Mehrertrag ist auf den guten Abschluss der Strafanstalt Bostadel sowie Mehreinnahmen bei den Vollzügen für andere Kantone zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Gesundheitsdirektion

Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
4000	Direktionssekretariat	-23'092'800.77	-25'248'750	-23'172'224.25	2'076'525.75	-8.2
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'674'615.59	-2'812'300	-2'720'776.39	91'523.61	-3.3
4021	Rettungsdienst	-1'940'402.34	-2'287'400	-2'115'944.77	171'455.23	-7.5
4030	Spitäler	-72'706'110.45	-92'097'000	-79'796'403.29	12'300'596.71	-13.4
4055	Gesundheitsamt	-2'999'846.36	-2'982'300	-2'815'796.28	166'503.72	-5.6
4060	Medizinalamt	-1'887'323.69	-2'074'100	-2'016'676.19	57'423.81	-2.8
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'664'487.18	-1'611'400	-1'665'811.52	-54'411.52	3.4
40	Gesundheitsdirektion	-106'965'586.38	-129'113'250	-114'303'632.69	14'809'617.31	-11.5

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
4000	Direktionssekretariat		-70'000		70'000.00	-100.0
4005	Amt für Verbraucherschutz	-335'284.70	-145'000	-142'972.43	2'027.57	-1.4
4021	Rettungsdienst	-248'333.70	-375'000	-516'222.85	-141'222.85	37.7
4030	Spitäler	6'672'318.35	-554'600	-424'200.80	130'399.20	-23.5
40	Gesundheitsdirektion	6'088'699.95	-1'144'600	-1'083'396.08	61'203.92	-5.3

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Gesundheitsdirektion hat vom Leuchtturm 2020 neun Projekte abgeleitet, um die Gesundheitsversorgung im Kanton zu optimieren. Angesetzt wird beim Rettungsdienst, bei der Hausarztmedizin, bei der Psychiatrieversorgung sowie bei der Ausbildung in der Pflege. Ein neues Rettungsorganisationsgesetz wird die Schnittstellen zwischen Rettungsdienst und den weiteren Blaulichtorganisationen regeln. Mit der Fusion von Medizinalamt und Gesundheitsamt gibt sich die Gesundheitsdirektion schlankere Strukturen, verkürzt die Dienstwege und nutzt das Synergiepotenzial. Das Amt für Verbraucherschutz hat einen neuen Leiter.

Die Gesundheitsdirektion setzt den «Leuchtturm 2020» um

Die Gesundheitsdirektion hat sich zusätzlich zum Tagesgeschäft auf die Umsetzung der 2012 erarbeiteten neun Leitlinien des «Leuchtturms 2020» fokussiert, die die strategische Ausrichtung vorgeben. Die Geschäftsleitung hat daraus folgende neun Projekte abgeleitet, die durch die Ämter umgesetzt werden, wobei die Koordination durch das Generalsekretariat erfolgt:

- Die Strategie Psychische Gesundheit wird weitergeführt, aber neu ausgerichtet. Sie setzt verstärkt auf Eigenverantwortung und Vernetzung der Akteure, um Synergien zu nutzen.
- Der Rettungsdienst (RDZ) hat seine Kapazitäten um zwei weitere Stellen ausgebaut und kann nunmehr am Wochenende mit jeweils zwei voll besetzten Rettungswagen Dienst leisten.
- Die Zusammenarbeit zwischen RDZ und Notrufzentrale Luzern wurde optimiert. Weitere Verbesserungen sind in Abklärung.
- Um die Hausarztmedizin zu fördern, wurde ein Entwurf eines neuen Gesetzes ausgearbeitet, das verschiedene Massnahmen vorsieht, um den Beruf attraktiver zu machen.
- Praxisassistentinnen und -assistenten sollen in bestimmten Bereichen zur selbständigen Berufsausübung befähigt und gesundheitspolizeilich anerkannt werden. Damit können die Abläufe in Hausarztpraxen effizienter gestaltet werden.
- Anreize werden auch für Betriebe geprüft, welche Pflegefachpersonen ausbilden und damit einen Beitrag gegen den drohenden Fachpersonenmangel leisten.
- Bedeutende Vorarbeiten wurden zur Realisierung eines Tagesambulatoriums für Erwachsene geleistet. Das Betriebskonzept steht bereits. Im Jahr 2014 soll dem Kantonsrat der Beschluss zur Umsetzung unterbreitet werden.

Laufende Gesetzgebungsprojekte

Die Gesundheitsdirektion hat die externe Vernehmlassung zur Änderung des Einführungsgesetzes des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel durchgeführt. Der Bericht wurde dem Regierungsrat unterbreitet und dem Kantonsrat überwiesen.

Gleichzeitig wurden die Arbeiten zum Rettungsorganisationsgesetz aufgenommen, das einerseits die Schnittstelle zum Notorganisationsgesetz regelt, andererseits klare Rechtsgrundlagen für sämtliche Organisationen des Rettungsdienstes schafft, so wie dies bei Feuerwehr und Polizei bereits der Fall ist. Die externe Vernehmlassung wird voraussichtlich im Herbst des Jahres 2014 eröffnet.

Ausserkantonale Kooperation

Die Gesundheitsdirektion hat den Vorsitz in der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK) genutzt, um die Zusammenarbeit in der Region zu stärken. Einerseits wurden in Vernehmlassungen gemeinsame Positionen erarbeitet und vertreten, beispielsweise gegenüber der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Andererseits wird operativ eine engere Zusammenarbeit im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie gesucht.

Die ausserkantonale Zusammenarbeit wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Nur so können die Kostenentwicklung gedämpft und die Zentralisierungsbestrebungen unter anderem des Bundes im Gesundheitswesen angegangen werden. Andernfalls verkommen die Kantone zu reinen Vollzugs- und Zahlungsorganen.

Fusion von Medizinalamt und Gesundheitsamt

Der Rücktritt des Amtsleiters des Gesundheitsamtes wurde zum Anlass genommen, die sich aus dem «Leuchtturm 2020» ergebende Restrukturierung vorzeitig an die Hand zu nehmen.

Mit der Fusion werden medizinische und nicht-medizinische Prävention vereinigt und mit den hoheitlichen Aufgaben im Gesundheitswesen gebündelt. Dadurch werden die operativen Aufgaben, welche für eine integrierte Versorgung (von der Prävention bis zum Pflegeheim) der Zuger Bevölkerung notwendig sind, auf Verwaltungsstufe zusammengezogen, Synergien genutzt und der Verwaltungsapparat gestrafft. Die Schaffung von Abteilungen verhindert die intransparente Durchmischung von Aufsicht und Dienstleistung.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Projekte «Förderung der ärztlichen Grundversorgung» und «Förderung der Ausbildung nicht-universitärer Gesundheitsberufe» im Rahmen des Leuchtturms 2020 wurden vorangetrieben. Für die Abgeltung der Spitäler für die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte wurde eine Übergangslösung gefunden. Die Tarife der Spitäler und Kliniken für das Jahr 2012 und 2013 wurden definitiv genehmigt. Die Krankenkassenprämien stiegen gegenüber dem Vorjahr um lediglich 1,0 Prozent. Die hohe sozialpolitische Wirksamkeit der Zuger Prämienverbilligung blieb vollumfänglich gewährleistet.

Projekte im Rahmen des Leuchtturms 2020

In Umsetzung der Leitlinien des Leuchtturms 2020 wurden verschiedene Projekte in den Ämtern lanciert, wobei die Gesamtkoordination beim Direktionssekretariat lag. Das Direktionssekretariat hat bei zwei Projekten die direkte Projektverantwortung übernommen und in diesem Zusammenhang zur Förderung der ärztlichen Grundversorgung ein Gesetzesentwurf erarbeitet und in die verwaltungsinterne Vernehmlassung gegeben. Im Rahmen des Projekts «Förderung der Ausbildung nicht-universitärer Gesundheitsberufe» wurde eine Befragung der Institutionen des Gesundheitswesens im Kanton Zug durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung wurde ein Massnahmenplan erarbeitet, den die Geschäftsleitung der Gesundheitsdirektion verabschiedete.

Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung

Die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten in den Spitäler ist für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung unerlässlich. Die Kantone bemühen sich um eine gesamtschweizerische Lösung für die Entschädigung an die Spitäler, konnten sich jedoch noch nicht einigen. Um die Spitäler schon jetzt in diesem wichtigen Anliegen zu unterstützen, hat der Kanton Zug eine faire Übergangslösung getroffen und zahlt sowohl den innerkantonalen als auch den Listenspitäler im Kanton Zürich einen entsprechenden Beitrag an die universitäre Lehre und Forschung. Wie schon im Vorjahr, konnten sich alle Spitäler und Kliniken im Kanton Zug für das Jahr 2013 auf einen Tarif mit den Krankenversicherern einigen. Insgesamt wurden 43 Tarifverträge provisorisch und/oder definitiv genehmigt.

Die Tarifstreitigkeit des Zuger Kantonsspitals aus dem Jahr 2008 konnte definitiv abgeschlossen werden: Auf Empfehlung der Gesundheitsdirektion verhandelten die Tarifpartner nochmals über die vor dem Bundesverwaltungsgericht angefochtenen Tarife und konnten sich einigen. Das Bundesverwaltungsgericht entschied ausserdem über die Tarife 2009 der Klinik Adelheid. Basierend auf dem Entscheid haben die Tarifpartner für die Jahre 2009 bis 2014 Tarifverhandlungen aufgenommen. Im Festsetzungsverfahren betreffend Tarif Physiotherapie hat der Regierungsrat als vorsorgliche Massnahme einen provisorischen Taxpunktewert festgesetzt.

Übernahme der Langzeitpflege durch die Gemeinden – Ablauf der Übergangsfrist

Die Gemeinden übernehmen vom Kanton nach einer zweijährigen Übergangsfrist ab 1. Januar 2014 die Aufgaben in der spezialisierten Langzeitpflege und der Akut- und Übergangspflege. Das Direktionssekretariat unterstützte die von den Gemeinden eingesetzte Arbeitsgruppe, welche die Zusammenarbeit in der spezialisierten Langzeitpflege regelt.

Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

Die Krankenkassenprämien für Erwachsene stiegen gegenüber dem Vorjahr um lediglich 1,0 Prozent – ein im historischen Vergleich erfreulich tiefer Wert. Bei den Kinderprämien war mit 2,2 Prozent sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Damit hat sich die kostendämpfende Politik der Vorjahre ausbezahlt. Im schweizerischen Vergleich konnte der Kanton Zug seine Position auf Platz sieben der prämiengünstigsten Kantone denn auch problemlos halten. Andernorts muss für die obligatorische Krankenpflegeversicherung für Erwachsene bis zu 53 Prozent mehr und für Kinder bis zu 61 Prozent mehr bezahlt werden.

Individuelle Prämienverbilligung

Die hohe sozialpolitische Wirksamkeit der Zuger Prämienverbilligung blieb vollumfänglich gewährleistet. Die Belastungsgrenze wurde unverändert bei acht Prozent des massgebenden Einkommens belassen und die Richtprämie für Erwachsene moderat erhöht. Dabei übernahm der Kanton nur die Hälfte des effektiven Prämienanstiegs. Die andere Hälfte müssen die Anspruchsberechtigten selbst tragen. Damit soll ein Anreiz zur Nutzung kostengünstiger Angebote geschaffen werden (z. B. Hausarzt- oder HMO-Modelle). Die Vergütungsansätze für Kinder wurden trotz sinkender Prämien nicht reduziert, um Familien zusätzlich zu begünstigen. Insgesamt erhielten 30 401 Personen (26 Prozent der Bevölkerung) Prämienverbilligung.

Aufsichtsverfahren

Der Rechtsdienst leitete drei Aufsichtsverfahren im gesundheitspolizeilichen Bereich.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Gesundheitsdirektion. Das Direktionssekretariat unterstützt den Gesundheitsdirektor administrativ und berät ihn fachlich.

Daneben nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und erteilt in diesem Rahmen Aufträge. Es berät Amtsstellen und Dritte in Fachfragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie die obligatorische Krankenversicherung, das Spitalwesen und die Pflegeversorgung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte			
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aus-spracheerpapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
2	Rechtzeitige Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	Fristgerecht	<input checked="" type="radio"/>
3	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Fristgerecht	<input checked="" type="radio"/>
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst			
5	Fristgerechte Rechtsauskünfte	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	<input checked="" type="radio"/>
6	Rechtzeitige Genehmigung/Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	<input type="radio"/> Wegen reduziertem Personalbestand (siebenmonatiger Ausfall einer Mitarbeiterin) wurden 77 % der Tarifverträge rechtzeitig provisorisch respektive definitiv genehmigt oder festgelegt
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens	<input checked="" type="radio"/>
A	Änderung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel beschlossen	Kantonsratsbeschluss liegt vor	<input type="radio"/> Die verwaltungsexterne Vernehmlassung wurde durchgeführt und das Geschäft nach der zweiten Lesung im Regierungsrat an den Kantonsrat überwiesen
Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege			
9	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens im Bereich Spitäler, Kliniken, Alters- und Pflegeheime, Spitäx	Zweimal jährlich	<input checked="" type="radio"/>
10	Kompetente und rasche Beratung durch den Bereich Spitäler und Pflege	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	<input checked="" type="radio"/>
11	Pflegeheimplanung und Leistungsaufträge	Bedarfsgerechte Versorgung	<input checked="" type="radio"/>
12	Spitalplanung und Leistungsaufträge	Bedarfsgerechte Versorgung	<input checked="" type="radio"/>
B	Erarbeiten neuer Statistiken und Kennzahlen	Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling			
14	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informationen an die Ämter, Überprüfung der Resultate der gesamten Direktion	Fristgerecht	●
15	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetierung innerhalb der Gesundheitsdirektion	Fristgerecht	●
17	Ordnungsgemäße Führung der Buchhaltung	Einhalten der gesetzlichen Vorgaben	●
C	Erstellen eines erweiterten Personal-controllings	Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	●
Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung			
18	Qualitative Gewährleistung eines angemessenen Versicherungsschutzes zu finanziell tragbaren Bedingungen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	●
19	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durchführung	Stichprobenweise Evaluation von drei Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	●
20	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Evaluationsbericht zu einem Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	●
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen			
21	Gewährleistung des internen Informationsflusses und der Vernetzung in der internen und externen Kommunikation	Regelmässige GL-Sitzungen	●
D	Erarbeiten und umsetzen einer Gesundheitsstrategie	Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	●
E	Erarbeiten und umsetzen eines Kommunikationskonzeptes	Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	●
F	Ämterübergreifende Geschäftsverwaltung mit Gever implementieren	Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
RR-Anträge	Anzahl	81	80	84
Mitberichte / Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	25	38	29
Vernehmlassungen GD federführend	Anzahl	12	10	17
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	3	3	3
Beschwerdeeingänge	Anzahl	8	10	10
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	1	9	3

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Delegation der Staatswirtschaftskommission	Anzahl	2	3	3
Kantonsrätliche Kommission für das Gesundheitswesen	Anzahl	1	6	1
ZGSDK/ZFG	Anzahl	7	5	7
Psychiatriekonkordat/Betriebskommission	Anzahl	8	9	9
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Anzahl	17	20	20
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Medienkonferenzen/Medienmitteilungen)	Anzahl	20	20	25
Kantonale Arbeitsgruppen (EDV, Zele, Projekt Behinderung und Alter usw.)	Anzahl	19	15	22
Erfa Controller-Meetings	Anzahl	4	5	3

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Da das EG BetmG noch nicht beraten wurde, fanden weniger Sitzungen mit der kantonsrätlichen Kommission für das Gesundheitswesen statt als geplant.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-53'712'867.57	-56'451'750	-54'568'579.85	1'883'170.15	-3.3
Total Ertrag	30'620'066.80	31'203'000	31'396'355.60	193'355.60	0.6
Saldo	-23'092'800.77	-25'248'750	-23'172'224.25	2'076'525.75	-8.2

Kommentar Rechnung

Die Lohnaufwände fallen wegen der späteren Besetzung von vakanten Stellen sowie dem Abbau von Überstunden rund 0,1 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Der budgetierte Kantonsbeitrag der Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien von 22 Millionen Franken konnte zudem um rund 1,9 Millionen Franken (8,9 Prozent) unterschritten werden. Einerseits war die Prämienerhöhung im Kanton Zug deutlich geringer als erwartet (drittletzter Prämienanstieg der Schweiz), so dass für die gewünschte Entlastungswirkung weniger Mittel erforderlich waren. Andererseits fiel der Bundesanteil, ein durchlaufender Beitrag, mit 31,4 Millionen Franken rund 0,2 Millionen Franken (0,5 Prozent) höher aus als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT4000.0001 Gesundheit und EDV-Roadmap 20					
Ausgaben		-70'000		70'000.00	-100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-70'000		70'000.00	-100.0
Einnahmen					
Saldo		-70'000		70'000.00	-100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Aufgrund eines personellen Wechsels und der anstehenden, zahlreichen weiteren IT-Projekten (E-Government, Navision, elektronische Rechnungsführung usw.), wurde das Projekt nicht realisiert.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Verbraucherschutz (AVS) steht neu unter der Leitung von Kantonstierarzt Dr. med. vet. Rainer Nussbaumer. Die täglichen Anforderungen der Vollzugsaufgaben konnten kundengerecht und effizient umgesetzt werden. Die Planung für die räumliche Zusammenführung der beiden Abteilungen Lebensmittelkontrolle (LMK, heute in Steinhausen) und Veterinärdienst (VetD, heute in Zug) konnte im Berichtsjahr mit der Einreichung des Baukredit-Antrages für das neue Labor- und Verwaltungsgebäude in Steinhausen an den Kantonsrat abgeschlossen werden.

Lebensmittelkontrolle

Eine wirksame Lebensmittelkontrolle resultiert aus der gezielten Zusammenarbeit von Inspektorat und Analytik. Mit den Laboruntersuchungen werden Mängel bei Produkten und Prozessen aufgedeckt, die bei der Inspektion nicht erfasst werden können, wie auch umgekehrt. Insgesamt führte das Lebensmittelinspektorat 454 Inspektionen durch, was in etwa der Vorjahreszahl entspricht. Diese Tätigkeit wird infolge des globalen Handels zunehmend aufwendiger. Entweder führen Behörden der EU, der USA usw. in Zusammenarbeit mit der kantonalen Behörde bei exportierenden Firmen Kontrollen durch, oder man ist verpflichtet, diese Firmen nach ausländischem Recht zu kontrollieren. Erstmals wurden nicht nur Kontrollen vor Ort durchgeführt, sondern diverse Onlineangebote auf die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Anforderungen überprüft.

Bei der Labortätigkeit wurden neben den täglichen Untersuchungen von Wasser (Trink-, Bade- und Oberflächenwasser) und von Proben aus Verpflegungsbetrieben (meist vorgekochte Lebensmittel) verschiedene Produktkategorien untersucht, wie diverse Getränke, Kirschen, Gewürze, Käse, Joghurt, Honig, Nüsse, Kosmetika sowie Schmuck. Die Untersuchungen belegen mehrheitlich eine hohe Lebensmittelsicherheit. Beanstandungen von Produkten standen meist im Zusammenhang mit mangelnder Hygiene bzw. unzureichender Kennzeichnung. Zur Weiterführung der gesetzlich geforderten Akkreditierung wurde von der schweizerischen Akkreditierungsstelle ein Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit verlief erfolgreich.

Tiergesundheit

Die Rinderseuche BVD ist dank der Ausmerzung von BVD-Virus positiven Tieren fast vollständig ausgerottet. Die Ausrottungsphase wird in die Überwachungsphase überführt. Dazu werden die Rinderhaltungsbetriebe mittels Stichproben auf Antikörper untersucht. Die in vier Bienenhaltungen aufgetretene Bienenseuche Sauerbrut konnte erfolgreich bekämpft werden. Nach dem Ausbruch der Tuberkulose in der West- und Ostschweiz mussten auch im Kanton Zug zwei Tiere aus Kontaktbetrieben auf Tuberkulose untersucht werden. Die beiden Tiere waren in den Tests negativ. Die Überwachung weiterer Tierseuchen erfolgte nach dem vom Bund vorgegebenen Monitoringprogramm sowie durch Kontrollen bei Viehausstellungen, Sömmernungen, Viehhändlern und beim Import von Tieren und tierischen Produkten. Die vom Bund verschärften Bestimmungen bei der Entsorgung tierischer Nebenprodukte haben erhebliche Auswirkungen. Nicht alle Kompostierbetriebe im Kanton konnten die diesbezüglich erforderlichen Nachweise erbringen, weshalb sie keine Speisereste mehr verarbeiten dürfen.

Tierschutz und gefährliche Hunde

Wie in den Vorjahren wurde rund ein Viertel aller Nutztierbetriebe auf die Einhaltung der Tierschutzvorschriften kontrolliert; wo nötig wurden Korrekturen angeordnet. Die in der Berichtsperiode durchgeföhrten Tierversuche mit dem Schweregrad null (dem Tier wird kein Schmerz, Leiden oder keine Schäden zugeführt) hatten in allen Fällen die Verbesserung von Tiergesundheit und Tierwohl zum Ziel. Die Anzahl gemeldeter Zwischenfälle mit Hunden, die zu Verletzungen von Menschen oder auch anderen Tieren führten, lag mit 61 Fällen im Rahmen der Vorjahre.

Kontrolle tierischer Lebensmittel und Tierarzneimittel

Die Kontrolle der Primärproduktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft (Fleisch, Milch, Eier und Honig) zeigten auf, dass die hygienischen Vorgaben gut eingehalten werden. Zwei Milchproduktionsbetriebe mussten vorübergehend mit einer Milchablieferungssperre belegt werden, bis die geforderten Qualitätsmerkmale wieder erfüllt wurden. Bei Kontrollen in den Bereichen der Tierarzneimittelanwendung auf Tierhaltungsbetrieben und bei praktizierenden Tierarztpersonen wurden kleinere Mängel bei der Protokollierung und Kennzeichnung festgestellt, welche sofort behoben worden sind.

Kontrolltätigkeit im Chemikalien- bzw. Badewasserbereich

Zusätzlich zu den regulären Markt- und Betriebskontrollen wurde zur Erleichterung der Umsetzung der Chemikaliengesetzgebung, die innerhalb eines Jahrzehnts mehrmals wesentlich geändert wurde, eine Informationsveranstaltung durchgeföhrt. Dieses Angebot wurde von Betroffenen, wie dem Handel, dem Gewerbe und der Industrie gut besucht.

Zur Sicherstellung der Badewasserqualität in Frei- und Hallenbäder wurde sämtliches Badewasser sowie vereinzelt die technischen Anlagen, wie z.B. die Wasseraufbereitung, kontrolliert. Es konnten Mängel bei der Desinfektionsmitteldosierung sowie bei der Selbstkontrolle festgestellt werden. Insgesamt gab es aber ein gutes Resultat.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie das Tierwohl zu erwirken.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und einwandfreie Qualität der angebotenen Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände gewährleisten	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher Mindestens 4 ereignisorientierte Medienbeiträge	<input checked="" type="radio"/>
2	Die Laborkapazität deckt einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Betriebe ab. Die Untersuchungsmethoden entsprechen dem aktuellen Stand der Lebensmittelkontrolle	Probenahme in 60 % der identifizierten Schlüsselbetrieben Jährlich werden mindestens 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt	<input checked="" type="radio"/>
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturanden, Praktikanten sowie interessierte Kreise	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände			
4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	30 % (= 430) der Betriebe sind kontrolliert Flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	<input checked="" type="radio"/>
5	Untersuchungen von Wasserproben (auch als Dienstleistung für Dritte) im Rahmen des fachlichen Kompetenzbereichs gewährleisten	100 % der Proben (= zirka 800) inklusive Berichterstattung innert 3 Wochen untersucht und abgeschlossen	<input checked="" type="radio"/>
6	Überwachung der im Kanton ansässigen Handelsfirmen betreffend Verbrauchersicherheit	10 % (= 40 Betriebe) der im Kanton ansässigen, zum Teil internationalen Handelsfirmen kontrollieren	<input checked="" type="radio"/>
B	Anpassung der Fachanwendung an die Bundesvorgaben	Implementierung der schweizweit neuen Codierung in der Fachanwendung	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser			
7	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	Mindestens 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr Gebühren decken Kosten	<input checked="" type="radio"/>
8	Information der Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon			
9	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	10 % (= 30 Betriebe) der wichtigsten Betriebe kontrolliert Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen	● Aufgrund reduzierter personeller Ressourcen (krankheitsbedingter Ausfall) konnten lediglich 18 Betriebe kontrolliert werden
10	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt, sofern sie für den Kanton von Interesse sind	●
D	Information der Betroffenen und Erleichterung der Umsetzung der Chemikaliengesetzgebung	Info-Veranstaltung über die laufenden Änderungen der Gesetzgebung	●
Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen			
11	Untersuchungen und Probenahmen gemäss Vorgaben des Amtes für Umweltschutz (AfU) erbringen	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung fristgerecht erfüllt	●
Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst			
12	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	100 % der Seuchenfälle bekämpft. Keine Seuchenverschleppungen	●
13	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	100 % der Seuchenuntersuchungen (zirka 800 Proben) durchgeführt	●
14	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	25 % Tierhaltungen kontrolliert (ca. 150 Betriebe) 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	●
15	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	Alle Schlachttier- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt 100 % der Zerlegereien kontrolliert 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert (ca. 80 Betriebe) Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt Alle Importgeflügelbetriebe kontrolliert	●
16	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	Bundesvorgaben zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD) und der Caprinen Arthritis-Enzephalitis (CAE) erfüllt	●
17	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	90 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	●
18	Tiergesundheit in der Nutztierhaltung fördern	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Lebensmittelbetriebe	Betriebe	1'475	1'580	1'592
Badeanlagen	Betriebe	23	23	23
Untersuchungen Lebensmittelbereich	Anzahl Proben	2'957	2'600	3'031
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	1'625	2'000	1'460
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	230	280	245
Milchproduzenten	Betriebe	302	315	295
Importgeflügelbetriebe	Betriebe	3	3	3
Schlachtanlagen	Betriebe	3	3	3
Bienenstände	Stände	254	260	275
Hundehaltungen	Haltungen	4'250	4'200	4'366

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Untersuchungen: Die Summe der untersuchten Proben für Lebensmittel und für Nichtlebensmittel sind leicht unter Budget (Budget: 4600; Rechnung: 4491). Wichtigste Händler und Importeure: Dank der Informationsveranstaltung konnte die Liste der relevanten Betriebe an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst werden. Milchproduzenten: Die Zahl der Betriebe hat wegen struktureller Anpassungen in der Branche abgenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'304'216.34	-3'448'000	-3'382'323.49	65'676.51	-1.9
Total Ertrag	629'600.75	635'700	661'547.10	25'847.10	4.1
Saldo	-2'674'615.59	-2'812'300	-2'720'776.39	91'523.61	-3.3

Kommentar Rechnung

Die Aufwände für die Entsorgung tierischer Abfälle waren um 44'000 Franken geringer als budgetiert (tiefere Entsorgungskosten). Diese tieferen Entsorgungskosten führten bei der Weiterverrechnung an die Gemeinden folglich auch zu Mindereinnahmen in diesem Umfang. Hingegen lag der Ertrag im Bereich der Lebensmittelkontrolle für hoheitliche Tätigkeiten (28'500 Franken) und für freiwillige Dienstleistungen für Dritte (50'500 Franken) höher als budgetiert. Der Mehrertrag bei den hoheitlichen Tätigkeiten begründet sich mit einem nicht budgetierten Zuschlag für einen Untersuchungsauftrag vom Bund. Aufgrund der in den letzten Jahren kundenfreundlichen und zufriedenstellenden Bearbeitung von Untersuchungen für Dritte ist die Nachfrage wiederum gestiegen und daher auch der Ertrag entsprechend höher als budgetiert ausgefallen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4005.0001 GC/MF Triple Quadrupole-Gerät					
Ausgaben	-275'346.00				
Einnahmen					
GD4005.0010 Ersatzinvestitionen AVS					
Ausgaben	-59'938.70	-145'000	-142'972.43	2'027.57	-1.4
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-335'284.70	-145'000	-142'972.43	2'027.57	-1.4
Einnahmen					
Saldo	-335'284.70	-145'000	-142'972.43	2'027.57	-1.4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine wesentliche Abweichung zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Einsätze blieben auf hohem Niveau stabil. Jeweils am Freitag und am Samstag standen erstmals auch nachts zwei komplette Rettungsteams zur Verfügung. Die mittelfristige Aufstellung des Rettungsdienstes Zug (RDZ) sieht vor, dass bis 2016 rund um die Uhr zwei komplette Rettungsteams zur Verfügung stehen. Dank der Einführung neuer Defibrillatoren konnte die Versorgung von Personen mit einem Herzinfarkt optimiert werden.

Analyse des Einsatzgeschehens

Die Zahl der Einsätze lag auf dem Niveau des Vorjahres. In 25 Fällen hospitalisierte der RDZ Personen mit einem Herzinfarkt direkt in einem Zentrumsspital. In den Vorjahren entstanden dabei jeweils zwei Einsätze: Zuerst die notfallmässige Einweisung ins Zuger Kantonsspital und später die notfallmässige Verlegung zur definitiven Versorgung in der zuständigen Spezialklinik. Die Sekundäreinsätze, umgangssprachlich als Verlegungen bezeichnet, nahmen total um 51 Fahrten ab. Das widerspiegelt die zunehmende Fokussierung des RDZ auf die Notfallversorgung. Der Anteil Notfalleinsätze stieg dabei von 46,8 Prozent auf 49,7 Prozent an.

Die Monate September und Oktober waren deutlich einsatzstärker als in den Vorjahren, während der November und der Dezember weniger Einsätze aufwiesen. Erstmals wurde die Verteilung der Einsätze auf die Wochentage zwischen Tag und Nacht differenziert. Bei der Betrachtung über 24 Stunden ist nach wie vor der Freitag am intensivsten. Während der Tagschicht (07.30 Uhr bis 17.30 Uhr) fallen die Einsätze am Montag und zunehmend am Samstag an.

Spezielle Einsätze

Am Morgen des 21. Februar trat in einem Textilatelier in Baar eine unbekannte Substanz aus. Mehrere anwesende Personen klagten über Atemreizzungen und mussten untersucht werden. Ende Februar, während des Einsatzes nach dem Amoklauf in Menznau, wurden Einsatzteams in der ganzen Region verschoben. Der RDZ stellte einen Rettungswagen mit Besatzung nach Luzern ab, um so die Ressourcen auszugleichen. Mehrfach profitierte aber auch der Kanton Zug von der regionalen Zusammenarbeit und konnte auf Fahrzeuge aus Luzern oder Zürich zurückgreifen. Der RDZ unterstützte die Interventionseinheit der Zuger Polizei bei mehreren Einsätzen. Er stellte die medizinische Versorgung der beteiligten Personen sowie der Einsatzkräfte sicher.

Optimieren der Behandlungsstrategien

Seit Juli werden Patientinnen und Patienten mit klaren Herzinfarktsymptomen und einem bestimmten Herzinfarkttyp (STEMI) direkt in ein Herzkatheterlabor gebracht. Den Entscheid fällt die Fachperson des Zentrumsspitals, welche vom Rettungsteam ein 12-Kanal EKG übermittelt bekommt, das mit Hilfe der neu eingeführten Defibrillatoren erstellt wird. Ziel ist es, die ersten vier bis sechs Stunden nach dem Infarkt voll für die Behandlung zu nutzen, denn diese sind für eine erfolgreiche Rehabilitation entscheidend.

Personen mit einem akuten Schlaganfall werden zur Erstdiagnose ins Zuger Kantonsspital gebracht, welches über die Einweisung in eine hochspezialisierte Klinik entscheidet. Dabei wird seit November die im Kantonsspital applizierte Thrombolysebehandlung fortgesetzt, was für die Verminderung von Folgeschäden entscheidend ist.

Betriebliche Ereignisse

Die beiden für den Einsatzdienst gesprochenen Stellen konnten im Februar und Juni besetzt werden. In Anbetracht des nach wie vor ausgetrockneten Arbeitsmarktes ein erfreuliches Resultat. Der erfolgreiche Absolvent der dreijährigen Diplomausbildung arbeitete von September bis Dezember als Aushilfe weiter und ersetzte Mitarbeitende während deren unbezahltem Urlaub. Die Leiterin Administration begann ihre Tätigkeit im Mai und verstärkte die Amtsleitung.

Basierend auf den im Vorjahr begonnenen Arbeiten fiel im Jahr 2013 der Grundsatzentscheid, wie gross die innerkantonale Vorhalteleistung zu Gunsten der Zuger Bevölkerung sein soll. Als wichtiger Pfeiler der Notfall- und Grundversorgung soll der RDZ ab 2016 rund um die Uhr mindestens zwei komplette Rettungsteams im Stützpunkt bereitstellen. Der Ersatz der heutigen Rettungswagen durch ein neues Modell startete mit dem Submissionsverfahren. Aus Sicherheitsgründen soll auch in Zukunft eine möglichst einheitliche Flotte eingesetzt werden. Der Ersatz aller Fahrzeuge wurde daher als Option ausgeschrieben. Die Bestellung des ersten Rettungswagens erfolgte im Dezember.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Disposition der Einsätze erfolgt durch die Sanitätsnotrufzentrale (SNZ) 144 Zentralschweiz. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Wiederholungsaudit bestanden	<input checked="" type="radio"/>
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)			
3	Sicherstellen eines 24-Stunden-Rettungsdienstes gemäss Leistungsvereinbarung	Richtwert für Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) im Kanton Zug eingehalten: > 90 % innert 15 Min. nach Alarmierung	<input checked="" type="radio"/>
4	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	<input checked="" type="radio"/>
5	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30 Min. ab Alarm bei allen Aufgeboten	Bei 100 % der Aufgebote ist die Zeit eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
6	Sicherstellen der reibungslosen Zusammenarbeit der First Responder Gruppen mit dem RDZ durch Prüfen des Betriebskonzeptes und Durchführen gemeinsamer Trainingseinheiten	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte. Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden	<input checked="" type="radio"/>
C	Ersatz eines Rettungswagens	Inbetriebnahme erfolgt	<input checked="" type="radio"/> Submissionsverfahren erfolgreich abgeschlossen und Fahrzeug bestellt
Leistungsgruppe 2: Grossereignisse/Notorganisation			
7	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt. Übungspräsenz des Milizpersonals > 65 %	<input checked="" type="radio"/>
8	Lückenlose Sicherstellung der Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte	Präsenz an den Ausbildungen > 80 %. 100 % Verfügbarkeit bei Ernstfällen innert 45 Min.	<input checked="" type="radio"/> Einsatzbereitschaft sichergestellt. Überprüfung im Einsatz dank ausgebliebener Grossereignisse nicht erfolgt
Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung			
9	Förderung des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Besetzung des Ausbildungplatzes und ein erfolgreicher Diplomabschluss	<input checked="" type="radio"/>
10	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Ausbildungen im Umfang von 60 Stunden durchgeführt	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotrufzentrale SNZ 144 Zentralschweiz			
11	Die SNZ 144 Zentralschweiz orientiert sich am Stand der Technik und den Richtlinien des IVR	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Evaluierungen fanden statt, aber nicht alle notwendigen Massnahmen wurden durch die SNZ umgesetzt
Leistungsgruppe 5: Schlüsseldienst			
12	Fehlerfreie Bereitstellung der Türschlüssel der angemeldeten Haushalte	Fehlerfrei in 100 % der Fälle	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Anzahl Einsätze	Anzahl	4'292	> 4'200	4'291
Anteil Nachteinsätze	Anzahl	1'562	> 1'400	1'500
Betreute Personen	Anzahl	3'782	> 4'200	3'772
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert	3,8	< 3,84	3,4
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert	3,5	< 6,7	7,3
Freizeitalarme	Anzahl		> 40	44
Einsätze durch ausserkantonale Organisationen	Anzahl	155	< 200	131
Schlüssel im Depot	Anzahl		150	144

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Indikator für Risikofall: Der Bedarf an Rettungsmitteln kann statistisch (POISSON-Verteilung) berechnet werden. Falls die vorhandenen Mittel bei einem gleichzeitigen Auftreten mehrerer Einsätze nicht ausreichen, entsteht ein Nachfrageüberhang und somit ein Risikofall. Der Indikator zeigt an, in welchem durchschnittlichen Zeitintervall (entspricht hier Tagen) sich ein solches Vorkommnis wiederholt. Je grösser die Zahl ist, umso kleiner ist das Risiko.
Interpretation: Die Berechnung für das Budget 2013 erfolgte auf Basis der Einsatzzahlen 2011. Effektiv wurden im Jahr 2013 rund 100 Einsätze (2,4 Prozent) mehr geleistet. Da die Vorhalteleistung am Tag nicht erhöht werden konnte, verschlechterte sich der Tages-Indikator. Nachts konnte dank der zwei zusätzlichen Stellen mehr Einsätze geleistet werden, wodurch sich der Nacht-Indikator verbesserte.
Die Anzahl «Betreute Personen» war aufgrund eines Berechnungsfehlers im Geschäftsbericht 2012 zu hoch angegeben. Als Folge erklärt sich die diesjährige Abweichung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'430'798.26	-4'799'400	-4'583'846.40	215'553.60	-4.5
Total Ertrag	2'490'395.92	2'512'000	2'467'901.63	-44'098.37	-1.8
Saldo	-1'940'402.34	-2'287'400	-2'115'944.77	171'455.23	-7.5

Kommentar Rechnung

Die Aufwandreduktion basiert im Wesentlichen auf folgenden Faktoren: Gutschrift für abgebaute Zeitguthaben 70'000 Franken, Verzicht auf Neurekrutierung von Mitarbeitenden im Verlegungsdienst (Hilfskräfte) 63'000 Franken, Dienstleistungen Dritter rund 60'000 Franken sowie Rückerstattung aus Sozialversicherungen (mehrheitlich Mutterschaftsversicherung) 26'000 Franken. Die geringere Zahl Sekundäreinsätze (Verlegungen) führte zu tieferen Einnahmen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4021.0001	Ersatzanschaffung RDZ ZG 74005					
	Ausgaben	-380'000	-138'000.00	242'000.00		-63.7
	Einnahmen	5'000		-5'000.00		-100.0
GD4021.0004	Ersatzanschaffung Defibrillatoren					
	Ausgaben		-378'222.85	-378'222.85		
	Einnahmen					
GD4021.0012	Ersatzanschaffung RTW RDZ ZG 74002					
GD4021.0014	Ersatzbeschaffungen RDZ - ZG 74008					
	Ausgaben	-248'333.70				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-248'333.70	-380'000	-516'222.85	-136'222.85	35.8
	Einnahmen		5'000		-5'000.00	-100.0
	Saldo	-248'333.70	-375'000	-516'222.85	-141'222.85	37.7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Eine Einsprache im Submissionsverfahren verzögerte die Bestellung der Defibrillatoren. Auslieferung, Einführung und Abrechnung erfolgten statt im 2012 im 2013. Die Ersatzanschaffung des Rettungswagens wurde dadurch ihrerseits verzögert. Die Bestellung konnte zwar im 2013 vorgenommen und eine erste Teilzahlung ausgelöst werden, die Inbetriebnahme und der Projektabschluss erfolgen aber erst im Herbst 2014.

Institutionelle Gliederung

Gesundheitsdirektion

4030 – Spitäler

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-72'968'591.50	-92'250'000	-80'021'734.39	12'228'265.61	-13.3
	Total Aufwand	-72'968'591.50	-92'250'000	-80'021'734.39	12'228'265.61	-13.3
426	Rückerstattungen	262'481.05	153'000	225'331.10	72'331.10	47.3
	Total Ertrag	262'481.05	153'000	225'331.10	72'331.10	47.3
	Saldo	-72'706'110.45	-92'097'000	-79'796'403.29	12'300'596.71	-13.4

Kommentar Rechnung

Beiträge an Gemeinwesen und Dritte beinhalten den nach neuer Spitalfinanzierung vom Kanton zu entrichtenden Kostenanteil von 49 Prozent an die Hospitalisation von Zuger Patientinnen und Patienten. Dieser Beitrag ist sowohl für inner- als auch ausserkantonale Hospitalisationen geschuldet, sofern die Klinik über einen entsprechenden Leistungsauftrag mit dem Kanton verfügt. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war es aufgrund mangelnder Erfahrungswerte schwierig, abzuschätzen, wie häufig Zuger Patientinnen und Patienten von der sogenannten freien Spitalwahl Gebrauch machen würden.

Der effektive Aufwand liegt hauptsächlich aus folgenden Gründen unter dem Budget:

- Das Budget 2013 der ausserkantonalen Hospitalisationen basiert auf den Durchschnittskosten 2011 pro Fall und einer Annahme der Anzahl Fälle gemäss kantonalem Versorgungsbericht. Der effektiv zu entrichtende Kostenanteil von 49 Prozent ist wesentlich tiefer als die zum Zeitpunkt der Budgetierung verwendeten Durchschnittskosten. Dies führt zu Minderaufwendungen von rund 5,4 Millionen Franken. Weil sich die Kantone zudem bei der Abgeltung der universitären Lehre und Forschung nicht einigen konnten, liegt der effektive Aufwand im Bereich der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen um 1,7 Millionen Franken unter Budget.
- Der Aufwand für das Zuger Kantonsspital ist um rund 3,1 Millionen Franken oder 9,1 Prozent tiefer ausgefallen als budgetiert. Grund dafür sind tiefere Fallzahlen und Tarife. Definitiv abgerechnete Vorjahre haben zudem zu Rückerstattungen durch das Zuger Kantonsspital geführt, was den Aufwand weiter minderte.
- Auch die Minderaufwendungen von rund 1,3 Millionen Franken bei der Andreas Klinik AG und bei der Klinik Meissenberg von rund 0,4 Millionen Franken sind hauptsächlich durch tiefere Fallzahlen zu begründen.
- Die Beiträge an die Klinik Adelheid liegen aufgrund tieferer Pflegetage und gemeinwirtschaftlicher Leistungen rund 0,5 Millionen Franken unter Budget.
- Aufgrund höherer Pflegetage lag der Aufwand bei der Cienia Littenheid indes um rund 0,2 Millionen Franken über Budget.

Auf der Ertragsseite sind die Regresseinnahmen um rund 70'000 Franken höher ausgefallen als budgetiert. Inner- wie auch ausserkantonale Hospitalisationen, für welche der Kanton Zug Beiträge leistet, sind regressierbar (Rückgriffnahme auf die für den Schaden verantwortliche Partei). Voraussetzung für einen kantonalen Regress ist, dass der Kanton eine Unfallvergütung nach KVG geleistet hat, aber ein Dritter für den Versicherungsfall haftet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4030.0002	Zuger Kantonsspital AG					
	Ausgaben	128'541.55				
	Einnahmen	12'338.70				
GD4030.0003	Klinik Adelheid AG					
	Ausgaben	103'026.95				
	Einnahmen					
GD4030.0008	Pflegezentrum Luegeten					
	Ausgaben	-106'471.40	-74'400	-101'565.50	-27'165.50	36.5
	Einnahmen					
GD4030.0009	Pflegezentrum Baar					
	Ausgaben	-129'900.00	-403'200	-252'442.75	150'757.25	-37.4
	Einnahmen					
GD4030.0010	Pflegezentrum Ennetsee, Cham					
	Ausgaben	-51'000.00	-77'000	-70'192.55	6'807.45	-8.8
	Einnahmen					
GD4030.0011	Pflegezentrum Neustadt					
	Ausgaben	-13'290.00				
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung

Gesundheitsdirektion

4030 – Spitäler

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4030.0012	Psychiatrische Klinik Zugersee					
	Ausgaben	53'578.55				
	Einnahmen					
GD4030.0014	Schlussabrechnung Pflegeheim Neustadt, Zug					
GD4030.0015	Rückzahlung Darlehen Klinik Adelheid AG					
	Ausgaben					
	Einnahmen	4'617'500.00				
GD4030.0016	Rückzahlung Darlehen Zuger Kantonsspital AG					
	Ausgaben					
	Einnahmen	2'057'994.00				
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-15'514.35	-554'600	-424'200.80	130'399.20	-23.5
	Einnahmen	6'687'832.70				
	Saldo	6'672'318.35	-554'600	-424'200.80	130'399.20	-23.5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Abweichungen der Investitionsrechnung begründen sich wie folgt:

- Dem Pflegezentrum Luegeten wurde nachträglich die unvorhersehbare und nicht selbstverschuldete Erneuerung des IT-Telefonsystems in der Höhe von rund 22'000 Franken bewilligt. Die restliche Abweichung von rund 5000 Franken ist hauptsächlich auf sechs zusätzliche Ersatzinvestitionen bei der Sanierung der Heizungsanlage zurückzuführen.
- Die Minderausgaben beim Pflegezentrum Baar beruhen einerseits auf tieferne Ausgaben bei den ausgeführten Investitionen sowie auf ursprünglich budgetierte, schlussendlich vom Pflegezentrum aber nicht getätigten Investitionen.

Die definitive Investitionsabrechnung des Pflegezentrums Baar war für den Jahresabschluss noch nicht verfügbar.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Vernetzung der verschiedenen Anbieter und Leistungserbringer im Zuger Gesundheitswesen wurde unter der neu erarbeiteten Strategie der Gesundheitsdirektion (Leuchtturm 2020) verstärkt. Gemäss den damit verbundenen Leitlinien setzt die Gesundheitsdirektion in der Gesundheitsförderung und Prävention in erster Linie auf Anreize, Information und Beratung anstatt auf Vorschriften und Verbote. Die berufliche Neuausrichtung des bisherigen Amtsleiters per Dezember 2013 bewog die Gesundheitsdirektion, die Amtsleitung interimistisch zu besetzen und das Projekt zur Zusammenlegung von Gesundheits- und Medizinalamt in Auftrag zu geben.

Gesundheitsförderung und Prävention

Die fünf Themen Bewegung/Ernährung, Krebs, Psychische Gesundheit, Suchtprävention und Vernetzung bilden die Schwerpunkte der Gesundheitsförderung und Prävention. Sie wurden im Berichtsjahr wie folgt umgesetzt:

- Das mehrjährige Schwerpunktprogramm «(gesunde) Bewegung und Ernährung» im Vorschulalter durchlief auch das fünfte Umsetzungsjahr erfolgreich: Der Fokus lag in diesem Jahr nicht nur in der Umsetzung der Projekte, sondern in ihrer langfristigen Verankerung im Alltag, indem beispielsweise die betreuenden Personen regelmässig über das Thema aufdatiert werden.
- Die Auswertung der Bevölkerungsbefragung zum Krebsvorsorgeverhalten wurde publiziert und fand eine positive Resonanz sowohl in Fachkreisen als auch in der Bevölkerung.
- Die Strategie «Psychische Gesundheit» wird weitergeführt, wobei der Schwerpunkt auf die Vernetzung der Partnerorganisationen gelegt wird. Sie stehen hauptsächlich in der Umsetzungsverantwortung, während der Kanton sich auf die Koordination konzentriert. Gegen 30 Partnerorganisationen haben die neu ausgerichtete Strategie «Psychische Gesundheit im Kanton Zug 2013 bis 2020» zur Kenntnis genommen.
- Im Bereich der Prävention appellierte die Kampagne «Alkohol und Medikamente beissen sich» für eigenverantwortlichen Umgang beim Mischkonsum von Alkohol und Medikamenten.
- Die Einführung eines regelmässigen Gedankenaustauschs mit den verschiedenen Organisationen, die über Leistungs- und Subventionsvereinbarungen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention verfügen, förderte das gegenseitige Verständnis. Angestrebt wird damit eine vertiefte, partnerschaftliche Kooperation dieser Organisationen und des Gesundheitsamtes mit verbesserter Abstimmung der jeweiligen Aktivitäten.

Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen

Die Suchtberatung führte verschiedene Informations- und Schulungsveranstaltungen durch: Drei gut besuchte Business-Lunches für Betriebe, Lehrlingsveranstaltungen und Veranstaltungen in Schulen und Vereinen sowie persönliche Informationsgespräche. Insgesamt konnten mit diesen Aktivitäten 687 Personen (411 Erwachsene, 276 Jugendliche) direkt erreicht werden. Das Projekt Sensor Zug - Früherkennung von und Umgang mit Suchtproblemen im Alter - wurde gestartet und wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen im Altersbereich umgesetzt. Im FOSUMIS (Forum Suchtmedizin Innerschweiz) wurde weiterhin aktiv mitgearbeitet und es wurden viel besuchte suchtspezifische Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte sowie Suchtfachmitarbeitende angeboten.

Organisatorisches

Das ISO-Aufrechterhaltungsaudit wurde ohne Auflagen bestanden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Gesundheitsamt fördert die Gesundheit der Zuger Bevölkerung, beugt mit zweckmässigen Präventionsmassnahmen Krankheiten vor und unterstützt Ratsuchende bei Fragen und Problemen zu Suchtmitteln und entsprechendem abhängigen Verhalten. Mit ausgewählten Aktivitäten fördert, entwickelt und verbreitet das Gesundheitsamt innovative Ideen und koordiniert wirksame Projekte zum Wohle der Zuger Bevölkerung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Qualität der Dienstleistungen sicherstellen	Aufrechterhaltungsaudit 2013 bestehen	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Gesundheitsförderung und Prävention			
2	Entwickeln und umsetzen der Strategien des Gesundheitsamtes zu Alkohol, Tabak, Krebs, gesundes Körpergewicht und psychische Gesundheit	Meilensteine der Strategien erreicht Nachfolgestrategie psychische Gesundheit vorgestellt Strategie Förderung der Gesundheit von Zuger Familien vorgestellt	<input checked="" type="radio"/> Strategie Förderung der Gesundheit von Zuger Familien gestrichen (s. Projekt A)
3	Attraktive Angebote für Schulen anbieten, hohe Beteiligung erreichen	35 % der Zuger Oberstufenklassen nehmen am Experiment Nichtrauchen teil 60 % der Kindergärten setzen das Projekt Purzelbaum um Am Projekt Freelance nehmen 15 Oberstufenklassen teil Informationsveranstaltung für Lehrpersonen aller Schulstufen: 40 Lehrpersonen nehmen teil	<input checked="" type="radio"/> Für Freelance (Unterrichtsmaterial für Suchtpräventionsprogramme an Schulen) nicht genügend Klassen gewonnen
4	Umsetzung von Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen in den Gemeinden stärken	Eine einheitliche Praxis der Vergabe der Alkoholpatente durch die Gemeinden wurde erarbeitet	<input type="radio"/> Vereinheitlichung der Praxis der Vergabe von Alkoholpatienten wurde von den Gemeinden nicht gewünscht
5	Stärkung der Vernetzung der Aktivitäten untereinander und mit dem Gesundheitsamt	Eine Koordinationsveranstaltung mit Partnerorganisationen findet statt. Das Controlling und die Evaluation der erbrachten Dienstleistungen steigert die Qualität der Angebote	<input checked="" type="radio"/>
6	Impulse für Gesundheitsförderung im Alter setzen	Ein Forum für Altersfragen wird durchgeführt, 60 Fachpersonen aus dem Kanton Zug nehmen daran teil	<input checked="" type="radio"/>
B	Entwickeln einer Strategie zur Stärkung der Gesundheit der Zuger Familien	Eine Strategie, welche die bisherigen Massnahmen zur Stärkung der Gesundheit der Zuger Familien berücksichtigt, liegt vor	<input type="radio"/> Budget durch das Parlament gestrichen
Leistungsgruppe 2: Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen			
7	Beratung zu allen Aspekten einer Abhängigkeitserkrankung	550 Personen werden beraten 2'100 Beratungsgespräche werden durchgeführt	<input checked="" type="radio"/> Weniger Beratungen als geplant, wegen ausstehender Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Betäubungsmittelgesetz
8	Arbeitgeber kontinuierlich über die Suchtproblematik am Arbeitsplatz informieren	Zwei Businesslunches zum Thema Sucht finden für Zuger Unternehmen statt Daran nehmen je mindestens 25 Personen teil	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
9	Strukturierte Früherkennung in Schulen, Spitäler und auf der Strasse (Polizei, Gassenarbeit) betreiben	Die strukturierte Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird aufgebaut	<input checked="" type="radio"/>
C	Strategie der Suchtberatung entwickeln und einführen	Meilensteine der Strategie werden erreicht	<input type="radio"/> Wegen geplanter Zusammenlegung von Gesundheits- und Medizinalamt sistiert
L35a L35b	Beratungs- und Kriseninterventionsangebot für Familien verstärken	Es gibt spezielle Angebote für Familien mit Kindern, welche durch Suchtmittelkonsum auffallen. Es werden 15 Familien beraten und begleitet, um den Suchtmittelkonsum der Kinder zu verändern	<input checked="" type="radio"/>

Leistungsgruppe 3: Wissensmanagement und -transfer			
10	Sensibilisieren und informieren der Bevölkerung über die individuellen Möglichkeiten, sich gesundheitsförderlich resp. krankheitsverhindernd zu verhalten	Teilnahme an den Gesundheitstagen Zug 2013, 450 persönliche Kontakte	<input checked="" type="radio"/>
11	Teilnehmen an der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) 2012	Die Rohdaten werden vom BFS an den Kanton Zug geliefert	<input checked="" type="radio"/>
D	Prüfen, ob ein Zusammenschluss mit einer anderen Mediothek das Angebot für die Zuger Bevölkerung verbessern würde	Massnahmen aufgrund des Entscheids werden getroffen	<input checked="" type="radio"/>
E	Unterlagen des Internetangebotes können gut und leicht gefunden werden	Downloads + 5 %, Anzahl Besucher + 5 % gegenüber 2012 Das Projekt Freelance ist auf Facebook präsent Der Internetauftritt des Gesundheitsamtes ist eng mit der Präsenz in Facebook verknüpft	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Zielvereinbarungen und Controlling	Anzahl Vereinbarungen	9	9	9
Gesundheitsförderung und Prävention an Schulen	Anzahl Klasseneinsätze	31	30	25
Suchtberatung	Anzahl Beratungsgespräche	1'400	2'100	1'629
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl Massnahmen	37	50	37
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl Jugendliche	71	40	40
Beratungsanfragen von Gemeinden und Gewerbe bezüglich Jugendschutz und Schutz vor dem Passivrauchen	Anzahl Beratungen	32	5	6
Ausleihen der Mediothek	Anzahl Kunden	56	100	25

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Beratungsgespräche Suchtberatung: Weniger Beratungen als budgetiert, weil die Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Betäubungsmittelgesetz noch nicht abgeschlossen werden konnte (neu einzuführende Meldestelle für Betäubungsmittelabhängige).
- Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen: Sind von der Aktivität der Strafuntersuchungsbehörde abhängig und betreffen FiaZ- und FuD-Beratungen (Fahren im angetrunkenen Zustand und Fahren unter Drogen).
- Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft: Sind von der Aktivität der Strafuntersuchungsbehörde abhängig und betreffen Jugendliche, die wegen Cannabiskonsum verzeigt wurden.
- Mediathek: Aufhebung aus Gründen der Rationalisierung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'604'164.86	-3'655'300	-3'523'813.48	131'486.52	-3.6
Total Ertrag	604'318.50	673'000	708'017.20	35'017.20	5.2
Saldo	-2'999'846.36	-2'982'300	-2'815'796.28	166'503.72	-5.6

Kommentar Rechnung

- Aufwand: Das Budget wurde um 130'000 Franken unterschritten, weil die Zielsetzungen 2 und 3 nur teilweise und Zielsetzungen 4, A und B nicht wie geplant umgesetzt werden konnten.
- Ertrag: Beitrag von Gesundheitsförderung Schweiz für Gesundes Körpergewicht, Meilenstein 4 (35'000 Franken budgetiert im Jahr 2012), konnte erst im Jahr 2013 erreicht und eingefordert werden.
- Es wurden 100'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Abwicklung der Rechnungen unter der neuen Spitalfinanzierung war wiederum mit hohem personellem Aufwand verbunden. Viele Rechnungen erwiesen sich als mangelhaft. Die Erteilung gesundheitspolizeilicher Bewilligungen, die Vornahme von Betriebsinspektionen, die Überprüfung von Meldungen und damit verbundene Kontrollen von Tätigkeiten im Gesundheitswesen gehörten ebenfalls zu den vorherrschenden Aufgaben. Ende Jahr bezog das Medizinalamt aus betrieblichen und feuerpolizeilichen Gründen neue Räumlichkeiten. Gleichzeitig beauftragte die Gesundheitsdirektion die Amtsleitung mit der Projektleitung zur Zusammenlegung von Medizinal- und Gesundheitsamt per 1. Januar 2015.

Spitalfinanzierung und Aufsichtstätigkeit vorherrschend

Die Abrechnung der Aufenthalte in den akutsomatischen Spitälern mittels Fallpauschalen (SwissDRG) spielte sich ein. Immer noch gab es Spitäler, namentlich aus dem gemischt akutsomatisch-rehabilitativen und aus dem komplementärmedizinischen Bereich, die mit dem System Mühe bekundeten. Das Medizinalamt (MedA) musste mit diesen Spitälern wiederum spezielle Lösungen vereinbaren. Regressforderungen an andere Versicherungsträger brachten insgesamt 225 000 Franken ein.

Kantonsarzt und Heilmittelinspektor mussten in einem grossen Aufsichtsverfahren gegen eine Medizinalperson tätig sein.

Betriebs- und Berufsausübungsbewilligungen

Der Kanton Zug verzichtete auf die erneute Einführung der Zulassungsbeschränkung für Ärztinnen und Ärzte zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Daraufhin beruhigte sich die Situation und der sprunghafte Anstieg von Bewilligungsgesuchen aus dem Vorjahr setzte sich nicht fort. Hingegen wuchs der Anteil von Praxen, die in Form von Betriebsgesellschaften geführt werden. Dieser Trend dürfte anhalten. Mit dem Inkrafttreten des eidgenössischen Psychologieberufegesetzes per 1. April und der damit verbundenen schweizweiten Vereinheitlichung der Berufsanforderungen wurde die bis anhin für die fachliche Einzelbegutachtung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zuständige kantonale Kommission unter dem Vorsitz des Kantonsarztes hinfällig und aufgelöst.

Übertragbare Krankheiten

Epidemiologisch handelte es sich um ein ruhiges Jahr. Schwerwiegende Ausbrüche von Infektionskrankheiten waren nicht zu verzeichnen. Die Auswertung der periodischen Durchimpfungsstudie zeigte Verbesserungsbedarf bei den Durchimpfungsquoten hinsichtlich Masern und humanem Papillomavirus (HPV).

Legalinspektionen

Dank zeitweiser Unterstützung durch das Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich konnte die amtsärztliche Tätigkeit lückenlos sichergestellt werden. Die Anzahl amtlicher Leichenschauen lag im Bereich des Vorjahres und war nicht von einem speziellen Ereignis geprägt.

Suchthilfe

Die Kontakt- und Anlaufstelle K+A in Luzern betreute per 31. Dezember 29 Personen aus dem Kanton Zug und damit drei mehr als im Vorjahr. Der ausgewiesene Bedarf für das Angebot ist hiermit bestätigt.

Schulärztlicher Dienst

Die Reorganisation der gemeindlichen und kantonalen schulärztlichen Dienste wurde von der Gemeindepräsidentenkonferenz dem Antrag der Arbeitsgruppe folgend entschieden. Zur Umsetzung wurde eine weitere Arbeitsgruppe eingesetzt, da vor allem die Kinderärzteschaft nach dem Entscheid wesentliche Vorbehalte anbrachte. Hinsichtlich der Wiedereinführung des Impfangebots durch die Schulärzteschaft fand sich eine Einigung, die Vereinheitlichung der Reihenuntersuchungen und der Präventionsgespräche in den verschiedenen Schulen ist noch in Diskussion.

Projekte zur Förderung der ärztlichen Grundversorgung

Im Rahmen des Leuchtturms 2020 prüfen das Medizinalamt und das Direktionssekretariat verschiedene Massnahmen, um die ärztliche Grundversorgung im Kanton Zug zu fördern. Dies ist nötig, weil Prognosen des Gesundheitsobservatoriums (Obsan) und des Instituts für Hausarztdizin des Universitätsspitals Zürich zeigen, dass mittelfristig Hausärztinnen und -ärzten, welche sowohl eine hochstehende als auch eine kostengünstige Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen, fehlen werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Medizinalamt ist vor allem tätig im Bereich der Gesundheitspolizei, der damit verbundenen Intervention und Prävention sowie der Abwicklung der kantonalen Beteiligung an den Spitalaufenthalten. Es nimmt Koordinationsaufgaben der Suchthilfe resp. gemeindlichen sowie privaten Schularztdienste wahr und vollzieht die Schularztdienste der kantonalen Schulen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Erreicht

Teilweise erreicht

Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
L28	E-Government: Ausbau internetbasierte Dienstleistung	Alle wichtigen Dokumente und Formulare elektronisch zugänglich	
Leistungsgruppe 1: Kantonsärztlicher Dienst			
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	
2	Wirksame Aufsicht	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügsreich	
3	Effiziente Abwicklung der Spitalrechnungen	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 10 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	
4	Konsequente Kostenkontrolle	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet	
L46a	Speditive Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen	100 % der vollständigen Bewilligungsge�uche innert Monatsfrist verfügsreich	
Leistungsgruppe 2: Heilmittelkontrolle			
5	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	
L46a	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	80 % der vollständigen Bewilligungsgegeuche innert Monatsfrist verfügsreich	
Leistungsgruppe 3: Suchthilfe			
7	Koordinierte Suchthilfe	Organisation und Durchführung einer Weiterbildung für die methadonsubstituierende Ärzteschaft 15 Fachbesprechungen mit den fünf Suchthilfeinstitutionen	
8	Effiziente Sekretariatsführung	RRB auf die Junisitzung der Drogenkonferenz beschlussbereit	
Leistungsgruppe 4: Schulärztlicher Dienst			
9	Effizienter Schulärztlicher Dienst	Untersuchungen an den kantonalen Schulen bis 30. Juni abgeschlossen Interventionen bei epidemiologischen Ereignissen innert 48 h	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
10	HPV-Impfmöglichkeit für Mädchen und junge Frauen	Mindestens 25 Ärztinnen und Ärzte im kantonalen HPV-Impfprogramm	

Leistungsgruppe 5: Kommissionen und Notorganisation			
11	Hohe Qualität der fachlichen Beurteilungen der Kommission psychologische Psychotherapie	100 % der GD-Entscheide folgen der Empfehlung der Kommission	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die Kommission psychologische Psychotherapie konnte aufgrund des neuen Psychologieberufegesetzes aufgelöst werden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Epidemiologische Fälle	Anzahl	305	380	357
Berufsausübungsbewilligungen/Aufsichtsfälle	Anzahl	806	790	933
Kostengutsprachen	Anzahl	4'984	4'500	4'417
Kostengutsprachen, Beschwerdefälle	Anzahl	0	>2	0
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichenschauen)	77	70	80
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl	127	95	107
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)	230	280	235
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen	714	700	695

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Berufsausübungsbewilligungen/Aufsichtsfälle: Die starke Zunahme der Anzahl Betriebe mit erforderlicher Betriebsbewilligung durch Zusammenschlüsse von Einzelpraxen sowie die über der Erwartung liegende Anzahl von Meldungen zu den bewegungseinschränkenden Massnahmen (medizinische und pflegerische Zwangsmassnahmen) haben zum Überschreiten der Plangröße geführt.
- Kostengutsprachen, Beschwerdefälle: Wider Erwarten hat das System der neuen Spitalfinanzierung nicht zu einer Beschwerdeflutz im Zusammenhang mit abgelehnten Kostengutsprachegesuchen geführt.
- Schuluntersuchungen: Die vom kantonalen Schularzt zu untersuchenden Klassen waren kleiner als erwartet. Von den infrage kommenden Schülerinnen und Schülern konnten nur drei nicht untersucht werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'168'094.12	-2'312'900	-2'292'549.66	20'350.34	-0.9
Total Ertrag	280'770.43	238'800	275'873.47	37'073.47	15.5
Saldo	-1'887'323.69	-2'074'100	-2'016'676.19	57'423.81	-2.8

Kommentar Rechnung

- Es wurden 100'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).
- Die Ertragsminderung fiel geringer aus als budgetiert wegen nicht vorhersehbarer starker Zunahme der gebührenpflichtigen Amtshandlungen (Betriebsbewilligungen und heilmittelrechtliche Bewilligungen). Die gegenüber dem Vorjahr budgetierte Ertragsminderung basierte auf der Annahme, dass im Rechnungsjahr Ferienüberhänge durch temporäre Auslagerung von amtlichen Inspektionen abgebaut werden könnten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) hat im Berichtsjahr weiter zugenommen. Engpässe in der stationären und in der tagesambulanten Versorgung belasten die ambulante Tätigkeit. Der Nachwuchsmangel in der Psychiatrie macht sich immer stärker bemerkbar.

Allgemeines

Die Nachfrage nach den Dienstleistungen der APD ist ungebrochen stark, bei den Erwachsenen ist sie gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich angestiegen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1919 (Vorjahr: 1829) Patientinnen und Patienten behandelt und dabei 13 514 (Vorjahr: 13 127) Konsultationen erbracht. Infolge gleichbleibendem Personalbestand und teilweise längeren Stellenvakanzen musste bei den Anmeldungen verstärkt triagierte werden.

Der Nachwuchsmangel im Gesundheitswesen generell und in der Psychiatrie im Speziellen war Thema verschiedener nationaler Tagungen sowie einer Kaderretraite der APD. Die Rekrutierung von Assistenz- und Fachärzten wird immer schwieriger, verstärkte Bemühungen in der Aus- und Weiterbildung können trotz hervorragendem Rating den Rückgang der Bewerbungen – auch aus den deutschsprachigen Nachbarländern – nicht wettmachen. Längere Vakanzen sind die Folge.

Das Konzept der Integrierten Psychiatrieversorgung wurde von den Regierungen der drei Konkordatskantone Uri, Schwyz und Zug genehmigt und soll bis 2016 umgesetzt werden. Es sieht die organisatorische Zusammenführung der stationären und ambulanten Behandlung in eine Betriebsgesellschaft vor.

Die diesjährige APD-Fachtagung war dem Thema «Mobbing in der Schule und am Arbeitsplatz» gewidmet, welche auch dank dem Hauptreferenten Prof. Dr. Allan Guggenbühl wiederum auf grosses Interesse stiess.

Zunahme der Notfallzuweisungen im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Erwachsene

Im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Erwachsene (APD-E) wurden 1383 Patientinnen und Patienten behandelt (764 Frauen und 619 Männer), was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent entspricht. Insbesondere die Notfallzuweisungen sind stark angestiegen (plus 40 Prozent), was einerseits auf die Beteiligung der APD am Psychiatrischen Notfalldienst zurückzuführen ist, andererseits auf Engpässe in der psychiatrischen Versorgung hinweist, die die ambulante Tätigkeit zunehmend erschweren. Die Schaffung eines Psychiatrischen Tagesambulatoriums für Erwachsene soll Abhilfe schaffen.

Ein verstärktes Unterstützungsangebot für Alters- und Pflegeeinrichtungen im Kanton Zug sowie neue Gruppenangebote für Alters-Patientinnen und -Patienten sollen dazu beitragen, dass diese möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können.

Engpässe in der stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung erschweren die Arbeit im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche

Im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ) wurden 536 Kinder und Jugendliche behandelt (250 Mädchen und 286 Knaben), ähnlich viele wie im Vorjahr. Immer schwieriger wird die stationäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen. Im Konkordatsgebiet fehlen eigene stationäre sowie tagesambulante Einrichtungen und die ausserkantonalen Vertragskliniken weisen zum Teil lange Warte-Listen auf. Gleichzeitig steigt der Druck von Seiten der Schulen, da es für verhaltensauffällige Kinder offenbar auch an geeigneten pädagogischen Einrichtungen fehlt. Dies führt vermehrt zu aufwendigen ambulanten Kriseninterventionen, welche für alle Beteiligten eine grosse Belastung darstellen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone mit der Luzerner Kinder- und Jugendpsychiatrie soll die Situation entspannen, was intensive Diskussionen und Planungen auf verschiedenen Ebenen erfordert. Weitere politische Entscheide sind im kommenden Jahr zu fällen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärzte, Psychiater und Psychotherapeuten in Praxis, Beratungsstellen u.a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)			
1	Fachgerechte Behandlung: Der APD-E gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemäss psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Intervisionen teil	<input checked="" type="radio"/>
2	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 14 Tage	<input type="radio"/>
3	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 h)	<input checked="" type="radio"/>
4	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-E erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mindestens 63 % (ohne interne Verrechnungen)	<input type="radio"/> KDG = 59,6 % (ohne interne Verrechnungen); geringerer Ertrag infolge Stellenvakanzen im therapeutischen Bereich. Darüber hinaus (1. Quartal) aufgrund Krankheitsabsenz höhere Lohnkosten für Aushilfspersonal
A	Früherkennung psychischer Störungen	Früherkennung psychotischer Störungen: <ul style="list-style-type: none">- Aufbau einer interdisziplinären AG (APD-KJ/APD-E)- Überprüfen der bisherigen Früherfassungsinstrumente- Evaluation neuer Früherfassungsinstrumente- Zusammenarbeit mit anderen Früherfassungszentren (Zürich, Basel)	<input checked="" type="radio"/> Aufbau einer interdisziplinären AG (APD-KJ/APD-E) sowie Überprüfen der bisherigen Erfassungsinstrumente abgeschlossen. Evaluation neuer Erfassungsinstrumente sowie Zusammenarbeit mit anderen Früherfassungszentren aufgrund Krankheitsabsenzen und anderer Prioritäten (u. a. Projekt Tagesambulatorium) noch nicht erfolgt
B	Gerontopsychiatrischer Dienst	Fortsetzung des Ausbaus eines spezialisierten ambulanten gerontopsychiatrischen Abklärungs-, Behandlungs- und Konsiliarangebots: <ul style="list-style-type: none">- Strukturierte ambul. Demenzabklärungen- Therapeutische Gruppenangebote für ältere Menschen- Unterstützung zu Hause (Hausbesuche durch mobile Equipoen in Zusammenarbeit mit Spitek)- Unterstützung der Mitarbeitenden von Alters- und Pflegeheimen (Fallbesprechungen, Fortbildungen, Projektarbeit)- Konsiliarische Betreuung der gerontopsychiatrischen Wohngruppe Frauensteinmatt	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)			
5	Fachgerechte Behandlung: Der APD-KJ gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässse psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Intervisionen teil (intern und/oder extern)	●
6	Fristgerechte Behandlung: Der APD-KJ erbringt fristgerechte Behandlungen	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 14 Tage. Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	● 15,3 Tage, auf zeitweilige Stellenvakanzen zurückzuführen. Notfallmässige Kontakte im Durchschnitt innerhalb von 2 Stunden
7	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-KJ erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Der Kostendeckungsgrad der AP-Dienste beträgt gesamthaft mindestens 63 % (ohne interne Verrechnungen)	○ KDG = 59,6 % (ohne interne Verrechnungen); geringerer Ertrag infolge Stellenvakanzen im therapeutischen Bereich. Darüber hinaus (1. Quartal) aufgrund Krankheitsabsenz höhere Lohnkosten für Aushilfspersonal
D	Früherkennung psychischer Störungen	Früherkennung psychotischer Störungen: - Aufbau einer interdisziplinären AG (APD-KJ/APD-E) - Überprüfen der bisherigen Früherfassungsinstrumente - Evaluation neuer Früherfassungsinstrumente - Zusammenarbeit mit anderen Früherfassungszentren (Zürich, Basel)	● Aufbau einer interdisziplinären AG (APD-KJ/APD-E) erfolgt. Evaluation neuer Erfassungsinstrumente sowie Zusammenarbeit mit anderen Früherfassungszentren (Zürich, Basel) aufgrund Krankheitsabsenzen und anderer Prioritäten (u. a. Projekt Tagesambulatorium) noch nicht erfolgt
E	Konsiliar- und Liaisdienst für sonderpädagogische Einrichtungen im Kanton Zug	Ausbau und Institutionalisierung des Konsilar- und Liaison-Angebotes: - Abklärung, Betreuung und Behandlung von Schülerinnen und Schülern mit psychischen Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten - Beratung von Schul- und Heimleitungen, Lehr- und Betreuungspersonen - Angebot von Fallkonferenzen, Supervisionen	●
F	Neuropsychologie	Ausbildung einer Mitarbeiterin des APD-KJ in Neuropsychologie des Kindes- und Jugendalters. Angebote von Einzel- und Gruppentherapien	Die neuropsychologische Ausbildung startete im April 2013 und dauert bis September 2014

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Patienten	Anzahl	1'829	1'900	1'919
Konsultationen	Anzahl	13'127	13'100	13'514
Taxpunktwert (Tarmed)	CHF	0.89 bzw. 0.88	0.89/0.88	0.89/0.88

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl behandelter Patientinnen und Patienten stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Prozent, während die Konsultationen um 2,9 Prozent zunahmen. Der Taxpunktwert blieb unverändert.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'180'502.08	-4'444'400	-4'124'738.42	319'661.58	-7.2
Total Ertrag	2'516'014.90	2'833'000	2'458'926.90	-374'073.10	-13.2
Saldo	-1'664'487.18	-1'611'400	-1'665'811.52	-54'411.52	3.4

Kommentar Rechnung

Aufwand: Der Personalaufwand fiel aufgrund vakanter Stellen (spätere Stellenbesetzung/geringere Beschäftigungsgrade als vorgesehen) um insgesamt rund 150'000 Franken (-4 Prozent) tiefer aus als budgetiert. Entsprechend geringer waren die Lohnaufwände und die Aufwände für Weiterbildungen. Der Sachaufwand wurde hauptsächlich wegen Preisreduktionen bei den Medikamenten (-24 Prozent) und Minderaufwendungen infolge personeller Engpässe bei den Projekten «Früherkennung» und «Suizidprävention» (-69 Prozent) um rund 170'000 Franken (-30 Prozent) unterschritten.

Ertrag: Infolge der oben genannten Stellenvakanzen und kürzerer Dauer der Konsultationen lag der Ertrag der Dienstleistungen insgesamt rund 370'000 Franken unter Budget.

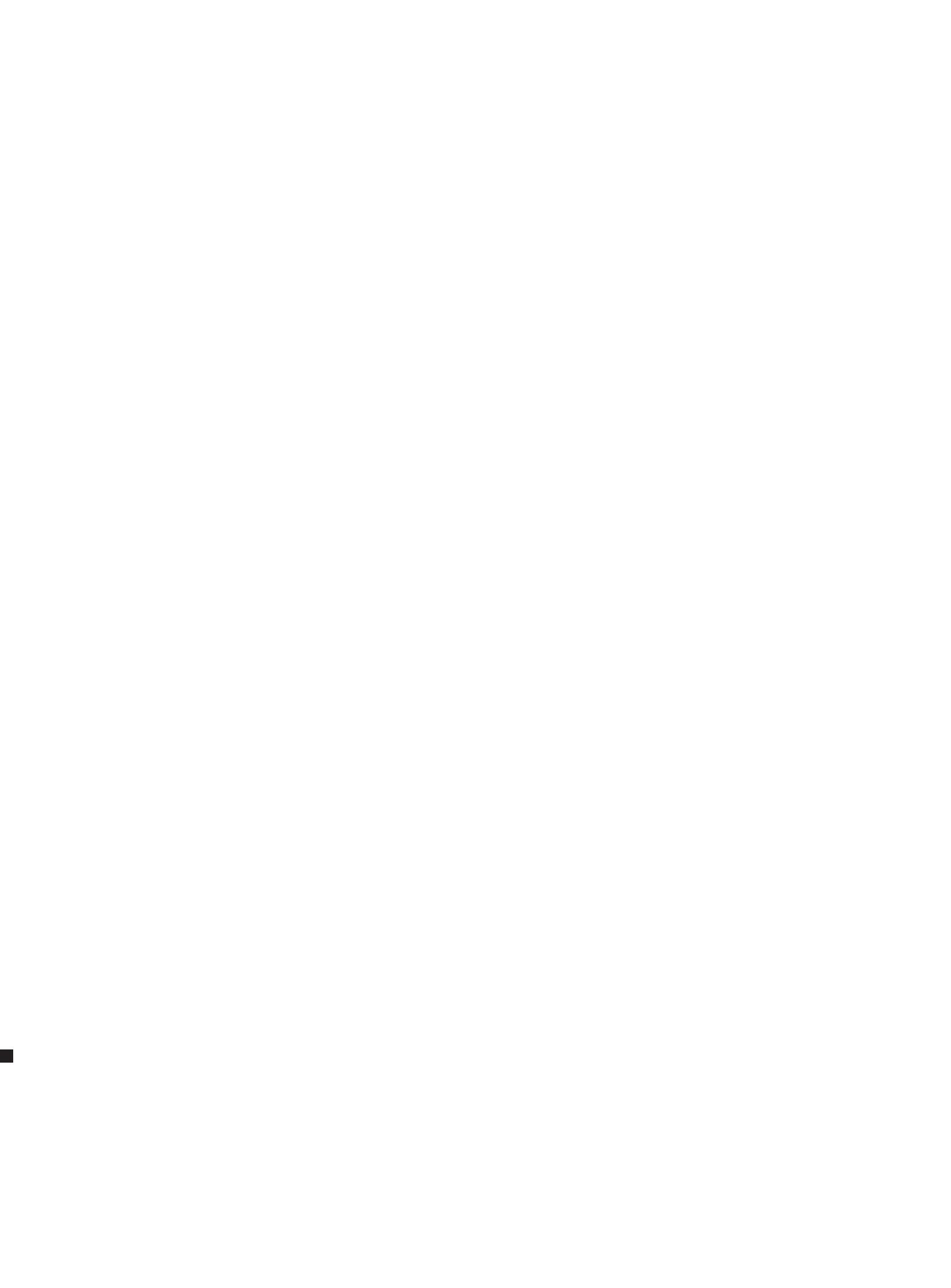
5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Institutionelle Gliederung

Finanzdirektion

Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
5000	Direktionssekretariat	-1'879'037.81	-1'987'900	-1'983'027.08	4'872.92	-0.2
5001	Finanzkontrolle	-638'838.30	-673'900	-621'292.33	52'607.67	-7.8
5010	Personalamt	-1'358'571.37	-1'292'900	-1'225'185.33	67'714.67	-5.2
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-5'127'693.42	-5'426'600	-4'897'246.60	529'353.40	-9.8
5020	Finanzverwaltung	-1'438'438.25	-1'676'500	-1'534'133.12	142'366.88	-8.5
5022	Allgemeiner Finanzbereich	3'572'516.58	41'895'545	54'281'517.21	12'385'972.21	29.6
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-228'532'444.00	-237'188'000	-237'157'230.00	30'770.00	0.0
5050	Amt für Informatik und Organisation	-8'218'308.37	-9'332'000	-8'709'524.23	622'475.77	-6.7
5060	Steuerverwaltung	-15'048'204.71	-15'207'600	-14'192'067.64	1'015'532.36	-6.7
5065	Kantonssteuern	599'765'316.28	643'660'000	604'058'766.57	-39'601'233.43	-6.2
5068	Bundessteuern	291'936'793.85	245'171'000	242'853'813.78	-2'317'186.22	-0.9
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	0.00	0.00	
50	Finanzdirektion	633'033'090.48	657'941'145	630'874'391.23	-27'066'753.77	-4.1

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
5000	Direktionssekretariat	-202'353.25	-50'000	-28'545.20	21'454.80	-42.9
5010	Personalamt	-44'487.60	-200'000	-173'754.96	26'245.04	-13.1
5020	Finanzverwaltung	-241'707.45	-195'000	-50'982.35	144'017.65	-73.9
5022	Allgemeiner Finanzbereich	105'677.30		7'095.60	7'095.60	
5050	Amt für Informatik und Organisation	-6'020'093.01	-3'292'000	-1'343'844.90	1'948'155.10	-59.2
5060	Steuerverwaltung	-462'491.25	-1'860'000	-779'344.28	1'080'655.72	-58.1
50	Finanzdirektion	-6'865'455.26	-5'597'000	-2'369'376.09	3'227'623.91	-57.7

Gesamtwürdigung

In Kürze

Zur Sicherung einer modernen Personalvorsorge mit langfristig ausgeglichenen Finanzen wurde das Pensionskassengesetz den neuen Rahmenbedingungen angepasst. Weitere Schwerpunkte der Finanzdirektion bildeten vielfältige Projekte im Bereich E-Government und die Vorbereitungen für die Unternehmenssteuerreform III. Die Arbeit des Vorstehers war zudem geprägt von dessen Wahl zum Präsidenten der Finanzdirektorenkonferenz. Herausforderungen liegen in dem erneut gestiegenen Beitrag an den Nationalen Finanzausgleich und den unter Erwartung liegenden Steuererträgen.

Unternehmenssteuerreform III

Mit der Unternehmenssteuerreform III soll die Attraktivität des Steuerstandortes Schweiz gestärkt und dessen internationale Akzeptanz wiederhergestellt werden. Der Finanzdirektor ist Mitglied des Steuerungsorgans, welches paritätisch aus Vertretern von Bund und Kantonen zusammengesetzt ist. Dieses verabschiedete im Dezember den Bericht «Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit» zuhanden des Eidgenössischen Finanzdepartements. Der Regierungsrat unterstützt das Reformvorhaben, das in der ganzen Schweiz und somit auch im Kanton Zug zu einem grösseren Umbau des Unternehmenssteuerrechts führen wird. Ein Teil der bisher privilegiert besteuerten Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften wird voraussichtlich ab 2018 eine moderate steuerliche Mehrbelastung in Kauf nehmen müssen. Im Gegenzug soll der ordentliche Gewinnsteuersatz für alle Zuger Unternehmen massvoll auf rund 12 Prozent (inklusive Bundessteuern) gesenkt werden. Bei den natürlichen Personen sind keine Steuererhöhungen geplant.

Zuger Finanzausgleich

Gemäss Wirksamkeitsbericht zum Zuger Finanzausgleich (ZFA) haben sich sowohl dessen Mechanismus wie auch die Beteiligung der Einwohnergemeinden am Nationalen Finanzausgleich (NFA) bewährt. Die Ausgleichssumme stieg jedoch stärker an als erwartet. Deshalb wurde nach Lösungen gesucht, diese zu reduzieren. Der von der Regierung mit Zustimmung aller Gemeinden zuhanden des Kantonsrats verabschiedete Vorschlag sieht eine Anpassung des Normsteuerfusses sowie einen Beitrag des Kantons vor. Damit würden die Gebergemeinden jährlich um 8,5 bis 10,8 Millionen Franken entlastet. Die Nehmgemeinden würden um 4 bis 6,3 Millionen Franken und der Kanton um 4,5 Millionen Franken mehr belastet. Stimmt der Kantonsrat diesen Anpassungen zu, werden dem Kantonsrat entsprechende Änderungen des Gesetzes über den Zuger Finanzausgleich beantragt.

Nationaler Finanzausgleich

Der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) hat wiederum markant zugenommen und zwar um 14,4 Millionen Franken oder 5,5 Prozent von 262,1 auf 276,5 Millionen Franken. Die Gemeinden haben sich daran mit 39,3 Millionen Franken beteiligt. Das System des NFA wird derzeit zum zweiten Mal überprüft. Die NFA-Geberkantone haben dazu im September ihre Positionen bekannt gemacht (www.fairer-nfa.ch) und vertreten diese aktiv gegenüber Bund und Kantonen. Die Geberkantone fordern unter anderem die Verminderung der Solidarhaftung der Geber- und Nehmernkantone, die Erhöhung der Wirksamkeit des Ressourcenausgleichs, eine Anpassung der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage, eine Reduktion des Ressourcenausgleichs bei Steuerdumping, die Aufhebung des Härteausgleichs sowie die Berücksichtigung der Wasserzinsen als Einkommensquelle.

Steuererträge insgesamt unter den Erwartungen

Bei den Kantsontssteuererträgen zeigt sich ein durchzogenes Bild. Während die budgetierten Erträge bei den juristischen Personen dank unerwartet positiven Unternehmensabschlüssen übertroffen werden konnten, fielen die Erträge bei den natürlichen Personen deutlich unter den Erwartungen aus. Anders als in früheren Jahren sind substanzelle Einmaleffekte bei den natürlichen Personen weitgehend ausgeblieben. Zudem konnten die bei der Erstellung des Budgets zugrunde gelegten Wachstumsraten trotz weiterer Bevölkerungszunahme nicht erreicht werden. Beim Kantsontsanteil an den direkten Bundessteuern liegen die Erträge leicht unter den Erwartungen und deutlich unter den Vorjahreszahlen. Allerdings war das Bild im Vorjahr bei den natürlichen Personen noch von substanzellen Einmaleffekten geprägt.

Zuger E-Government-Strategie

Der Kanton Zug treibt die Umsetzung seiner E-Government-Strategie kontinuierlich voran. Die Finanzdirektion arbeitete im Berichtsjahr an den technischen und gesetzlichen Grundlagen für den weiteren Ausbau des Angebots. Dazu gehören die elektronische Übermittlung von Eingaben und Entscheiden im kantonalen Verwaltungsverfahren, der elektronische Zugang für Verwaltungskundinnen und -kunden zu den eigenen Geschäftsfällen und Daten sowie das geplante elektronische Steuerdossier. Den Erfolg der Zuger E-Government-Strategie bestätigt auch die Studie «Firmen und E-Government 2013» des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO): Zug ist einer von drei Kantonen mit einem überdurchschnittlich guten E-Government-Angebot.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat arbeitete an verschiedenen Gesetzesvorlagen, leistete Unterstützung bei einer hohen Zahl von Submissionsverfahren und schloss die letzten Arbeiten zum Projekt «Einführung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget» ab. Mit der Wahl des Finanzdirektors zum Präsidenten der Finanzdirektorenkonferenz übernahm das Direktionssekretariat zusätzliche Aufgaben bei der Unterstützung des Vorstehers.

Totalrevision Pensionskassengesetz

Änderungen der übergeordneten bündesrechtlichen Vorgaben, neue versicherungstechnische Grundlagen, anhaltend tiefe Zinsen, Verwerfungen an den Kapitalmärkten, flexiblere Arbeitszeitmodelle und Entlohnungssysteme machten eine Totalrevision des Pensionskassengesetzes nötig. Der Kantonsrat verabschiedete die Vorlage in zweiter Lesung am 29. August 2013. Das totalrevidierte Gesetz trat am 1. Januar 2014 in Kraft.

Teilrevision Verwaltungsrechtspflegegesetz

Das Verwaltungsrechtspflegegesetz wird teilrevidiert, um die gesetzlichen Grundlagen für die elektronische Übermittlung von unterschriftenbedürftigen Eingaben und Entscheiden in kantonalen Verwaltungsverfahren zu schaffen. Ebenso wird damit der elektronische Zugang für Verwaltungskundinnen und -kunden zu den eigenen Geschäftsfällen und Daten ermöglicht. Die Vorlage wurde vom Regierungsrat zuhanden der vorberatenden Kommission des Kantonsrats verabschiedet. Sie soll voraussichtlich am 1. Januar 2015 zusammen mit der Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren in Kraft treten.

Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz (FHG)

Der Regierungsrat hat die Finanzdirektion beauftragt, das geltende FHG vom 31. August 2006 in Teilbereichen den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Unter der Leitung des Direktionssekretariats hat eine Arbeitsgruppe mit den entsprechenden Vorbereitungen begonnen. Unter anderem wird geprüft, ob von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode gewechselt werden soll.

Submissionen

Die Zahl der Submissionsverfahren im GATT/WTO-Bereich ist im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt angestiegen. Im Wesentlichen handelte es sich um Submissionen zur Umsetzung von Sicherheitsvorschriften, Submissionen im Bereich des E-Government sowie zur ordentlichen Ersatzbeschaffung von Infrastrukturen für IT-Arbeitsplätze.

Neues Einwohnerregister Zug

Der Regierungsrat hat der Finanzdirektion die Leitung des Projekts «Neues Einwohnerregister Zug» (NERZ) übertragen. Ziel von NERZ ist die Ablösung der seit 1994 betriebenen Fachanwendung mit einer zeitgemässen Standard-Software-Lösung. Das Projekt wird im Auftrag der Zuger Einwohnergemeinden und der Finanzdirektion erarbeitet.

Internes Kontrollsystem

Das Direktionssekretariat führte ein internes Kontrollsystem (IKS) ein. Ziel war dabei nicht nur die Sicherstellung der eigenen ordnungsmässigen Verwaltungsführung, sondern auch das Sammeln von Erfahrungen, um weitere Ämter bei der Einführung oder Weiterentwicklung eines IKS unterstützen zu können.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion (FDS) ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das FDS Kantonsrats- und Regierungsratsvorlagen der Finanzdirektion und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit finanziellen oder personellen Auswirkungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst			
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	<input checked="" type="radio"/>
2	Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST) und zum FHG	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert zwei Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
3	Qualitätssicherung der Vertragsabschlüsse und des Submissionswesens der FD	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	<input checked="" type="radio"/>
4	Qualitätssicherung und Knowhow-Aufbau Personalrecht	4 ganztägige Schulungen	<input checked="" type="radio"/> 2 ganztägige Schulungen durchgeführt, keine weiteren wegen fehlenden Bedarfs
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte			
5	Hohe Qualität der Anträge der FD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>
6	Fristgerechte Bearbeitung der Parlamentarischen Vorstösse	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
7	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
8	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	100 % innert Frist	<input checked="" type="radio"/>
L28	Teilrevision Verwaltungsrechtspflegegesetz und Erlass einer Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren	Gesetzesvorlage: 1. und 2 Lesung Regierungsrat Verordnungsvorlage: 1. Lesung im Regierungsrat	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung			
9	Bericht und Antrag an KR zu Budget, Finanzplan und Geschäftsbericht fristgerecht und in guter Qualität eingereicht	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>
11	Kompetente und rasche Auskünfte und Analysen zum Finanz- und Rechnungswesen	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
13	Fristgerechte Prüfung der eingehenden Beitragsgesuche um Auslandshilfe, Koordination des Auswahlverfahrens	100 % der Gesuche bis zum 1. März bearbeitet. Aufstellungen für Auswahlkommission bis 31. März erarbeitet	●
14	Reibungslose Zusammenarbeit mit BAK Basel bei jährlicher Aktualisierung des Finanzaushaltmodells 2010–2020	Gemeinsamer Terminplan erarbeitet und eingehalten	●
15	Vollzug innerkantonaler Finanzausgleich	Umsetzung Massnahmen aus Wirksamkeitsbericht	○ Bericht am 17. Dezember 2013 von RR verabschiedet, Entscheid KR ausstehend
L45	Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Support Führungspersonen sichergestellt IT-Tool für Berichterstattung bereit	●
L17	Begrenzung NFA-Belastung Geberkantone	Aktive Interessenvertretung in den zuständigen Behörden und Gremien	●

Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrälicher Kommissionen

16	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen	Einladungen 10 Tage vor Sitzung Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	●
17	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen	Einladungen 10 Tage vor Sitzung Protokoll 30 Tage nach Sitzung Bericht 30 Tage nach Sitzung	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die bisherige Leistungsgruppe 5 (Diverse Stabsaufgaben) wurde aufgehoben.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Verträge	Anzahl	10	10	11
Submissionsverfahren	Anzahl	0	3	9
RR-Anträge (alle Direktionen)	Anzahl	735	750	766
RR-Anträge (FD)	Anzahl	78	100	102
Vernehmlassungen FD federführend	Anzahl	12	15	21
Mitberichte/Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	38	40	50
Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	13	16	28
Beschwerdeeingänge	Anzahl	11	10	13
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	10	10	17
Staatswirtschaftskommission	Anzahl	11 Sitzungen mit 31 Geschäften	12 Sitzungen mit 30 Geschäften	10 Sitzungen mit 24 Geschäften
Konkordatskommission	Anzahl	4 Sitzungen mit 5 Geschäften	3 Sitzungen mit 3 Geschäften	Keine Sitzung
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl	35	50 Vorgänge	70

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen: Die Abweichung vom Budget geht auf die paketweise Verlängerung von Vereinbarungen mit sozialen Einrichtungen 2014–2016 zurück.

Referate, Medienmitteilungen: Der starke Anstieg ist auf die Wahl des Vorstehers zum Präsidenten der Finanzdirektorenkonferenz zurückzuführen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'899'649.81	-1'987'900	-1'984'756.18	3'143.82	-0.2
Total Ertrag	20'612.00		1'729.10	1'729.10	
Saldo	-1'879'037.81	-1'987'900	-1'983'027.08	4'872.92	-0.2

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5000.0001 Neugestaltung Planungs- und Berichtsinstrumente					
Ausgaben	-202'353.25	-50'000	-28'545.20	21'454.80	-42.9
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-202'353.25	-50'000	-28'545.20	21'454.80	-42.9
Einnahmen					
Saldo	-202'353.25	-50'000	-28'545.20	21'454.80	-42.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5000.001: Die Abschlussarbeiten an der Software «Erfassungstool» waren weniger umfangreich als erwartet.

Institutionelle Gliederung

Finanzdirektion

5001 – Finanzkontrolle

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Finanzkontrolle konnte ihre Revisionstätigkeit unabhängig durchführen. Neben der Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit des kantonalen Finanzhaushaltes wurden schwerpunktmässig die Themen Interne Kontrollsysteme und Einhaltung von Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung behandelt.

Unabhängigkeit

Ein zentrales Element für die Glaubwürdigkeit der Institution Finanzkontrolle ist die Garantierung und Respektierung ihrer Unabhängigkeit (§ 41 Finanzhaushaltsgesetz). Die Finanzkontrolle konnte ihre Prüfungstätigkeit ohne Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit durchführen.

Fachliche Kompetenz

Die Finanzkontrolle ist im Zusammenhang mit dem Revisionsaufsichtsgesetz des Bundes im Handelsregister als Institut des öffentlichen Rechts eingetragen und als zugelassene «Revisionsexpertin» bei der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) registriert. Per Ende Geschäftsjahr verfügte der Leiter Finanzkontrolle und eine Mitarbeiterin über die RAB-Zulassung als «Revisionsexperte» respektive «Revisionsexpertin» sowie ein Mitarbeiter über die Zulassung als «Revisor». Zusätzlich zu individuellen Weiterbildungsaktivitäten der Mitarbeiterinnen nimmt die Finanzkontrolle regelmässig an Fach- und Schwerpunkttagungen der Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen und der Fachvereinigung der Finanzkontrollen teil.

Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme

Neben der Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit des Finanzhaushaltes hat die Finanzkontrolle auch im Berichtsjahr schwerpunktmässig die Themen Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme (IKS) mit den Verwaltungseinheiten behandelt. Das Vorhandensein eines zweckmässigen IKS ist wesentlicher Bestandteil der Beurteilung von Organisationseinheiten bezüglich sicheren Prozessabläufen, zuverlässigen finanziellen und operationellen Informationen, Einhaltung von Rahmenbedingungen und Schutz des Vermögens (Finanzen, Personal, Know-how, Image usw.).

Einhaltung Arbeitszeitverordnung

Im Bereich Personalaufwand wurden unter anderem auf Anregung der Staatswirtschaftskommission schwerpunktmässig einzelne Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung (Ausweis und Übertrag von Ferien-, Arbeits- und Überzeitsaldi) auf Einhaltung überprüft.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons: Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Diese Funktion wird durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben ausgeübt.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Zweckmässige Einhaltung der Prüfungsstandards (Planung, Durchführung, Dokumentation)	Qualitätssicherung und Internes Kontrollsysteem für operativen Bereich Finanzkontrolle eingerichtet	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung			
2	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsbuchungen	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
3	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (mindestens alle 4 Jahre)	Jahresplanung eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
4	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Alle geprüft	<input checked="" type="radio"/>
5	Möglichst vollständige Prüfung der vorgelegten Projekt- und Kreditabrechnungen	Mindestens 80 % vollständig, restliche formell geprüft	<input checked="" type="radio"/> Gegenüber dem Vorjahr rund ein Drittel mehr eingereichte Projekt- und Kreditabrechnungen. Aus Kapazitätsgründen konnten noch nicht alle Prüfungen durchgeführt werden
Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten			
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten/Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten	<input checked="" type="radio"/>
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Jahresplanung eingehalten	<input checked="" type="radio"/> Reduzierte Kapazität (vorübergehend unbesetzte Stelle), zusätzlich Sonderauftrag von Regierungsrat durchgeführt
Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung			
9	Eingegangene Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	<input checked="" type="radio"/>
10	Eingegangene Prüf-/Abklärungs-/Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	<input checked="" type="radio"/>

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte, Anstalten)	Anzahl	70	70	70
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl	34	20	45
Revisionsmandate Konkordate/Regierungskonferenzen	Anzahl	9	9	10
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl	12	9	11
Prüfobjekte Leistungs-/Subventionsvereinbarungen	Anzahl	40	40	40
Anträge/Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl	79	40	63

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-643'978.30	-679'900	-631'792.33	48'107.67	-7.1
Total Ertrag	5'140.00	6'000	10'500.00	4'500.00	75.0
Saldo	-638'838.30	-673'900	-621'292.33	52'607.67	-7.8

Kommentar Rechnung

Hauptgründe für die Budgetunterschreitung: Teilweise nicht besetzte Stelle, keine Aufträge an Dritte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Teilrevision des Personalgesetzes konnte erfolgreich umgesetzt werden, beanspruchte aber erhebliche personelle Ressourcen, die für andere geplante Vorhaben fehlten. Generell nimmt die Arbeit im Personalamt quantitativ und in Bezug auf die Komplexität der Personalgeschäfte und Beratungsleistungen für die Amtsstellen und Gemeinden stark zu.

Teilrevision Personalgesetz

Bei der Teilrevision des Personalgesetzes führte das Personalamt das Kommissionssekretariat. Die Arbeiten wurden plangemäss umgesetzt, das teilrevidierte Gesetz trat am 1. Januar 2014 in Kraft. Mit der Teilrevision ist das Personalgesetz wieder auf dem neusten Stand und es konnten mehrere parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die neuen gesetzlichen Bestimmungen zum Whistleblowing und zum Geschenkannahmeverbot zu erwähnen.

Lehrlingswesen

Im Bereich Lehrlingswesen kam es zu verschiedenen Wechseln von Fachpersonen (Lehre Kauffrau/Kaufmann). Langjährige Praxisbildnerinnen und -bildner sowie eine Prüfungsexpertin und ein Prüfungsexperte gaben ihren Rücktritt bekannt. Die Rekrutierung von neuen, qualifizierten Praxisbildnerinnen und -bildnern benötigte etwas Zeit, verlief jedoch erfolgreich. Aufgrund der erhöhten Anforderungen und Komplexität der neuen Bildungsverordnung (BiVo) war es nicht selbstverständlich, motivierte Fachpersonen dazugewinnen zu können, da der zeitliche Aufwand für eine kompetente Praxisausbildung und Betreuung oft unterschätzt wird. Für die mündlichen Lehrabschlussprüfungen konnten zwei qualifizierte Prüfungsexpertinnen dazugewonnen werden. Unsere Praxisbildnerinnen und -bildner haben sich intern und extern in Seminaren und Workshops weitergebildet, damit die Umsetzung der BiVo weiter erfolgreich in die Berufspraxis vorgenommen werden kann.

Anonyme Austrittsbefragung

Der Rücklauf und die Ergebnisse aus dem Pilotversuch mit einer anonymen, internetbasierten Austrittsbefragung waren erfreulich, so dass die anonyme Austrittsbefragung definitiv weitergeführt wird und die Ergebnisse den Vorgesetzten und Mitarbeitenden zur Kenntnis gebracht werden.

Verbesserung der IT-Instrumente

Das Ziel, einen informatikgestützten Bogen für die Mitarbeitergespräche bereitzustellen, wurde im Berichtsjahr nicht erfüllt. Die Vorarbeiten sind aber soweit gediehen, dass die Umsetzung im ersten Halbjahr 2014 erarbeitet wird und die Inbetriebnahme im 2014 erfolgen kann.

Mit dem erfolgreichen Abschluss des Projektes «Erweiterungen Fachanwendungen» konnten konkrete Bedürfnisse und Anforderungen der Nutzenden der beiden Fachanwendungen «Zeit- und Leistungserfassung» und «Personalinformationssystem» umgesetzt werden.

Personalhandbuch

Dieses Intranet-Instrument für die interne Information sowohl für Vorgesetzte wie auch für alle Mitarbeitenden hat sich sehr bewährt. Um das Handbuch immer auf dem aktuellen Stand zu halten, wurden über die Hälfte der Artikel sowie Dutzende von Vorlagen und Formularen überarbeitet. Speziell die Teilrevision des Personalgesetzes erforderte eine Reihe von Anpassungen.

Übrige Aufgaben gemäss Leistungsauftrag

Allgemein nahm nicht nur die Menge der zu bearbeitenden Geschäfte stark zu, sondern es ist auch eine Zunahme von anspruchsvollen Personalgeschäften sowie der Beratungstätigkeit zugunsten der Ämter und Gemeinden feststellbar. Hält diese Entwicklung an, sind mittelfristig entsprechende Massnahmen zu prüfen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Personalamt (PA) unterstützt den Regierungsrat bei der Umsetzung seiner Personalstrategie, berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens, sorgt für die transparente und einheitliche Anwendung des Personalrechts, stellt die effiziente Abwicklung der Prozesse im Personalwesen sicher und informiert die Mitarbeitenden sowie die Personalverbände über personalrelevante Angelegenheiten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Personaladministration			
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	● Erreichungsgrad ca. 95 %, bei vielen gleichzeitigen Vertragsbestellungen im Juli (Schulen) und beim Jahreswechsel konnte die Frist nicht immer eingehalten werden
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Auszahlung spätestens am 25. jeden Monats, Fehlerquote durchschnittlich < 0,1 %	●
3	Stellenentwicklung überwachen und nachführen	Rechtzeitige Aktualisierung der Stellenübersicht für Budget und Berichterstattung	●
Leistungsgruppe 2: Beratung/Unterstützung/Rechtsdienst			
4	Weiterentwicklung eines aktuellen, bedürfnisorientierten und benutzerfreundlichen Personalhandbuchs	Alle Hauptprozesse geklärt und abgebildet	● Das Personalhandbuch wurde laufend aktualisiert, aber die Klärung und Abbildung der Hauptprozesse wurde aufgrund knapper Ressourcen nicht weiter bearbeitet und ins Folgejahr übernommen
5	Begleitung Personalgewinnung (auf Wunsch der Ämter/Direktionen)	Einhaltung der gewünschten Fristen bei Begleitung von Kaderrekrutierungen	●
6	Allgemeine Rechtsberatung in personalrechtlichen Fragen	Bearbeitung mündliche und einfache schriftliche Anfragen am selben Tag, komplexe Anfragen innerhalb einer Woche	●
B	Überarbeiteter und neu informatikgestützter Bogen für Mitarbeiter/innen-Gespräche vorhanden	Inbetriebnahme erfolgt	○ Aufgrund der knappen Ressourcen wurde das Ziel noch nicht erreicht. Umsetzung im ersten Halbjahr 2014, Produktivstart ab August 2014
L44	Revision Personalrecht	Teilrevision Personalgesetz: Beratung und Beschluss KR	●
Leistungsgruppe 3: Stabsarbeit			
8	Parlamentarische Vorstösse, Mitberichte, Vernehmlassungen	100 % innert Frist	● Wenige interne Termine für Mitberichte konnten wegen Auslastung durch komplexe Personalrechtsfälle und die Teilrevision Personalgesetz nicht eingehalten werden
9	Redaktion Personalziitig	Personalziitig erscheint 4x pro Jahr	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Berufsbildung und Personalentwicklung			
10	Weiterbildungskonzept für Führungs-personen	Ausbau des Kursangebotes	○ Das Kursangebot wurde im Berichtsjahr nicht ausgebaut, die Organisation für neue Kurse ab 2014 ist angelaufen
11	Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personalrechts aus Sicht des Arbeitgebers	4 bis 6 halbtägige Kolloquien	●
12	Das Weiterbildungsprogramm ist bedürfnisgerecht und wird genutzt	Das Weiterbildungsbudget ist zu mindestens 90 % ausgeschöpft	○ Ausschöpfungsgrad rund 75 %
13	Der Kanton ist als guter Ausbildungsbe-trrieb bei Eltern und Jugendlichen bekannt	Jährliche Besetzung sämtlicher offener Lehrstellen	●
14	Freistellung von Expertinnen/Experten für Prüfungen sowie von Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Mindestens 10 Expertinnen/Experten und Berufsbildende	● 2 Abgänge bei kaufm. Prüfungsexper-tinnen/Prüfungsexperten

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ziel 5: Die Dienstleistung wurde nicht in Anspruch genommen.

Ziel 6: Anstelle von 4 halbtägigen wurden 2 ganztägige Kolloquien durchgeführt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte, ohne Fachpersonen)		2'600	2'700	2'824
Lohnausweise	Anzahl	4'700	4'650	4'836

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Insbesondere die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse lag über den Prognosen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'452'854.32	-1'379'900	-1'317'830.48	62'069.52	-4.5
Total Ertrag	94'282.95	87'000	92'645.15	5'645.15	6.5
Saldo	-1'358'571.37	-1'292'900	-1'225'185.33	67'714.67	-5.2

Kommentar Rechnung

Hauptgründe für die Budgetunterschreitung: Niedrigerer IT-Fachsupport ca. 30'000 Franken, nicht budgetierte Rückerstattungen ca. 9'500 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5010.0107	Zeit- und Leistungserfassung					
	Ausgaben	-17'320.60				
	Einnahmen					
IT5010.0108	Ausbreitung der neuen PIS-Services					
	Ausgaben	-27'167.00				
	Einnahmen					
IT5010.0109	Erweiterungen Fachanwendungen PA (EFAPA)					
	Ausgaben		-200'000	-173'754.96	26'245.04	-13.1
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-44'487.60	-200'000	-173'754.96	26'245.04	-13.1
	Einnahmen					
	Saldo	-44'487.60	-200'000	-173'754.96	26'245.04	-13.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5010.0109: Das «Elektronisches Personaldossier» wurde nicht im geplanten Ausmass ausgebreitet, weil noch rechtliche Abklärungen betreffend Aufbewahrungspflicht von Papierdokumenten (z. B. Arbeitsverträgen) laufen. Dies führte zu tieferen Ausgaben bei diesem Projekt.

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5011 – Allgemeiner Personalaufwand

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-15'000.00				
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'685'926.80	-2'587'600	-1'941'515.80	646'084.20	-25.0
302	Löhne Lehrpersonal	367'000.00				
305	Arbeitgeberbeiträge	-278'200.30	-321'000	-264'236.30	56'763.70	-17.7
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-853'559.45	-900'000	-1'185'320.60	-285'320.60	31.7
309	Übriger Personalaufwand	-1'613'465.02	-1'405'000	-1'422'945.05	-17'945.05	1.3
310	Material- und Warenaufwand	-77'934.05	-101'000	-125'026.85	-24'026.85	23.8
313	Dienstleistungen und Honorare	-12'969.00	-120'000	-8'019.00	111'981.00	-93.3
317	Spesenentschädigungen	-423.20	-1'000	-105.00	895.00	-89.5
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'140.00	-11'000	-880.00	10'120.00	-92.0
Total Aufwand		-5'171'617.82	-5'446'600	-4'948'048.60	498'551.40	-9.2
426	Rückerstattungen	43'924.40	20'000	50'802.00	30'802.00	154.0
Total Ertrag		43'924.40	20'000	50'802.00	30'802.00	154.0
Saldo		-5'127'693.42	-5'426'600	-4'897'246.60	529'353.40	-9.8

Kommentar Rechnung

301: Budget und Rechnung dieses Kontos lassen sich nur bedingt vergleichen. Zusätzlich zu den Löhnen für Lernende, Lehrabgänger/innen und Praxisbildner/innen sowie den internen und externen Sozialstellen sind im Budget jeweils Pauschalbeträge für Beförderungen (2,5 Mio. Fr.), temporär unbesetzte Stellen (-1,5 Mio. Fr.) und Rückerstattungen von Sozial- und Unfallversicherungen (-0,4 Mio. Fr.) enthalten. In der Rechnung finden sich diese Positionen jedoch bei den Ämtern, was der wesentlichste Grund für die Abweichung zum Budget ist. Eine weitere Budgetunterschreitung von 106'000 Franken ergab sich, weil nicht alle Stellen (v. a. Sozialstellenpool) besetzt waren. 305: Entsprechend den niedrigeren Lohnkosten fallen auch die Arbeitgeberbeiträge tiefer aus. 306: Es mussten mehr Überbrückungsrenten ausgerichtet werden, da sich ausserordentlich viele Mitarbeitende per Ende 2012 pensionieren liessen. 309: Für die Personalgewinnung, v. a. für Stelleninserate, erhöhte sich der Aufwand gegenüber dem Budget um 167'000 Franken. Weil das Weiterbildungsbudget nur zu 75 % ausgeschöpft wurde, resultierte dennoch eine Budgetunterschreitung. 313: Nichtbeanspruchung von 100'000 Franken für Massnahmen aus der Mitarbeitendenbefragung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Frühjahr konnte das Pilotprojekt «Optimierung Kreditorenprozess» erfolgreich abgeschlossen und bei weiteren Ämtern eingeführt werden. Als weiterer Schwerpunkt stand die Überprüfung der Versicherungsrisiken des Kantons an.

Pilotprojekt «Optimierung Kreditorenprozess» (OKP)

Das anspruchsvolle Pilotprojekt OKP, das heisst die Digitalisierung der Kreditorenrechnungen, die Weiterverarbeitung mittels Workflow, elektronischer Visierung und revisionssicherer Archivierung, konnte im Frühjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Die flächendeckende Ausbreitung wurde gemäss Regierungsratsbeschluss vom 2. Juli in Angriff genommen. Eingeführt ist das System per Ende Berichtsjahr bei zwanzig Ämtern aus vier Direktionen sowie in drei Gemeinden.

Ausbreitung Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Die Einführung der KLR bei einzelnen Ämtern in der kantonalen Verwaltung wurde gemäss Regierungsratsbeschluss vom 29. Oktober (Ausbreitung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Kantonalen Verwaltung) umgesetzt.

Cash-Management

Die Zinssätze für Festgeldanlagen und Kontokorrente lagen während dem ganzen Berichtsjahr auf tiefem Niveau. Trotz dieser Situation konnte eine Rendite von 0,5 Prozent auf die Gesamtliquidität erwirtschaftet werden.

Versicherungen

Die Finanzverwaltung erstellte in Zusammenarbeit mit der Arisco Versicherungen AG (Broker), mit allen Direktionen und den Richterlichen Behörden des Kantons Zug ein Update der letztmals im 2009 erhobenen Versicherungsrisiken des Kantons. Die Erhebung wurde mittels Interviews mit allen Beteiligten durchgeführt. Sämtliche Versicherungsrisiken wurden neu beurteilt und entsprechende Massnahmen zur Risikominimierung definiert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemäße Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Ausarbeitung des jährlichen Budgets und des Finanzplans, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Kompetente Ansprechpartnerin in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>
2	Informationsfluss zwischen Finanzverwaltung und gemeindlichen Finanzabteilungen sicherstellen	Mindestens 2 protokollierte Sitzungen pro Jahr (Fachgruppe Finanzen Zug)	<input checked="" type="radio"/>
B	Optimierung Kreditorenenprozess «OKP» (Scanning, Workflows, Archivierung)	Schlussbericht zum Pilotprojekt «OKP» an den RR erstellt; Flächendeckende Ausbreitung des Projekts «OKP» vorbereitet, sofern der RR dies beschliesst	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung			
3	Planung, Koordination und Erstellung des Jahresabschlusses sowie zur Verfügung stellen der Finanzzahlen für die Publikation zur Jahresrechnung	Fehler im Zahlenmaterial = 0	<input checked="" type="radio"/>
4	Hohe Qualität und Standard der gesamten Staatsbuchhaltung sicherstellen	Keine «dringenden» Empfehlungen im Revisions-Bericht der Finanzkontrolle	<input checked="" type="radio"/>
6	Vollzug Inkasso/Betreibungsprozess	Einleitung der Betreibung spätestens innert 60 Tagen nach Ablauf der zweiten Mahnfrist, sofern kein begründeter Mahnstop gesetzt wird	<input checked="" type="radio"/>
7	Betreuung und Nachführung der Unterschriftenkarten der Finanzinstitute und Kontrolle des «Verzeichnis der Anweisungsberechtigten»	Mutationen innert Wochenfrist nach Kenntnis	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan			
8	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Budgetierung und Finanzplan sicherstellen	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	<input checked="" type="radio"/>
9	Zur Verfügung stellen der Finanzzahlen für die Publikation zum Budget und Finanzplan	Fehler im Zahlenmaterial = 0	<input checked="" type="radio"/>

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)			
10	Support und Beratung von Ämtern in Fragen der KLR (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	●
11	Termingerechter Quartalsabschluss der KLR	Quartalsabschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	●
C	Einführung einer flächendeckenden Kosten- und Leistungsrechnung, sofern der RR dies beschliesst	Umsetzung nach Einführungsplan sichergestellt	●
Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung			
12	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Jahresabschluss sicherstellen	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	●
13	RR-Anträge aus den Direktionen prüfen und Mitbericht zuhanden Finanzdirektion verfassen	Termingerecht, wöchentlich bis Freitag 12 Uhr	●
Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen			
14	Administration und Mutationen der kantonalen Versicherungspolicen	Meldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	●
15	Sämtliche Schadensmeldungen werden an Versicherung bzw. Broker weitergeleitet	100 % innert Wochenfrist nach Bekanntgabe weitergeleitet	●
F	Update Risikoinventar Kanton Zug erstellen	Interviews mit den Direktionen durchgeführt; Risiken identifiziert und Massnahmen vorgeschlagen oder ergriffen	●
Leistungsgruppe 6: Cash-Management			
16	Bewirtschaftung des Fondsvermögens gemäss Anlagerichtlinien	Aktienperformance > SPI-Performance per Stichtag 31. Dezember	●
17	Kapitalanlageverzeichnis quartalsweise erstellen	Performancebericht innert 60 Tagen nach Quartalsende	●
18	Zahlungsfähigkeit sicherstellen und Berichterstattung zur Liquidität	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung per 1. Wochenarbeitstag bzw. 1. Woche des Folgemonats	●
Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen (Software)			
19	Weiterentwicklung der Finanzsoftware Navision sicherstellen	100%ige Weiterarbeit gewährleistet	●
20	Interner Support für die Finanzsoftware Microsoft Dynamics NAV (Navision) und das Leistungserfassungsmodul SIAXMA sicherstellen	Reaktionszeit nach Eingang = 2 Arbeitstage je nach Schweregrad	●
G	Releasewechsel Microsoft Dynamics NAV (Navision) vorbereiten	Fachkonzept für die Einführung 2014 erarbeitet	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Das Ziel 12 liegt seit August im Verantwortungsbereich des Direktionssekretariats.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Navision-User (ohne Gemeinden)	Anzahl	449	425	475
KLR-Ämter	Anzahl	16	22	17
Kreditorenbelege	Anzahl	52367	54'000	56'623
Mahnungen	Anzahl	8911	8'500	9'512
Betreibungsverfahren	Anzahl	286	300	277
Gesuche für Auslandhilfe	Anzahl	58	55	51

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'620'837.25	-1'885'300	-1'742'933.12	142'366.88	-7.6
Total Ertrag	182'399.00	208'800	208'800.00	0.00	0.0
Saldo	-1'438'438.25	-1'676'500	-1'534'133.12	142'366.88	-8.5

Kommentar Rechnung

Minderaufwand für Personal von 115'200 Franken, da nicht alle budgetierten Stellen besetzt waren. Betroffen sind die Bereiche «Optimierung Kreditorenprozess» und der IT-Support.

Ein weiterer Minderaufwand von 18'180 Franken resultiert beim Informatikaufwand, insbesondere bei den Entwicklungskosten der Finanzsoftware Microsoft Dynamics NAV (Navision).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5020.0049 Optimierung Kreditorenprozess					
Ausgaben	-390'396.45		-60'982.35	-60'982.35	
Einnahmen	148'689.00		10'000.00	10'000.00	
IT5020.0052 Optimierter Kreditorenprozess; Ausbau + Optimierg.					
Ausgaben		-195'000		195'000.00	-100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-390'396.45	-195'000	-60'982.35	134'017.65	-68.7
Einnahmen	148'689.00		10'000.00	10'000.00	
Saldo	-241'707.45	-195'000	-50'982.35	144'017.65	-73.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5020.0049: Das Projekt wurde im Jahr 2012 mit 470'000 Franken budgetiert. Bei den Ausgaben/Einnahmen handelt es sich lediglich um eine zeitliche Verschiebung.

IT5020.0052: Der Ausbau des elektronischen Kreditorenworkflow-Systems wird verschoben und im Jahr 2015 neu budgetiert.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-492'679.90	-483'000	-469'756.35	13'243.65	-2.7
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'289'023.70		829'834.93	829'834.93	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-34'780'967.86	-42'645'000	-33'926'452.61	8'718'547.39	-20.4
340	Zinsaufwand	-33'654.50	-42'000	-27'803.15	14'196.85	-33.8
341	Realisierte Kursverluste	-7'513.20		-9'6'549.33	-9'6'549.33	
349	Verschiedener Finanzaufwand	-5.46		9.23	9.23	
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-10'000.00		-36'889.00	-36'889.00	
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-5'000.00	-4'000	-4'000.00	0.00	0.0
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10'362'253.49	-11'096'000	-10'010'277.82	1'085'722.18	-9.8
383	Zusätzliche Abschreibungen	-3'330'000.00	-8'529'000	-8'529'000.00	0.00	0.0
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-958'482.33	-1'980'000	-1'008'380.18	971'619.82	-49.1
	Total Aufwand	-52'269'580.44	-64'779'000	-53'279'264.28	11'499'735.72	-17.8
410	Regalien	33'392.45	32'000	34'317.70	2'317.70	7.2
411	Schweiz. Nationalbank	9'471'448.00	9'471'000	9'613'984.00	142'984.00	1.5
426	Rückerstattungen	109'575.31	97'000	103'553.85	6'553.85	6.8
429	Übrige Entgelte	420'098.70		144'974.40	144'974.40	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	3'127.00				
440	Zinsertrag	7'294'225.41	5'940'000	6'102'733.58	162'733.58	2.7
441	Realisierte Gewinne FV	351'587.25		36'544.00	36'544.00	
442	Beteiligungsertrag FV	713'000.00	713'000	738'000.00	25'000.00	3.5
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'555'240.85	28'618'715	28'524'622.65	-94'092.35	-0.3
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	6'000.00	6'000	6'000.00	0.00	0.0
460	Ertragsanteile	4'920'756.00	5'058'000	5'135'988.00	77'988.00	1.5
469	Verschiedener Transferertrag	114'456.05	154'000	45'243.15	-108'756.85	-70.6
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	3'330'000.00	56'029'000	56'608'915.85	579'915.85	1.0
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	25'190.00	48'830	20'530.00	-28'300.00	-58.0
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	494'000.00	507'000	445'374.31	-61'625.69	-12.2
	Total Ertrag	55'842'097.02	106'674'545	107'560'781.49	886'236.49	0.8
	Saldo	3'572'516.58	41'895'545	54'281'517.21	12'385'972.21	29.6

Kommentar Rechnung

Die Abschreibungen (Position 330 und 366) fielen um 9,8 Mio. Fr. tiefer aus, da weniger investiert wurde als budgetiert. Weitere Abweichungen von 0,8 Mio. Fr. resultieren aus Delkredereanpassungen (Position 318), die nicht budgetiert werden. Der angewendete Zinssatz für die internen Verrechnungen (Position 394) ist 0,5 % tiefer angesetzt als geplant. Dies führte dazu, dass der Aufwand um 1,0 Mio. Fr. besser ausfiel.

2 Investitionsrechnung

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
FD5022.0002 Rückzahlung Darlehen VTG Sennhütte					
Ausgaben					
Einnahmen	100'000.00				
FD5022.0003 Übertragung von Beteiligungen (VV->FV)					
Ausgaben					
Einnahmen	1.00				

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
FD5022.0004	Beteiligung Viacar AG (Sacheinlage)					
	Ausgaben	-1.00				
	Einnahmen					
FD5022.0005	Darlehen SwissDRG AG, Rückzahlung					
	Ausgaben					
	Einnahmen	5'677.30		7'096.60	7'096.60	
FD5022.0006	Beteiligung SelFin Invest AG					
	Ausgaben			-1.00	-1.00	
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1.00		-1.00	-1.00	
	Einnahmen	105'678.30		7'096.60	7'096.60	
	Saldo	105'677.30		7'095.60	7'095.60	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich	-262'075'170.00	-276'536'000	-276'504'770.00	31'230.00	0.0
	Total Aufwand	-262'075'170.00	-276'536'000	-276'504'770.00	31'230.00	0.0
462	Finanz- und Lastenausgleich	33'542'726.00	39'348'000	39'347'540.00	-460.00	0.0
	Total Ertrag	33'542'726.00	39'348'000	39'347'540.00	-460.00	0.0
	Saldo	-228'532'444.00	-237'188'000	-237'157'230.00	30'770.00	0.0

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Nebst der Erfüllung seines Grundauftrags arbeitete das Amt für Informatik und Organisation (AIO) an vielfältigen Projekten. Schwerpunkte waren der Ausbau der Informatiksicherheit mit der Zertifizierung nach ISO 27001, die Submission zur Ersatzbeschaffung für die PC-Arbeitsplätze und die Umsetzung der E-Government-Strategie. Die Supportleistung wird laufend angepasst, um der steigenden Nachfrage der Ämter, Direktionen und Gemeinden gerecht werden zu können. Die Arbeitsprozesse wurden nach ISO 9001 zertifiziert.

Umsetzung E-Government-Strategie erfolgt planmäßig

Die Bereitstellung von Interaktionsmöglichkeiten mittels elektronischer Medien ist ein wesentlicher Bestandteil der E-Government-Strategie Zug. Der Kanton Zug treibt die Entwicklung seit Jahren kontinuierlich voran. Weitere Online-Dienstleistungen konnten realisiert werden. Gleichzeitig wurden die Pläne für den Weiterausbau in den kommenden Jahren inklusive der technischen Konzepte entwickelt sowie wichtige Grundlagen für ein Benutzerkonto für die Bevölkerung und Wirtschaft erarbeitet, damit ein einheitlicher und sicherer Zugang für alle möglich wird.

Kontinuierlicher Ausbau der Informatiksicherheit

Die digitale Vernetzung bringt viele Vorteile, aber auch neue Bedrohungen und Gefahren, denen Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung täglich ausgesetzt sind. Wie schon in den Vorjahren wurden grosse Anstrengungen unternommen, die Risiken zu minimieren und Infrastrukturen und Daten widerstandsfähiger gegenüber immer professionellerer und gefährlicherer Internetkriminalität zu machen. Nebst unabhängigen Überprüfungen der Infrastrukturen und der Umsetzung von technischen Massnahmen wurden auch organisatorische Optimierungen im Einklang mit der nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken vorgenommen. Anforderungen der Verwaltungseinheiten setzen den Rahmen für technische Schutzmechanismen. Wichtig ist, Persönlichkeitsinteressen, notwendige Schutzmassnahmen und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen sorgfältig abzuwägen. Als wesentliches Etappenziel konnte eine Zertifizierung nach ISO 27001 erlangt werden.

Grundversorgung und laufende Infrastrukturerneuerung sichergestellt

Die hohen Erwartungen der Anwenderinnen und Anwender an die IT-Grundinfrastruktur konnten erfolgreich erfüllt werden. Die operativen Ziele wurden volumnäßig erreicht. Die Fachanwendungen, die modernen Technik-Trends wie Mobile Computing und Social Media sowie das ungebrochene Datenwachstum bringen neue Herausforderungen für den Betrieb von Anwendungen und Infrastrukturen. Zugehörige Integrations- und Sicherheitskonzepte werden laufend den Bedürfnissen angepasst, die erforderlichen Anpassungen an den Infrastrukturen vollzogen. Im Rahmen der Systempflege und Aufrechterhaltung leistungsfähiger Infrastrukturen wurden Ersatzbeschaffungen vorbereitet. So ist sichergestellt, dass die Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung und der Gemeinden weiterhin über eine leistungsstarke und zeitgemäße Infrastruktur verfügen, welche wirtschaftlich und sicher betrieben werden kann. Öffentlich ausgeschrieben wurden neue PC-Arbeitsplätze, ein Datenhaltungssystem sowie das Benutzerkonto für Verwaltungskunden.

Informatikprojektportfolio umgesetzt

Das Informatikprojektportfolio umfasste kantonsweit 43 Projekte, vier mehr als im Vorjahr. Rund drei Viertel der Projekte wurden federführend von den Fachämtern bearbeitet, meist mit Unterstützung des AIO. Die umfangreichen Beratungs- und Projektunterstützungsleistungen von Fragen des IT-Managements, der Softwarebeschaffung über den Betrieb und die Wartung bis zum Support, vom Rechenzentrum bis zur Integration von E-Government-Komponenten wurden seitens der Kundschaft mit guten Rückmeldungen honoriert.

Supportleistung laufend angepasst

Die Nachfrage der Direktionen, Ämter und Gemeinden nach Unterstützungsleistungen steigt stetig an. Den qualitativ und quantitativ gestiegenen Ansprüchen wurde mit Wissens- und Kapazitätsausbauten sowie organisatorischen Anpassungen begegnet. Zwischenzeitlich sind alle technischen Werkzeuge vereinheitlicht worden. Sämtliche vom AIO angebotenen «Standard Services» sind in das Servicemonitoring integriert. Den Kundschaft prozessorientiert umfassende «Managed Services» aus einer Hand zu bieten, bleibt Daueraufgabe.

Organisation und Zusammenarbeit

Die Organisation und Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen der kantonalen Informatik wurden gemäss den Vorgaben der Informatikstrategie auch im vergangenen Jahr weiter optimiert. Im Bereich Projektunterstützung wurden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung aufgebaut, um die Kundinnen und Kunden im Projektgeschäft optimaler unterstützen zu können. Alle Arbeitsprozesse wurden nach der Qualitätsmanagement Norm ISO 9001 zertifiziert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Informatik und Organisation (AIO) plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastrukturen der kantonalen Verwaltung. Es vollzieht die IT-Strategie sowie die Weisungen zur Informatik, stellt die Datensicherheit und die Koordination zu Bund und Gemeinden sicher. Als Querschnittsamts koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die elf Zuger Gemeinden, die Gerichte und die Staatskanzlei.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
1	Die Gesamtleistung des AIO hinsichtlich Leistungsumfang, Verfüg- und Erreichbarkeit optimal ausgestaltet	Gute Bewertung bei Umfrage	●
2	Kompetenter Gesprächspartner in allen Belangen der IT und der IT-Organisation	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	●
3	Die Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet	Informatikkennzahlen entsprechen mindestens den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	● Bei 3 von 4 Kennzahlen erreicht
4	Umsetzung DSV	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt und nach Vorgaben des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) überprüft	●
Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT			
5	Ganzheitliches IT Controlling und Reporting erfüllt	Reporting gemäss Handbuch erfolgt	●
6	Informatikstrategie und Konzepte nachgepflegt	Alle strategischen Konzepte sind überprüft und wo nötig angepasst	●
7	Pflege der Zusammenarbeit mit den IT-relevanten Ansprechpartnern im Bund, Kanton und Gemeinden	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden, relevante Ergebnisse auf iZug publiziert Zusammenarbeit gemäss Umsetzungsplan aus 2010 eingespielt, Forderungen aus IT-Strategie Kanton-Gemeinden laufend 2016 berücksichtigt	●
8	Informatikportfolio erarbeitet und nachgepflegt	Das Portfolio ist aktiv bewirtschaftet und quartalsweise aktualisiert	●
9	Projektunterstützung zeit- und kunden-gerecht erbracht	Die Leistungsvereinbarungen sind quartalsweise überprüft Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsleistungen in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung	●
10	Umsetzung der Infrastrukturprojekte gemäss Portfolio erfolgt	Die in der Verantwortung des AIO liegenden Infrastrukturprojekte aus dem Projektportfolio 2013 sind gemäss Plan umgesetzt	● Im Projekt «Ersatz zentraler Speicher» wird die Hardware aufgrund Transportverzögerungen Anfang 2014 geliefert. Inbetriebnahmedatum kann trotzdem eingehalten werden

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
D	Organisation AIO an Informatikstrategie 2011–2017 angepasst	Die Übergabe an die operativen Stellen erfolgt	
L28	Auf- und Ausbau E-Government-Angebote erfolgt	Die Fortsetzung des E-Government-Programms gemäss RR-Strategie 2018 ist sichergestellt und eine Roadmap ist verabschiedet	Roadmap ist erstellt, aber der Regierung noch nicht vorgelegt. Wird im ersten Quartal 2014 erfolgen

Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support			
11	Durchführen der periodischen Sicherheitsläufe	Keine Schäden und/oder kein Verlust von Daten durch Eindringlinge < 10 Unterbrüche an den Arbeitsplätzen wegen Virenbefalls Keine Datenverluste von > 1 Arbeitstag. Recovery und Restart in < 1 Arbeitstag	
12	Betrieb und Support der Bürokommunikationsumgebung	98 % Standard-PC-Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl an PC-Arbeitsplätzen (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung) Verfügbarkeit des Servers > 99 %. 98 % Störungen am PC-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in < ½ Arbeitstag behoben Die Servicequalität der Ersterledigungsrate ist 60 %	
13	Betrieb und Support der Fachanwendungen	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft Verfügbarkeit der Server > 99,5 %	
14	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen Neues Backup Rechenzentrum in Betrieb Umsetzungskonzept Integration Telefonie vorgelegt	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ziel 3: Der Informatikaufwand pro Verwaltungsgestellte ist höher als der durchschnittliche Wert der Schweizerischen Informatikkonferenz (22 Kantone).
Grund: Die im Informatikaufwand eingerechneten Abschreibungen aus den Investitionen waren rund 2 Mio. Fr. höher als im Vorjahr.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3'534	3'500	3'551
Externe Benutzende (Dritte, Bürger, Firmen)	Anzahl	1'737	3'000	2'473
Anzahl PC-Arbeitsplätze	Anzahl	2'585	2'500	2'630
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	544	550	568
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	26	25	27
Supportaufträge	Anzahl	9'503	8'400	12'305

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl der Supportaufträge stieg stark an (plus rund 2'800 gegenüber Vorjahr). Im Zuge der Qualitätsmanagementzertifizierung (ISO 9001) und der Inkraftsetzung der Qualitätsprozesse im Bereich der Auftragsabwicklung müssen alle Anfragen und neu auch Kleinstaufträge im Auftragsbearbeitungstool der Supportorganisation nachvollziehbar sein.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-8'920'088.37	-10'032'000	-9'404'090.23	627'909.77	-6.3
Total Ertrag	701'780.00	700'000	694'566.00	-5'434.00	-0.8
Saldo	-8'218'308.37	-9'332'000	-8'709'524.23	622'475.77	-6.7

Kommentar Rechnung

Das Budget wurde um rund 620'000 Franken unterschritten. Beim Sachaufwand wurden dank sehr stabilen Systemen, wenig Geräteausfällen bei PC-Arbeitsplätzen und Servern, viel weniger Ersatzhardware und Software und zudem bei den IT-Dienstleistungen weniger externe Unterstützung beansprucht. Der Personalaufwand wurde ebenfalls unterschritten, da eine Stelle im Bereich Projekte erst auf September besetzt werden konnte, statt auf Anfang Jahr.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0174 Reserven					
Ausgaben	-35'076.25		-49'684.30	-49'684.30	
Einnahmen					
IT5050.0180 Umsetzung E-Government-Strategie					
Ausgaben	-515'037.55	-350'000	-280'736.05	69'263.95	-19.8
Einnahmen					
IT5050.0188 Erweiterung rollenbasierende Zugriffssicherheit					
Ausgaben	-121'737.61				
Einnahmen					
IT5050.0191 Erneuerung Supportinfrastruktur AIO/ZUPO					
Ausgaben	-80'238.25		-3'732.75	-3'732.75	
Einnahmen					
IT5050.0192 Betriebsoptimierung					
Ausgaben	-82'331.75				
Einnahmen					
IT5050.0195 Vorprojekt neues MS-Office u. Vorlagentool Kanton					
Ausgaben	-12'699.70				
Einnahmen					
IT5050.0197 Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)					
Ausgaben	-117'588.20	-100'000	-105'008.75	-5'008.75	5.0
Einnahmen					
IT5050.0198 Ersatz Backup Infrastruktur					
Ausgaben	-114'293.75		-190'395.30	-190'395.30	
Einnahmen					
IT5050.0199 Erneuerung zentrale Hostinfrastruktur					
Ausgaben	-1'410'133.90				
Einnahmen					
IT5050.0200 IT-Infrastrukturanpassungen Betrieb					
Ausgaben	-413'747.05				
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung

Finanzdirektion

5050 – Amt für Information und Organisation

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0201	PC-Arbeitsplatz 2012					
	Ausgaben	-2'967'640.80				
	Einnahmen					
IT5050.0202	Fachanwendung Baubewilligungswesen					
	Ausgaben	-224'291.20	-92'000	-148'072.95	-56'072.95	60.9
	Einnahmen	74'723.00		195'878.00	195'878.00	
IT5050.0204	Ausbau E-Government					
	Ausgaben		-50'000	-46'434.50	3'565.50	-7.1
	Einnahmen					
IT5050.0205	Benutzerkonto					
	Ausgaben		-250'000	-208'153.55	41'846.45	-16.7
	Einnahmen					
IT5050.0206	Submission Clientersatz					
	Ausgaben		-100'000	-81'356.40	18'643.60	-18.6
	Einnahmen					
IT5050.0207	Harmonisierung Support-Werkzeuge					
	Ausgaben		-200'000	-90'154.85	109'845.15	-54.9
	Einnahmen					
IT5050.0208	Ersatz zentraler Speicher					
	Ausgaben		-1'500'000	-47'706.70	1'452'293.30	-96.8
	Einnahmen					
IT5050.0209	Konsolidierung Infrastruktur aus Strategie-Phase 1					
	Ausgaben		-200'000	-25'488.00	174'512.00	-87.3
	Einnahmen					
IT5050.0210	Integration Telefonie					
	Ausgaben		-150'000	-102'937.65	47'062.35	-31.4
	Einnahmen					
IT5050.0211	Umsetzung DSV mobile Devices					
	Ausgaben		-200'000	-96'808.85	103'191.15	-51.6
	Einnahmen					
IT5050.0212	Reserven					
	Ausgaben		-100'000	-63'052.30	36'947.70	-36.9
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-6'094'816.01	-3'292'000	-1'539'722.90	1'752'277.10	-53.2
	Einnahmen	74'723.00		195'878.00	195'878.00	
	Saldo	-6'020'093.01	-3'292'000	-1'343'844.90	1'948'155.10	-59.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Das Investitionsbudget wurde netto um 1'948'155 Franken unterschritten.

IT5050.0198: 2. Teil der Backup Infrastruktur ersetzt, Restanz aus 2012.

IT5050.0202: Der Kanton Zug erhielt vom Bund unerwartet Fördergelder von 125'000 Franken. Es erfolgten zusätzliche Anpassungsarbeiten in den einzelnen Gemeinden, welche von den Gemeinden über Beiträge mitfinanziert wurden.

IT5050.0207: Aus Synergiegründen zu anderen Projekten wird ein älteres Supportwerkzeug erst 2014 abgelöst.

IT5050.0208: Die Hardware vom zentralen Speicher wird aufgrund von Transportverzögerungen aus dem Ausland erst im Januar 2014 geliefert (siehe dazu Zielsetzung 10).

IT5050.0209: Aufgrund dispositiver Rahmenbedingungen und technischen Abhängigkeiten zu anderen Projekten wird die Infrastruktur erst 2014 weiter konsolidiert.

IT5050.0211: Es wurden weniger Lizenzen benötigt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Als operativ ausgerichtetes Amt mit grossem Publikumsverkehr legt die Steuerverwaltung ihr Hauptaugenmerk auf effiziente und kundenfreundliche Steuerveranlagungen sowie den anschliessenden Bezug dieser Steuern. Der Spielraum für jährlich wechselnde und selbst zu definierende Schwerpunkte ist dagegen eher gering. Er beschränkt sich im Wesentlichen auf unterstützende Funktionen in der Steuergesetzgebung und der Steuerpolitik sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung des Kantons Zug als attraktiven Wohn- und Arbeitsort.

Steuergesetzgebung

Am 1. Januar 2012 ist die vierte Teilrevision des Steuergesetzes (StG; BGS 632.1) in Kraft getreten. Eine nächste Teilrevision auf kantonaler Gesetzesstufe ist erst auf 2016 vorgesehen. Per 2013 trat jedoch die Änderung der Verordnung zum Steuergesetz (BGS 632.11) vom 2. Oktober 2012 in Kraft. Sie setzte das Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen (AS 2011 S. 3259 ff.) ins kantonale Steuerrecht um. Mit der nächsten Teilrevision des Steuergesetzes ist eine Anhebung der geänderten Verordnungsbestimmungen auf die formelle Gesetzesstufe geplant.

Neu übernommene Bewirtschaftung von Verlustscheinen von Gerichten und anderen Ämtern

Anlässlich der vierten Teilrevision des StG wurde per 2012 die Möglichkeit geschaffen, dass die Steuerverwaltung die Bewirtschaftung der Verlustscheine für einen Grossteil der Gerichte und der Ämter zentral für die ganze Kantonsverwaltung übernimmt. Nach einem ersten Pilotversuch mit den Verlustscheinen des Obergerichts ab 2012 wurde die zentrale Verlustscheinbewirtschaftung per Mitte 2013 auf die Verlustscheine all jener Ämter ausgeweitet, deren Inkasso die Finanzverwaltung zentral erledigt. Damit bewirtschaftet die Steuerverwaltung nun die Verlustscheine von 33 Ämtern. Sie hat im 2012 und 2013 insgesamt 3082 Verlustscheine über einen Gesamtbetrag von 5 356 324 Franken übernommen.

Unternehmenssteuerreform III

Ein grosses Thema im Berichtsjahr war die bevorstehende Unternehmenssteuerreform III auf Bundesebene und die möglichen Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Zug. Zahlreiche bereits hier ansässige oder an einem Zuzug interessierte Unternehmen und deren Beraterinnen und Berater erkundigten sich nach denkbaren Umsetzungsszenarien für den Kanton Zug. Zudem galt es, die Interessen des Kantons Zug in den verschiedenen fachlichen Arbeitsgruppen zur Unternehmenssteuerreform III auf eidgenössischer Ebene zu vertreten und die politischen Entscheidungstragenden, namentlich den Finanzdirektor und den Regierungsrat, hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen und der möglichen Auswirkungen für den Kanton Zug zu informieren und zu beraten.

Operatives Tagesgeschäft

Die Arbeitsbelastung war aufgrund des kontinuierlichen Bevölkerungswachstums, der laufend steigenden Unternehmenszahlen und der stetig zunehmenden Komplexität des schweizerischen und internationalen Steuerrechts in allen Abteilungen der Steuerverwaltung weiterhin hoch. Die Bearbeitung der eingereichten Steuererklärungen wird dadurch erleichtert, dass diese häufig mit der elektronischen Deklarationshilfe eTax.zug ausgefüllt werden. Bei den natürlichen Personen wurden im 2013 74 Prozent (Vorjahr 72 Prozent und bei den juristischen Personen 71 Prozent (70 Prozent) aller eingereichten Steuererklärungen mit eTax.zug ausgefüllt.

Besondere Tätigkeiten mit längerfristiger Ausrichtung

Im Hinblick auf den geplanten kontinuierlichen Auf- und Ausbau von E-Government-Dienstleistungen gemäss kantonaler E-Government-Strategie und die gesamtschweizerische Vernetzung mit anderen Behörden im Bereich Steuern waren aufwändige konzeptionelle Arbeiten zu bewältigen und Projektarbeiten umzusetzen. Unter anderem mussten mit Blick auf das geplante elektronische Steuerdossier «eDossier Steuern» zwei Submissionen im offenen Verfahren durchgeführt werden. Auch in den kommenden Jahren ist in diesen Bereichen mit einem erheblichen Arbeitsaufwand zu rechnen.

Leistungsauftrag**1 Grundauftrag**

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)			
1	Registerführung NP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	●
2	Periodische Steuern: Veranlagung NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	2008: 100 % 2009: 99 % 2010: 98 % 2011: 95 % 2012: 60 %	●
3	Sondersteuern: Veranlagung NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	●
4	Abrechnung Rückerstattungssteuern	54'500 Wertschriftenverzeichnisse / Anträge abrechnen	●
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	100 %	● Aufwändige Umsetzung des gesamtschweizerischen Projekts «Elektronische Quellensteuerabrechnungen» (ELM QUST) führte zu vorübergehendem Rückstand bei den Quellensteuerveranlagungen
6	Externe Buchprüfung bei Selbständigerwerbenden vor Ort	Prüfung 100 Steuerjahre	●
Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)			
7	Registerführung JP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	●
8	Veranlagung Steuern JP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	2007: 100 % 2008: 99,5 % 2009: 98 % 2010: 90 % 2011: 66 % 2012: 20 %	●
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Prüfung 100 Steuerjahre	●
10	Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	8500 Bewertungen	●
11	Pauschale Steueranrechnung	90 Fälle	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren			
12	Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Gemeinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	●
13	Steuerstrafen, Strafanzeigen	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	●
14	Steuerbefreiung infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	●
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechts hilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	100 %	●
16	Einsprachen und gerichtliche Rechts mittelverfahren	90 % aller 2012 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2013 entschieden, gerichtlicher Rechtsmittel verkehr immer innert Frist	●
Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen			
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen, Verlustschein bewirtschaftung	Inkasso laufend aktuell	●
18	Entscheid über Erlassgesuche	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	●
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Reparitionen	100 % innert Frist	●
20	Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan	100 % innert Frist	●
A	Erstmaliger Aufbau und Betrieb einer kantonsweiten zentralen Verlustschein bewirtschaftung	Ab 2013 sukzessiver Ausbau mit weiteren Ämtern und Gerichten	●
Leistungsgruppe 5: Besondere externe Dienstleistungen			
21	Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rück meldungen und Berechnungen des Bundes	100 % innert Frist	●
22	Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössi sche Behörden	100 % innert Frist	●
23	Ausstellen von steuerlichen Vorbeschei den und Bescheinigungen	Entfällt, da ab 2013 integriert in den übrigen Leistungsgruppen	●
24	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuer formulare und elektronischen Medien, u. a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und E-Government-Anwendungen	Alles rechtzeitig bereit	●

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung			
25	Gesetzgebung, parlamentarische Vorstösse, Vernehmlassungen und Mitberichte	100 % innert Frist	●
26	Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d.h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zuzugsinteressierten	Rückmeldung und Unterstützung zu 100 % innert der vereinbarten Termine	●
27	Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	●
28	Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Laufende Kontaktpflege und Interessenvertretung, u. a. durch externe Referate und Schulungen	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl	66'047	71'000	75'389
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl	3'637	3'700	3'751
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl	10'074	10'500	10'307
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl	13'562	12'000	15'634
Verrechnungssteuerabrechnungen	Anzahl	58'635	56'000	60'537
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl	3'447	2'100	3'861
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl	27'338	26'300	29'432
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl	8'777	8'500	8'686
Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen	Anzahl	164	180	161
Nachsteuerveranlagungen	Anzahl	153	180	213
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl	110	140	150
Einsprachen	Anzahl	745	800	910
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl	22	25	28
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl	460'752	470'000	485'944
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl	7'930	9'200	7'924
Betreibungen	Anzahl	3'700	4'400	4'197
Pfändungsbegehren	Anzahl	3'037	3'200	2'726
Erlassentscheide	Anzahl	293	400	262

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-19'627'676.31	-20'297'600	-19'333'864.09	963'735.91	-4.7
Total Ertrag	4'579'471.60	5'090'000	5'141'796.45	51'796.45	1.0
Saldo	-15'048'204.71	-15'207'600	-14'192'067.64	1'015'532.36	-6.7

Kommentar Rechnung

Der um 963'735 Franken geringere Aufwand ist grossmehrheitlich auf tiefere Personalkosten (nämlich im Umfang von 306'539 Franken) und einen tieferen laufenden Informatikaufwand (im Umfang von 430'625 Franken) zurückzuführen.

Bei den tieferen Personalkosten schlägt zu Buche, dass bei der Pensionierung von langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern häufig deutlich jüngere Nachfolgerinnen und Nachfolger eintreten, die aufgrund ihrer noch kürzeren Berufspraxis beim Eintritt lohnmäßig nicht selten wesentlich tiefer eingestuft sind und zudem noch keinen Anspruch auf eine Treue- und Erfahrungszulage haben. Zudem können bei Personalfuktuationen nicht immer alle Stellen zeitlich nahtlos wieder besetzt werden.

Beim tieferen laufenden Informatik-Aufwand ist ein wesentlicher Einmaleffekt zu berücksichtigen, der das Bild verzerrt: Eine im Dezember 2012 eingetroffene Akontorechnung für Wartungs- und Anpassungskosten der Fachapplikation ISOV Steuern für das erste Quartal 2013 wurde irrtümlich bereits in der Jahresrechnung 2012 statt erst im 2013 verbucht. Der in der Jahresrechnung 2013 verbuchte Aufwand fällt daher verglichen mit dem effektiven Aufwand 2013 um 259'200 Franken zu tief aus.

Der Ertrag entwickelte sich insgesamt etwa im Rahmen der Erwartungen. Etwas höher als budgetiert fielen die Erträge aus Bussen (Konto 4270.10) aus, dies vor allem wegen der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Anzahl Bussen im Zusammenhang mit Ermessensveranlagungen für juristische Personen. Etwas weniger stark als erwartet war der Anstieg der Erträge für Gebühren und Amtshandlungen (Konto 4210.10), vor allem bei den Gebühren für Mahnungen an juristische Personen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5060.0105 Weiterentwicklung e-Tax					
Ausgaben	-77'847.05	-80'000	-41'073.48	38'926.52	-48.7
Einnahmen					
IT5060.0175 CH-Meldewesen					
Ausgaben		-150'000	-90'987.00	59'013.00	-39.3
Einnahmen					
IT5060.0180 eKonto					
Ausgaben	-287'971.20	-550'000	-275'011.20	274'988.80	-50.0
Einnahmen					
IT5060.0181 Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung					
Ausgaben	-31'873.00				
Einnahmen					
IT5060.0183 Externe Datenbezüger 2012 – 2015					
Ausgaben	-64'800.00				
Einnahmen					
IT5060.0184 eDossier					
Ausgaben		-1'000'000	-356'720.60	643'279.40	-64.3
Einnahmen					
IT5060.0185 Erweiterungen für Statistiken und Datenlieferungen					
Ausgaben		-80'000	-15'552.00	64'448.00	-80.6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-462'491.25	-1'860'000	-779'344.28	1'080'655.72	-58.1
Einnahmen					
	Saldo	-462'491.25	-1'860'000	-779'344.28	1'080'655.72
					-58.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5060.0105: Unterdurchschnittlicher Anpassungsbedarf gegenüber der Vorjahresversion der elektronischen Deklarationshilfe eTax im 2012.
IT5060.0175: Die systemtechnischen Arbeiten erwiesen sich als weniger aufwändig als erwartet.
IT5060.0180: Dieses Projekt hat zeitliche Abhängigkeiten zur laufenden Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes. Die Projektarbeiten werden deshalb in Phasen realisiert und haben sich teilweise ins 2014 verschoben, was im Budget 2014 bereits berücksichtigt ist.
IT5060.0184: Zum Zeitpunkt der Budgeteingabe für 2013 war die Vorstudie über die Einführung eines elektronischen Steuerdossiers noch nicht abgeschlossen. Deshalb waren die voraussichtlichen Kosten und vor allem der zeitliche Fahrplan noch nicht zuverlässig abschätzbar. Ein Teil der eigentlich für 2013 erwarteten Kosten wird nun voraussichtlich im 2014 anfallen, was im Budget 2014 bereits berücksichtigt ist.
IT5060.0185: Die Schnittstelle im Bereich der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) konnte im 2013 noch nicht realisiert werden. Sie wurde daher für 2014 unter einer separaten Projektnummer (IT 5060.0188) erneut budgetiert. In die Bestimmung der neuen Budgethöhe im 2014 sind die Erfahrungen aus der Erneuerung der Schnittstelle Wehrpflichtersatz eingeflossen. Diese Arbeiten erwiesen sich als aufwändiger als erwartet.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'260'337.44	-2'200'000	-2'179'489.55	20'510.45	-0.9
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'193'967.58	-2'000'000	-2'190'920.24	-190'920.24	9.5
349	Verschiedener Finanzaufwand	-9'684'549.27	-10'740'000	-10'621'277.05	118'722.95	-1.1
	Total Aufwand	-14'138'854.29	-14'940'000	-14'991'686.84	-51'686.84	0.3
400	Direkte Steuern natürliche Personen	411'469'294.31	450'000'000	398'541'506.90	-51'458'493.10	-11.4
401	Direkte Steuern juristische Personen	197'760'606.80	204'900'000	211'960'252.35	7'060'252.35	3.4
402	Übrige direkte Steuern	3'064'882.74	2'000'000	6'922'060.10	4'922'060.10	246.1
429	Übrige Entgelte			283'481.74	283'481.74	
440	Zinsertrag	1'609'386.72	1'700'000	1'343'152.32	-356'847.68	-21.0
	Total Ertrag	613'904'170.57	658'600'000	619'050'453.41	-39'549'546.59	-6.0
	Saldo	599'765'316.28	643'660'000	604'058'766.57	-39'601'233.43	-6.2

Kommentar Rechnung

Zu den Aufwandkonti:

- Bei den Dienstleistungen und Honoraren (Konto 313) handelt es sich ausschliesslich um Quellensteuer-Bezugsprovisionen an Arbeitgebende, Versicherungen und weitere Abrechnungspflichtige gemäss den §§ 84 und 95 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1).
- Die Wertberichtigungen auf Forderungen (Konto 318) umfassen die Steuererlasse oder Teilerlasse infolge Notlage gemäss § 164 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1) und die Abschreibungen von Steuern infolge vorübergehender oder dauerhafter Uneinbringlichkeit (z. B. bei Konkursen, erfolglosen Pfändungen, Löschungen im Handelsregister von Amtes wegen, Todesfällen ohne Nachlassvermögen usw.). Sie sind jeweils schwierig zu budgetieren.
- Das Konto Verschiedener Finanzaufwand (Konto 349) beinhaltet den Skonto bei frühzeitiger Bezahlung der Vorbezugungsrechnungen bei den natürlichen Personen sowie Zinsen zu Gunsten der Steuerpflichtigen (Vorauszahlungs- und Rückerstattungszinsen).

Zu den Ertragskonti:

- Die Steuererträge der natürlichen Personen (Konto 400) verfehlten das Budget deutlich. Anders als in früheren Jahren sind substantielle Einmaleffekte im 2013 weitgehend ausgeblieben. Zudem konnten die bei der Erstellung des Budgets 2013 zugrunde gelegten Wachstumsraten trotz weiterer Bevölkerungszunahme nicht erreicht werden. Ebenfalls ausgewirkt haben sich tiefere Netto-Quellensteuererträge. Viele zuerst quellensteuerpflichtige Personen haben die gesetzlichen Voraussetzungen für eine spätere ordentliche Veranlagung erfüllt, was zu einer Umbuchung der ursprünglichen Brutto-Quellensteuererträge in die ordentlichen Steuererträge geführt hat.
- Bei den Steuererträgen der juristischen Personen (Konto 401) konnten die budgetierten Erträge dank den im Allgemeinen positiver als erwartet ausgefallenen Unternehmensabschlüssen übertroffen werden.
- Bei den übrigen direkten Steuern (Konto 402) handelt es sich ausschliesslich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Diese Erträge sind naturgemäß schwierig zu budgetieren und hängen jeweils stark von einzelnen grösseren Fällen ab. Im 2013 geht der ausgewiesene Mehrertrag auf eine einzige besonders grosse Selbstanzeige zurück.
- Bei den übrigen Erträgen (Konto 429) handelt es sich um Erträge aus der Bewirtschaftung von eigenen Verlustscheinen der Steuerverwaltung (217'285 Franken) sowie um wiedereingebrachte Abschreibungen (66'197 Franken). Aufgrund des neuen Rechnungslegungsmodells HRM2, welches das Bruttoprinzip empfiehlt, wurden diese Erträge im 2013 erstmals separat ausgewiesen. Bis 2012 wurden die Erträge in den Wertberichtigungen auf Forderungen (Konto 318) gutgeschrieben und somit in jenem Konto der Nettoaufwand ausgewiesen.
- Beim Zinsertrag (Konto 440) handelt es sich um Verzugs- und Ausgleichszinsen zu Lasten der Steuerpflichtigen. Tendenziell werden die Rechnungen im 2013 pünktlicher bezahlt, so dass diese Zinserträge gegenüber dem Vorjahr rückläufig waren.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
460	Ertragsanteile	291'936'793.85	245'171'000	242'853'813.78	-2'317'186.22	-0.9
	Total Ertrag	291'936'793.85	245'171'000	242'853'813.78	-2'317'186.22	-0.9
	Saldo	291'936'793.85	245'171'000	242'853'813.78	-2'317'186.22	-0.9

Kommentar Rechnung

Mit Abstand wichtigster Posten ist der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer für die natürlichen und juristischen Personen. Er macht im 2013 235'089'887 Franken aus. Der Anteil an den direkten Bundessteuererträgen bei den natürlichen Personen liegt mit 70'077'520 Franken deutlich unter dem Vorjahr 2012 (107'071'907 Franken), wobei das Jahr 2012 von substanziellem Einmaleffekten geprägt war. Bei den juristischen Personen liegt der Anteil an den direkten Bundessteuererträgen mit 165'012'367 Franken ebenfalls unter den Vorjahreserträgen von 177'272'218 Franken. Die übrigen Erträge sind vergleichsweise gering, sie stammen aus den Anteilen an der eidgenössischen Verrechnungssteuer und der EU-Zinsbesteuerung sowie aus den Bundessteuer-Repartitionen im Verhältnis zu anderen Kantonen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich	-71'330'624.00	-90'245'000	-90'245'122.00	-122.00	0.0
	Total Aufwand	-71'330'624.00	-90'245'000	-90'245'122.00	-122.00	0.0
462	Finanz- und Lastenausgleich	71'330'624.00	90'245'000	90'245'122.00	122.00	0.0
	Total Ertrag	71'330'624.00	90'245'000	90'245'122.00	122.00	0.0
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung

Richterliche Behörden

Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'139'661.88	-5'215'700	-5'197'528.95	18'171.05	-0.3
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'633'290.00	2'497'500	2'312'244.70	-185'255.30	-7.4
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'887'067.11	-1'940'400	-1'884'885.97	55'514.03	-2.9
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-694'451.05	-559'000	-1'104'751.38	-545'751.38	97.6
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'539'448.01	-4'964'340	-4'755'664.63	208'675.37	-4.2
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	449'067.50	289'000	481'428.70	192'428.70	66.6
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-148'871.35	-239'000	-739'748.90	-500'748.90	209.5
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	53'865.15	72'000	58'358.95	-13'641.05	-18.9
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-7'827'249.34	-8'136'900	-8'156'582.55	-19'682.55	0.2
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	650'865.14	1'155'000	168'775.83	-986'224.17	-85.4
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'485'546.55	-2'578'000	-2'417'411.07	160'588.93	-6.2
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	49'698.80	37'000	-8'387.95	-45'387.95	-122.7
6183	Schätzungskommission		-267'400	-90'010.28	177'389.72	-66.3
61	Richterliche Behörden	-18'885'508.70	-19'850'240	-21'334'163.50	-1'483'923.50	7.5

Investitionsrechnung

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'075'640.40	-2'078'600	-2'088'673.55	-10'073.55	0.5
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'146'303.60	-2'219'400	-2'193'456.65	25'943.35	-1.2
305	Arbeitgeberbeiträge	-836'880.55	-815'200	-830'138.20	-14'938.20	1.8
309	Übriger Personalaufwand	-7'783.90	-8'000	-7'962.90	37.10	-0.5
310	Material- und Warenaufwand	-43'724.35	-47'000	-46'071.60	928.40	-2.0
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-2'165.95	-2'100		2'100.00	-100.0
313	Dienstleistungen und Honorare	-3'247.83	-3'500	-2'352.85	1'147.15	-32.8
315	Unterhalt Mobilien	-20'273.33	-23'900	-18'529.25	5'370.75	-22.5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-16'769.72	-21'000	-12'719.65	8'280.35	-39.4
317	Spesenentschädigungen	-8'960.55	-2'500	-4'506.45	-2'006.45	80.3
319	Übriger Betriebsaufwand	-576.00	-1'000	-556.25	443.75	-44.4
	Total Aufwand	-5'162'326.18	-5'222'200	-5'204'967.35	17'232.65	-0.3
421	Gebühren für Amtshandlungen	20'847.75	5'000	6'525.70	1'525.70	30.5
440	Zinsertrag	1'816.55	1'500	912.70	-587.30	-39.2
	Total Ertrag	22'664.30	6'500	7'438.40	938.40	14.4
	Saldo	-5'139'661.88	-5'215'700	-5'197'528.95	18'171.05	-0.3

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-500		500.00	-100.0	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-228'978.95	-205'000	-224'059.00	-19'059.00	9.3
319	Übriger Betriebsaufwand	-549'793.90	-600'000	-725'785.60	-125'785.60	21.0
	Total Aufwand	-778'772.85	-805'500	-949'844.60	-144'344.60	17.9
421	Gebühren für Amtshandlungen	3'222'866.05	3'200'000	3'066'386.05	-133'613.95	-4.2
426	Rückerstattungen	188'996.80	100'000	195'703.25	95'703.25	95.7
427	Bussen	200.00	3'000		-3'000.00	-100.0
	Total Ertrag	3'412'062.85	3'303'000	3'262'089.30	-40'910.70	-1.2
	Saldo	2'633'290.00	2'497'500	2'312'244.70	-185'255.30	-7.4

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-909'463.45	-936'900	-908'992.15	27'907.85	-3.0
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-635'494.25	-657'600	-651'064.60	6'535.40	-1.0
304	Zulagen	-7'888.00	-8'000	-8'092.00	-92.00	1.2
305	Arbeitgeberbeiträge	-312'783.00	-303'300	-299'014.70	4'285.30	-1.4
309	Übriger Personalaufwand	-1'813.60	-2'500	-2'442.80	57.20	-2.3
310	Material- und Warenaufwand	-11'464.45	-17'500	-6'130.05	11'369.95	-65.0
313	Dienstleistungen und Honorare	-4.00	-300	-28.00	272.00	-90.7
315	Unterhalt Mobilien	-7'041.53	-7'800	-6'430.20	1'369.80	-17.6
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-2'559.53	-5'000	-3'550.87	1'449.13	-29.0
317	Spesenentschädigungen	-430.70	-1'000	-48.00	952.00	-95.2
319	Übriger Betriebsaufwand	-282.85	-1'500	-226.35	1'273.65	-84.9
	Total Aufwand	-1'889'225.36	-1'941'400	-1'886'019.72	55'380.28	-2.9
421	Gebühren für Amtshandlungen	1'921.00	500	1'036.00	536.00	107.2
440	Zinsertrag	237.25	500	97.75	-402.25	-80.5
	Total Ertrag	2'158.25	1'000	1'133.75	133.75	13.4
	Saldo	-1'887'067.11	-1'940'400	-1'884'885.97	55'514.03	-2.9

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-674'361.55	-600'000	-880'979.63	-280'979.63	46.8
319	Übriger Betriebsaufwand	-417'070.20	-370'000	-770'712.50	-400'712.50	108.3
	Total Aufwand	-1'091'431.75	-970'000	-1'651'692.13	-681'692.13	70.3
421	Gebühren für Amtshandlungen	266'509.85	290'000	429'299.40	139'299.40	48.0
426	Rückerstattungen	21'653.60	1'000	5'700.00	4'700.00	470.0
427	Bussen	80'640.00	100'000	105'140.00	5'140.00	5.1
430	Verschiedene betriebliche Erträge	28'177.25	20'000	6'801.35	-13'198.65	-66.0
	Total Ertrag	396'980.70	411'000	546'940.75	135'940.75	33.1
	Saldo	-694'451.05	-559'000	-1'104'751.38	-545'751.38	97.6

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang/Ausgang der Fälle. Erstmalige Bildung von Abgrenzungen und Rückstellungen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-1'370'521.65	-1'427'500	-1'385'674.55	41'825.45	-2.9
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'298'958.80	-2'546'600	-2'345'219.00	201'381.00	-7.9
305	Arbeitgeberbeiträge	-716'572.00	-746'200	-703'534.00	42'666.00	-5.7
309	Übriger Personalaufwand	-80'482.75	-103'650	-70'473.30	33'176.70	-32.0
310	Material- und Warenaufwand	-23'206.32	-29'000	-25'227.39	3'772.61	-13.0
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-2'165.95	-2'300	-2'019.60	280.40	-12.2
313	Dienstleistungen und Honorare	-46'134.35	-92'340	-259'181.89	-166'841.89	180.7
315	Unterhalt Mobilien	-42'078.60	-35'850	-20'563.50	15'286.50	-42.6
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-12'038.07	-22'000	-11'299.10	10'700.90	-48.6
317	Spesenentschädigungen	-1'339.20	-2'000	-893.80	1'106.20	-55.3
319	Übriger Betriebsaufwand	-12'951.45	-25'000	-19'068.65	5'931.35	-23.7
	Total Aufwand	-4'606'449.14	-5'032'440	-4'843'154.78	189'285.22	-3.8
421	Gebühren für Amtshandlungen	64'087.95	65'000	84'635.35	19'635.35	30.2
425	Erlös aus Verkäufen	2'800.00	3'000	2'380.00	-620.00	-20.7
440	Zinsertrag	113.18	100	474.80	374.80	374.8
	Total Ertrag	67'001.13	68'100	87'490.15	19'390.15	28.5
	Saldo	-4'539'448.01	-4'964'340	-4'755'664.63	208'675.37	-4.2

Kommentar Rechnung

Kantonsgericht (Konflikt Richter und Administrativuntersuchung). Vakanzen Personal.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'000		1'000.00	-100.0	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-41'089.70	-70'000	-34'841.50	35'158.50	-50.2
319	Übriger Betriebsaufwand	-48'003.80	-36'000	-30'579.80	5'420.20	-15.1
	Total Aufwand	-89'093.50	-107'000	-65'421.30	41'578.70	-38.9
421	Gebühren für Amtshandlungen	537'061.00	390'000	544'730.00	154'730.00	39.7
426	Rückerstattungen	1'100.00	5'000	2'120.00	-2'880.00	-57.6
427	Bussen		1'000		-1'000.00	-100.0
	Total Ertrag	538'161.00	396'000	546'850.00	150'850.00	38.1
	Saldo	449'067.50	289'000	481'428.70	192'428.70	66.6

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-125'386.35	-250'000	-638'911.50	-388'911.50	155.6
319	Übriger Betriebsaufwand	-90'826.00	-70'000	-194'951.60	-124'951.60	178.5
	Total Aufwand	-216'212.35	-320'000	-833'863.10	-513'863.10	160.6
421	Gebühren für Amtshandlungen	65'241.00	60'000	80'165.00	20'165.00	33.6
426	Rückerstattungen		1'000		-1'000.00	-100.0
427	Bussen	1'500.00	15'000	1'800.00	-13'200.00	-88.0
430	Verschiedene betriebliche Erträge	600.00	5'000	12'149.20	7'149.20	143.0
	Total Ertrag	67'341.00	81'000	94'114.20	13'114.20	16.2
	Saldo	-148'871.35	-239'000	-739'748.90	-500'748.90	209.5

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang/Ausgang der Fälle. Rückstellung/Abgrenzung in einem grossen Fall.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-28'019.85	-55'000	-32'415.15	22'584.85	-41.1
319	Übriger Betriebsaufwand	-23'725.00	-30'000	-26'719.45	3'280.55	-10.9
	Total Aufwand	-51'744.85	-85'000	-59'134.60	25'865.40	-30.4
421	Gebühren für Amtshandlungen	104'710.00	150'000	112'483.20	-37'516.80	-25.0
426	Rückerstattungen	600.00	5'000	4'610.35	-389.65	-7.8
427	Bussen	300.00	2'000	400.00	-1'600.00	-80.0
	Total Ertrag	105'610.00	157'000	117'493.55	-39'506.45	-25.2
	Saldo	53'865.15	72'000	58'358.95	-13'641.05	-18.9

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-6'379'340.95	-6'627'000	-6'641'232.65	-14'232.65	0.2
304	Zulagen	-44'900.80	-50'000	-46'766.40	3'233.60	-6.5
305	Arbeitgeberbeiträge	-1'271'719.20	-1'269'200	-1'285'596.25	-16'396.25	1.3
309	Übriger Personalaufwand	-11'405.40	-12'500	-12'702.00	-202.00	1.6
310	Material- und Warenaufwand	-53'810.75	-64'000	-48'029.80	15'970.20	-25.0
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-4'475.50	-1'000	-2'123.30	-1'123.30	112.3
313	Dienstleistungen und Honorare	-10'250.90	-12'400	-9'940.31	2'459.69	-19.8
315	Unterhalt Mobilien	-34'180.80	-44'000	-31'361.00	12'639.00	-28.7
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-46'428.36	-35'000	-61'283.79	-26'283.79	75.1
317	Spesenentschädigungen	-25'651.65	-20'000	-18'901.95	1'098.05	-5.5
319	Übriger Betriebsaufwand	-9'956.83	-5'000	-8'772.85	-3'772.85	75.5
	Total Aufwand	-7'892'121.14	-8'140'100	-8'166'710.30	-26'610.30	0.3
421	Gebühren für Amtshandlungen	21'020.20	2'000	8'097.35	6'097.35	304.9
426	Rückerstattungen	41'999.40		827.10	827.10	
440	Zinsertrag	1'852.20	1'200	1'203.30	3.30	0.3
	Total Ertrag	64'871.80	3'200	10'127.75	6'927.75	216.5
	Saldo	-7'827'249.34	-8'136'900	-8'156'582.55	-19'682.55	0.2

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-5'000	-40'000.00	-35'000.00	700.0	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'128'261.72	-1'000'000	-1'324'159.44	-324'159.44	32.4
319	Übriger Betriebsaufwand	-232'502.30	-80'000	-254'911.85	-174'911.85	218.6
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-1'981'927.80	-1'500'000	-2'600'005.70	-1'100'005.70	73.3
	Total Aufwand	-3'342'691.82	-2'585'000	-4'219'076.99	-1'634'076.99	63.2
421	Gebühren für Amtshandlungen	1'793'588.57	1'670'000	2'116'770.64	446'770.64	26.8
426	Rückerstattungen	62'350.45	50'000	214'902.60	164'902.60	329.8
427	Bussen	1'926'604.50	2'000'000	1'942'730.00	-57'270.00	-2.9
430	Verschiedene betriebliche Erträge	15'634.94	20'000	113'449.58	93'449.58	467.2
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	195'378.50				
	Total Ertrag	3'993'556.96	3'740'000	4'387'852.82	647'852.82	17.3
	Saldo	650'865.14	1'155'000	168'775.83	-986'224.17	-85.4

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle. Erstmalige Bildung von Abgrenzungen und Rückstellungen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-939'505.55	-968'800	-961'575.30	7'224.70	-0.7
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-1'065'669.80	-1'120'200	-985'507.45	134'692.55	-12.0
304	Zulagen	-476.00		-986.00	-986.00	
305	Arbeitgeberbeiträge	-395'495.75	-377'300	-369'062.95	8'237.05	-2.2
309	Übriger Personalaufwand	-8'323.05	-9'250	-9'347.05	-97.05	1.0
310	Material- und Warenaufwand	-25'364.02	-33'500	-28'276.65	5'223.35	-15.6
313	Dienstleistungen und Honorare	-36'105.00	-54'000	-47'746.80	6'253.20	-11.6
315	Unterhalt Mobilien	-6'917.83	-7'050	-6'147.35	902.65	-12.8
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-3'864.00	-3'900	-4'173.12	-273.12	7.0
317	Spesenentschädigungen	-2'720.45	-2'500	-3'021.15	-521.15	20.8
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'145.90	-2'500	-1'567.25	932.75	-37.3
	Total Aufwand	-2'485'587.35	-2'579'000	-2'417'411.07	161'588.93	-6.3
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000		-1'000.00	-100.0
429	Übrige Entgelte	40.80				
	Total Ertrag	40.80	1'000		-1'000.00	-100.0
	Saldo	-2'485'546.55	-2'578'000	-2'417'411.07	160'588.93	-6.2

Kommentar Rechnung

Tieferer Personalbestand als budgetiert.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-56'030.15	-50'000	-101'293.60	-51'293.60	102.6
319	Übriger Betriebsaufwand	-30'397.05	-53'000	-36'075.25	16'924.75	-31.9
	Total Aufwand	-86'427.20	-103'000	-137'368.85	-34'368.85	33.4
421	Gebühren für Amtshandlungen	142'900.00	140'000	109'820.00	-30'180.00	-21.6
426	Rückerstattungen	-6'774.00		19'160.90	19'160.90	
	Total Ertrag	136'126.00	140'000	128'980.90	-11'019.10	-7.9
	Saldo	49'698.80	37'000	-8'387.95	-45'387.95	-122.7

Kommentar Rechnung

Höhere Gutachterkosten, weniger kostenpflichtige Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-120'000	-82'749.95	37'250.05	-31.0
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-91'000	-90'831.60	168.40	-0.2
305	Arbeitgeberbeiträge		-26'000	-22'576.85	3'423.15	-13.2
309	Übriger Personalaufwand		-5'350	-2'280.00	3'070.00	-57.4
310	Material- und Warenaufwand		-1'700	-1'918.72	-218.72	12.9
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-16'950		16'950.00	-100.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-85'000	-44'208.85	40'791.15	-48.0
315	Unterhalt Mobilien		-11'700	-648.00	11'052.00	-94.5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-2'700	-2'724.11	-24.11	0.9
317	Spesenentschädigungen		-500	-2'206.80	-1'706.80	341.4
319	Übriger Betriebsaufwand		-6'500	-2'801.00	3'699.00	-56.9
Total Aufwand		-367'400		-252'945.88	114'454.12	-31.2
421	Gebühren für Amtshandlungen		100'000	162'935.60	62'935.60	62.9
Total Ertrag		100'000		162'935.60	62'935.60	62.9
Saldo		-267'400		-90'010.28	177'389.72	-66.3

Kommentar Rechnung

Reduzierte Anzahl Aufträge. Verzögerung der Anschaffung einer Software. Weniger Gutachten. Ausserordentlicher Ertrag.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Bilanz

Bilanz

	In Franken	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw. in Fr.
1 Aktiven				
10 Finanzvermögen (FV)				
100 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen				
1000 Kasse	248'423.80	316'074.50	67'650.70	
1001 Post	304'614'376.93	270'730'067.75	-33'884'309.18	
1002 Bank	356'664'767.11	100'440'345.43	-256'224'421.68	
1004 Debit- und Kreditkarten	1'787.00	1'060.00	-727.00	
100 Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	661'529'354.84	371'487'547.68	-290'041'807.16	
101 Forderungen				
1010 Forderungen aus Lieferungen/Leistungen an Dritte	64'466'591.85	75'935'569.30	11'468'977.45	
1011 Kontokorrente mit Dritten	356'392.84	761'999.31	405'606.47	
1012 Steuerforderungen	57'111'598.80	52'964'664.87	-4'146'933.93	
1013 Anzahlungen an Dritte	9'317'811.52	10'403'557.56	1'085'746.04	
1015 Interne Kontokorrente	316'787.55		-316'787.55	
1016 Vorschüsse	4'175.00		-4'175.00	
1019 Übrige Forderungen	1'967'451.91	3'045'089.64	1'077'637.73	
101 Total Forderungen	133'540'809.47	143'110'880.68	9'570'071.21	
102 Kurzfristige Finanzanlagen				
1023 Festgelder (> 90 Tage)	550'000'000.00	610'000'000.00	60'000'000.00	
102 Total Kurzfristige Finanzanlagen	550'000'000.00	610'000'000.00	60'000'000.00	
104 Aktive Rechnungsabgrenzungen				
104 Aktive Rechnungsabgrenzungen	17'514'303.02	17'632'215.84	117'912.82	
104 Total Aktive Rechnungsabgrenzungen	17'514'303.02	17'632'215.84	117'912.82	
106 Vorräte				
1060 Handelswaren	1'165'768.25	1'149'140.80	-16'627.45	
106 Total Vorräte	1'165'768.25	1'149'140.80	-16'627.45	
107 Finanzanlagen				
1070 Aktien und Anteilscheine	29'055'000.00	28'928'500.00	-126'500.00	
1079 Übrige langfristige Finanzanlagen		50'000'000.00	50'000'000.00	
107 Total Finanzanlagen	29'055'000.00	78'928'500.00	49'873'500.00	
108 Sachanlagen FV				
1080 Grundstücke FV	90'662'298.45	92'311'561.25	1'649'262.80	
108 Total Sachanlagen FV	90'662'298.45	92'311'561.25	1'649'262.80	
10 Total Finanzvermögen	1'483'467'534.03	1'314'619'846.25	-168'847'687.78	

Bilanz

	In Franken	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw. in Fr.
14	Verwaltungsvermögen (VV)			
140	Sachanlagen VV			
1400	Grundstücke VV unüberbaut	1'942'000.00	1'923'000.00	-19'000.00
1401	Strassen/Verkehrswege	29'207'000.00	29'963'000.00	756'000.00
1402	Wasserbau	7'813'000.00	9'660'000.00	1'847'000.00
1403	Übrige Tiefbauten	2'470'000.00	3'277'000.00	807'000.00
1404	Hochbauten	178'743'000.00	168'816'000.00	-9'927'000.00
1405	Waldungen	86'000.00	85'000.00	-1'000.00
1406	Mobilien	5'790'000.00	8'674'000.00	2'884'000.00
1408	Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	11'438'000.00	8'642'000.00	-2'796'000.00
140	Total Sachanlagen VV	237'489'000.00	231'040'000.00	-6'449'000.00
144	Darlehen VV			
1444	Darlehen an öffentliche Unternehmungen	12'600'000.00	12'600'000.00	0.00
1445	Darlehen an private Unternehmungen	24'162'868.75	26'515'693.65	2'352'824.90
1446	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck			
1447	Darlehen an private Haushalte	2'872'500.00	2'859'780.65	-12'719.35
1448	Darlehen an das Ausland			
144	Total Darlehen VV	39'635'368.75	41'975'474.30	2'340'105.55
145	Beteiligungen VV			
145	Beteiligungen VV	72'112'012.00	73'416'013.00	1'304'001.00
145	Total Beteiligungen VV	72'112'012.00	73'416'013.00	1'304'001.00
146	Investitionsbeiträge			
1461	Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	157'000.00	141'000.00	-16'000.00
1462	Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	13'711'000.00	12'952'000.00	-759'000.00
1464	Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	52'380'001.00	49'461'001.00	-2'919'000.00
1465	Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	736'000.00	1'209'000.00	473'000.00
1466	Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	20'825'000.00	19'774'000.00	-1'051'000.00
1467	Investitionsbeiträge an private Haushalte	5'394'000.00	6'523'000.00	1'129'000.00
146	Total Investitionsbeiträge	93'203'001.00	90'060'001.00	-3'143'000.00
14	Total Verwaltungsvermögen	442'439'381.75	436'491'488.30	-5'947'893.45
1	Total Aktiven	1'925'906'915.78	1'751'111'334.55	-174'795'581.23

	In Franken	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw. in Fr.
2	Passiven			
20	Fremdkapital (FK)			
200	Laufende Verbindlichkeiten			
2000	Laufende Verbindlichkeiten aus Leistungen Dritter	75'251'511.19	60'560'756.07	-14'690'755.12
2001	Kontokorrente mit Dritten	127'991'865.00	137'609'314.45	9'617'449.45
2002	Steuern	419'015'961.96	304'129'897.98	-114'886'063.98
2003	Erhaltene Anzahlungen von Dritten	143'681.60	172'656.95	28'975.35
2004	Transfer-Verbindlichkeiten	5'519'224.20	10'552'614.32	5'033'390.12
2005	Interne Kontokorrente	6'910'036.20	8'264'781.76	1'354'745.56
2006	Depotgelder und Käutionen	1'608'925.60	2'871'968.30	1'263'042.70
2009	Übrige Laufende Verpflichtungen	109'217.20	178'089.28	68'872.08
200	Total Laufende Verbindlichkeiten	636'550'422.95	524'340'079.11	-112'210'343.84
204	Passive Rechnungsabgrenzung			
204	Passive Rechnungsabgrenzung	54'936'478.99	61'126'939.23	6'190'460.24
204	Total Passive Rechnungsabgrenzung	54'936'478.99	61'126'939.23	6'190'460.24
205	Kurzfristige Rückstellungen			
2050	Kurzfristige Rückstellungen Mehrleistungen Personal	9'663'000.00	10'077'296.00	414'296.00
2052	Kurzfristige Rückstellungen Prozesse		471'270.90	471'270.90
205	Total Kurzfristige Rückstellungen	9'663'000.00	10'548'566.90	885'566.90
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten			
2064	Darlehen	20'639'387.05	21'464'358.55	824'971.50
206	Total Langfristige Finanzverbindlichkeiten	20'639'387.05	21'464'358.55	824'971.50
208	Langfristige Rückstellungen			
2085	Langfristige Rückstellungen übrige betriebliche Tätigkeiten	124'500.00		-124'500.00
208	Total Langfristige Rückstellungen	124'500.00		-124'500.00
20	Total Fremdkapital	721'913'788.99	617'479'943.79	-104'433'845.20

Bilanz

	In Franken	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw. in Fr.
29	Eigenkapital (EK)			
290	Spezialfinanzierungen im Eigenkapital			
2900	Spezialfinanzierung Strassenbau	197'433'796.72	201'530'347.54	4'096'550.82
2901	Spezialfinanzierung Deponienachsorge	848'447.80	897'538.00	49'090.20
2902	Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	334'201.81	676'055.90	341'854.09
290	Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	198'616'446.33	203'103'941.44	4'487'495.11
294	Finanzpolitische Reserven			
2940.01	Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000.00	380'000'000.00	0.00
2940.02	Reserve Steuerausgleich	47'500'000.00		-47'500'000.00
2940.71	Reserve Konjunkturförderung	132'474.62		-132'474.62
2940.72	Reserve öffentlicher Verkehr	8'529'000.00		-8'529'000.00
294	Total Finanzpolitische Reserven	436'161'474.62	380'000'000.00	-56'161'474.62
296	Neubewertungsreserve Finanzvermögen			
2960.01	Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	47'774'212.25	50'149'812.65	2'375'600.40
2960.02	Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-1'856'300.00	-1'982'800.00	-126'500.00
296	Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	45'917'912.25	48'167'012.65	2'249'100.40
298	Übriges Eigenkapital			
2980.01	Reserve Betriebshilfedarlehen, Anteil Kanton	577'084.20		-577'084.20
2980.02	Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'363'583.79	7'807'846.93	444'263.14
298	Total Übriges Eigenkapital	7'940'667.99	7'807'846.93	-132'821.06
299	Freies Eigenkapital			
299	Total Freies Eigenkapital	515'356'625.60	494'552'589.74	-20'804'035.86
29	Total Eigenkapital	1'203'993'126.79	1'133'631'390.76	-70'361'736.03
2	Total Passiven	1'925'906'915.78	1'751'111'334.55	-174'795'581.23

Die Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung sind einzeln für jede Kontengruppe im Anhang unter Ziffer 4 beschrieben. Der Eigenkapitalnachweis sowie die Beteiligungs-, Anlage- und Rückstellungsspiegel finden sich ebenfalls im Anhang unter Ziffer 5 bis 8.

Wichtigste Abweichungen

Aktiven

100 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen: - 290,0 Millionen Franken

Abnahmen: Durch Erhöhung Festgelder (Konten 1023 und 1079) 110,0 Millionen Franken.
Steuerabrechnungskonto 114,9 Millionen Franken (Konto 2002).
Finanzierungsfehlbetrag 2013 (siehe Finanzrechnung) 66,4 Millionen Franken.

101 Forderungen: + 9,6 Millionen Franken

Abhängig von Fakturierung und Zahlungsverhalten der Kunden

102 Kurzfristige Finanzanlagen: + 60,0 Millionen Franken

Zunahme: Festgelder > 90 Tage 60,0 Millionen Franken

107 Finanzanlagen: + 49,9 Millionen Franken

Zunahme: Festgelder > 360 Tage 50,0 Millionen Franken

14 Verwaltungsvermögen: - 5,9 Millionen Franken

Abhängig von den getätigten Investitionen und Abschreibungen. Die Nettoinvestitionen betrugen 77,0 Millionen Franken, die Abschreibungen 83,0 Millionen Franken.

Passiven

200 Laufende Verbindlichkeiten: - 112,2 Millionen Franken

Abnahmen: Laufende Verbindlichkeiten aus Leistungen Dritter 14.7 Millionen Franken.
Abhängig vom Zeitpunkt der Lieferantenfakturierungen und den entsprechenden Zahlungsterminen.
Steuerabrechnungskonten 114,9 Millionen Franken. Der Bestand dieses Bilanzkontos ist abhängig von den Vorauszahlungen und Guthaben der Steuerkundschaft und der Höhe des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Beide Komponenten können schwanken und sind kaum beeinflussbar.

294 Finanzpolitische Reserven: - 56,2 Millionen Franken

Abnahmen: Auflösung Steuerausgleichsreserve gemäss Budget 47,5 Millionen Franken.
Auflösung der Reserve öffentlicher Verkehr gemäss Budget 8,5 Millionen Franken. Der entsprechende ausserordentliche Ertrag wurde mit einer Abschreibung auf dem Konto 1401 Strassen/Verkehrswege kompensiert.

299 Freies Eigenkapital: - 20,8 Millionen Franken

Abnahmen: Aufwandüberschuss Rechnung 20,5 Millionen Franken.
Gewinnverwendung Vorjahr 0,3 Millionen Franken

Anhang zur Jahresrechnung

- 1 Rechtsgrundlage
- 2 Angewandtes Regelwerk und Abweichungen
- 3 Rechnungslegungsgrundsätze
- 4 Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung
- 5 Eigenkapitalnachweis
- 6 Rückstellungsspiegel
- 7 Beteiligungsspiegel
- 8 Anlagespiegel
- 9 Gewährleistungsspiegel
- 10 Zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der finanziellen Risiken von Bedeutung sind
- 11 Risikosituation und -management
- 12 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
- 13 Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

1 Rechtsgrundlage

Der vorliegende Geschäftsbericht basiert auf dem Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1).

2 Angewandtes Regelwerk und Abweichungen

Die Rechnungslegung erfolgt nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2), herausgegeben am 25. Januar 2008 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren sowie den Auslegungen des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP). Die Fachempfehlungen stellen Mindeststandards dar, welche alle öffentlichen Gemeinwesen erfüllen sollten. Abweichungen sind möglich, müssen aber im Anhang offen gelegt werden.

Die wichtigsten Abweichungen zum Rechnungslegungsmodell gemäss HRM2 resultieren aus übergeordnetem kantonalem Recht. Im Rahmen der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) werden die bestehenden Abweichungen überprüft und gegebenenfalls auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens (per 1. Januar 2017 vorgesehen) bereinigt.

Fachempfehlungen 01 bis 21 und Auslegungen des Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP) mit Abweichungen:

01 Elemente des Rechnungslegungsmodells, Stand Januar 2008

02 Grundsätze ordnungsgemässer Rechnungslegung, Stand 2008

03 Kontenrahmen, Stand November 2012 und funktionale Gliederung, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Mai 2011

Abweichungen:

- Kontengruppe 1080 (Grundstücke): Keine Unterteilung in unbebaute Grundstücke und Gebäude inklusive Grundstück.
- Kontengruppen 1407 (Anlagen im Bau Verwaltungsvermögen) und 1469 (Investitionsbeiträge an Anlagen im Bau) werden nicht verwendet. Diese Anlagen und Beiträge werden direkt auf den entsprechenden Kontengruppen aktiviert. Es erfolgt keine Unterscheidung zwischen Anlagen im Bau und fertig gestellten Objekten.
- Kontengruppe 1408 (Informatik): Neu geschaffene Gruppe für Software und Lizenzen (immaterielle Anlagen anstelle Kontengruppe 142) und Informatikgeräte (Mobilien).
- Kontengruppe 299 (Bilanzüberschuss/-fehlbetrag) ist als freies Eigenkapital benannt.
- Kontengruppe 3113 wird für Kauf Informatik (Infrastruktur/Anwendungen) statt Hardware verwendet.
- Kontengruppe 3301 (Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen) wird nicht verwendet.
- Kontengruppe 3305 wird separat für Abschreibungen der Spezialfinanzierung Strassenbau verwendet.

04 Erfolgsrechnung, Stand Januar 2008 und Auslegung vom April 2011

Abweichung:

Wird als Laufende Rechnung bezeichnet.

05 Aktive und passive Rechnungsabgrenzung, Stand Januar 2008

06 Wertberichtigungen, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2009;

Abweichungen:

- Wertberichtigungen zum Finanzvermögen (Finanzanlagen und Grundstücke) erfolgen über eine separate Passivposition in der Bilanz (statt über die Laufende Rechnung).
- Wertberichtigungen auf dem Verwaltungsvermögen (Abschreibungen) werden direkt auf den Anlagen gebucht (statt auf einem Minus-Aktivkonto).
- Wertberichtigungen zu den Debitoren (Delkredere) erfolgen pauschal (statt einzelwertberichtet).

07 Steuererträge, Stand Januar 2008

08 Spezialfinanzierungen und Vorfinanzierungen, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom April 2011 und Dezember 2011;

Abweichungen:

- Die Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung beruht auf einem Reglement (statt einer gesetzlichen Grundlage).
- Alle Spezialfinanzierungen werden über die Laufende Rechnung (Artengruppe 35 und 45) ausgeglichen (statt über die Abschlusskonten).

09 Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten, Stand Januar 2008 und Auslegung vom September 2013

Abweichung:

Es erfolgen keine Rückstellungen in der Investitionsrechnung.

10 Investitionsrechnung, Stand Januar 2008

11 Bilanz, Stand Januar 2008

12 Anlagegüter - Anlagebuchhaltung, Stand Januar 2008

Abweichungen:

- Es wird keine Anlagebuchhaltung geführt.
- Unbebaute Grundstücke im Verwaltungsvermögen werden mit 1 Prozent abgeschrieben (statt keiner Abschreibung).
- Anlagen im Bau werden bereits abgeschrieben.
- Anlagen der Strassenbau-Spezialfinanzierung werden jährlich vollständig abgeschrieben.

13 Konsolidierte Betrachtungsweise, Stand Januar 2008

Abweichungen:

- Die Separatfondsverwaltung (Konsolidierungskreis 1) wird nicht in der Staatsrechnung konsolidiert.
- Anstalten und weiteren Organisationen im Konsolidierungskreis 3 werden nicht im Gewährleistungs- und Beteiligungsspiegel dargestellt.

14 Geldflussrechnung, Stand Januar 2008

15 Eigenkapitalnachweis, Stand Januar 2008

16 Anhang zur Jahresrechnung, Stand Januar 2008;

Abweichungen:

- Der Beteiligungsspiegel enthält keine Aussagen zu Tätigkeiten der Organisation, wesentliche weitere Beteiligte und Zahlungsströme oder zu spezifischen Risiken sowie keine konsolidierte Bilanz und Erfolgsrechnung der Organisation.
- Der Anlagespiegel enthält keine Zu- oder Abnahmen, welche aus Neubewertungen oder Wertberichtigungen resultieren.
- Der Gewährleistungsspiegel enthält keine Typologie der Rechtsbeziehung, keine Aussagen zu Eigentümer der empfangenden Einheit, Zahlungsströme oder Angaben zu den mit der Gewährleistung gesicherten Leistungen.

17 Finanzpolitische Zielgrößen und Instrumente, Stand Januar 2008 und Auslegung vom September 2011

18 Finanzkennzahlen, Stand Januar 2013

19 Vorgehen beim Übergang zu HRM2, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2010

Abweichungen:

- Die Grundstücke des Finanzvermögens wurden zum Zeitpunkt der HRM2-Einführung im Jahr 2012 nicht neu bewertet.
- Die Bewertung erfolgt mindestens alle zehn Jahre (statt alle drei bis fünf Jahre).

20 Musterfinanzaushaltsgesetz, Stand Januar 2013

Abweichung:

Das Finanzaushaltsgesetz entspricht nicht dem Musterfinanzaushaltsgesetz.

21 Finanzinstrumente, Stand Januar 2013

3 Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung gibt ein Bild des Finanzaushalts, welches möglichst weitgehend der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entspricht.

Die Rechnungslegung richtet sich nach den Grundsätzen der Bruttodarstellung, der Periodenabgrenzung, der Fortführung, der Wesentlichkeit, der Verständlichkeit, der Zuverlässigkeit, der Vergleichbarkeit und der Stetigkeit.

Gemäss dem Grundsatz der **Bruttodarstellung** werden Aufwände und Erträge, Aktiven und Passiven sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen getrennt voneinander ohne gegenseitige Verrechnung in voller Höhe ausgewiesen. Der Steuerertrag in der Kontengruppe 40 (Fiskalertrag) wird nach dem Soll-Prinzip verbucht.

Gemäss dem Grundsatz der **Periodenabgrenzung** werden alle Aufwände und Erträge in derjenigen Periode erfasst, in welcher sie verursacht werden.

Gemäss dem Grundsatz der **Fortführung** wird bei der Rechnungslegung von einer Fortführung der Tätigkeiten der Verwaltungseinheiten des Kantons Zug ausgegangen.

Gemäss dem Grundsatz der **Wesentlichkeit** werden sämtliche Informationen im Hinblick auf die Adressaten offengelegt, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Gemäss dem Grundsatz der **Verständlichkeit** sind die Informationen klar und nachvollziehbar.

Gemäss dem Grundsatz der **Zuverlässigkeit** werden die Informationen richtig und glaubwürdig dargestellt (Richtigkeit) sowie willkürfrei und wertfrei (Neutralität). Der wirtschaftliche Gehalt bestimmt die Abbildung der Rechnungslegung (wirtschaftliche Betrachtungsweise). Keine wichtigen Informationen werden ausser Acht gelassen (Vollständigkeit).

Gemäss dem Grundsatz der **Vergleichbarkeit** sind die Rechnungen des Kantons und der Verwaltungseinheiten sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar.

Gemäss dem Grundsatz der **Stetigkeit** sollen die Grundsätze der Rechnungslegung soweit als möglich über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben.

4 Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung

Aktiven

Finanzvermögen (FV)

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Die flüssigen Mittel umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken sowie kurzfristige Geldmarktanlagen (weniger als 90 Tage). Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Forderungen

Die kurzfristigen Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden, unerfüllten und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten. Zum Bilanzierungszeitpunkt werden allfällig gefährdete Vermögenswerte (zum Beispiel Kundenguthaben) konsequent wertberichtigt. Die Bewertung erfolgt zum Rechnungsbetrag (Nominalwert), abzüglich der pauschal berechneten Wertberichtigungen (Delkredere).

Kurzfristige Finanzanlagen

Kurzfristige Finanzanlagen sind monetäre Anlagen, welche in der Regel mit dem Ziel einer Rendite gehalten werden. Die Laufzeiten liegen zwischen 90 Tagen und einem Jahr. Die Bewertung der kurzfristigen Finanzanlagen erfolgt zum Nominalwert. Marchzinsen werden als Rechnungsabgrenzungen berücksichtigt.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

Der Zweck der aktiven Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Rechnungslegung. Alle Aufwände und Investitionsausgaben werden in derjenigen Periode erfasst, in welcher sie verursacht werden. Die Rechnungsabgrenzungen werden zum Nominalwert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5000 Franken.

Vorräte

Handelswaren, das heisst Waren, die zum Verkauf gelangen, sind zu Anschaffungskosten oder zum tiefer liegenden Verkehrswert bewertet.

Finanzanlagen (langfristige)

Langfristige Finanzanlagen haben eine Laufzeit von über einem Jahr und werden mit der Absicht der dauernden Anlage gehalten. Sie zählen zum Finanzvermögen, da sie nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Die Aktien und Anteilscheine werden zum Verkehrswert bilanziert. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Bei börsenkotierten Titeln wird der Verkehrswert anhand des Jahresabschlusskurses festgelegt. Die Verbuchung der Verkehrswertanpassung erfolgt erfolgsneutral über die Neubewertungsreserve.

Sachanlagen Finanzvermögen

Die Sachanlagen im Finanzvermögen dienen nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die Bilanzierung erfolgt zum Verkehrswert. Grundstücke des Finanzvermögens werden mindestens alle zehn Jahre neu bewertet und entsprechend korrigiert. Wertberichtigungen zum Finanzvermögen erfolgen über eine separate Passivposition in der Bilanz. Überträge vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen erfolgen zum Buchwert, nach Berücksichtigung der Wertberichtigungen.

Aktiven

Verwaltungsvermögen (VV)

Im Verwaltungsvermögen befinden sich ausschliesslich Positionen, welche über die Investitionsrechnung aktiviert werden und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Die Aktivierungsgrenzen betragen für Sachanlagen 100 000 Franken (Ausnahmen: Informatik-investitionen 50 000 Franken und Grundstückskäufe 1 Franken). Investitionsbeiträge, Darlehen und Beteiligungen werden alle aktiviert. Überträge vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen erfolgen zum Restbuchwert.

Sachanlagen Verwaltungsvermögen

Die Sachanlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einer Wertminderung unterliegen, werden ordentlich je Anlagekategorie nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben abgeschrieben. Die Abschreibungen werden degressiv vom Jahresend-Buchwert für das laufende Jahr vorgenommen. Die Abschreibungssätze sind wie folgt festgelegt: 1 Prozent pro Jahr für unbebaute Grundstücke, 10 Prozent pro Jahr für Hoch- und Tiefbauten, 30 Prozent pro Jahr für Mobilien (Möbiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen) und 40 Prozent pro Jahr für die Informatik. Zusätzliche Abschreibungen müssen budgetiert oder aus der Überschussverwendung vorgenommen werden. Erhaltene Investitionsbeiträge werden gemäss Option 1, das heisst nach der Nettomethode aktiviert.

Darlehen Verwaltungsvermögen

Mit einem Darlehen stellt der Kanton einem Darlehensschuldner einen Geldbetrag befristet zur Verfügung. Es kann verzinslich oder unverzinslich sein. Die Bilanzierung erfolgt im Verwaltungsvermögen, wenn es zur Erfüllung einer Aufgabe dient, an welcher ein öffentliches Interesse besteht bzw. wenn die Förderung öffentlicher Interessen durch Dritte im Vordergrund steht. Darlehen werden in der Regel zum Nominalwert bilanziert. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, ist eine Bewertungskorrektur vorzunehmen.

Beteiligungen

Die Beteiligungen sind Anteile am Kapital anderer Unternehmen, Betriebe und Anstalten, die mit der Absicht der dauernden Anlage gehalten werden. Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden grundsätzlich auf einen Franken abgeschrieben. Die dafür notwendigen zusätzlichen Abschreibungen müssen budgetiert werden.

Investitionsbeiträge

Investitionsbeiträge sind geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Die Anlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einer Wertminderung unterliegen, werden mit 10 Prozent pro Jahr abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen müssen budgetiert oder aus der Überschussverwendung vorgenommen werden.

Passiven

Fremdkapital (FK)

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden und in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Tilgung vorgesehen. Die Bilanzierung erfolgt zum Nominalwert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Zweck der passiven Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Rechnungslegung. Alle Erträge und Investitionseinnahmen werden in derjenigen Periode erfasst, in der sie verursacht werden. Die Rechnungsabgrenzungen werden zum Nominalwert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5000 Franken.

Kurzfristige und langfristige Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet für bestehende Verpflichtungen, bei denen der Zeitpunkt der Erfüllung und/oder die Höhe des künftigen Mittelabflusses mit Unsicherheiten behaftet sind. Rückstellungen werden ab 5000 Franken pro Ereignisfall gebildet. Die Bewertung erfolgt nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung. Rückstellungen werden jedes Jahr per 31. Dezember neu bewertet und per 1. Januar wieder ausgebucht. Ausnahme: Rückstellungen Mehrleistungen Personal, die jedes Jahr anfallen.

Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Langfristige Finanzverbindlichkeiten sind in der Regel in mehr als zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Tilgung vorgesehen. Die Bewertung erfolgt in der Regel zum Nominalwert. Marchzinsen werden als Rechnungsabgrenzungen berücksichtigt.

Passiven

Eigenkapital (EK)

Spezialfinanzierungen im EK

Mit einer Spezialfinanzierung werden Mittel zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben zweckgebunden. Spezialfinanzierungen werden dem Eigenkapital zugeordnet, wenn für sie die Rechtsgrundlage geändert werden kann oder die Rechtsgrundlage zwar auf übergeordnetem Recht basiert, dieses aber dem eigenen Gemeinwesen einen erheblichen Gestaltungsspielraum offen lässt. Die Saldi werden bilanziert.

Finanzpolitische Reserven

Reserven sind für bestimmte Zwecke gebundenes Eigenkapital, siehe dazu auch Fachempfehlung Nr. 17 des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor. Einlagen in und Entnahmen aus dieser Reserve werden in der Regel als ausserordentlichen Aufwand respektive Ertrag gebucht.

Neubewertungsreserve Finanzvermögen

Grundstücke des Finanzvermögens werden mindestens alle zehn Jahre neu bewertet. Wertberichtigungen zum Finanzvermögen (Finanzanlagen und Grundstücke) erfolgen über diese separate Passivposition in der Bilanz.

Freies Eigenkapital

Ein Ertragsüberschuss im laufenden Rechnungsjahr wird dem freien Eigenkapital zugewiesen, ein Aufwandüberschuss dem freien Eigenkapital belastet. Bei fehlendem freiem Eigenkapital ist der Aufwandüberschuss zu aktivieren und über drei Jahre abzuschreiben.

5 Eigenkapitalnachweis

In Franken	Per 31.12.2012	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2013
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital				
Spezialfinanzierung Strassenbau	197'433'797	4'096'551		201'530'348
Spezialfinanzierung Deponienachsorge	848'448	49'090		897'538
Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	334'202	341'854		676'056
Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	198'616'446	4'487'495		203'103'941
Finanzpolitische Reserven				
Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000			380'000'000
Reserve Steuerausgleich	47'500'000	-47'500'000		0
Reserve Konjunkturförderung	132'475	-132'475		0
Reserve öffentlicher Verkehr	8'529'000	-8'529'000		0
Total Finanzpolitische Reserven	436'161'475	-56'161'475		380'000'000
Neubewertungsreserve Finanzvermögen				
Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	47'774'212	2'402'700	-27'100	50'149'813
Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-1'856'300	412'500	-539'000	-1'982'800
Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	45'917'912	2'815'200	-566'100	48'167'013

In Franken	Per 31.12.2012	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2013
Übriges Eigenkapital				
Reserve Betriebshilfedarlehen, Anteil Kanton	577'084	2'832	-579'916	0
Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'363'584	444'263		7'807'847
Total Übriges Eigenkapital	7'940'668	447'095	-579'916	7'807'847
Freies Eigenkapital				
Total Freies Eigenkapital	515'356'626		-20'804'036	494'552'590
Total Eigenkapital (EK)	1'203'993'127	7'749'790	-78'111'526	1'133'631'391

6 Rückstellungsspiegel

In Franken	Per 31.12.2012	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2013
Kurzfristige Rückstellungen				
Rückstellungen Mehrleistungen Personal	9'663'000	414'296		10'077'296
Rückstellungen Prozesse		471'271		471'271
Langfristige Rückstellungen				
Rückstellungen übrige betriebliche Tätigkeiten	124'500		-124'500	0
Total Rückstellungen	9'787'500	885'566.90	-124'500	10'548'567

7 Beteiligungsspiegel

In Franken	Rechtsform	Gesellschafts- kapital	Beteiligungs- quote in %	Buchwert 31.12.2013	Ausschüttung an Kanton
Finanzvermögen (FV)					
Centralschweizerische Kraftwerke AG, 14'000 Namen	AG	2'970'126	0.24	4'116'000	63'000
Wasserwerke Zug AG, 2500 Namen	AG	5'000'000	5.00	24'812'500	675'000
Total Beteiligungen Finanzvermögen (FV)				28'928'500	738'000
Verwaltungsvermögen (VV)					
Zugerland Verkehrsbetriebe AG, 13'056 Namen	AG	9'600'000	68.00	1'308'001	
Zuger Kantonalbank, 144'144 Inhaber	AG nach öffent- lichem Recht	144'144'000	50.00	72'072'000	27'747'720
Schweizer Rheinsalinen AG, 72 Namen	AG	11'164'000	0.64	1	57'600
Schifffahrtsgesellschaft Zugersee AG, 201 Inhaber	AG	1'450'000	1.39	1	
SelfFin Invest AG, 72 Namen	AG	10'000'000	0.72	1	
TMF Extraktionswerk AG, 39 Namen	AG	1'200'000	0.98	1	

In Franken	Rechtsform	Gesellschaftskapital	Beteiligungsquote in %	Buchwert 31.12.2013	Ausschüttung an Kanton
Zuger Kantonsspital AG, 9900 Namen	AG	10'000'000	99.00	1	
InNET Monitoring AG, 200 Namen	AG	1'200'000	16.67	1	
Schweizerische Nationalbank, 400 Namen	Spezialgesetzliche AG	25'000'000	0.40	1	6'000
BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU, 3 AS	Genossenschaft	1'589'000	0.19	1	60
Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit SGH, 50 AS	Genossenschaft	26'561'000	0.09	1	
Schweizer Reisekasse (Reka) Genossenschaft, 4 AS	Genossenschaft	532'250	0.19	1	
Axpo Holding AG, 323'166 Namen	AG	370'000'000	0.87	1	646'332
VIACAR AG, 50 Namen	AG	250'000	20.00	1	34'200
Total Beteiligungen Verwaltungsvermögen (VV)				73'416'013	28'491'913

Die Abschreibung an der Beteiligung der Zugerland Verkehrsbetriebe AG erfolgt im Jahr 2015. Die Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonalbank erfolgt zum Nominalwert. Die Beteiligung an der Parkleitsystem Zug AG wird jährlich mit 10 % über die Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung abgeschrieben.

8 Anlagespiegel

In Franken	Bilanz per 31.12.2012	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2013
Sachanlagen Verwaltungsvermögen						
Grundstücke VV unüberbaut	1'942'000			-19'000		1'923'000
Strassen/Verkehrswege	29'207'000	13'566'030		-4'281'030	-8'529'000	29'963'000
Strassenbau Spezialfinanzierung		30'478'929		-30'478'929		0
Wasserbau	7'813'000	2'920'909		-1'073'909		9'660'000
Übrige Tiefbauten	2'470'000	1'172'749		-365'749		3'277'000
Hochbauten	178'743'000	8'836'515		-18'763'515		168'816'000
Waldungen	86'000			-1'000		85'000
Mobilien	5'790'000	6'611'176		-3'727'176		8'674'000
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	11'438'000	2'899'074		-5'695'074		8'642'000
Total Sachanlagen VV	237'489'000	66'485'381		-64'405'381	-8'529'000	231'040'000
Darlehen Verwaltungsvermögen						
Darlehen an öffentliche Unternehmungen	12'600'000					12'600'000
Darlehen an private Unternehmungen	24'162'869	2'464'661	-79'947	-31'889		26'515'694
Darlehen an private Haushalte	2'872'500		-7'719	-5'000		2'859'781
Total Darlehen VV	39'635'369	2'464'661	-87'666	-36'889		41'975'474
Investitionsbeiträge						
Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	157'000			-16'000		141'000
Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	13'711'000	680'598		-1'439'598		12'952'000
Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	52'380'001	2'577'806		-5'496'806		49'461'001
Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	736'000	607'946		-134'946		1'209'000
Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbsweck	20'825'000	1'146'260		-2'197'260		19'774'000
Investitionsbeiträge an private Haushalte	5'394'000	1'854'668		-725'668		6'523'000
Total Investitionsbeiträge	93'203'001	6'867'278		-10'010'278		90'060'001

In Franken	Bilanz per 31.12.2012	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2013
Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen						
Handelswaren	1'165'768	24'036	-40'664			1'149'141
Grundstücke FV	90'662'298	2'686	-729'024	2'402'700	-27'100	92'311'561
Total Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen	91'828'067	26'722	-769'688	2'402'700	-27'100	93'460'702

9 Gewährleistungsspiegel

Im Gewährleistungsspiegel sind Tatbestände aufgeführt, aus denen sich in Zukunft eine wesentliche Verpflichtung des Gemeinwesens ergeben kann.

9.1 Bürgschaften

Keine.

9.2 Garantieverpflichtungen

- Gläubiger der Zuger Kantonalbank

Staatsgarantie gemäss § 4 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 (BGS 651.1).

Betrag: Offen.

- Zuger Kantonalbank

Garantievertrag vom 1. Mai 2002 zwischen dem Kanton Zug und der Zuger Kantonalbank für das Darlehen der Zuger Kantonalbank an den Verein Kongregation der Barmherzigen Brüder für den Bau der Psychiatrischen Klinik Zugersee.

Betrag: 3,4 Millionen Franken.

- Psychiatrische Klinik Zugersee

Defizitgarantie gemäss Artikel 7 des Vertrages vom 29. April 1982 zwischen dem Verein Kongregation der Barmherzigen Brüder und dem Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug. Der Anteil des Kantons Zug beträgt 56,66 Prozent.

Betrag: Begrenzt auf Defizit.

9.3 Weitere Eventualverpflichtungen

- 2031 Arbeitslosenkasse

Rückerstattung der Verwaltungskosten für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die Jahre 2008, 2010 und 2011. Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes ist noch ausstehend.

Betrag: 1,0 Millionen Franken.

- 3000 Direktionssekretariat der Baudirektion

Reservierte Förderbeiträge im nationalen Förderprogramm «Das Gebäudeprogramm». Zur Finanzierung sind Bundesmittel aus der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe vorgesehen. Eine allfällige Überverpflichtung verbleibt in der Verantwortung des Kantons.

Betrag: 2,4 Millionen Franken.

9.4 Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen

- Die Zuger Pensionskasse ist gemäss § 3 Absatz 1 des Pensionskassengesetzes vom 29. August 2013 (BGS 154.31) im System der Teilkapitalisierung finanziert.

Die Staatsgarantie deckt den nicht voll finanzierten Teil zwischen dem Ausgangsdeckungsgrad von 84 Prozent und 100 Prozent Deckungsgrad.

Per 31. Dezember 2013 besteht kein nicht finanziertes Teil, da der globale Deckungsgrad bei 103,8 Prozent liegt. Damit erhöht sich der Deckungsgrad von 96,2 Prozent um 7,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die aus dem Vorjahr resultierende Unterdeckung von 100,2 Millionen Franken konnte vollständig abgetragen werden.

Per Jahresende besteht eine Überdeckung von 103,9 Millionen Franken. Der im Vorjahr ausgewiesene Anteil des Kantons (Kantonale Verwaltung) an der Unterdeckung in Höhe von 42,15 Millionen Franken besteht nicht mehr. Per 31. Dezember 2013 sind keine Sanierungsmassnahmen eingeleitet oder notwendig. Der Kanton und die angeschlossenen Arbeitgebenden leisten jedoch einen Umlagebeitrag in Höhe von 2 Prozent der versicherten Lohnsumme bis zum Erreichen der Vollkapitalisierung. Der technische Zinssatz liegt weiterhin bei 3,0 Prozent.

Gemäss § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse vom 29. August 2013 (BGS 154.31) stellen die Gemeinden die Garantie für den jeweils auf ihre Destinatäre anfallenden Teil der Garantie sowie für die ihnen wirtschaftlich eng verbundenen Anschlüsse. Der Kanton stellt die Garantie für die übrigen Destinatäre.

- Beitragsrechnung der Pensionskasse vom Dezember 2013 für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge
Betrag: 3,7 Millionen Franken.

10 Zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der finanziellen Risiken von Bedeutung sind

10.1 Leasingverbindlichkeiten

- Finanzierungs-Leasing
Keine.
- Operatives Leasing
Diverse Ämter sind im Besitz von Kopiermaschinen mit Serviceverträgen.

2013 Gewerblich-industrielles Bildungszentrum

CNC-Rover A Bearbeitungsmaschine, Laufzeit 2011–2014, ausstehend eine Rate von 17 500 Franken.

10.2 Gesamtbetrag, der zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändeten oder abgetretenen Aktiven sowie Aktiven unter Eigentumsvorbehalt

Null.

10.3 Informationen zu Bilanzbereinigungen

Keine.

10.4 Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Bei der Berechnung des Delkredere wurde die Position «Kostenübernahme durch Staat (Gerichtsentscheid)» nicht mehr mitberücksichtigt. Gemäss Hinweis im Revisionsbericht zur Jahresrechnung 2012 der Finanzkontrolle (Bericht Nr. 28 – 2013) soll diese Position nicht zur Berechnung des Delkredere herangezogen werden, da die entsprechenden Forderungen direkt über die Laufende Rechnung gebucht werden und nie als Debitorenbestand ausgewiesen werden.

10.5 Eventualforderungen

- 1500 Direktionssekretariat der Direktion des Innern
Forderung AALS Software AG (Klage anhängig beim Friedensrichteramt Zug).
Betrag: 106 000 Franken.
- 1515 Grundbuch- und Vermessungsamt
Rückforderung der Mehrwertsteuer auf die zurückgehaltene Bankgarantie aus dem Projekt «ISOV Grundbuch». Der Anspruch auf Rückforderung wird zurzeit von der Eidgenössischen Steuerverwaltung geprüft.
Betrag: 19 000 Franken.

- Richterliche Behörden

Ersatzforderungen aus Strafverfahren gemäss Art. 71 StGB. Zurzeit bestehen beim Obergericht in neun Fällen Ersatzforderungen. Diese werden in der Jahresrechnung nicht verbucht, weil völlig offen ist, ob und wann sie erhältlich gemacht werden können. Falls etwas eingeht, muss der Betrag unter Umständen zunächst zugunsten der Geschädigten verwendet werden bzw. ist danach hälftig mit dem Bund zu teilen.

11 Risikosituation und -management

Die Finanzverwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem Versicherungsbroker das «Risikoinventar 2009» des Kantons überprüft und alle Risiken neu eingestuft. Es wird nun die Bezeichnung «Versicherungsrisiken» verwendet zum besseren Verständnis, dass es sich nicht um ein umfassendes Risikomanagement handelt, sondern um eine Erhebung derjenigen Risiken, welche entweder «versicherbar» bzw. «nicht versicherbar» sind.

Insgesamt wurden für den Kanton Zug 106 Versicherungsrisiken ermittelt. Lediglich neun der Versicherungsrisiken sind aufgrund der Eintretenswahrscheinlichkeit sowie der finanziellen Auswirkungen als «kritisch» eingestuft. Für 63 der identifizierten Versicherungsrisiken besteht eine Versicherungslösung. Die nicht versicherten Risiken werden entweder vom Kanton bewusst selber getragen und durch die Umsetzung diverser Massnahmen minimiert (zum Beispiel die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) oder sind nicht versicherbar, wie zum Beispiel radioaktive Verseuchung.

Die Finanzverwaltung verfügt im Bereich der Finanzrisiken über ein Internes Kontrollsysteem (IKS). Es liegen Hilfsmittel vor für die Erfassung, Bewertung und Bewältigung der entsprechenden Risiken.

12 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Keine.

13 Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

Rahmenkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2013
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben - Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben - Einnahmen)	Restbedarf	
BD0002R	Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf	29.10.09 / 05.05.11	6'000'000	5'617'078	382'922	3'590'078	3'590'078	0	
	Total der zugehörigen Objektkredite			5'617'078			3'590'078		-9'241
BD0003R	Rahmenkredit Altlastensanierung Schiessanlagen	29.01.09	2'000'000	730'177	1'269'823	2'000'000	614'909	1'385'091	
	Total der zugehörigen Objektkredite			730'177			614'909		335'847
BD0004R	Zweiter Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf	26.01.12	10'000'000	5'713'130	4'286'870	9'000'000	4'954'130	4'045'870	
	Total der zugehörigen Objektkredite			5'713'130			4'954'130		1'863'909
HB0010R	Rahmenkredit für die Planung von kantonalen Hochbauten	24.09.92	12'000'000	11'708'011	291'989	11'710'000	11'708'011	1'989	
	Total der zugehörigen Objektkredite			11'708'011			11'708'011		48'270
TB0002R	Rahmenkredit über das Straßenbauprogramm 2004–2014 ¹⁾	18.12.03 / 30.09.10	248'000'000			190'000'000	141'472'279	48'527'721	
	Total der zugehörigen Objektkredite						141'472'279		12'785'976
TB0003R	Rahmenkredit für die Planung, den Land erwerb und den Bau der Nordzufahrt in Zug/Baar	28.06.01	103'500'000	97'715'002	5'784'998	29'860'000	29'748'406	111'594	
	Total der zugehörigen Objektkredite			97'715'002			29'748'406		4'230'482
TB0004R	Rahmenkredit für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham – Hünenberg sowie für den Land erwerb	01.06.06 / 07.06.11	230'000'000	14'228'788	215'771'212	178'100'000	14'228'788	163'871'212	
	Total der zugehörigen Objektkredite			195'000'000	14'228'788		14'228'788		3'550'144
TB0006R	Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven 2011–2016	24.02.11	14'000'000	4'420'392	9'579'608	14'000'000	4'421'397	9'578'603	
	Total der Buchungen im Finanzvermögen			4'200'896			4'201'901		1'210
	Total der zugehörigen Objektkredite			219'496			219'496		157'008
VD0001R	Rahmenkredit Wohnbau- und Wohneigentumsförderung 1992	26.03.92 / 27.08.92 / 30.01.03	20'000'000	12'552'583	7'447'417	20'000'000	12'552'583	7'447'417	
	Beiträge zulasten Laufender Rechnung			12'552'583			12'552'583		523'297

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung		Rechnung 2013
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben - Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben - Einnahmen)	
VD0002R	Rahmenkredit für die Förderung von preis-günstigem Wohnraum 2003/2010	30.01.03/ 06.05.10	48'900'000	7'537'448	41'362'552	37'000'000	7'537'448	29'462'552
	Total der zugehörigen Objektkredite			1'340'000			1'340'000	240'000
	Beiträge zulasten Laufender Rechnung			6'197'448			6'197'448	1'560'519
VD0005R	Rahmenkredit betreffend die Vorfinanzierung von Bahnprojekten	26.11.09	400'000'000	12'600'000	387'400'000	0	12'600'000	-12'600'000 ²⁾
	Total der zugehörigen Objektkredite		16'000'000	12'600'000			12'600'000	
VD0006R	Rahmenkredit für die Planung und Projektierung von Bahnprojekten	31.03.11	5'500'000	292'323	5'207'677	5'500'000	292'323	5'207'677
	Total der zugehörigen Objektkredite			292'323			292'323	
Total Rahmenkredite						243'720'351	257'039'727	25'287'421.13

¹⁾ Spezialfall: Gemäss § 2 Abs. 2 des KRB vom 18. Dezember 2003 (BGS 751.12) wurde dieser Kredit netto bewilligt, deshalb lediglich die Netto-Betrachtung

²⁾ Das Darlehen muss zurückbezahlt werden

Es sind nur diejenigen Rahmenkredite aufgeführt, bei denen bereits Bewegungen stattgefunden haben.

Objektkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2013
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben - Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben - Einnahmen)	Restbedarf	
15	Direktion des Innern								
1582	Archäologie								
DI1582.0001	Archäologische Rettungsgrabung Cham-Alpenblick II (Laufende Rechnung)	26.03.09	4'270'000	2'831'321	1'438'679	3'651'943	2'213'264	1'438'679	82'478
20	Volkswirtschaftsdirektion								
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
VD2035.0001	ÖV-Feinverteiler Planung	18.12.03	4'200'000	1'118'538	3'081'462	2'000'000	1'118'538	881'462	52'793
VD2035.0009	1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)	29.05.08	36'380'000	13'672'628	22'707'372	13'672'628	13'672'628	0	379
VD2035.0015	ÖV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe	18.12.03	3'900'000	1'009'217	2'890'783	3'900'000	949'702	2'950'298	
VD2035.0017	Investitionsbeitrag an SGZ	29.10.09	1'750'000	1'750'000	0	1'750'000	1'750'000	0	
VD2035.0025	Zugfolgezeit Litti-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)	25.08.11	4'000'000	933'596	3'066'404	1'700'000	933'596	766'404	598'596
VD2035.0026	S-Bahnhaltestelle Steinhausen Righblick	25.08.11	11'620'000	6'441'472	5'178'528	6'000'000	4'991'472	1'008'528	1'202'440
30	Baudirektion								
3020	Tiefbauamt								
TB3020.0012	Renaturierung Lorze Baar, Spinnerei	27.01.11	4'800'000	3'794'453	1'005'547	2'550'000	2'546'447	3'553	1'494'326
TB3020.0015	Bau einer Kiesinsel im Zugersee	09.10.10	400'000	291'892	108'108	183'000	291'892	-108'892	
TB3020.0016	Tobelbach Cham	29.08.13	8'500'000	161'844	8'338'156	4'830'000	-32'112	4'862'112	-32'112
TB3020.0017	Littibach Baar	29.08.13	5'200'000	583'927	4'616'073	4'040'000	583'927	3'456'073	583'927
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald	30.09.10	9'831'000	5'373'201	4'457'799	4'010'000	3'873'201	136'799	1'068'431
TB3020.0045	ÖV Feinverteiler Unterführung Sumpf	24.11.11	30'800'000	12'082'928	18'717'072	14'000'000	11'847'432	2'152'568	8'713'286
3031	Kantonsstrassen								
TB3031.0041	Grindel Bibersee (Realisierung)	25.10.07	30'300'000	16'750'248	13'549'752	27'500'000	15'730'465	11'769'535	6'414'751
TB3031.0047	Tangente Zug/Baar	28.05.09	201'000'000	6'347'236	194'652'764	214'400'000 ¹⁾	6'347'236	208'052'764	1'585'820
3060	Hochbauamt								
HB3060.0001	Hofstrasse 15: Sanierung Steil- u. Flachdächer	24.02.05	3'110'000	158'544	2'951'456	3'110'000	158'544	2'951'456	
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau	29.03.12	3'575'000	2'943'904	631'096	3'300'000	2'943'904	356'096	2'773'296

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2013
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben - Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben - Einnahmen)	Restbedarf	
HB3060.0082	WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung	26.11.09	5'800'000	5'883'040	-83'040	5'890'000	5'883'040	6'960	9'000
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb	24.06.10	2'800'000	2'438'181	361'819	2'600'000	2'438'181	161'819	934'530
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	03.05.12	33'500'000	1'782'783	31'717'217	33'500'000	1'782'783	31'717'217	1'232'595
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung	29.03.12	3'630'000	3'005'145	624'855	1'580'000	1'505'145	74'855	1'095'307
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar	31.05.12	1'856'800	1'368'487	488'313	1'840'000	1'368'487	471'513	1'366'755
HB3060.0128	Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei Bostadel	30.08.12	981'875	600'000	381'875	950'000	600'000	350'000	600'000
HB3060.0137	Instandsetzung AZ Schönau: Planungskredit	29.08.13	1'400'000	14'145	1'385'855	1'400'000	14'145	1'385'855	14'145
3061	Parkraumbewirtschaftung								
HB3061.0022	Parkleitsystem Zug	27.05.10	440'000	99'374	340'626	440'000	99'374	340'626	3'374
3080	Amt für Raumplanung								
BD3080.0006	Hochspannungsleitung, Entschädigung/ Landschaftsschutz	08.05.08	2'030'000	1'794'796	235'204	1'353'000	1'196'531	156'469	22'920
35	Sicherheitsdirektion								
3590	Zuger Polizei								
SD3590.0044	Polycom, Umsetzung	03.05.12	19'200'000	3'168'510	16'031'490	14'600'000	2'608'510	11'991'490	2'323'700
40	Gesundheitsdirektion								
4030	Spitäler								
GD4030.0013	AK-Erhöhung Zuger Kantonsspital AG	28.01.10	10'400'000	8'400'000	2'000'000	8'400'000	8'400'000	0	

¹⁾ Geschätzte Ausgaben unter Berücksichtigung der Teuerung

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Es sind nur diejenigen Objektkredite aufgeführt, bei denen bereits Bewegungen stattgefunden haben.

Objektkredite: Status abgeschlossen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2013
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben - Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben - Einnahmen)	Restbedarf	
15	Direktion des Innern								
1550	Sozialwesen								
DI1550.0022	Stiftung Maihof, Ausbau und Sanierungen	24.06.10	6'416'000	6'235'251	180'749	-	6'235'251		251
20	Volkswirtschaftsdirektion								
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
VD2035.0007	Projektierung Stadtbahn 1. Teilergänzung	18.12.03	6'200'000	2'795'264	3'404'736	-	2'795'264		
30	Baudirektion								
3060	Hochbauamt								
HB3060.0100	Kant. Zeughaus: Ausbau Studienbibliothek	25.03.10	4'440'000	3'319'783	1'120'217	-	1'659'891		-115'241

Objektkredite: Status separate Genehmigung¹⁾

30	Baudirektion								
3060	Hochbauamt								
HB3060.0085	Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht	12.06.08	13'550'000	12'543'434	1'006'566	-	12'453'886		-48'613

Total Objektkredite 118'960'623 287'334'241 31'977'133

¹⁾ Offen per Stichtag 31.12.13

Nachweis Investitionsrechnung 2013

Netto Ausgaben Rahmenkredite	25'287'421
- Direktbuchungen Finanzvermögen (Rahmenkredit TB0006R)	-1'210
- Fertigstellungskredit Nordzufahrt TB3031.0054 (Budgetkredit)	-350'136
- Aufwand Laufende Rechnung (Rahmenkredite VD0001R und VD0002R)	-2'083'816
Netto Ausgaben Objektkredite	31'977'133
- Aufwand Laufende Rechnung (Objektkredit DI1582.0001)	-82'478
Budgetkredite	22'290'740
Total Nachweis Investitionsrechnung 2013	77'037'655

Investitionsrechnung 2013

77'037'655

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Pädagogische Hochschule Zug

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gebäudeversicherung Zug

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben dem regulären Ausbildungsbetrieb umfasste das Schwerpunktthema der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) insbesondere den institutionellen Wechsel von der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, Teilschule Zug, zur PH Zug sowie die damit verbundenen Teilaufgaben: Erarbeitung der Rechtsgrundlagen und Etablierung der neuen Organisationsstruktur, Aufbau der Kooperation mit der PH Luzern, Neugestaltung der Weiterbildung.

Rechtsgrundlagen, Organisationsstruktur und organisationale Prozesse

Der Aufbau der PH Zug als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt unter Führung des Kantons Zug erforderte insbesondere die Erarbeitung der notwendigen rechtlichen Grundlagen, welche in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule erfolgte. Die einzelnen Erlasse konnten jeweils fristgerecht in Kraft gesetzt werden. Auch die zur strategischen und operativen Führung der PH Zug notwendigen Organe (Hochschulrat, Hochschulleitung) wurden eingesetzt und konnten fristgerecht ihre Tätigkeit aufnehmen. Innerhalb der PH Zug wurde die Organisationsstruktur an die neuen Erfordernisse angepasst. Die Anpassung der Prozesse auf die neuen Rahmenbedingungen konnte noch nicht in allen Bereichen abgeschlossen werden. Im Kontext dieser organisationalen Anpassungen wird zudem die Strategie und das Qualitätssicherungssystem (QS) der PH Zug überprüft. Als Rahmenbedingungen für das QS gilt es nicht nur die kantonalen Vorgaben, sondern auch die aktuell laufenden Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) zu berücksichtigen.

Kooperation PH Zug und PH Luzern

Im Rahmen des 2012 geschlossenen Kooperationsvertrags wurden in den Leistungsbereichen Ausbildung, Weiterbildung und Beratung sowie auf der Ebene Rektorate Kooperationsfelder bezeichnet und entsprechende Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. Es zeichnet sich ab, dass das Zusammenspiel der drei Zentralschweizer Pädagogischen Hochschulen Zug, Luzern und Schwyz künftig auch von konkurrenzbedingten Herausforderungen geprägt sein wird. Aufgabe der PH Zug wird es sein, diese im Raum Zentralschweiz erfolgreich und zukunftsorientiert zu positionieren.

Neugestaltung der Weiterbildung

Mit der 2007 beschlossenen und per 2013 umgesetzten Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA) wurde die Finanzierung der Weiterbildung von Lehrpersonen neu geregelt. Als Konsequenz daraus organisierten die Leistungsbereiche Weiterbildung und Beratung (ehemals WBZA) ihr Angebot neu. Die Neukonzeption fand – im Rahmen der oben genannten Kooperationsvereinbarungen – auch in Absprache mit der PH Luzern statt. So können weiterhin Synergien genutzt und gemeinsame Angebote umgesetzt werden.

Die Gemeinden des Kantons Zug konnten von der neuen Ausrichtung überzeugt und als Kundinnen gewonnen werden. Optimierungspotenzial besteht im Bereich der Verrechnung der Weiterbildungskurse, ist das aktuelle Abrechnungsverfahren doch administrativ aufwändig.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) ist eine Bildungsinstitution im Tertiärbereich. Sie bildet Lehrpersonen für die Volksschule der Stufen Kindergarten/Unterstufe und der Primar aus, bietet bedarfsorientierte Weiter- und Zusatzausbildungen an und vermittelt und erbringt Beratungsleistungen. Sie betreibt Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, Interkulturalität und pädagogische Entwicklungszusammenarbeit, Mündlichkeit in Schule und Unterricht sowie allgemeine Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie sorgt für den Wissenstransfer zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
Gesamtzielsetzungen			
	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht Die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	<input checked="" type="radio"/>
A	Etablierung der neuen Organisationsstrukturen der PH Zug (Umstrukturierungsprojekt)	Die Prozesse und Abläufe sind geklärt Führungsverantwortliche auf allen Ebenen sind mit den neuen Regelungen und Abläufen vertraut	<input type="radio"/> Lücken gibt es noch im Bereich Personal (wesentlicher Grund: Die vollständige Übernahme des Zuger Personalrechts erfolgt per 1. August 2014 (vgl. § 35 Abs. 2 des Gesetzes über die PH Zug vom 28. März 2013))
	Erreichung EFQM-Zertifizierung	Erarbeitung Stufe «Recognised for Excellence»	<input type="radio"/> Sistierung aufgrund der Entwicklungen im Rahmen des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG)
C	Institutionalisierung der Kooperation mit Luzern	Konkretisierung der im Kooperationsvertrag vorgesehenen Kooperationsbereiche	<input checked="" type="radio"/>
Leistungsgruppe 1: Lehre			
2	Festigung der Studierendenzahlen	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	<input checked="" type="radio"/>
3	Positive Kompetenzentwicklung der Studierenden	Positive Resultate der Erhebung über PaLea Resultate Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen	<input type="radio"/> Im Rahmen der strukturellen Anpassungsprozesse in Abklärung
4	Absolventinnen und Absolventen der PH Zug finden Zugang zum Arbeitsmarkt	Unter Berücksichtigung der Bewerbungslage verläuft der Einstieg in den Lehrberuf bei 80 % der Absolventinnen und Absolventen, die sich für eine Stelle als Lehrer/ Lehrerin bewerben, erfolgreich	<input checked="" type="radio"/>
5	Qualitativ hochstehendes Weiter- und Zusatzausbildungsangebot	Die Rückmeldungserhebung WBZA ist positiv	<input checked="" type="radio"/>
6	Unterrichtsformen an der PH Zug entsprechen hochschuldidaktischen Ansprüchen	Die Rückmeldungserhebung WBZA ist positiv Good Practice-Beispiele der PH Zug sind veröffentlicht	<input type="radio"/> Im Rahmen der strukturellen Anpassungsprozesse in Abklärung

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Kommentar
D	Konzeption der Weiter- und Zusatzausbildung unter den neuen Rahmenbedingungen des Kantons Zug	Es werden Verhandlungen mit der PH Luzern betreffend die Neukonzeption geführt Die Gemeinden des Kantons Zug stimmen der Stossrichtung der Neukonzeption zu	
Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung			
7	Mitgestaltung des akademischen Diskurses in den Schwerpunktbereichen der PH Zug	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet	
8	Nutzbarmachung des erarbeiteten Wissens, Sicherstellung des Praxistransfers	Mindestens 50 Publikationen sind veröffentlicht Mindestens 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen			
9	Die PH Zug ist ein Kompetenzzentrum für Beratungen im Bildungsbereich	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	
10	Durchführung von Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse usw.)	Es finden pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug statt	
E	Beratungsangebot im Bereich Weiterbildung	Konzept Weiterbildungsberatung ist erstellt	
Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung			
11	Adäquate und gezielte Information über Angebote und Entwicklungen der PH Zug	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr Die Veranstaltungen und Angebote sind ausgelastet	
12	Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern	Projekte werden in Kooperation durchgeführt Die Vereinbarungen der Kooperation mit Luzern werden umgesetzt	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013
Studierende der Studiengänge	Anzahl		280	275
Studierende des Vorkurses	Anzahl		30	25
Kursangebote Weiterbildung	Anzahl		130	134
Mitarbeitende	Vollzeitstellen	60		67

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Vollzeitstellen (VZS) sind insofern zu tief budgetiert worden, als die Dozierenden des Vorbereitungskurses sowie die Umwandlung von Praktika-Stellen zu Stellen der Wissenschaftlichen Mitarbeit nicht eingerechnet sind (je ca. 3 VZS). Zudem wurde bei der Budgetierung auf Stichtag und nicht auf die Studienjahre berücksichtigende gewichtete Zahlen abgestellt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand		-8'114'000	-7'415'945.31	698'054.69	-8.6
Total Ertrag		4'966'000	7'640'790.60	2'674'790.60	53.9
Saldo	-3'148'000	224'845.29	3'372'845.29		-107.1

Kommentar Rechnung

Die PH Zug wurde per 1. August 2013 als Nachfolgeorganisation der PHZ Zug (Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, Teilschule Zug) gegründet. Der in diesem Geschäftsbericht ausgewiesene Leistungsauftrag gilt der PH Zug (ab 1. August 2013). Im Budget 2013 wird der Kantsbeitrag, welcher gemäss § 16 Absv. 1 Bst. a des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Zug (PHG) (BGS 414.41) an die PH Zug ausgerichtet wird, als Saldo (3.148 Mio. Fr.) ausgewiesen. In der Rechnung 2013 ist dieser Kantsbeitrag im Ertrag eingerechnet. Der Saldo in der Rechnung 2013 entspricht dem Ertragsüberschuss, welcher 225'000 Franken beträgt und gemäss § 16 Abs. 4 PHG in einem Reserve-Konto passiviert wird.

Die bisherige Rechnungssystematik (PHZ-Konkordat) geht von internen Verrechnungen aus, welche gemäss aktuellem Finanzkonzept der PH Zug nicht mehr zur Anwendung kommen. Dies führt zu einem gegenüber dem Budget tieferen Aufwand und Ertrag. Die darüber hinausgehende Abweichung beim Aufwand ist insbesondere durch tiefere Personalkosten (nicht angetretene Bildungsurlaube, Vakanz im Prorektorat) begründet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-5'200.00	-6'000	-6'612.10	-612.10	10.2
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'828'231.75	-7'922'000	-7'841'975.15	80'024.85	-1.0
303	Sozialversicherungsbeiträge	-484'149.95	-469'200	-478'966.85	-9'766.85	2.1
304	Personalversicherungsbeiträge	-1'412'385.50	-1'127'200	-1'116'971.20	10'228.80	-0.9
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-162'248.55	-159'000	-151'423.00	7'577.00	-4.8
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-194'170.35	-153'720	-166'680.20	-12'960.20	8.4
307	Rentenleistungen	-13'176.00	-13'200	-13'176.00	24.00	-0.2
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	-1'589.40	-6'000	0.00	6'000.00	-100.0
309	Übriger Personalaufwand	-155'881.30	-175'500	-173'325.95	2'174.05	-1.2
310	Büromaterial und Drucksachen	-20'582.93	-25'000	-18'687.46	6'312.54	-25.3
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-175'241.15	-166'650	-175'624.65	-8'974.65	5.4
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-282'736.90	-290'000	-286'274.75	3'725.25	-1.3
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'581'114.38	-1'708'810	-1'609'736.32	99'073.68	-5.8
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-344'082.70	-230'000	-313'669.46	-83'669.46	36.4
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-356'180.38	-375'500	-369'147.82	6'352.18	-1.7
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-16'425.00	-27'300	-26'212.50	1'087.50	-4.0
317	Spesenentschädigungen	-61'217.55	-60'200	-57'084.10	3'115.90	-5.2
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'513'482.17	-1'474'900	-1'471'256.73	3'643.27	-0.2
319	Übriger Sachaufwand	-49'936.87	-48'500	-25'446.54	23'053.46	-47.5
320	Passivzinsen	-45'716.44	-70'000	-37'648.62	32'351.38	-46.2
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-2'893.00	-5'000	-652.10	4'347.90	-87.0
331	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-633'774.65	-741'000	-701'241.20	39'758.80	-5.4
Total Aufwand		-15'340'416.92	-15'254'680	-15'041'812.70	212'867.30	-1.4
420	Vermögensertrag Banken	442.90	1'000	210.75	-789.25	-78.9
421	Vermögensertrag Guthaben	0.00	100	12.05	-87.95	-88.0
427	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	3'300	2'534.00	-766.00	-23.2
432	Kostgelder und Kostenanteile	12'732'805.85	12'105'000	13'077'742.10	972'742.10	8.0
435	Verkäufe	3'202'997.16	3'085'500	2'957'631.98	-127'868.02	-4.1
436	Rückerstattungen	21'631.94	73'500	40'101.22	-33'398.78	-45.4
437	Entgeltsminderungen	-11'717.68	-12'000	-9'240.06	2'759.94	-23.0
	Anteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-486'621.80	-1'376	-821'743.47	-820'367.47	59'619.7
	Anteil Kanton Zug (1/5)	-121'655.45	-344	-205'435.87	-205'091.87	59'619.7
Total Ertrag		15'340'416.92	15'254'680	15'041'812.70	-212'867.30	-1.4
Saldo		0.00	0	0.00	-0.00	

Kommentar Rechnung
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	0.00	-220'000	-207'574.75	12'425.25	-5.6
5060.01	EDV-Anlage	0.00	0	0.00	0.00	
5060.02	Möblerungen (Haus und Gewerbe)	-39'811.01	-80'000	-17'487.55	62'512.45	-78.1
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-262'000.00	-368'000	-340'749.95	27'250.05	-7.4
5060.04	Fahrzeuge	0.00	-95'000	-80'140.30	14'859.70	-15.6
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-309'706.05	-225'000	-117'230.25	107'769.75	-47.9
Total Ausgaben		-611'517.06	-988'000	-763'182.80	224'817.20	-22.8

3 Bilanz

Konto	Bezeichnung	Anfangsbestand per 31.12.2012	Endbestand per 31.12.2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kasse, Postcheck, Banken	992'225.84	1'552'475.54	-560'249.70	-56.5
1113	Kontokorrent Sanierung PK AN	463'289.60	264'585.60	198'704.00	42.9
1150	Debitoren	1'530'925.15	1'480'232.10	50'693.05	3.3
1190	Übrige Guthaben	250'181.37	269'662.46	-19'481.09	-7.8
1250	Vorräte	609'162.15	609'561.40	-399.25	-0.1
1300	Transitorische Aktiven	0.00	0.00	0.00	
1430	Hochbauten ¹⁾	1'457'361.38	1'498'442.53	-41'081.15	-2.8
1460	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	988'448.13	1'009'308.58	-20'860.45	-2.1
Total Aktiven		6'291'593.62	6'684'268.21	-392'674.59	-6.2
2000	Kreditoren	479'923.76	453'831.10	26'092.66	5.4
2010	Depotgelder Insassen	903'957.32	848'197.71	55'759.61	6.2
2061	Kontokorrent Basel-Stadt	4'130'162.49	4'861'148.19	-730'985.70	-17.7
2062	Kontokorrent Kanton Zug -230	121'655.45	205'435.87	-83'780.42	-68.9
2090	Rückstellungen	99'310.00	137'770.00	-38'460.00	-38.7
2500	Transitorische Passiven	556'584.60	177'885.34	378'699.26	68.0
Total Passiven		6'291'593.62	6'684'268.21	-392'674.59	-6.2

¹⁾ Bauten erfasst in den Staatsrechnungen der Kantone Basel-Stadt und Zug

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Gebäudeversicherung Zug

Ohne Leistungsauftrag

1 Erfolgsrechnung

Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Bruttoprämienertrag	24'742'535.68		27'668'270.24	27'668'270.24	
Stempelsteuer	-972'897.30		-1'106'679.15	-1'106'679.15	
Präventionsanteil	-4'311'672.65		-4'427'985.50	-4'427'985.50	
Prämienaufwand Rückversicherung	-7'270'404.95		-6'579'693.55	-6'579'693.55	
Verdiente Prämien für eigene Rechnung	12'187'560.78		15'553'912.04	15'553'912.04	
Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung	-3'895'714.50		-11'956'967.55	-11'956'967.55	
Veränderung der versicherungstechnischen Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen	-5'659'236.00		-3'297'020.00	-3'297'020.00	
Betriebsaufwand für eigene Rechnung	-1'696'555.05		-1'998'444.05	-1'998'444.05	
Übriger betrieblicher Ertrag	109'278.48		777'051.45	777'051.45	
Übriger betrieblicher Aufwand	-7'135.37		-6'499.94	-6'499.94	
Technisches Ergebnis	1'038'198.34		-927'968.05	-927'968.05	
Ertrag Prävention und Intervention	5'856'473.79		5'926'086.78	5'926'086.78	
Aufwand Prävention und Intervention	-3'365'002.95		-3'522'943.25	-3'522'943.25	
Personal- und Verwaltungsaufwand Prävention und Intervention	-2'419'877.19		-2'404'097.53	-2'404'097.53	
Veränderung nicht versicherungstechnische Rückstellungen Prävention und Intervention	-71'593.65		954.00	954.00	
Ergebnis Prävention und Intervention	0.00		0.00	0.00	
Ertrag aus Kapitalanlagen	4'150'372.38		3'974'923.53	3'974'923.53	
Aufwand aus Kapitalanlagen	-1'155'378.92		-1'608'153.80	-1'608'153.80	
Vermögensverwaltungsaufwand	-40'685.48		-40'854.04	-40'854.04	
Ergebnis aus Kapitalanlagen vor Veränderung	2'954'307.98		2'325'915.69	2'325'915.69	
Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen			0.00	0.00	
Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	-585'602.00				
Ergebnis aus Kapitalanlagen	2'368'705.98		2'325'915.69	2'325'915.69	
Betriebliches Ergebnis	3'406'904.32		1'397'947.64	1'397'947.64	
Ausserordentliches Ergebnis	0.00		0.00	0.00	
Gewinn/Verlust	3'406'904.32		1'397'947.64	1'397'947.64	

Kommentar Rechnung

Im Geschäftsbericht des Kantons werden – wie in früheren Jahren – die Erfolgsrechnung und die Bilanz publiziert. Die Erfolgsrechnung umfasst neu sowohl die Versicherungs- als auch die Feuerschutzrechnung. Der gesamte Jahresabschluss inklusive Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang sowie Segmenterfolgsrechnungen wird im Geschäftsbericht 2013 der Gebäudeversicherung veröffentlicht.

Er kann bei der Geschäftsstelle verlangt oder unter www.gvzg.ch eingesehen und ausgedruckt werden.

2 Bilanz

Bezeichnung	Bestand 31.12.2012	Bestand per 31.12.2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
Kapitalanlagen	79'778'071.13	89'477'918.71	9'699'847.58	12.2
Beteiligung	5'629'998.55	6'595'377.00	965'378.45	17.1
Total Anlagevermögen	85'408'069.68	96'073'295.71	10'665'226.03	12.5
Aktive Rechnungsabgrenzungen	198'997.14	238'602.65	39'605.51	19.9
Forderungen	1'657'301.97	1'367'293.61	-290'008.36	-17.5
Flüssige Mittel	9'328'517.48	9'706'413.88	377'896.40	4.1
Total Umlaufvermögen	11'184'816.59	11'312'310.14	127'493.55	1.1
Total Aktiven	96'592'886.27	107'385'605.85	10'792'719.58	11.2
Gewinnreserven	51'026'904.04	54'434'046.42	3'407'142.38	6.7
Gewinn/Verlust	3'406'904.32	1'397'947.64	-2'008'956.68	-59.0
Total Eigenkapital	54'433'808.36	55'831'994.06	1'398'185.70	2.6
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung	4'571'374.65	9'340'221.85	4'768'847.20	104.3
Versicherungstechnische Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen	21'735'070.06	25'032'020.00	3'296'949.94	15.2
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	1'030'202.50	1'693'824.45	663'621.95	64.4
Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	14'674'168.00	14'674'000.00	-168.00	-0.0
Passive Rechnungsabgrenzungen	80'507.10	94'414.25	13'907.15	17.3
Verbindlichkeiten	67'755.60	719'131.30	651'375.70	961.4
Total Fremdkapital	42'159'077.91	51'553'611.85	9'394'533.94	22.3
Total Passiven	96'592'886.27	107'385'605.91	10'792'719.64	11.2

Separatfonds

Gesamtwürdigung

Fondsrechnung

Bilanz

Gemäss § 9 des Finanzaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sind Separatfonds formell ausgeschiedene, rechtlich nicht ver-selbständigte Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbestimmung. Das Verfügungsrecht steht dem Regierungsrat zu. Die Führung der Separatfonds-Buchhaltung wird durch die Kantonale Finanzverwaltung wahrgenommen. Bei der Bewirtschaftung der Geldmittel richtet sie sich nach den in der Anlagestrategie vom 25. September 2013 von der Finanzdirektion festgelegten Richtlinien. Die jährliche Revision erfolgt durch die Finanzkontrolle des Kantons Zug.

Mit der Totalrevision der Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug und die Schutzaufsicht wurden die Bestimmungen zur Schutz-aufsicht aufgehoben. In der heute geltenden Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen fehlt eine rechtliche Grundlage für den Schutzaufsichtsfonds. Mit Regierungsratsbeschluss vom 19. November hat der Regierungsrat entschieden, den Fonds für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge neu als Separatfonds im Sinne des Finanzaushaltgesetzes unter dem Titel «Fürsorgefonds» zu führen. Damit bestehen heute sieben Separatfonds.

Die wohl bekanntesten sind der «Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke» (Lotteriefonds) und der «Sport-Toto-Fonds». Der Kanton ist Mitglied der «SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie» und des «Vereins Sport-Toto-Gesellschaft». Die von SWISSLOS erwirtschafteten Mittel fliessen, aufgeteilt nach Bevölkerungsgrösse und Spielfreudigkeit bzw. Umsätzen (Zahlenlotto), an die Kantone. Diese Mittel werden dem Lotteriefonds und dem Sport-Toto-Fonds gutgeschrieben. Der Regierungsrat legt den Verteilschlüssel fest. Beiträge aus dem Lotteriefonds werden ausschliesslich an Projekte mit wohltätigem, gemeinnützigem oder kulturellem Zweck und nur an Vorhaben mit einem Bezug zum Kanton Zug oder von gesamtschweizerischer Bedeutung ausgerichtet. Für den Sport-Toto-Anteil gelten die Bestimmungen des Sportgesetzes. 2013 erhielt der Lotteriefonds 4,9 Millionen Franken (75 Prozent) aus den SWISSLOS-Mitteln. An mehrere hundert Gesuche wurden 5,8 Millionen Franken gesprochen. Der Sport-Toto-Fonds erhielt 1,6 Millionen Franken (25 Prozent). Es wurden 1,9 Millionen Franken an die Gesuchstellenden verteilt. Im Berichtsjahr schlossen beide Fondsrechnungen mit einem Aufwandüberschuss.

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %
0200	Bewirtschaftung Fondsvermögen				
31300	Bankspesen (Kontoführung)	-1'166.00	-999.88	166.12	-14.2
32901	Kursdifferenzen		-57.48	-57.48	
34101	Realisierte Kursverluste auf Aktien/aktienähnл. WP	-237'860.40	237'860.40		-100.0
34102	Realisierte Kursverluste auf verzinsliche Anlagen	-15'500.00	-47'090.00	-31'590.00	203.8
34201	Kommissionen	-3'082.40	-2'858.10	224.30	-7.3
34202	Depotverwaltungsgebühren	-41'304.29	-28'114.05	13'190.24	-31.9
34400	Nicht realisierte Kursverluste	-1'141'887.00	-1'210'277.15	-68'390.15	6.0
42900	Übrige Entgelte		56.20	56.20	
44000	Zinsen Bankkonten und Festgelder < 90 T.	12'155.98	10'515.24	-1'640.74	-13.5
44020	Zinsen Festgelder > 3 Mt. (Sachgruppe 102)	27'172.55	34'392.35	7'219.80	26.6
44070	Zinsen Obligationen	282'854.36	223'031.30	-59'823.06	-21.1
44101	Realisierte Gewinne verzinsliche Anlagen		25'000.00	25'000.00	
44102	Realisierte Gewinne Immobilienfonds	19'128.90		-19'128.90	-100.0
44200	Dividenden	467'845.50	486'231.10	18'385.60	3.9
44201	Ertragsausschüttungen Anlage-Fonds	52'532.00	52'532.00	0.00	0.0
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	2'346'919.00	3'207'978.26	861'059.26	36.7
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone	4'008.25		-4'008.25	-100.0
0200	Total Bewirtschaftung Fondsvermögen	1'771'816.45	2'750'339.79	978'523.34	55.2
0201	Nicht liquiditätswirksame Veränderungen				
34400	Nicht realisierte Kursverluste	1'141'887.00	1'210'277.15	68'390.15	6.0
39400	Verzinsung der Fondsbestände	-109'454.43	-104'745.16	4'709.27	-4.3
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	-2'346'919.00	-3'207'978.26	-861'059.26	36.7
0201	Total Nicht liquiditätswirksame Veränderungen	-1'314'486.43	-2'102'446.27	-787'959.84	59.9
1100	Winkelriedfonds				
36371	Unterstützungen	-2'900.00		2'900.00	-100.0
49400	Verzinsung Fonds	7'352.11	7'374.36	22.25	0.3
1100	Total Winkelriedfonds	4'452.11	7'374.36	2'922.25	65.6
1200	Schutzaufsichtsfonds				
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone		49'315.15	49'315.15	
1200	Total Schutzaufsichtsfonds		49'315.15	49'315.15	
2200	Kantonaler Kulturfonds Kulturgesetz				
49400	Verzinsung Fonds	3'337.54	3'354.23	16.69	0.5
2200	Total Kantonaler Kulturfonds Kulturgesetz	3'337.54	3'354.23	16.69	0.5

Separatfonds
Fondsrechnung

3100	Entschädigungsfonds für Tierverluste					
31306	Dienstleistungen Tierseuchenbekämpfung	-260'834.00	-129'911.45	130'922.55	-50.2	
36375	Entschädigung für ungenießbares Fleisch	-244'662.70		244'662.70	-100.0	
36376	Entschädigung diverse Seuchentiere	-78.00	-23'640.00	-23'562.00	30'207.7	
42900	Übrige Entgelte	7'560.35	2'417.50	-5'142.85	-68.0	
46310	Erträge aus Viehhandel	14'741.25	14'187.75	-553.50	-3.8	
46311	Beiträge vom Kanton	88'749.00	176'783.00	88'034.00	99.2	
49400	Verzinsung Fonds	13'927.80	12'024.82	-1'902.98	-13.7	
3100	Total Entschädigungsfonds für Tierverluste	-380'596.30	51'861.62	432'457.92	-113.6	
3300	Sport-Toto-Fonds					
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-1'720'842.00	-1'885'803.00	-164'961.00	9.6	
46351	Anteil Ertrag Sport-Toto (25 %)	1'633'307.00	1'632'727.00	-580.00	-0.0	
49400	Verzinsung Fonds	16'910.58	16'557.46	-353.12	-2.1	
3300	Total Sport-Toto-Fonds	-70'624.42	-236'518.54	-165'894.12	234.9	
3400	Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke					
31190	Ankauf Bilder und Bücher	-185'621.70	-217'847.60	-32'225.90	17.4	
31305	Dienstleistungen Dritter	-42'028.40	-62'119.40	-20'091.00	47.8	
31990	Übriger Aufwand	-12'185.00	-23'620.05	-11'435.05	93.8	
36010	Zuweisung an Verwaltungsrechnung Kto. 46800	-36'349.10	-19'370.00	16'979.10	-46.7	
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-5'089'795.10	-5'342'119.51	-252'324.41	5.0	
36373	Werk- und Weiterbildungsbeiträge an Künstler	-98'000.00	-152'000.00	-54'000.00	55.1	
42500	Verkäufe	2'258.52	2'118.85	-139.67	-6.2	
46320	Beiträge von Gemeinden	500.00	500.00	0.00	0.0	
46352	Anteil Ertrag Landeslotterie/SWISSLOS (75 %)	4'899'921.00	4'898'181.00	-1'740.00	-0.0	
48300	a.o. Erträge von Vereinen und Organisationen			13'923.25	13'923.25	
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone			125.45	125.45	
49400	Verzinsung Fonds	65'016.70	62'535.28	-2'481.42	-3.8	
3400	Total Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke	-496'283.08	-839'692.73	-343'409.65	69.2	
3500	Gewerbeschulefonds Keiser und Beby					
31040	Materialien für den Unterricht	-5'046.04	-2'629.34	2'416.70	-47.9	
49400	Verzinsung Fonds	2'909.70	2'899.01	-10.69	-0.4	
3500	Total Gewerbeschulefonds Keiser und Beby	-2'136.34	269.67	2'406.01	-112.6	
99	Fondsrechnung	-484'520.47	-316'142.72	168'377.75	-34.8	

Separatfonds

Bilanz

Konto	Bezeichnung	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw.
1	Aktiven			
100	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
1001	Post	1'128'273.21	3'937'584.04	2'809'310.83
1002	Banken	5'046'577.36	3'422'340.19	-1'624'237.17
	Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	6'174'850.57	7'359'924.23	1'185'073.66
101	Forderungen			
1010	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105'856.25	192'352.70	86'496.45
1013	Anzahlungen an Dritte		9'429.00	9'429.00
1019	Übrige Forderungen	160'591.62	129'367.95	-31'223.67
	Total Forderungen	266'447.87	331'149.65	64'701.78
102	Kurzfristige Finanzanlagen			
1023	Festgelder	4'000'000.00	3'500'000.00	-500'000.00
	Total Kurzfristige Finanzanlagen	4'000'000.00	3'500'000.00	-500'000.00
104	Aktive Rechnungsabgrenzung			
1044	Aktivzinsen	105'243.15	102'804.80	-2'438.35
	Total Aktive Rechnungsabgrenzung	105'243.15	102'804.80	-2'438.35
107	Finanzanlagen			
1070	Aktien und aktienähnliche Wertpapiere	12'705'593.00	15'006'928.11	2'301'335.11
1071	Verzinsliche Anlagen	9'822'901.00	8'442'168.80	-1'380'732.20
1073	Darlehen	20'000.00		-20'000.00
1074	Immobilienfonds	1'486'061.00	1'388'059.20	-98'001.80
	Total Finanzanlagen	24'034'555.00	24'837'156.11	802'601.11
108	Sachanlagen FV			
1084	Immobilien/Grundstücke FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Sachanlagen FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Aktiven	34'589'596.59	36'139'534.79	1'549'938.20

Separatfonds

Bilanz

Konto	Bezeichnung	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw.
2	Passiven			
200	Laufende Verbindlichkeiten			
2000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-543'251.65	-374'541.46	168'710.19
	Total Laufende Verbindlichkeiten	-543'251.65	-374'541.46	168'710.19
204	Passive Rechnungsabgrenzung			
2049	Passive Rechnungsabgrenzung	-15'000.00	-15'000.00	-15'000.00
	Total Passive Rechnungsabgrenzung	-15'000.00	-15'000.00	-15'000.00
291	Fondsvermögen			
2910	Fürsorgefonds			
2910.11	Winkelriedfonds	-1'474'873.25	-1'482'247.61	-7'374.36
2910.12	Schutzaufsichtsfonds		-49'315.15	-49'315.15
	Total Fürsorgefonds	-1'474'873.25	-1'531'562.76	-56'689.51
2911	Kulturelle Fonds			
2911.22	Kantonaler Kulturfonds	-670'845.63	-674'199.86	-3'354.23
	Total Kulturelle Fonds	-670'845.63	-674'199.86	-3'354.23
2912	Staatswirtschaftliche Fonds			
2912.31	Entschädigungsfonds für Tierverluste	-2'404'964.33	-2'456'825.95	-51'861.62
2912.33	Sport-Toto-Fonds	-3'311'493.10	-3'074'974.56	236'518.54
2912.34	Fonds für wohltätige, gemeinn. u. kult. Zwecke	-12'507'056.21	-11'667'363.48	839'692.73
2912.35	Gewerbeschulfonds Keiser und Beby	-579'803.50	-580'073.17	-269.67
	Total Staatswirtschaftliche Fonds	-18'803'317.14	-17'779'237.16	1'024'079.98
	Total Fondsvermögen	-20'949'036.02	-19'984'999.78	964'036.24
298	Übriges Eigenkapital			
2980.10	Kursrisiko- und Ausgleichsreserve bis 2008	-5'829'760.06	-5'935'110.06	-105'350.00
2980.20	Kursreserve ab 2009	-3'452'224.20	-5'366'665.31	-1'914'441.11
2980.30	Überschüsse Bewirtschaftung Fondsvermögen ab 2009	-3'815'324.66	-4'463'218.18	-647'893.52
	Total Übriges Eigenkapital	-13'097'308.92	-15'764'993.55	-2'667'684.63
	Total Passiven	-34'589'596.59	-36'139'534.79	-1'549'938.20

